



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### **Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### **About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

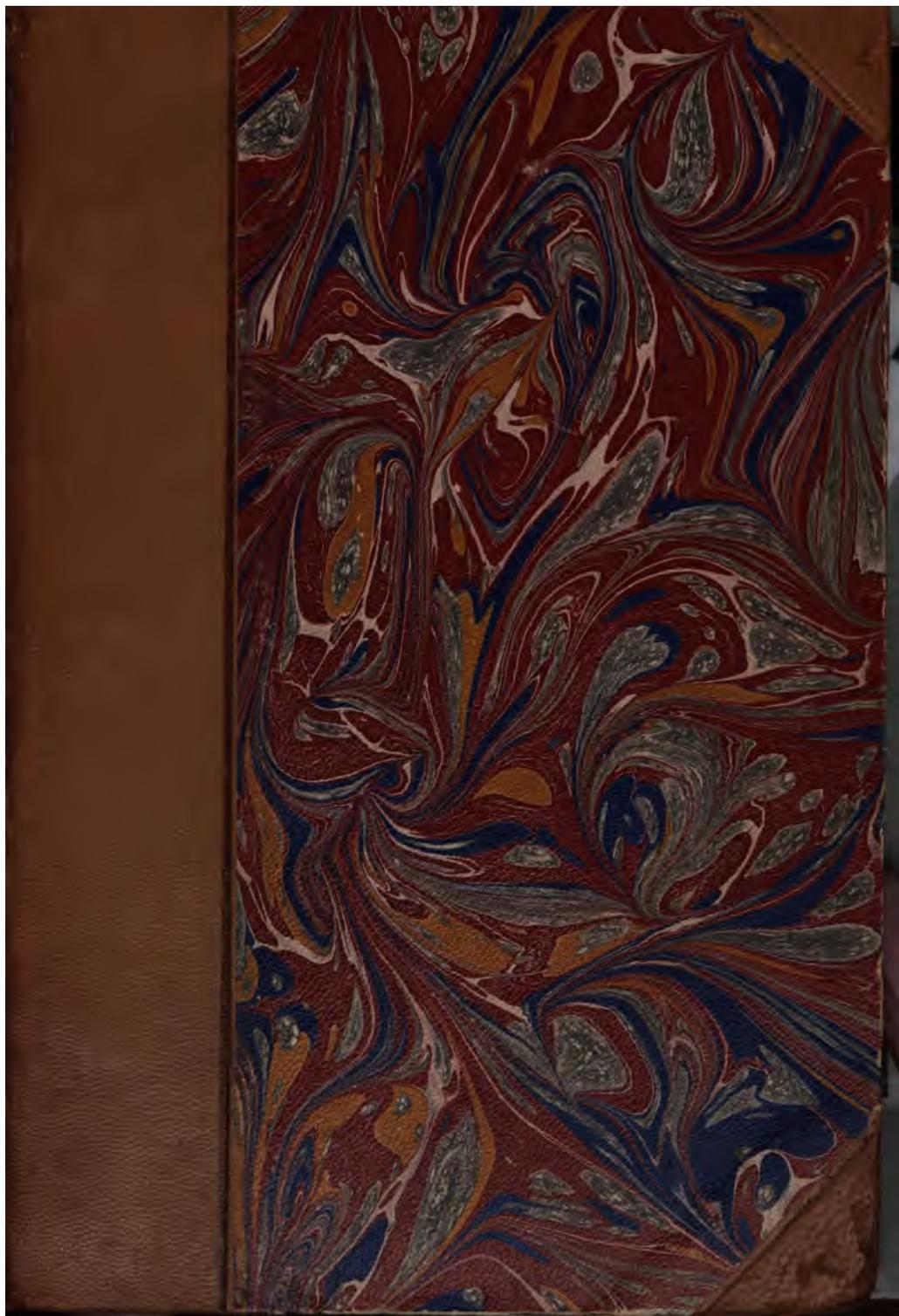
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

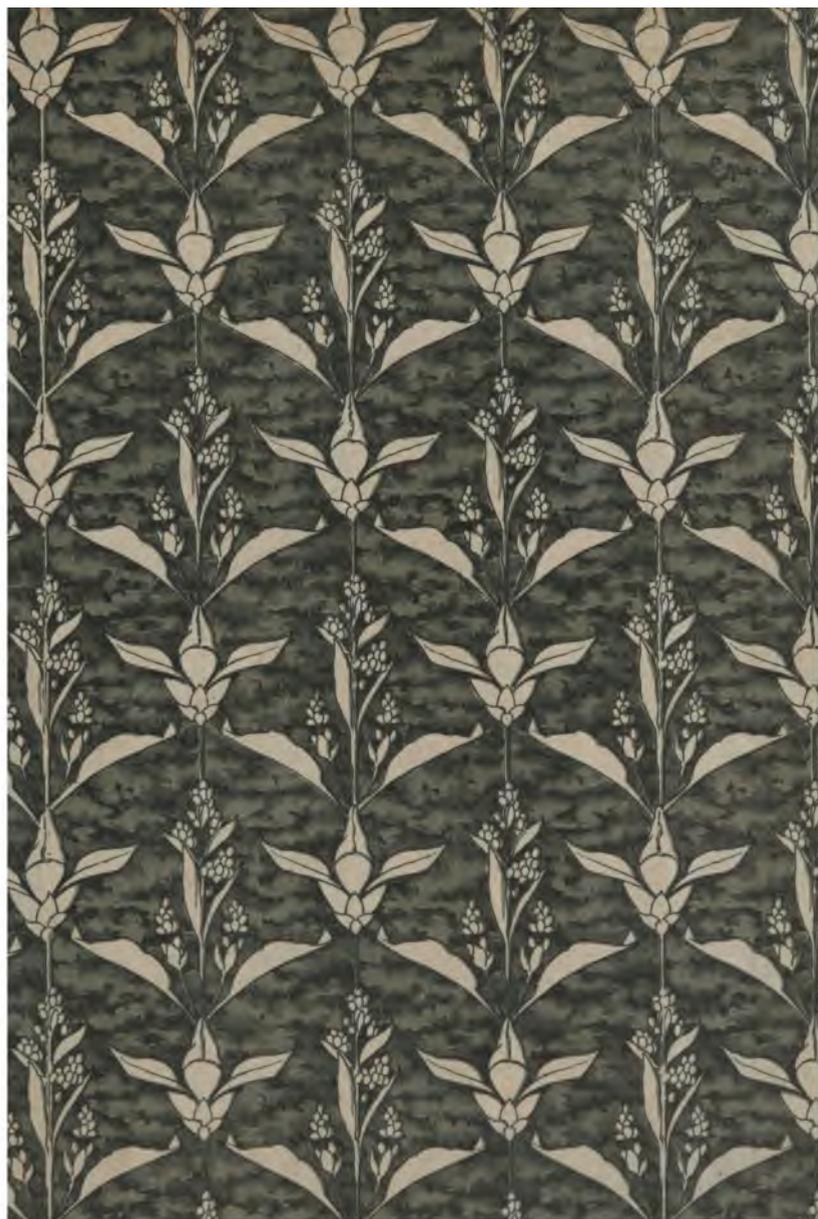
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.







Ba 7171

g 441 23de

DOY

Walter Wente (S.A.) 11 734







Die  
**Revolutionsen**  
der  
**Jahre 1848 und 1849**  
in  
**Europa,**

geschichtlich dargestellt

von

**Rudolph Strak.**

Erster Theil:

*Die Februar-Revolution und ihre nächsten Folgen.*



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

1888.

A. Herrschel sr.  
MANNHEIM

Die

# Februar-Revolution

und

ihre nächsten Folgen,

geschichtlich dargestellt

von

**Rudolph Strah.**



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

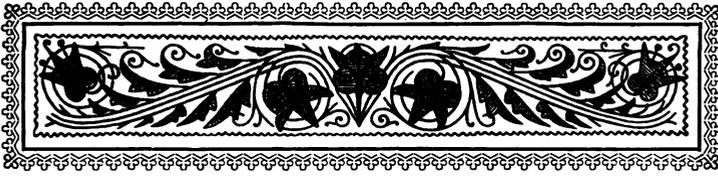
1888.

D387

S78

v.1

**Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.**



## V o r w o r t.

---

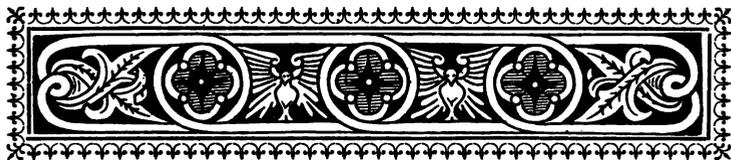
Indem der Verfasser die schwierige Aufgabe übernahm, die Revolutions- und Kriegereignisse der Jahre 1848 und 1849 in eingehender und sachlicher Weise zu schildern, glaubte derselbe, eine vorhandene Lücke in der deutschen Geschichtslitteratur auszufüllen. Denn noch haben — von einem Werke Johannes Scherr's abgesehen — die folgenschweren Begebenheiten jener Zeit nicht die ihnen zukommende Würdigung seitens der Geschichtschreibung gefunden.

Es war das ernsteste Bemühen des Verfassers, durch sorgfältige Sammlung und Sichtung des vorhandenen reichen Materials und durch Benutzung besonderer, ihm zugänglicher Quellen ein getreues Bild jenes sturmbewegten Zeitabschnittes zu liefern und dabei die hier besonders erforderliche Ruhe und Objektivität der Darstellung im vollsten Maße zu wahren.

Heidelberg, im November 1887.

Der Verfasser.





# I n h a l t.

## I. Abschnitt: Die Februar-Revolution.

	Seite.
<p><b>1. Die Reformbankette.</b> — Das Julikönigthum und seine Gegner. — Louis Philippe's Charakter. — Seine Regierung. — Seine Berather. — Thiers und Guizot. — Das Rabinet Guizots 1840 bis 1848. — Allgemeine Mißstimmung und drohende Anzeichen. — Corruption im öffentlichen Leben. — Die spanischen Geirathen. — Die Kämpfe in Algier. — Angriffe auf das Rabinet. Die Kammer und ihre Parteien. — Die Schlagworte: Parlaments- und Wahlreform. — Sieg Guizots. — Die Reformbankette. — Erfolg derselben. — Zusammentritt der Kammer. — Das Bankett im 12. Arrondissement. — Unterhandlungen mit der Regierung. — Uebereinkunft. — Das Manifest Marrast's. — Das Verbot des Bankettes. — Rathlosigkeit der Opposition. — Entschluß zum Rückzuge. — Die Stimmung der Bevölkerung.</p>	1
<p><b>2. Der 22. und 23. Februar.</b> — Der Morgen des 22. Februar. — Tumulte. — Eröffnung der Kammer. — Anklage gegen das Ministerium. — Beginn des Straßenkampfes. — Die Machtmittel der Regierung. — Ihre Maßnahmen. — Der Abend des 22. Februar. — Der Morgen des 23. Februar. — Neue Kämpfe. — Die Nationalgarde. — Guizots Sturz. — Graf Molé Minister. — Die Kammer. — Das Volk. — Graf Molé bei Thiers. — Das Blutbad auf dem Boulevard des Capucines . . . . .</p>	21
<p><b>3. Der 24. Februar.</b> — Bugeaud und Thiers. — Bugeauds Kampfplan. — Das neue Ministerium. — Bugeauds Angriff und Niederlage. — Wachsen der Bewegung. — Die Abbanfung Louis Philippe's. — Die Flucht. — Einnahme der Tuilerien durch das Volk. — Die Deputirtenkammer. — Stürmische Sitzung. — Die provisorische Regierung. — Zug nach dem Stadthause. — Vereinbarung mit Blanc und Genossen. — Die Verkündigung der Republik . . . . .</p>	40

## II. Abschnitt: Der deutsche Bundestag.

Seite.

Ursprung und Ziele der Reaction. — Fürst Metternich und sein System. — Die Karlsbader Beschlüsse. — Die Wiener Schlußakte. — Die Jahrzehnte der Reaction. — Deutschland zu Beginn des Jahres 1848. — Die Februar-Revolution und der Bundestag. — Manifest an Deutschland. — Aufhebung der Censur. — Militärische Maßregeln. — Die 17 Vertrauensmänner. — Die Aufhebung der Ausnahmegeetze . . . . . 68

## III. Abschnitt: Die Märzbewegung in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

1. Der Februar und März in Bayern. — Die bairische Verfassung. — Ludwig I. — Abel und Genossen. — Lola Montez. — Rücktritt des Ministeriums Abel. — Die Ministerien Maurer und Berck. — Die Alemannia. — Studentenunruhen. — Schließung der Universität. — Erneute Bewegung. — Flucht der Montez. — Die Kunde von der Februar-Revolution. — Tumulte. — Erstürmung des Zeughauses. — Proclamation des Königs. — Wiederkehr und abermalige Verbannung der Montez. — Abdankung Ludwigs I. . . . . 82
2. Der erste badische Aufstand. — Die badische Verfassung. — Die badischen Kammern von 1818—1848. — Die Bassermann'sche Motion. — Nachricht von der Februar-Revolution. — Große Erregung. — Volksversammlungen zu Mannheim und Heidelberg. — Stürmische Kammeritzungen am 1. und 2. März. — Brand des Ministeriums des Aeußeren. — Concessionen der Regierung. — Ministerwechsel. — Volksversammlung zu Offenburg. — Wachsende Aufregung. — Mißerfolge Hedecks und seiner Anhänger im Vorparlamente. — Die Verhaftung Fiedlers. — Entschluß der Republikaner zum Aufstand. — Der Hedeckzug. — Abmarsch aus Konstanz. — Marsch nach Donaueschingen und Schopfheim. — Ankunft in Kandern. — General von Gagern. — Der Zusammenstoß auf der Scheideck und Gagerns Tod. — Zerspaltung der Struve-Weißhaar'schen Colonne bei Steinen. — Die Ereignisse in Konstanz. — Der Sigel'sche Zug. — Aufruhr in Freiburg. — Einnahme der Stadt und Zerstreuung der Sigel'schen Freischaar. — Die republikanische Legion. — Formation und Abmarsch. — Uebergang über den Rhein. — Gefecht im Niederbollenbacher Walde. — Zumut in Mannheim. — Rückblick . . . . . 96
3. Die Märzbewegung in den übrigen deutschen Staaten. — Allgemeiner Ueberblick. — Württemberg. — Verfassung und Zustände. — Ministerwechsel. — Reformen. — Bauernunruhen. — Die Ulmer Frage. — Hannover. — Ernst August. — Verfassungskonflikt. — Die Göttinger Sieben. — Tumulte

	Seite.
in Göttingen und Hildesheim. — Widerstand des Königs. — Nachricht von dem Berliner Straßenkampf. — Ministerwechsel und Reformen. — Sachsen. — Verfassung. — Die Opposition. — Beginn der Bewegung in Leipzig. — Fall des Ministeriums. — Das Cabinet Braun-Oberländer. — Hessen-Kassel. — Die Hassenpflug'sche Verwaltung. — Scheffer und Hanstein. — Tumult in Marburg und Hanau. — Widerstand des Kurfürsten. — Aufruhr in Hanau. — Concessionen der Regierung. — Hessen-Darmstadt. — Rasches Nachgeben der Regierung. — Ministerium Gagern. — Der Erbprinz Mitregent. — Hessen-Homburg. — Nassau. — Verfassung. — Mißstimmung. — Bewegung in Wiesbaden. — Rückkehr des Herzogs. — Reformen. — Braunschweig. — Oldenburg. — Mecklenburg. — Langsames Umsichgreifen der Bewegung. — Reformen. — Sachsen-Weimar. — Sachsen-Meiningen. — Sachsen-Coburg. — Sachsen-Altenburg. — Anhalt-Deßau. — Anhalt-Bernburg. — Lippe. — Waldeck. — Rudolstadt. — Sondershausen. — Reuß. — Hamburg. — Tumulte. — Reformen. — Lübeck. — Bremen. — Frankfurt a. M. — Rückblick . . . . .	130

**IV. Abschnitt: Der Sturz des Fürsten Metternich.**

Sitzung der magyarischen Ständetafel vom 3. März. — Die Rede Kossuths. — Ihre Wirkung in Wien. — Wiener Verhältnisse. — Metternich und seine Stellung. — Die Staatskonferenz. — Erzherzogin Sophie. — Das Volk. — Beginn der Bewegung. — Adressen und Versammlungen. — Der 13. März. — Sitzung der niederösterreichischen Stände. — Erstürmung des Ständehauses. — Blutige Straßentumulte. — Rücktritt Metternichs. — Pöbel-erzesse. — Der 14. März. — Fürst Windischgrätz. — Blutige Auftritte in den Vorstädten. — Der 15. März. — Verleihung der Konstitution. — Ausfahrt des Kaisers. — Ankunft der ungarischen Deputation. — Die Stimmung Wiens. — Der 16. und 17. März. — Begräbniß der Gefallenen. — Rückblick . . . . .	162
---	-----

**V. Abschnitt: Der 18. März in Berlin.**

1. Der Vereinigte Landtag. — Herrscher und Volk in Preußen. — Friedrich Wilhelm IV. — Sein Charakter. — Die politischen Strömungen. — Die Armee. — Justiz und Verwaltung. — Polizei. — Die Hungersnoth in Schlesien. — Die Weber-Unruhen. — Die polnischen Umtriebe. — Die Verfassungsfrage. — Die Ebitte vom 27. October 1810 und 22. Mai 1815. — Die Provinziallandtage. — Die Vereinigten ständischen Ausschüsse. — Das Patent vom 3. Februar 1847. — Die Eröffnung des Vereinigten Landtages. — Die Parteien. — v. Bismarck-Schön-
--

haufen. — Die Verhandlungen. — Schluß der Sitzungen. — Eutäuſchung . . . . .	Seite. 183
1. Berlin bis zum 18. März. — Die Februar-Revolution. — Auf- regung und Kriegsbefürchtung. — Schluß der Sitzungen des Ständiſchen Ausſchuffes. — Die erſte Volksverſammlung unter „den Zelten“. — Tumulte in Köln und Breslau. — Die ſtädtiſchen Behörden. — Der 9. März. — Volksverſammlungen und Sicher- heitsmaßregeln. — Der 12. März. — Wachſende Gährung der Rheinlande. — Der 13. März. — Beginn der Unruhen. — Der 14. März. — Die erſten Barrikaden. — Der 15. März. — Wachſende Erregung. — Die erſten Todten. — Tumulte in den Provinzen. — Der 16. März. — Neue Tumulte. — Der 17. März. — Plöthliche Ruhe. — Conceſſionen der Regierung. — Demiffion v. Bobelſchwingh's. — Graf Arnim Miniſter. — Der 18. März. — Audienz der Kölner Deputation. — Veröffentlichung der Con- ceſſionen. — Allgemeine Befriedigung. — Das „Mißverſtändniß“.	204
1. Der Kampf. — Urfachen und Folgen des „Mißverſtändniſſes“. — Beginn des Barrikadenbaues. — Kampfeſtluft des Volkes und der Truppen. — Nochmals ein Verſöhnungsverſuch. — Die Streit- kräfte. — Beginn des Kampfes. — Die Angriffe des Volkes auf die Wagen und Kaſernen. — Die Angriffe der Truppen auf die Barrikaden. — Zuſammenſtöße an der Zeitungshalle und am Oranienburger Thor. — Die Erſtürmung der Königſtraße. — Blutiger Kampf in den Häufern. — Gefecht am Alexanderplatz. Angriff auf die weſtliche Friedrichſtraße. — Eintreffen der Sini- en-Infanterie. — Erſtürmung des kölniſchen Rathhauſes und blutiger Kampf in demſelben. — Erneuter Angriff auf die Friedrichſtadt. — Beſetzung der Leipzigerſtraße. — Abnahme des Kampfes gegen Morgen. — Rückblick auf das Straßengefecht. — Der Hof in der Nacht des 18. März. — Schwankende Stimmung des Königs. — Der Bericht v. Vinde's. — v. Prittwitz bei Friedrich Wil- helm IV. — Das Manifeſt „An Meine lieben Berliner“. — Er- folgloſigkeit deſſelben. — Deputationen der Bürgerschaft. — Nach- geben des Königs. — Abmarſch der Truppen. — Die Verluſte. — Die Lage der Dinge. — Der Abzug des Militärs ein poli- tiſcher Fehler . . . . .	220
1. Berlin nach dem 18. März. — Der Morgen des 19. März. — Abmarſch der Truppen. — Freilaffung der Gefangenen. — Auf- tritte im Schloßhofe. — Die Herbeifchaffung der gefallenen Barrikadenkämpfer. — Vereinzelt Volkszegeſſe. — Das neue Minifterium. — Die Befreiung der Polen. — Der Umritt Friedrich Wilhelms IV. — Der Aufruf des Königs. — Das Begräbniß der Gebliebenen. — Vorfälle in den Provinzen. — Rückblick . . . . .	257

**VI. Abschnitt: Das Vorparlament.**

Die Einundfünfziger-Versammlung. — Ihr Programm. — Der Siebenerauschuß. — Zusammenkunft und Zusammenfegung des Vorparlamentes. — Der 31. März. — Der 1. April. — Der 2. April. — Austritt der Heckerianer. — Der 3. April. — Rückkehr Heckers und seiner Genossen. — Der Fünfigerauschuß. — Rückblick . . . . . 276

**VII. Abschnitt: Die Wirren im Großherzogthum Posen.**

Die Verschwörung von 1846 und ihr Mißlingen. — Friedlicher Beginn der polnischen Märzbewegung. — Deputationen an den König. — Das Nationalcomité. — Anarchie auf dem Lande. — Drohender Bürgerkrieg. — General von Willisen. — Seine Ansichten und sein Charakter. — Reise Willisens nach Posen. — Kapitulation von Jaroslawice. — Erbitterung der Deutschen. — Willisens Konflikt mit den preußischen Behörden und Abreise. — Ministert Konferenz in Berlin. — Die Demartationslinie. — Beginn der Kämpfe. — Gefechte bei Gostyn, Közmin, Adelnau, Topola, Raszkow, Kions, Miloslaw, Sufolowo. — Niederwerfung des Aufstandes. — v. Pful königl. Kommissär. — Willisens vergebliche Rechtfertigungsversuche . . . . . 297

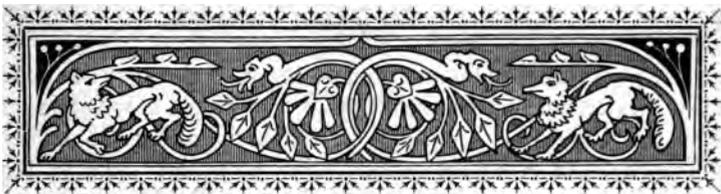
**VIII. Abschnitt: Die Erhebung Schleswig-Holsteins.**

Stellung der Herzogthümer zu Dänemark und Deutschland. — Das drohende Aussterben des dänischen Mannestammes. — Der „offene Brief“ und seine Folgen. — Tod Christians VIII. — Das Reskript Friedrichs VII. — Nachricht von der Februar-Revolution. — Ständeversammlung zu Rendsburg. — Vorgänge in Kopenhagen. — Neues dänisch-radikales Ministerium. — Mißerfolg der Abordnung der schleswig-holsteinischen Stände. — Ausbruch der Revolution in Kiel. — Die provisorische Regierung. — Uebertritt der Truppen. — Fall Rendsburgs. — Befreiung der Herzogthümer. — Manifeste des Königs und der provisorischen Regierung. — Kriegsrüstungen. — Beschlüsse des Bundestags vom 4. und 12. April. — Das Schreiben Friedrich Wilhelms IV. 317

**IX. Abschnitt: Die Erhebung Italiens gegen Oesterreich.**

Pius IX. — Seine Reformen und seine Stellung zur italienischen Bewegung. — Karl Albert von Sardinien, seine Vergangenheit und sein Charakter. — Lage der Dinge in der Lombardei und Venedig. — Wachsende Gährung. — Nachricht von Metternichs





## I. Abschnitt: Die Februar-Revolution.

---

### 1.

#### Die Reformbankette.

Hätte der Bürgerkönig Louis Philippe, anstatt das unruhigste und unstätteste aller Völker zu beherrschen, die Krone eines deutschen Fürstenthumes getragen, so wäre er vielleicht als das Bild aller Regententugenden betrachtet worden, und noch jezt würde möglicherweise in den menschenleeren Straßen einer kleinen Fürsten Residenz ein Standbild die Erinnerung an den seltenen Fürsten ehren, welcher weder das Geld noch das Blut seiner Unterthanen vergeudet, welcher in seiner ganzen Regierung eben so viel Milde als Gerechtigkeit bewiesen hatte. In Frankreich lagen die Dinge anders; der auf Neußerlichkeiten gerichtete gallische Nationalcharakter verlangt einen Herrscher, der zugleich ein Stück von einem Abenteurer und Schauspieler ist; der Bürgerkönig, der, wenigstens in den ersten Jahren seiner Regierung, mit dem Regenschirme unter dem Arm auf den Straßen umherging und mit beinahe gesuchter Einfachheit und Spießbürgerlichkeit auftrat, konnte und wollte einen solchen Anspruch nicht befriedigen. Nichtsdestoweniger hätten die Franzosen auch diese Herrschaft, deren Vorzüge sie selbst erkennen mußten, wohl ertragen, wären nicht zwei Umstände vorhanden gewesen, die mit Macht auf einen

Umsturz des Julikönigthumes hinwirkten. Der eine derselben war allen Regierungen gemeinschaftlich; er entsprang der Thatsache, daß seit 1789 jede der rasch aufeinanderfolgenden Staatsverfassungen einen Rückstand zurückgelassen hatte, der inmitten der neuen Ordnung ein unter allen Umständen feindselig gefinntes Element bildete. Dieser, von einander verschiedenen, aber dasselbe Ziel anstrebenden Richtungen gab es mehrere seit 1830, und jede derselben bedeutete eine unmittelbare Gefahr für das Bürgerkönigthum.

Es war zunächst die Partei der Legitimisten, die mit dem Anschein des ältesten Rechtes auftrat und gerade gegen Louis Philippe als einem Abtrünnigen einen unveröhnlichen Haß empfinden mußte. Ihre Machtmittel waren gering; außer den Resten des alten Adels und der ländlichen Bevölkerung einiger abgelegener Distrikte konnte Niemand mehr daran zweifeln, daß niemals wieder die drei Lilien im Wappen Frankreichs prangen würden. Die Bourbons hatten während der Restauration zu deutlich bewiesen, daß es ihnen an der Fähigkeit gebrach, den Geist der neuen Zeit auch nur zu verstehen, geschweige denn ihn in sich aufzunehmen. Zudem fehlte es den Vertretern des alten Herrscherhauses an den persönlichen Eigenschaften, die zur Wiedergewinnung des Verlorenen erforderlich waren.

Viel gefährlicher als diese Richtung war eine andere, gleichfalls monarchische Strömung, der Bonapartismus. Noch war ja überall die Erinnerung an den korsischen Cäsar lebendig; noch weilten eine ganze Reihe der Männer des Kaiserreichs unter den Lebenden, noch konnten die älteren Generationen selbst von jener Zeit des Ruhmes und der Macht erzählen, da vom Kreml bis zur Alhambra die Welt dem Willen des Gewaltigen gehorchte. Louis Philippe war viel zu klug, als daß er diesen Traditionen mit Gewalt entgegengetreten wäre, im Gegentheil, er sah in den Ueberlieferungen der Kaiserzeit ein Mittel mehr, den Glanz seines Thrones zu heben. Wollte er selbst auch das Gegentheil eines Gewaltherrschers sein — ein „Napoleon des Friedens“, wie ihn seine Schmeichler nannten —, so konnte doch aus der Zeit des ersten Bonaparte ein unblutiger Kriegsrühm

auch seine Krone umstrahlen; dies war der Grund, warum er die Marschälle des Kaiserreichs an seinen Hof zog und mit Vorliebe aus ihrer Zahl die Prunkämter besetzte; dies war sein Gedanke, als er unter großem Pompe Napoleons Asche nach Paris führen und im Invalidendom beisetzen ließ. Er konnte dies um so leichter thun, als seit dem 1832 erfolgten Tode des Herzogs von Reichstadt jede Möglichkeit einer Wiederkehr der Napoleoniden in weite Ferne gerückt schien. Auch machte sich äußerlich wenig von einer bonapartistischen Bewegung bemerklich; sie war nicht zu einer lärmenden Agitation geschaffen, sondern pflanzte sich durch Tradition von der alten Generation zu der neuen unverbrüchlich fort, bis irgend ein günstiger Anlaß die schlummernde Erinnerung zu neuem Leben erweckte.

Während die beiden monarchischen Parteien in Zurückgezogenheit den gegebenen Augenblick für ihre Pläne erwarteten, führte die dritte Richtung, die der Republikaner, einen unausgesetzten und erbitterten Kampf gegen das Julikönigthum. Das Wort Republik war hier das Schlagwort, welches zwei ganz verschiedene Parteien zusammenhielt.

Die eine derselben stand auf dem Boden der französischen Revolution; sie war der Sproß nicht der Jakobiner, der Dantonisten — dazu waren die Zeiten und sie selbst zu zahm —, sondern der Männer der Gironde, großentheils redegewandte, talentvolle, freiheitsbegeisterte Volksführer, welche nur den einzigen Fehler besaßen, daß sie aus der Geschichte nichts gelernt und nichts vergessen hatten, und es dadurch geschehen ließen, daß der Ausgang der zweiten französischen Republik zu einer Karrikatur des Endes der ersten wurde.

Ihr Preßorgan war der berühmte „National“, ein Blatt, das, wie kaum je ein anderes, eine Rolle in der Weltgeschichte gespielt hat. Neben dieser radikalen Partei aber war im Laufe der Jahrzehnte eine andere aufgetaucht, die zwar keine geschichtliche Vergangenheit, aber eine desto größere Zukunft besaß, die der sozialen Revolutionäre.

Ihre erste Lebensäußerung war schon in den Zeiten der großen Revolution die Verschwörung des Gracchus Babeuf und seiner Genossen gewesen, jener seltsame Weltverbesserungsplan,

in dem man damals nichts als den letzten Nachhall eines bereits vollendeten Umsturzes erkannte, während jetzt ein Blick nach rückwärts zeigt, daß jene an sich so unbedeutende Erscheinung bereits das erste Zeichen eines neuen und weit gewaltigeren Sturmes bilden sollte, dessen Vorspiel die Revolution von 1789 gewesen war. Wie stets, ging auch dieser Bewegung die grübelnde Theorie voraus; ein Mann, den sein selbstgewählter Lebensgang durch alle Höhen und Tiefen des menschlichen Lebens geführt hatte, der Graf von St. Simon war es, der als der erste die Anschauungen des Sozialismus entwarf und in bewußten Gegensatz zu dem Christenthume und dem herrschenden Staate stellte. Doch war eine vollständige, systematische Durcharbeitung der Lehre bei ihm noch nicht vorhanden, und unter seinen halb kindischen, halb überspannten Genossen und Nachfolgern, einem Fourier, Enfantin u. A., arteten dieselben und die Versuche, sie praktisch auszuführen (die Phalansteren), in läppische Spielerei aus. Erst einer späteren Reihe von Sozialisten, einem Proudhon und namentlich Louis Blanc war es beschieden, die Bewegung zu einer derartigen Höhe hinaufzuführen, daß in der Geschichte der zweiten französischen Republik der vierte Stand beinahe als ausschlaggebende Partei auf dem Kampfsplatz erschien. Der Hauptführer dieser äußersten Radikalen war um diese Zeit Ledru-Rollin, ihr Organ die „Reform“, welches die vielfach gespaltenen Fraktionen der Sozialrevolutionäre zusammenhielt.

Nicht weniger gefährlich endlich als diese prinzipiellen Gegner waren dem Julikönigthum seine Freunde, die Anhänger der konstitutionellen Monarchie, die nur an der Art der Regierung stets etwas auszusetzen fanden und durch ihre kurzfristigen Angriffe gegen die Staatsleitung lediglich den Radikalen in die Hände arbeiteten. Man kann jedoch von dieser Partei, von welcher später bei Gelegenheit der Reformbankette die Rede sein wird, nicht als von einer eigentlichen geistigen Strömung sprechen; denn sie wurde durch kleinliche Ziele und persönliche Interessen vollständig beherrscht.

Diesen widerstreitenden Richtungen gegenüber war ein Königthum erforderlich, das fest und unerschütterlich auf einer gegebenen historischen Grundlage stand; daß dies beim Julithrone

nicht der Fall war, ist der zweite Umstand, der dessen Sturz herbeiführte. Louis Philippe bildete in seiner Person eine Vereinigung der beiden heterogensten Dinge, des Legitimus und der Revolution. Er war der Sprößling der Bourbons, aber der Sohn des Jakobiners Philipp Egalité, und selbst ein Anhänger des Umsturzes gewesen, er war als Mitglied eines uralten Herrscherhauses geboren, aber „nicht weil Bourbon, sondern obgleich Bourbon“ zum Throne gelangt; in seinem ganzen Leben war er nichts anderes gewesen als ein Spielball der Revolution; die Revolution hatte ihn aus den Kreisen gerissen, wohin ihn Geburt und Erziehung hinwies, sie hatte ihn aus seinem Vaterlande als heimathlosen Flüchtling vertrieben und seinen Vater auf das Schafott gebracht, die Revolution hatte ihm die Krone auf die Stirne gedrückt und sollte ihn am Abend seines Lebens vom Throne in das Nichts hinabstoßen.

Daß ein Mann, in dessen Brust zwei so widerstreitende Seelen wohnten, keine Persönlichkeit aus einem Gusse, mit unerschütterlichen Grundsätzen sein konnte, war klar. Louis Philippe hatte zu sehr den Wechsel alles Irdischen erfahren; seine Weltanschauung war eine Art von Fatalismus, wie er sich bei Allen, die sich lange Zeit in Gefahren und Abenteuern bewegen, ausbildet. Er, der hintereinander Herzog, Jakobiner, Kavalleriegeneral, Schulmeister, Prätendent, König geworden war, erkannte zu scharf die Nichtigkeit der menschlichen Verhältnisse, als daß er den rücksichtslosen Zorn und Verfolgungseifer hätte besitzen sollen, der aus der Wahrung des vermeintlichen guten Rechtes entspringt. Er wollte die Hindernisse nicht zertrümmern, er wich ihnen aus, wie der erfahrene Steuermann sein Schiff zwischen den drohenden Klippen hindurchlenkt, daher auch die Milde, die er fast stets gegen seine politischen Feinde bewies.

Louis Philippe war keine große Natur; er war pffiffig, aber nicht klug, gewandt, aber nicht stark, er war ein gewiegtter Menschenkenner, aber er rechnete zu offen und zu ausschließlich mit den niedrigsten Triebfedern der menschlichen Natur, namentlich der Habsucht, von der er selbst einen guten Theil besaß. Keine Eigenschaft hat ihn unpopulärer gemacht als sein Geiz, der naturgemäß mit den Jahren zunahm und ihn in den Augen

des französischen Volkes des königlichen Nimbus beraubte. Die wenigen ritterlichen Eigenschaften, die Louis Philippe besaß, namentlich der persönliche Muth, den er bei den vielfach gegen ihn unternommenen Attentaten bewies, bildeten kein genügendes Gegengewicht, seine sonstigen Vorzüge, seine Mäßigung, Milde, Friedensliebe, Kunstpflege, wurden wenig gewürdigt.

Die Regierungszeit des Julikönigs war eine sehr bewegte gewesen und läßt deutlich drei Phasen, den Aufgang, den Höhepunkt der Macht und den allmählichen Niedergang, erkennen. Der erste dieser Abschnitte wird durch das erste Aufstrum der Herrschaft gebildet. In rascher Folge hatte in dieser Zeit der legitimistische Aufstand in der Vendée und die Reise der Herzogin von Berry, dann die republikanischen Schilderhebungen das Bürgerkönigthum bedroht. Niemals schwebte Louis Philippe in größerer Gefahr als während des blutigen Pariser Straßenkampfes von 1832, dem sich 1834 der nur mit größter Mühe unterdrückte allgemeine Aufruhr in Lyon und neue Umeuten in Paris und anderen Städten anschlossen. Zwar wurden diese Bewegungen, zum Theil nach mörderischen Straßenkämpfen, wie in der Rue Transnonain zu Paris, bewältigt, allein wie groß die Theilnahme der Bevölkerung an der Insurrektion gewesen, zeigte sich an der gewaltigen Erregung, welche die Gerichtsverhandlung gegen die 2600 verhafteten Teilnehmer der Revolution hervorrief. Immerhin war jedoch die Kraft der Republikaner durch diese mißglückten Versuche gebrochen, die bis dahin unermülich thätigen geheimen Gesellschaften begannen ihren Einfluß zu verlieren, der Regierung gelang es, durch die in Folge des Aufstandes genehmigten Septemberelese eine Beschränkung der Pressefreiheit zu erlangen.

Nachdem der König mit wunderbarem Glücke im Juli 1835 dem Attentate Fieschi's entgangen, dessen Mordmaschine sechzig Personen um ihn zu Boden streckte, begann sich seine Macht immer mehr zu befestigen. Die beiden Versuche des Prinzen Ludwig Napoleon, einen bonapartistischen Aufstand zu erregen, verunglückten in so kläglicher Weise, daß der Prätendent für immer unmöglich geworden zu sein schien; eine im Jahre 1839 von dem Verschwörer Blanqui und seinen Genossen unternommene

sozialistische Erhebung, die erste ihrer Art, wurde mit leichter Mühe unterdrückt.

Als das erste Jahrzehnt des Julikönigthumes zu Ende ging, trat eine merkliche Festigung und Consequenz in dem Regierungssysteme Louis Philippe's ein. Der König hatte bis dahin, nachdem sein erster, begabter, aber unbequemer Rathgeber Casimir Perier schon 1832 der Cholera erlegen war, vor allem stets zwei Männer an seine Seite gezogen, Guizot, das Haupt des Doktrinarismus, und Thiers. Ueber den ersteren ist das Urtheil der Geschichte kein allzu verschiedenartiges; auch von seinen Feinden wird ihm zugestanden, daß er ein Mann von unermüdllicher Arbeitskraft, Gewandtheit in Führung der Staatsgeschäfte und von makellosem Charakter gewesen ist; er ist fast der einzige Minister, gegen welchen sich niemals Anklagen wegen Bestechlichkeit und ähnlicher Vergehen erhoben haben. Anders stand es mit seiner politischen Thätigkeit; die ganze Art und Weise seiner Amtsführung, sein Bemühen, die Konstitution zu einem Scheindinge umzubilden, und die Kammer mit allen sich bietenden Mitteln zu einem Werkzeug der Regierung zu machen, erinnern an die analogen Bestrebungen der vormärzlichen Ministerien in Deutschland.

Was Thiers betrifft, so ist es kaum möglich, schon jetzt ein Urtheil über einen Staatsmann zu fällen, der bis in die jüngste Zeit so tief in die Geschichte Frankreichs und damit auch Deutschlands eingegriffen hat; doch scheint die Annahme gerechtfertigt, in Thiers den Vertreter einer durchaus verschwommenen und mit Phrasen prangenden Staatskunst zu erblicken, der in seinen Bestrebungen fast nur von persönlichen Interessen geleitet wurde und — wenigstens 1847 und 1848 — eine überraschende Kurzsichtigkeit bewies.

Vom Oktober 1832 ab waren Guizot und Thiers theils gemeinschaftlich, theils einzeln Mitglieder der meisten Ministerien gewesen, doch trat gegen 1840 eine immer stärker werdende Entfremdung zwischen Louis Philippe und seinem Gesinnungsgenossen Guizot einerseits und dem liberaleren Thiers andererseits hervor. Bei Gelegenheit der orientalischen Verwickelungen des Jahres 1840, welche einen allgemeinen Krieg befürchten

ließen, bekam Thiers endgültig den Abschied, Guizot übernahm, unter dem offiziellen Vorſitz des Marſchalls Soult, das Miniſterium, deſſen Mittelpunkt er bis zur Februar-Revolution blieb.

Von jetzt ab begann die durch die 1840 erfolgte Befefigung von Paris veranlaßte Finanznoth, welche trotz des Friedens und des blühenden Zuſtandes des Landes nie mehr ganz gehoben werden konnte, von jetzt ab die konſequente Bevorzugung der „Bourgeoisie“ und der höheren Klaſſen, von jetzt ab endlich die Haupturſache der Februar-Revolution, das System der Corruption im öffentlichen Leben, welches Guizot, zu ſtarrſinnig, um von ſeinem einmal gewonnenen Standpunkte abzugehen, und doch genöthigt, ſeinen Willen in der liberal geſinnten Kammer durchzuſetzen, zu einer ungeahnten Höhe brachte.

Um dieſe Zeit war das Julikönigthum zu ſeiner höchſten Blüthe gelangt; von 1840 an begann, zwar anfangs langſam und faſt unmerklich, der Niedergang. Der erſte ſchwere Schlag, den der alternde König erlitt, traf ihn am 13. Juli 1842; ſein volksbeliebter, älteſter Sohn, der Herzog von Orléans, fand durch einen Unfall auf der Fahrt einen jähen Tod; ſchon damit war die Zukunft der Julidynaſtie auf die Frage geſtellt; denn der nunmehrige Thronerbe, der Enkel Louis Philippe's, war ein Kind von wenigen Jahren, der für ihn zum Regenten auſerſehene Herzog von Nemours wenig populär.

Im öffentlichen Leben war es zwar ſehr ſtill geworden, nur ab und zu ließ eines der unausrottbaren Attentate, denen ſich der König rückſichtslos ausſetzte, die immer noch beſtehende Gährung erkennen, dagegen traten in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre eine Reihe nicht minder beſorgnißerregender Anzeichen zu Tage. Es war kein Zufall geweſen, daß man gerade jetzt, in dieſer Zeit müßiger und verderbter Ruhe wieder auf die großen Epochen der verfloſſenen franzöſiſchen Geſchichte zurüdgegriffen hatte, daß gleichzeitig eine Reihe der hervorragendſten Männer, wie Thiers, L. Blanc, Lamartine, die Ereignisse der Republik und des Kaiſerreiches in umfangreichen Werken ſchilderten, daß gerade jetzt Sue und nach ihm Andere in ihren ſozialen Romanen den Wuſt von Elend und Verbrechen ent-

hüllten, den die gleißende Hülle der Hauptstadt barg. Dazu kamen Vorkommnisse, die in greller Weise den Verfall der höheren Gesellschaft und selbst der höchsten Kreise kennzeichneten, wie die Ermordung der Herzogin von Praslin durch ihren eignen Gatten, der alsdann durch Selbstentleibung im Gefängniß dem Volke das Schauspiel entzog, einen Pair von Frankreich auf dem Schafott zu sehen.

Wichtiger als das Alles aber waren eine Anzahl politischer Prozesse, in denen der Umfang, welchen die Corruption im öffentlichen Leben angenommen hatte, nicht mehr verdeckt werden konnte. Man sah, daß das System der Bestechlichkeit bis in die höchsten Spitzen der Beamtenwelt hinaufreichte, man sah den gewesenen Kriegsminister Cubières vor Gericht, seinen Collegen Lesté im Gefängniß, man sah daß Guizot, obwohl persönlich jeder Beeinflussung unzugänglich, doch in Betreff seiner Genossen und Untergebenen aus politischen Rücksichten beide Augen zudrückte. Dazu kam, daß auch die äußere Politik Louis Philippe's in seinen letzten Regierungsjahren den Gegnern willkommenes Handhaben zu Angriffen bot. Namentlich war dies der Fall bei der in ganz Europa mißgünstig aufgenommenen spanischen Doppelheirath, welche in hohem Maße kennzeichnend für den kleinlich berechnenden Sinn des Bürgerkönigs ist. Um nämlich seinem Hause dereinst die Krone Spaniens zu erwerben, vermählte Louis Philippe seinen jüngsten Sohn, den Herzog von Montpensier, mit der Schwester der jungen spanischen Königin Isabella, der Infantin Louise Fernanda, indem er es zugleich durch diplomatische Ränke bewirkte, daß die Königin selbst ihrem Vetter Franz Affis von Paula, dem Bruder des Prätendenten Don Carlos, ihre Hand zu einer Ehe reichte, aus welcher nach aller Voraussicht keine Nachkommenschaft zu erwarten war. Diese Intrigen führten zu einem Bruche zwischen England und Frankreich, welcher in einen Krieg überzugehen drohte, und von seinen eigenen Unterthanen wurde Louis Philippe des Wortbruches beschuldigt.

Auch die Fortschritte der französischen Waffen in Algier konnten die allgemeine Verstimmung nicht heben. Die barbarische Art und Weise, in welcher die Franzosen den Krieg führten,

namentlich die Ermordung eines ganzen Araber Stammes in den Höhlen von Dahra durch den Oberst Pelissier erweckten in ganz Europa Abscheu, und als es endlich im Dezember 1847 gelungen war, Abd-el-Kadr gegen das Versprechen freien Abzuges zur Niederlegung der Waffen zu bewegen, strafte Louis Philippe das Wort seines eigenen Sohnes, des Herzogs von Nemours, welcher den Vertrag abgeschlossen hatte, Lügen und ließ den Emir als Gefangenen nach Frankreich bringen. Bei jeder weiteren Gelegenheit erwies sich das Ministerium Guizot als Feind des Fortschrittes und der Freiheit, im Schweizer Bürgerkriege stand es auf Seiten des Sonderbundes, in Italien suchte es die nationalen Bestrebungen Pius' IX. zu Nichts zu machen und die Politik Metternichs zu unterstützen. Die öffentliche Meinung begann unruhig zu werden, der Augenblick schien gekommen, einen Sturm auf das allmächtige Ministerium zu wagen. Von der Kammer konnte eine solche Bewegung nicht ausgehen; hier hatte sich im Laufe der Zeit Guizot eine unbefristete Mehrheit durch Mittel aller Art geschaffen, eine dunkle, unberühmte Masse, die bei dem ersten Ansturm der Revolution spurlos in ihr Nichts zurückfiel; die eigentlichen Oppositionsparteien, die Legitimisten, unter denen der redebegabte Berryer hervorragte, wie auch die Radikalen von der Partei des „National“ und die Extremen der „Reform“, zählten wenig Mitglieder in der gesetzgebenden Körperschaft. Zahlreicher waren die Liberalen, die sich in „die dynastische Linke“, das „linke Zentrum“ und die „dritte Partei“ spalteten. In der ersten dieser Fraktionen herrschte Odilon Barrot, in der zweiten, deren Organ der „Constitutionnel“ war, hatte Thiers seine Getreuen, de Rémusat, Duvergier de Léauranne u. A., um sich versammelt, die dritte endlich war wenig bedeutend, ein „Generalstab ohne Soldaten“, wie sie Garnier-Pagès nennt.

Der Anstoß zu der Bewegung gegen das Kabinet Guizot ging nicht, wie man hätte annehmen können, von den eigentlichen Oppositionsparteien, sondern von den Liberalen aus, die damit nichts Anderes als einen Ministerwechsel und eine Erweiterung der parlamentarischen Machtbefugnisse bezweckten.

Es handelte sich zunächst um die Wahl eines Schlagwortes,

durch welches man die Massen zu dem konstitutionellen Feldzug begeistern konnte, und ein solches war bald gefunden. Offenbar beruhte die ganze Herrschaft Guizots auf dem Umstand, daß er in der Kammer nicht jenen Widerstand fand, welchen ihm die Volksvertreter kraft ihrer Rechtsbefugnisse hätten entgegensetzen können. Man mußte also darauf bedacht sein, eine Reorganisation des Parlamentes durchzuführen; zwei Wege boten sich hier: einmal war an eine ernstliche Opposition in der Kammer kaum zu denken, so lange, wie dies jetzt der Fall, ein großer Theil der Mitglieder aus Beamten und anderen unmittelbar von der Regierung abhängigen Personen bestand, zweitens mußte man die Bewegung durch Befürwortung der Wahlberechtigung breiterer Volksschichten populär zu machen suchen. Nach dem Gesetze vom 19. April 1831 war zur Ausübung der Wahlfunktion ein Steuercensus von 200 Francs erfordert, so daß thatsächlich eine verschwindend kleine Minderheit, kaum 200 000 Staatsbürger, Frankreich regierten. Die Abschaffung dieser Mißstände, die Wahlreform und die Nichtwählbarkeit der Beamten zu Kammermitgliedern wurde das Schlagwort des Tages.

Schon seit 1840 war davon die Rede gewesen, doch nahm erst jetzt, zu Beginn des Jahres 1847, die Bewegung einen ernstlichen Charakter an. In der Frühjahrsession dieses Jahres reichte Duvergier einen Antrag auf Herabsetzung des Censur von 200 auf 100 Francs, Ertheilung der Wahlberechtigung an die sog. Capacitäten und Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 459 auf 538 ein; ihm folgte Rémusat, der das Verbot der Beamtenwählbarkeit befürwortete.

In den lebhaften Debatten, die sich hierüber entspannen und in die alle Häupter der Parteien, namentlich Barrot, eingriffen, durchschaute die Regierung den Plan der Gegner vollkommen. „Ihr Vorschlag“, sagte der Minister Duchâtel unumwunden zu den Oppositionsführern, „ist lediglich die Speculation einiger Ehrgeizigen, die gerne Portefeuilles haben möchten!“ Das Schicksal der Anträge konnte nicht zweifelhaft sein; am 21. April lehnte die Kammer mit 219 gegen 170 Stimmen die Parlamentsreform, am 26. Mai mit 252 gegen 164 Stimmen den Antrag Rémusats ab.

Nach diesem Mißerfolge beschloß die Opposition, sich an das Volk selbst zu wenden und unter der Bevölkerung die Agitation für die Reform zu betreiben. Aber welches war das beste Mittel zur Propaganda, welches der sicherste und zugleich ungefährlichste Weg? In dieser Verlegenheit kam man auf eine Einrichtung, die, aus England stammend, schon vorher des öfteren von Guizot und seinen Freunden angewendet worden war. Sie bestand darin, daß man bei einem Bankette die einflußreichsten Wähler und sonstigen hervorragenden Persönlichkeiten eines Bezirkes vereinigte und in zwangloser Weise durch Tischreden u. dgl. die politischen Fragen besprach.

Schon seit einiger Zeit hatten sich die Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppen in den Wohnungen einiger Abgeordneter zusammengefunden, jetzt kam — es war gegen Ende Mai — in dem Hause Odilon Barrots ein förmlicher Bund zu Stande, und es wurde ein Comité zur Betreibung der Agitation eingesetzt. Die Radikalen hatten sich, während sich Legitimisten und Sozialrevolutionäre noch ziemlich fern hielten, den liberalen Parteien völlig angeschlossen. Sie wußten sehr gut, was sie thaten, indem sie den kurzfristigen Bestrebungen eines Thiers und Barrot ihre Unterstützung liehen. „Uns kommt es nicht zu, unsere neuen Verbündeten aufzuklären“, meinte Garnier-Pagés schadenfroh zu seinen Freunden von der radikalen Partei, die mit ihm aus Barrots Wohnung gingen, „aber sie wissen nicht, wohin sie gehen; das, was wir eben beschlossen haben, das ist eine Revolution!“ Die Männer der dynastischen Opposition und des linken Zentrums waren nicht im Stande zu erkennen, daß, sobald sie sich mit den republikanischen Elementen verbündet hatten, ihr Angriff gegen die Regierung der Handlungsweise eines Menschen gleich, der sein Haus anzündet, um sich zu wärmen. Sie waren überzeugt davon, daß sofort ein Stillstand in der entfesselten Volksbewegung eintreten werde, sobald Thiers und seine Genossen ihre Ministerportefeuilles in Händen hielten.

Am 9. Juli fand im Château-Rouge zu Paris das erste große Reformbankett statt, an welchem gegen zwölfhundert Personen, darunter 86 Abgeordnete, theilnahmen. Nicht erschienen

war die „dritte Partei“, die sich gegen die Reform ausgesprochen hatte, und die äußerste Linke, Ledru-Rollin mit seinen Anhängern. Von sonstigen hervorragenden Parteimännern, deren Anwesenheit man erwarten konnte, hielten sich Thiers und Rémusat dem Bankette fern. Auf dieses Fest, das bei schönem Wetter, nach unendlich vielen und langen Reden spät in der Nacht sein Ende erreichte, folgten alsbald ähnliche in Colmar, Straßburg, Soissons, St. Quentin, Toulouse, Orléans und zahlreichen anderen Städten. Ueberall war der Verlauf der gleiche; man vereinigte sich und hielt Reden, in denen die Nothwendigkeit der Reform betont wurde. Immerhin jedoch ergaben sich geringfügige Verschiedenheiten je nach den mehr oder minder radikalen Anschauungen der Festtheilnehmer, Verschiedenheiten, die namentlich bei Gelegenheit des Toastes auf den König ihren Ausdruck fanden. Dieser Trinkspruch war nicht programmäßig vorgeschrieben, sondern dem Belieben der Bankettirenden überlassen, und häufig genug kam es vor, daß er gar nicht ausgebracht oder mit Schweigen aufgenommen wurde.

Inzwischen merkten die Ultra-Radikalen, die bisher von dem Reformselbzug Nichts hatten wissen wollen, allmählich, daß auch für ihre Pläne dabei etwas zu erringen sei, und traten der Sache näher. Am 7. November erschienen Ledru-Rollin und sein Gefinnungsgenosse Flocon auf einem Bankett in Lille, das dadurch und durch den Rückzug Barrots und seiner Freunde einen revolutionären Charakter erhielt, und alsbald folgten ganz aufrührerische Bankette in Dijon und Châlons, an denen die anderen Häupter der Sozialisten, V. Blanc, Arago, gleichfalls Theil nahmen; auch die Radikalen, Garnier-Pagés u. A., traten jetzt, auf den Vereinigungen zu Montpellier und Neuburg, offener mit ihren Plänen hervor.

Das Ende des Jahres nahte heran und mit großer Befriedigung blickte die vereinigte Opposition auf den Redeseldzug des verfloffenen Sommers zurück. Die Bewegung hatte Erfolg gehabt, daran war kein Zweifel, in den Verhandlungen der Kammer, die auf den 28. Dezember einberufen war, mußte sich das Weitere entwickeln und namentlich sich zeigen, ob die Regierung gesonnen sei, ihr bisheriges System der Geringschätzung dieser Kundgebungen fortzusetzen.

Die Thronrede, welche die Volksvertreter begrüßte, gab darüber klaren Aufschluß. „In der Mitte der Bewegung“, lautete ein bedeutsamer Satz derselben, „welche feindliche oder blinde Leidenschaften erregen, ist es eine Ueberzeugung, die mich beseelt und aufrecht erhält, die Ueberzeugung, daß wir in der konstitutionellen Monarchie, in der Vereinigung der großen Kräfte des Staats die sicheren Mittel besitzen, um alle Hindernisse zu überwinden und allen geistigen und materiellen Interessen unseres theuren Vaterlandes zu genügen.“

Am Hofe herrschte jedoch durchaus nicht die Zuversicht, welche diese Worte athmeten; ein langes, später vielfach veröffentlichtes Schreiben des Prinzen von Joinville an den Herzog von Nemours<sup>1</sup> läßt die tiefe Muthlosigkeit erkennen, welche bereits die nächsten Anverwandten des greisen Königs ergriffen hatte; dazu brachte der letzte Tag des Jahres einen neuen Schlag; die Prinzessin Adelaide, die Schwester Louis Philippe's, die demselben stets eine besonnene und treue Beratherin gewesen war, starb plötzlich in den Tuileries.

Im Februar begann, nachdem vorher noch vom „National“ eine neue skandalöse Bestechungsgeschichte aufgedeckt worden war, die Berathung über die Adresse der Kammer an den König, welche nach dem Willen der Majorität eine Bestätigung und Wiederholung der in der Thronrede gebrauchten Wendungen enthalten und so die Ergebenheit der Kammer zeigen sollte. Die Debatten waren stürmisch und aufgeregter, wie selten zuvor; in dem allgemeinen Tumulte gingen die Worte der Redner verloren, man schrie durcheinander, beschuldigte die Regierung, sie sei reaktionärer als die Restauration, sie sinne auf die Gegenrevolution; die Minister vertheidigten sich mit harten Worten, einige vermittelnde Amendements wurden verworfen und endlich die Adresse angenommen. Für den Satz derselben, welcher in Bezug auf die erwähnte Auslassung des Königs formulirt war: „die Aufregungen, welche feindliche Leidenschaft und blinde Hinreißung erregen, werden vor dem öffentlichen Urtheil fallen, aufgeklärt durch unsere freimüthigen Diskussionen. In einer konstitutionellen

<sup>1</sup> U. A. bei Garnier-Pagès, IV, 142 f.

Monarchie überwindet die Einigung der großen Kräfte des Staates alle Hindernisse und gestattet es, allen geistigen und materiellen Interessen des Landes zu genügen" — fanden sich 223 gegen 18 Stimmen — fast die ganze Opposition enthielt sich der Abstimmung —, und ebenso wurde die Gesamttadresse mit 244 Stimmen angenommen.

Am nächsten Tage, dem 13. Februar, versammelten sich die oppositionellen Abgeordneten, über hundert an der Zahl, in einem Saale des Café Durand auf dem Boulevard de la Madeleine, um die weiteren Schritte zu besprechen. Nach längeren Berathungen kam man zu dem Beschlusse, einen Massenaustritt aus der Kammer, von welchem vielfach die Rede gewesen, nicht zu veranstalten, dagegen eine Anklage gegen die Minister zu erheben, und sich nicht an der Deputation zu betheiligen, welche die Adresse dem Könige überreichen sollte. Der wichtigste Beschluß ging dahin, daß man unter allen Umständen das Recht, sich zu Banketten und ähnlichen Versammlungen zu vereinigen, aufrecht erhalten wollte.

Es hatte dies insofern eine weitergehende Bedeutung, als während der Kammerverhandlungen der Minister des Innern, Duchâtel, erklärt hatte, daß die Regierung künftig die Reformbankette nicht weiter dulden, sondern — und zwar auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1790 — verbieten werde. Guizot, der bisher sich um die ganze Bewegung offiziell kaum gekümmert hatte, schien somit entschlossen, den Kampf mit der Opposition aufzunehmen.

Schon vor längerer Zeit war von einem großen Bankett die Rede gewesen, welches in Paris gewissermaßen als Abschluß der Reformbewegung abgehalten werden sollte. Als Ort hatte man zunächst den zweiten Stadtbezirk ausersehen, sich dann aber auf Bitten der Bürger des zwölften Arrondissements für dieses letztere entschieden. Es war jedoch mancherlei dazwischengekommen, und das Bankett bis auf weiteres verschoben worden. Durch das Verbot des Ministers, weitere solche Festlichkeiten zu veranstalten, war jetzt die Frage, ob und wann das Bankett stattfinden sollte, zu einer Machtfrage zwischen Regierung und Opposition geworden.

Am 14. Februar trat das Comité des 12. Bezirkes in Barrots Wohnung zu einer Berathung über das Bankett zusammen; man beschloß, dasselbe, und zwar für tausend Theilnehmer, zu veranstalten, und bei demselben durch den Präsidenten eine Rede auf das Vereinigungsrecht und die Reform ausbringen zu lassen. Es wurde zur Vorbereitung alles Erforderlichen eine Kommission eingesetzt, zu welcher später auch ein Pair von Frankreich, von Althon-Shee, trat. Einige Schwierigkeiten verursachte die Wahl eines passenden Festplatzes; erst am 20. gelang es einen solchen, und zwar in einer Straße am Versailles Weg, zu ermitteln und von dem Pächter desselben für tausend Francs auf zehn Tage zu miethen. Zwei Tage vorher war bereits als Zeitpunkt des Festes der 22. Februar bezeichnet und eine Unter-Kommission für die Einzelheiten ernannt.

Am 19. fand eine zweite Versammlung im Café Durand statt, in welcher die Kommission Bericht über ihre Thätigkeit abstattete. Es wurde nochmals die vollständige Geseßlichkeit und Ordnung der Rundgebung hervorgehoben und beschloffen, dieselbe unter allen Umständen zu veranstalten; am folgenden Tage brachten sämtliche Oppositionsblätter einen Aufruf, der in schwungvollen Wendungen diese Absicht aussprach.

Immer mehr schärften sich die Gegensätze zu; schon begannen Einige der Liberalen vor ihrer eigenen Kühnheit zu erschrecken, allein auch die Regierung fing an, in ihrem Sicherheitsgeföhle zu schwanken. Sie traf Vorbereitungen zu einem Kampfe, sorgte für Munition und Lebensmittel, und machte die Pariser Garnison mobil, zugleich jedoch entschloß sie sich, mit den Gegnern zu unterhandeln.

Der hervorragendste Vertheidiger und Vorkämpfer des Julikönigthumes war in der letzten Zeit de Morny geworden, welcher, erst vor kurzem in das Staatsleben eingetreten, scharfsinniger als seine Genossen, die ringsum drohenden Gefahren erkannte und namentlich durch einen in der „Revue de deux Mondes“ erschienenen Aufsatz über den Kommunismus Aufsehen erregt hatte. Er nebst Guizots Vertrauten Bitet wurde vom Ministerium zu den Unterhandlungen mit der Opposition bestimmt, welche ihrerseits Maleville, Duvergier und Berger als Vertreter entsandte.

Man einigte sich nun über folgende Komödie: Den Banketttheilnehmern sollte am Eingange des Festraumes ein Polizeikommissär den Eintritt verbieten, jene aber trotzdem hereingehen und Platz nehmen. Sobald dies geschehen, würde der Kommissär unter Androhung von Gewalt den Präsidenten auffordern, die Versammlung aufzulösen und hierauf die Menge, nachdem Barrot konstatiert, daß man der Gewalt weiche, ruhig auseinander gehen. Alsdann sollte die ganze Angelegenheit an den Kassationshof zur Entscheidung gelangen, bis dahin aber ohne Einwilligung der Stadtbehörden kein weiteres Reformbankett der Deputirten stattfinden.

Damit schien beiden Theilen geholfen; der Ehrenpunkt war bewahrt, man setzte seinen Willen durch, und die Dürstten konnten nunmehr höchstens die Wähler und das Volk sein, soweit sie von den Vertretern der Nation ein mannhafteres Auftreten als ein solches von gegenseitiger Furcht veranlaßtes Gaukelspiel erwarteten; allein die Dinge nahmen eine unerwartete Wendung.

Den Radikalen nämlich mißfiel dieser friedliche Ausgang der Sache und die Entscheidung vor Gericht durchaus; als am Morgen des 20. die Unter-Kommission, die man mit den Einzelheiten der Festvorbereitungen betraut hatte, zusammentam, ergriff der Redakteur des „National“, Marrast, die Gelegenheit und schrieb ein Programm für das Bankett und den Zug dorthin nieder, das, obwohl unter fortwährenden Friedensbethuerungen die Autorität der Regierung gänzlich aufhob; in dem Zuge sollte unter Anderem die gesammte Pariser Nationalgarde, die Arbeiter, die Hochschüler mitgehen, alles schien darauf berechnet, um in den aufgeregten Volksmassen den Ausbruch der Revolution, sobald das verabredete Verbot des Bankettes erfolgte, unausbleiblich zu machen. Der Zufall wollte es nun noch, daß der gemäßigt gesinnte Odilon Barrot das Schriftstück überhaupt nicht zu Gesicht bekam, sondern nur, vom Tische abgerufen, durch Marrast den ungefähren Inhalt erfuhr und billigte. Als bald setzten sich jetzt die Druckereien der Oppositionsblätter, des „National“, des „Siècle“, des „Constitutionnel“ und des „Courrier Français“ in Bewegung, um am 21. Morgens der

Bevölkerung von Paris das Programm der Manifestation mitzutheilen.

Als das Schriftstück um diese Zeit bekannt wurde, war die Ueberraschung und Bestürzung nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den meisten Mitgliedern der Opposition eine große. In aller Eile entwarf Duvergier eine Verbesserung des Marrast'schen Programms und übergab sie den inzwischen erschienenen Unterhändlern de Morny und Vitet, um sie Guizot als Beweis der friedfertigen Absichten der Opposition zu bringen.

Bei dem Minister Duchâtel trafen die beiden Guizot in Begleitung des Generals Jacqueminot, Chef's der Nationalgarde. Ihre Vermittlungsversuche waren vergebens; das Ministerium schien entschlossen, jetzt Ernst zu machen. „Die Manifestation wird nicht stattfinden“, rief Guizot heftig aus, „man errichtet eine Nebenregierung an unserer Seite; es bleibt uns danach keine andere Möglichkeit!“ Noch versuchte Morny auf die Gefahr des Abfalls der Nationalgarde hinzuweisen, wenn es zum Zusammenstoß käme, allein Jacqueminot fiel ihm ins Wort: „Ein Zusammenstoß! — das ist es ja gerade, was die Nationalgarde wünscht!“ —

Der Entschluß, den Kampf aufzunehmen, war gefaßt: Morny schrieb eine Proklamation nieder, die, mit der Unterschrift des Polizeipräfekten Delessert versehen, am späten Nachmittage erschien. Kurz und bündig verbot darin die Regierung aus „nur allzu gerechtfertigten Gründen der öffentlichen Ordnung und mit Benützung des von den Gesezen ihr verliehenen Rechtes“ das Bankett des zwölften Arrondissements.

Der König Louis Philippe begrüßte diese Verordnung mit großer Freude; er dachte an keine Gefahr; „glauben Sie mir“, hatte er noch Tags zuvor zu Duchâtel gesagt, „die Pariser machen im Winter keine Revolution!“ Und mit hochfahrendem Stolge sezte er hinzu: „Ich werde es gewißlich nicht so machen wie die ältere Linie! — Mich soll Niemand überraschen! — Ich werde mich hüten, die Fehler Karls X. zu begehen! — Ich werde ein bißchen besser meine Maßregeln zu treffen und mich zu vertheidigen wissen!“

Es wurden denn auch alle erforderlichen Maßregeln getroffen,

um den zu erwartenden Aufstand schnell und kraftvoll unterdrücken zu können. Die Generale und Obersten der Pariser Garnison versammelten sich bei dem General Sebastiani, woselbst ihnen der Generalstabsoffizier Rollin eine schon vor längerer Zeit vom Marschall Gérard entworfene Angriffsdisposition für den Fall eines Straßenkampfes vorlas, und die nöthigen militärischen Maßregeln besprochen wurden. Sebastiani selbst war noch so zuversichtlich, daß er seinen Untergebenen erklärte, er wolle sie gar nicht nach dem Geiste der Truppen fragen; denn der Armee gegenüber sei selbst ein bloßer Verdacht unmöglich! — Selbst das tiefe, bedeutsame Schweigen, das dieser Aeußerung folgte, vermochte ihn nicht aus seiner Siegesgewißheit zu reißen.

Auch die Polizei entfaltete rege Thätigkeit, um das Bankett zu verhindern.

Bei beinahe völlig leeren Bänken wurde die Sitzung der Kammer eröffnet. Morny und Vitet theilten den anwesenden Oppositionsdeputirten das Scheitern ihres Vermittlungsversuches mit. Die letzteren beschloßen zunächst in dem Parlamente einen Angriff auf das Ministerium zu unternehmen. Es war nach vier Uhr Nachmittags, als sich der Saal plötzlich durch die hereinströmenden Deputirten der Linken zu füllen begann, und Odilon Barrot die Tribüne bestieg, um das Verhalten der Regierung in der Bankettfrage zu erörtern. Der Minister Duchâtel antwortete, es entspann sich eine ziemlich heftige Debatte, bis kurz vor fünf Uhr die Sitzung geschlossen und für den nächsten Tag die Angelegenheiten der Bank von Bordeaux auf die Tagesordnung gesetzt wurden. In großer Erregung ging Alles auseinander. Um fünf Uhr versammelten sich bei Odilon Barrot die Mitglieder der Opposition. Die Zeit drängte, man mußte unter allen Umständen einen Beschluß fassen, sich darüber klar werden, was man dem Verbote der Regierung gegenüber thun wolle. Es waren, man mochte die Sache nach allen Seiten drehen und wenden, nur zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder man gab das Bankett auf, das hieß, auf den Erfolg des ganzen Reformfeldzuges verzichten und sich auf Gnade und Ungnade dem Ministerium Guizot unterwerfen, oder man beharrte bei der Feier, das war das Signal zum Ausbruch einer Revolution.

Es ist nicht schwer, sich in die Verlegenheit hinein zu versetzen, in welcher sich die Mitglieder der dynastischen Linken und des linken Zentrums jetzt befanden. Was war aus der anfangs so friedlichen Bewegung geworden! Alles schien verloren, wenn man sich nicht zu dem einen schweren Schritt entschloß, den Widerstand gegen die Regierung aus dem Bankettsaale auf die Straße zu versetzen, — und auch dann war der Ausgang höchst zweifelhaft.

Thiers ließ allen diesen Besorgnissen berebten Ausdruck. „Seit der Veröffentlichung des Programmes“, rief er, — mit einer verzweifelten Energie der Gesten und der Sprache, wie Garnier-Pagés erzählt, — „ist das Bankett nicht mehr durchführbar. Man muß darauf verzichten. In einem solchen Falle ist die Hartnäckigkeit kein Muth mehr, sondern Thorheit!“

Dies war denn doch einigen der Versammelten zu deutlich gesprochen. Garnier-Pagés sprach in scharfen Worten gegen den Antrag des Vorredners, eine Adresse an den König zu richten; auch der Dichter Lamartine, welcher eine Eigenschaft besaß, die den meisten der Versammelten völlig fremd war, den persönlichen Muth, erklärte, unter allen Umständen zum Bankette gehen zu wollen, und Duvergier und Malleville schlossen sich ihm an. Ebenso bezeichnet Marin die Frage des Bankettes nicht mehr als eine solche der Politik, sondern der Ehre, aber alle diese Versuche bleiben erfolglos. Die Thiers'sche Ansicht drang unaufhaltbar durch und in namentlicher Abstimmung erklärten sich achtzig der Versammelten für die Vertagung, nur siebenzehn für die Abhaltung des Bankettes. Die Männer der Unentschlossenheit hatten gesiegt, die zum Kampf entschlossenen Radikalen des „National“ mußten sich unterwerfen; sie konnten für sich allein keinen Widerstand wagen.

Die Nacht war bereits hereingebrochen, als man diesen Entschluß gefaßt hatte; man verschob die weiteren Berathungen bis auf neun Uhr Abends und setzte die Bankettkommission von dem Vorhaben der Deputirten in Kenntniß. Wohl oder übel mußte dieselbe, welche schon alle Vorbereitungen getroffen hatte — es war sogar eine Mauer auf dem Festplatze niedergedrückt, um den Verkehr zu erleichtern —, nachgeben, und am nächsten

Morgen eine von Marraſt verfaßte Proklamation erlaſſen, in welcher die Vertagung des Bankettes bekannt gemacht wurde. Eine ähnliche Kundgebung ließen auch Thiers und Genossen verbreiten.

Der Rückzug der Oppoſition war vollſtändig; auch der ſchwächliche Beſchluß, in der Kammer das Miniſterium in Anklagezuſtand zu verſetzen, konnte daran nichts ändern. Die Regierung ſelbſt war überrafcht. Sie hatte bereits den Truppen Marſchordre zukommen laſſen — den Entſchluß, die Nationalgarde unter Waffen zu rufen, hatten die Miniſter des Kriegs und des Innern im letzten Augenblick vereitelt —, die Polizeiſchiffäre waren bei dem Präfekten verſammelt, 22 Verhaftungsbefehle bereits ausgefertigt, Proklamationen des Generals Jacqueminot, des Magiſtrats, der Polizei bedeckten die Straßenecken, da traf — es war nach ein Uhr Morgens — die Nachricht von dem Entſchluffe der Oppoſition ein und erzeugte allgemeine Beruhigung.

Alles ſchien jetzt in beſter Ordnung, der Konflikt auf unblutige Weiſe beigelegt zu ſein, allein man hatte den wichtigſten, den ausſchlaggebenden Faktor beiderſeits außer Acht geſaſſen. Das Volk, die dunkle, unberechenbare, ſchwerfällige Maſſe, war bereits in Bewegung geſetzt, in eine Bewegung, welche ebenſo ſchwer zu erzeugen als zu hemmen iſt. Zu ſpät ſollten es die Konſtitutionellen erkennen, daß ſie die Geiſter, welche ſie gerufen, nicht mehr zu bannen vermochten. Schon wogte es unruhig auf den Gaſſen hin und her, Gruppen von Blufenmännern, Studenten, Handwerkern umdrängten die Straßenecken, um beim Schein der Gaslaternen die Proklamationen zu leſen; man riß ſich um die zu zehnfachen Preiſen feilgebotenen Zeitungen, unfaßbar und unwiderſtehlich durchdrang der Geiſt von 1830 die Hauptſtadt.

---

2.

### Der 22. und 23. Februar.

Gräu und trübe brach der Morgen des 22. Februar an; die Witterung war der Regierung günſtig, kalt und regneriſch. Keine Ruheſtörung hatte ſich während der Nacht ereignet, jede

Gefahr eines Bürgerkrieges schien geschwunden. Auf dem Festplatze herrschte allerdings rege Thätigkeit, allein ebenfalls in friedlichem Sinne. Eine Anzahl Arbeiter war hier emsig beschäftigt die Zelte abzubrechen, die Tische und Bänke zu entfernen und jede Spur des beabsichtigten Bankettes zu verwischen.

Allmählich aber begann es sich auf den Straßen zu regen. Gegen tausend Studenten hatten sich bald nach neun Uhr auf der Place du Panthéon zusammengefunden, die Gemüther erhitzen sich, das Schlagwort der Revolution, die Rufe: „es lebe die Reform, nieder mit Guizot“, begannen zu erschallen. Der Zug setzte sich nach der Place de la Madeleine in Bewegung. Die Marfeillaise ertönte, von allen Seiten strömten Schaaren von Neugierigen herbei und schlossen sich der Menge an.

Kriegerische Absichten waren dieser Demonstration fremd, — man sah fast keine Bewaffneten — und ein bestimmter Plan scheint ebenfalls nicht vorhanden gewesen zu sein. Es wäre wenigstens sonst nicht zu erkennen, was die Schaar, die nunmehr über dreitausend Köpfe zählte, veranlassen konnte, nach der Place de la Concorde und der Deputirtenkammer zu ziehen. Eine Sitzung fand zur Zeit nicht statt; außer einigen zufällig anwesenden Abgeordneten und Beamten befand sich Niemand in dem Parlamentsgebäude, zu dessen Schutze die verfügbare Truppenmacht, aus einer Hand voll Municipalgardisten und einigen Nationalgardien bestehend, in keiner Weise ausreichte. Ohne ernstlichen Widerstand zu finden, drangen einzelne Volkshaufen bis in die Sitzungssäle vor. Ihres Bleibens war hier jedoch nicht lange; sei es, daß sie das Unnütze einer solchen Demonstration erkannten, sei es, daß sie von Furcht ob ihrer eigenen Kühnheit ergriffen wurden, sie zogen sich wieder zurück, während fast gleichzeitig damit, also viel zu spät, eine Abtheilung Dragoner und zwei Bataillone Infanterie zum Schutze der Kammer anrückten.

Ein wirklicher Widerstand gegen das Militär wurde noch nicht versucht; zwar ballten sich die einzelnen Schaaren zu Haufen zusammen und aus ihrer Mitte flogen Steine und andere Wurfgeschosse gegen die Soldaten, doch gelang es den letzteren sofort, den Platz und die angrenzenden Straßen zu säubern. Ein Theil

der Studenten wandte sich zur Wohnung Barrots, um die Deputirten abzuholen.

War diese erste Demonstration auch harmlos verlaufen, so hätte sie doch der Regierung ernste Sorgen einflößen können. Die Haltung der Menge war eine feste und unbotmäßige gewesen. „Wir gehen jetzt weg“, hatte einer der Blumenmänner zu dem Saalbedienten gesagt, „aber wenn wir wiederkommen, bringen wir eine Regierung von der Farbe Eurer Weste mit!“ — Diese Aeußerung war nicht mißzuverstehen, denn die Diener der Kammer trugen rothe Gilets. Der König jedoch war über die ganze Demonstration in keiner Weise beunruhigt. An einem Fenster der Tuilerieen stehend blickte er in das Gewühl und sagte lächelnd, indem er den Staub von einem Stücke Papier abblies, zu dem bei ihm befindlichen Maler Horace Vernet: „So wird das Alles auseinanderfliegen, wenn ich es will!“

Dieselbe Zuversicht wurde in den gesetzgebenden Körperschaften zwar nicht empfunden, aber zur Schau getragen. Ein ungeheures Gewühl herrschte auf der Place de la Madeleine und de la Concorde, als die Stunde der Kammer Sitzung erschien, tausendstimmiges Beifallsgeschrei begleitete die Deputirten der Oppositionspartei bei ihrem Eintritt in das Gebäude. Im Sitzungssaale selbst dagegen war keine Wirkung der Erregung zu spüren. Man berieth in diesem Augenblicke, wo der Bürgerkrieg vor der Thüre stand, die Angelegenheiten der Bank von Bordeaux. Guizot zeigte dieselbe spöttisch-kalte Ruhe wie in den vorhergegangenen Tagen, und sein Gesichtsausdruck veränderte sich auch dann nicht, als Barrot und Genossen dem Präsidenten ein Schriftstück überreichten, welches gemäß dem Tags zuvor gefaßten Beschluß den Antrag enthielt, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Zur Begründung führte die von Barrot, Duvergier und Garnier-Bagés aufgesetzte Schrift sieben verschiedene Punkte an, die im wesentlichen sämmtlich darauf hinausliefen, daß das Kabinet nach außen die Ehre und die Interessen Frankreichs verletz, nach innen die Prinzipien der Konstitution verfälscht, die Finanzen ruinirt, eine reaktionäre Haltung eingenommen und eine systematische Corruption eingeführt habe.

Eine äußerliche Wirkung dieser Anklage war nicht zu bemerken. Mit einer Geberde der Verachtung gab Guizot, nachdem er das Schriftstück gelesen, dasselbe dem Präsidenten zurück; die Berathung wurde, der Geschäftsordnung gemäß, auf den nächsten Donnerstag festgesetzt, die Sitzung selbst um viereinhalb Uhr Nachmittags aufgehoben.

Die zweite gesetzgebende Versammlung, die Kammer der Pairs, spielte während der ganzen Februar-Revolution eine traurige Rolle. Niemand kümmerte sich um sie und ihre Beschlüsse, Niemand schien es zu bemerken, als sie spurlos in dem Aufruhr versank. Doch gab es auch unter den Pairs einige Anhänger der Reform, und einer derselben, de Voissey, brachte in der Sitzung des 22. einen Vorschlag ein, die Pairskammer möge sich zur Vermittlerin zwischen Regierung und Volk aufwerfen. Sein Antrag wurde zurückgewiesen, seine Ausführungen, daß sich die Hauptstadt in einer großen Gefahr befinde, unterbrochen, die Kammer zeigte in ihrem ganzen Benehmen, wie werth sie des Schicksals war, welches sie in Kürze ereilen sollte.

Während so offiziell von allen Seiten der Eintritt einer Revolution geleugnet oder geflissentlich übersehen wurde, breitete sich dieselbe immer mehr aus. Die Bewegung begann bereits ihren friedlichen Charakter zu verlieren; vor Guizots Wohnung, wo am Abend des nächsten Tages das Blutbad sich ereignen sollte, welches die unmittelbare Veranlassung zum Sturze des Julikönigthumes wurde, fand ein gewaltiger Auflauf statt. Die Fenster wurden eingeworfen, wobei das Volk — in Erinnerung an den skandalösen Bestechungsprozeß eines gewissen Petit, bei welchem Guizot selbst theilhaftig erschien — statt der sonst gebräuchlichen Steine Sousstücke schleuderte, und schon war man daran, die Thüren zu erbrechen, als es der Handvoll Truppen, die hier aufgestellt waren, gelang, durch einen Ausfall die Menge zu zerstreuen.

Bald wurde die Sache ernstler. Gegen zwei Uhr Mittags begann man Barrikaden zu errichten, die beiden ersten an den Ministerien der Marine und der Finanzen; das Militär schritt ein; es kam zu Kämpfen, bei welchen es beiderseits Verwundete gab, doch mußte sich das Volk alsbald, eine Reihe angefangener

Barrikaden zurücklassend, nach den innersten Stadttheilen zurückziehen, deren enge, krumme und hügelige Gassen den naturgemäßen Hauptstich des Aufruhrs bildeten.

Nach folgten nach diesen einleitenden Vorgängen die sonstigen Anzeichen eines drohenden Ausbruchs: die Waffenläden wurden erstürmt und geplündert, man suchte nach Pulver, begann die Wachen und Posten zu bedrohen; die ganze Bewegung auf den Straßen nahm einen so gefährlichen Charakter an, daß gegen vier Uhr Nachmittags endlich die Regierung sich dazu entschloß, die bisher größtentheils in den Kasernen zurückgehaltene Garnison ausrücken zu lassen. Der Plan, nach welchem die Stadt besetzt werden sollte, war, wie erwähnt, schon lange ausgearbeitet. Auf dem rechten Seine-Ufer bildeten die Place de la Concorde, das Carroussel, das Stadthaus, die Linie zwischen den Thoren St. Denis und St. Martin, der Bastilleplatz und die Plätze des Victoires und au Marché des Innocents die Stützpunkte der Truppenmacht, auf dem linken wurde die Militärschule, die Esplanade des Invalides, die Polizeipräfektur, das Panthéon, der Platz Maubert und St. Sulpice, sowie der Platz des Odeons besetzt. Außerdem bildeten noch die Kasernen und die Wachtgebäude feste Punkte inmitten des Straßengewirrs.

Die Truppenmacht, welche der Regierung zur Verfügung stand, war eine beträchtliche zu nennen. Sie belief sich auf 43 Bataillone, 38 Schwadronen, zwei Regimenter Artillerie nebst den erforderlichen Genie- und Train-Abtheilungen; dazu kam die Municipalgarde, ein Bataillon Pompiers und einige Veteranen-Kompagnien, so daß man die gesammte vorhandene Macht auf 37000 Mann mit 7000 Pferden anschlug. Was die Nationalgarde betrifft, so hatte ihr Commandeur, General Jacqueminot, versichert, daß dieselbe vor Kampfbegier brenne und auf seinen Ruf wohl 50000 Bürger zu den Waffen eilen würden, man hatte mithin Nachtmittel bereit, denen gegenüber jeder Gedanke eines Widerstandes verschwinden mußte.

Alein bei näherem Zusehen zeigte es sich, daß trotzdem die Siegesgewißheit Louis Philippe's der Begründung entbehrte. Die einzige Truppenabtheilung, auf welche sich die Regierung unbedingt verlassen konnte, war das verhältnißmäßig kleine Corps

der Municipalgardisten, eine Schaar alter Haudegen, die keine Rücksicht auf das Volk kannte und von diesem schon seit lange auf das grimmigste gehaßt wurde. Mit der Linie stand es anders; zwar war dieselbe dem König ergeben und dachte noch nicht an eine Meuterei, allein von Kampflust war bei ihr nichts zu spüren. Es war ihr ersichtlich unangenehm, dem Volke, mit dem sie sich eng verwachsen fühlte, feindlich gegenüber treten zu sollen. Abgesehen davon, daß eine Begeisterung und persönliche Anhänglichkeit der Kriegsmacht an den friedfertigen, einen Krieg ängstlich vermeidenden Bürgerkönig nicht wohl möglich war, kam nun noch ein Umstand dazu, der für die Haltung der Truppen von großer Wichtigkeit war, das Benehmen der Nationalgarden.

Da, wie gesagt, das stehende Heer mit der Bevölkerung als eins sich fühlte, so war es gewohnt, bei allen Aufständen, Emeuten und ähnlichen Vorkommnissen die Vertreter des Volkes, die Nationalgarden, neben sich für Ordnung und Ruhe kämpfen zu sehen. Es mußte daher, sowie das Militär allein fechten sollte, ein Gefühl der Unruhe bei demselben entstehen, ein Zweifel, ob man wirklich gegen eine kleine Schaar Auführer oder nicht vielmehr gegen die Masse der Nation kämpfe. Die Regierung that nichts, um solche Zweifel zu verhindern; sie ließ die Truppen stundenlang unthätig inmitten der Volksmassen stehen, sie sorgte nicht einmal in genügender Weise für die Verpflegung, so daß sich das Militär oft auf die Lebensmittel angewiesen sah, die ihm die Einwohner freiwillig aus den Häusern brachten, — dieselben Bürger, die es vielleicht als seine Feinde betrachten sollte.

Es ist schon hierdurch klar geworden, daß die Entscheidung des ganzen Kampfes, die Entscheidung über Sturz oder Erhaltung des Julikönigthumes in den Händen der Nationalgarden lag; von ihnen, den Vorkämpfern und Vertheidigern der Bourgeoisie, mit welcher und durch welche er regierte, hoffte der Bürgerkönig die ausgiebigste Unterstützung gegen die Revolution zu erlangen; daß diese Erwartung ihn täuschte, war der schwerste Schlag für seinen Thron. Die Bürgerschaft war unzufrieden — weit unzufriedener als Louis Philippe und seine Rathgeber je geahnt, sie wollte nicht die Revolution, aber die Reform, und wollte nicht gegen eine Bewegung kämpfen, die die letztere zum

Ziele hatte. Als gegen fünf Uhr Nachmittags General Jacqueminot sich endlich dazu entschloß, durch Trommelwirbel die Nationalgarde zu alarmiren, blieben die Versammlungsplätze derselben öde und leer. Von den meisten der 12 Regionen, in welche die Pariser Bürgerwehr eingetheilt war, erschienen kaum einige hundert Mann; es war unzweifelhaft, daß die Nationalgarde von dem Kampfe nichts wissen wollte.

Wirkte diese Erkenntniß einerseits lähmend und entmuthigend auf die Truppen, so mußte sie andererseits den Muth der Insurgenten ganz besonders heben. Auch die Revolution befand sich in einer seltsamen Lage; bisher waren sämtliche Aufstandsversuche seit 1830 gewissermaßen von Führern ohne Heer gemacht worden, d. h. die breiten Schichten des Volkes hatten sich nicht geneigt gezeigt, dem Rufe der einzelnen Insurgentenschaaren Folge zu leisten. Jetzt war der umgekehrte Fall eingetreten, das Volk machte eine Revolution, seine Führer, denen theils die Bewegung über den Kopf wuchs, theils der Zeitpunkt nicht günstig erschien, hielten sich zurück; gegen die Regierung kämpfte ein Volksheer ohne Generale.

Nichtsdestoweniger erkannte das Volk ganz richtig, auf was es ankam. Die Nationalgarde schien ungefährlich, jetzt mußte die Linie gewonnen werden. Man hütete sich, die Soldaten unnöthig zu reizen; wo sie erschienen, ertönte der Ruf: „es lebe die Linie!“ und im Anschluß daran: „Tod den Municipalgardisten!“ Daß diese letzteren sich durch nichts von ihrer Pflicht abwendig machen lassen würden, stand von vornherein fest; man machte sich auf einen offenen Kampf mit ihnen gefaßt.

Gegen Abend war die Stadt an allen Punkten von den Truppen besetzt; ohne Verwirrung ging es auch hier nicht ab, zumal nicht einmal ein einheitlicher Oberbefehl vorhanden war. Zwar war dem Herzog von Nemours die Oberleitung der Truppenbewegungen übertragen, in Wirklichkeit jedoch gab nicht er, sondern für die Linie der General Sebastiani, für die Nationalgarde Jacqueminot den Ausschlag; Platzkommandant war der General Perrot; der Kriegsminister Trézel hatte Paris verlassen, um die benachbarten Garnisonen zu konfigniren. Diese Zerfahrenheit im Oberkommando theilte sich alsbald der ganzen

Armee und ihren Bewegungen mit; auch bei ihr zeigte sich der Geist, der alle diese letzten Schritte des Julikönigthumes charakterisirt, hochfahrendes, verblendetes Siegesbewußtsein an den oberen, Mißtrauen, Zaghaftigkeit, Unentschlossenheit an den unteren Stellen.

Unter fortwährendem Regen brach die Dunkelheit herein und erhöhte die Unternehmungslust des Volkes, welches sich theils in die Stammburg der Revolution, das labyrinthische Centrum von Paris, theils nach den westlichen Barrieren zurückgezogen hatte. Am letzteren ertrachten gegen siebeneinhalb Uhr Abends die ersten Schüsse; eine Abtheilung Soldaten feuerte auf das Volk und streckte vier Personen todt und verwundet nieder<sup>1</sup>.

Gefährlicher als an den Grenzen der Hauptstadt sah es im Inneren derselben aus. In den Quartieren Mont-Orgueil und du Petit Carreau erhoben sich Barrikaden, mit Bewaffneten bedeckt. Gegen halb elf Uhr Nachts entspann sich hier der Kampf; es gelang Abtheilungen des 52. Regiments, ohne Verluste zu erleiden, sich der Verschanzungen zu bemächtigen. Allmählich wurde es ruhiger; die Zusammenrottungen hörten im weiteren Verlaufe der Nacht auf und die Annahme derjenigen, welche ein baldiges Nachlassen des Aufruhrs erwartet hatten, schien sich zu bestätigen. Auf Seiten der Regierung herrschte freudige Erregung<sup>2</sup>, die Opposition war noch immer rath- und thatlos.

Als der Morgen des 23. Februar, trübe und regnerisch wie der des vorhergegangenen Tages, erschien, bot Paris allerdings noch lange nicht das Bild einer friedlichen Stadt. Die Truppen,

<sup>1</sup> Garnier-Pagès: «la lutte s'engage — le peuple tire sur les soldats — ils ripostent par un feu de peloton: quatre insurgents tombent, morts ou blessés». (IV, 305.) Dadurch widerlegt sich Scherr's Behauptung, daß am 22. nirgends Kampf zwischen Volk und Truppen stattgefunden habe (I, 125). Es waren vielmehr auf Seiten des Volkes 5 oder 6 Menschen todt geblieben und beiderseits Verwundungen vorgekommen. (Garnier, IV, 343.)

<sup>2</sup> Eine seltsame Fügung des Schicksals wollte es, daß ein Kriegsrath, den der Herzog von Nemours mit den Generälen und Ministern abhielt, um dieselbe Stunde, am gleichen Wochentag und in demselben Zimmer stattfand, in welchem achtzehn Jahre früher die Minister Karls X., Polignac und Peyronnet, den Beschluß zum Bürgerkrieg gefaßt hatten.

die die Nacht theils im Freien, theils in den Kasernen zugebracht hatten, hielten Straßen und Plätze besetzt, von den Thoren rückten Kürassiere und andere Regimenter der benachbarten Garnisonen ein, an verschiedenen Punkten waren Geschütze aufgeföhren, die meisten Läden blieben geschlossen, die Straßen begannen sich rasch wieder mit drohenden Volksmengen zu füllen.

Kurz nach acht Uhr ertönten bereits wieder Schüsse; man schlug sich in der Straße Bourg-l'Abbée, wo zwei Arbeiter todt blieben, vor der Kaserne der Municipalgarde im Faubourg St. Martin, und bald an zahlreichen anderen Punkten der Stadt; in der Straße Aubry-le-Boucher und auf dem Platz du Châtelet kam es zu heftigen Kämpfen.

Von den Zusammenstößen und vereinzeltcn Angriffen, die den ersten Theil des Vormittags ausfüllten, schritt das Volk bald zu ernsterem Widerstand. Barrikaden wurden nicht nur errichtet, sondern auch behauptet; um eine Verschanzung, die die Rue Rambuteau sperrte, entspann sich ein erbitterter Kampf; erst beim dritten Anlauf gelang es den Soldaten, das Bollwerk zu nehmen. Gleichzeitig erhoben sich Barrikaden in einer ganzen Reihe von Straßen; Todte und Verwundete bedeckten das Pflaster, die Leiche eines in der Rue St. Denis gefallenen Barrikadenkämpfers wurde unter Rachegeschrei durch die Stadt getragen; gegen zwei Uhr Mittags gaben zwei Kanonenschläge, die gegen eine Barrikade in der Rue des Filles du Calvaire donnerten, ein unverkennbares Zeichen vom Ernste der Lage.

Der Kampf war bisher unentschieden; doch hatte man zweierlei aus seinem Verlauf bereits entnehmen können; einmal, daß das Volk sich tapfer und ausdauernd schlug, dann aber, daß dies beim Militär nicht der Fall war; es herrschte an leitender Stelle Verwirrung und Unentschlossenheit, in den Reihen der Soldaten Unlust am Kampfe und das Bestreben, das Volk zu schonen, daher die Verluste keine sonderlichen waren und der Kampf nirgends zu der sonstigen Erbitterung und Wuth einer Straßenschlacht stieg. Es war klar, wo man die Entscheidung, die Rettung suchen mußte; man mußte nochmals es unternehmen, die Nationalgarde zusammenzuberufen und gegen die Barrikaden zu führen.

Der Befehl, von jeder Legion zwei Bataillone zu vereinigen und auf die Kampfplätze zu dirigiren, war schon ziemlich zeitig gegeben worden. Von der Haltung und Gesinnung dieser Abtheilungen hing jetzt der weitere Verlauf der Ereignisse ab.

Bald sollte die Regierung mit Schrecken erkennen, daß sie statt des gehofften Bundesgenossen einen Feind unter die Waffen gerufen hatte. Die einzige Legion, die ihr treu blieb, war die erste, daneben ein Theil der zehnten, welcher letzterer dadurch einen gewaltigen Tumult und Gehorsamsverweigerung der reformistischen gesinnten Genossen hervorrief. Alle anderen Legionen blieben entweder unthätig oder aber sie schlugen sich — und dies war die große Mehrzahl — offen auf Seite des Volkes. Unter dem Rufe: „es lebe die Reform! — nieder mit dem System!“ zogen sie, vom Volke jubelnd umringt, durch die Straßen; es kam so weit, daß eine Legion, die dritte, den Kürassieren, welche das Volk auseinanderprengen wollten, die gefällten Bajonette entgegenstreckte. Die vierte Legion hatte eine Petition entworfen, in welcher sie sich weigerte, die Vertheidiger eines bestochenen und bestechlichen Ministeriums zu sein und die unverzügliche Amtsenthebung desselben verlangte. Mit diesem Schriftstück marschirte die Kolonne an den Tuilerien vorbei bis zur Kammer, wo sich ihr ein Bataillon der zehnten Legion und Reiterei entgegenstellten. Durch die Dazwischenkunft einiger liberaler Abgeordneter wurde das Blutvergießen zwischen den beiden Abtheilungen der Bürgerwehr verhindert. Den Deputirten Crémieux, Beaumont und Marin händigte man Exemplare der Petition ein.

Dieses Verhalten der Nationalgarde wirkte entscheidend auf die Entschlüsse des Königs. Er sah ein, daß etwas geschehen mußte, um die Bürgerwehr auf seine Seite zu ziehen, den Aufruhr zu entwaffnen; welcher Art dieser Schritt sein müsse, war noch weniger zu verkennen. Deutlich genug drangen aus allen Straßen neben dem Ruf: „es lebe die Reform!“ der Schrei: „nieder mit Guizot, nieder mit dem System!“ zu den Tuilerien empor. Die Stellung des Ministeriums war eine unhaltbare geworden.

Es war gegen zwei Uhr Nachmittags, als Duchâtel, der

Minister des Innern, in den Tuilerien erschien und eine Unterredung mit Louis Philippe pflog. Offenbar hat ihm der König in dieser Zusammenkunft die Demission des Cabinets nahegelegt, denn vom Schlosse aus begab sich der Minister ungesäumt zur Deputirtenkammer und flüsterte dem daselbst befindlichen Guizot einige leise Worte zu, die dieser mit sichtlichen Zeichen der Ueberraschung und des Zornes vernahm. Beide kehrten sofort wieder zusammen in die Tuilerien zurück.

Ueber die Unterredung, die nunmehr hier mit dem König stattfand, sind verschiedene, von einander abweichende Versionen bekannt geworden<sup>1</sup>; doch scheint es nach Allem, daß der König selbst, wenn auch in schonender Weise, zuerst auf eine Aenderung des Ministeriums anspielte. Nach Guizots ganzer Sinnesart ist es wenigstens kaum glaublich, daß er aus freien Stücken sich bereit erklärt habe, vor einem Straßenaufruhr, wie ihn Paris schon so oft erlebt, zu weichen.

Sei dem, wie es wolle, so steht die Thatsache fest, daß in dieser Unterredung das Gesamtministerium seine Portefeuilles in die Hände Louis Philippe's niederlegte. Der letztere hatte jetzt freie Hand; von der Wahl seiner ferneren Rathgeber und deren Maßnahmen hing das Schicksal des Königthumes ab. Wenn man erwägt, in welcher Lage sich der König befand, wenn man erwägt, daß für ihn Alles darauf ankam, die Nationalgarde, die Vertreter der Bourgeoisie wieder in sein Lager zu ziehen und dadurch eine Trennung zwischen den reformistischen und den — bisher verschwindend geringen — revolutionären Elementen herbeizuführen, so ist eines unzweifelhaft: der König mußte durch die Wahl seines neuen Cabinets den Beweis davon geben, daß er nicht nur mit Guizot, sondern auch mit Guizots — oder vielmehr seinem eigenen bisherigen Systeme gebrochen, er mußte, um die Revolution zu entwaffnen, ein Ministerium Thiers-Barrot berufen.

Allein diesen entscheidenden Schritt zu thun, verhinderten den König einerseits sein Stolz, der sich nicht ganz dem Willen des Volkes beugen wollte, andererseits eine gewisse Abneigung

<sup>1</sup> Vgl. Garnier-Pagés, IV, 345; Guizot, VIII, 579; Gorce, I, 50.

gegen Thiers' allerdings nicht einnehmende Persönlichkeit und dessen Politik, die nach innen wie nach außen ganz andere Grundsätze wie die Louis Philippe's verfolgte. Diese Erwägungen trieben den greisen König zu dem alten und ewig neuen Fehler der Staatskunst, zu einer halben Maßregel. An Stelle Guizots berief er den reaktionär gesinnten, ihm unbedingt ergebenen Grafen Molé an seine Seite, einen Mann, dem es, nach seiner früheren Ministerthätigkeit zu schließen, völlig an Kraft gebrach, den drohenden Sturm zu bannen. Zweierlei allerdings darf bei der Beurtheilung des unglücklichen Schrittes nicht außer Acht gelassen werden: der König war ein Greis von 75 Jahren und stand völlig in diesen Tagen unter dem Einfluß seiner Gemahlin, beides Dinge, die wenig günstig auf die Kraft seiner Entschlüsse einwirkten.

Von den Tuilerien hatte sich der gestürzte Premierminister wieder in die Kammer zurückbegeben, die unter krampfhafter Nichtachtung des von außen hereinschallenden Getöses und Gewehrgeknatters wieder mit der Berathung über die Bank von Bordeaux begonnen hatte. Die Sitzung, die bei beinahe völlig leeren Bänken und Galerien ihren Anfang genommen, war schon zweimal suspendirt worden; erst als die Minister wieder in den Saal zurückgekehrt waren, kam Leben in die Verhandlungen. Unter allgemeinem Schweigen bestieg der liberale Abgeordnete Bavin die Tribüne, um eine Interpellation an das Ministerium in Betreff der Lage der Stadt und der Einberufung der Nationalgarden zu richten.

Guizot erhob sich zur Erwiderung; es sei, antwortete er, jetzt nicht Zeit noch Gelegenheit zu einer solchen Debatte; dann fuhr er fort: „Der König hat in diesem Augenblick Herrn Grafen Molé rufen lassen und ihn damit betraut . . . . .“ — er kam nicht weiter; ein tobender Beifallsturm, ein gellendes Triumphgeschrei von den Bänken der Opposition übertönten seine Worte; erst nach einiger Zeit, nachdem die Erregung über den ersehnten und doch unerwarteten Fall des allmächtigen Ministers sich einigermaßen gelegt, fuhr derselbe fort: „Die Unterbrechung, die soeben stattfand, wird mich nicht veranlassen, meinen Worten etwas hinzuzufügen oder etwas hinwegzunehmen. Der König

hat in diesem Augenblicke Herrn Grafen Molé rufen lassen, um ihn mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu betrauen. Solange das gegenwärtige Kabinet noch mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt ist, wird es die Ordnung aufrecht erhalten oder wiederherstellen und den Gesezen Achtung verschaffen, indem es, wie es bisher gethan hat, nach bestem Wissen handelt!"

Eine stürmische Szene folgte dieser Erklärung des Ministers; seine bisherigen Anhänger in der Kammer eilten theils auf ihn zu, um ihm die Hand zu drücken, theils traten sie zornig und entrüstet dem triumphirenden Jubel der Linken entgegen. Beschimpfende Ausdrücke, Bemerkungen: „das ist eine Feigheit!“ — „es ist ehrlos!“ und ähnliche flogen hin und her, bis der Präsident sich erhob und die Sitzung vertagte. Vorher hatte man noch die Tagesordnung für den verhängnißvollen 24. festgesetzt; um 1 Uhr sollte eine Zusammenkunft in den Bureaux zur Berathung der Anklage gegen das Ministerium, um 3 Uhr eine öffentliche Sitzung stattfinden, deren Gegenstand wiederum die Angelegenheiten der Bank von Bordeaux bilden sollten.

Zu gleicher Zeit hielt die Pairskammer ihre Sitzung ab. Getreu ihrem Benehmen vom vorhergehenden Tage wies sie eine Interpellation des reformistisch gesinnten Grafen Athon-Shee über die Lage der Hauptstadt zurück, und bereitete dem Pair de Boissy das gleiche Schicksal. Um halb 4 Uhr Nachmittags wurde die Berathung vertagt.

Inzwischen hatte sich durch ganz Paris, hauptsächlich durch die die Straßen durchjagenden Nationalgardisten zu Pferde, die Kunde vom Sturze Guizots verbreitet. Der erste Eindruck derselben war, wie zu erwarten, ein günstiger, man fühlte sich befreit, dem Könige den Willen des Volkes aufgezwungen zu haben. Bald aber erwachte das Mißtrauen und die Unzufriedenheit von neuem. In der Verwirrung, die alle ihre Unordnungen kennzeichnete, hatte die Regierung es unterlassen, irgend ein Manifest zu veröffentlichen, welches dem Volke die unzweifelhafte Ueberzeugung vom Sturze Guizots beigebracht hätte. Man fing an zu zweifeln, ob das Ganze nicht ein Scheinmanöver sei, und selbst diejenigen, welche wirklich an die Entlassung des Kabinetts glaubten, fühlten sich von dem Namen Molé's unangenehm berührt.

Immerhin jedoch gewann die Stadt in den späteren Nachmittagsstunden ein friedlicheres Ansehen; zwar an einigen Punkten, wo sich die Kämpfer in einander verbissen hatten, dauerte das Gewehrfeuer noch bis in die Nacht fort. Namentlich war dies in der Straße Bourg-Abbée der Fall, wo sich seit 24 Stunden eine Schaar Municipalgardisten mit verzweifelter Ausdauer gegen das von allen Seiten andringende Volk schlug. Ein Blutbad schien unvermeidlich, da die tapferen Soldaten, welche die kopflose Polizeipräfektur ohne jeden Befehl gelassen hatte, sich weigerten, ihren Posten zu verlassen und entschlossen schienen, ihr Leben theuer zu verkaufen. Mit größter Mühe gelang es endlich einigen Offizieren der Nationalgarde unter eigener Lebensgefahr die kleine Schaar nach dem Stadthaus zu eskortiren, wobei jedoch einer der Municipalgardisten der wüthenden Menge zum Opfer fiel.

Auch an anderen Orten, im Quartier St. Viktor, aux Arts-et-Métiers, an der Polizeipräfektur dauerte der Kampf noch einige Zeit fort; hauptsächlich waren es überall die Municipalgardisten, die sich hartnäckig schlugen; die Linie wurde dem Kampfe immer mehr abgeneigt, dazu erschöpft und von den Behörden in Folge der allgemeinen Verwirrung fast ohne Verpflegung gelassen. Statt sie in die Kasernen zurückzuziehen, ließ man sie auf den Plätzen inmitten der Volksmassen stehen, ein ausgesuchtes Mittel, um die Truppen der Verführung auszusetzen.

Die Aufforderung, sich zum König zu begeben, hatte den Grafen Molé in der Pairskammer erreicht. Er erschien mit ziemlicher Verspätung in den Tuileries, da er erst in seine Wohnung geeilt und sein Wagen unterwegs vom Volke zum Barrikadenbau requirirt worden war. Er traf den König in einer ganz veränderten, tief erschütterten Stimmung. „Das gleicht dem Beginn des 20. Juni 1792“, waren die ersten Worte, die Louis Philippe dem Grafen entgegenrief.

Molé besaß zu viel staatsmännische Erfahrung, als daß er sich über die üblen Folgen hätte täuschen können, welche sein Eintritt in das Kabinet für das Julikönigthum nach sich ziehen mußten. Unnumwunden rieth er Louis Philippe, Thiers und

Barrot zu sich zu berufen. „Herr Thiers!“ rief der König aus, „und was wird Europa dazu sagen?“ „Wenn es im eigenen Hause brennt“, meinte der Graf, „muß man zuerst daran denken, das Feuer zu löschen, ehe man sich damit beschäftigt, was der Nachbar dazu sagen wird!“ Allein der König konnte sich noch immer nicht zu diesem Schritt entschließen; er sprach davon, mit Rémusat u. A. unterhandeln zu wollen, und als Molé sich entfernte, um die Bildung eines Kabinetts zu versuchen, war noch nichts Bestimmtes beschlossen. Unmittelbar darauf erschienen die Exminister nochmals in den Tuileries und empfingen vom Könige in höflichen und theilnahmevollen Worten den Dank für die ihm geleisteten Dienste.

Thiers befand sich am Abend des 23. in einer siegesgewissen Stimmung; die Tage von 1830 schienen zurückzukehren, er selbst wieder der Leiter und Mittelpunkt der Bewegung zu werden. Eine gewaltige Menschenmenge umlagerte jubelnd und schreiend sein Haus und begrüßte ihn mit stürmischen Beifallsrufen, im Inneren scharten sich die Mitglieder des linken Zentrums, Vertreter anderer Parteien, alle hervorragenden Persönlichkeiten des gemäßigten Liberalismus um ihn, die Siegesfreude war allgemein.

In dieser Stimmung empfing Thiers gegen 9 Uhr Abends den Besuch des Grafen Molé, welcher ihm Mittheilung von der Lage der Dinge und den Absichten des Königs machte. Thiers gab eine ausweichende Antwort; er könne nicht in ein Cabinet eintreten, wenn er nicht zugleich zu dessen Chef ernannt würde; im übrigen sei er persönlich durch den Sturz des Ministeriums zufriedengestellt, seine Freunde allerdings würden wohl noch etwas mehr verlangen, die Reform der Wahlen, des Parlaments und die Auflösung der Kammer. Letzteres schien Molé zu bedenklich; nach einigem Hin- und Herreden entfernte er sich, ohne einen Erfolg seiner Bemühungen erreicht zu haben. Thiers dagegen war durch die Unterredung in seiner Ueberzeugung bekräftigt worden, daß er der Herr der Situation sei und nebst Barrot, dem das Volk um diese Zeit eine stürmische Ovation vor seiner Wohnung brachte, doch über kurz oder lang die Portefeuilles in Händen haben werde. Allein bald sollte eine un-

erwartete Wendung der Dinge den eiteln und kurzfristigen Mann aus seinen Zukunftshoffnungen reißen.

Die Dunkelheit war hereingebrochen, eine ungeheure Menschenmenge erfüllte die Straßen von Paris; die Stadt war an den meisten Punkten festlich beleuchtet, die Haltung der Massen friedlich und freudig, allein wer das Volk der Revolution kannte — und in Paris hatte man Gelegenheit genug zu solchen Erfahrungen —, der wußte, wie wenig man auf solche trügerische Anzeichen bauen durfte, wie leicht ein an sich geringfügiger Anlaß die freudige Erregung des Volkes in Wuth und Kampfsjorn verändern konnte. In Berlin genügten einige Wochen später zwei in die Luft abgefeuerte Schüsse, um einen solchen Umschlag herbeizuführen, in Paris trat an diesem Abend des 23. ein Ereigniß ein, dessen Schrecken auch ein anderes Volk als die heißblütige Einwohnerschaft der französischen Hauptstadt zum Aufruhr treiben konnte.

Auf der Place Royale stand am Abend eine Abtheilung Nationalgarde unthätig umher; ein Angriff war nicht zu befürchten, man überlegte, wohin man sich wenden solle und nahm den Vorschlag des Sergeanten Vaunette, nach der Bastille zu marschiren, ohne viel Widerspruch an. Der Zug setzte sich in Bewegung und wendete sich von der Bastille über den Boulevard du Temple nach dem Bureau des „National“, wo der Redakteur Marraff eine Ansprache hielt; bei der Vendômesäule vereinigte sich die schon gewaltig angewachsene Colonne mit einer anderen Schaar in der Rue de la Paix und erschien nunmehr auf dem Boulevard des Capucines vor dem Ministerium des Aeußeren, der Wohnung Guizots.

Eine beträchtliche Truppenmacht hielt dies Gebäude besetzt, gegen welches sich so leicht die Volkswuth wenden konnte. Abtheilungen des 1., 14., 21. und 52. Infanterie-Regimentes, 100 Kürassiere, 50 Dragoner waren vor demselben aufgestellt, und zwar, auf Anordnung des kommandirenden Offiziers, des Oberstlieutenants Courant, in einem Carré, dessen eine, der Bastille zugekehrte Seite, die Passage an der Rue Neuve St. Augustin völlig sperrte. Gegen 9 Uhr erschien das 2. Bataillon der 2. Legion der Nationalgarde unter Führung

des Obersten Talbot und stellte sich, da nach den Anordnungen Courants schon jetzt ein Zusammenstoß mit der heranstuhenden Menge unvermeidlich erschien, vor der Front der Soldaten, deren vorderste Reihen aus Kompagnien des 14. Regiments bestanden, mit dem Rücken nach den Truppen auf.

Nur wenige Minuten waren seitdem verstrichen, als die Colonne herannahte. An der Spitze schritt, den Säbel in der Hand, gewissermaßen als Führer des Ganzen, der Lieutenant der Nationalgarde Schumacker, hinter ihm der Unterlieutenant Blot und der Sergeant Launette, dahinter etwa zwanzig Nationalgardisten, einige Männer, theils Fahnen schwingend, theils mit Gewehren bewaffnet, ein Haufen Straßensungen mit Fackeln, endlich in unabsehbarer Länge, in Reih und Glied, die ganzen Schaaren, die sich unterwegs dem Zug angeschlossen hatten.

Näher und näher rückte die Menge; sie war schon auf ihrem bisherigen Marsche an verschiedenen Truppenabtheilungen, Infanterie, Artillerie und Kürassieren, vorbeigekommen und es war ihr von denselben bereitwillig Platz gemacht worden, ja, die Kanoniere hatten sogar ihre Geschütze beiseite geschoben, um die Passage nicht zu hindern. Man erwartete daher auch von den Truppen am Ministerium des Auswärtigen ein Aehnliches. Die Haltung der Menge war eine durchaus friedliche; nur die Rufe: „nieder mit Guizot!“ die Forderung, das in tiefem Dunkel daliegende Gebäude zu erleuchten, die kaum ernst gemeinten Drohungen, dasselbe anzuzünden wurden laut. Immer augenscheinlicher wurde die Gefahr; die an der Spitze des Zuges Befindlichen merkten allmählich, daß die Soldaten nicht gewillt waren, Platz zu machen und versuchten stehen zu bleiben, allein vergeblich, unwiderstehlich drängte sie der von hinten nachstuhende Menschenstrom immer dichter an die Reihen des Militärs heran.

Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß das Bataillon Nationalgarde, welches bisher zwischen Truppen und Volk gestanden, seinen Platz verlassen hatte, und nach dem Justizministerium, woselbst ein Auflauf stattgefunden, marschirt war. Der erschrockene Minister Hébert, der sich besonderer Unbeliebtheit erfreute, hatte in einigen Ansammlungen vor seiner Wohnung

bereits die ersten Anzeichen eines drohenden Volksgerichtes erkannt und schleunigst zu dem Obersten Talbot um Hülfe geschickt, die ihm denn auch — zum Unglück für das Justikönigthum — zu Theil wurde. Das Bataillon zog ab, die Truppen standen offen dem Volke gegenüber.

Noch machten einzelne der in der Menge Befindlichen, der frühere Deputirte Perrin und Andere, den Versuch, den drohenden Zusammenstoß zu verhüten. Sie wandten sich an die Offiziere, baten sie, die Straße freizugeben, suchten sie zu überzeugen, daß es dem Volke unmöglich sei, zurückzuweichen, allein vergeblich. Oberstlieutenant Courant wollte von nichts wissen und berief sich auf seinen Befehl; sein Kommando: „fällt die Bajonette, Grenadiere!“ zeigte, daß er zum Widerstand entschlossen sei. Die Grenadiere streckten ihre Waffen dem andrängenden Volke entgegen; sie selbst waren aufgereggt, verwirrt, die Dunkelheit vermehrte den Wirrwar; da plötzlich entlud sich auf dem äußersten linken Flügel der Soldaten ein Gewehr, ein zweiter Schuß folgte, ein dritter — eine ganze Salve trachte in die dichtgebrängte Menschenmasse hinein. Wie niedergemäht stürzten die vordersten Reihen des Volkes zusammen, die Fackeln erloschen, der Pulverdampf verhüllte das blutige Schauspiel. Von panischem Schrecken ergriffen flüchtete nach der einen Seite die Menge auseinander, eilten nach der anderen die Soldaten in wirrem Durcheinander davon.

Allmählich gelang es den selbst tief erschütterten Offizieren ihre Soldaten zu sammeln, aus den Häusern und Straßen eilten Hülfsbereite und Neugierige herbei; der ganze Umfang des Blutbades wurde sichtbar; 82 Menschen lagen, in ihrem Blute schwimmend, auf dem Boden, darunter 35 Tote und tödtlich Verletzte.

Allgemeine Verwirrung herrschte auf dem Schauplatz des unheilvollen Ereignisses; gegenseitig machte man sich Vorwürfe, forschte nach dem Soldaten, der durch seinen ersten Schuß das ganze Unglück herbeigeführt<sup>1</sup>. Es war nicht mehr möglich, die Folgen

<sup>1</sup> „Warum haben Sie Feuer kommandirt?“ schrie aus der Mitte der Glieder eine von Schrecken und Zorn erfüllte Stimme. — „Sie haben es gethan, nicht ich!“ — erwidert eine andere in gleichem Tone. Die

der verhängnißvollen That zu unterdrücken. „Man ermordet uns! — elender Verrath! — Rache! zu den Waffen!“ tönte es ringsum in den Straßen, und von Neuem drang die Menge heran, aber nicht mehr friedlich und festlich gestimmt, wie wenige Minuten vorher, sondern mit den Zeichen der Kampfwuth und Blutgier auf den Gesichtern. Mit Mühe rettete der Lieutenant Baillet des 14. Regiments, der dem Volke das „Mißverständniß“ erklären wollte, sein Leben. Er wurde umringt, niedergeworfen und hatte es nur der Dazwischenkunft eines Bataillons Nationalgarde zu danken, daß er mit einigen Verletzungen davon kam.

Man hatte sich allmählich soweit gesammelt, daß man versuchte, die Todten und Verwundeten wegzuschaffen und dadurch dem Volke den aufregenden Anblick der Opfer der Katastrophe zu entziehen; allein auch dazu war es zu spät; kaum hatte man 16 Leichen, darunter die des Lieutenants Blot und eines Füßeliers der Nationalgarde, auf einen Wagen geladen, welcher — der Messagerie Laffitte et Caillard angehörig — einige Reisende hatte nach der Bahn bringen sollen, als das Volk unter drohenden Rufen: „nach der Bastille! zum National!“ das Gefährt umringte. Das Militär wagte keinen Widerstand und überließ den Wagen mit seiner Last der Menge.

Der Zug setzte sich in Bewegung, zunächst ging es nach der

---

Soldaten, bleich, stumm, mit aufgerissenen Augen, waren wie vom Schlag gerührt; manche vergossen Thränen. (Garnier-Pagès, IV, 395.) — Courant selbst war tief erschüttert: „Sie sehen mich ebenso trostlos, wie Sie es sind“, erwiderte er einem Herrn Beslay, der ihm heftige Vorwürfe machte, mit aufrichtigem Schmerz, „es ist ein Unglück; ich habe den Befehl gegeben, das Bajonett zu fällen; in diesem Augenblick ging ein Gewehr los und man schoß; diese Salve ist die Folge eines Mißverständnisses oder der Ungefehllichkeit eines Soldaten.“

Im Widerspruch mit der Darstellung Garnier-Pagès berichtet Maxime du Camp in seinen „Souvenirs“ (bei Gorce, I, 57), ein korsischer Unteroffizier Giacomoni habe geschossen, um den vom Volk angegriffenen Oberlieutenant zu befreien. Wenn der Hergang wohl auch nie ganz klar gestellt werden kann, so kann man doch wohl die Darstellung Garniers als die glaubwürdigste betrachten. Die Behauptung, ein Mitglied einer republikanischen Verschwörung, Charles Legrange, habe den Schuß abgefeuert, entbehrt jeder Begründung.

Redaktion des „National“, wo Garnier-Pagès eine Ansprache hielt, dann weiter über die Straßen und Plätze der Hauptstadt. Von allen Seiten stürzten die Massen herbei; der Anblick des bluttriefenden Wagens, der aufeinandergeschichteten Leichen, auf welche die Fackeln ihr grelles Licht warfen, entflammte die Wuth der Masse bis zur Raserei. Als nach 1 Uhr Nachts auf der Place de Chevalier de Guet die Todtenfahrt eingestellt wurde, hatte die Kunde von dem Blutbade sich bereits durch ganz Paris verbreitet; in allen Stadttheilen tönten die Sturmglocken, erscholl ein und derselbe Ruf: „auf die Barrikaden!“ — Schon zeigte da und dort das Krachen der Schüsse den abermaligen Beginn der Straßenschlacht an; die letzte Stunde des Julikönigthumes hatte geschlagen.

## 3.

**Der 24. Februar.**

Gegen zehn Uhr Abends war die Nachricht von dem Blutbad in der Rue des Capucines in die Tuileries gelangt und hatte dort allgemeinen Schrecken verursacht. Man verschloß sich keinen Augenblick der Gefahr, die aus diesem neuen Zwischenfall drohte, und hätte man es auch versuchen wollen, das Krachen der Gewehrsalven, das Sturmläuten, das Geschrei der Massen, alles jenes vielfältig verworrene Getöse der Straßenschlacht sprach zu deutlich, als daß es möglich gewesen wäre, sich weiteren Friedentäuschungen hinzugeben. Es war kein Zweifel mehr: dem Julikönigthum stand ein Kampf um's Dasein bevor und Louis Philippe schien entschlossen, unbeugsam denselben aufzunehmen; er übertrug den Oberbefehl über die gesammte Armee und Nationalgarde dem Marschall Bugeaud, einem Haudegen von brutaler Tapferkeit, dessen aus der Straßenschlacht von 1834 nur allzuwohl bekannter Name beim Volke Wuth und Schrecken vor dem „Schlächter der Rue Transnonain“ erwecken mußte.

Gegen zwei Uhr Nachts empfing der Marschall in den Tuileries seine von den alten Ministern gegengezeichnete Befehlsallung und eilte unverzüglich zu den Truppen, deren größter

Theil auf dem Carrousselplatz zusammengezogen war. Der Herzog von Nemours begleitete ihn.

Durch das zweitägige Herumstehen und Herumliegen auf den Straßen und die ungeordnete Verpflegung war die Armee bereits physisch erschöpft, noch gefährlicher aber hatten moralische Einflüsse aller Art, vor allem die Haltung der Nationalgarden und die schwankende Oberleitung auf sie eingewirkt; es war hohe Zeit, daß ein Mann an ihre Spitze trat, der die nicht eben häufige Gabe besaß, durch sein ganzes Auftreten, durch einen derben Kasernenwitz, ein paar hingeworfene, ermuthigende Worte die gesunkenen Geister zu beleben. Ein solcher war Bugeaud; als er die Generale und Offiziere um sich versammelt und unter Hinweis darauf, daß er noch nie geschlagen worden sei, eine energische Niederwerfung des Aufstandes in Aussicht gestellt hatte, kam neue Zuversicht in das körperlich und geistig ermattete Heer.

Was der König mit der Ernennung Bugeauds beabsichtigte, war gar nicht zu bezweifeln; die Revolution sollte zusammenkarrtätigt werden, und die Möglichkeit, wenn auch nicht die Gewißheit des Gelingens war immer noch vorhanden. Allein zugleich that Louis Philippe einen weiteren Schritt, der im schroffsten Gegensatz zu der ersteren Maßregel stand und deren Wirkung fast völlig aufheben mußte.

Graf Molé hatte, die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen einsehend, dem König sein Mandat zurückgegeben; zu spät entschloß sich jetzt der Herrscher zu der Maßregel, die noch wenige Stunden zuvor seinen Thron aller Voraussicht nach gerettet hätte; während Bugeaud in den Tuileries erschien, rollte ein Postwagen, in welchem sich der königliche Adjutant de Berthois befand, nach dem Platz St. Georges, der Wohnung Thiers'.

Thiers zauderte nicht, dem Rufe des Königs zu folgen; um halb drei Uhr Nachts traf er in den Tuileries ein und stand vor dem Herrscher, dessen einstiger Berather er gewesen war. Zu langen Reminiscenzen und Erörterungen jedoch war jetzt nicht die Zeit, gebieterisch forderte der Drang der Gegenwart sein Recht. In aller Eile entwarfen Louis Philippe und Thiers eine Liste des neuen Kabinetts; es waren die gefeiertsten Namen der liberalen Opposition, welche Thiers' Collegen bilden sollten,

Odilon Barrot, Duvergier de Lauranne, de Kémusat. Mit der Einsetzung eines solchen Ministeriums war unzertrennlich die Wahl- und Parlamentsreform bewilligt; zu der Kammerauflösung dagegen konnte sich der König nicht entschließen und blieb auf seiner Weigerung bestehen, als Thiers das Schloß verließ, um nach einer kurzen Unterredung mit Bugeaud die Morgenstunden zur Bildung seines Kabinetts zu benutzen.

Dieser Versuch des Königs, durch die Berufung der liberalen Abgeordneten den Aufruhr zu besänftigen, während er zugleich Bugeaud beordert hatte, denselben gewaltsam zu unterdrücken, ist in hohem Maße charakteristisch für den listigen und ränkevollen Sinn Louis Philippe's. Durch dieses Widerspiel seiner Anordnungen hoffte er offenbar auf zweierlei Weise denselben Zweck zu erreichen und bewirkte doch nur, daß jedes seiner Mittel die Wirksamkeit des anderen aufhob; die zum Kampf bereiten Auführer sahen in Thiers' Ernennung jetzt nur noch ein Zeichen von Schwäche, die gemäßigter Gesinnten wurden durch den Namen Bugeauds abgeschreckt und mißtrauisch gemacht.

Der Morgen des verhängnißvollen 24. Februar brach an und enthüllte die ganze Größe der Gefahr. Mit fieberhaftem Eifer hatte das Pariser Volk während der Nacht die Kampfvorbereitungen getroffen; vom Centrum der Stadt ausgehend hatte dasselbe bereits einen großen Theil der Straßen und Plätze verbarrikadirt und unaufhaltfam griff die Bewegung immer weiter um sich. Man zählte im Ganzen über 1500 Barrikaden in den verschiedenen Stadttheilen, die sämmtlich nach allen Regeln der revolutionären Kriegskunst errichtet und von Bewaffneten besetzt waren. Fast überall war das Pflaster aufgerissen, Tausende von Bäumen umgehauen, theils um zum Bau der Straßenbollwerke zu dienen, theils um die Passage der Truppen, namentlich der Reiterei, zu erschweren. Was Paris an revolutionären Elementen in sich barg, hatte sich am Kampf betheiliget; immer mehr gewannen die radikalen Elemente die Oberhand. Zwar das Wort „Republik“ war noch nicht gefallen, auch von den Morgenblättern des „National“ und der „Reform“ vermieden worden, aber immer lauter und drohender erscholl in den Vor-

mittagsstunden an Stelle des bisherigen: „Nieder mit Guizot!“ der Ruf nach Abdankung des Königs.

Bugeaud hatte bereits beim Morgengrauen seine Anordnungen getroffen. Es kam vor allem darauf an, die Seine-Ufer und die bereits bezeichneten strategischen Punkte festzuhalten und von diesen aus alsdann kräftige Vorstöße in den Hauptsitz des Aufruhrs, das Centrum der Stadt, zu führen. Der Marschall theilte demgemäß seine Truppen in folgender Weise: Auf dem rechten Seine-Ufer sollte eine Colonne unter Führung des Generals Sebastiani sich am Palais Royal und der Bank vorbei nach dem Stadthaus dirigiren und die Straßen Montmartre, St. Denis, St. Martin absperren. Eine zweite unter General Bedeau sollte durch die Rue Richelieu und die Boulevards an der Börse vorbei nach der Bastille ziehen. Im Rücken dieser Abtheilungen wollte der Marschall selbst mit einem Detachement operiren, um ein Wiederaufflammen des Aufruhrs nach dem Vorbeimarsch der Truppen zu verhüten. Auf dem linken Seine-Ufer sollte eine Colonne, geführt von Oberst Brunet, sich nach dem Panthéon dirigiren, woselbst bereits eine Abtheilung unter dem General Renault stand. Als Rückhalt endlich blieb eine beträchtliche Streitmacht unter dem Kommando der Generale Kuhlères und Regnault de St. Jean d'Angely auf dem Carrouffelsplatz zurück. Kurz nach fünf Uhr setzte sich, hauptsächlich von letzterem Punkte aus, die Armee in Bewegung; ihre Aufträge waren kurz und bestimmt: wo sich Widerstand fand, sollte er schonungslos niedergeworfen, die Barrikaden zerstört, die von den Insurgenten besetzten Häuser erstürmt werden.

Der Plan des Marschalls war gut, er selbst ein erfahrener und schneidiger Feldherr, die Truppen zwar nicht sonderlich kampfesfroh, aber doch willig, ihre Pflicht zu thun, und mit Munition und sonstigem Bedarf wohl versehen, und dennoch sollte das Unternehmen mißglücken. Es war nicht die Macht der äußeren Gewalt, die Stärke der Barrikaden, die Ueberzahl ihrer Vertheidiger, welche die Truppen entmuthigte und umkehren ließ, es war jene gleichmäßig, unsaßbar und unwiderlegbar sich verbreitende Ueberzeugung, daß doch Alles verloren, der Sturz der Orléans vom Schicksal beschlossen sei, jenes un-

bestimmte, geheimnißvolle Vorgefühl, von welchem Louis Philippe selbst in der Verbannung seinem Vertrauten Cuvillier sagte: „Gegen eine moralische Insurrektion giebt es weder Angriff noch Vertheidigung. Man hat behauptet, ich hätte den Befehl gegeben, das Feuer einzustellen. Das ist unwahr. Wozu auch ein solcher Befehl? Er lag ja in der Luft!“

Vorderhand jedoch war der Marschall guter Dinge und ziemlich siegesgewiß, ein Gefühl, welches sein College Thiers in weit geringerem Maße besaß. Zwar war es dem Letzteren ziemlich rasch geglückt, sein Ministerium aus den von ihm bezeichneten Männern zu bilden — nur Villault und Dufaure hatten den Eintritt abgelehnt, dagegen aber der General Lamoricière sich bereit erklärt, das Kriegsministerium zu übernehmen, — allein das, was die Minister in spe auf den Straßen zu erblicken bekamen, als sie sich zwischen 7 und 8 Uhr Morgens nach den Tuileries begaben, wirkte höchst entmuthigend auf sie ein. Das größte Hinderniß in der gütlichen Beilegung der Revolution war nach ihrer Auffassung der verhaßte Name Bugeauds, und sie versäumten nicht, dem Könige, welcher sie, durch einige Stunden Schlaf gestärkt, freundlich empfing, die Entlassung des Marschalls nahezu legen. Louis Philippe war dem nicht abgeneigt und verlangte nur, daß Thiers selbst dem mit ihm befreundeten Bugeaud die Sache plausibel machen solle, dagegen wollte er von einer Kammerauflösung, die seine neuen Berather dringend verlangten, noch immer nichts wissen. Endlich gelang es jedoch dem Herzog von Nemours, den hartnäckigen Widerstand seines Vaters, in welchem derselbe möglicherweise durch den noch immer im Schlosse befindlichen Exminister Guizot bestärkt wurde, zu überwinden. Das neue Ministerium trat seine Funktionen an und schrieb ein Manifest nieder, welches den vollzogenen Kabinettswechsel, die Auflösung der Kammer und die Ernennung Lamoricière's zum Kommandanten der Nationalgarde enthielt.

Es gehörte zu den charakteristischen Zeichen der Zerrüttung, in welcher sich bereits das Julikönigthum befand, daß es weder am Abend des 23. noch am Morgen des 24. möglich war, die Nachricht der Gewährung der Volksforderungen genügend rasch

zu verbreiten; auch jetzt fehlte es an einer Druckerei, in der man möglichst schnell die Proklamation hätte vervielfältigen können. Man war auf die Bemühungen Samoricière's und Barrots angewiesen, welche schon vorher sich auf den Weg gemacht hatten, um den Barrikadenkämpfern persönlich die Kunde von der Reform zu überbringen.

Während sich in der Zeit von 8 bis 10 Uhr Morgens das liberale Ministerium im Schlosse konstituirte, wurden seine Maßregeln von den Ereignissen der Straße weit überholt. Raun hatten sich die Colonnen nach dem Panthéon, der Bastille, dem Stadthause in Bewegung gesetzt, so trafen von allen Seiten bedrohliche Nachrichten ein. Es zeigte sich, daß man die Macht des Aufruhrs bei weitem unterschätzt, es zeigte sich, was noch weit schlimmer war, daß die Armee sich bei der ersten Berührung mit der Revolution zu zersetzen begann. Der Vorstoß erlahmte, der Gegendruck des Aufruhrs wuchs an Kraft, schon war die Porte St. Denis, die Place des Victoires, eine Reihe Kasernen und Mairien in den Händen des Volkes; das Stadthaus selbst, wo General Sebastiani glücklich eingetroffen war und sich mit dem General Tallandier vereinigt hatte, schien bedroht.

Bald sollte ein folgenschweres Ereigniß die völlige Zerrüttung der Armee offenbaren und die Zuversicht des Marschalls Bugeaud gänzlich vernichten. Die Colonne des Generals Bedeau war, 4 Bataillone, eine Jägerabtheilung, eine Schwadron Dragoner und zwei Geschütze stark, auf ihrem Marsche nach der Bastille nach einem heftigen Gefecht in der Rue Montmartre auf den Boulevards mitten unter die Insurgenten gerathen; der General rüstete sich zum Angriff; allein von allen Seiten eilten Offiziere der Nationalgarde, Bürger auf ihn zu, beschworen ihn, kein Blut zu vergießen und die Wirkung abzuwarten, die die Veröffentlichung des Ministerwechsels hervorbringen würde. Angefleckt von der sich ringsum verbreitenden Entmuthigung gab der General nach; er machte am Gymnase-Theater Halt, und schickte nach den Tuileries, um Proklamationen herbeizuschaffen.

Zugleich hatte sich ein in der Nähe wohnender Fabrikant, Namens Fauvelle-Delebarre, der Situation bemächtigt. Er erklärte sich bereit, nach dem Carrouffelsplatz zu eilen und dort dem

Marschall selbst die Sachlage auseinanderzusetzen. Auch das gab Bedeau zu; die Energie des Generals, welcher früher in Afrika Proben rühmlicher Entschlossenheit abgelegt hatte, war völlig geschwunden. Faubelle traf den Marschall im Generalstabe, im Gespräch mit Thiers und dem Herzog von Nemours. Es war dies gegen acht Uhr, ehe noch Thiers und seine Freunde beim König erschienen waren. Bugeaud war, seit er erkannt hatte, daß er nicht einer der sonstigen Straßenemeuten, sondern einer Revolution gegenüber stand, völlig entmutigt und verdroffen und durch den Einfluß der liberalen Minister in seiner Entschlußkraft gelähmt. Er ließ sich dazu bewegen, dem Bürger einen Zettel an Bedeau mitzugeben, in welchem der General den Befehl erhielt, das Feuer einzustellen und sich auf den Carrousselplatz zurückzuziehen. Gegen 9 Uhr eilte Faubelle mit dem wichtigen Schreiben hinweg; es war dieselbe Zeit, in welcher Lamoricière und Barrot sich zu den Barrikadenkämpfern begaben.

Der Ordre folgend trat General Bedeau den Rückzug an; eine Kompanie Nationalgarde zog voraus, eine gewaltige Menschenmasse umringte die Truppen; fortwährend stockte die Colonne, da in ihrem Rücken sich nach ihrem Durchmarsch gleich wieder die Barrikaden erhoben hatten; man mußte mit den Insurgenten wegen Freigebung der Straße verhandeln, immer greifbarer wurde die Rath- und Thatlosigkeit der Führer. Durch diese Ereignisse war das Zeichen zur völligen Auflösung der schon lange erschütterten Disciplin gegeben, die Soldaten schüttelten den Blusenmännern die Hand, traten aus Reih und Glied und vertheilten ihre Patronen an die Straßenzungen, die Artillerie übergab ihre Geschütze der Nationalgarde, der Zerfall der Colonne war vollständig. Zwar gelang es dem General, um halb elf Uhr einen Theil seiner Truppen auf der Place de la Concorde zu sammeln, aber von einer weiteren Verwendung der Bataillone konnte nicht die Rede sein.

Ähnlich war das Schicksal der übrigen Colonnen, auf deren einzelne Kämpfe einzugehen der Raum nicht gestattet; überall dieselbe Unentschlossenheit der Führer und Widerwilligkeit der Soldaten; die einzige Truppe, die sich mit zäher Tapferkeit schlug, war die Municipalgarde, allein sie war viel zu schwach,

um der immer gewaltiger anschwellenden Bewegung Halt zu gebieten.

Kurz nach 11 Uhr begann der Sieg des Volkes sich zu entscheiden; das Stadthaus wurde gestürmt, schon näherte sich der Aufruhr den Tuileries, der Lärm des Straßenkampfes drang bereits bis in die Gemächer der königlichen Familie.

Der Versuch, die Revolution mit Militärgewalt zu ersticken, war somit schon im Verlauf der ersten Vormittagsstunden, hauptsächlich durch die Muthlosigkeit der Führer, mißlungen. Mit den noch nicht von der allgemeinen Auflösung zerlegten Truppen konnte man sich höchstens auf die Vertheidigung beschränken. Das unglückliche Doppelspiel des Königs hatte seine naturgemäße Wirkung hervorgebracht; während Bugeaud durch Thiers und Genossen in seiner rücksichtslosen Entschlossenheit irre gemacht wurde, hatte die Friedensmission Barrots und Lamoricière's keinen besseren Erfolg. Von den ersten Barricaden, welche sich wenige Hundert Schritte von den Tuileries entfernt erhoben, war Barrot noch mit dem Rufe: „hoch Barrot, — nieder mit Bugeaud!“ empfangen worden; allein in der Nähe der Bastille schlug der Ruf: „nieder mit Louis Philippe!“ an sein Ohr, und als er trotzdem weiter bis zu einer gewaltigen Barricade am Boulevard Bonne-Nouvelle gelangte, streckten sich ihm Flintenläufe entgegen, drohende Worte wurden laut und tief entmuthigt lehrte er nach Hause zurück. Nicht besser erging es dem General Lamoricière, der nach der Rue St. Honoré geritten war; der Schrei: „nach den Tuileries!“ war die Entgegnung auf seine friedlichen Worte.

Als die Mittagsstunde des 24. Februar herannahte, standen die Dinge in folgender Weise: Durch Anwendung von Gewalt vermochte sich das Julikönigthum nicht mehr zu behaupten — die Armee versagte den Dienst, durch die gemachten Concessionen war es gleichfalls nicht gelungen, die Bewegung einzudämmen — das Volk forderte um so mehr, je mehr man ihm gab. Allein noch war das Aeußerste nicht geschehen, noch war der gefürchtete Ruf: „es lebe die Republik!“ nicht erklingen. Entschlossenes rasches Handeln konnte den Thron, wenn auch nicht Louis Philippe's, so doch der Orléans erhalten.

Allein wie sollte man eine solche Energie bei dem greifen Könige oder gar bei seinen neuen Ministern erwarten, welchen die Bewegung völlig über den Kopf gewachsen war. Im Schlosse herrschte bereits tumultuarische Verwirrung, alle Banden der Etikette und des Ceremoniells hatten sich gelöst, Thüren und Thore standen offen, zahlreiche Menschen eilten ein und aus, allein in all dem Gewimmel fand sich kein schöpferischer Gedanke, keine rettende That. Schon dachte man — als gegen 11 Uhr ein Offizier mit der Meldung erschien, daß das Stadthaus verloren, die Place de la Concorde bedroht sei — an Flucht, schon rieth Thiers, nach St. Cloud zu eilen und dort die Truppen zu konzentriren — ohne zu bedenken, daß es Karl X. ebenso gemacht und Proudhon nebst Genossen bereits in Maueranschlägen Louis Philippe das Schicksal des vertriebenen Herrschers ankündigten. — Da endlich fand die Königin, die sich leidenschaftlich gegen alle Fluchtpläne aussprach, ein letztes Mittel, um den Muth der Truppen neu zu beleben. Louis Philippe sollte sich ihnen zu Pferde in der Mitte seiner Getreuen zeigen.

Wie erinnerlich, hatte General Bugeaud, als er am Morgen seine Colonnen gegen die Aufständischen dirimirte, auf dem Carrousselplatze eine Truppenreserve zurückgelassen. Diese Abtheilungen waren weder im Gefecht gewesen, noch überhaupt mit dem Volke in nähere Berührung gekommen; man konnte hoffen, daß unter ihnen die allgemeine Auflösung noch nicht Platz gegriffen. Außer diesem Linienmilitär, dessen Stärke sich immer noch auf mehrere Tausend Mann mit 16 Kanonen belief, hatten sich auf dem Platze noch verschiedene Bataillone der Nationalgarde, der 1., 2., 4. und 10. Region angehörig, aufgestellt. Ihre Haltung war keine ermutigende, zeigte aber auch ebensomenig offene Feindseligkeit, wie überhaupt die Nationalgarde an diesem Tage, soweit sie zusammentrat, sich im wesentlichen abwartend verhielt.

Wenn es gelang, diese Bürgerbataillone zum Kampf zu begeistern, sie gegen die Insurgenten zu führen, dann allerdings war ein wichtiger Vortheil errungen. Ein solcher Schritt hätte in hohem Maße ermutigend auf die Armee, niederschlagend auf die Revolution gewirkt. Allein um einen solchen Erfolg zu

erzielen, bedurfte es eines andern Mannes als dieses gebrochenen Greises, welcher von den Generälen Bugeaud und Lamoricière, dem Kriegsminister Trézel, von Remusat, Thiers und Anderen begleitet, langsam, Kummer und Ermattung auf dem Gesichte, an die Reihen der Bürgerwehr heranritt. Aus den Gliedern der 1. und 2. Legion ertönte noch hie und da ihm der Ruf: „es lebe der König!“ entgegen, doch als der Herrscher sich der 4. näherte, empfing ihn ein tumultuarisches Geschrei; „nieder mit dem System!“ — „nieder mit den Ministern“ erscholl es von allen Seiten, und stumm lenkte der König sein Pferd zum Schlosse zurück, ohne sich den Linientruppen zu zeigen.

Der letzte Versuch war fehlgeschlagen, der König sank völlig gebrochen in einen Lehnstuhl am Fenster seines Kabinetts nieder. Schon begann man in seiner Umgebung das Wort Abdankung zu flüstern, da erschien der Oppositionsdeputirte Crémieux, der inzwischen ohne sein Wissen zum Mitglied einer bereits zusammengesetzten provisorischen Regierung gewählt worden war, und sprach sich dahin aus, daß ein Ministerium Barrot und die Verleihung des Oberkommandos an den Marschall Gérard wohl beruhigend wirken dürfe. Der König zeigte sich mit dem Vorschlage zufrieden und ertheilte dem unglücklichen Helferpaar Thiers-Bugeaud den Abschied, welchen Ersterer mit innerlicher Freude, von seinem gefährlichen Amte erlöst zu sein, der tapfere Marschall aber murrend in Empfang nahm. Allein das Verhängniß schritt unaufhaltsam vorwärts, kaum machte sich der Sekretär des Königs daran, die neuen Ernennungen auszufertigen, da stürzte ohne weitere Förmlichkeiten der Schriftsteller Girardin in das Kabinet. Nach seiner Schilderung war keine Zeit mehr zu verlieren, die Revolution nahte von allen Seiten, die Abdankung Louis Philippe's war das letzte Mittel die Julimonarchie zu retten. Girardin kam jedoch nicht mit diesen Rathschlägen allein, er hatte bereits ein Schriftstück in der Tasche, auf welchem in gedrängter Kürze die erforderlichen Concessionen: Abdankung des Königs, Regentschaft der Herzogin von Orléans, Auflösung der Kammer, allgemeine Amnestie verzeichnet waren.

Was man bisher nur andeutungsweise und als letzten Nothbehelf erwähnt, die Uebertragung der Krone an den Grafen

von Paris, war jetzt klar und deutlich ausgesprochen. Langsam, halb mechanisch, murmelte Louis Philippe: „ich danke ab“.

Raum war das verhängnißvolle Wort gefallen, als Girardin eifertig das Zimmer verließ, die Anwesenden in dumpfem Schweigen zurücklassend. In die allgemeine Stille krachten bereits aus nächster Nähe die Salven des Straßenkampfes; man schlug sich um die Wachtstube des Château d'Eau, woselbst eine Kompagnie des 14. Regiments den andringenden Volksmassen einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte.

Während Girardin vergeblich in dem vor den Tuilerien tobenden Gewühl den Erfolg seiner Sendung bekannt zu machen suchte, hatte der Herzog von Nemours den im Schloßhof befindlichen Offizieren die Abdankung seines Vaters mitgetheilt. Der General Lamoricière ritt auf die Straßen hinaus, um Girardins Mission zu unterstützen; zu spät! — Der Ruf „es lebe die Republik!“ war die Antwort.

Noch hatte Louis Philippe nicht schriftlich seiner Krone entsagt und von Neuem tauchte der Gedanke an Widerstand auf; die Königin, die einzige, welche sich noch Kraft und Fassung bewahrt hatte, sprach ihn aus und wurde darin von dem Abgeordneten Piscatory unterstützt, allein vergeblich. Während man noch darüber stritt, erschien der nach den Tuilerien berufene Marschall Gérard; der alte Kriegsmann sollte als Friedensbote die Abdankung des Königs verkündigen; man setzte ihn auf ein Pferd, gab ihm einen Zweig in die Hand; er ritt in Begleitung einiger Deputirter über den Carroussellplatz hinweg. Eine schriftliche Beglaubigung hatte auch er nicht bei sich, erst als er sich bereits entfernt hatte, erkannte man die Nothwendigkeit eines solchen Handschreibens. Vergebens eiferte der Marschall Bugeaud, der inzwischen erschienen war, gegen den verhängnißvollen Schritt; man hörte ihn nicht an; auf einen Bogen Papier, welchen ihm sein Sohn, der Herzog von Montpensier, gereicht, schrieb Louis Philippe unter der Aufregung und Ungeduld seiner Umgebung langsam die Abdankungsurkunde nieder: „Ich entsage dieser Krone, welche zu tragen der Wille (die Stimme) des Volkes mich berief, zu Gunsten meines Enkels, des Grafen von Paris. Möge es ihm ge-

lingen, die große Aufgabe zu lösen, welche ihm am heutigen Tage zufällt!

Den 24. Februar 1848.

Louis Philippe.“<sup>1</sup>

In aller Eile wurde das Schreiben dem Marschall Gérard nachgeschickt, allein es kam am Orte seiner Bestimmung nicht an. Wo es geblieben, ist nie mit Sicherheit ermittelt worden; nur das Eine steht fest, daß späterhin ein Republikaner Lagrange ein solches Schriftstück aufwies, ohne daß man jedoch feststellen konnte, ob man es hier mit dem Original oder einer Copie zu thun habe.

Die erste Phase der Februar=Revolution war zu Ende. Der König war gestürzt, der Kampf um das Königthum begann.

Während Louis Philippe seine Abdankungsurkunde niederschrieb, hatte sich der Strom der Aufrührer bereits bis auf den Carroussellplatz gewälzt; es war keine Zeit mehr zu verlieren; Crémieux, der abermals in die Tuilerien stürzte, kündete bereits das Nahen des Volkes an. Man hatte keine Mittel mehr, dem Andrang zu wehren, denn von sämtlichen Truppen waren nur noch einige im Schloßhof stehende Abtheilungen und der immer noch kämpfende Posten des Château d'Eau unter Waffen. Schreckensvoll stieg Allen die Erinnerung an den 10. August 1792 empor, es gab keinen andern Ausweg, der König mußte fliehen.

Haftig entledigte sich der gebrochene Herrscher seiner Uniform und seiner Ehrenzeichen, dann reichte er der Königin den Arm und stieg mit ihr die Treppe hinunter. Der Herzog von Montpensier, die Herzogin von Nemours, der Herzog von Sachsen=Coburg und dessen Gemahlin, die Prinzessin Clementine, schlossen sich ihm an, dann folgten einige Diener mit den Kindern auf dem Arm, eine Anzahl Höflinge und sonstige Ge-

<sup>1</sup> « J'abdique cette couronne que la volonté (voix) nationale m'avait appelé à porter en faveur de mon petit-fils, le comte de Paris. Puisse-t-il réussir dans la grande tâche qui lui échoit aujourd'hui! »

Die Schreibart des Satzes ist in dem Worte volonté bezw. voix verschieden.

treue, ganz zuletzt Crémieux. Als der traurige Zug aus dem Palaste trat, präsentirten eine Anzahl Nationalgarden der 1. Legion das Gewehr — die letzte Huldigung, die dem gestürzten Könige erwiesen wurde — und schlossen sich an, ebenso eine Schaar Kürassiere unter dem Befehl des Generals Regnauld St. Jean d'Angely, welche der Adjutant v. Montalivet herbeigeholt.

Noch während die Flüchtlinge durch den öde und verlassen daliegenden Tuileriengarten schritten, in welchen von ferne das Getöse des Kampfes hereinscholl, tauchte der Gedanke auf, der König möge in die Kammer zu den Volksvertretern eilen, allein zornig rief Crémieux aus: „Wer will hier einen neuen 10. August veranlassen!“ und das Projekt unterblieb.

Man langte an der Drehbrücke an, welche von dem Parke nach der Place de la Concorde führte; eine gewaltige Menschenmenge wogte auf dem Platze auf und nieder und umringte die zerrütteten Truppenreste, welche, wie berichtet, zweieinhalb Stunden früher General Bedeau hierher zurückgezogen hatte. Die Flüchtenden waren der Hoffnung gewesen, hier einige Hofwagen zu finden, und es war auch thatsächlich versucht worden, solche an diesen Platz zu senden. Allein kaum hatten die Gefährte den Carrousselplatz erreicht, so war der Kutscher des ersten von einer Kugel getroffen todt zu Boden gestürzt und das Weiterfahren unmöglich geworden.

Glücklicherweise hatte der Prinz von Nemours, Einer der wenigen, die an diesem Tage nicht den Kopf verloren, für Ersatz gesorgt. Nach einigen Minuten peinvollen Harrens, während welcher der König bereits von einzelnen Gruppen umringt, ja sogar erkannt wurde, erschienen drei schlechte Miethwagen, sogenannte Broughams, in welchen die königliche Familie eiligst Platz nahm.

Eine grausame Ironie des Schicksals wollte es, daß der mit frischem Blut bespritzte Boden, von welchem aus der König flüchtend in den Wagen stieg, dieselbe Stelle war, wo 55 Jahre vorher sein Vater von der ersten Revolution hingerafft worden war. Am 6. November 1793 hatte eben hier Philipp Egalité, Herzog von Orléans, das Blutgerüst bestiegen.

Mit Ausnahme der Herzoginnen von Montpensier und Roburg, welche von einigen Herren des Gefolges in Sicherheit gebracht wurden, hatten die Flüchtlinge eilig in den elenden Gefährten Platz gefunden; die Pferde zogen an und von den mittrabenden Kürassieren und Nationalgarben zu Pferde geschützt rollte der traurige Wagenzug über den Quai de Passy entlang nach St. Cloud.

Als der König zu Gunsten seines Enkels die Krone niedergelegt hatte, wäre eigentlich in Gemäßheit des nach dem Tode des Herzogs von Orléans erlassenen Gesetzes der Prinz von Nemours dazu berechtigt gewesen, für seinen unmündigen Neffen die Regentschaft zu führen. Allein der Prinz selbst so gut wie der gesammte Hof sahen ein, daß die Uebernahme der Vormundschaft durch den bei der Pariser Bevölkerung wegen seines Hochmuths unbeliebten Herzog ein unkluger Schritt sein würde, und man hatte sich, wie berichtet, entschlossen, der Mutter des Kindes, der Prinzessin Helene von Orléans, die Regentschaft zu übertragen. Das Eine wenigstens war dadurch erreicht, daß der Prinzessin und ihrem unmündigen Sohne gegenüber von persönlichen Antipathien nicht die Rede sein konnte.

Mit ihrem Schwager, dem Herzog von Nemours, war die Prinzessin bei der allgemeinen Flucht in den Tuileries zurückgeblieben, allein hier konnte ihres Bleibens nicht mehr lange sein. Völlig rath- und hilflos folgte sie dem Vorschlage der Deputirten Dupin und Lacrosse, nach der Kammer der Abgeordneten zu gehen. Betäubendes Geschrei kündete bereits das Nahen des Volkes an, welches sich, nachdem es den Posten des 14. Regiments im Château d'Eau nach verzweifelterm Kampfe überwältigt, — fünfzig Leichen von Bürgern und Soldaten lagen dort vor der brennenden Wachtstube — unaufhaltsam auf das Schloß zuwälzte. Der Herzog von Nemours erkannte, daß weiterer Widerstand hier nutzlos sei; er befahl seiner Schwägerin, so schnell wie möglich durch den Park nach der Drehbrücke an der Place de la Concorde zu flüchten, und zog selbst den Rest seiner Truppen dorthin. Im Garten, bei dem Pavillon de l'Horloge, trafen beide zusammen, man berieth, was weiter zu thun sei.

In diesem Augenblick erschienen zwei Abgesandte Odilon

Barrots, Namens Gavini und Diesta, welche der Führer der Liberalen mit dem Vorschlage an die Prinzessin geschickt hatte, sie möge sich, statt in die Deputirtenkammer, auf das Stadthaus begeben, wo bereits die Revolutionsregierung zusammengetreten sei. Die Prinzessin schwankte; sie erklärte sich endlich bereit, eines der Dragonerpferde ihrer Eskorte zu besteigen und Diesta zu folgen, ein Entschluß, der möglicherweise ihrem Sohne die Krone gerettet hätte. Allein Dupin widersetzte sich diesem entschlossenen Beginnen mit größter Leidenschaftlichkeit und setzte es durch, daß Helene von Orléans mit ihm sich in das Palais Bourbon begab, in die Mitte einer Versammlung, deren Zusammensetzung den Männern der Bewegung verächtlich und verhaßt war, deren Beschlüsse auf eine Anerkennung durch die Revolution kaum rechnen konnten.

Während die Prinzessin mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, und ihrem Gefolge nach der Deputirtenkammer eilte, war das siegreiche Volk, einen Lieutenant der Nationalgarde an der Spitze, in einem wilden Freudentaumel in den verlassenen Palaß eingedrungen. Von Blutvergießen wollte die jubelnde Menge nichts wissen; man schonte das Leben und ebenso das Eigenthum; an Werthgegenständen wurde nichts geraubt, wogegen der Keller des entflohenen Herrschers zur Verherrlichung des Sieges dienen mußte. Eine Szene von karnevalsartiger Buntheit entwickelte sich auf den Gängen und Treppen des Schlosses, einer jener in den französischen Revolutionen so häufigen Auftritte, in welchen sich eine reine Begeisterung mit völliger Narrheit zu einem seltsamen Bilde vereint. In seiner lebendigen Schreibweise stellt Scherr die Vorgänge wie folgt dar:

„Ein Schwarm von Gamins hängt freudeläutend am Zugseil der großen Schloßglocke, während andere die rothe Siegesfahne auf die Kuppel des Mittelpavillons pflanzen und ihre Kameraden auf der Plattform des Daches den Kankan tanzen. In den Gärten, in den Höfen, in den Korridoren und Sälen trachen unzählige Jubelsalven; denn der noch vorhandene Rest von Patronen muß schlechterdings verbraucht werden. Hier hat im Schlafzimmer Louis Philippe's Einer über seine Bluse eine

weiße Sammetweste des Ci-bevant-Koi angezogen und das Galaordensband mit dem Kreuz von Diamanten darüber gehängt, um, also austaffirt, aus Leibeskräften und seelenergnügt auf einem Waldhorn fürchterliche Töne zum Fenster hinaus zu blasen. Dort steht eine andere Bluse, angethan mit einem brokatenen Schlafrock, mitten im Empfangsalon des Herzogs von Montpensier, die Marfeillaise herkrähend und auf einer aufgerafften prinzlichen Violine schrecklich dazu geigend, während Kameraden, mit anderen Artikeln der herzoglichen Garderobe behangen, um den Musikanten her die Karmagnole springen. Im Bibliothekzimmer hat sich ein kleiner Bursch in das Studium der Domäne Neuilly vertieft. «Was machst du da, Marquis?» fragt ein vorübergehender Arbeiter; «ich studire den Plan meines Grundbesitzes, Vikomte», lautete die lachende Antwort. Dort kommt, von einem Polytechniker geführt, ein Zug von Arbeitern aus der Schloßkapelle, ehrerbietig ein der Zerstörung entriessenes, wundervoll aus Eisenbein geschnitztes Kruzifix geleitend, unter dem unweigerlich besorgten Ruf an die Begegnenden: «Bürger, Hüte ab! Grüßt den Zimmermann von Nazareth!» Aber im Allerheiligsten, im Thronsaal — verhülle dein Antlitz, o Röhlerglaube der Monarchie! — da wird die purpurne Throndraperie in Fetzen gerissen und wird aus einem der Stücke eine Freiheitsmütze gewunden, welche der dem Mittelpavillon des Schlosses gegenüber im Tuileriengarten stehende Spartakus tragen soll. Der Bürgerwehrrhauptmann Dunoyer schreibt mit Kreide auf das Gesimse des Thrones: «Das Volk von Paris an ganz Europa: — Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft!» Ein Beifallsturm macht die Wände dröhnen und die Decke schüttern. Ein Proletarier springt auf den Thronseffel, wischt seine kothigen Schuhe an dem Sammet ab, schwingt eine rothe Fahne und ruft frohlockend: «vive la république!»

„Eine Stunde darauf, gegen 3 Uhr, ging ein phantastischer bunter Faschingszug von etlichen Tausenden vom großen Vestibul des Palastes aus durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatz und schwenkte von da auf die Boulevards ein. Vorauf ritten ein Polytechniker und ein Student auf prächtigen Pferden aus dem königlichen Marstall. Dann kam eine Reihe von

Trommlern in Bürgerwehruniform. Hierauf ein Karren, auf welchen die Trümmer und Ueberreste der zerstörten Herrlichkeiten des Thronsaals zusammengepackt waren, mit Ausnahme des vergoldeten Thronessels, welcher, von vier handfesten Blusen getragen, über den Köpfen der Schaar einherschwebte. Hinterher eine fröhliche Menge, an den Enden ihrer Riken Purpursegen, Brokatstücke, Atlaslumpen, Hofuniformen und Livreen, auf den Spitzen ihrer Bajonette Fleischstücke, Brotlaibe, Speckseiten und leere Flaschen tragend, Wiße reißend, singend, johlend.“

„Das Ziel dieser absonderlichen Prozeffion war der Bastilleplatz, an welchem so viele Traditionen der Pariser Umwälzungen haften. Nachdem der Zug daselbst angelangt war, machte er Halt und bildete einen großen Kreis um die Julisäule her. Rasch wurde sodann am Fuße derselben ein Holzstoß gethürmt. Darauf warf man die erwähnten fragmentarischen Herrlichkeiten und auf die Spitze der Pyramide stellte man den Thronstuhl. Jetzt ward unter Anstimmung eines beliebten Gassenhauers auf den «Roi des Agioteurs» der Holzstoß angezündet. Als die Flammen den Thron ergriffen, barst ein tausendstimmiges Gejauchze los und hoch auf schlug die schwelgende Lohe.“

Von zwei Seiten lief jetzt der Strom der Ereignisse in der Deputirtenkammer zusammen. Von den Tuilerien kommend und auf der Place de la Concorde mit sympathischen Zurufen begrüßt, betrat die neuernannte Regentin mit ihrem Schwager Nemours und ihren beiden Kindern das Palais Bourbon; vom Redaktionsbureau des National aber erschien schon einige Minuten vor ihnen eine Abordnung von Staatsmännern in einer der ihrigen ganz entgegengesetzten Absicht, in der Absicht, inmitten des Parlamentes die Republik auszurufen.

Man erinnert sich, daß die eigentlichen Republikaner nicht die Urheber, sondern höchstens die Theilnehmer der Reformbankette gewesen waren und der Kampf des 22. Februar sich ohne ihr Zuthun entsponnen hatte. Noch im Laufe des 23. wagte keiner von ihnen offen hervorzutreten; erst nach den blutigen Vorfällen des Abends und durch den unerwarteten Aufschwung, welchen in Folge dessen die Revolution nahm, hatten

sie erkannt, daß, wenn je, so jetzt die Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer Pläne gekommen war.

Schon einige Tage früher hatte die Umsturzpartei in der gewiß gerechtfertigten Annahme, daß in Paris das unmöglichste Ereigniß das wahrscheinlichste sei, eine Liste von Männern aufgestellt, welche im Falle einer Staatsumwälzung an die Spitze der Bewegung treten sollten. Jetzt schien es an der Zeit, ein solches Comité einzusetzen; über die Zusammensetzung desselben verständigten sich die beiden republikanischen Parteien des „National“ und der „Reform“ nach einigen Unterhandlungen in den Geschäftsräumen der beiden Blätter, da sie einsahen, daß jetzt die Zeit für Parteienhader nicht vorhanden sei; man beschloß, folgende Männer in die „provisorische Regierung“ zu wählen: Dupont (de l'Eure), François Arago, Ledru-Rollin, Marie, Marrast, Flocon, Garnier-Pagès, Louis Blanc, Albert Lamartine; der letztere, welcher sich in diesen stürmischen Tagen sehr zurückgezogen gehalten hatte, war gegen 11 Uhr im Palais Bourbon von Marrast, dem Redakteur des „National“, und dessen Freund Bastide aufgefordert worden, sich für die Republik und gegen die Regentschaft zu erklären und hatte in einer theatralischen, übrigens schlecht gespielten Szene sich dazu bereit erklärt. Charaktervoller handelte Odilon Barrot, der während des ganzen Wirrwarrs im Ministerium des Innern sich abgemüht hatte. Auch er war zum Eintritt in die provisorische Regierung bestimmt gewesen, allein er schlug das Anerbieten, welches ihm Arago machte, aus. Auch sonst herrschte innerhalb der Umsturzparteien ziemliches Durcheinander; die Republikaner des „National“ zauderten immer wieder und waren nur durch das unablässige Drängen der Sozialrevolutionäre zu entschlossenem Handeln zu bewegen, man begnügte sich, schnell einige Namen zu proklamiren, welche als die Vertreter der verschiedenen Fraktionen, der „blauen“ und der „rothen“ Republikaner, sowie auch der radikaler gesinnten Liberalen gelten konnten, und beeilte sich dann, die Hauptsache durchzusetzen, die Anerkennung der Republik und der provisorischen Regierung in der Kammer zu erlangen. Emanuel Arago mit vier Genossen begab sich dorthin und traf, wie bemerkt, ziemlich gleichzeitig mit der Herzogin von Orléans dort ein.

In der Deputirtenkammer hatte schon in den Vormittagsstunden reges Leben geherrscht; Gruppen von Abgeordneten standen beisammen, man kam und ging, man horchte ängstlich auf das Getöse des nahen Straßenkampfes, man hatte Barrot vorbeieilen sehen, um sein zwei Stunden währendes Ministeramt anzutreten, man hatte etwas später durch die königliche Dienerschaft die Abdankung Louis Philippe's erfahren. Gleich darauf war Thiers erschienen, ganz verstört und verwirrt durch all die unerhörten Ereignisse; es zeigte sich als unmöglich, von ihm durch Fragen etwas Gewisses über die Lage der Dinge zu erfahren. „Die Fluth steigt! — die Fluth steigt!“ war seine einzige Antwort und gleich darauf war er verschwunden.

Der Präsident Sauzet befand sich in arger Verwirrung; er entschloß sich endlich, die auf drei Uhr angesetzte Sitzung schon jetzt, um 1 Uhr Mittags, zu eröffnen, obwohl kein einziger Minister und nur ein Theil der Deputirten anwesend war. Die unvermeidliche Bank von Bordeaux stand wieder auf der Tagesordnung, allein jeder sah ein, daß man in diesem Augenblicke unmöglich die Komödie durchführen könne, die Angelegenheiten eines Finanzinstituts zu berathen; in peinlichem Schweigen verstrichen die Minuten.

Eine halbe Stunde mochte so verflossen sein, als ein Offizier mit einer Meldung an den Präsidenten hereineilte. Sauzet erhob sich und theilte der Versammlung mit, die Herzogin von Orléans sei im Begriff, in der Mitte der Volksvertreter zu erscheinen. Er hatte noch nicht geendet, als bereits die Regentin hereintrat, in schwarzem Trauergewand, ihre Söhne an der Hand führend, gefolgt vom Prinzen von Nemours und einigen Offizieren der Nationalgarde.

Es war nicht mehr als natürlich, daß ein Gefühl von Mitleid und Theilnahme die Versammlung beim Anblicke der schwachen Frau und ihres unmündigen Kindes ergriff, in deren Händen die Geschicke des fieberhaft erregten Volkes liegen sollten. „Es lebe die Herzogin von Orléans! — es lebe der Graf von Paris und die Regentin!“ scholl es von den Bänken der Deputirten; der erste Eindruck war ein entschieden günstiger.

Allein schon begann es auf den Gallerieen zu wogen und zu

murren, verworrenes Getöse schlug von außen herein, es war die höchste Zeit, den gegebenen Augenblick auszunutzen. Von verschiedenen Seiten gedrängt, ergriff Dupin das Wort; er schilderte die letzten Begebenheiten, die Abdankung und Flucht des Königs, die Einsetzung der Regentschaft und schloß mit der Forderung, „die Kammer möge die sympathischen Zurufe, mit denen sie die Herzogin und ihren Sohn bei ihrem Eintritt begrüßt, zu Protokoll nehmen und den Grafen von Paris als König von Frankreich anerkennen“.

Stürmischer Beifall folgte im Zentrum den Worten des Redners, allein von der Linken tönte ein entschiedenes „Nein“ dazwischen, auf den Tribünen scholl drohendes Geschrei, der Tumult brach los; alles übergellend rief Lamartine vom Plaze aus dem Präsidenten zu, die Sitzung aus Achtung vor der Nationalvertretung und vor der Regentin aufzuheben, bis sich die Angehörigen der königlichen Familie zurückgezogen haben würden; vergeblich eiferte General Dubinot dagegen; Sauzet, rathlos und zitternd wie er war, kam der Aufforderung des Dichters nach; die Prinzessin erhob sich und machte einige Schritte, dann aber ließ sie sich auf einer der letzten Bänke im linken Zentrum wieder nieder.

Rings herum tobte bereits ein unbeschreibliches Gemüth; immer neue Schaaren von Proletariern und Blumenmännern drangen herein, die Deputirten verließen ihre Plätze, im Saale und aus den überfüllten Gallerieen tönte ein vielstimmiges, wirres Geschrei, in welchem die Ordnungsrufe des Präsidenten ohnmächtig verhallen: das war das Bild, welches die „Volksvertretung“ in ihrer letzten Sitzung bot.

Schon seit längerer Zeit hielt der Radikale Marie die Rednerbühne besetzt, ohne daß es ihm bisher gelungen, zu Worte zu kommen. Jetzt benutzte er den günstigen Augenblick einer momentanen, verhältnißmäßigen Ruhe. Er forderte die provisorische Regierung; ein Beifallsturm von den Tribünen, zauderndes Schweigen im Saal war die Antwort. Ihm folgte Crémieux, der noch vor einer Stunde den König auf seiner Flucht begleitet hatte. Er sprach mit wohlwollenden Worten von der Herzogin, allein er warnte vor Uebereilung; auch er ver-

langte die provisorische Regierung und trieb ein unklares, sogar verrätherisches Doppelspiel, denn vor wenigen Minuten noch hatte er sich für die Regentschaft ausgesprochen.

Noch war nichts entschieden, man lärmte durcheinander, ein Abbé Genoude sprach eben etwas von Volkssouveränität, da erschien der Mann, dessen Namen noch vor wenigen Stunden zu den populärsten gehört hatte, der „Minister“ Barrot.

Eine gewisse Ruhe trat ein, als die wohltonende, kräftige Stimme des Führers der dynastischen Linken durch den Saal schallte. „Die Julikrone ruht auf dem Haupte einer Frau und eines Kindes!“ — begann er, und diese einfachen und gutgewählten Worte riefen einen neuen Beifallsturm des Zentrums hervor. Nochmals bligte ein Hoffnungsstrahl auf, die Herzogin erhob sich und dankte der Versammlung, sie versuchte zu sprechen, allein Barrot, von vielen Seiten zum Weiterreden aufgefordert, behielt das Wort. In seinen weiteren Ausführungen gelang es ihm nicht, jenen glücklichen Ton anzuschlagen, den seine ersten Worte besaßen; zusehends wurden seine Sätze schwächer und matter, nur ein spärlicher Beifall lohnte seine Bemühungen, als er von der Rednerbühne herabstieg.

Damit schien die Sache der Orleanisten verloren, der Sieg der Republikaner entschieden zu sein, allein noch in diesem Augenblicke machte eine andere Partei den Versuch, den stürmischen Gang der Ereignisse zu ihrem Vortheile auszunutzen. Ein Legitimist und Träger eines berühmten Namens, von Laroche-Jacquelin, erschien auf der Tribüne: „Meine Herren, denen, die in der Vergangenheit stets den Königen gedient haben, ziemt es vielleicht jetzt, vom Volke zu sprechen. — Heute sind Sie (die Deputirten) nichts mehr hier, nicht das Geringste. Die Abgeordnetenkammer existirt nicht mehr als Kammer. Ich sage, daß man die Nation zusammenberufen muß —“, weiter kam der Anhänger Heinrichs V. nicht. In der Versammlung wogte und tobte es durcheinander, in den Thüren aber erschien eine neue Menschenmasse, die sich berufen fühlte, in dieser denkwürdigen Stunde an der Weltgeschichte mitzuarbeiten.

Ein gewisser Dumoulin führte diesen Haufen, welcher direkt von dem blutigsten Tummelplatz des Aufbruchs, von der Kampf-

stätte am Château d'Eau kam, einen Haufen, welcher wie eine Verkörperung des Revolutionsschreckens, der blinden, entfesselten Volkswuth erschien. Was diese Gruppen von zerlumpten, pulvergeschwärtzten Blumenmännern, mit Fegen und Flittern aller Art ausgestaffirten Proletariern, in deren Mitte ein Metzgerknecht mit blutiger Schürze schritt, was diese Hefe der Volksbewegung hier wollte, war nicht zweifelhaft. Während sich ein gewisser Chevalier vergeblich von der Tribüne herab verständlich zu machen suchte, gellte es in allen Tonarten: „Die Absezung! — keine Bourbonen mehr! — nieder mit den Verräthern! — sofort eine provisorische Regierung!“ — „Das Volk hat seine Freiheit wieder erlangt“, schrie, eine Trikolore schwingend, Dumoulin, „wir haben den Thron in den Tuileries zerbrochen und durch das Fenster geworfen!“

Von einer eigentlichen Sitzung war schon längst keine Rede mehr; viele der Deputirten hatten bereits ihr Heil in der Flucht gesucht, wer noch von ihnen da war, stand oder saß vermischt mit dem eingedrungenen Volke, jede Möglichkeit, eine Ansicht kund zu geben, war ausgeschlossen. Es mußte schon ein Mann wie Ledru-Rollin, der Radikalsten Einer, auf dem Rednerplatze erscheinen, um Hoffnung auf Gehör zu haben. Der allgemeine Lärm legte sich ein wenig, allein als Ledru seine Rede hinauszog, statt in kurzen Worten die Sachlage zu präzisiren, als er historische Vergleiche anzustellen begann, erwachte die Ungeduld alsbald auf's Neue.

Endlich hatte der Sozialistenführer mit der Forderung der provisorischen Regierung — nicht der Republik — geschlossen, Lamartine folgte ihm, dessen Rede von den Anhängern der Regenttschaft mit freudiger Erwartung, von den Republikanern des „National“ mit innerlichem Frohlocken begrüßt wurde. Wie berichtet, hatte Lamartine bereits am Vormittage unter Marraffis Beihülfe den kühnen Sprung vom Julikönigthum zur Republik glücklich ausgeführt, und seine Rede mußte daher alle diejenigen überraschen, welche wußten, daß er sich vor wenigen Jahren für die mütterliche Regenttschaft ausgesprochen hatte.

Lamartine begann zwar mit einigen gerührten Worten über die bebauernswerthe Lage der Herzogin und ihres Sohnes, allein

alsbald fuhr er fort: „Es liegt dem Volke, allen Klassen der Bevölkerung, allen denjenigen, welche einige Tropfen Blut in diesem Kampfe vergossen haben, daran, eine freie, volksthümliche, unerschütterliche Regierung festzustellen, eine Regierung, welche das schreckliche Mißverständniß aufhebt, das seit einigen Jahren zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung existirt und, indem es uns hindert, uns als ein einziges Volk zu betrachten, uns hindert, uns zu lieben und zu umarmen!“

Wie es mit der liebevollen Umarmung der einzelnen Stände ausah, sollte schon der Juni desselben Jahres blutig offenbaren, allein jetzt im Februar kümmerte sich Niemand um die Gespenster der Zukunft, stürmischer Beifall folgte dem Phrasenschwall des Dichters.

„Ich verlange also“, fuhr Lamartine fort, „ich verlange, daß man dem Rechte des öffentlichen Friedens, dem Rechte des vergossenen Blutes, dem Rechte des Volkes, welches vielleicht ermattet ist von der glorreichen Arbeit, die es seit drei Tagen vollendet, Rechnung trägt, ich verlange die Einsetzung einer provisorischen Regierung.“

Jetzt war die Sache der Regentschaft völlig verloren, die Republikaner jubelten, ermutigt fuhr Lamartine in seinem Redefluß fort; er sprach davon, „das ganze Land zusammenzurufen, Alles das, was durch den Namen «Mensch» die Rechte des Bürgers in sich trägt“, da plötzlich krachten im Vorhaus Schüsse, die Thüren brachen zusammen, unwiderstehlich wälzte sich eine neue Menschenwoge in das Gebäude, es sind die Stürmer der Tuilerien: „Bürgerwehrlente, Polytechniker, Studenten, Blumenmänner hant durcheinander“, schildert sie Scherr, „alle bewaffnet, Pulverschwärze an den Händen, Blutflecken an den Kleidern, auf den weingerötheten Gesichtern eine souveraine Lustigkeit, welche aber doch nur des leisesten Anreizes zu bedürfen scheint, um in Wuth umzuschlagen, Alles auf ihrem Wege wegschiebend oder niederstampfend, singend, lachend, höhrend, schimpfend, brüllend.“

„Und aus diesem Meeresgebrause von Dissonanzen tönt mächtig hervor der Grundbaß: «Nieder mit der Kammer! — Fort mit den Deputirten! — Zum Teufel mit den Korrupten!» Von der Brustwehr der Galerie herab richtet sich der Lauf

einer Muskete auf die Rednerbühne. «Schießt nicht! Schießt nicht! Es ist Monsieur de Lamartine, der spricht!» Blumenmänner schlugen den Gewehrlauf ihres Kameraden in die Höhe. Lamartine steht noch immer auf der Tribüne, aber zwischen der Ballustrade derselben und seiner Gestalt huschen Bürgerwehr- und Blumenmänner vorüber, welche sich hinaufgeschwungen haben und ihre Lungen bis zum Bersten anstrengen, um sich hörbar zu machen. Man sieht nur ihre Lippen sich bewegen und vernimmt kein Wort. Präsident Sauzet renkt sich fast den Arm aus, seine Schelle krampfhaft hin- und herschwingend. Man hört sie nicht. Man hört nur noch den wüthenden Schrei, welcher die Wände des Saales erzittern macht: «Fort mit den Korrupten! weg mit der Regentschaft! Hoch die Republik!» —

Von einer Fortsetzung der Verhandlung konnte in diesem wilden Gewoge keine Rede sein. Die wenigen royalistischen Deputirten, welche sich noch in dem Saale befanden, drängten die Angehörigen des Königshauses sich um ihrer eigenen Sicherheit willen zu entfernen. Es war dies leichter gesagt als gethan, denn in dem Gedränge von Hunderten von Menschen schien es kaum möglich, bis zum Ausgange vorzubringen. Nach wenigen Schritten schon wurde die Herzogin von ihren beiden Söhnen getrennt und gelangte mit Mühe bis zu der Wohnung des Präsidenten Sauzet, während die kleinen Prinzen durch einige Bürger gerettet wurden. Der Herzog von Nemours, welcher die ganze Zeit standhaft bei seiner Schwägerin ausgehalten, kam gleichfalls trotz seiner Unpopularität unbehelligt durch und traf im Invalidenhanse mit seiner Schicksalsgefährtin zusammen.

Die zweite Phase der Revolution war beendet, dem gestürzten Könige das Königthum nachgefolgt, es folgte die dritte und letzte, die Einsetzung der Republik.

Die schon früher entworfenen Listen der provisorischen Regierung konnten nicht allgemein befriedigen, da naturgemäß jede Partei vorzugsweise ihre eigenen Vertreter berücksichtigt hatte und eine Verständigung inmitten des tobenden Lärmes kaum möglich war. Doch gelang es endlich dem alten Dupont de l'Éure sich von der Tribüne verständlich zu machen. Er schlug einige Männer für die provisorische Regierung vor, Lamartine,

Ledru-Rollin, Arago, Marie, sich selbst. Stürmische Ausrufe folgten jedem Namen; man verlangte die Absetzung der nicht anwesenden Deputirten, die Anerkennung der Republik, endlich die Installation der neuen Regierung auf dem Stadthause. Von einem Theile der im Saale befindlichen Menge gefolgt begaben sich Lamartine, Crémieux und Dupont dorthin, während Ledru-Rollin von der freigewordenen Rednerbühne aus eine neue Mitgliederliste der provisorischen Regierung unter dem Vorgeben, daß derartige Dinge nicht so leicht hin behandelt werden dürften, vorlas. Sein Programm enthielt dieselben Namen wie das Duponts, und außerdem zwei Persönlichkeiten von ziemlich gemäßigten Anschauungen, Crémieux und Garnier-Pagès. Man nahm auch diese Namen an, allein Jeder fühlte, daß sich die weiteren Schicksale des Tages nicht hier im Palais Bourbon, sondern auf dem Stadthause entscheiden würden, und drängte zum Aufbruch. Noch feuerte ein Arbeiter seine Flinte auf das über dem Präsidensitze hängende Bild Louis Philippe's ab, dann stüthete die Menge zu den Thüren hinaus und nach wenigen Augenblicken lag der Saal öde und verlassen da.

In dem Stadthause, diesem alten Mittelpunkte der Pariser Revolutionen, spielte sich der letzte Akt des Dramas ab. An der Spitze des Zuges, der sich vom Palais Bourbon die Seine-Ufer entlang dorthin begab, ging Lamartine, ihm folgten seine Collegen, von welchen der greise Dupont im Wagen fuhr, und eine Menschenmenge, die, anfangs nur aus einigen Hundert Nationalgardisten, Studenten und Arbeitern bestehend, auf dem Wege durch die Stadt auf Tausende von Köpfen anschwell. Die Haltung des Volkes gegenüber den Usurpatoren der Staatsgewalt war keine sonderlich enthusiastische, doch flößten die Persönlichkeiten Lamartine's und Duponts Achtung ein und eigentlich feindselige Rundgebungen kamen nur vereinzelt vor.

In dem Stadthause, welches erst einige Stunden vorher in die Hände der Insurgenten gefallen war, herrschte eine grenzenlose Verwirrung. Zwar war eine Art Behörde vorhanden, da sich hier Garnier-Pagès um ein Uhr Mittags eigenmächtig zum Maire von Paris aufgeworfen hatte, allein von den Menschen-

massen, die dichtgebrängt alle Räumlichkeiten des Gebäudes und seine Umgebung erfüllten, war Fügbarkeit unter die Anordnungen der „Regierung“ nicht zu erlangen. Durch eine Seitenpforte waren die Mitglieder der provisorischen Regierung in das Stadthaus gelangt; längere Zeit irrten sie rathlos in den Gängen und Sälen umher, ohne auch nur einen ruhigen menschenleeren Platz für ihre Berathungen finden zu können, bis ihnen ein Angestellter, Namens Flottard, ein noch nicht vom Volke besetztes Zimmer anwies.

Hier versammelten sich Lamartine, Dupont, Crémieux, Garnier-Pagès, Ledru-Rollin, Marie, Arago, um mit der Ausübung der Regierungsgewalt zu beginnen, allein bald mußten die sieben Machthaber erkennen, daß man nicht gewillt war, ihnen ausschließlich die höchste Macht im Staate zu überlassen. Während der stürmischen Vorgänge im Palais Bourbon nämlich hatten sich in dem Redaktionsbureau der „Reform“ gegen zwei Uhr Nachmittags dreißig Männer der äußersten Linken versammelt und beschlossen, ihrerseits eine provisorische Regierung zu errichten. Diese Liste der Ultra-Radikalen umfaßte sämtliche Mitglieder der inzwischen im Palais Bourbon gewählten Regierung mit Ausnahme Crémieux' und außerdem die Redakteure des National und der Reform, Marrast und Flocon, sowie das Haupt der Sozialisten, Louis Blanc. Außerdem hatte man es, um der Bewegung einen entschieden sozialen Charakter zu verleihen, für gut befunden, den Mechaniker Martin, genannt Albert, unter dem Namen des „Arbeiters Albert“ in die Regierung aufzunehmen.

Ohne viele Förmlichkeiten traten Louis Blanc, Flocon und Marrast in die Versammlung der Sieben im Stadthause ein, welche letztere von diesem unerwarteten radikalen Zuwachs wenig erbaut waren. Allein die Sozialrevolutionäre, die einzige Partei, welche im Laufe der Februar-Revolution wirkliche Thatkraft bewiesen hatte, waren nicht die Männer, sich durch finstere Miene und drohende Worte abschrecken zu lassen. „Ihr seid durch das Volk im Palais Bourbon gewählt worden“, schrieb L. Blanc seinen neuen Kollegen zu, „wir durch das Volk in den Bureau der Reform. Beiderseits sind wir hier in das Stadthaus ge-

kommen, um eine Anerkennung unserer Autorität zu erlangen. Unsere Rechte sind mithin ganz gleich."

Dagegen ließ sich wenig Triftiges einwenden; nach einem hitzigen Wortgefechte einigte man sich endlich auf einen Vorschlag, den der gewandte Garnier-Pagès gefunden hatte. Die vier Abgesandten der „Reform“ sollten die „Sekretäre“ der provisorischen Regierung werden. Jrgend eine tatsächliche Verschiedenheit in der Theilnahme an der Staatsleitung war durch diese Bezeichnung nicht bedingt, innerhalb weniger Tage waren die „Sekretäre“ und die „Regierung“ vollständig gleichberechtigt, allein die Macht der Phrase that auch hier ihre Wirkung, die Sieben erklärten sich bereit, Blanc und Genossen als Sekretäre bei sich aufzunehmen, und somit war jetzt die Regierung endgültig konstituiert; Lamartine, Dupont, Crémieux, Arago, Marie, Garnier-Pagès, Ledru-Rollin, Louis Blanc, Marrast, Flocon, Albert waren die elf Männer, in deren Händen die Geschicke Frankreichs lagen.

Den größten Theil der Ministerstellen hatte man in aller Eile aus den sieben Erwählten des Palais Bourbon besetzt. Dupont war Ministerpräsident, Lamartine hatte das Aeußere, Ledru-Rollin das Innere, Crémieux die Justiz, Arago die Marine, Marie die öffentlichen Arbeiten inne. Für die Finanzen wurde der Banquier Goudchaux, für den Ackerbau der Advokat Bethmont, für den öffentlichen Unterricht der Träger eines berühmten Namens, Carnot, ausersehen. Der heikle Posten eines Kriegsministers fiel, nachdem die Generale Lamoricière und Debeau abgelehnt, dem greisen General Subervie zu. Es wurde fernerhin Garnier-Pagès in seiner Würde als Maire von Paris belassen. Zwei der wichtigsten weiteren Funktionen, die Leitung der Polizeipräfektur und der Postdirektion, waren bereits, die erstere von Caussidière, die zweite von Arago in Beschlag genommen. Die schwerwiegende Stellung eines Kommandanten der Nationalgarde endlich fiel dem Deputirten und früheren Offizier de Courtais zu.

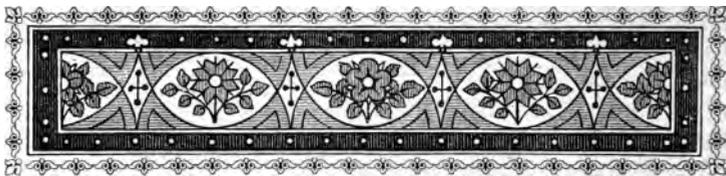
Eine ruhige Berathung der Sachlage war der provisorischen Regierung im Drange der Ereignisse nicht möglich; unaufhörlich stürmten und wogten die Volksmassen gegen die verrammelte und von bewaffneten Studenten vertheidigte Thüre, hinter welcher die elf Männer, mehr Gefangene des Volkes als dessen Beherrscher,

Rath pflogen. Draußen, in den Schaaren der Blusenmänner und Polytechniker, fürchtete man eine Wiederholung der Ereigniffe von 1830, gab man sich der Besorgniß hin, daß der Ehrgeiz oder die Uneinigkeit der Parteiführer dem Volke die Errungenschaften der Revolution vorenthalten würden, innen, im Schoße der Regierung, vermochte man lange Zeit hindurch nicht die Kraft zu der einzigen und entscheidenden großen Maßregel, zu der Verkündigung der Republik, zu finden. Entschieden dagegen waren nur Arago und Dupont, entschieden dafür nur die Radikalsten, Blanc, Ledru-Rollin, Flocon, die Uebrigen schwankten unentschlossen hin und her. Allein welchen Ausweg sollte man wählen? Die Frage offen zu lassen, hieß auf die Führung der Bewegung verzichten; von der Einsetzung irgend welcher Monarchie oder Regentschaft konnte keine Rede sein; es blieb somit nur die eine Maßregel übrig, die Proklamirung der Republik, mit welcher damals im Jahre 1848 — man darf dies nicht vergessen — untrennbar die Erinnerung an das Jahr 1793, an die Schreckensherrschaft nach innen, den Weltkrieg nach außen, verknüpft war.

Es war daher begreiflich, daß sich die unentschlossenen Naturen, die wie überall, so auch in der neuen Regierung die Mehrzahl bildeten, nur schwer zu einer so gewichtigen Maßregel bereit finden ließen; schon tobte das Volk unter unverhüllten Drohungen vor dem Sitzungszimmer, auf dem Grève-Platze, in dem nahe gelegenen Saale St. Jean, schon mußten Lamartine und selbst L. Blanc ihren ganzen Einfluß aufbieten, um dem Ausbruche der Volksleidenschaften vorzubeugen, da endlich erschien das erlösende Manifest, zunächst in Abschriften, dann gedruckt von Hand zu Hand wandernd. „Die provisorische Regierung will die Republik, vorbehaltlich der Zustimmung des Volkes, welches sofort befragt werden wird.“

Die Februar-Revolution war beendet, zum zweiten Male die Republik in Frankreich eingeführt. Nach wenigen Minuten schon bligte nach allen Richtungen der Draht die Kunde und jagten die Kouriere mit der folgenschweren Nachricht, welche eine Welt in Flammen setzen sollte.





## II. Abschnitt: Der deutsche Bundestag.

---

Unzertrennbar ist mit jenen traurigen Jahrzehnten der deutschen Geschichte, welche von den Jahren 1815 und 1848 begrenzt werden, die Erinnerung an die Reaktion verbunden, jener Rückwärtsbewegung, deren Endziel die Unterdrückung der freiheitlichen und freisinnigen Anschauungen bildete, welche aus den Freiheitskriegen entsprossen waren.

Man muß auf jene Epoche des glorreichen Volksaufschwunges zurückgreifen, um die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 zu verstehen. Das, wofür die deutsche Nation in jenen blutigen Schlachten stritt, war nicht allein die Abwerfung der französischen Herrschaft; es war zugleich das Streben nach Erringung eines volksthümlichen Staatslebens, ein Streben, das die natürliche Folge der traurigen Haltung der Rheinbundfürsten, der unentschlossenen und unglücklichen Politik der deutschen Großmächte und zugleich des neu erwachten Kraftbewußtseins der Nation war. Es war nicht mehr als natürlich, daß die Fürsten am liebsten jede Erinnerung an die Zeit der Unterwerfung und Bedrückung von 1804 bis 1813 völlig getilgt hätten und sich nur widerwillig der Erkenntniß erschlossen, daß sie ihre neue Macht und Unabhängigkeit der Kraft ihrer Unterthanen schuldeten. Daß durch die Befreiungskriege das System des Absolutismus, wie er im 18. Jahrhundert geherrscht, gebrochen sei,

empfangen Jedermann, in fast sämmtlichen Ländern wurde durch Verleihung einer Verfassung dem Volke die Theilnahme am öffentlichen Leben eröffnet. In dem Augenblicke aber, in welchem aus dem Selbstherrscher der konstitutionelle Fürst wurde, war ein neuer Faktor in das Staatsleben eingetreten; dem Willen des Monarchen trat die Macht der öffentlichen Meinung und Ueberzeugung entgegen, die bisherige Einheit des Staatsorganismus war geschwunden.

Der Zwiespalt zwischen Herrschern und Beherrschten war unmittelbar nach Beendigung der Napoleonischen Kämpfe hervorgetreten. Es ist ganz unzweifelhaft, daß eine große Zahl der deutschen Fürsten damals den besten Willen besaß, in Zukunft mit ihrem Volke im Einvernehmen zu leben, daß andererseits derartige Bestrebungen von Seiten der Unterthanen vielfach mißverstanden und, wie in Württemberg, von der Hand gewiesen wurden.

Wenn irgend einer Sache, so haben dem deutschen Liberalismus in jener Zeit gerade seine Freunde und Anhänger am meisten geschadet. Schon das überspannte teutschthümelnbe Turnerwesen, in welches er sich hüllte, konnte kaum den Sympathieen weiterer Kreise begegnen; die Thaten aber, die dieser romantischen Schwärmerei entsprangen, die Ermordung Rogebue's und später die Erstürmung der Frankfurter Konstablerwache waren, um mit Talleyrand zu reden, mehr als ein Verbrechen, sie waren eine Thorheit. Sie schmiedeten selbst die Waffen, deren die Regierungen gegen diese mißliebigen Geistesrichtungen bedurften, und lieferten geradezu eine glänzende Rechtfertigung der reaktionären Maßregeln.

Das Haupt dieser letzteren war der österreichische Hof- und Staatskanzler Fürst zu Metternich-Winneburg, in dessen Person sich gewissermaßen die Reaktion verkörperte. Es hat wenig Menschen gegeben, über welche so gleichmäßig und mit solchem Rechte Geschichte und öffentliche Meinung ihr verdammenndes Urtheil gesprochen haben, als über diesen Diplomaten. Es ist hergebracht, in ihm den Hauptvertreter einer kurzsichtigen, jedes schöpferischen Gedankens entbehrenden, jeder freien Geistesregung und mannhafte That feindselig gesinnten Staatskunst zu sehen, und widerstreiten läßt sich diesem Urtheile nicht. Allein das Eine

darf nicht übersehen werden: Fürst Metternich war, obwohl vom Rheine gebürtig, in erster Linie österreichischer Staatsmann. Was er für dieses sein engeres Vaterland für ersprießlich hielt, suchte er erst dann in zweiter Linie im gesammten deutschen Bunde durchzuführen, und hierin, in dem Umstande, daß für sämtliche Länder deutscher Zunge die Verhältnisse Oesterreich-Ungarns allmählich maßgebend wurden, ist vielleicht der Hauptfehler der Reaktion zu suchen.

Eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern, wie sie der Liberalismus forderte, hätte der Kaiserstaat an der Donau, dieses der inneren Lebenskraft entbehrende, nur durch den Druck äußerer Verhältnisse, gewissermaßen durch das mechanische Gesetz der Trägheit zusammengehaltene Länderkonglomerat, so wenig überdauert als der sieche und morsche Körper eines Greises eine Verjüngungskur zu ertragen vermag. Hier konnte es nur das Prinzip der Staatskunst sein, das Vorhandene zu festigen und zu stützen, Stürme und Erschütterungen von außen abzuwehren und so die Lebensdauer des Organismus um einige Jahrzehnte zu verlängern.

War somit das System der chinesischen Mauer, mit welchem Metternich Oesterreich umschloß, zwar ein ideenarmes und übertriebenes, allein doch nicht jeder Berechtigung entbehrend, so wurde dasselbe zur Ungeheuerlichkeit, wollte man es auf die lebensfrischen deutschen Mittelstaaten oder gar auf das vor jugendlicher Kraft strotzende Preußen anwenden. Die Art und Weise, wie die Völker sich dem „System“ gegenüber verhielten, ist bezeichnend genug, in Preußen hartnäckiger, nicht endender Widerstand, in den Mittelstaaten ähnliche Opposition, allein schon in schwächerer Weise, in Oesterreich sorgloses Dahinleben in schlaffer Ruhe.

Ueber die Lebensfähigkeit seines Systems hat sich Fürst Metternich selbst am wenigsten getäuscht; bekannt ist ja das geflügelte Wort seines Vertrauten, des Hofrathes von Genz: „mich und den Metternich hält es noch aus!“ allein so lange als möglich suchte er die gefürchtete Katastrophe, den Sieg einer freisinnigen und fortschrittlichen Anschauungsweise, nach Kräften zu hindern. Wo die Gefahr lag, hatte er richtig erkannt; er

mußte, daß er nicht gegen Personen, sondern gegen eine Idee kämpfe, daß es nicht genüge, einzelne Vergehen gegen die Regierungsgrundsätze der heiligen Allianz zu bestrafen, sondern den Boden zu vertilgen, aus welchem sie erwachsen waren. Er mußte darauf sinnen, dem verderblichen Geiste jedes Mittel zur Ausbreitung zu entziehen, er mußte die Möglichkeit eines Gedankenaustausches durch Bücher, Zeitungen und Ähnliches hindern.

Eine derartige Maßregel konnte den Einzelstaaten nicht überlassen bleiben, deren mehrere entschieden liberale Regungen zeigten; aber auch die verfassungsmäßige Zentralgewalt des deutschen Bundes, der Bundestag zu Frankfurt a. M., schien damals, in den ersten Jahren nach 1815, den reaktionären Diplomaten zu freisinnig zu sein. Hatte derselbe doch in seiner Eröffnungssitzung das Recht der öffentlichen Meinung anerkannt und sich noch 1817 scharf gegen die Mißwirthschaft im Kurfürstenthum Hessen gewandt mit der Erklärung, „er werde sich nicht abhalten lassen, der bedrängten Unterthanen sich anzunehmen“. Da Metternich also von dieser Bundesversammlung noch nicht die genügende Unterstützung erhoffen konnte, verfiel er auf einen anderen Ausweg. Am 6. August 1819 traten zu Karlsbad Fürst Metternich als Vertreter Oesterreichs, sein Gefinnungsgenosse Graf Bernstorff, sowie der Freiherr Krusemark als Gesandte Preußens, Graf Rechberg und Freiherr von Stainlein für Baiern, Graf Schulenburg — später auch Graf Einsiedel — für Sachsen, die Grafen Hardenberg und Münster für Hannover, Graf Wenzingerode für Württemberg, Freiherr von Pleß für Mecklenburg, Freiherr von Marschall für Nassau, Freiherr von Berstett für Baden und der Hofrath von Gentz als Protokollführer zusammen. Im Verlaufe der Sitzungen erschienen noch Freiherr von Fritsch für Weimar, Freiherr von Münchhausen für Kurhessen. Was der Zweck der bevorstehenden Unterhandlungen sein sollte, ergab sich alsbald aus der Eröffnungsrede Metternichs. Es handele sich darum, erklärte der Fürst, vertraulich über die Besorgnisse und Gefahren zu berathen, in welche die Bundesstaaten durch die revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen versetzt seien. Zu diesem Zwecke

hatte er eine Punktation ausgearbeitet, welche in zwei Theile, die allgemeinen Grundsätze und die Anwendung derselben, zerfiel. Eine Reihe von Maßregeln war darin vorgeschlagen, von welchen drei, die Abfassung gleichförmiger Preßverfügungen, die Ueberwachung der Universitäten, Gymnasien und Schulen, und die Nothwendigkeit der Maßregeln gegen bereits entdeckte Parteiuntriebe als dringlich hingestellt wurden. Vier weitere Punkte, nämlich die nähere Erläuterung des Artikels 13 der Bundesakte — welcher allen Bundesstaaten landständische Verfassungen zusicherte —, eine permanente Bundesinstanz, die Einführung einer Bundesexekutionsordnung, und endlich — wie zum Hohne inmitten dieser reaktionären Pläne — die Erleichterung des Handels und Verkehrs, sollten ausführlicher berathen werden.

In 23 Konferenzen berieth die Versammlung die von Metternich befürworteten Maßregeln. Ein ernstlicher Widerspruch erhob sich von keiner Seite, nur hie und da wurden Verbesserungs-vorschläge und Gutachten der einzelnen Theilnehmer vorgebracht. Am 31. August hatte sich die Versammlung völlig geeinigt; sie war übereingekommen, die Preßfreiheit einzuschränken, indem alle Schriften unter 20 Bogen der Censur verfielen und unterdrückt werden konnten, die Behranstalten zu überwachen und besonders für jede Universität einen „Kurator“ zu ernennen, sowie die Burschenschaft und ähnliche Verbindungen aufzuheben, eine Zentralkommission von sieben Mitgliedern zur Untersuchung revolutionärer Umtriebe in Mainz niederzusetzen, den 13. Bundesartikel dahin auszulegen, daß unter landständischer Verfassung die mittelalterliche Ständevertretung zu verstehen sei, und endlich eine provisorische Exekutionsordnung für Vollziehung der gegen das Demagogenwesen gerichteten Bundesbeschlüsse zu erlassen. Ein Widerstand der Einzelstaaten gegen Beschlüsse der Bundesversammlung wurde als unstatthaft bezeichnet. Weitere Schritte blieben einer im Spätherbste nach Wien zu berufenden Versammlung vorbehalten. Bis zu diesem Zeitpunkte ging der Kongreß auseinander, nachdem er dem Kaiser von Oesterreich seine unterthänige Dankbarkeit „für seine immer wache und thätige Fürsorge“ ausgesprochen und

ebenso die Protokollführer von Plessen und von Genz für ihren Eifer belobt hatte<sup>1</sup>.

Schon am 20. September desselben Jahres nahm der sonst so langsam arbeitende Bundestag diese formlosen und gesetzwidrigen Beschlüsse an und versetzte damit den konstitutionellen und liberalen Bestrebungen einen schweren Schlag, allein noch schien Metternich das System der Reaktion nicht gefestigt genug zu sein. Vom 25. November 1819 ab tagte abermals eine Konferenz, zu welcher diesmal Vertreter sämtlicher Bundesstaaten zugelassen wurden, in Wien und erreichte erst am 24. Mai 1820 ihr Ende. Das Ergebniß dieser Berathung waren die „Wiener Schlußakte“, fünfundsechzig Artikel, welche, gewissermaßen eine Ergänzung der Bundesakte bildend, der gesammten Bundesverfassung ein durchaus absolutistisches Gepräge gaben.

Auch diese Beschlüsse wurden in der Eschenheimer Gasse in Frankfurt a. M. ohne weiteres angenommen, allein noch war der Geist, der die Bundesversammlung beseele, nicht ganz nach Metternichs Herzen. Erst als es in den folgenden Jahren den vereinten Bemühungen Oesterreichs und Preußens gelang, eine Reihe freisinniger Diplomaten, namentlich den württembergischen Freiherrn von Wangenheim, zu entfernen, gerieth der Bundestag in jene trostlose Verfassung, in welcher er die Verachtung und Erbitterung des Inlandes, den Hohn des Auslandes erweckte.

Eine eingehende Schilderung der Reaktionszeit würde den Zweck dieser Schrift überschreiten; die wesentlichsten und für die Ereignisse von 1848 bedeutungsvollsten Symptome sind in der Geschichte der Einzelstaaten erwähnt. Raum faßbar erscheint heutzutage, im Zeitalter des neuen Deutschen Reiches, jene trübe Epoche, in welcher das einigende Band der deutschen Länder in einer Versammlung bestand, in welcher sich die alte Ohnmacht und Zerrissenheit des gewesenen heiligen römischen Reiches deutscher Nation — aber ohne den Abglanz einstiger Herrlichkeit, welcher das tausendjährige Reich noch in seinen letzten

<sup>1</sup> „Schließlich drückte die Versammlung dem Herrn Hofrath von Genz ihre wärmste Erkenntlichkeit für die wichtige Unterstützung aus, so sie in seinem durch das volle Gepräge seines großen Talentes ausgezeichneten Arbeiten gefunden.“ Protokoll der 23. Konferenz.

Stunden umstrahlte — mit der systematischen Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung einte. Es hat selten eine Regierung gegeben, welche so rasch und dauernd von der öffentlichen Meinung verdammt wurde, als diese Verkörperung deutscher Zwietracht, Unentschlossenheit und Selbsterniedrigung in der Eschenheimer Gasse. Innerhalb weniger Jahre schon war es so weit gekommen, daß Niemand mehr vom Bundestage überhaupt irgend welches Handeln erwartete; was im Thurn- und Taxis'schen Palais vorging, war dem Volke fremd und gleichgültig, zumal nachdem die anfangs theilweise bewahrte Veröffentlichung der Verhandlungen unterblieben war. Die Annahme der Karlsbader und Wiener Beschlüsse war die Hauptthat der Versammlung gewesen; in ihnen wirkte der Metternich'sche Geist weiter; Jahre lang trieb zu Mainz die fluchbeladene Central-Untersuchungskommission ihr lichtscheues Wesen und veranlaßte Hunderte zur Flucht nach der Schweiz und Amerika.

Wie tief schon 1830 die Geister erregt waren, zeigte die weitgreifende Bewegung, welche die Kunde von der Julirevolution in den deutschen Staaten erzeugte. Dieses Vorspiel der Märzstürme von 1848 rief bei vielen Fürsten und Ministern Besorgniß vor der Zukunft hervor, allein als die Unruhen in kurzer Zeit von selbst erloschen und schlimmstenfalls durch einen Ministerwechsel und ähnliche Concessionen sich bannen ließen — nur in Braunschweig brach bekanntlich eine wirkliche Revolution aus — griff alsbald wieder die frühere Sorglosigkeit um sich und die Nachwehen der Bewegung, die Agitation in der Rheinpfalz, das Hambacher Fest (27. Mai 1832), das unbesonnene Frankfurter Attentat (3. April 1833) dienten den Regierungen nur als Vorwand zu neuen, strengeren Maßregeln. Die Central-Untersuchungskommission nahm ihre seit 1828 ruhende Thätigkeit wieder auf; in Wien fanden neue, bis zum Herbst 1834 währende Konferenzen statt. Die Beschlüsse dieses „Wiener Ministerkongresses“ wurden nur zum geringsten Theile veröffentlicht und erhielten keine Gesetzeskraft; ihren wesentlichsten Inhalt bildete eine Verschärfung der Karlsbader Beschlüsse in Betreff des Ständewesens, der Universitäten, der Presse und der demagogischen Umtriebe. Außerdem wurde beschlossen, ein Bundes-

Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen einzusetzen. Lähmend und erschlaffend lagerte sich im Laufe des dritten und vierten Jahrzehntes der Geist der Reaktion über das ganze deutsche Land; nur in wenigen Staaten, in dem rührigen Baden und seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. in Preußen, dauerte der Widerstand des Liberalismus fort; in anderen, wie in Hannover und Hessen-Kassel, brachten es die Fürsten zuwege, die unerschöpflich scheinende Geduld ihrer Unterthanen zu zerreißen; die Verfassungsstreitigkeiten in Hannover, die Opposition gegen das Hassenpflug'sche Regiment in Kurhessen zeigten, daß selbst die deutsche Langmuth ihre Grenzen hatte.

Vielfach wandte sich, vom politischen Gebiete verbannt, der allgemeine Unmuth religiösen Fragen zu. Die Ausstellung des heiligen Rodes zu Trier gab 1844 den Anstoß zu Spaltungen innerhalb der katholischen Kirche, welche unter Führung des Priesters Ronge zur Gründung der deutsch-katholischen Gemeinden führten. Einen eigentlich politischen Charakter besaß die Bewegung nicht; allein unter den obwaltenden Umständen war es unausbleiblich, daß die Opposition gegen die Kirche auch den Staat nicht verschont ließ. Die Regierungen standen der neuen Sekte größtentheils feindlich gegenüber und vermehrten durch die vielfach stattfindenden Verfolgungen der Deutsch-Katholiken den allgemeinen Mißmuth.

Auch innerhalb der protestantischen Kirche fand ein ähnlicher Vorgang, die Gründung der „freien Gemeinden“, statt, welcher jedoch an Bedeutung hinter der entsprechenden katholischen Bewegung zurückblieb.

Ein Hauptgrund, weswegen die große Masse der Nation das Joch der Reaktion geduldig ertrug, bestand darin, daß der lange Frieden verbunden mit der nicht zu verkennenden wirthschaftlichen Fürsorge der meisten Regierungen sehr günstig auf das materielle Wohl des Volkes eingewirkt hatte. Auf diesem einzigen Gebiete war während des Metternich'schen Zeitalters eine wirkliche nationale That vollbracht worden, die Gründung des preußisch-deutschen Zollvereins, welcher jedoch ebenfalls in dem deutschen Partikularismus endlose Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hatte.

Es war eine schlimme Fügung, daß gerade ein Jahr vor der Februar-Revolution eine Mißernte eintrat, welche sich über einen großen Theil Deutschlands erstreckte und an einigen Orten zu einer wirklichen Hungersnoth führte. In vielen Gegenden war die hierdurch verursachte Noth der Anlaß, welcher die sonst so stumpfe Landbevölkerung zu einer Theilnahme an der Revolution bewog.

So war der Zustand Deutschlands zu Beginn des folgenschweren Jahres 1848 beschaffen. Ein Jeder fühlte, daß es so nicht weiter gehen könne, daß etwas geschehen müsse, um den auf Allen lastenden Bann zu lösen, aber Niemand war bereit, das Wagniß des Versuches auf sich zu nehmen. Längst waren ja die Deutschen der eigenen Initiative entwöhnt. Von außen, aus dem westlichen Nachbarreiche, mußte der Anstoß zu der erlösenden That kommen. Der Herrscher Frankreichs war ein Greis, — sein Tod, so glaubte man, würde die Befreiung für Frankreich und Europa bedeuten.

Es sollte anders kommen; unerwartet, wie ein Blitzstrahl, fuhr die Kunde von der Pariser Februar-Revolution in Deutschlands schwüle Atmosphäre.

Die mächtige Bewegung, welche alsbald sich unwiderstehlich über die gesammten deutschen Gauen verbreitete, theilte sich, der Lage der Dinge im Vaterlande entsprechend, sofort in zwei Strömungen. Zunächst und vor Allem verlangte das Volk die Beseitigung derjenigen Mißstände, welche es innerhalb der Grenzen seines engeren Vaterlandes als besonders drückend empfand, erlangte hier die Entlassung eines mißliebigen Ministers, dort die Aufhebung ungerechter Frohnden und Anderes mehr, wie dies der folgende Abschnitt schildert. Inmitten dieser kleinen, oft kleinlichen Kämpfe aber erwachte bei jedem Deutschen mit erneuter Macht das Verlangen nach einer endlichen nationalen Einigung, nach einem gemeinsamen, starken Vaterlande. Daß der Bundestag weder die Kraft noch den Willen besitzen würde, ein solches Werk durchzuführen, wußte man wohl. Man erwartete in dieser Hinsicht Alles von der Thätigkeit eines aus der Mitte der Nation zu entnehmenden Parlamentes, dessen Vorderversammlung, wie später zu berichten, binnen kurzem in

Frankfurt zusammentrat. Wohl aber forderte die öffentliche Meinung von dem Bundestage ungestüm die Zerstörung dessen, woran er unter Metternichs Leitung seit Jahrzehnten gearbeitet, die Aufhebung der Karlsbader und Wiener Beschlüsse und der sonstigen reaktionären Maßregeln.

Wider alles Erwarten zeigte der Bundestag nicht jenen Widerstand, welchen man seiner Vergangenheit nach annehmen konnte. Sein politischer Instinkt schien ihm zu sagen, daß es für ihn räthlicher sei, sich wenigstens scheinbar der Bewegung anzuschließen als von ihr niedergeworfen und erdrückt zu werden.

Vorsitzender des Bundestages war um diese Zeit, da der österreichische Gesandte Graf Münch-Bellinghausen nicht anwesend war, und sein Ersatzmann Graf Colloredo erst am 17. März eintraf, der Vertreter Preußens, Graf von Dönhoff. Baiern wurde durch Herrn von Gasser repräsentirt, Sachsen durch den Freiherrn von Kostitz, Hannover durch den Freiherrn von Lenthe, Württemberg durch den Freiherrn von Blomberg, Baden durch den Freiherrn von Blittersdorff, Kurheffen durch den Geheimen Rath von Rieß, Hessen-Darmstadt durch Gruber, Holstein und Lauenburg durch den dänischen Rath von Pechlin, Luzernburg und Limburg durch den Staatsrath von Scherff, die sächsischen Kleinstaaten durch den Freiherrn von Fritsch, Braunschweig und Nassau durch den Freiherrn von Winzingerode, die beiden Mecklenburg durch den Rath von Schack, Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg durch den Staatsrath von Both, die fürstlichen und landgräflichen Häuser durch den Freiherrn von Holzhausen, die freien Städte durch Senator Curtius.

Schon am 29. Februar machte Graf Dönhoff in der 9. Sitzung des Bundestages die Versammlung auf die gefährdrohende Lage aufmerksam und veranlaßte die Bildung eines Ausschusses, welcher, aus fünf, später sieben, Mitgliedern des Bundestags bestehend, dem letzteren Vorschläge über die erforderlichen Maßregeln unterbreiten sollte.

Es war sonst die Gewohnheit der Versammlung gewesen, sich in der Erledigung der laufenden Angelegenheiten nicht eben zu übereilen, allein jetzt veranlaßte der Drang der Umstände eine wahrhaft fieberhafte Thätigkeit. Schon am nächsten Tage,

dem 1. März, hatte man es im Thurn- und Taxis'schen Palais zumege gebracht, mit der ganzen Vergangenheit zu brechen und folgende, von dem preußischen Gesandten verfaßte Proklamation an das deutsche Volk zu erlassen:

„Der deutsche Bundestag als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands wendet sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und an das deutsche Volk.“

„Verfassungsmäßig berufen, für die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Ueberzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werden.“

„Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach außen und die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, sowie die Sicherheit der Personen und des Eigenthums im Innern. Die Geschichte Deutschlands giebt die Belege hierzu, sowie die bitteren Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittert und schwächt und ihr Inneres zerreißt.“

„Mögen diese theuer erkauften Erfahrungen in der bewegten Gegenwart unvergeßlich sein und während der stürmischen Zukunft benützt werden, die möglicherweise Deutschland nicht ferne steht.“

„Der deutsche Bundesstaat fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt — und andere Deutsche giebt es nicht — im Namen des gesammten Vaterlandes dringend auf, es möge ein Jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten und die gesetzliche Ordnung nirgends verletzt werde.“

„Der Bundestag wird von seinem Standpunkt aus Alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen, sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen.“

„Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschrittes und der einheitlichen Entwicklung führt dahin.“

„Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuberficht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volkes.“

Auf den ersten Blick mag es befremdlich erscheinen, daß nach alledem, was seit 1815 vorgefallen, der Bundestag den wenig beneidenswerthen Muth besaß, mit einem derartigen Manifeste vor das fieberhaft erregte Volk zu treten, allein eine nähere Betrachtung zeigt, daß der Erlaß dieser Bekanntmachung von einer staatsmännischen Gewandtheit zeugt, wie sie sonst der Versammlung fremd war. Man sah ein, daß ein Widerstand gegen die immer gewaltiger anschwellende Bewegung zur völligen Mißachtung oder sogar Vertreibung des Bundestags führen und die Errichtung irgend einer Volksregierung ermöglichen würde, es war daher ein Gebot der Klugheit, sich der Bewegung anzuschließen, um sie desto sicherer zu leiten. Zudem war von Freiheit in dem Manifeste keine Rede, nur die Einheit Deutschlands wurde fort und fort betont; — man wußte, welche Anziehungskraft gerade dieses Thema auf deutsche Idealpolitiker ausübte.

Immerhin jedoch mußte man bald erkennen, daß die allgemeinen Wendungen, in welchen sich das Manifest bewegte, nicht hinreichten, um den Sturm zu beschwören. Schon in der Sitzung vom 1. März hatten Baden und Württemberg erklärt, ohne Bewilligung der Preßfreiheit sich nicht mehr halten zu können, und dieselbe zugleich provisorisch in beiden Staaten eingeführt. Zwei Tage darauf stellte der Ausschuß den Antrag, jedem deutschen Bundesstaate freizustellen, die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit zu gestatten, jedoch unter Garantien, welche die andern deutschen Bundesstaaten und den ganzen deutschen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellten, und diese Bestimmungen sofort zu veröffentlichen. Gegen die Stimmen Oesterreichs, Hannovers und Kurheffens wurde dieser Antrag zum Beschluß erhoben und damit die erste Bresche in das Reaktionsystem der Karlsbader

und Wiener Beschlüsse gelegt. Am 13. März übergab Preußen den Entwurf eines neuen Preßgesetzes, das trotz der Censuraufhebung, betreffs derer übrigens Preußen schon 1847 Vorschläge gemacht hatte — den Regierungen noch genug Handhaben zur Verfolgung der Presse bot.

Zu gleicher Zeit traf der Bundestag umfassende Sicherheitsmaßregeln. Eine theilweise Mobilmachung der Armee, namentlich des 7. und 8. Bundesarmeecorps, an deren Spitze Prinz Karl von Baiern trat, und des 7. und 8. preußischen Armeecorps wurde angeordnet. Allein auch hiebei drang der neue Zeitgeist siegreich durch; die Truppen trugen schwarz-roth-goldene Kokarden, an den Bundesfestungen und den Siegeln der Bundesbehörden prangte das neuerstandene Bundeswappen, der deutsche Reichsabler, ja, am 9. März ereignete sich das Unglaubliche und Unerhörte, daß von dem Thurn'schen Palais in der Eschenheimer Gasse eine mächtige Fahne in den lange verfolgten Farben schwarz-roth-gold herniederhing.

Allein der Bundestag ging noch weiter; am 8. März war er zu der Ueberzeugung gekommen, „daß eine Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage nothwendig sei“, am 10. beschloß er „sämmtliche Bundesregierungen einzuladen, Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der sieben Stimmen des engeren Rathes eine, alsbald (spätestens bis zu Ende des Monats) mit dem Auftrage hierher abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behufe der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichem Beirathe an die Hand zu gehen“.

Es war dieser Beschluß, dem alsbald von den Regierungen stattgegeben wurde, von weittragenden Folgen, namentlich für den Zusammentritt des Vorparlaments. Die meisten der sieben „Vertrauensmänner“, die in den nächsten Wochen in Frankfurt eintrafen, gehörten der bisherigen liberalen Opposition an und bildeten, als zu Ende des Monats das Vorparlament zusammentam, eine Schutzwehr gegen jene Radikalen, welche unter Niederwerfung des Bundestages das Vorparlament auf die Bahn des französischen Konvents zu drängen suchten. Sie ver-

mittelten ferner hauptsächlich den Verkehr mit jener revolutionären Versammlung, welche wenig Neigung zeigte, sich um die Wünsche des Bundestages zu kümmern.

Die Namen der Vertrauensmänner waren Professor Dahlmann (Preußen), Kirchgessner (Baiern), von Schmerling und Freiherr von Sommaruga (Oesterreich), Todt (Sachsen), Uhland (Württemberg), Professor Zacharia (Hannover), Bassermann (Baden), Langen (Hessen-Darmstadt), Wippermann, dann Bergk (Kurhessen), Wilmar (Luxemburg), von der Gabelenz und Luther (sächsische Herzogthümer), Stever (Mecklenburg), Professor Albrecht (Oldenburg), Jaup und Petri (Kleinstaaten der 16. Stimme), Professor Gervinus (freie Städte).

Noch immer aber war das eigentliche System der Reaktion nicht gebrochen, bestanden die „provisorischen“ Ausnahmegeetze in Kraft. Erst am 23. März beantragte die freie Stadt Frankfurt die Aufhebung sämtlicher seit 1819 erlassenen Ordnungen. Es kostete einige Zeit, bis sich der Bundestag auch zu diesem schweren Schritte entschloß; zunächst überwies er die Angelegenheit einem Ausschuß, und zwar gerade jener Kommission, welche, in Folge des Artikels 28 der Wiener Schlußakte gebildet, den Auftrag hatte, die Vollziehung eben jener Ausnahmegeetze zu überwachen. Erst als bereits das Vorparlament zusammengetreten war und seine dritte Sitzung abhielt, am 2. April, beschloß die Bundesversammlung: „daß die gedachten, beanstandeten Ausnahmebeschlüsse für sämtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin bereits als völlig beseitigt zu betrachten, und wo es noch erforderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seien“.

Damit erst hatte sich der Sieg der Revolution endgültig entschieden, die Reaktion, die 33 Jahre auf Deutschland gelastet, war gebrochen.





### III. Abschnitt:

## Die Märzbewegung in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

#### 1.

#### Der Februar und März in Baiern.

**D**er Sturm, der von den Pariser Barrikaden über den Rhein herüber zog, fand in Baiern bereits durch vorhergegangene Ereignisse das Vertrauen zu der Staatsleitung auf das Tiefste erschüttert.

Das Land erfreute sich einer verhältnißmäßig freisinnigen Verfassung, die ihm sein erster König, der frühere Rheinbundsfürst, Maximilian Joseph am 26. Mai 1818 verliehen. Gleich in der Einleitung enthielt dieses Blatt Papier die Zusicherung der „Freiheit der Meinungen, mit gesetzlichen Beschränkungen gegen den Mißbrauch“, es versprach (IV, § 11) sogar eine Art Preßfreiheit, die jedoch bald genug beschnitten wurde, es bestimmte endlich den Zusammentritt einer „Ständeversammlung“, die aus zwei Kammern bestehen sollte. Die erste derselben war die „Kammer der Reichsräthe“, gebildet aus den Prinzen, den Häuptern des Hochadels, den Spitzen der Geistlichkeit und bestimmten, vom Könige berufenen Personen, die zweite setzte sich zur Hälfte aus den Vertretern der nichtadeligen Landeigentümer zusammen; das dritte Viertel bildeten die Repräsentanten der

Städte und Märkte, in das letzte theilten sich der grundbesitzende Adel und die Geislichkeit. Außerdem entsandten die drei Landesuniversitäten je ein Mitglied.

Ohne Zustimmung der Stände durfte kein neues Gesetz, welches bisher bestandene Freiheiten der Person und des Eigenthums angriff, erlassen, noch neue Steuern eingeführt bezw. alte erhöht werden. Eine genaue Nachweisung des Staatshaushaltes sollte den Kammern vorgelegt werden; auch stand denselben das Recht zu, sich mit Anträgen an den König zu wenden, und ihr Zusammentritt mußte spätestens alle drei Jahre erfolgen.

Diese verhältnißmäßig bedeutenden Rechte hätten, von energischen Volksvertretern ausgenutzt, zum mindesten dazu hingereicht, das bairische Staatsleben vor einer völligen Verfälschung zu bewahren; aber es geschah nichts dergleichen. — Hatte die Kammer auch anfangs einige Versuche zur Opposition gemacht, so verfiel sie in den dreißiger und zumal den vierziger Jahren in eine völlige Schläffheit; durch Urlaubsverweigerung, welche den Staatsbeamten die Erfüllung ihrer Abgeordnetenpflicht unmöglich machte, durch Maßregelungen aller Art suchte die Regierung dies zu fördern, und zwar mit solchem Erfolge, daß sogar die nie ganz aufgeklärte, jedenfalls völlig ungesekliche Ausleihung von Staatsgeldern an den bairischen Griechenkönig zwar viel Lärm, aber keinen ernstlichen Widerstand hervorrief.

Unerwartet war König Max Joseph 1825 in Nymphenburg einem Schlagfluß erlegen; sein Sohn, der bei Lebzeiten des Vaters stets mit diesem im Streit gelegen hatte, bestieg als Ludwig I. am 13. Oktober den Thron. Der neue Herrscher war, wie sich bald zeigte, vom Geiste der heiligen Allianz durchdrungen und legte eine romantische Vorliebe für ein verschwommenes „Teutschthum“ an den Tag.

Kunst und Wissenschaften förderte er eifrig und war selber Künstler, und zumal Dichter; er schrieb und veröffentlichte Poesien, deren Qualität allerdings durch das geflügelte Wort des Wigbolds Saphir vom „Wasserdichter“ genugsam gekennzeichnet worden ist. Für die Regierung zeigte der Herrscher wohlwollende Grundsätze, aber kein sonderliches Interesse; größtentheils überließ er dieselbe seinen Ministern, zumal seitdem letztere, vom

Oktober 1837 ab, aus Abel, Graf Seinsheim und Genossen bestanden. Bis dahin hatte, seit dem zu Anfang 1831 aus Anlaß eines neuen Censuredikts erfolgten Rücktritte des Ministeriums Schenk, Fürst Ludwig von Dettingen-Wallerstein in liberalem Sinne die Geschicke Baierns gelenkt, das heißt im wesentlichen einen hoffnungslosen Kampf gegen die klerikale Partei geführt, der er schließlich unterlag.

Schon unter seiner Amtsführung war die Demagogenverfolgung zu hoher Blüthe gelangt, so daß Dr. Eisenmann, der spätere Abgeordnete der Paulskirche, der Bürgermeister Behr u. A. ihre freie Gesinnung durch langjährige Kerkerhaft büßten, und, als Spezialität Baierns, die kniefällige Abbitte vor dem Bilde des Königs eingeführt wurde; jetzt aber arbeitete mit der Reaktion, die hier in gleicher Weise wie in den anderen deutschen Staaten auftrat, auch noch jesuitische Klugheit und Glaubenswuth an der Unterdrückung jeder Geistesregung; zwar die Heerschaar Jesu selbst war aus Baiern wie aus den meisten Staaten verbannt, allein ihr Ableger, die Redemptoristen, blühte seit dem Ausgang der dreißiger Jahre kräftig empor, so daß das Königreich bis 1847 nicht weniger als 132 Klöster zählte. So mächtig war dieser Zug der Zeit, daß selbst ein einst gefürchteter Freigeist, der alte Görres, sich offen der ultramontan-demokratischen Bewegung angeschlossen und dieselbe in seinen „Historisch-politischen Blättern“ vertrat. Die Staatsschuld war im selben Jahre auf über 127 Millionen Gulden gewachsen. Im übrigen jedoch muß man dem Ministerium Abel das Gute lassen, daß es kräftig und charaktervoll auftrat, eine Eigenschaft, durch die es binnen kurzem nicht nur das Land, sondern auch den König unbedingt beherrschte, bis ein ganz unerwartetes Ereigniß störend dazwischen trat.

Wie in anderen Staaten, so stand auch an dem Hofe König Ludwigs von jeher das Maitreffenwesen in Blüthe. Die klerikalen Berather des Herrschers waren viel zu klug, als daß sie gegen diese menschliche Schwäche ihres Gebieters Einsprache erhoben hätten; zudem waren bisher alle von der Gunst des Monarchen Ausersehenen theils ganz unbedeutende Persönlichkeiten, theils Werkzeuge in der Hand der Ultramontanen gewesen.

Dies Alles aber wurde mit einem Schlage anders, als im October 1846 die fahrende Tänzerin Sola Montez in der bairischen Hauptstadt erschien und binnen kurzem den alternden König völlig unter ihre Herrschaft zu bringen wußte.

Es kann nicht im Zwecke und Sinne dieser Zeilen liegen, länger als unbedingt nöthig bei den zahlreichen mehr oder minder anstößigen Abenteuern zu verweilen, deren Schauplatz München in der nächsten Zeit wurde, und die in Hülle und Fülle bei mehreren Chronisten, namentlich mit besonderem Behagen auch bei Scherr, erzählt sind; nur so viel sei erwähnt, daß die Montez, wahrscheinlich von kreolisch-irischer Abstammung, in England erzogen und, wie es scheint, in Indien ihrem Manne, einem englischen Kapitan, entlaufen war, um in verschiedenen Hauptstädten Europas ein Wanderleben zu führen, während dessen sie die Polizei bereits aus Preußen und anderen Staaten ausgewiesen hatte. Außer ihrer faszinirenden, wennschon stark verblühten Schönheit besaß sie verschiedene Eigenschaften, welche sie wesentlich von ihren Vorgängerinnen in der Huld des Königs unterschieden und es ihr ermöglichten, eine so bedeutende Rolle in den Geschicken Baierns zu spielen. Eigentlich geldgierig war sie nicht zu nennen, obgleich sie sich den Reichthum, mit dem ihr königlicher Freund sie umgab, gern gefallen ließ, dagegen zeigte sie eine ausgesprochene Herrschsucht, sehr deutliche Sympathieen und Antipathieen, unter welch letzteren namentlich ein grimmiger Haß gegen die Jesuiten hervorstach, einen bedeutenden Witz und Verstand und einen für ein Weib ungewöhnlichen persönlichen Muth, der sie veranlaßte, sich in München mehrfach einer offenbaren Lebensgefahr auszusetzen. Rechnet man hierzu noch das geheimnißvolle romantische Dunkel, welches über der Herkunft und Vergangenheit der Tänzerin lag, und ihr von Uebermuth und Abenteuerlust pritelndes Wesen, so wird man den Zauber begreiflich finden, den die angebliche Sennora Maria Dolores Porris y Montez wie auf so viele Andere, so auch auf den Baiernkönig ausübte.

Anfangs zwar enthielt sich dieselbe jeder Einmischung in die Regierungsverhältnisse, sie verbat sich sogar die weitere Zusendung von Bittschriften, die — bezeichnend genug — in Menge bei

der königlichen Maitresse einliefen, und vergnügte sich mit einer Art von Leibgarde, die sich, aus jungen Offizieren, Schauspielern, Studenten u. s. w. bestehend, um sie geschaart hatte. Bald jedoch änderte sich dies. Sie hielt es ihrer neuen Stellung für schuldig, den Eintritt in die Gesellschaft zu verlangen, doch ohne Erfolg. Unerbittlich verschlossen ihr die abligen Kreise, und ebenso die öffentlichen Vereinigungen, der Kunstverein, die Museums-gesellschaft u. A. die Thüre, obgleich der König — unglaublich aber wahr — sich persönlich für sie verwandte, selbst mehrfach an hochgestellte Offiziere und Beamte die Aufforderung ergehen ließ, sich in den Salons seiner Freundin zu zeigen.

In dieser Verlegenheit schien nur ein Mittel übrig: der König mußte die Montez, um sie gesellschaftsfähig zu machen, in den Adelsstand erheben, und nach vielen Bemühungen setzte sie auch wirklich ihre Bitte durch.

Diese geplante Beförderung der Tänzerin zur Gräfin Landsfeld brachte den Konflikt mit dem Ministerium, dessen Leiter, Herr von Abel, bereits in hohem Maße durch eine im Januar 1847 erfolgte Maßregel gereizt war, mittels welcher man das Ressort des Kirchen- und Unterrichtswesens ihm entzogen und einem besondern Minister unterstellt hatte. Kurz und bündig verweigerte er mit seinen Collegen ihre Unterschrift zu dem königlichen Dekrete zu geben, durch welches der Spanierin vor der Erhebung in den Adelsstand erst das bairische Indigenat verliehen werden mußte. Am 13. Februar 1847 richteten die Minister ihr Ultimatum in Form einer geharnischten Denkschrift an den Monarchen, in welcher sie nach allen möglichen versteckten Drohungen mit dem Zorn des Fürstbischofs von Breslau, dem Spotte der „Ulmer Chronik“, dem Frohlocken der Uebelgefiniten, um ihren Abschied nachsuchten<sup>1</sup>, der ihnen alsbald bewilligt wurde.

Am 8. Februar hatte, wie auch in dem erwähnten Dokumente berichtet wird, ein Herr von Maurer „die bewußte Indigenatsverleihung als die größte Kalamität, die über Baiern

<sup>1</sup> Das Schriftstück sollte geheim bleiben, kam aber durch eine Intrigue zu allgemeiner Kenntniß. Das Nähere bei Scherr, I, 106. Der Wortlaut des Dokuments bei Würth, I, 477.

kommen könne", laut und öffentlich in der Staatsrathssitzung bezeichnet, doch konnte ihn dies als gewiegten Diplomaten nicht hindern, alsbald nach Abels Sturze der Aufforderung des Königs folgend an die Spitze des neuen Ministeriums zu treten und mit seinen Genossen von Benetti, Frhr. zu Rhein u. A. die Indigenatserklärung gegenzuzeichnen. Eine schlimme Zeit der Verfolgung brach jetzt über die Klerikale Partei, die ein Jahrzehnt unumschränkt geherrscht, herein. Besonderes Aufsehen und große Erbitterung rief namentlich die Amtsenthebung des Professors v. Casault, eines Neffen von Görres, hervor, der im akademischen Senate beantragt hatte, dem Ministerium Abel eine Anerkennung seines Verhaltens auszusprechen. Aus Anlaß dieser Maßregel fanden am 1. März 1847 die ersten Studentenunruhen vor dem Hause der Montez statt. Während dieses Skandals begab sich der König mitten durch die dichtgedrängte Menschenmenge in die Wohnung seiner Geliebten und verließ dieselbe in der gleichen Weise, ohne sich um die nichts weniger als ehrfurchtsvollen Zurufe, die ihn von allen Seiten verfolgten, im Mindesten zu kümmern.

Bis zum Herbst ging nun Alles in ziemlicher Ordnung, dann aber zeigte der am 20. September 1847 zusammenberufene außerordentliche Landtag, der eigentlich nur ein Eisenbahnanlehen bewilligen sollte, eine solch renitente Haltung gegen die Finanz- und Wirtschafswirtschaft des Königs, und das Ministerium Maurer bewies eine solche Unfähigkeit, daß dasselbe sofort nach dem Schlusse des Landtages, am 30. November, in corpore seinen Laufpaß erhielt.

Das nunmehr mit der Regierung betraute „spanische“ Ministerium war seltsam zusammengesetzt; an der Spitze stand ein Mann, wie der Fürst von Dettingen-Wallerstein, von dem man unmöglich annehmen konnte, daß er sich zum Schleppträger der Gräfin Landsfeld erniedrigen würde. Er hatte vielmehr, wie es scheint, thatsächlich jetzt nach dem Sturze der Klerikalen und des Ministeriums Maurer die Zeit für gekommen gehalten, um seinen liberalen Ideen Eingang zu verschaffen. Die eigentliche Seele des Ministeriums aber war der Herr von Bercks, ein erklärter Anhänger der Spanierin.

Die Aufregung steigerte sich jetzt mehr und mehr, trotzdem die neuen Berather des Königs eine Reihe von Reformen, namentlich ein höchst freisinniges Preßgesetz erließen, welches die Censur nur mehr für Gegenstände der äußeren Politik, für das Gesetz übertretende Artikel und Angriffe auf die Ehre von Privatpersonen bestehen ließ. Die Liberalen zeigten sich nicht geneigt, das herrschende Ministerium, obwohl es aus ihren Kreisen hervorgegangen, zu unterstützen, so lange es solchen Einflüssen dienstbar blieb, und die zurückgedrängten Klerikalen und Reaktionäre warteten nur auf eine passende Gelegenheit, um sich von Neuem des Staatsruders zu bemächtigen.

Bald fand sich eine solche, und zwar in Gestalt von Konflikten, die innerhalb der Münchener Studentenschaft ausbrachen. Etliche Mitglieder der Landsmannschaft Palatia, die im Hause der Tänzerin verkehrten, waren in Folge dessen von ihrer Verbindung ausgestoßen worden und hatten für sich ein neues Corps, die Alemannia, gebildet, das alsbald in schroffen Gegensatz zu den übrigen fünf Verbindungen und der gesammten Studentenschaft trat, dafür aber vom König und seiner Maitresse in jeder Weise protegirt wurde.

Bald nachdem die neue Verbindung am 17. Januar 1848 ihren Eröffnungskommers in Anwesenheit des Ministerverweisers von Berck gehalten, kam der Zorn der übrigen Studentenschaft beim Begräbniß des in diesen Tagen gestorbenen Görres zum Ausbruch und äußerte sich in heftigen Tumulten.

Dies war am 3. Februar geschehen; die in den folgenden Tagen bekannt gewordene Aeußerung der Tänzerin: „Wenn das sich nicht ändert, werde ich machen, daß die Universität geschlossen wird!“ steigerte die Erregung in einer Weise, daß es am 7. Februar nur mit Mühe dem Rektor Thiersch und dem Fürsten Wallerstein gelang, die in der Aula versammelte Studentenschaft von Erzeffen, namentlich gegen die verhassten Alemannen, zurückzuhalten. Am Abend lösten sich sämmtliche Landsmannschaften auf, um nicht auf gleicher Stufe wie jene Verbindung zu stehen.

Der folgende Tag verlief in ähnlicher Weise; wo man die rothen Mützen der Alemannen erblickte, wurden diese letzteren mit

Schreien, Pfeifen und Schmähungen empfangen, bis endlich am 9. ein Mitglied der Verbindung, ein Graf Hirschberg, der schon zwei Tage zuvor einem Studenten in das Gesicht geschlagen, von Wuth ergriffen einen Dolchstoß nach einem der Umstehenden führte. Zwar verfehlte die Waffe ihr Ziel, aber die Erbitterung der Studentenschaft siegte jetzt über die bisherige Mäßigung; nur mit größter Mühe gelang es dem Rektor, zu welchem sich schon zuvor eine Deputation der Memannen beschwerdeführend begeben hatte, und den herbeigeeilten Gendarmen, den Grafen Hirschberg mit seinen Genossen der Menge zu entziehen und in ein Kaffeehaus zu retten.

Zugleich war Lola Montez selbst, die sich, um ihre Freunde besorgt, mitten in den Tumult hineingewagt hatte, vom Volke erkannt und insultirt worden; sie mußte sich, von einigen Bürgern umringt, in die Theatinerkirche, von dort unter starker Gendarmeriebedeckung nach der Residenz flüchten.

Die gesammte Garnison trat nun unter Waffen; der schon Tags zuvor gefaßte Beschluß, die Universität zu suspendiren, wurde dem Rektor bekannt gemacht und von diesem den Studenten, die in Masse bei ihm um die Ausschließung der Memannen von der Hochschule petitionirten, mitgetheilt. Fast wäre es hier noch zum Kampfe gekommen, da plötzlich eine Abtheilung Reiterei auf dem Universitätsplatze erschien und die Studenten sich bereits mit Bänken und Aehnlichem zu bewaffnen begannen; doch zogen sich die Kürassiere auf Zureden des Rektors zurück und Alles ging ruhig auseinander.

Als jedoch am folgenden Tage, dem 10., ein Anschlag an dem schwarzen Brett nicht nur die Schließung der Hochschule bis zum Wintersemester verkündete, sondern auch den nicht aus München gebürtigen Studenten aufgab, innerhalb 24 Stunden die Hauptstadt zu verlassen, ein Befehl, dem die meisten aus Mangel an Reisegeld überhaupt nicht nachkommen konnten, da war die unzerreißbar scheinende Geduld nicht nur bei den Studenten, sondern auch bei der vielfach auf die Universität angewiesenen Bürgerschaft zu Ende, zumal nachdem eine von Hauptmann Bauer geführte Gendarmerie-Abtheilung einen ganz unmotivirten Bajonettangriff auf die vor der Wohnung des

Fürsten Wallerstein versammelten Studenten gemacht und einige derselben verwundet hatte.

Ganz München gerieth in Bewegung; der akademische Senat hielt eine Sitzung ab, die Magistratscollegien traten zusammen, die Bürgerschaft versammelte sich im Rathhaus und zog gegen vier Uhr Nachmittags mehr als zweitausend Köpfe stark und von einer gewaltigen Menschenmenge umgeben, nach dem Schlosse.

Anfangs schien König Ludwig wenig geneigt, auf die Sturmpetition einzugehen; allein als gegen Abend die Aufregung wuchs und bereits in der Barerstraße, wo das Haus der Spanierin stand, bedenkliche Anzeichen des Volkszornes hervortraten, erkannte er, daß er die Geduld seiner Unterthanen überschätzt, und erließ um 10 Uhr Nachts folgende, selbstverfaßte Proklamation:

„Jezo, da die Bürger sich ruhig zurückbegeben haben, ist's Mein Vorhaben, daß statt erst mit dem Wintersemester bereits mit dem Sommersemester die Univerſität wieder geöffnet werde, wenn bis dahin Münchens Einwohner sich zu Meiner Zufriedenheit benehmen. Das Wohl der Bürger liegt Mir am Herzen; das bewies ich seit mehr denn 22 Jahren.“

„Ludwig.“

Mit diesem klassischen Schriftstück goß jedoch der König nur Del ins Feuer und überzeugte sein Volk, daß es nur entschlossen aufzutreten brauche, um seinen Willen durchzusetzen. Schon am frühen Morgen des 11. trat die Bürgerschaft und der Senat von Neuem zusammen und kühner geworden durch die Erfahrungen des vorhergegangenen Tages forderten die an den Minister von Bercks entsandten Deputationen nunmehr nicht bloß die sofortige Wiedereröffnung der Univerſität und die Ausschließung der Aemannen, sondern auch die Entfernung der Urheberin alles dieses Unglücks aus der Residenz.

Das war ein schwerer Schlag für den König, welcher mit einer wahrhaft blinden Liebe an der Spanierin hing, allein es blieb ihm Angesichts der immer drohender werdenden Haltung der Volksmassen keine Wahl; Lola Montez erhielt den Befehl, innerhalb einer Stunde München zu verlassen und leistete demselben auch Folge; es war die höchste Zeit, denn bereits war

die Aufregung des Volkes zu einer Höhe gediehen, daß dasselbe, sobald es den Reifewagen der Tänzerin zu Gesicht bekam, eine förmliche Jagd auf denselben machte. Nur der Geistesgegenwart ihres Kutschers, der die Pferde zum schärfsten Lauf antrieb und unermüthet bald diese bald jene Querststraße einschlug, dankte es die Verfolgte, daß sie glücklich das Thor erreichte und ihre Flucht nach Lindau fortsetzen konnte. Einige Memannen und zwei Polizeioffizianten begleiteten sie auf der Reise, während welcher, einen Auslauf in Rempten ausgenommen, keine weiteren Unruhen stattfanden. Später begab sie sich in die Schweiz, kehrte jedoch noch mehrfach insgeheim und in Verkleidungen nach München zurück. Dort hatte kurz nach ihrer Abreise das Volk ihr berühmtes Haus in der Barerstraße gestürmt und theilweise demolirt; ein großes Packet Bittschriften, welches man in einem der Gemächer entdeckte, ging zur peinlichsten Uebersichtung der Verfasser, unter denen sich bekannte Persönlichkeiten befanden, von Hand zu Hand.

Als um halb elf Uhr Vormittags an diesem Tage der Fürst von Wallerstein im Beisein des Ministeriums auf dem Rathhause verkündete, die Gräfin Landsfeld habe München verlassen, die Memannia sei ausgewiesen und künftigen Montag solle die Hochschule wieder eröffnet werden, war der Jubel groß. In dichtgedrängten Schaaren zogen die biedereren Münchener nach dem Franz-Josephsplatz und brachten ihrem Landesvater, der am Fenster der Residenz erschien, ein stürmisches Hoch.

Allein trotz aller Freude ließen die Ereignisse dieser Tage einen Stachel im Herzen des Baiernvolkes zurück; die alte Gemüthlichkeit war dahin und eine gespannte, aufgeregte Stimmung trat an ihre Stelle.

In einer solchen Verfassung erhielt die Hauptstadt die Kunde von den Pariser Februar-Ereignissen. Die Wirkung war dieselbe wie überall in Deutschland; das anfängliche Erstaunen wich alsbald einer wachsenden Erregung — man begann die Zeitungen laut in den Kaffeehäusern vorzulesen, aufgeregte Gruppen besprachen auf der Straße die Lage der Dinge, schüchtern erst, dann immer bestimmter tauchten die Forderungen des Volkes auf und steigerten sich bei jeder Wiederholung.

Am 2. März kam die Bewegung zum Ausbruch; schon am Morgen forderten zahlreiche Plakate zur Absetzung des Ministers von Bercks auf, am Abend wurde dem Präsidenten des Kabinetts, der eben im Begriffe stand, einen vierwöchentlichen Urlaub anzutreten, eine großartige Raketenmusik ausgebracht; bald genügte auch dies der Menge nicht mehr; sie schritt zu Thätlichkeiten, warf, obgleich eine starke Militärabtheilung aufmarschirte, sämtliche Fenster der im Damenstift befindlichen Wohnung des Ministers ein, machte dann vor dem Ministerium des Innern, dem Ständehaus und dem Residenz-Neubau ihrem Zorne in gleicher Weise Luft, stürmte eine Gendarmeriewache und versuchte einige Waffenläden zu plündern. An verschiedenen Punkten erscholl der Ruf: „es lebe die Republik!“ selbst mit dem Barrikadenbau wurde begonnen, so daß gegen 10 Uhr Nachts Generalmarsch geschlagen wurde und das Militär mit gefälltem Bajonett ausrückte. Doch kam es nirgends zu wirklichen Zusammenstößen.

Am folgenden Tage, dem 3. März, griff die Bewegung um sich; eine mit Tausenden von Unterschriften bedeckte Adresse der Münchener Bürgerschaft und dergleichen eine der Hochschule wurde dem König überreicht, der sich daraufhin veranlaßt sah, gegen Abend theilweise nachzugeben. Ein Dekret veröffentlichte die Auflösung der Kammer der Abgeordneten, die sofortige Vorname von Neuwahlen und die Einberufung des Landtags auf den 31. Mai.

Allein damit gab sich die Bevölkerung noch lange nicht zufrieden; am 4. März schien ein ernstlicher Kampf in Aussicht zu stehen; die Garnison war ausgerückt, ein Chevaulegersregiment und andere Truppen eilends nach der Hauptstadt beordert, eine große Menge Bürger, unzufrieden über die zu weit hinausgeschobene Einberufung der Stände, umlagerte das Schloß und entsandte Abordnungen zum König, der, seinerseits in den Garnisch gerathend, seine sämtlichen bisherigen Verheißungen zurückzunehmen erklärte.

Nun aber traf die Nachricht ein, daß das „Volk“ sich inzwischen kurz entschlossen und das am Unger gelegene Zeughaus gestürmt habe. Alles stürzte jetzt dorthin, um nicht den Proletariern allein die Waffen zu überlassen, und alsbald eilten

Tausende von Bürgern, Studenten und Künstlern, Musketen, Säbel und andere Mordwerkzeuge schwingend, jubelnd und schreiend durch die Straßen. Das Militär verhielt sich ziemlich passiv, so sehr auch Fürst Brede zu entschlossenen Maßregeln drängte; die hie und da ertönenden Schüsse rührten nicht von den Truppen her, sondern kamen aus den dem Zeughause vom Volk entnommenen Gewehren. Dieses Freudenfeuern war um so gefährlicher, als bereits in vielen Dörfern der Nachbarschaft die Bauern bewaffnet bereit standen, um auf den ersten Schuß hin in die Stadt zu ziehen.

Inmitten dieses allgemeinen Tumultes erschien um vier Uhr Nachmittags der Prinz Karl zu Pferde auf den Straßen, forderte zur Ruhe auf und verbürgte sich mit seinem Ehrenwort, daß die Stände schon am 16. März einberufen werden sollten. Ein bald darauf erschienener Anschlag des Magistrats bestätigte diesen Entschluß des Königs. Damit war das Volk zunächst zufriedengestellt und die Nacht verging ruhig.

Schon am nächsten Tage, dem 5., jedoch fand eine äußerst stürmische Volksversammlung im Rathhause statt, deren Verhandlungen sich hauptsächlich um die Entfernung der von auswärts herbeigezogenen Truppen, um die Preßfreiheit und Gleichberechtigung der Konfessionen drehte. Den Mittelpunkt des Volkszornes bildete jetzt der Fürst Brede, der nur mit Mühe vor Thätlichkeiten des Volkes bewahrt werden konnte; zahlreiche Adressen aus den Provinzialstädten trafen ein; am Abend erschien der Kronprinz in der Hauptstadt.

Unheildrohend brach der 6. März an, als eine gegen Mittag erschienene königliche Proklamation die bisherige Aufregung in unermesslichen Jubel verwandelte; alle Volkswünsche waren darin bewilligt, auch die Ministerverantwortlichkeit und die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung, die wirklich auch am Nachmittage bereits stattfand. Außerdem erklärte der König darin mit schwunghaften Worten seine Begeisterung für die deutsche Sache, seinen Stolz „ein deutscher Mann zu sein!“ Mit den Worten: „Alles für Mein Volk! — Alles für Deutschland!“ schloß das Manifest.

Gleichzeitig verbreitete sich das Gerücht, daß der höchst populäre Bürgermeister von Regensburg, Herr von Thon-Dittmer,

in das Ministerium, aus dem Bercks bereits verschwunden war, berufen worden sei, und erhöhte die Freude. Man sammelte Geld für die Armen, schmückte die Häuser festlich aus und veranstaltete Abends eine Illumination. Die Studenten und Künstler schlossen sich in den nächsten Tagen zu bewaffneten Corps zusammen.

Alein alsbald wurde die Feststimmung getrübt durch das abermalige Erscheinen der Gräfin Landsfeld. In Männerkleidern hatte sich die Abenteurerin in der Nacht vom 9. zum 10. März nochmals in das Schloß ihres königlichen Freundes gewagt, war aber erkannt und genöthigt worden, eilends die Hauptstadt wieder zu verlassen. Zu gleicher Zeit wurde Fürst Dettingen-Wallerstein ganz plötzlich und, wie aus einer von ihm veröffentlichten Erklärung hervorging, gegen seinen Wunsch seiner Stellung enthoben; an seinen Platz trat der aus Karlsruhe herbeigerufene Graf Waldbirch.

Binnen kurzem nahm die Lage einen noch drohenden Charakter an als zuvor; in Oberfranken erhoben sich die Bauern, plünderten die Judenhäuser und verübten Thätlichkeiten gegen die adeligen Gutsherren, von denen mehrere schwer verwundet wurden; in München aber hielten sich die Gerüchte von der Anwesenheit der Gräfin Landsfeld fest und gaben Anlaß zu erneuten Krawallen. Wie man behauptete, befand sich die Spanierin in dem eine Stunde von der Hauptstadt entfernten Schlosse Fürstenried, von wo sie durch eine bewaffnete Schaar verjagt werden sollte. In höchster Aufregung begann jetzt das Volk in der Residenz selbst alle diejenigen Häuser zu durchsuchen, deren Besitzer der Tänzerin möglicherweise hätten Aufnahme gewähren können, und endete damit, daß es — aus welchen Gründen, ist nie ganz klar geworden — am Abend des 16. das Polizeigebäude stürmte und im Inneren alles kurz und klein schlug.

Alle bisher erlassenen Beschwichtigungsversuche waren fruchtlos geblieben; jetzt erfolgte, am 17. März, ein königliches Dekret, welches der Gräfin Landsberg das bairische Indigenat entzog, und im Anschluß daran folgende Proklamation: „In Anbetracht, daß die Gräfin von Landsfeld, welche laut Allerhöchster Entscheidung Sr. Majestät des Königs vom Heutigen aufgehört

hat, das bairische Indigenat zu besitzen, ihre Versuche nicht aufgibt, die Ruhe der Hauptstadt und des ganzen Landes zu stören, sind unterm Heutigen alle Gerichts- und Polizeibehörden des Königreiches angewiesen worden, auf besagte Gräfin zu fahnden, sie überall, wo man sie finden mag, zu Haft zu bringen und auf die nächste Festung zu verschaffen, um sie sofort der richterlichen Untersuchung zu überweisen." Was sie eigentlich von ihrem Standpunkte aus verbrochen hatte, darüber sprach sich der Polizeibefehl nicht aus; es wäre schwer gewesen, ihr irgend eine strafbare Handlung nachzuweisen, ohne zugleich den König als ihren willenlosen Sklaven hinzustellen. Doch kam es nicht so weit; Lola Montez verschwand nunmehr wirklich und auf Nimmerwiedersehen. Noch Jahre lang setzte sie bekanntlich ihr abenteuerndes Leben in verschiedenen Welttheilen fort, bis sie 1861 verlassen in einem Krankenhause zu New-York ihr vielbewegtes Dasein beschloß. Auch die Alemannia, die sich anfangs nach Leipzig gewandt hatte, löste sich in der Folge auf, und damit erreichte eine der tollsten Tragikomödien des tollen Jahres ihr Ende.

Alein noch eine Ueberraschung stand den Münchenern bevor; kaum waren am 16. März die Kammern zusammengetreten, um ihre Arbeiten zu beginnen, da legte, nachdem schon tagelang die Kunde von allen möglichen geplanten Handstreichern umgelaufen war und Alles in größte Aufregung versetzt hatte, in der Nacht vom 20. zum 21. März König Ludwig I. seine Krone nieder. Seine Anschauungen von der Stellung und Aufgabe eines Herrschers waren unvereinbar mit dem, was seit Beginn des Jahres in Baiern und allüberall geschehen war. „Eine neue Richtung hat begonnen“, lauteten seine letzten „Königlichen Worte an die Baiern!“ — „eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher Ich nun im 23. Jahre geherrscht.“

„Ich lege die Krone nieder zu Gunsten Meines geliebten Sohnes, des Kronprinzen Maximilian.“

„Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; als wenn Ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich

mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um. Ich kann Jedem offen in die Augen sehen. Und nun Meinen tiefgefühlten Dank Allen, die Mir anhängen.“

„Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Baiern, für Deutschland.“

„München, den 20. März 1848.“

„Ludwig.“

2.

### Der erste badische Aufstand.

Immer wieder hatten sich während der Jahrzehnte der Reaktion die Blicke aller Gegner des Metternich'schen Systems hoffnungsvoll auf das an der Westgrenze Deutschlands lang hingestreckte Großherzogthum Baden gelenkt, als den einzigen Staat, in dem die liberale Opposition, geleitet von gewandten und entschlossenen Führern, trotz aller Mißerfolge und Enttäuschungen unermüdet den Kampf mit der Reaktion fortsetzte. Es kam viel zusammen, um gerade dem Lande Baden die Durchführung einer solchen Aufgabe zu ermöglichen; vor allem der Wohlstand der Einwohner, der vielen von ihnen eine Beschäftigung mit Politik gestattete, die geographische Lage des an Frankreich und die Schweiz grenzenden Staates und endlich ganz besonders, im Zusammenhang mit letzterem Umstande, der französische Einfluß, der sich stets über den Rhein herüber geltend machte. Es läßt sich nicht leugnen, daß die ganz reine germanische Rasse sich durch die ihr inwohnenden deutschen Erbfehler, die Uneinigkeit und Langsamkeit, wenig zu einer regen politischen Thätigkeit eignet, und ein geringer Zusatz fremden Blutes, sei es gallischen Ursprungs, wie im Westen, oder slawischen, wie im Osten und Nordosten, in dieser Hinsicht vortheilhaft auf sie einwirkt.

Die Geschichte Badens besteht seit dem Jahre 1819 in einem bald heftiger, bald langsamer geführten, zuweilen auch durch Waffenstillstand unterbrochenen Kampfe des Liberalismus mit der Reaktion. In anerkennenswerther Weise haben dabei die Vorkämpfer des Fortschritts, obwohl ihr engeres Vaterland

Baden allein ihr Kampffeld sein konnte, die Sache des gesammten Deutschlands nie aus den Augen verloren; ihre Angriffe richteten sich mehr auf den Bundestag in der Eschenheimer Gasse als gegen die badische Staatsleitung. Dieser letzteren muß andererseits zugestanden werden, daß sie von ihrem Standpunkte aus oft sehr freisinnige Ideen verfolgte, und zu Beginn der dreißiger Jahre sogar zu offenem Widerspruch gegen den Bundestag gelangte, doch waren solche Bemühungen nie von langer Dauer und die überall herrschende Reaktion drang immer wieder siegreich durch.

Am 22. August 1818 hatte der Großherzog Karl von Baden seinem Lande eine Verfassung verliehen, ein Schritt, durch den der sonst absolutistisch gesinnte Herrscher seine Unterthanen enger an das großherzogliche Haus zu fesseln und so den von Baiern geltend gemachten Erbansprüchen entgegenzutreten gedachte. Die Konstitution war nicht freisinniger als irgend eine andere; sie setzte die erste Kammer aus den Prinzen, den Häuptern der standesherrlichen Familien, zwei Geistlichen, acht Abgeordneten des grundherrlichen Adels, zwei Abgeordneten der Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg und 8 vom Großherzog ernannten Personen, die zweite aus 63 Vertretern der Städte und Ämter zusammen. Das aktive Wahlrecht war an keinen Censur gebunden, das passive jedoch mit dem Nachweise eines bestimmten Einkommens verknüpft; hierdurch und durch die Bestimmung, daß die Repräsentanten der Ritterschaft in der ersten Kammer saßen, war es der Opposition hauptsächlich ermöglicht, in der zweiten die Majorität zu erlangen. Die Stände besaßen das Steuer- und Gesetzbewilligungsrecht, die Minister und Beamten waren für die Befolgung der Verfassung verantwortlich.

Im Frühjahr 1819 war die landständische Versammlung zusammengetreten; nachdem sie anfänglich im Einvernehmen mit der Regierung an Reformen aller Art gearbeitet, gelangte schon der zweite Landtag 1823 bei Berathung des Militärbudgets zu einem Konflikt mit dem Ministerium, in Folge dessen im nächsten Jahre die zweite Kammer aufgelöst wurde. Es folgte jetzt ein rascher Niedergang der Opposition, die den Wahlbeeinflussungen der Regierung gegenüber nur wenige Kandidaten

durchzubringen vermochte und in den nächsten Jahren in völlige Ohnmacht versank; als der 1818 auf den Thron gelangte Großherzog Ludwig am 30. März 1830 starb, war die Konstitution in Baden zu demselben Zerrbilde wie in anderen Staaten herabgefunken.

Da der Großherzog unvermählt gestorben war, so folgte ihm sein Halbbruder Leopold in der Regierung. Aus der zweiten Ehe Ludwig Friedrichs mit der Gräfin Hochberg entstammt, hatte er zunächst überhaupt keine Aussicht auf den Thron gehabt und war erst durch einen im Mai 1819 abgeschlossenen Traktat für successionsfähig erklärt worden. Dieser Umstand mag viel dazu beigetragen haben, daß der neue Herrscher mit entschieden freisinnigen Maßregeln und Plänen seine Regierung eröffnete. Der Liberalismus nahm einen erneuten Aufschwung, überall regten sich die Hoffnungen auf eine gänzliche Umgestaltung der Dinge, und so groß war die freudige Erregung, daß selbst die Julirevolution, die so viele deutsche Staaten erschütterte, an Baden fast spurlos vorüberging.

Auf dem im März 1831 von dem Großherzoge persönlich eröffneten Landtage erreichte die liberale Bewegung ihren Höhepunkt; ganz Deutschland blickte mit Theilnahme und Erwartung auf die große Schaar freisinniger und bedeutender Männer, die nicht nur, wie v. Jzstein, v. Rotteck, Welcker, Mittermaier, die zweite Kammer erfüllten, sondern auch in der ersten Gefinnungsgenossen, den Fürsten von Fürstenberg u. A., besaßen.

Die Freude war von kurzer Dauer; zwar kam ein Pressegesetz zu Stande, das, in offenem Widerspruch mit den Grundsätzen des deutschen Bundes, die Presse fast gänzlich freigab und daher nach einem halben Jahre schon vom Bundestag unterdrückt wurde; zwar fanden Welckers Antrag auf Verleihung einer wirklichen Volksvertretung in sämtlichen Bundesstaaten und Rottecks Angriffe gegen die Bundesbeschlüsse lebhaftes Sympathie, allein die Haltung der Regierung wurde zusehends kühler; schon im nächsten Jahre erfolgte eine Reihe strenger Maßnahmen; zwei Zeitungen wurden unterdrückt, die Universität Freiburg geschlossen, die Professoren Rotteck und Welcker in Ruhestand versetzt.

Übermals trat jetzt im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre ein Niedergang des Liberalismus ein; nachdem 1838 der langjährige Staatsminister Winter, der immerhin noch den Schein eines liberalen Systems aufrecht zu halten gewußt hatte, gestorben war, erreichte unter seinem Nachfolger, dem seit 1835 im Ministerium befindlichen Freiherrn von Blittersdorf, die Reaktion ihren Höhepunkt. Die Regierung griff jetzt, um sich die Volksvertretung gefügig zu machen, zu den bekannten, anderwärts schon lange geübten Mitteln, strengem Preßzwang, polizeilichen Verfolgungen, Strafversetzung mißliebiger Beamter und Verweigerung des Urlaubs an solche, welche der Kammer angehörten. Ueber die letztere Maßregel entspann sich zwischen Volksvertretung und Ministerium ein langjähriger Streit, der 1842 zur Auflösung der Kammer führte.

Die Mißstimmung hatte jetzt einen Grad erreicht, daß die Regierung einzulernen beschloß. Blittersdorf trat 1843 aus dem Ministerium aus und ging als Bundestagsgesandter nach Frankfurt, zugleich erhielt der Ende dieses Jahres zusammengetretene Landtag eine Gesetzesvorlage, die die vielfach gewünschte Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Strafprozeßverfahrens und die Trennung der Justiz von der Verwaltung enthielt und mit Freude begrüßt wurde; ein freisinniges Censuredikt war schon einige Jahre früher erlassen worden.

Alein eine völlige Zufriedenheit wurde durch diese Verordnungen nicht erreicht; der Blittersdorfsche Geist lebte in der Staatsverwaltung weiter und verkörperte sich namentlich in der Person des Ministerialdirektors Kettig, der thatsächlich für den konstitutionell gesinnten, aber schwachen Ministerpräsidenten Nebenius die Geschäfte führte. 1846 erreichte der Konflikt wieder einmal einen Höhepunkt; hauptsächlich auf Drängen der ultramontanen Partei, die sich durch einen die freie Religionsübung betreffenden Antrag Zittels geschädigt fühlte, wurde die Kammer aufgelöst; allein sowohl die Regierung als die klerikale Partei hatten sich verrechnet; die liberale Opposition ging neu gestärkt aus den Wahlen hervor.

Die Folgen machten sich in zweierlei Weise fühlbar: einmal lenkte die Regierung wieder ein; Kettig wurde entlassen, der

gemäßigt liberale Beff — der Typus eines Märzministers, ehe noch der März 1848 ins Land gekommen war — in das Kabinet berufen; andererseits begann die Opposition selbst sich zu spalten; von der eigentlichen liberal-konstitutionellen Partei, die durch Welcker, Jhstein, Baffermann und Mathy vertreten wurde, und im folgenden Jahre sich in der zu Heidelberg erschienenen „Deutschen Zeitung“ ein Organ gründete<sup>1</sup>, sonderte sich die Partei der Radikalen und versteckten Republikaner ab. Ihr Haupt war der im ganzen Lande bekannte Mannheimer Advokat Hecker, eine der populärsten Persönlichkeiten des Jahres 1848, der sich durch seine Rednergabe, seine einnehmende Erscheinung und sein frisches entschlossenes Wesen vortrefflich zum Volksführer eignete. Neben ihm waren namentlich die Journalisten von Strube und Fiedler für die Ausbreitung der republikanisch-sozialistischen Ideen thätig.

Schon auf dem Oppositionskongreß, der zu Ende 1846 zu Durlach stattfand, war die Spaltung zwischen beiden Parteien scharf zu Tage getreten, im nächsten Jahre standen sich dieselben bei den Ergänzungswahlen bereits feindlich gegenüber. Die Radikalen hielten im Herbst 1847 zu Offenburg eine Versammlung ab, in der sie die „Forderungen des Volkes“ aufstellten, worunter a. A. auch das ganz sozialistische Verlangen nach „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit“ figurirt. Der französische Einfluß war unverkennbar.

Als am 9. Dezember 1847 der Großherzog die Ständeversammlung eröffnete, war die allgemeine Stimmung erregt und erwartungsvoll; das Gefühl, daß etwas Neues, Besonderes geschehen müsse, herrschte überall, eine Vorahnung der kommenden Dinge schien sich im Lande zu verbreiten.

Aus diesem Gefühle entsprang der Antrag, den am 12. Februar 1848, also zu einer Zeit, wo mit Ausnahme der Münchener Lola-Standale in ganz Deutschland tiefe Ruhe herrschte, der

<sup>1</sup> Die „Deutsche Zeitung“ erschien vom 1. Juli 1847 ab unter der Redaktion der Professoren Serbinus und Häuffer in Heidelberg. Gut geleitet und durch eine ziemliche Preßfreiheit begünstigt, bildet sie eine beachtenswerthe Quelle für die vormärzlichen Zustände und die Märzbewegung selbst.

Abgeordnete Baffermann der zweiten Kammer in zündender Rede darlegte, während am gleichen Tage eine Unzahl von Petitionen aus allen Theilen des Landes einlief<sup>1</sup>.

Die Baffermann'sche Motion, die ganz Deutschland in Erregung versetzte, lautete wie folgt: „die Kammer möge in einer Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen (Nation) Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde“.

Der Gedanke des Antrags an sich war nicht neu; schon 1831 hatte, wie erwähnt, Welcker einen ähnlichen ausgesprochen; aber neu und zündend war die Art und Weise, in der Baffermann seine Motion begründete: „Das einzige Band politischer Einheit ist eine Versammlung zu Frankfurt, die selbst nach 30 Jahren nicht vollbringt, was schon in der ersten Zusammenkunft zu geschehen gelobt war; Thätigkeit im Unterdrücken aller freiheitlichen Regungen, Unthätigkeit im Fördern des Gemeinsamen aller Nationalwünsche und Bedürfnisse, das sind bisher, Niemand kann es leugnen, ihre Hauptcharakterzüge gewesen.“

„Sie, die verfügen will über die theuersten Güter einer Nation, sie weist die Bitten des Volkes zurück, erklärt das Einreichen von Adressen für „eine Anmaßung“, verbietet durch

<sup>1</sup> In einer Reihe dieser Volkswünsche waren bereits die späteren Märzforderungen, wie Preßfreiheit, Schwurgerichte, Vertretung der Nation bei dem Bundestag, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung u. A. m. enthalten; daneben fanden sich Anliegen betreffend die Gewerbeordnung, die Hebung der Volksschule. Eine Reihe weiterer Petitionen bezogen sich auf die heterogensten Dinge, Einführung einer Kapitalsteuer, Beseitigung des Landesgefütts, Errichtung einer Hagelsversicherungsanstalt, Aufhebung des Rheinklotz, Aufhebung der Hundstaxe, „Einschreiten gegen das Staats- und sittenverderbliche Treiben eines Theiles der katholischen Geistlichkeit, besonders der jüngeren“. Ein Abgeordneter beantragte Aufhebung des Jagdrechtes, ein anderer das Verbot der Einlieferung von Leichnamen an die Heidelberger Anatomie, ein dritter (Baffermann), „die Errichtung von Beschäftigungsanstalten für arbeitslose Bürger“, Andere die Abschaffung des Censurunwesens, des Zeitungsverbots u. s. w.

förmlichen Beschluß alle Gesammtpetitionen, die an sie gerichtet werden wollen.“ — Und weiterhin: „Der Geist, der bisher zu Frankfurt gewaltet, führt noch näher zum Rand des Verderbens. Werfen wir einen Blick auf die Thätigkeit der obersten Behörde. Den Produkten des Geistes setzt sie Gewalt entgegen. Sie verbietet Bücher, ohne sie zu kennen. Eine bloße Buchhändleranzeige genügt ihr als Beweis der Gefährlichkeit. Wo der österreichische Gesandte selbst erklärte: «es ist nicht Zeit, das Buch erst kommen zu lassen, stimmen doch alle Gesandten für Unterdrückung». Zeitschriften werden verboten, ehe sie erschienen sind, weil man nach der Abfassung der Ankündigung auf die Gefährlichkeit schließt; ja, Bücher, die noch gar nicht angekündigt, von ihren zukünftigen Verfassern noch gar nicht gedacht sind, werden schon vor ihrer geistigen Geburt vernichtet.“

Noch niemals war die Mißwirthschaft in der Eschenheimer Gasse treffender und schonungsloser in der Oeffentlichkeit angegriffen worden, Niemand konnte die Richtigkeit dieser Ausführungen bestreiten, und ebenso Niemand sich der dunklen Ahnung entziehen, die der Schlußsatz der Wassermann'schen Rede aussprach: „der Weltfriede steht auf zwei Augen. An der Seine wie an der Donau neigen sich die Tage, und nur das Gute und das Rechte sind die unsichtbaren Träger aller Herrschaft“.

Eine lebhafte Debatte folgte den Wassermann'schen Worten, die einen tiefen Eindruck in der ganzen Versammlung gemacht hatten. Vergeblich suchten die Minister von Dusch und später Beck in ihren Erwiderungen denselben abzuschwächen; die Liberalen aller Richtungen, auch Hecker, traten für die Motion ein, deren Grundgedanken Welcker in einer zündenden Rede weiter führte. Lauter Beifall begleitete seine pathetischen Schlußworte: „Die Zeit geht im Sturmschritt vorwärts. Bevor noch an der Frühlingssonne das Eis der Gebirge thaut, wird an der Sonne des Völkerfrühlings das Eis der Reaction zerthauen. Sorgen Sie für Dämme, damit der Strom nicht Felser und Fluren verwüste. — Zertrümmert fast liegt das System der Reaction, die Zeit mehr als unsere Worte unterstützt den Antrag auf Rationalrepräsentation.“

Die Baffermann'sche Motion und die daran sich anschließende Debatte sind von tiefer Bedeutung für die Märzbewegung; durch diesen Antrag wurden — kurz vor der Stunde der Entscheidung, jene über das Reich des Lokalinteresses hinausgehenden Volkswünsche nach Volksvertretung und Gedankenfreiheit formulirt, die in der Folge, überall aufgestellt und bewilligt, das einheitliche Band der deutschen Revolution bildeten.

Es wurde schließlich ein Antrag Schöffels, die Motion drucken zu lassen und in den Abtheilungen zu berathen, mit allen gegen fünf Stimmen angenommen, und die Sache war damit bis auf Weiteres erledigt. Allein die Aufregung blieb bestehen; am 23. Februar kam es, nachdem sich die Kammer inzwischen mit Verwaltungsfragen beschäftigt hatte, bei der Berathung der Censorenbelohnungen zu heftigen Auftritten, und am folgenden Tage beschloß die Majorität, Beschwerde gegen den Präsidenten des Finanzministeriums zu erheben.

Am Nachmittage des 25. und am Morgen des 26. Februar durcheilte die Kunde von den Pariser Vorfällen das badische Land und erzeugte eine unbeschreibliche Aufregung; was vor wenigen Tagen Baffermann vorahnend ausgesprochen, hatte sich erfüllt; schneller, als es irgend Jemand erwarten konnte, hatten sich an der Seine die Tage geneigt; ein großes, erschütterndes Ereigniß war geschehen, ein Ereigniß, das wie kein anderes dazu geschaffen schien, den lähmenden Bann zu lösen, der über den deutschen Ländern lag. Und es konnte nicht zweifelhaft sein, welchem Lande die Durchführung der Bewegung zunächst zufallen mußte. Von Baden, dem französischen Grenzstaate mit seiner lebhaften, fortschrittlich gesinnten Bevölkerung, mußte die Leitung ausgehen.

Ueberraschend schnell entwickelten sich die Dinge. Man fühlte, daß keine Zeit zu verlieren war; schon an diesem Tage forderte Welcker unter dem stürmischen Beifall der Kammer die Regierung auf, sich von dem System der Reaktion loszusagen; am 27. trat das Volk selbst in die Bewegung ein.

Im Aulasaale zu Mannheim kam an jenem Tage um 3 Uhr Nachmittags eine über 2000 Köpfe zählende Versammlung zur Besprechung der Sachlage zusammen. Die Häupter

der „halben“ und der „ganzen“ Liberalen waren fast vollzählig erschienen; die Leitung übernahm, da Hecker nicht anwesend war, von Struve; die von ihm vorgelesene Petition, die die sofortige Volksbewaffnung, unbedingte Pressfreiheit, Schwurgerichte „nach dem Vorbild Englands“ und sofortige Herstellung des deutschen Parlaments forderte, fand den Beifall der Versammelten; sie ging nicht nur nach Karlsruhe ab; nach allen Gegenden Deutschlands wurde diese Zusammenfassung der Volkswünsche verbreitet und überall mit gleichem Enthusiasmus begrüßt. Die gemäßigt Liberalen zeigten auf dieser Versammlung wenig Kraft; über Verwahrungen, Warnungen, Mahnungen kamen sie nicht hinaus<sup>1</sup>.

Zwei Tage darauf fand in Heidelberg eine ähnliche, von Mittermaier geleitete Versammlung statt, die sich in ihrer Petition den Mannheimern anschloß.

Die Regierung hatte inzwischen die Sachlage klar durchschaut und erkannt, daß ein Widerstand wenigstens den gemäßigteren Volkswünschen gegenüber unthunlich sei. Sie machte sofort nach Frankfurt Mittheilung, daß sie zu Concessionen genöthigt sei, und schritt, ohne erst die Antwort des Bundestages abzuwarten, schon am 29. zur Durchführung derselben. Unter lautloser Stille eröffnete der Ministerialpräsident Beck und seine Collegen v. Dusch und Trefurt der Ständekammer, daß die Staatsleitung sich zur Einführung der Bürgerbewaffnung, der Schwurgerichte und zur Aufhebung der Censur entschlossen habe.

Es war dies ein Schritt, den die Regierung nicht umgehen konnte; denn auf den folgenden Tag war das Erscheinen einer Menge von Deputationen, die sämmtlich die Mannheimer Sturmpetition überbringen sollten, zugesagt; durch die schon jetzt erfolgten Bewilligungen wurde diese Manifestation zu einer inhaltslosen gemacht und ihre Gefährlichkeit wesentlich gemindert.

Wirklich strömten am 1. März Tausende von Menschen aus allen Theilen des Landes in Karlsruhe zusammen, dessen Bewohner, wenig von solchem Besuch erbaut, eine sehr kühle

<sup>1</sup> Selbst Bassermann fühlte sich zu dem „undankbaren Amte“ verpflichtet, zur Mäßigung zu mahnen, und rieth bringend zu „besonnener Vorschau“.

Haltung zeigten. Die Hauptzenen spielten sich in der Kammer ab; die Galerien waren überfüllt; eine große Menschenmenge umlagerte das Ständehaus.

Strube, der Sprecher der Abordnungen, verlangte ungestüm, in den Sitzungsaal gelassen zu werden, eine Forderung, gegen die sich der Staatsminister Beck und die gemäßigten Abgeordneten verwahrten. Man einigte sich endlich dahin, daß Strube im Zuhörerraum seinem Freund Hecker die Petition übergab und dieser sie vorläufig an sich nahm. Es folgte eine Reihe von Anträgen und Petitionen; dann die Verkündigung der Wiederherstellung des Preßgesetzes von 1831, endlich ein von Hecker, Brentano und Genossen gestellter Antrag auf weitere Reformen, der einer Kommission zu sofortiger Bearbeitung überwiesen wurde. Das Publikum auf den Galerien und im Hofe war höchst aufgeregte, lärmte und schrie Beifall; auf einem Tische stehend theilte Strube den Außenstehenden den Gang der Verhandlungen mit.

Am folgenden Tage fand, wiederum unter gewaltigem Menschenzudrange, die Berathung der Hecker'schen, von der Kommission mehrfach abgeänderten und erweiterten Anträge statt; nach lebhafter Debatte nahm die Kammer endlich theils einstimmig theils mit allen gegen zwei Stimmen, zwölf Punkte an, in denen sie die Regierung aufforderte, die provisorischen Ausnahmegeetze als nicht mehr rechtsverbindlich für Baden zu betrachten, die Staatsbürger mit Einschluß des Militärs auf die Verfassung zu beeidigen, alle konfessionellen Beschränkungen politischer Rechte aufzuheben, Ministerverantwortlichkeit einzuführen, dem Ministerium die Ermächtigung zur Anstellung von Klagen über Verwaltungshandlungen der Staatsbeamten zu entziehen, die Reste des Feudalwesens, sowie die privilegierten Gerichtsstände zu beseitigen, Anordnungen für gerechte Vertheilung der Staatslasten zu treffen, eine volksthümliche Kreisverwaltung einzuführen, auf eine Vertretung des deutschen Volkes hinzuwirken, eine unabhängige Stellung der Richter zu sichern und endlich als Staatsminister und Bundestagsgesandten nur volksthümliche Männer zu berufen.

Die sonst so ruhige Residenz bot in diesen Tagen ein bewegtes

Bild; große Menschenmassen durchwogten die Straßen, das Militär war zusammengezogen und hielt das Schloß besetzt. Viele Läden und Geschäfte blieben geschlossen. Es war gerechtfertigter Grund zu Besorgniß vorhanden; denn mit den von überall anlangenden Schaaren waren zahlreiche revolutionäre Elemente in die Stadt eingebracht; schon in den Nächten vorher hatten einzelne Haufen unter dem Rufe: „es lebe die Republik!“ „Blut wollen wir saufen“ u. s. w. die Straßen durchzogen; die Polizei nahm seit dem 28. Februar zahlreiche Verhaftungen vor, die in der Folge mehrfache Tumulte veranlaßten, allein sie konnte es nicht hindern, daß am Abend des 2. März im Ministerium des Aeußeren an verschiedenen Stellen gleichzeitig Feuer ausbrach und das Gebäude größtentheils verzehrte. Auch in den folgenden Tagen wurde in mehreren Häusern Brandstiftung versucht.

Die Regierung sah sich zu weiteren Concessionen genöthigt; der Großherzog, der am 3. März ein beruhigendes, in ziemlich allgemeinen Ausdrücken gehaltenes Manifest veröffentlicht und ebenso am Morgen des 4. der Deputation der Kammer, als sie ihm unter einigen Dankesworten den Protokollauszug der Verhandlungen des 2. überreichte, ausweichend geantwortet hatte, ermächtigte am Abend den Minister Beck, dem Präsidenten der II. Kammer die Gewährung sämmtlicher Wünsche mitzutheilen.

Die Regierung blieb auf dem betretenen Wege damit nicht stehen, sondern schritt noch weiter; schon am 7. März ging ein Antrag auf Volksvertretung am Bundestag nach Frankfurt, am 9. wurde eine neue Zusammensetzung des Ministeriums veröffentlicht, aus welchem die unbeliebten Minister Trefurt und Regenauer ausgeschieden waren. An ihre Stelle traten der früher als liberaler Abgeordneter verfolgte Finanzminister Hoffmann und der übrigens schwer erkrankte Justizminister Brunner.

Wenige Tage darauf wurde Welcker zum Bundestagsgesandten, Bassermann zum Vertrauensmann in Frankfurt ernannt. Am 19. erschien ein Dekret, das eine umfassende politische Amnestie verkündete.

Allein dies Alles reichte nicht aus, den entfesselten Sturm zu hemmen. An zahlreichen Orten brachen Judenverfolgungen

aus, obwohl die Mitglieder sämtlicher Parteien Einsprache dagegen erhoben, und die Radikalen agitirten unermüdlich weiter. In der Erkenntniß, daß bis jetzt die Bewegung Badens der Einheit entbehre, erließen eine Anzahl Volksmänner, darunter Hecker, Peter, Strube, Welcker, Jzstein, Soiron u. A., die Aufforderung an alle wahlberechtigten Staatsbürger, sich am 19. um zehn Uhr Vormittags zu einer Volksversammlung in Offenburg einzufinden. Das von Strube entworfene Programm war schon Tags zuvor von den Volksführern besprochen und namentlich die darin enthaltenen Vorschläge über ein Mißtrauensvotum gegen die badische Regierung und über die Gründung der Republik vielfach angefochten worden. Man beschloß endlich in dieser Vorberathung, die Frage der Republik am nächsten Tage nicht zu erörtern<sup>1</sup>.

Die von vielen Tausenden von Menschen besuchte Versammlung, nach deren Schluß, von stürmischem Jubel begrüßt, die Nachricht vom Sturze Metternichs eintraf, nahm mit großer Stimmenmehrheit eine Reihe von Beschlüssen an, welche das Mißtrauen des Volkes gegen den größten Theil der Regierungsbeamten und einige Personen, „welche man mit dem Namen Kamarilla zu bezeichnen pflegt“, sowie die meisten Mitglieder der Kamern aussprachen und, als Bürgschaft zur Begründung einer dauerhaften Freiheit, die Errichtung von „vaterländischen Vereinen“ und leitenden Ausschüssen festsetzten. Außerdem wurde nochmals ein deutsches Parlament, dann die Errichtung einer Volkswehr, die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, die Abschaffung aller Vorrechte, die Trennung der Schule von der Kirche — mit dem Zusatz: „die Pfaffen haben zu viel, die Lehrer zu wenig!“ — gefordert. Es wurden endlich für die vier Verwaltungsbezirke des Landes, den Ober-, Mittel- und

<sup>1</sup> Wie Bött, a. a. O., 120 f. behauptet, ist Hecker damals noch nicht für Einführung der Republik gewesen, und stand am 19., als der revolutionär gefinnte Fidler sprach, mit einer geladenen Pistole neben ihm, um ihn, wenn er einen solchen Vorschlag ausspräche, sofort zu erschießen. Hecker selbst erklärt sein widerspruchsvolles Verhalten durch die Ansicht, am 19. sei der Zeitpunkt zur Schilberhebung noch nicht da gewesen; a. a. O., 21.

Unter-Rheinkreis, sowie den Seekreis ein Zentralausschuß eingesetzt, zu dessen Obmann man Hecker bestimmte. Im Laufe der folgenden Wochen gewannen diese halb revolutionären Ausschüsse die faktische Regierungsgewalt, stellten Pässe aus, hielten die Posten an, unterschlugen Eskafetten u. dgl. Auch sonst waren die Wirkungen der Offenburger Beschlüsse, obwohl die Regierung sich offiziell nicht um dieselben kümmerte, sehr erhebliche; der Präsident des Kriegsministeriums und zwei Mitglieder der „Kamarilla“ nahmen ihre Entlassung, zahlreiche Kammermitglieder legten ihr Mandat nieder.

Eine Woche später fanden ähnliche Versammlungen gleichzeitig zu Heidelberg und Freiburg statt. Die Erstere, in der Mittermaier und Welcker sprachen, nahm die Offenburger Beschlüsse an und sprach sich dahin aus, daß das deutsche Volk für die nordamerikanische Verfassung reif sei. Sie verlief verhältnismäßig ruhig, während es in Freiburg, wo Struve präsidirte, tumultuarisch herging. Hier wurde gleichfalls die Errichtung einer deutschen föderativen Republik beschlossen. Ähnliche Zusammenkünfte folgten in der nächsten Zeit in Waldshut, Engen, Achern und anderen Orten.

Während es überall im Lande gährte, trafen nicht minder bedrohliche Nachrichten von der Grenze ein. In der zweiten Hälfte des März kamen aus Paris Meldungen, denen zufolge zahlreiche Schaaren deutscher Arbeiter bewaffnet über den Rhein zu ziehen beabsichtigten, um eine deutsche Republik zu gründen. Von Besorgniß ergriffen, gab die badische Regierung, wie schon vor ihr am 23. die württembergische, dem Bundestag Nachricht von der Gefahr, protestirte in Paris sowie bei den Präfekten in Straßburg und Colmar gegen eine Unterstützung der Revolutionäre durch die französische Republik, und traf Anordnungen, um die in Frankreich, namentlich im Elsaß brotlos gewordenen deutschen Arbeiter unentgeltlich in ihre Heimath zu befördern. Viele der Letzteren machten davon Gebrauch; auch mehrere Hundert Polen reisten auf Staatskosten gen Osten.

Am 26. März brachte Baden im Bundestag abermals den französischen Angriff zur Sprache, mit der Meldung, es seien in 14 Tagen 10—12000 Deutsche und ein paar Tausend Polen

am Rhein zu erwarten. Es sei bereits eine provisorische Regierung eingesetzt, in Zweibrücken und Mannheim zugleich solle die föderative Republik ausgerufen und alle Fürsten vertrieben werden. Diese Nachricht beunruhigte den Bundestag aufs Höchste; er beschloß, sofort das 7. und 8. Bundesarmee-corps (Baiern, Württemberg, Baden, Hessen) auf den Kriegsfuß zu setzen. Prinz Karl von Baiern übernahm später den Oberbefehl.

In Anbetracht der steigenden Erregung, die durch den drohenden Einfall von Westen hervorgebracht war und um den 24. und 25. März herum zu einer wahren Panik ausartete, hatte die Regierung schon am 28. den Ständen einen Gesetzentwurf in Betreff der Einberufung der ausgedienten Soldaten vorgelegt und am 1. April vollzogen.

Allein sie konnte sich auf das Militär nicht mehr verlassen, dessen Disciplin schon längst tief erschüttert war. Schon waren mehrfache Exzesse, namentlich in Freiburg, vorgefallen; mehrere Hundert Soldaten hatten sich bereits mit Petitionen an die Kammer gewandt, in denen sie die Anrede mit „Sie“, Abschaffung erniedrigender Schimpfwörter und einiger Strafarten, sowie die Möglichkeit der Beförderung tüchtiger Soldaten zu Offizieren verlangten und erklärten, nicht länger mehr „bewaffnete Bediente des Fürsten“ sein zu wollen.

Unter diesen Umständen mußte die badische Regierung sich nach fremder Hülfe, die sich ihr durch die Mobilmachung der Bundesarmee-corps bot, umsehen. Großherzoglich hessische Truppen wurden herbeigezogen und in den am meisten aufgeregten Seekreis sollten die Württemberger unter dem General von Miller und die Baiern unter v. Baligand einrücken. Allein beide Abtheilungen machten an der Grenze Halt; denn die Aufregung erreichte beim Erscheinen der württembergischen Quartiermacher in Donaueschingen eine solche Höhe, daß die Bundesgenerale zunächst nicht in das badische Gebiet vorzurücken wagten.

Am 6. April fand in Donaueschingen eine von 6000, meist bewaffneten, Personen besuchte Volksversammlung statt, welche den Markgrafen Wilhelm der Führung des 8. Armeecorps und den Markgrafen Max des Kommandos über die badische Division enthob, sämtliche Minister, mit Ausnahme des Finanzministers

Hoffmann, absetzte und das Einrücken fremder Truppen als „Kriegserklärung gegen das Volk“ betrachtet wissen wollte. Am nächsten Tage schloß sich eine stürmische Versammlung in Mannheim dem Vorgehen der Donaueschinger an; beide Städte und ebenso viele andere Orte des Landes schickten Massendeputationen nach Karlsruhe.

Dort hatten am 7. Brentano, Hecker und Andere in der Kammer heftig die Herbeiziehung der Bundestruppen angegriffen und als den ersten Schritt zur Reaktion bezeichnet. Allein die Mitglieder der Ständeversammlung, deren Mehrzahl schon Tags zuvor einen beruhigenden Aufruf erlassen hatte, standen zur Regierung und nahmen gegen 8 Stimmen den Antrag Bissings, die Maßregel zu billigen, an. Es war daher nur eine Formalität, wenn das am 9. vollzählig zu der Sitzung erschienene Staatsministerium erklärte, demissioniren zu wollen, falls sich die Kammer dem in zahlreichen Petitionen geäußerten Wunsche nach Entlassung des Kabinetts anschloße.

Mittlerweile hatte in Frankfurt das Vorparlament getagt, auf welches Hecker und seine Genossen große Hoffnungen gesetzt hatten. Sie hatten erwartet, daß in demselben sich eine republikanische Mehrheit zusammenfinden und aus der bisherigen deutschen Reformbewegung eine Revolution machen würde, allein ihre Wünsche waren, wie später zu berichten, nicht in Erfüllung gegangen. Enttäuscht und an dem Gelingen seiner Bestrebungen auf solchem Wege verzweifelnd, kehrte Hecker nach Baden zurück, und jetzt erst scheint in ihm, da das gleichzeitige Einrücken der Bundestruppen keine Zeit mehr zum Besinnen und Zögern ließ, der Entschluß aufgestiegen zu sein, eine bewaffnete Schilderhebung zur Gründung der deutschen Republik zu unternehmen. Ein unerwarteter Zwischenfall sollte seinen Plan zur Reife bringen.

Zu den volkstümlichsten und entschlossensten Demagogen des badischen Landes gehörte der Redakteur der „Seeblätter“, Fickler, der im Seekreise und auf dem Schwarzwald die Seele der revolutionären Volksbewegung war. Obwohl er ganz offen die Vertreibung der Fürsten predigte und Vorbereitungen zum Aufruhr betrieb, konnte es die Regierung, die in jenen Gegenden bereits völlig machtlos war, nicht wagen, ihn verhaften zu lassen. Im

Gegenſatz zu Hecker und Anderen hatte er eifrig eine Vereinigung mit der nach dem Rhein marchirenden Parifer Legion betrieben, ſich mit Herwegh in Verbindung geſetzt und zwei Emiffäre deſſelben auf die Volksverſammlung zu Achern mitgebracht. Später war er nach Frankfurt gefahren und hatte dort mit Strube zuſammen dem Bundestagsgeſandten Welcker ein Schriftſtück übergeben, in dem allen Ernſtes der Regierung vorgeſchlagen wurde, ſie möge in allen Gemeinden abſtimmen laſſen, ob das Volk die konſtitutionelle Monarchie oder die Republik wolle.

Ficker ſchien ſeiner Sache ſehr ſicher zu ſein, denn von Frankfurt zurückkehrend wagte er es, in Karlsruhe ſelbſt ſich aufzuhalten. Bereits ſaß er am 8. Morgens wieder mit mehreren Genoffen im Eiſenbahnwagen, um ſich in ſeine Heimath zu begeben, als ihn der Abgeordnete Mathy erkannte und ſeine Verhaftung durch Poliſiſten und Eiſenbahnbeamte bewirkte. Mathy, früher ein Freund Fickers, dem er für Manches Dank ſchuldete, hatte, wie er ſpäter angab, bei dem Präſidenten Mittermaier Einblick in Papiere erlangt, welche den Redakteur der „Seeblätter“ als Landesverräther enthüllten, und glaubte daher, durch ſeinen Schritt das Vaterland vor dem drohenden Umſturz retten zu müſſen. Jedenfalls erntete er zunächſt wenig Dank; in Mannheim, wohin er ſich noch am ſelben Tag begab, mußte ihn die Bürgerwehr vor der Wuth des Volkes ſchützen.

Die Verhaftung Fickers ſcheint Hecker und Genoffen überzeugt zu haben, daß jetzt keine Zeit mehr zu verlieren ſei. Am 9. Abends fanden in Donaueſchingen die erſten geheimen Beſprechungen über die Einleitung des Volksaufſtandes ſtatt, in den beiden folgenden Tagen trafen ſich die Häupter der republikaniſchen Partei, Hecker, Strube, Mögling, Doll, Willich, Bruhn — welche beiden Lezteren nur mit Mühe dem Schickſal Fickers entgangen waren — im „Badiſchen Hofe“ zu Konſtanz.

Hecker und die meiſten ſeiner Freunde waren Idealſtiſten, aber keine Menſchenkenner. Sie hatten alles Ernſtes den Verſicherungen der Volksredner geglaubt, die ihnen den Ausbruch einer bewaffneten Revolution beim erſten Anstoß als ſicher hinſtellten. Jetzt mußten ſie erkennen, daß es von Worten zu Thaten ein weiter Schritt iſt. Die meiſten jener „Republikaner“, die bisher

in ihren Reden das Tyrannenblut in Strömen vergossen und die Fürsten zu Duzenden verjagt hatten, riethen jetzt eifrig von dem „unbesonnenen“ Unternehmen ab. Zudem war durch Fickers Verhaftung die volksthümlichste Persönlichkeit des Seekreises der Schilderhebung entzogen, Andere, radikal Gesinnte, wie der Regierungsdirektor Peter, der Advokat Würth, der Dekan Ruenger und der Bürgermeister Hütlin suchten durch Bitten und Ermahnungen auf die Republikaner einzuwirken.

Die Letzteren verloren jedoch den Muth nicht; sie erließen ein Ausschreiben an die Gemeinden, wonach sich die Bewohner der umliegenden Amtsbezirke am 14. April Mittags 12 Uhr in Donaueschingen, mit Waffen, Munition, sowie mit Lebensmitteln auf 6 Tage versehen, stellen sollten, und entwarfen eine Art Kriegsplan. Den militärischen Oberbefehl über die ganze Expedition sollte der frühere preussische Lieutenant Willich, die politische Leitung Hecker und Strube innehaben. Man beabsichtigte, in vier Kolonnen nach Karlsruhe zu ziehen und rechnete alles Ernstes, daß allein im Seekreis 40—80 000 Mann sich an der Erhebung betheiligen würden.

Am 12. April reiste Strube über Ueberlingen nach Donaueschingen voraus, am nächsten Tage hielten die republikanischen Führer mit ihrem ersten, in Konstanz gesammelten, Schlachthaufen, der ganze 53 Wehrmänner zählte, unter strömendem Regen ihren Auszug aus der Seestadt. Es herrschte eine siegesfrohe fast begeisterte Stimmung unter dem kleinen Häuflein. „Der blaue Himmel lachte aus den zerrissenen Regenwolken“, schildert Hecker selbst den Marsch, „zur Seite der klare, herrliche See, die fernen, freien Alpen, vor uns Hohenstaufen, Hohenhoben, Hohenstoffeln, Hohenkrähen und Hohentwiel; eine Welt voll alter Sagen und Lieder, verklungener Mären lag vor uns, alte Chroniken erzählten von der Despotie deutscher Kaiser und der Lehenschaft, von Fridolin dem Christenthumsprediger auf Reichenau, von Pfaffentrug und dem verbrannten Fuß, und wir zogen aus mit dem Banner der deutschen Republik; wir wollten vertilgen die despotischen Reste des Mittelalters, und gründen den freien Volksstaat. Hell tönte kriegerisches Manneslied und die weißen Seebögel schwirrten um unsere Häupter.“

Dem Zuge zu Wagen vorauseilend trafen Hecker und Willich zu Stöckach ein, wo sich bereits das Gerücht von dem Scheitern der Unternehmung verbreitet hatte. Hier begann man mit der Organisirung der Republik. Die Regierung des Seekreises wurde für aufgelöst erklärt und ein Statthalter mit „prokonsularischer Vollmacht“ in Gestalt des bisherigen Regierungsdirektors und Abgeordneten Peter eingesetzt; man verhaftete hier einen württembergischen Hauptmann, der Erkundigungen über den Zug einholte, begnügte sich jedoch damit, ihn auf seinem Zimmer zu bewachen.

In ziemlich trüber Stimmung wurde am Nachmittag des 14. Stöckach verlassen. Der erwartete Zuzug war wiederum größtentheils ausgeblieben, doch schwoll die etwa 400 Mann zählende Schaar unterwegs bedeutend an. Als man den Flecken Engen erreichte, waren etwa 800 Büchsenjäger, Flintenträger und Senfemänner vorhanden, die Willich nunmehr militärisch zu organisiren versuchte. Auch Artillerie hatte man sich zu verschaffen gewußt; 2 kleine dem Grafen Langenstein entlehnte Boller wurden im Zuge mitgeführt. Hier in Engen traf Frau Herwegh bei Hecker ein, um ihn von der Ankunft der deutschen Legion zu unterrichten, doch scheute Hecker die blinde Angst, die dieser Arbeiterschaar überall im Lande vorausging, und gab ausweichenden Bescheid.

Am folgenden Tage wurde der Marsch auf Donaueschingen angetreten, wohin Strube, wie bereits erwähnt, vorausgeeilt war und eine kleine Schaar von etwa 200 Mann zusammengezogen hatte. Allein ehe noch Hecker mit den Seinigen in dem Städtchen anlangte, waren die Würtemberger, von der nur 2 Stunden entfernten Grenze anrückend, vor dem Thore erschienen. Zum Kampfe waren beide Theile wenig geneigt; Strube schloß vielmehr mit dem General von Miller eine Uebereinkunft, in Folge deren er unbehelligt Donaueschingen räumte und sich bei Pföhren mit Hecker vereinigte. Beide verließen nun ihre bisherige Marschrouten und zogen, in der Absicht sich mit einer am Rhein unter Weishaares Führung zusammengebrachten Colonne zu treffen, in angestrenghem Nachtmarsch nach Riedböhringen, und von hier am nächsten Tage über Stühlingen nach Bonndorf. Strube

verließ unterwegs, um sich nach dem Succurs umzuschauen, die Colonne, deren Reihen sich durch die Gewaltmärsche und das schlechte Wetter wieder stark lichteteten.

Am 17. April wandte sich Hecker über die Höhen des Feldberges nach dem Dorfe Bernau; der Weg war äußerst beschwerlich; fußhoher Schnee bedeckte die Abhänge des Gebirges; Regen und Hagelsturm schlug den Freischärlern ins Gesicht, die erst bei anbrechender Dunkelheit durchnäßt und durchkältet das Schwarzwalddorf erreichten. Hier hatten sich inzwischen zwei Vermittler eingefunden, die vom Fünzigerausschuß entsandten Herren Spatz und Benedey. Sie boten im Namen dieser Behörde den Republikanern volle Amnestie, wenn sie von ihrem Vorhaben abstehen und „auf das redenhaltende Feld“ sich begeben wollten, erhielten aber von den Revolutionären den unermutheten Bescheid, sie „böten im Namen des deutschen Volkes den 34 Bedrückern Amnestie an für den Fall, daß sie binnen 14 Tagen der unrechtmäßigen Herrschaft entsagen, das Volk in sein angestammtes Recht einsetzen wollten; für diesen Fall sollten sie mit ansehnlichem Vermögen in das glückliche Loos von Privaten zurücktreten und als nützliche Bürger wie Codrus leben können<sup>1</sup>.“ Die Abgesandten sahen, daß einer derartigen Begriffsverwirrung gegenüber Nichts zu machen war; es wurde ihnen etwas unheimlich in dieser revolutionären Gesellschaft, sie traten alsbald den Rückweg an und begnügten sich damit, in einem am nächsten Tage von Benzkirch aus erlassenen Manifeste die Bürger Badens vor dem Aufruhr zu warnen.

Am 18. Morgens zogen die Freischaaren weiter über Schönanu und Todtnau das Wiesenthal hinab; „hohe Fabrikgebäude mit kaltem Neußeren“, erzählt Hecker, „kamen mir wie große Kerker vor und aus den ernststen Betrachtungen über die große und schwere Frage der Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wurden ich und Andere erst aufgeweckt durch die ungeheuchelte und herzliche Bewillkommnung in Zell.“

Von letzterem Orte zog die Colonne nach Schopfheim in das Nachtquartier und nahm daselbst die dringend nöthige Ver-

<sup>1</sup> Hecker, a. a. O., S. 50.

besserung des Schuhwerks vor. Nochmals versuchte hier ein Freund Geckers, der Fabrikant Gottschald, ihn umzustimmen, allein vergebens.

Am Mittag des folgenden Tages wurde der Weitermarsch angetreten, und zwar, auf Willichs Rath, in nördlicher Richtung, auf Randern zu, das man in der Dämmerung erreichte. Der lange vermiedene Zusammenstoß mit dem Militär schien jetzt unausbleiblich, denn ganz in der Nähe des Ortes befand sich eine starke, aus Hessen-Darmstädtern und Badensern bestehende Truppenmacht; auf beiden Seiten verging die Nacht in gespannter Erwartung. Zwei recognoscirende Dragoner wurden gefangen genommen, jedoch, um die Truppen nicht zu erbittern, alsbald wieder sammt ihren Pferden freigelassen.

Den Oberbefehl über die badische Division führte interimistisch an Stelle des Markgrafen Max seit dem 14. der niederländische General Friedrich Balbain von Gagern, ein nicht nur militärisch, sondern auch wissenschaftlich hochgebildeter Mann von offenem, ritterlichem Charakter, der auf ein reich bewegtes Leben zurückblickte. Er hatte schon am russischen Feldzug von 1812 und den Befreiungskriegen in österreichischen Diensten theilgenommen, und war in der Schlacht bei Waterloo, der er als Offizier des niederländischen Generalstabes beizohnte, schwer verwundet worden. Nachdem er dann wieder in den 1830 ausgebrochenen niederländischen Kämpfen mitgefochten, führte ihn der Dienst des Hauses Nassau-Oranien auf mehrere Jahre nach Rußland und Ostindien. Nach seiner Rückkehr aus den Tropen hatte Gagern, zum Provinzialkommandanten von Holland ernannt, eine Urlaubszreise nach Deutschland angetreten, während welcher die Märzbewegung ausbrach. Ohne erst die Genehmigung seines Monarchen abzuwarten, stellte er der badischen Regierung seine reichen militärischen und politischen Fähigkeiten zur Verfügung und erhielt den Oberbefehl über die großherzoglichen Truppen. Hier, auf einem Streifzug gegen einen Haufen armselig bewaffneter Bauern und Arbeiter, sollte den 52jährigen Kriegsmann, der in zahlreichen Schlachten und unter allen Zonen dem Tode ins Auge geblickt, das Geschick ereilen.

Um 8 Uhr Morgens am 20. April verließ die Freischaar, bei welcher in der Nacht nochmals Frau Herwegh erschienen war, Randern und zog sich, ohne auf die Friedensvorschläge des Regierungskommissärs Stephani zu achten, rückwärts gegen Steinen, während Gagern mit seiner Truppenabtheilung, die sich aus 3 Bataillonen des badischen Leib-Infanterie- und des 3. hessen-darmstädtischen Regiments, 3 Schwadronen des 1. badischen Dragonerregiments und 6 Geschützen zusammensetzte, gegen das Städtchen vorbrang.

Auf den Höhen dicht vor Randern faßten die Republikaner zunächst Posten; Gagern, der entschlossen schien, jedes unnötige Blutvergießen zu vermeiden, entsandte zweimal den Dragonerlieutenant Kieffer, zuerst um die Auführer zur Niederlegung der Waffen aufzufordern, dann um eine Unterredung mit Hecker zu vermitteln. Auf der über den Randerbach führenden Brücke fand die Zusammenkunft statt; die Begleiter der beiden Gegner, republikanischerseits Willich, Mögling und Kaiser, von Seite des Militärs der Oberst von Hindelbey und der Major Kunz hielten sich in einiger Entfernung. Nach der Lage der Dinge konnte die Unterredung keinen Erfolg haben; Gagern meinte, Hecker sei ein gescheiter und braver Mann, aber ein Fanatiker, worauf dieser erwiderte, daß er von seinem Standpunkt aus die Handlungsweise des Generals ebenso als Fanatismus bezeichnen könne; man trennte sich endlich, beiderseits zum Kampfe entschlossen.

Nachdem Hecker wieder zu den Seinigen zurückgekehrt war, traten auf Willichs Anordnung die Freischarler ihren weiteren Rückzug an und zogen langsam die vor ihnen liegende Anhöhe, die „Scheid“<sup>1</sup>, hinauf, deren höchsten Punkt sie nach etwa  $\frac{3}{4}$  Stunden erreichten. Hier mußte Halt gemacht werden; denn die Straße senkte sich von da ab so jäh gegen Steinen hinab, daß der auf dem Fuße nachrückende Feind, wenn es ihm gelang, den Höhenkamm zu besetzen, durch wenige Salven die ganze Freischaar hätte zersprengen können. Willich ordnete die Mannschaft zum Gefecht; auf den rechten Flügel stellte er die Konstanzer Schützen, in die Mitte die Musketiere mit den beiden Böllern; an diese schlossen sich die Sensenmänner an, während

weitere Abtheilungen von Flintenträgern den äußersten linken Flügel bildeten.

Der Moment der Entscheidung nahte; näher und näher rückte das Militär, an dessen Spitze sich die hessischen Schützen unter Hauptmann Keim befanden; aus den Reihen der Republikaner ertönte verworrenes Geschrei, der Ruf: „der General vor!“ wurde hörbar. Zu Fuß begab sich Gagern daraufhin vor die Front seiner Truppen und traf hier mit Dr. Kaiser zusammen, der die Soldaten zum Uebertritt aufforderte. Er sah, daß wider alle Erwartung der Gegner Stand hielt, er mochte ein gewisses Schwanken und Wanken in den Gliedern der Soldaten erkennen, genug, er rief dem Hauptmann Keim zu: „Nun denn, in Gottes Namen vorwärts!“ stieg wieder zu Pferd und erhob den Säbel, während der Hauptmann mit gefällttem Gewehr bis auf etwa sechs Schritt an die feindliche Linie heranrückte.

Bis hierher läßt sich der Verlauf des Gefechtes bei Randern auf Grund der zahlreichen Berichte<sup>1</sup> genau verfolgen, was aber jetzt in Wirklichkeit sich ereignete, wird wohl für alle Zeiten ein Geheimniß sein. Soldaten und Freischärler waren dicht an einander herangefommen, fieberhafte Erregung hatte die eng zusammengedrängten, von Furcht, Kampfbegier, Erwartung erfüllten Menschenmassen erfaßt: da plötzlich krachen Schüsse, Salven, Pulverdampf wirbelt auf, der neben dem General haltende Major Kunz stürzt mit seinem getroffenen Pferde zusammen, Gagern selbst schwankt im Sattel, greift mit dem Ausruf: „Gerechter Gott!“ an seine Brust und sinkt mit dem Pferde zu Boden. Langsam beginnt der Rauch sich zu verziehen, nur wenige Schüsse ertönen noch; dann, von panischem Schrecken

<sup>1</sup> Es wurde benutzt: Die Darstellungen Heckers, Möglings, Kaisers, die Notizen in dem „Intelligenzblatt“ der Stadt Basel vom 21. und 25. April und die Erwiderung Heckers, Willmanns und Schöningers, der Bericht des Regierungsraths Stephani, des Dragonerobersten von Hinkeldey, der Majore Cronenbold und Kunz, des Hauptmanns Keim, der Oberlieutenants Heisler, Dürr und Kieffer, des Wizeorporals Pröbstel, des Reitknechtes Müller, des Soldaten Lautermilch, des Schuhmachers Benz; die „Angabe von 4 verwundeten Soldaten“ (Roth, Schmidt, Prißges und Schlottenbeck) und verschiedene von republikanischer Seite ausgegangene Erklärungen.

erfaßt, haben sich hier die Soldaten, dort die Freischärler in Haft zurückgezogen. vereinzelte Haufen nur stehen sich noch, selbst durch das unerwartete Blutbad erschreckt, gegenüber. Dem Hauptmann Keim, der den Angriff geleitet und einen Schuß in den Oberarm bekommen hat, ruft Lieutenant Becker zu: „Herr Hauptmann, unser General ist todt!“ Man eilt herbei, auch einzelne der Konstanzer Schützen haben sich eingefunden und gestatten dem Hauptmann, gegen Herausgabe einer schwarz-roth-goldnen Fahne, die ein hessischer Soldat in der Hand hält, unbehelligt den Schwerverwundeten wegschaffen zu lassen. „Die Offiziere und drei Schützen“, erzählt Keim, „trugen sodann den General auf der Straße gegen Randern hin, ihrer Angabe nach etwa 20 Schritt weiter abwärts. Unterwegs ließ er sein Haupt sinken, dehnte den Körper und verschied.“

Dies ist in großen Zügen der Inhalt der zahllosen, über Gagerns Tod veröffentlichten Berichte; zahlreiche nicht überall bestätigte Einzelheiten, wie die Aeußerung des Generals: „was, Brüder! Gefindel seid ihr!“ „Blut muß fließen!“ und Anderes, sowie Mägglings Behauptung, die Freischärler hätten den Säbel des übrigens in Civil gekleideten Generals an sich genommen, sind hierbei übergangen. Wer den ersten Schuß abgefeuert hat, ist unmöglich zu bestimmen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß derselbe aus den Reihen der Aufständischen kam. Eines aber ist sicher: Gagern fiel, nachdem er den Säbel erhoben und den Befehl zum Vorrücken gegeben hatte, er fiel, als bereits das Gefecht begonnen. Obwohl sämmtliche besonnenen Zeugen auf beiden Seiten dies wiederholt aussagten, wurde doch alsbald der Versuch gemacht, den freien Soldatentod des erprobten Kriegsmannes zu einem Akte des Meuchelmordes umzugestalten, und gegen die Republikaner die Beschuldigung erhoben, den General während der Verhandlungen tödtlich niedergeschossen zu haben<sup>1</sup>. Dies ist bestimmt nicht der Fall gewesen; doch braucht

<sup>1</sup> So behauptete der Reitknecht Gagerns, der General sei, während er mit Becker gesprochen habe, durch einen Schuß aus dem Walde getödtet worden; der Soldat Lautermilch sah sogar, wie Becker Gagern mit einer Pistole vom Pferd schoß! Vielfach wurde Kaiser mit Becker verwechselt, obwohl die Aehnlichkeit zwischen beiden nicht groß war.

man deshalb diese Berichte nicht der bewußten Lüge zu zeihen; sie bilden vielmehr ein psychologisch interessantes Beispiel, in wie verschiedener Weise sich unter verwirrenden und aufregenden Umständen ein und dasselbe Ereigniß verschiedenen Personen darstellt.

Der Kampf war beendet; 25 todt und verwundete Soldaten und zahlreiche gefallene Freischärler lagen auf der Höhe der Scheideck; der „Heckerzug“ hatte einen raschen Abschluß gefunden; zwar zogen noch einzelne Schaaren der versprengten Republikaner unter Willichs und Möglings Führung weiter, aber der geistige Mittelpunkt der Bewegung, Friedrich Hecker selbst, war verschwunden; während des Kampfes hatte er sich im Hintergrund gehalten und war nach Beendigung desselben im Walde umhergeirrt, bis es ihm in der Nacht gelang, nach Rheinfelden auf Schweizer Gebiet zu flüchten. Der so leicht vorauszu sehende Mißerfolg seines Unternehmens hatte ihn völlig niedergeschlagen; er nahm an den weiteren Kämpfen keinen Antheil mehr.

Unmittelbar nach Zerspaltung der Hecker'schaar traf ein gleiches Schicksal die zur Vereinigung heranrückende Strube-Weißhaar'sche Colonne. Wie berichtet, war Strube am 17. von Bonndorf abgereist und hatte zu Griesen Weißhaar getroffen, der mit einer ganz undisciplinirten Schaar von beiläufig 600 Mann nach Thiengen zog. Am nächsten Tage langte an diesem Orte auch die dritte von Sigel geführte republikanische Streif-colonne, von deren Schicksal in der Folge die Rede sein wird, an und marschirte nach St. Blasien weiter, während Strube und Weißhaar am Rhein entlang nach Säckingen und Mollingen zogen. Um sich möglichst rasch mit Hecker zu vereinigen, führte am folgenden Morgen Strube die 700 Mann starke Freischaar über Lörrach nach Steinen, wo sie bald nach Beendigung des Gefechtes bei Randern anlangten. Strube war nicht gewillt, einen Kampf anzunehmen, sondern verlegte sich, wie er es in kritischen Fällen zu thun pflegte, auf das Unterhandeln und erhielt von dem Oberst von Hindelbey, der nach Gagerns Tod das Oberkommando führte, die Zusicherung, das Militär werde eine halbe Stunde lang Halt machen. Immerhin waren jedoch während dieser Unterredung einzelne Schüsse gefallen; die An-

näherung des Feindes, verbunden mit der Kunde der Ereignisse auf der Scheideck hatten hingereicht, die ganze Colonne in wilde Flucht zu jagen; als Struve nach Steinen zurückkehrte, fand er nur mehr einige Mann dort vor; das Andere hatte sich zerstreut. Unter diesen Umständen konnte es nichts nützen, daß Mögling und Willich mit einzelnen Ueberresten der Hecker'schen Schaar eintrafen; man mußte eilends nach Nollingen zurückmarschiren, wo sich unterdessen eine große Menge Bürgerwehr versammelt hatte, jedoch, als sie von dem Ausgang des „Gefechts“ bei Steinen hörte, schleunigst auseinanderlief.

Für den Augenblick war hier die Sache der Republikaner verloren; das sahen Struve und seine Genossen Knöpfle und Liedemann ein und beschloffen, sich bei Säckingen über den Rhein nach der Schweiz zu begeben. Bereits hatten die drei Flüchtlinge die Rheinbrücke erreicht, als sie unvermuthet von Zollwächtern festgenommen und in das Gefängniß gebracht wurden. Ihre Haft sollte jedoch nicht lange dauern; denn kaum hatte Mögling die Nachricht von der Gefangennahme Struve's erhalten, als er einen drohenden Brief an den Bürgermeister von Säckingen schrieb und denselben in solche Angst versetzte, daß der Letztere die Inhaftirten am nächsten Morgen wieder frei ließ. Während Struve sich mit seinen Freunden schleunigst nach Rheinfelden begab, mußten die württembergischen Reiter, die bereits gekommen waren, um den Volksführer in das Hauptquartier zu verbringen, unverrichteter Sache abziehen.

Struve gab jedoch nicht so leicht wie Hecker seine Pläne auf; schon am 22. kehrte er mit Mögling und Anderen wieder in das Badische zurück, vereinigte sich bei Nollingen mit einer Schaar, die unter Dolls Führung inzwischen im Lande umhergezogen war und auch die Hecker'sche „Artillerie“, die beiden Mörser des Grafen Langenstein, bei sich hatte, und stieß am Morgen des 23. auf einen in Todtnau befindlichen Theil der Sigel'schen Colonne.

In Konstanz war nach Heckers Abzug die Aufregung keineswegs gewichen; viele der dort von Ruenzler und Hütlin von einer Theilnahme am Zuge abgehaltene Republikaner hatten inzwischen neuen Muth gefaßt und erklärten in einer am 15. stattgehabten

Volksversammlung, mit Sigel, der wieder nach Konstanz zurückgekehrt war, der Heder'schen Freischaar nachmarschiren zu wollen. Mit einem Häuflein von etwa 200 Mann verließ noch am selben Tage der ehemalige badische Lieutenant die Stadt und wandte sich nach Stühlingen, wo er am 17. eintraf.

In Konstanz ging es inzwischen tumultuarisch zu; der Regierungsdirektor, den Heder und Genossen zum Statthalter des Seekreises ernannt hatten, lehnte ebenso wie der zum Vizestatthalter ausersehene Arzt Vanotti die ihm zuge dachte Ehre ab, wurde aber am 17. April durch die Landbürgermeister, die mit vielen Bauern in die Stadt zogen, genöthigt, die Statthalterwürde anzunehmen. Es war hierbei jedoch, wie zu vermuthen ist<sup>1</sup>, der angebliche Zwang nur ein äußerer Schein, um Peter der Regierung gegenüber weniger zu kompromittiren. Im Uebri gen war seine Amtsführung nicht von langer Dauer; schon am nächsten Tage näherten sich die Baiern der Stadt und Peter, ein unentschlossener Mann von schwankendem Charakter, flüchtete eilends in die Schweiz.

Auch in Offenburg fand am 18. ein Aufruhr statt; doch wurde die Stadt alsbald von den Truppen besetzt. Von Stühlingen hatte inzwischen Sigel seinen Marsch über Thiengen, wo er die Strube'sche Colonne traf, nach St. Blasien fortgesetzt und zog am 20. durch das Albthal gegen Todtnau. Das schöne Wetter und die sachverständige Führung hatte sehr günstig auf die Zahl der Freischaar eingewirkt; sie war am Abend des 20. mehr als 3000 Mann stark.

Sigel hatte bisher die Absicht gehabt, gegen Freiburg zu ziehen, änderte aber jetzt plötzlich auf die Nachricht von dem Gefecht bei Randern seinen Plan und zog wieder südwärts gegen Schopfheim; kaum jedoch war er dort nach einem 10stündigen Gewaltmarsch eingetroffen, als seine Stimmung wieder umschlug; er erkannte, daß von den zersprengten Resten der Heder'schen und Strube-Weißhaar'schen Schaar nicht viel zu erwarten war und nahm den Gedanken auf, Freiburg zu besetzen; am 21. rückte er wieder gegen Schönau vor und erreichte am folgenden

<sup>1</sup> Beff., 109 u. a.

Lage die Gegend von Todtnau, nachdem er mindestens dreimal 24 Stunden in unnützen Märschen verloren hatte; am 23. Nachmittags sollte von Horben aus der Angriff gegen die Bundestruppen, welche die im Aufruhr befindliche Stadt Freiburg umschlossen, beginnen.

In Freiburg gährte es schon seit lange; bald nach Beginn der Hecker-Unruhen hatte die Stadt eine Art Neutralitätserklärung erlassen; schon seit einigen Tagen war die Truppenbesatzung der Stadt nach den umliegenden Orten verlegt worden, da der hessische General Pfaff seine Mannschaft nicht Meutereien oder einer Ueberumpelung aussetzen wollte; auf den 22. endlich, den Charfreitag, war eine große bewaffnete Volksversammlung ausgeschrieben, das heißt mit andern Worten, der Ausbruch des Aufruhrs festgesetzt. Die Regierung wußte dies, aber sie hatte nicht mehr die Kraft, die Volksversammlung zu verhindern; der Regierungsdirektor von Marischall wagte es überhaupt nicht, die dies betreffende Ministerialverfügung zu veröffentlichen. Wider Erwarten verlief die Versammlung nicht allzu stürmisch; es waren etwa 1200 Bewaffnete erschienen, die sich unter des Turners Langsdorff Führung in der Stadt einquartierten. Aber erst, als am andern Morgen, dem Ostersonntag, die sichere Nachricht vom Nahen der Sigel'schen Freischärler und zugleich weiterer Zuzug eintraf, entschloß man sich, Ernst zu machen. Die Thore wurden verrammelt, die Stadt in Bertheidigungszustand gesetzt.

Es erfolgte jedoch zunächst kein Angriff; der General Hoffmann, der nach Gagerns Tod die Führung der badischen Truppen übernommen, beschloß, sich zunächst gegen die vom Schwarzwald kommenden Freischärler zu wenden und zog diesen am Nachmittag des 23. entgegen.

Sigel hatte für den Angriff auf die vor der Stadt stehenden Truppenabtheilungen ganz zweckmäßige Anordnungen getroffen und namentlich das selbständige Vorrücken der einzelnen „Banner“ seiner Colonne, die im Ganzen wohl 3500 Mann mit 2 Kanonen zählen mochte, unterjagt. Er wußte, wie ansteckend Furcht und Verwirrung in einer undisciplinirten Schaar wirkt. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Sigel, unstreitig der befähigte Führer der Freischaaren, wirklich Freiburg hätte entsetzen können,

wäre nicht durch Strube's eigenmächtige und ganz ungeschickte Maßregeln Alles in Verwirrung gerathen. Der Letztere war am Morgen des 23. in Horben angelangt und hatte hier eine Schaar Freiburger getroffen, die dringend einen sofortigen Vormarsch verlangten und behaupteten, das Militär habe die ganze Umgegend geräumt.

Wirklich ließ sich dadurch die erste Colonne, bei der sich sämmtliche Schützen befanden, zum Ausbruch bewegen und zog, Sigels Befehl entgegen, gegen Güntersthal, woselbst sie am Sternenwald auf das Militär stieß. Strube versuchte sofort wieder zu capituliren und eilte, ein weißes Tuch schwingend, mit Kruenzer u. A. den Truppen entgegen; allein der Ruf des Kommandirenden: „Fort, fort, du Hund!“ trieb sie alsbald zurück. Fast unmittelbar darauf begann das Feuer der Soldaten auf das ganz ungeordnete Freibanner, und das Schicksal der Sigel'schen Schaar war entschieden. In wilder Flucht stürzte Alles davon und riß unaufhaltsam die inzwischen unter Sigels persönlicher Führung nachrückenden Banner mit sich fort.

Es waren höchstens 100 Mann, die im Ganzen bei Sigel und Doll aushielten. Mit dieser Handvoll Leute warf sich Sigel dem Feinde bei Güntersthal entgegen, bestand ein hitziges Gefecht und zog sich unverfolgt nach Horben zurück.

Am Morgen des nächsten Tages, des Ostermontags, begann der Angriff der hessischen, badischen und nassauischen Truppen auf Freiburg. An den verrammelten Eingängen der Stadt, namentlich am Bähringer und Dreifacher Thor sowie in der Jesuitengasse, entspann sich ein heftiger Barrikadentkampf, der nach zwei Stunden mit dem Eindringen der Truppen und der Flucht der Insurgenten endete. Noch während dieses Kampfes hatten sich Sigel und Doll nochmals mit Allem, was sie von ihrer Mannschaft zusammenraffen konnten, zusammen etwa 600 Mann, von Horben aus gegen Freiburg in Marsch gesetzt, nachdem sie zuvor durch Sigels Anordnung, die Leute erst abziehen zu lassen, eine beträchtliche und folgenschwere Verspätung erlitten hatten; sie fanden, als sie vor dem Schwabenthor in Freiburg anlangten, dasselbe schon von den „Royalisten“ besetzt und ein Angriff, den sie mit einer nach Lage der Dinge

wirklich aner kennenswerthen Tapferkeit unternahmen, wurde durch das heftige Feuer des Feindes abgeschlagen. Allein auch jetzt gaben Sigel und Mägling die Sache nicht verloren; die Beiden drangen, nur von 4 Republikanern gefolgt, über einen Gartenzaun in die Stadt, um sich vom Stand der Dinge daselbst zu überzeugen. Sie mußten bald erkennen, daß hier Nichts mehr zu machen war, und froh sein, daß es ihnen gelang, unerkannt wieder aus Freiburg zu entkommen. Ueber die Gebirge flüchtend gelangten sie bis an den Rhein und wurden von Schmugglern auf das französische Ufer übergesetzt.

Gleichzeitig mit diesen Kämpfen fand ein großer Soldatenumtult in Karlsruhe und ein Aufruhrversuch in Sinsheim statt, die beide rasch unterdrückt wurden.

Während es so der Regierung gelang, der inneren Unruhen Herr zu werden, zog von Westen schon wieder eine neue Gefahr heran in Gestalt des seit Wochen gefürchteten und erwarteten Einfalles der Pariser deutschen Arbeiterlegion.

Um die Mitte März hatten sich zu Paris unter der Nachwirkung der Februar-Revolution mehrere Hundert Deutsche und andere Arbeiter zusammengefunden in der Absicht, einen Freischaarenzug zur Vertreibung der deutschen Fürsten zu unternehmen. An der Spitze der ganzen Sache stand der Freiheitsdichter Herwegh, der, schlaff, träge und träumerisch, wie er war, dabei der Kenntniß des Kriegswesens und selbst des persönlichen Muthes ermangelnd, die denkbar ungeeignetste Persönlichkeit zur Durchführung eines solchen Vorhabens war. Etwas besser allerdings stand es mit den übrigen Führern, von denen namentlich die früheren Offiziere von Corbin, von Löwenfels, Reinhardt von Schimmelpennink, von Bornstedt militärisches Sachverständniß und Tapferkeit besaßen, während Andere, wie der einstige österreichische Feldwebel Börnstein, nur sehr bedingte Fähigkeiten zeigten. Es fehlte dem Ganzen vor Allem an zwei Dingen, einmal an einer energischen und umsichtigen Oberleitung, die den ewigen Streitigkeiten und Zänkereien zwischen den einzelnen Führern ein Ende gemacht hätte, und zweitens an Geld. Man war in letzterer Hinsicht fast gänzlich auf die französische Regierung angewiesen, die sich ihrerseits in einer schwierigen Lage befand. Die republi-

kanischen Anschauungen und daneben auch der Wunsch, diese unruhigen Elemente aus Paris zu entfernen, geboten ihr, das Unternehmen zu unterstützen — dies war der Standpunkt, auf dem hauptsächlich der Handelsminister Flocon sich befand —, der Wunsch auf Frieden mit dem Ausland legte es nahe, daß man Vorbereitungen zum bewaffneten Einbruch in befreundete Staaten nicht dulden durfte — dies war Lamartine's Ansicht. Das Ergebnis dieser widerstreitenden Anschauungen war demgemäß derart, daß man den deutschen Republikanern kein eigentliches Hinderniß in den Weg legte, sie aber auch nur wenig unterstützte; doch setzten es dieselben immerhin durch, daß sie durch Flocons Vermittelung die nöthigsten Bekleidungsgegenstände, dann auch kleine Geldsummen und endlich Marschrouten an die Grenze erhielten. Auch die Pariser Bevölkerung erwies sich den deutschen Arbeitern, wie auch den Polen, vielfach behülflich und ließ bereits auf den Boulevards die «république Allemande» hochleben.

Gegen Ende März war man endlich so weit, daß die Deutschen in zwei Colonnen, deren jede etliche Hundert Mann zählte, nach Straßburg abrücken konnten; man hätte viel zahlreicher sein können; denn viele Franzosen, ja ganze Bataillone der Mobilgarde erklärten sich bereit, freiwillig den Zug mitzumachen, doch wiesen die Führer, die den „hornirten Patriotismus“<sup>1</sup> ihrer Landsleute kannten, diese Anerbietungen ab.

In Straßburg ging man daran, sich für den Feldzug zu organisiren, nachdem ein Oberst Schwarz in Paris, den man zum Führer ausersehen, die Ehre dankend abgewiesen hatte. Nach langen Zänkereien wurde endlich Börnstein zum „Kommandanten“, Corvin zum „Chef des Generalstabes“ gewählt. In welchem Verhältniß Beide zu einander standen, ergiebt sich aus Corvins bissigen Worten<sup>2</sup>: „Wie eigentlich Börnstein gewählt wurde, weiß ich heute noch nicht; von ihm war bis dahin noch gar nicht die Rede gewesen: er machte Patronen! Da er aber ein militärisches Aussehen hat und bedeutend zu schweigen

<sup>1</sup> Corvin, 14.

<sup>2</sup> Corvin, 23.

versteht, so kann, wer ihn nicht kennt, auf den Gedanken kommen, er sei ein erfahrener, vorsichtiger Militär.“

Jedenfalls war Börnsteins Wahl eine höchst unglückliche; aber auch Corvin, obwohl militärisch wohl der Befähigste, eignete sich durch sein hitziges und schroffes Wesen wenig zum Führer der Expedition. Man traf alsdann in Straßburg einen Abgesandten des Freicorps, das sich unter Beckers Führung in der Schweiz bildete, und beschloß, beide Corps zu einer „Legion“ zu verbinden. Inzwischen sollte die Herwegh'sche Schaar das „1. Regiment“ bilden und Löwenfels das Kommando über dasselbe übernehmen, während Schimmelpennink, Bornstedt, Hörter und Delaporte die Leitung der 4 „Bataillone“ erhielten.

Man beschloß, nunmehr keine weitere Zeit zu verlieren; die Nachrichten aus Baden, soweit solche nach Straßburg gelangten, lauteten höchst günstig, wenn auch die dortigen Aufständischen und namentlich Hecker sich ablehnend gegen die Unternehmungen der deutschen Legion verhielten und Frau Herwegh, die, wie erwähnt, vorausgereist war, einen wenig ermutigenden Bescheid brachte. Jedenfalls war die Herwegh'sche Colonne den verschiedenen Hecker-Schaaren an militärischer Brauchbarkeit überlegen und durch den Marsch von Paris nach Straßburg einigermaßen an Strapazen gewöhnt, dafür haftete ihr jedoch ein „fahriges, räsonnirendes Handwerksburschenwesen“<sup>1</sup> an und die Stimmung der einzelnen Führer war nichts weniger als siegesgewiß.

Am frühen Morgen des Charfsamstag fuhr die Legion in einem ihr von der Eisenbahndirektion unentgeltlich zur Verfügung gestellten Extrazuge von Straßburg ab, wobei — charakteristisch genug — die Waffen vergessen wurden und später nachgeschickt werden mußten, und nahm in dem am Rhein gelegenen Flecken Wangenheim Quartier.

Es handelte sich jetzt darum, den Uebergang über den Strom zu bewerkstelligen, ein Unternehmen, welches, da das andere Ufer bereits von Truppen besetzt war, mannigfache Schwierigkeiten bot, jedoch, mehr durch das Glück als durch die Einsicht der Führer gefördert, völlig glückte. Nachdem in der Nacht

<sup>1</sup> Corvin, 81.

zum Sonntag das in Neuenburg stehende Militär durch heftiges Gewehrfeuer von einer mitten im Rhein liegenden Insel aus allarmirt worden war, schiffte sich am Morgen des Ostermontags die Legion auf Rähnen ein und erreichte zwischen Rheinweiler und Kleinkems unbehelligt das badische Ufer.

Um diese Zeit lag bereits, wie berichtet, der badische Aufstand in den letzten Zügen; die letzte, noch im Felde befindliche Freischaar, die Sigel'sche Colonne, war Tags zuvor zer Sprengt, der Angriff auf Freiburg stand unmittelbar bevor. Herwegh und seine Genossen hatten natürlich von diesen letzteren Ereignissen keine Kenntniß erhalten; sie wußten nur von dem Gefechte bei Randern und beschloffen, so schnell wie möglich über diesen Ort nach Todtnau zu marschiren und sich mit Sigel zu vereinigen.

Auf beschwerlichen Wegen und bei ungünstiger Witterung wurde der Zug begonnen; allein kaum hatte man nach zwei anstrengenden Tagemärschen das Dorf Wieden erreicht, so brachten Versprengte die Kunde von der völligen Auflösung der Sigel'schen Schaar; die Nachricht wirkte wie ein Donnererschlag, denn in der That, die Lage der Legion war jetzt geradezu eine verzweifelte zu nennen; ringsum standen Truppen, denen man nur durch ein Wunder entgehen konnte, es fehlte an Lebensmitteln, Munition und Geld, das Schuhwerk war unbrauchbar geworden, so daß die Meisten, darunter auch der „Oberst“ von Löwenfels; nicht mehr zu gehen vermochten, die Führer waren, mit Ausnahme Corvins und Bornstedts, rath- und thatlos. Unter diesen Umständen blieb nur ein Entschluß übrig: man mußte möglichst rasch die Grenze wieder zu erreichen suchen.

Zunächst wandte man sich über die Gebirgspfade des Belchenberges nach Zell, wo die Colonne am Nachmittag eintraf und einige Stunden rastete; doch es war keine Zeit mehr zu verlieren, der Feind stand schon in dem benachbarten Schopfheim, und man faßte den verzweifelten Entschluß, in einem weiteren Nachtmarsche an letzterem Orte vorüber direkt nach Rheinfelden zu ziehen. Wider Erwarten schien das Wagniß zu glücken, schon hatte die völlig erschöpfte und geloderte Schaar das nahe am Rhein gelegene Dorf Niederdoffenbach erreicht und zog durch

den Wald, der sich von hier bis zum Fluß herunter erstreckte; da plötzlich erscholl der Ruf: „die Würtemberger sind da!“

Es zeugt von der Ueberlegenheit der Legion über die badischen Freischaaren, daß sie sich daraufhin nicht, wie jene es gethan hätten, sofort in wilde Flucht auflöste, sondern den Kampf unbedenklich annahm. An Zahl war sie dem Militär wohl doppelt überlegen; denn es stand den Freischärlern nur eine 300 Mann zählende Kompagnie des württembergischen Hauptmanns Ripp, eines tapferen und fähigen Offiziers, gegenüber, allein bei der Verschiedenheit der Führung, der Bewaffnung und der Disciplin konnte der Ausgang nicht zweifelhaft sein. Gegen anderthalb Stunden wogte im Dossenbacher Walde ein erbittertes Gefecht, dann aber war das Schicksal der Arbeiterlegion besiegelt; mehr als dreißig der Freischärler blieben auf dem Platze, von den nach allen Seiten hin Flüchtenden fiel ein großer Theil, 370 Mann, worunter 67 Franzosen, in Gefangenschaft, Andere ertranken im Rhein, und nur in einzelnen, zersprengten Haufen gelangten die Reste der deutschen Legion auf das Schweizer Gebiet. Von den Führern war ein großer Theil während des Kampfes überhaupt unsichtbar geblieben; Herwegh und seine Frau hatten sich schon nach den ersten Schüssen geflüchtet, in einem Bauernhause zu Rarsau versteckt und dann in Bauernkleidern gerettet; auch Börnstein scheint sich wenig rühmlich benommen zu haben. Um so entschlossener handelten Andere, wie Corvin, Bornstedt, welcher in Gefangenschaft fiel, und namentlich Reinhardt von Schimmelpennink; mitten im Getümmel suchte der Letztere den Hauptmann Ripp auf, kreuzte mit ihm die Klinge und hatte bereits seinen Gegner leicht verwundet, als er plötzlich von einer Kugel durchbohrt todt zu Boden stürzte. Auch der Verlust der Würtemberger war nicht unbedeutend, ein Beweis, daß das Gefecht ein ziemlich hitziges gewesen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Wie Corvin behauptet (58), hätten die Soldaten einen Gefangenen aufgehängt, und (Scherr II, 1, 108) nicht nur sämmtliche auf einem Wagen befindliche Verwundeten ermordet, sondern auch den Fuhrmann und die Pferde erstochen. Jedenfalls sind diese Schilderungen stark übertrieben.

Am selben Tage, wo diese letzte republikanische Freischaar zersprengt wurde, fand noch ein Aufklatern des Aufruhrs in Mannheim statt. Aus Besorgniß, die am linken Rheinufer in Ludwigshafen stehenden Baiern würden herüberkommen und die Stadt besetzen, bemächtigte sich die Bürgerwehr der Brücke, hob ein Joch derselben aus, verjagte die dort stehenden Nassauer Truppen und schoß über den Rhein auf die Baiern hinüber. Die Aufregung legte sich jedoch nach einigem Blutvergießen bald und wenige Tage darauf, am 1. Mai, besetzten die Baiern wirklich die Stadt.

Mit diesem Zwischenfalle war der erste badische Aufstand beendet und die „Ruhe“ wieder hergestellt, wenn man einen Zustand fortbauender Gährung, während dessen über die Hälfte des ganzen Landes, den See- und den Oberrheinkreis, sowie über zwei der größten Städte, Mannheim und Freiburg, der Kriegszustand verhängt war, und fremde Truppen das Land besetzt hielten, so bezeichnen will.

Wlickt man auf den Gesamtverlauf der einzelnen Aufstände und Streifzüge zurück, so ist es klar, daß die ganze Entscheidung von einem Umstande, von der Haltung der Truppen, abhing. Darin hatten sich Hecker und seine Freunde getäuscht; sie hatten auf einen sofortigen Uebertritt des Militärs gerechnet und zu ihrem Schrecken gefunden, daß der soldatische Gehorsam nicht in wenigen Wochen und am wenigsten bei einem bewaffneten Zusammentreffen auf freiem Feld und unter den Augen der Offiziere zu erschüttern war. Ein Gelingen der ganzen Unternehmung aber konnte — darüber waren sich Hecker und Andere klar — eben nur im Falle eines Fraternalisirens mit den Truppen möglich sein; was nachher, nachdem das Gefecht bei Randern bereits diese Hoffnungen in ein Nichts aufgelöst hatte, von Sigel, Struve und von der deutschen Legion mit offener Waffengewalt versucht wurde, mußte von vornherein als aussichtslos betrachtet werden. Das Menschenmaterial, diese eilig zusammengerafften Bauernburschen, Fabrikarbeiter und Abenteuerer, war ein solches, daß selbst der geschickteste Führer damit Nichts hätte erreichen können; dazu kam aber noch, daß, von Corvin und Sigel abgesehen, die militärischen und politischen Leiter des Aufstandes

eine völlige Unfähigkeit bekundeten. Eine militärische Kritik ist diesen plan- und ziellosen Streifzügen gegenüber nicht möglich, nur die eine Frage sei aufgeworfen, ob es wirklich ein solcher Gewinn für die Republikaner gewesen wäre, wenn sie sich statt vereinzelt im Lande herum zu marschiren — eine Maßnahme, die den Adel der Demokraten erfuhr — zu einer großen Heerschaar vereinigt hätten; in undisciplinirten Schaaren wirkt die Angst und Aufregung des Einzelnen ansteckend auf die Gesammtheit, und je größer die Zahl der versammelten Menschen, desto näher liegt die Gefahr einer Panik. Wollte man wirklich einen offenen Kampf gegen die Regierung führen, so mußte dies durch kleine Streifschaaren entschlossener, gut bewaffneter Schützen geschehen, die in den dazu wie geschaffenen Thälern und Schluchten des Schwarzwaldes, von einer gleichgesinnten Bevölkerung umgeben, einen Guerillakampf führten. Einem solchen Unternehmen war ein gewisser Fortgang schon deshalb gewiß, weil die badische Regierung es gar nicht mehr wagen konnte, einzelne Truppenabtheilungen zu detachiren, sondern das Ganze, aus Furcht vor Meuterei, in großen Verbänden zusammenhielt. Ueberhaupt erinnern die Maßnahmen der badischen und in geringerem Maßstabe auch der übrigen Bundesgenerale an die Kampfweise eines Fechters, der seiner eigenen Waffe nicht mehr traut und nur zögernd und vorsichtig zum Schlage ausholt.

Die Regierung hatte gesiegt, aber sie konnte ihres Sieges nicht froh werden. Der Aufruhr hatte ihr die ganze Kluft gezeigt, die zwischen ihr und dem Volke klappte, und ihr als ultima ratio nur eine Stütze, das Heer, gelassen. Und auch in diesem griff langsam und unaufhaltbar der Geist der Revolution um sich und bereitete die Stürme vor, welche ein Jahr später das Land erschütterten sollten.

---

### 3.

## Die Märzbewegung in den übrigen deutschen Staaten.

Der Verlauf der Märzbewegung in den deutschen Einzelstaaten weist im wesentlichen dieselben Züge auf, modifizirt nur durch den Grad der im Lande vorhandenen Unzufriedenheit, den

größeren oder geringeren Widerstand der Regierung und den Volkscharakter. In jedem der Bundesstaaten hatte sich im Laufe der Jahre Zündstoff in so genügender Menge angesammelt, daß der vom Westen herübergetragene Funke ein heftiges Auflodern der Volksleidenschaften hervorzurufen vermochte; darüber hinaus jedoch ging die Bewegung nur in den seltensten Fällen, ja, man kann behaupten, daß die Kunde von der Pariser Februar-Revolution für sich allein namentlich in den mittleren und nördlichen Theilen Deutschlands nichts Anderes als eine Wiederholung der Ereignisse von 1830 im Gefolge gehabt hätte, hätten sich nicht gleichzeitig auch der Bundestag und die beiden deutschen Großstaaten der Revolution gebeugt. Besonders der scheinbare Zusammenbruch des preußischen Militärabsolutismus in der Nacht des 18. März war ein schwerer Schlag für zahlreiche deutsche Fürsten, die bis dahin auf die preußische Armee als die ultima ratio geblickt hatten und jetzt erst, da Alles verloren schien, gezwungen den Wünschen des Volkes willfährten. Die Forderungen der Unterthanen waren im Allgemeinen mäßig und nur auf die Beseitigung drückender Mißstände gerichtet, wie sie der Geist der Reaktion hervorgerufen hatte, und da dieselbe gleichmäßig in allen Staaten geherrscht, kamen auch bei dem Wunsche nach Reformen überall dieselben Punkte zur Sprache. Zunächst empfand man das Bedürfniß des freien Meinungs-austausches in so bewegter Zeit und verlangte Preßfreiheit und Aufhebung der Censur, ein Wunsch, dem die Regierung, in Anbetracht der Bundestagsbeschlüsse, meist sofort Folge leistete. Alsdann wurde die Nothwendigkeit einer regeren politischen Thätigkeit klar, man forderte Verleihung einer Verfassung, wo solche nicht vorhanden, Einberufung des Landtags, wenn das Volk demselben Vertrauen schenkte, andernfalls die Anordnung von Neuwahlen, sowie die Gewährung des freien Vereinigungs-rechtes. Im Zusammenhang damit stand, da man von den bisherigen Rathgebern des Herrschers eine so rasche Sinnes-änderung nicht erwarten konnte, das Verlangen nach Entlassung der bisherigen Minister und nach Berufung volksthümlicher Männer an die Seite des Regenten. Eine Ausnahme machte höchstens der Kriegsminister, dessen Stelle aus den Reihen des

Volkes nicht wohl zu besetzen war. Eine politische Amnestie schloß sich diesen Gewährungen meistens an.

Der neu erwachte Einheitsgedanke äußerte sich überall in dem Wunsche nach einer deutschen Volksvertretung; die drückendsten Schäden des alten Systems, die mangelhafte Rechtspflege, wurde gleichfalls Gegenstand der Reformbewegung. Man forderte und erhielt die Zusicherung eines öffentlichen, mündlichen Gerichtsverfahrens, der Einführung von Geschworenengerichten, der Trennung der Justiz von der Polizei, wo solche noch nicht geschehen war. Auch die bäuerlichen Lasten boten, namentlich in den Standesherrschaften, vielfach Anlaß zu Klagen.

Endlich wurde die Nothwendigkeit einer Sicherung der Er rungenschaften erkannt; man verlangte die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und Errichtung einer Bürgerverwehr.

Außer diesen stehenden Forderungen traten in den Einzelstaaten noch verschiedene Sonderwünsche zu Tage, die theils, wie namentlich in den Hansestädten, durch die Lokalverhältnisse begründet waren, theils aber auch Zeugniß von dem traurigsten Spießbürgerthum ablegten<sup>1</sup>.

Die Mittel, deren sich das Volk zur Darlegung seiner Wünsche bediente, bestanden zu Anfang aus einer Fluth von Adressen aus allen Theilen des Landes, denen sich Deputationen der Bürgerschaft, der Stadtbehörden, der akademischen Korporationen angeschlossen. Hatte dies keinen Erfolg, so schritt man zu Massendemonstrationen; es fanden Tumulte und Exzesse statt, doch ließ es die Regierung nirgends zu einem wirklichen Straßenkampf kommen, sondern trat schon vorher den Rückzug an. Die Art und Weise, in welcher die Staatsleitung den drohenden Sturm zu bannen versuchte, ist höchst charakteristisch; fast nirgends konnte sie sich sofort zu einer ganzen und vollen Erfüllung der Volkswünsche entschließen; sie machte nur einzelne Concessionen, wie die Entlassung besonders mißliebiger Persönlichkeiten aus dem Staatsdienst, die Aufhebung der Censur u. s. w.,

<sup>1</sup> In Hedingen verlangte das Volk die Entfernung sämmtlicher Ausländer aus dem Staatsdienste, wobei es unter „Ausländern“ sämmtliche nicht in Hedingen geborenen und erzogenen Persönlichkeiten verstand.

um zu erproben, ob sich das Volk nicht auch damit begnügen werde, und gab erst, wenn sie sah, daß Solches nicht der Fall, Schritt für Schritt auch im Uebrigen nach.

Eine weit bedenklichere Erscheinung als die Bewegung in den Haupt- und Universitätsstädten, die sich meist über das Niveau eines Straßentrawalles nicht zu erheben vermochte, bildeten die Bauernunruhen, die namentlich im hessischen und badischen Odenwald, in einem Theile von Württemberg und auch in Schlesien und Sachsen einen gefahrdrohenden Charakter annahmen. Der Zorn der Landbevölkerung richtete sich in erster Linie gegen den mediatisirten Hochadel und die sonstigen Großgrundbesitzer und namentlich deren Rentbeamten, dann auch gegen die Juden, die durch ihren Wucher, im Verein mit den drückenden bäuerlichen Verpflichtungen gegen die Grundherren das Meiste zur Verarmung des Landvolkes beigetragen hatten. Das Gefährlichste an diesen Unruhen war der Umstand, daß ihre Veranlassung nicht wie bei Stadtumulten durch irgend eine Concession ohne weiteres beseitigt werden konnte, sondern eine eingehende Untersuchung und gesetzgeberische Thätigkeit verlangte.

Von den drei hier zu betrachtenden Königreichen war **Württemberg** dasjenige, welches am schnellsten und heftigsten in die Bewegung hineingerissen wurde. Hier hatte schon während der Freiheitskriege der Konflikt zwischen Ständen und Regierung begonnen, indem die am 15. März 1815 von dem König Friedrich II. berufene Ständeversammlung hartnäckig drei höchst freisinnige, ihr vorgelegte Verfassungsentwürfe ablehnte und mit echt schwäbischer Störrigkeit auf ihr „altes, gutes Recht“ pochte. Unter solchen Umständen blieb dem König Wilhelm I., der während dieses Streites 1816 seinem Vater auf dem Throne gefolgt war, Nichts übrig als am 25. September 1819 eine neue Verfassung, nach vorhergegangener Einigung mit einigen Ständemitgliedern, aus eigener Machtvollkommenheit zu erlassen. Danach bestand die erste Kammer aus den Prinzen, den Häuptern des Hochadels und den vom König ernannten Mitgliedern, die zweite aus 13 Angehörigen des Adels, 6 Superintendenten, 3 katholischen Geistlichen, dem Kanzler der Landesuniversität, 7 Vertretern der Städte und je einem Abgeordneten der 64 Oberamtsbezirke. Von einer

Berücksichtigung des Volkswillens konnte in dieser anscheinend freisinnigen Konstitution nicht die Rede sein, denn die Wahlvorschriften waren so gehalten, daß fast der gesammte politische Einfluß der Klasse der höchstbesteuerten Bürger zufiel.

Die Pressefreiheit hatte seit dem Jahre 1817 bestanden und war in der Urkunde vom 25. September 1819 ausdrücklich bestätigt worden; allein da schon fünf Tage vorher in Karlsbad die Einführung der Censur beschlossen war, blieb diese Bestimmung illusorisch.

Das politische Leben in Württemberg war in den folgenden Jahrzehnten ein sehr geringes, kaum daß das Jahr 1830 eine flüchtige Opposition hervorrief, die in der im folgenden Jahre gewählten Kammer ihren Ausdruck fand. Kurz entschlossen löste daraufhin die Regierung 1833 die Ständeversammlung auf und errang bei den Neuwahlen eine erdrückende Mehrheit. Die Opposition, zu der gefeierte Männer, wie Uhland, Kömer, Pfizger, zählten, bestand zwar fort, konnte aber bei der politischen In-differenz des Volkes und der eigenen Lahmheit und Versahrenheit keinen Boden gewinnen.

Die materielle Lage Würtembergs war in den vierziger Jahren keineswegs eine günstige; auch die Schutzzölle vermochten den wirtschaftlichen Niedergang nicht zu hemmen. Dazu kam, daß von der in diesem Jahre überall herrschenden Mißernte auch Württemberg schwer betroffen wurde. „Wer soll der Noth in Württemberg abhelfen?“ heißt es in einer, die allgemeine Mißstimmung kennzeichnenden Zuschrift der „Deutschen Zeitung“, „werden diese vom Uebermaß der Arbeit gekrümmten Leiber, diese tiefen Gesichtsrünzeln der in der Sonnenhitze halb verdorrten Weingärtner, diese von schweren Kopflasten hervorgeprägten Kröpfe der Weiber, werden sie die Typen Altwürtembergs bleiben?“ „Wird der tägliche Harm, das elende Wochenleben fort und fort dasselbe sein und seine Betäubung Sonntags in Trunkenheit und tobendem Lärm suchen müssen. Soll man an der Möglichkeit verzweifeln, daß jeder fleißige Würtemberger, statt durch seine Bemühungen um das tägliche Brot an Seele und Leib zu verkümmern, ein leidliches Auskommen und dabei Zeit finde, auch als Mensch und als Staatsbürger zu leben?“

Die Regierung that nicht viel, dem Nothstande abzuhelpen; als ihr 1845 die Stände zur Linderung des allgemeinen Mangels eine halbe Million Gulden zur Verfügung gestellt hatten, waren im nächsten Jahre nicht mehr als 1677 fl. 12 Kr. davon verausgabt. Die Schuld trifft auch hier die Bureaucratie, die hier wie überall eine seelenlose, um das Volkswohl unbekümmerte Thätigkeit entfaltete und den Endzweck ihres Daseins in der Zusammenhäufung möglichst großer Aktenstöße erblickte<sup>1</sup>. Auch das Strafgesetzbuch von 1839 und die Kriminalprozessordnung von 1842 gaben zu Unzufriedenheit Anlaß.

Seit dem August 1832 lag die Staatsleitung in den Händen des Premierministers von Schlayer, eines aus niederem Stande hervorgegangenen, einsichtigen und entschlossenen Mannes, gegen den die schwächliche Opposition nicht aufzukommen vermochte. Seine Collegen waren im Frühjahr 1848 der begabte Finanzminister von Gärtner, die beiden wenig hervorragenden Grafen Veroldingen und Sontheim, von denen Ersterer das Aeußere, Letzterer das Departement des Krieges leitete, endlich der Justizminister von Priefer, ein um seiner reaktionären Anschauungen willen höchst unbeliebter Beamter.

Schon am 29. Februar 1848 sah man Stuttgart in großer Aufregung; der „Schwäbische Merkur“ konnte nicht genug Extrablätter herstellen; auf der Neckarstraße standen Minister und Abgeordnete in Gruppen beisammen, man erblickte den Kriegsminister in eifrigem Gespräch mit dem Oppositionsmanne Römer. Eine große Bürgerversammlung folgte. Von überall her kamen die Adressen, darunter aus Tübingen eine von Uhland verfaßte, und schon am 1. März erfolgte die erste Abschlagszahlung der Regierung in Form der Aufhebung der Censur. Ein Manifest des Königs vom 2. stellte weitere Verheißungen in Aussicht mit der Ermahnung: „Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Befehl ist die heiligste und nothwendigste Pflicht!“ Am 6. folgte die weitere Erfüllung der Volkswünsche; Herr von Schlayer und

<sup>1</sup> Als die aufrührerischen Bauern in Weiler die Bücher und Akten des Rentamtes verbrannten, entstand ein heftiges Feuer, daß die Löschmannschaft aus Heilbronn herbeieilte, in der Meinung, das Schloß Weiler stehe in lichten Flammen.

Genossen nahmen ihren Abschied, die Ständeversammlung wurde auf den 13. einberufen, kurz Alles schien sich in größte Freude aufzulösen und man bereitete schon eine Dankadresse vor, als plötzlich das Gerücht von der Ernennung des als ultrareaktionär bekannten Freiherrn von Linden zum Minister des Innern sich verbreitete. Sofort schlug die Stimmung wieder um; das gesammte Regierungskollegium reichte seine Entlassung ein, im Hause der Bürgergesellschaft wurde sofort ein Protest in Form einer an die Stände zu richtenden Adresse unterzeichnet, von allen Seiten opponirte man gegen das in Aussicht genommene Ministerium Linden-Barnbüler, das in Folge dessen dem Sturme wich und bereits um vier Uhr Nachmittags dem Könige erklärte, es fürchte im gegenwärtigen Augenblick durch Annahme der Portefeuilles der Sache des Thrones und des Vaterlandes zu schaden.

Die Regierung entschloß sich nunmehr, völlig nachzugeben. Am 7. März eröffnete der Geheimrathspräsident Freiherr von Maucier, der bald darauf sein Amt niederlegen mußte, dem liberalen Abgeordneten Duvernoy, daß der König ihn, den Deputirten, zum Minister des Innern ernannt und ihm anheim gegeben habe, die übrigen Stellen nach Gefallen zu besetzen. Als bald wurde eine Eskafette nach dem in Tübingen bei Umland weilenden Pfizger entsandt. Am 9. war das Ministerium aus Duvernoy, Pfizger, Römer und Goppelt neugebildet; die bisherigen Minister Beroldingen und Sonthheim waren in ihren Stellungen verblieben.

Während sich hier in dieser Weise die Dinge einer friedlichen Entwicklung zuwandten, trafen von anderen Theilen des Landes Hiobsposten ein, die, durch das Gerücht noch vielfach vergrößert, allgemeinen Schrecken hervorriefen: „Im Jart- und Kocherthale, dem alten Heerde des Bauernkrieges, wiederholen sich die Scenen einer Zeit, welche 300 Jahre hinter uns läge, hätten die mediatisirten Fürsten und die ehemalige Reichsritterschaft, statt sich allem Anfinnen auf Ablösung zu widersetzen und auf ihre durch die Bundesakte und die Bundesversammlung geschützten drückenden Privilegien zu pochen, dem wohlgemeinten Rathe gefolgt, den alle in die Ferne blickenden Männer ihnen wiederholt

und öffentlich ertheilten.“ Der „arme Konrad“ schien zu neuem Leben erwacht; überall in den fürstlich Hohenlohe'schen und Seiningen'schen Besitzungen rotteten sich die Bauern zusammen, zogen vor die Schlösser der Gutsherren, die meist eilig flüchteten, und verbrannten die Akten der Rentämter. Mehrere Herrensitze gingen in Flammen auf, auch einige jüdische Häuser wurden ausgeplündert, doch die Kraft der Bewegung war bald erlahmt und nach Ankunft der Truppen trat in Kurzem wieder völlige Ruhe ein. In den benachbarten Hohenzollern'schen Ländchen ging es gleichfalls stürmisch zu; in Hechingen zogen große Bauernhaufen auf das Rathhaus, veranlaßten den Fürsten dorthin zu kommen und legten ihm ihre 25 Forderungen vor, worauf derselbe nebst dem Adel und den Juden die Stadt verließ und sich nach Stuttgart flüchtete. In Sigmaringen, wo der dirigirende Geheimerath von Schenk sich ziemlicher Beliebtheit beim Volke erfreute, kam es zu keinen ernstlichen Ruhestörungen.

Inzwischen wurde am 14. März unter großer Theilnahme der Bevölkerung die württembergische Kammer wieder eröffnet. Ihre Sitzungen waren, da von vornherein die Auflösung des Landtages nach Erledigung der dringendsten Angelegenheiten beschlossen war, nur von kurzer Dauer. In aller Eile wurden die Gesetze über Volksbewaffnung und Versammlungsrecht, sowie über Ablösung der Grundlasten angenommen, wobei der durch die Bauernunruhen erschreckte Adel sich sehr bereitwillig zeigte; am 25. März verlas der Staatsrath Duvernoy ein Reskript, welches die Kammer auflöste und die sofortige Vornahme der Neuwahlen anordnete.

In seinen letzten Sitzungen hatte sich der Landtag noch mit einem Gegenstande beschäftigt, welcher in Württemberg überall die größte Erregung hervorrief, mit den scheinbaren Kriegsrüstungen Oesterreichs. Es machte nämlich der Kaiserstaat Wien, die Festung Ulm, die in Kriegszeiten je zur Hälfte von Oesterreich und Württemberg, im Frieden aber — 400 Artilleristen ausgenommen — ausschließlich von letzterem Lande besetzt werden sollte, mit mehreren Tausend Mann zu okkupiren und kündete bereits dem Bezirksvorsteher von Lettnang die Ankunft

der Truppen an. Ob dieser Maßregel, die in erster Linie gegen die neuerrungene Freiheit gerichtet zu sein schien, entstand alsbald eine heftige Erbitterung. Schon machte man in Ulm Alles zur Vertheidigung fertig und ging daran, die württembergische Armee auf den Kriegsfuß zu bringen, da glückte es dem als Abgesandten nach Oesterreich geschickten Legationsrathe von Neurath, die Sache beizulegen und den Einmarsch zu verhindern. Auch die Kunde von dem drohenden Einfall der französischen Freischaaen rief überall große Aufregung und eilige Volksbewaffnung hervor.

Länger als Württemberg widerstand das **Königreich Hannover** dem Sturme der Zeit; sein Herrscher Ernst August hatte schon früher bewiesen, daß er nicht der Mann dazu war, sich ohne weiteres dem Volkswillen zu beugen; hatte doch seine ganze bisherige Regierung in einem unausgefehten Verfassungskstreite mit seinen Unterthanen bestanden. Die erste Handlung des im Jahre 1837 auf den Thron gelangten Fürsten war die Aufhebung der Verfassung gewesen, welche am 26. September 1833 der Bizekönig von Hannover, der Herzog von Cambridge, als der Vertreter König Wilhelms von England dem Lande verliehen hatte, kurz nachdem auch hier die Wirkungen der Julirevolution in einem erneuten Aufschwung des politischen Lebens zu Tage getreten waren. Diese Konstitution vom Jahre 1833 hatte einen für die damaligen Verhältnisse sehr freisinnigen Charakter. Sie gab den Ständen nicht nur das Recht, die Finanzen zu überwachen und Gesetzesvorschläge zu prüfen, sondern auch selbst letztere von sich aus der Regierung zu unterbreiten, und führte die Vereidigung sämmtlicher Staatsdiener auf die Verfassung, jowie die Ministerverantwortlichkeit ein.

In der zweiten Kammer hatte der Bauernstand eine angemessene Vertretung gewonnen; sie bestand aus 9 Geistlichen beider Konfessionen, 1 Deputirten der Universität, 37 Abgeordneten der Städte, 38 der Landgemeinden, während die erste Kammer neben den Vertretern des Hochadels und der hohen Geistlichkeit auch 35 Repräsentanten der Ritterschaft und 4 vom König ernannte Personen zählte. Zwischen beiden Häusern trat alsbald eine Spannung ein; die erste Kammer verhielt sich ab-

lehrend gegen die Neuerungen, die zweite versuchte unter Stübe's u. A. Führung auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten.

Als nun am 19. Juni 1837 Wilhelm IV. von England starb und ihm dort seine Nichte Viktoria auf dem Throne folgte, die nach deutschem Rechte in Hannover nicht successionsfähig war, gelangte hier Ernst August von Cumberland, ihr Oheim, zur Regierung. „Ich werde den Hannoveranern ein gerechter und gnädiger König sein“, lauteten seine ersten Worte; allein seine erste Regierungshandlung war wenig dazu angethan, einer solchen Verheißung zu entsprechen. Die Ständeversammlung wurde vertagt, der hochreaktionäre, nicht auf die Verfassung vereidigte Herr von Scheele zum Minister ernannt, und in dem Patent vom 5. Juli offen erklärt, daß der König sich nicht an die Konstitution für gebunden erachte.

Die Gründe, die den Herrscher zu diesem Schritte veranlaßten, seinen hauptsächlich die Sorge um die Erbfolge seines blinden Sohnes Georg, dann aber namentlich der Umstand gewesen zu sein, daß die Verfassung von 1833 die Domänen für Staatseigenthum erklärte und dem König eine Civilliste aussetzte. Mag dem sein wie es wolle, jedenfalls fand Ernst August bei seinem Vorgehen zwar große Entrüstung, aber wenig Widerstand; denn als der König offen die alte Verfassung von 1819 wieder einführte und von sämmtlichen Staatsbeamten die Leistung eines neuen Dienstoides verlangte, da fanden in dem ganzen Reiche nur sieben Männer den Muth zum Widerstand; die berühmten „Göttinger Sieben“, die Professoren Dahlmann, Albrecht, Jakob und Wilhelm Grimm, Gerwinus, Ewald und Weber waren es, deren mannhafter Entschluß in ganz Deutschland Theilnahme und Aufsehen erregte und einen erfreulichen Gegensatz zu der sonstigen Haltung der gelehrten Welt bildete. Auch die Stände versuchten eine Art Opposition; allein sie wurden binnen kurzem durch Vertagungen, Auflösungen, Minoritätswahlen und andere Mittel gefügig gemacht.

Daß man mit einer Verfassung wie die wieder eingeführte von 1819, die unter Anderem von den Deputirten den Nachweis eines jährlichen Einkommens von 600 bezw. 300 Pfund St.

verlangte, auf die Dauer nicht regieren könne, sah jedoch auch der König ein; am 6. August 1840 kam eine dritte, etwas modifizierte Konstitution zu Stande, die das Gesetzgebungsrecht, die Ministerverantwortlichkeit, die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen aufhob und dem König die Domänen zurückgab. Die einzige Antwort des Bundestags auf alle vom hannöverschen Volke an ihn gerichteten Bitten und Beschwerden hatte in der Fassung einer nichtsjagenden Resolution bestanden.

Das Verhalten Ernst Augusts ist stets der Gegenstand der heftigsten Angriffe und Beurtheilungen gewesen; allein, um gerecht zu sein, muß man zugestehen, daß der König das formelle Recht auch auf seiner Seite hatte; er hatte nie seine Einwilligung zu dem Staatsgrundgesetz gegeben; dann aber ist es sicher, daß ein Volk, das sich — mit Ausnahme jener Sieben — thatenlos einen solchen Schritt gefallen ließ, nichts Besseres verdiente, und endlich entspricht gewiß ein solches offenes und entschlossenes Vorgehen der Würde einer Krone besser, als etwa der kleinliche Haberd, in dem der Kurfürst von Hessen mit seinen Ständen lebte.

Trotz alledem war zu Beginn des Jahres 1848 die Unzufriedenheit in Hannover bei weitem nicht so groß, als man nach solchen Kämpfen hätte erwarten können. Es hatte dies seinen guten Grund: zwar herrschte auch hier die Polizeiwillkür, zwar war bereits seit dem Jahr 1705 die Censur eingeführt, allein Hannover war ein wohlhabendes Land und wurde gut und umsichtig verwaltet, so daß die materielle Lage des Volkes eine weit günstigere war als in anderen deutschen Staaten.

Der Anfang der Märzbewegung schien ein höchst schwächlicher. In der hannöverschen Stadtvertretung hatte der Bürgervorsteher Peters mit Genossen die Forderung von Pressefreiheit, Einberufung der Stände und Volksbewaffnung beantragt und, mit Ausnahme des letzten Punktes, durchgesetzt. Dieser schien dem Magistrate allzu kühn und mußte dem Wunsche nach einer deutschen Volksvertretung weichen. Eine Theilnahme des Volkes an den Verhandlungen ward ängstlich vermieden, dagegen der Landdroste von Dachhausen vom Inhalt der Petition in Kenntniß gesetzt. Auf solche Weise war es allerdings nicht möglich, dem

starrsinnigen König zu imponiren. Kurz und bündig eröffnete er am 7. März den Stadtbehörden, die Stände habe er bereits vorher einberufen, dagegen halte er Pressfreiheit für unnütz und schädlich und eine Vertretung des Volkes beim Bundestag für überflüssig, da Er daselbe genügend vertrete<sup>1</sup>.

Den landesväterlich wohlwollenden Ton, den der König bei dieser Gelegenheit angeschlagen hatte, athmet auch eine Proclamation vom 14. März, welche alle die Unruhe und Verwirrung einer geheimnißvollen Schaar von „Fremden“ beimaß, im Uebrigen aber nichts Neues brachte.

Während in Hannover die Gährung fortbauerte, kam sie an anderen Orten zu offenem Ausbruch. In Hildesheim war bei der Rückkehr einer nach der Residenz entsandten, aber nicht beim Könige vorgelassenen Deputation die Erregung zu einer Höhe gediehen, daß die Regierung schleunigst Truppen sendungen dorthin abgehen ließ. In Göttingen hatte der Polizeidirektor Heinke die in den Straßen lärmenden Studenten mit Waffengewalt zersprengen lassen, ein Schritt, der die größte Empörung hervorrief. Als bald gingen eine Deputation der Universität und eine der Bürgerschaft beschwerdeführend nach Hannover, kamen aber unverrichteter Dinge zurück; der König hatte sie überhaupt nicht empfangen.

Dies hatte, zumal da auch Kürassiere und Infanterie Göttingen besetzten, zur Folge, daß am 17. März um 12 Uhr Mittags die gesammte Studentenschaft die Georgia Augusta verließ, und sich gegen Hamburg wandte, wo sie den Erfolg ihres Schrittes abzuwarten beabsichtigte.

Am selben Tage war auch in der Hauptstadt selbst der Tumult losgebrochen; eine mit 2000 Unterschriften bedeckte Adresse wurde von der Bürgerschaft in das Schloß getragen

<sup>1</sup> Der Minister von Falke ergänzte diese Worte durch den byzantinischen Ausdruck: „daß eine Theilnahme deutscher landständischer Deputirten an den Berathungen und an den aus solchen hervorgehenden Beschlüssen des deutschen Bundes, denen die Landesherren selbst sich vertragsmäßig unterworfen haben, mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbar sei, wird bei ruhiger und reiflicher Erwägung Niemand verkennen“.

und dem Könige, der seit mehreren Tagen erkrankt war, in seine Gemächer gebracht. Die Antwort Ernst Augusts, die der Rabinetsrath von Münchhausen dem harrenden Volke mittheilte, schien befriedigend zu lauten; man zerstreute sich und der Tag verging verhältnißmäßig ruhig, wenn auch am Abend dem Minister von Falcke und einer „dem Könige nahestehenden Gräfin“ die Fenster eingeworfen wurden. Als jedoch am 18. Morgens die offiziöse „Hannoversche Zeitung“ den gestrigen Bescheid des Königs gedruckt und zwar in einer ganz anderen, völlig ablehnenden Fassung brachte, stieg die Erregung aufs Neue. Der Tag und die folgende Nacht vergingen mit Unterhandlungen mit der Regierung, die eine „die offizielle Resolution amplifizierende Proklamation“ anbot. Eine solche erschien denn auch, aber ohne besonderen Erfolg; Alles rüstete sich, um am 19. März die Entscheidung herbeizuführen.

Allein schon früher veranlaßte eine andere Nachricht einen völligen Umschwung der Dinge, die Kunde von der am 18. März erlassenen Proklamation Friedrich Wilhelms IV. Nach diesem Schritte des Preußenkönigs schien ein weiterer Widerstand nicht mehr möglich; am 19. und 20. erhielten sämmtliche Minister, von Falcke, von der Wisch, Graf Wedel, Graf Kielmannsegge, Freiherr von Scheele und General Protz ihre Entlassung; der Gedanke, den Landdrost von Bülow zu berufen, wurde alsbald aufgegeben und eine Stafette nach Osnabrück gesandt, um Stüve, den dortigen Bürgermeister, nach der Residenz zu berufen. Am 22. traf derselbe ein und bildete mit Graf Bennigsen, Dr. Braun, Lehzen, von Düring und General Protz das neue Kabinet. Ein Manifest vom gleichen Tage sicherte die Aufhebung der Censur, politische Amnestie und alle sonstigen Forderungen zu. Senator Heinke in Göttingen wurde seines Amtes entsetzt. Das Volk war jedoch noch immer nicht befriedigt, auf dem platten Lande kam es zu Unruhen, in Goslar zu einem großen Tumult. In Doccum gingen mehrere Gebäude in Flammen auf und fand ein blutiger Kampf zwischen Volk und Truppen statt; in Hannover selbst wollte man bereits Kanonen auffahren, um das gemeldete Eindringen der Bauernhausen zu hemmen. An anderen Orten nahm die Bewegung einen humoristischen

Anstrich an; so in Neustadt, wo man dem mißliebigen Bürgermeister eine Kutsche vor das Haus fuhr und ihn bat, sich derselben zur Abreise bedienen zu wollen.

Im Königreich Sachsen hatte die Juli-Revolution neben dem Sturz des allmächtigen Ministers Graf Einsiedel die Umänderung des alten Ständewesens zu einer modernen Konstitution zur Folge gehabt, so schwer es dem alten König Anton, der in diesen stürmischen Tagen seinen Neffen Friedrich August zum Mitregenten angenommen hatte, auch wurde, sich dem Zeitgeiste anzubequemen. Die Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 bestimmte die Zusammensetzung des Landtags aus zwei Kammern, deren erste aus den Standesherrn namentlich der schönburgischen Besitzungen, — Vertretern der Geistlichkeit und der Ritterschaft, Magistratspersonen u. A., die zweite aus 20 Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, 25 der Städte, 25 des Bauernstandes und 5 des Handels bestand. Das Charakteristische in dieser Ständeversammlung lag einmal in der großen Menge der Rittergutsbesitzer, die, im Ganzen 47 an der Zahl, sich in beide Kammern vertheilten, dann aber namentlich in der Berücksichtigung des Handels und Fabrikwesens als eines besonderen, von der Klasse der Ritter, Bürger und Bauern verschiedenen Standes. Es hing dies mit der hochentwickelten Industrie Sachsens zusammen, die schon damals die ersten, leisen Bewegungen des Sozialismus zeitigte. Erst mit Beginn der vierziger Jahre trat eine merkliche Spannung und Spaltung der politischen Parteien hervor. Auf dem vierten Landtag (1842/43) zeigte sich zum ersten Male eine entschiedene liberale Opposition, die in der Folge, von Lohd, Biedermann, Robert Blum, Braun u. A. geleitet, rasch an Boden gewann, zumal seit an Stelle des liberalen Ministers von Lindenau das reaktionäre Kabinet Könneritz-Falkenstein am 1. September 1843 getreten war und zugleich religiöse Verfolgungen, namentlich der Deutsch-Katholiken und der Lichtfreunde, den Mißmuth mehrten. Der Bruder des seit 1836 allein regierenden Königs Friedrich August II., Prinz Johann, der als die Seele dieser letzteren Bestrebungen und als das Haupt einer geheimen jesuitischen Propaganda galt, war in hohem Grade unpopulär; an seinen Namen knüpfte sich die Erinnerung an die blutigen, im August

1845 zu Leipzig stattgehabten Ereignisse, wo bei Gelegenheit einer Musterung der Bürgerwehr das Militär unter die vor der Wohnung des Prinzen tumultuirende Menge feuerte und eine große Anzahl Menschen todt und verwundet niederstreckte. Dieser Vorfall und etwas später die Theuerung von 1847 trugen viel zur Stärkung der Opposition bei.

Der Verlauf der Märzereignisse in Sachsen ist jedoch ein verhältnißmäßig sehr ruhiger zu nennen; zuerst begann es sich in Leipzig zu regen; zwanzig der dortigen Buchhändler verlangten in einer Zuschrift an das Ministerium die Aufhebung der Censur, und bald darauf reiste eine Deputation der Stadtbehörden nach Dresden, wo sie am 2. März dem König persönlich die Wünsche des Volkes offenbarten. Friedrich August zeigte sich zwar tief erschüttert, gab aber eine ausweichende und im wesentlichen ablehnende Antwort.

Ein Sturm des Unwillens erhob sich in Folge dessen unter den Tausenden, die vor dem Rathhause zu Leipzig sich versammelt hatten, um den Erfolg der Sendung zu vernehmen; mit Mühe gelang es Wiedermann und namentlich Robert Blum, den Zorn vom König ab und auf die Minister zu lenken, deren Entlassung sie forderten. Sofort ging eine zweite Abordnung nach Dresden, der akademische Senat bereitete eine Adresse vor, von Chemnitz, Zwickau, Glauchau, Grimmichau kamen die gleichen Forderungen nach der Residenz.

Zögernd entschloß sich jetzt die Regierung zu einer Concession; von Falkenstein, der höchst unbeliebte Minister des Innern, nahm seinen Abschied. Allein dies genügte bei weitem nicht; alsbald langte von den Leipziger Stadtverordneten eine neue Adresse an, welche den Sturz des ganzen „Systems“ forderte, die Leipziger Censoren selbst baten dringend um Enthebung von ihrem Amte, die Aufregung verbreitete sich überall im Lande, aus dessen sämtlichen Theilen liberal gesinnte Männer zu einer Versammlung in Leipzig am 12. zusammentraten; zugleich erschien der Minister von Carlowitz in der Stadt, um in diesem Mittelpunkte der Bewegung die Ruhe wieder herzustellen. Allein er muß bald zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß Sachsen allein nicht im Stande sei, den Gang der Weltgeschichte zu hemmen; denn kaum war er nach Dresden zurückgekehrt, so reichten am 13. März

die sämtlichen Staatsminister, außer Carlowiz noch von Beshau, von Wintersheim und von Oppeln, ihre Entlassung ein. Die nächste Folge dieses Schrittes war eine Art Freudentumult in Dresden, der jedoch unblutig verlief.

Am 17. März führte sich das neue Ministerium, aus Dr. Braun, Dr. von der Pfordten und Georgi bestehend, zu denen dann Graf Holzkendorff als Kriegsminister trat, mit einer Proklamation ein, die die Bewilligung sämtlicher Volkswünsche durch den König enthielt und mit großem Jubel begrüßt wurde. Leipzig veranstaltete sofort eine festliche Illumination; die dort wohnhaften Juden allein waren noch nicht zufrieden; sie veranstalteten am nächsten Tage eine Versammlung, um auch ihre Menschenrechte geltend zu machen.

Nachdem am 22. März noch Oberländer als Minister des Innern in das Kabinet eingetreten war, hatte die Bewegung im wesentlichen ihr Ende erreicht; doch auf dem Lande dauerte die Gährung, die sich namentlich in der Einäscherung des Schönburg'schen Schlosses Waldburg äußerte, noch lange fort.

Im Kurfürstenthum Hessen hatten seit Jahrzehnten das Herrscherhaus und seine Berather dafür gesorgt, daß die gewaltsam zurückgedrängte Erbitterung des Volkes beim ersten Anlaß in offenen Flammen emporzuschlug; schon 1830 war dies der Fall gewesen; damals hatte sich der Kurfürst Wilhelm II. bequemen müssen, den Kurprinzen Friedrich Wilhelm zum Mitregenten zu ernennen und dem Lande eine Konstitution zu verleihen.

Diese Verfassung vom 5. Januar 1831 war an sich höchst freisinnig; sie bestimmte Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Religion, der Meinung, der Presse, Wahrung des Briefgeheimnisses, sie gab den Ständen nicht nur das Recht der Steuer- und Gesetzbewilligung, sondern sogar die Verpflichtung, im Falle einer Verfassungsverletzung seitens der Minister die Anklage gegen dieselben zu erheben. Das sonst übliche Zweikammersystem war hier vermieden; es gab nur eine Ständeversammlung, zusammengesetzt aus den Prinzen, Standesherrn, einem Vertreter der Universität, 10 Abgeordneten der Ritterschaft, 16 der Städte, und ebensovielen der Landbezirke.

Man hätte annehmen können, daß durch eine solche, für die

damaligen Verhältnisse sehr liberale Verfassung den Ständen eine wesentliche Theilnahme an der Staatsleitung gesichert gewesen wäre, allein dies war nicht der Fall; die Regierung herrschte mit unumschränkter Macht und drückte die Konstitution, ohne sie äußerlich anzutasten, zu einem Scheindinge herab. Daß ihr dies gelang, ist im wesentlichen der Thätigkeit des Ministers von Hassenpflug zuzuschreiben, der seit dem Jahre 1832 Kurheffens Gesandte leitete, der Typus eines Reaktionsministers, welchen Wippermann, einer der vielverfolgten Freiheitskämpfer des Landes, wie folgt schilderte: „Er handelte stets mit Entschlossenheit, pflegte nur von den Eingebungen seines Willens sich leiten zu lassen, unbekümmert um die Folgen, die daraus entspringen konnten, ohne im Voraus zu prüfen, ob eine Maßregel, für die er sich entschieden hatte, mit Gesetz, Recht und Verfassung im Einklang sei. Doch wußte er stets sich in konstitutionellen Formen zu halten; wenn er irgend einen Schritt unternommen hatte, von dem geglaubt wurde, daß er im grellsten Widerspruch mit den Anordnungen der Verfassungsurkunde stehe, so stützte er mit ungemeiner Dialektik sich gerade auf diese, um die Anerkennung seiner Handlungsweise zu verlangen. Auf die nämlichen Artikel der Verfassungsurkunde, durch welche die Landstände die wichtigsten ihrer Rechte gewährleistet glaubten, pflegte er sich zu berufen, um diese denselben zu bestreiten, oder deren Umfang zu beschränken. Er stellte sich als Schutz und Schirm der Verfassung gegen die dieselbe untergrabenden Landstände dar, wenn diese solche in ihrem Pflichtgefühl gegen ministerielle Eingriffe schützen zu müssen glaubten. Landständische Beschlüsse, die ihm mißfielen, achtete er wenig oder gab denselben eine Auslegung, wie sie seinen Absichten entsprechend war, mochten auch die Stände noch so sehr versichern, daß sie damit gerade das Gegentheil bezweckt hätten. Versicherungen, die er gegeben hatte, wurden zwar buchstäblich denselben entsprechend beurkundet, doch deutete er sie nachher in einem ganz anderen Sinne, als in welchem sie die Landstände aufgefaßt hatten. Fand er keinen anderen Ausweg, auf dem eingeschlagenen Pfade sich zu erhalten, so brachte er Doktrinen und Interpretationen, vom Throne ausgesprochen, deren Autorität mit Deduktionen schwer zu bekämpfen

war. So gelangte man in Kurhessen fast zu einer gänzlichen Verwirrung der Begriffe über verfassungsmäßige Rechte, über die gegenseitige Stellung der Regierung und der Stände zu einander; denn kaum eine positive, staatsrechtliche Bestimmung war unbestritten."

Hassensflugs Wirksamkeit in Hessen war allerdings nicht von langer Dauer; schon 1837 schied er aus, um in preussische, dann in luxemburgische Dienste zu treten, allein sein Geist lebte in der Verwaltung fort, nur daß seine Nachfolger, namentlich Scheffer und Hanstein bei weitem nicht die Geistesgewandtheit und Schlagfertigkeit ihres Meisters besaßen. Der Streit mit den Ständen schleppte sich endlos weiter, und in diesen selbst war seit 1833 Zwietracht entstanden. Religiöse Unduldsamkeit, die sich namentlich gegen die Deutsch-Katholiken, aber auch gegen die Protestanten äußerte, ging mit polizeilichen Verfolgungen Hand in Hand. Von letzteren erregte namentlich der Prozeß gegen den Marburger Professor Sylvester Jordan Aufsehen. 1839 war der als Vorkämpfer der Liberalen bekannte Mann seines Amtes entsetzt und eingekerkert worden, bis ihn nach vierjähriger Untersuchungshaft das Oberappellationsgericht von der Beschuldigung der „Nichtverhinderung hochverrätherischer Unternehmungen“ gänzlich freisprach. Der hessische Richterstand hatte sich überhaupt auch in der Zeit der Reaktion seine Unabhängigkeit bewahrt und bildete dadurch ein mächtiges Schutzmittel gegen die Bedrückung der Polizei. Auch innerhalb des Herrscherhauses selbst spiegelte sich in Familienstreitigkeiten aller Art die Zerrüttung des Landes wieder; unter trüben Auspizien übernahm nach Wilhelms II. Tod der Mitregent als Friedrich Wilhelm I. allein die Regierung.

Unter solchen Umständen konnte es nicht fehlen, daß sofort nach dem Eintreffen der Pariser Nachrichten der Tumult, zunächst in Marburg, losbrach. Schon am 29. Februar wurden dort dem Universitätsdeputirten Professor Bergt die Fenster eingeworfen, eine gewaltige Menschenmenge zog unter Absingung des Lieds: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“, vor das Haus des Bürgerabgeordneten Lederer und brachte demselben ein dreimaliges Hoch aus; während man hier eine Versammlung

aus schrieb und eine Adresse vorbereitete, übersendete schon am nächsten Tag die Stadt Hanau, die von nun an die Führung der Bewegung übernahm, dem Kurfürsten die Forderungen des Volkes. Die Antwort der Regierung bestand zunächst in der Absendung von Truppen nach beiden Orten; in Marburg setzte die Polizei ruhig ihre Willkürherrschaft fort<sup>1</sup>.

Bald jedoch drang in Kassel, als immer neue Deputationen und Adressen, namentlich von der Hochschule und aus Hanau, anlangten, als die Bürgerschaft der Residenz selbst sich zu regen begann und allerhand, zu Anfang freilich recht kleinliche Beschwerdepunkte, wie die außer Landes erfolgte Anfertigung von Militäreffekten u. dgl., zur Sprache brachte, die Ueberzeugung durch, daß die Bewegung doch ernster sei, als man zunächst geglaubt. Noch am 5. März war ein Artillerieoffizier, der geäußert hatte, es dürfe kein Bürgerblut fließen, auf der Stelle in Haft genommen worden, und hatte der Kurfürst einer Marburger Deputation, unter der sich der Bierbrauer Leberer befand, den klassischen Bescheid gegeben: „Kein Bierbrauer regieren! — Universität verlegen! — Audienz beendet!“ allein schon in der folgenden Nacht verließ die Familie des Herrschers und zugleich der dem Volke verhaßte Staatsminister von Scheffer, Letzterer krank und in Rissen gehüllt, heimlich die Stadt; der Regierungsdirektor Loß in Marburg, „ein pedantischer, ängstlicher Mann mit starren Formen“, sollte an seine Stelle treten. Am folgenden Tage entschloß sich der Kurfürst bereits, bis zum 20. die Stände einzuberufen, um das Weitere mit ihnen zu berathen. Allein die Zeit drängte; in Marburg war, sobald die Deputation mit der erwähnten Antwort zurückgekehrt war, die Sturmglöcke gezogen worden; eine neue Abordnung von 24 Männern

<sup>1</sup> Hier terrorisirte der Wachtmeister Schmitt, genannt der „Eisenschmitt“, weil er früher wegen schwerer Mordthat im Kerker gesessen hatte, die Studentenschaft dermaßen, daß dieselbe dem Rektor erklärte, sie getraue sich nicht, „unbewaffnet Abends auszugehen, so lange ein so gefährliches Individuum frei umhergehe“. — Diese Furcht der vielen Hundert Hochschüler vor einem einzigen Polizisten ist ein echt vormärzliches Symptom. Der „Eisenschmitt“ wurde übrigens wirklich nach einigen Tagen in seiner Wohnung konfignirt.

reiste unverzüglich nach der Residenz, überall wuchs unaufhaltsam die Bewegung.

Angeichts der drohenden Gefahr entschloß sich Friedrich Wilhelm, einen Schritt zurückzugehen. Am 7. Abends wurde unter Trommelschlag ein Erlaß kundgegeben, durch welchen der Landesvater „unter Berücksichtigung der dermaligen Zeitverhältnisse“ „allergnädigst“ die Censur aufhob und einige andere Zugeständnisse machte, in der Hoffnung, daß das Volk „Unsere Huld durch treue Anhänglichkeit und gesetlichen Gehorsam verwalten werde“.

Das Volk jedoch war anderer Meinung; kaum war das Dekret nach Hanau gelangt, als dort der Aufstand losbrach; Alles eilte zu den Waffen; außer der Bürgergarde formirten sich zwei Freicorps, das eine aus Scharfschützen und Turnern, das andere aus Fabrikarbeitern bestehend; das Militär verhielt sich völlig passiv und verließ in den nächsten Tagen die Stadt, in die von allen Seiten bewaffneter Zuzug hineinströmte. Man bereitete sich zum Kampfe vor; die Straßen wurden verbarrikadirt, die Thore verrammelt, während zugleich eine neue Deputation eine geharnischte, mit offenem Aufstand drohende Adresse<sup>1</sup> nach Kassel brachte. Eine „Volkskommission“, die die Herrschaft in der Stadt an sich gerissen, hatte die Forderungen entworfen.

Auch in Kassel hatten inzwischen Tumulte stattgefunden und es waren bereits die Minister von Dörnberg, von Moß und Schmidt entlassen, und Weiß, Schwedes und von Baumbach an ihre Stelle getreten, als die Hanauer Abgeordneten, denen sich Kasseler Bürger und einige Mitglieder der nicht

<sup>1</sup> „Das Volk ist mißtrauisch gegen Eure Königl. Hoheit Selbst“, heißt es darin u. A. „und sieht in der unvollständigen Gewährung seiner Witten eine Unaufrichtigkeit.“ Der Schluß lautet: „Bögern Sie nicht einen Augenblick zu gewähren, vollständig zu gewähren.“

„Befonnene Männer, Königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren Charakter angenommen hat. Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken an eine Völkstrennung vertraut und kennt recht wohl das Gewicht der vollendeten Thatsache.“

„Königl. Hoheit, gewähren Sie! — Lenke Gott ihr Herz!“

vorgelassenen Massendeputation aus Marburg angeschlossen, ihre Unterhandlungen mit der Regierung begannen, ohne zunächst ihre Adresse zu überreichen. Der gleichfalls eingetroffene Hanauer Polizeidirektor von Specht vermittelte zwischen den Parteien.

Immer noch konnte sich Friedrich Wilhelm nicht zum Nachgeben entschließen; man sandte ihm die Adresse, die Petition einer inzwischen stattgehabten Volksversammlung, er verweigerte Alles. Schon hatten die Hanauer ihre Wagen bestiegen, um mit solcher Bottschaft die Gefahr eines Bürgerkriegs in ihre Heimath zu bringen, da legte sich das Volk von Kassel ins Mittel. Vor dem kurfürstlichen Palais hielt es die Pferde an und drängte sich drei Stunden lang immer lärmender und drohender auf dem Friedrichsplatz, bis endlich der herbeieilende Polizeidirektor Morchutt die landesherrliche Genehmigung der Volkswünsche überbrachte. Ein vom 11. März datirtes Patent versprach vollständige politische Amnestie, Pressefreiheit, Nationalvertretung und die Berufung volksbeliebter Männer in das Kabinet.

Am 13. traten die Stände zusammen und lehnten fast einstimmig den Antrag, die Exminister Scheffer und von Moß in Anklagezustand zu versetzen, ab. Das Ministerium des Innern wurde, nachdem Voß alsbald zurückgetreten, dem Bürgermeister Eberhard aus Hanau übertragen, das des Außern blieb, nachdem der hierfür vorgesehene Kammerpräsident von Trott, ein wenig beliebter Mann, es abgelehnt hatte, vorläufig unbesetzt. Wippermann, bisher der heftigste Gegner der Regierung, wurde landesherrlicher Kommissär bei der Ständeversammlung, Jordan zum Bundestage nach Frankfurt geschickt, der Umschwung war vollständig.

Minder stürmisch gestaltete sich die Bewegung im Großherzogthum Hessen-Darmstadt, obwohl auch hier seit dem Jahre 1830, in welchem die Juli-Revolution kurz nach der Thronbesteigung Ludwig II. Unruhen hervorgerufen hatte, eine starke Mißstimmung gegen die Regierung herrschte. Die Art und Weise, mit welcher die Reaktion ihre politischen Verfolgungen betrieb, erregte allgemein Unwillen; besonders war es der ge-

heimlichvolle Selbstmord des Pfarrers Weidig<sup>1</sup>, durch den das an die finsternen Zeiten des Mittelalters erinnernde Verfahren der hessischen Behörden aufgedeckt und ein Sturm der Entrüstung in ganz Deutschland erweckt wurde. Weidig war nicht das einzige Opfer; ein Genosse, Trapp, erlag der Entbehrung im Kerker, der Student Minnigerode verfiel in Wahnsinn und mehrere Andere blieben als Opfer der brutalen Justiz.

Im Landtag, dessen zweite Kammer aus 6 Abgeordneten der Ritterschaft, 10 der größeren Städte und 34 Vertretern der kleineren Orte und der Landbezirke bestand, entwickelte sich bald eine Opposition gegen die Regierung, deren gemäßigeren Theil Heinrich von Gagern, den radikaleren Wirth, Reh u. A. führten. Namentlich als der reaktionäre Minister du Thil an die Spitze des Kabinetts gelangt war, nahm die Spannung immer mehr zu.

Auf die erste Nachricht von der Februar-Revolution hin ergriff die liberale Opposition sofort kräftig die Initiative. Bereits am 27. Februar machten Gagern, Wernher, Lehne und Frank bekannt, daß sie den Inhalt des berühmten Baffermann'schen Antrages auf Vertretung der deutschen Nation beim Bundestag in Form einer Kammerpetition dem Großherzoge vorzulegen beabsichtigten. Am 2. März beantragte in einer bewegten Kammer Sitzung Frank und Lehne Einräumung des Petitionsrechtes, Reh freie Presse, Schwurgericht, Volksbewaffnung und Wechsel des „Systems“, mit anderen Worten die Entlassung du Thils.

Die eingeschüchterte Regierung, die bereits aus Furcht vor einem Aufstand die Garnison konfignirt hielt, bewilligte bereits in der Sitzung vom 4. die meisten Wünsche. Der Jubel im Saale und auf den Gallerieen war groß; man beschloß, eine Dankadresse, gegen die nur der Radikale Sig aus Mainz

<sup>1</sup> Weidig soll sich, durch Mißhandlungen aller Art zur Verzweiflung gebracht, am 23. Februar 1837 selbst im Kerker vermittels einer Glascherbe entleibt haben. Doch ist der alsbald ausgesprochene, auch von Robert Blum lebhaft befürwortete Verdacht, als sei auch eine fremde Hand dabei im Spiel gewesen, nie ganz widerlegt worden. Selbst die medizinische Fakultät zu Zürich erklärte in ihrem Gutachten, daß ein Selbstmord nicht anzunehmen sei.

protestirte. In letzterer Stadt waren starke Unruhen vorgefallen und wurde der weitbekannte Mainzer Karneval in Anbetracht der Zeitlage von der Bürgerschaft nicht gefeiert.

Der folgende Tag brachte eine neue Concession; der Großherzog nahm, von den Prinzen Georg und Karl gedrängt, seinen Sohn zum Mitregenten an und übertrug demselben sämmtliche Regierungsgeschäfte, so daß sein Schritt faktisch einer Abdankung gleichkam. Die erste Maßregel des neuen Herrschers bestand in der Verleihung der bisher verweigeren Pressfreiheit und Aufhebung der Censur; die Thil, ohne dessen Entfernung eine Beruhigung der Gemüther unmöglich erschien, nahm seinen Abschied. Heinrich von Gagern erhielt das Ministerium des Innern, Zimmermann die Finanzen, einige Tage später Kilian die Justiz. Die Freude war jetzt allgemein; das eben noch so stürmisch erregte Mainz veranstaltete eine große Jubelfeier, wobei auf Zins Anregung von wohlhabenden Bürgern eine Summe von 30 000 fl. zu einer Arbeiterstiftung gezeichnet wurde, um die immer noch mißvergnügten Proletarier zu versöhnen.

Im hessischen Oberwald waren in den Standesherrschaften Bauernunruhen entstanden, die sich in den bereits bekannten Erzessen gegen Rentämter u. s. w. äußerten und in der Folge mehrfache Truppenentsendungen erforderlich machten.

In **Hessen-Homburg** wurde dem Landgrafen Gustav eine Adresse mit den Volkswünschen überreicht, die derselbe „allergnädigst“ entgegennahm und alsbald gewährte. Unter Anderem wurden den Juden die Staatsbürgerrechte verliehen.

Die Zustände im **Herzogthum Nassau** gingen schon seit lange einer Revolution entgegen. Die Regierung verfuhr den Ständen gegenüber mit einer Willkür, gegen die die Maßregeln Hassenpflugs noch verfassungsmäßige zu nennen waren. Schon die Zusammenziehung des Landtages war eine vollständig widersinnige; nach den Patenten vom 2. September 1814 und dem 3./4. November 1815, den ersten Verfassungsverleihungen, die in Deutschland erfolgten, bestand derselbe aus einer „Herrenbank“ mit einer unbeschränkten Anzahl von Mitgliedern, die „mindestens dem Freiherrnstande“ angehören mußten, und einer Deputirtenversammlung von 23 Abgeordneten, nämlich 4 Geist-

lichen, 1 Schulmann, 3 Gewerbtreibenden und 15 höchstbesteuerten Gutsbesitzern. Als nun 1830, nach langen, seit 1818 gepflogenen Verhandlungen die Deputirten dem Vorhaben des Herzogs, sämtliche Domänen für sein Eigenthum zu erklären, entschiedenen Widerstand entgegensetzten, half sich derselbe dadurch, daß er die Herrenbank unmäßig vermehrte und sich so eine Majorität schuf. Als in Folge dessen die nach der Kammerauflösung von 1831 neu gewählten Deputirten bis auf fünf Mitglieder auf ihr Stimmrecht verzichteten, regierte er unbekümmert mit dieser sog. „Fünfmännerkammer“ weiter. 1839 starb der alte Herzog Wilhelm; sein Sohn Adolf folgte ihm in der Herrschaft, die er im Geiste des Vaters führte.

Als die Märzunruhen ausbrachen, weilte der Herzog, wie gewöhnlich, außerhalb seines Landes und zwar in Berlin; sein Staatsminister von Dungen mußte dem drohenden Sturme entgegenreten. Am 2. März überreichte ihm eine Deputation, der Volksfreund Hergenbahn an der Spitze, die Forderungen einer Massenversammlung, die auf dem Theaterplatz in Wiesbaden stattgefunden hatte. Dungen, ein entschlossener Mann, bewilligte aus eigener Machtvollkommenheit, um einem Aufstand vorzubeugen, Volksbewaffnung und Preßfreiheit — schon am nächsten Tage erschien in Wiesbaden ein neues Blatt, die „freie Zeitung“ — und verwies in Betreff des Uebrigen auf die bald zu erwartende Ankunft des Herzogs.

Damit war dem Volke wenig gebient; mit Mühe gelang es Hergenbahn, die Aufgeregten zum Auseinandergehen zu bewegen, doch wurde bis zum 4. März die Stimmung eine derartige, daß der Herzog, dem ein Courier nach dem anderen entgegen geschickt wurde, bald erscheinen mußte, wenn er seine Krone noch retten wollte. Eine große, bewaffnete Volksversammlung war zu diesem Tage ausgeschrieben; Gerüchte von einem geplanten Ueberfall Wiesbadens durch preußische Truppen liefen um und vermehrten die Erregung; nur den Bemühungen des Bruders des Fürsten, des sechzehnjährigen Prinzen Nikolaus, der sich persönlich unter das Volk mischte, und zwei Proklamationen der Herzogin Pauline und des Staatsministers von Dungen war es zu danken, daß man das Volk so lange hin-

halten konnte, bis gegen 4<sup>1/2</sup> Uhr Nachmittags Herzog Adolf wirklich eintraf. Von einer großen Menschenmenge begleitet, ging er zu Fuß nach dem Schlosse und bewilligte von hier aus in einer Ansprache die Forderungen des Volkes. Ein am nächsten Tage erlassenes Manifest bestätigte seine Worte. Am 6. traten die Landstände zusammen und wurden von dem Herzog mit einer Thronrede begrüßt. Ihre Thätigkeit war kurz; sie erklärten den dem Fürsten Metternich gehörigen Johannisberg für Volkseigenthum, einigten sich mit der Regierung über ein neues Wahlgesetz und lösten sich dann auf.

Der politische Theil der Bewegung war damit beendet; allein das Land befand sich trotzdem auch in der Folgezeit in einer Art von Revolutionszustand; überall hatten sog. Sicherheitsausschüsse die Macht an sich gerissen; die Behörden waren kraftlos; namentlich wurden die seit langem verhafteten Amtmänner vielfach vertrieben und mißhandelt.

Daß im Herzogthum Braunschweig die Erinnerung an den Aufstand von 1830, an die Verjagung des Herzogs Karl, bei der Nachricht von der Februar=Revolution erwachen würde, stand zu erwarten, um so mehr, da seit 1846 zwischen dem regierenden Herzog Wilhelm und den Ständen ein Konflikt wegen der Staatsfinanzen entstanden war. Doch war das Ministerium Schleinig-Schulz in der Mehrzahl seiner Mitglieder beim Volke beliebt.

Schon zwei Tage nach dem Eintreffen der folgenschweren Pariser Kunde fand am „weißen Roß“ eine Volksversammlung statt, bei der der Schriftsteller Schmelzkopf der Erste war, der die schwarz-roth-goldene Fahne in Deutschland entfaltete. Eine lebhafteste politische Agitation entwickelte sich in den ersten Märzwochen, wobei die Advokaten Maronheim und Luzius die Hauptrolle spielten. Der Herzog hielt es den in Menge veranstalteten Demonstrationen, Petitionen u. s. w. gegenüber, zu denen sich auch ernstere Ruhestörungen, wie die Ausplünderung der Wohnung des Stadtraths Mack gesellten, nicht für gerathen, Widerstand zu leisten. Er entließ den Minister Grafen zu Veltheim und gleich darauf auch dessen Nachfolger von Koch, da die Ernennung des Letzteren einen großen, nur mit Blutvergießen von der Bürger-

mehr und den Studenten des Collegium Carolinum unterdrückten Tumult verursacht hatte. Der volksbeliebte von Gehso trat in das Cabinet ein, aus welchem später noch der Minister Schulz ausschied. Auch die übrigen Forderungen des Volkes wurden gewährt, namentlich der Landtag auf den 31. März einberufen und die Censur aufgehoben. Während das Land sich bisher mit einer politischen Zeitung begnügt hatte, wurden nunmehr sofort fünf neue Blätter gegründet.

Das Großherzogthum Oldenburg besaß im März 1848 überhaupt noch keine Verfassung, sondern wurde von seinem Regenten Paul Friedrich August als Selbstherrscher, übrigens in milder und einsichtiger Weise regiert. Es nahm daher die Bewegung hier außer den sonstigen Forderungen auch das Verlangen nach der Konstitution in ihr Programm auf, die, wie man wußte, bereits im vorhergehenden Jahre auf Befehl des Großherzogs ausgearbeitet worden war.

Der Großherzog zeigte sich Anfangs wenig geneigt, auf solche Wünsche einzugehen, doch mußte er schließlich dem Drängen der Oldenburger Bürgerschaft und namentlich einer Deputation aus Jeber, an deren Spitze von Thünen stand, nachgeben. Nach mehrfachen Verhandlungen mit den aus allen Theilen des Landes eingetroffenen Abordnungen erschien am 18. März eine landesherrliche Bekanntmachung, welche die Grundzüge der Verfassung enthielt. Danach sollten die Stände eine Kammer von 34 Abgeordneten bilden, und die Wählbarkeit der letzteren nicht an Grundbesitz, Vermögen, Religion oder Geburt gebunden sein. Als die Rechte des künftigen Landtages wurde die Gesetzgenehmigung und Steuerbewilligung, sowie die Anklagepflicht gegen Staatsdiener bezeichnet. Eine neue Gemeindeordnung, sowie die Ablösung der bäuerlichen Lasten und Vereinbarung wegen der Domänen sollten zunächst die Thätigkeit der Landstände in Anspruch nehmen.

Mit diesen Bewilligungen erreichte die Bewegung in Oldenburg ihr Ende. Sie war im Großherzogthum selbst und dem Fürstenthum Lübeck ruhig verlaufen, im Ländchen Birkenfeld dagegen von mehrfachen Tumulten begleitet gewesen. Der dortige Regierungspräsident, Staatsrath Fischer, hatte sich zur Flucht genöthigt gesehen.

In den noch beinahe in mittelalterlichen Zuständen zurückgebliebenen Mecklenburg'schen Ländern konnte die Märzbewegung nur schwer durchbringen und gelangte gegen Ende des Monats erst zum Abschluß.

Eingeleitet wurde dieselbe durch einen Tumult, der am 3. in Wismar sich erhob, woselbst die Polizei versucht hatte, dem Volksredner und Advokaten Düberg das öffentliche Auftreten zu untersagen. Es war hauptsächlich die Bürgerschaft der Städte, von der das Verlangen nach Reformen ausging; der Adel, obwohl um seine Macht besorgt, verhielt sich ganz passiv, ebenso blieben auch die Bauern in stumpfer Unthätigkeit. Von Rostock, Parchim, Wismar, Güstrow und anderen Orten gingen Petitionen ab, welche neben den bekannten Forderungen auch den Wunsch nach einer modernen Konstitution aussprachen; denn die bisherige altlandständische Verfassung war ein ganz mittelalterliches Institut. Ebenso erschien auch eine Verbesserung der Stadtverfassung dringend nöthig.

Die Regierungen verhielten sich Anfangs ablehnend und gaben den Deputationen, die besonders aus Rostock erschienen, ausweichende Antworten. Zwar wurde die Berufung eines Landtages im Mai in Aussicht gestellt, es wurde anerkannt, daß „das ständische Institut einer Reform bedürfe“, dagegen wurde das Versammlungsrecht verweigert, eine Volksbewaffnung für unnütz erklärt, ja, am 14. machte der Großherzog von Schwerein bekannt, daß er nicht gewillt sei, in Zukunft Petitionen u. dgl. persönlich entgegenzunehmen. Allein nun zeigte die Bewegung einen ernsteren Charakter; es kam zu Ausläufen und Tumulten in den Städten, die Gefahr wuchs in einer Weise, daß schon am übernächsten Tage die Bekanntmachung zurückgenommen und die Censur aufgehoben werden mußte. Die wesentliche Verzögerung, welche die Reformbestrebung auch jetzt noch erlitt, scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß die mecklenburgische Regierung in enger Fühlung mit dem Berliner Hof sich befand und dessen Schwankungen in der ersten Hälfte des März mitmachte. Erst als auch dort Alles entschieden war, erschien eine vom 23. März datirte Proklamation des Großherzogs Friedrich Franz von Schwerein, die die Nothwendigkeit, daß

Mecklenburg in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrete, anerkannte und durch die Gewährung der Volkswünsche die Bewegung vorläufig zum Stehen brachte.

Die vier sächsischen Herzogthümer, Weimar, Meiningen, Altenburg und Koburg, waren ebenfalls durch den Märzsturm stark erschüttert worden.

In ersterem Großherzogthum übernahm der Abgeordnete Dr. von Wydenbrugt die Führung; am 4. März stellte er in der Kammer eine fast einstimmig angenommene Motion, welche die Aufhebung der Wiener und Karlsbader Beschlüsse, Verminderung des stehenden Heeres und vieles Andere forderte, und gelangte dadurch zu einem Konflikt mit dem Minister von Wagnorff. Am 9. März fand zu Weimar ein gewaltiger Aufruhr statt, der, mit Mühe durch Wydenbrugt beigelegt, die Wiederherstellung der Pressfreiheit nach den Bestimmungen der Jahre 1818 und 1819 zur Folge hatte. Trotz einer beruhigenden Erklärung, mit welcher inzwischen der Großherzog auf die Reformanträge der Kammer antwortete, wiederholten sich am 11. die Tumulte. Eine große Menschenmenge stürmte, die Bürgerkompagnieen zurückdrängend, schreiend und lachend in den Schloßhof und erzwang den Sturz des Ministeriums Schweizer. Der Abgeordnete von Wydenbrugt erhielt das Ministerportefeuille.

Im Herzogthum Sachsen-Meiningen bildete einen Hauptpunkt der Bewegung die Domänenfrage, über welche sich der Fürst und die Stände seit längerer Zeit bereits in Meinungsverschiedenheit befanden. Durch den Entschluß des Herzogs, die Domänen dem Lande zurückzugeben und sich auf eine Civilliste zu beschränken, wurde dieser Streit erledigt; auch in den anderen Punkten gab die Regierung allmählich nach; ohne Exzesse ging es jedoch auch hier nicht ab, im sog. Unterland wurden die Förster und andere Staatsbeamte verjagt und zogen plündernde Hotten umher. Die plötzliche Amtsentsetzung des Bürgermeisters der Residenz, welche durch dessen seltsame Kassenverwaltung veranlaßt wurde, erzeugte gleichfalls eine große Aufregung.

Im Herzogthum Sachsen-Koburg bewahrte das gute Einvernehmen, in welchem das Volk mit seinem Herzog Ernst II. und dessen Minister von Stein stand, das Land vor tieferen

Erschütterungen. Die Bewegung ging nicht von der Residenz aus, sondern von Stadt und Land Gotha, die, seit 1826 mit Coburg vereint, eine selbständige Verwaltung, und zwar ohne Mitwirkung von Landständen, besaßen. Der eilends aus England heimkehrende Fürst bewilligte Alles; er verlieh den Gothaern dieselbe Verfassung und die gleichen Rechte wie den Coburgern, berief die Landstände, ging auf sämtliche übrigen Volkswünsche ein und machte bekannt, daß er selbst seinen Bundestagsgesandten instruirt habe, den Antrag auf ein allgemeines deutsches Parlament nach Kräften zu unterstützen.

Durch diese Nachgiebigkeit der Regierung verließen hier die Märztage zwar unter großer Aufregung, aber ohne daß es zu Ruhestörungen kam, obwohl die Bauernunruhen in dem benachbarten Baiern sich bis dicht an die Grenze hin fortpflanzten.

Im Herzogthum Sachsen-Altenburg nahm von vornherein die Bewegung, an deren Spitze die Advokaten Erbe und Dölitzsch standen, einen entschieden demokratischen, fast revolutionären Charakter an. Zwar gelang es der Regierung, durch Vertheidigung des Militärs auf die Verfassung, Aufhebung der Censur, Einberufung der Stände u. s. w. zunächst den drohenden Sturm zu bannen, allein die Gährung dauerte fort und führte im Juni zu dem später zu erwähnenden republikanischen Aufstandsversuche und der im Herbst erfolgten militärischen Besetzung des Landes.

In Anhalt-Bessau bewilligte der Herzog Leopold Friedrich am 14. März die Volksforderungen, worunter sich u. A. das Verbot der Holzauktionen und die Bertheilung von Ackerland aus den Domänen befanden.

Im Herzogthum Anhalt-Bernburg glaubte der beim Volke wenig beliebte „Geheime Konferenzrath“, der für den körperlich und geistig schwachen Fürsten Karl Alexander die Regierung führte, am besten zu thun, wenn er selbst, am 14. März, eine Aufforderung zur Vorlegung der Volkswünsche erließ. Die Unterthanen machten von dieser Erlaubniß einen eifrigen Gebrauch; die Gesuche und Forderungen liefen so massenhaft ein, daß der Konferenzrath sich auf das Verhandeln verlegte und der März, ohne ein bestimmtes Resultat gezeitigt zu haben, zu Ende ging.

In den Fürstenthümern Pippe verlief der März ziemlich ruhig, ebenso in Waldeck. Tumultuarischer ging es in Schwarzburg-Rudolstadt und -Sondershausen zu; in letzterem Ländchen erließ der Fürst Günther Friedrich Karl am 13. März eine Proklamation, in der er den Wünschen seiner „Völker“ entgegenzukommen versprach.

Auch die Keuß'schen Ländchen hatten ihre Revolution; gegen den Fürsten Heinrich den 62ten von Keuß-Schleiz-Lobenstein-Ebersdorf und Gera, eines der seltsamsten Originale unter den gekrönten Häuptern Deutschlands<sup>1</sup>, erhoben sich seine Bauern; sie hausten übel in seinem Wildpark und überreichten ihrem Landesvater eine geharnischte Petition, obwohl derselbe sich als krank erklärte und von dem Worte „Forderungen“ in der Adresse nichts hören wollte.

Auch in den Hansestädten griff die Reformbewegung, wenn auch in einer durch die Lokalverhältnisse wesentlich veränderten Form, um sich.

In Hamburg zeigte die Stadtbehörde genau dieselbe unentschlossene zögernde Haltung wie die meisten deutschen Fürsten. Zwar beschloß der Senat in einer stürmischen Sitzung mit 16 gegen 8 Stimmen, Reformen einzuführen und zu diesem Behufe eine Bürgerdeputation zu ernennen, hielt aber trotzdem bis auf Weiteres an seinem bisherigen Systeme, namentlich der Censur, fest. Dies veranlaßte am 3. März einen gewaltigen Auflauf; das Haus des unbeliebten Bürgermeisters Kellinghusen, den man beschuldigte, den Zinsfuß in die Höhe geschraubt zu haben, wurde vom Volke gänzlich demolirt, mehreren Senatoren die Fenster eingeworfen.

Am 9. März gab in Folge dessen ein „hochedler Rath“ die Presse frei, und schlug am 11. eine Reihe von Reformbewilligungen vor, die außer den bekannten Wünschen eine Ersetzung der erbgefeffenen Bürgerschaft durch eine Versammlung periodisch gewählter Repräsentanten, Aufhebung der Lebenslänglichkeit und Selbstergänzung des Senats, freie Wahl der

<sup>1</sup> Bei ihm hatte sich Sola Montez aufgehalten, ehe sie sich über Heidelberg nach München begab. Näheres darüber findet sich ausführlich bei Scherr.

Offiziere der Bürgergarde, Aufhebung der Zunft und Anderes mehr enthielt. Doch war die Ruhe damit noch nicht hergestellt; die Zusammensetzung der mit der Prüfung dieser Punkte betrauten Deputation befriedigte nicht allgemein; während der Wahl dieses Ausschusses fanden wieder Tumulte statt, die namentlich in der Vorstadt St. Pauli einen ernsteren Charakter annahmen. Das Militär, die „Hanseaten“, schritt ein und stellte nicht ohne Blutvergießen die Ruhe wieder her.

In Lübeck wurde am 11. März die Pressefreiheit eingeführt; auch hier kam es zu einigen, doch weniger bedeutenden Ruhestörungen.

In Bremen verlief, mit Ausnahme eines Gassentumultes am 6. und 7., der März ruhig. Der „Bürgerverein“ nahm hier die Bewegung in die Hand, die im wesentlichen auf eine Umgestaltung der bisherigen patrizisch-oligarchischen zu einer mehr demokratischen Verfassung bestand. Am 8. März wurde die Censur aufgehoben und am selben Tage mußte der Senat in die sämtlichen Forderungen der zu Tausenden in völliger Ruhe vor dem Rathhaus versammelten Bürgerschaft einwilligen. Die alte Verfassung war damit gestürzt; eine Deputation von 18 Männern übernahm, von der Bürgerversammlung gewählt, die Ordnung der neuen Verhältnisse.

In der freien Reichsstadt Frankfurt endlich, die binnen kurzem die Blicke von ganz Europa auf sich ziehen sollte, überreichte am 3. März eine unter dem Vorsitz von Dr. Mappes in der Reitbahn zusammengetretene Volksversammlung dem Senate ihre Forderungen. Am folgenden Tage bereits gaben die Behörden die Presse frei, mit der Bestimmung, daß die Censur nie wieder eingeführt werden dürfe. An Erzeffen fehlte es auch hier nicht; während die Stadtbehörden in dem „Römer“ tagten, drangen Volksmengen lärmend in die Säle ein und pflanzten eine Freiheitsfahne auf dem Gebäude auf. Weitere Tumulte wurden jedoch durch den friedliebenden Sinn der Bürgerschaft vereitelt.

Vom Tragischen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt, das ist der Gesamteindruck, welchen ein Vergleich zwischen dem Verlauf der verschiedenen März-Revolutionen zurücläßt; welch ein Unterschied zwischen der Blutnacht des 18. März zu Berlin und der Re-

volution im Land Neuß-Schleiz, zwischen den Idealen von Freiheit und Einheit, die die Patrioten mit Begeisterung erfüllten, und dem Verlangen der Hechinger Bauern, die „Ausländer“ aus dem Lande zu entfernen. Es wäre ungerecht, über solche Erscheinungen, wie die letztere, den Stab zu brechen; die Kleinlichkeit des politischen Lebens in Deutschland brachte es mit sich, daß in fast allen Mittel- und Kleinstaaten die März-Bewegung zu einem Sturm im Wasserglase werden mußte.





#### IV. Abschnitt:

### Der Sturz des Fürsten Metternich.

---

**W**ährend überall in den deutschen Landen das Strohfeuer der Revolution emporflackerte, verharrten die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen noch in dumpfer Ruhe, und es schien, als solle sich das von ihnen vertretene System des Absolutismus siegreich in den Stürmen der Zeit behaupten.

Ganz ruhig waren allerdings die ersten Tage des sturmbelegten März auch in Oesterreich nicht verlaufen. In Wien zwar herrschte noch tiefe Stille, allein von der Leitha herüber, von der zu Preßburg versammelten ungarischen Ständetafel — nach der magyarischen Verfassung dem Unterhause, neben welchem als Oberhaus die Magnatentafel bestand — drang schon am 3. März der erste Ansturm auf das Metternich'sche System nach der österreichischen Hauptstadt. Auf der Tagesordnung hatte die Berathung über die Banknotenfrage gestanden, allein über dieses Thema hinausgreifend benutzte Ludwig Kossuth, einer der größten Redner aller Zeiten, die Gelegenheit, um mit hinreißenden Worten die ganzen Schäden und Gebrechen des Wiener Regierungssystems zu enthüllen. „Ich werfe einen traurigen Blick auf den Ursprung und die Fortpflanzung des Wiener bureaukratischen Regierungssystems“, lauteten einige seiner zündenden Sätze, „ich berührte,

wie sie das Gebäude ihrer erlahmenden Macht auf den Ruinen der unterdrückten Freiheit unserer verbrüdereten Nachbarn errichtet, und herzählend die unglückschweren Folgen dieses unheilvollen Regierungsmechanismus, und hineinschauend in das Buch des Lebens, wo die Schicksalslogik der Vorfälle die Enthüllung der Zukunft ankündigte, prophezeite ich in treuer Anhänglichkeit an die Dynastie, daß derjenige der zweite Gründer des Hauses Habsburg werde, der die Monarchie in konstitutioneller Richtung reformiren und den Thron des erhabenen Hauses auf die Freiheit seiner Völker unerschütterlich erbauen wird. Seitdem sind Throne zusammengestürzt und Völker haben ihre Freiheit erlungen, deren so nahe Zukunft sie vor drei Monaten nicht einmal träumten. Und wir wälzen seit drei Monaten unermüdet den Stein des Sisyphus und der Schmerz über die Unbeweglichkeit desselben erfüllt meine Seele mit Bangen. Mit blutendem Herzen sah ich, wie so viele Kräfte, so viele Fähigkeiten an einer undankbaren Arbeit sich abmühten, die den Qualen einer Treitmühle gleichkommt. Ja, löbliche Stände, auf uns ruht der schwere Fluch eines erstickenden Qualms; aus dem Weinhaufe des Wiener Systems weht eine verpestende Luft auf uns, die unsere Nerven lähmt und sogar unseren Geistesflug bannt.“

Der stürmische Beifall, der dieser Stelle folgte, wurde nur von dem Jubel übertroffen, unter welchem Kossuth seine Rede schloß. „Die Dynastie wird zwischen ihrem eigenen Wohle und der Erhaltung eines entarteten Regierungssystems wählen, und dennoch fürchte ich, wenn die loyale Aeußerung der Nationen nicht dazwischen tritt, daß die verknöcherte Politik in einer neuen Ausgabe der in Gott seligen heiligen Allianz auf Rechnung der Dynastie noch einige Tage fort zu vegetiren versucht. Sie, die Nichts zu vergessen pflegen, vergaßen doch das Eine gern, daß nämlich bei der ersten Auflage der heiligen Allianz nicht diese es war, welche die Throne rettete, sondern die Begeisterung der Völker, eine Begeisterung, deren Grundlage das Versprechen der Freiheit gewesen, — dies Versprechen aber wurde nicht eingelöst. Für eine Dynastie, welche sich auf die Freiheit der Völker stützt, wird immer Begeisterung entstehen; denn von Herzen treu kann nur ein freier Mann sein; der gedrückt wird, dient, wie er eben

muß — für eine Bureaukratenherrschaft kann keine Begeisterung entstehen.“

Die Wirkung, die diese Rede in Ungarn hervorrief, war eine mächtige; die Repräsentantentafel nahm im ersten Jubelsturme einstimmig eine Adresse an den Kaiser an, in welcher die Einführung der konstitutionellen Monarchie, im Besonderen ferner eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums gefordert wurde. Erschreckt reiste der Palatin von Ungarn, Erzherzog Stephan, nach Wien, um sich Instruktionen zu holen, während die Magnatentafel in Folge dessen die Diskussion der ihr vom Ständehaus vorgelegten Adresse bis zu seiner Rückkehr verschob. Am 14. März kam der Erzherzog wieder und befürwortete unter stürmischer Begeisterung der Versammelten selbst im Magnatenhause die Annahme der Adresse, welche alsdann am 16. von einer Reichsdeputation unter Führung des Palatins nach der österreichischen Hauptstadt gebracht wurde.

In Preßburg hatte Kossuth seine Rede gehalten, in Wien sollte sie zünden. Noch herrschte zwar unumschränkt in der Hofburg der Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürst zu Metternich-Winneburg, welcher gemeinschaftlich mit den beiden anderen Mitgliedern der „Staatskonferenz“, Erzherzog Ludwig und Graf Kolowrat, für den körperlich und geistig schwachen Kaiser Ferdinand die Regierung führte, allein ganz unerschüttert war seine Stellung schon seit einiger Zeit nicht. Vom Volke war diese Opposition nicht ausgegangen, wohl aber von einer Hofpartei, an deren Spitze ein Mitglied des kaiserlichen Hauses selbst, die scharfblickende Erzherzogin Sophie stand. Die Prinzessin hatte erkannt, daß das System Metternich seinem Zusammenbruche nahe sei, und schon seit einiger Zeit, namentlich aber seit dem Vorgange Preußens, welches 1847 den Vereinigten Landtag einberufen hatte, trug man sich mit Reformplänen aller Art, die bei dem hartnäckigen Widerstande Metternichs und des Erzherzogs Ludwig — Kolowrat war liberaler gesinnt — keine feste Gestalt gewinnen konnten.

An einen Sturz des mächtigen Mannes wagte auch jetzt noch Niemand zu denken. Wie sollte der Fürst, welcher seit mehr als 38 Jahren Oesterreich beherrscht, den deutschen und vielen

anderen Staaten ihre Politik vorgeschrieben hatte, dem die Weise höchster Anerkennung von Seiten sämtlicher Souveräne zu Theil geworden waren<sup>1</sup>, wie sollte Fürst Metternich sich jezt am Abend seines Lebens — er war 1773 geboren — vor einer Hofintrigue oder gar vor dem stets von ihm mißachteten Volkswillen beugen.

Das Volk war, wie gesagt, bisher durchaus ruhig gewesen, allein schon seit mehreren Jahren hatten sich drohende Anzeichen sozialer Uebelstände gezeigt. „Es gab viele brodlose Menschen“, schreibt Violand, „welche fast ohne jede Bekleidung sowohl im Sommer als im Winter sich des Tages hindurch in den Unrathskanälen aufhielten und des Nachts, um frische Luft zu schöpfen und Etwas zu erwerben und zu genießen, Einbrüche oder Raubanfälle begingen und sich dann im Prater oder in elenden Kneipen herumtrieben. Zudem wurden die Arbeiter von den Behörden als Gefindel wie eine Heerde Vieh behandelt. Wer einmal auf der Wiener Polizeidirektion an einem Vormittag war, wird sich wohl erinnern, wie viele Hundert Handwerksburschen in einem engen Gange zusammengepfertcht standen und stundenlang auf ihre Wanderbücher stille harren mußten,

<sup>1</sup> Schon auf dem Protokoll des Wiener Kongresses 1815 wurde Metternich mit folgenden Würden und Titeln aufgeführt:

„Klemens Wenzeslaus Fürst von Metternich-Winneburg-Ößsenhausen, Ritter des goldenen Vlieses, Großkreuz des königlich ungarischen St. Stephansordens, Ritter des Ordens des hl. Andreas, des heiligen Alexander Newsky und der hl. Anna erster Klasse, Großkreuz der Ehrenlegion, Ritter des Ordens vom Elephanten, des Ordens der Annunciation, des schwarzen Adlers und des rothen Adlers, des Seraphinen-Ordens, des hl. Josephs von Tostana, des hl. Hubertus, des goldenen Adlers von Württemberg, der Treue von Baden, des hl. Johannes von Jerusalem und Anderer mehr, Kanzler des militärischen Maria-Theresien-Ordens, Kurator der Kaiserlich-Königlichen Akademie der bildenden Künste, Kammerer, Wirklicher Geheimer Rath Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen, Allerhöchstseines Staats- und Konferenzministers, auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten und erster Plenipotentarius am Kongreß.“

1818 wurde Metternich weiterhin vom König von Neapel zum Herzog von Portella, 1821 zum Haus-, Hof- und Staatskanzler der österreichischen Monarchie ernannt. 1826 verlieh ihm der König von Spanien Titel und Vorrechte eines Granden erster Klasse.

wobei sie ein Polizeimann mit dem Säbel oder Stock in der Faust wie ein Sklavenaufseher überwachte. Die Polizei und die Justiz hatten sich beinahe verschworen, diese Armen durch diese kopfloseste, wirklich chinesische Anwendung des Gesetzes bis zur Verzweiflung zu treiben. Wohl bestanden Gemeindepöbelanstalten, aber deren Wirken war wie das Fallen eines Tropfens in das Meer. Ihre Einkünfte waren viel zu gering. Auch bestand in Wien eine vom Staat erhaltene freiwillige Arbeiteranstalt, aber diese war derart, daß es Niemand länger als höchstens einige Tage aushalten konnte, und Jeder lieber das größte Elend erduldet, als daß er zum zweiten Male in diese Anstalt ging. Die Bezahlung, der Lohn war daselbst gleich Null und die Behandlung absichtlich jedes menschliche Gefühl empörend“ u. s. w.

Ist diese Schilderung auch sehr tendenziös gefärbt, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß seit den Jahren 1844 und 1845 in Wien das Proletariat massenhaft sich vermehrt hatte. Die Prostitution griff immer mehr um sich und besonders waren die sog. „Kappelbuben“ zu einer wahren Stadtplage geworden, welche die Regierung vergeblich zu bekämpfen suchte. Aus diesen sozialen Verhältnissen erklärt sich eine Erscheinung in den Wiener Unruhen, die sich in gleichem Umfange nur bei dem Aufstande in Neapel findet, die Erscheinung, daß neben der eigentlichen, vom Volke ausgehenden Bewegung Böbelezeresse der größten Art vorfielen.

Der erste Eindruck der Pariser Februar-Revolution war in der österreichischen Hauptstadt mehr Erstaunen und Furcht vor einem Kriege, als Freude gewesen. Die Werthpapiere sanken, die Sparkassen wurden um Rückgabe der Einlagen bestürmt, Handel und Gewerbe stockten. Erst als man erkannte, wie in den deutschen Kleinstaaten die Reformbewegung siegreich durchdrang, begannen auch an der Donau die Geister sich zu regen.

Am 6. März legte in dem niederösterreichischen Gewerbeverein in Anwesenheit des Bruders des Kaisers, des Erzherzogs Franz Karl, sowie des Grafen Kolowrat der Industrielle von Arthaber eine Adresse an den Kaiser vor, welche mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde. Irgend welche Forde-

rungen darin aufzustellen hatte man nicht gewagt, sondern sich auf die Versicherung treuester Ergebenheit beschränkt.

Offener schon sprach sich eine zweite Adresse aus, welche an die auf den 13. zusammenberufenen niederösterreichischen Stände bestimmt war und schon am 11., mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, dem ständischen Verordnetenkollegium überreicht wurde, um durch dessen Vermittelung vor den Kaiser gebracht zu werden. Hier waren bereits die Hauptpunkte der Märzforderungen, Veröffentlichung des Staats Haushaltes, periodische Berufung eines ständischen Körpers mit Steuerbewilligungsrecht und Theilnahme an der Gesetzgebung, Einführung eines Preßgesetzes, öffentliches Gerichts- und Verwaltungsverfahren, Verleihung einer zeitgemäßen Stadt- und Gemeindeverfassung, enthalten. Auch die Wiener Buchhändler hatten in einer Eingabe um Milde rung des Censurzwanges petitionirt.

Wichtiger noch als diese Bittschriften war die Adresse der Universität. Am 7. März hatte der Mediziner Löser eine solche vorge schlagen und damit solchen Anklang gefunden, daß am 11. mehr als zweitausend Studenten das Schriftstück, welches die sämmtlichen Forderungen der Zeit enthielt, unterzeichnet hatten. Am Sonntag den 12. März sollte die Adresse überreicht werden, allein die von allen Seiten herbeiströmenden Studenten fanden die sämmtlichen Hörsäle der Universität auf ausdrückliche Anordnung des Kanzlers Grafen Inzaghi verschlossen. Ein lebhafter Unwille erhob sich; man ging daran, sich gewaltsam Eingang zu verschaffen, doch gelang es den beiden unter den Studenten befindlichen Professoren Hye und Endlicher die Versammelten von Thätlichkeiten abzuhalten. Man beschloß, durch die beiden akademischen Lehrer die Adresse in der Hofburg überreichen zu lassen.

Gegen halb elf Uhr Vormittags trafen Hye und Endlicher dort ein und erbaten sich Audienz. Die beiden Mitglieder der Staatskonferenz Erzherzog Ludwig und Graf Kolowrat zeigten sich Anfangs diesem Wunsche wenig geneigt, doch wurde den Professoren endlich, als sie sich bereits zum Weggehen anschickten, wenigstens der Bescheid zu Theil, es sei eine Sitzung des Staatsrathes zur Prüfung der Sachlage auf den Nachmittag anberaumt. Um

sechs Uhr Abends gelang es ihnen alsdann, vor den Kaiser gelassen zu werden und ihre Adresse zu überreichen.

Das Resultat des erwähnten Staatsrathes und der verschiedenen Intriguen, die sich am Hofe entspannen, war ein am Abend aufgesetztes Schriftstück, welches bereits eine Art von Concession enthielt. Es sollte nämlich aus den Provinzialständen je ein Mitglied aus jedem Stande nach Wien berufen werden und hier in Berathung mit einer Regierungskommission treten.

Unter allgemeiner Erregung brach der 13. März an, der Tag, an welchem die niederösterreichischen Stände in ihrem Hause in der Herrengasse zusammentreten und die Adresse der Bürger entgegennehmen sollten. Schon am frühen Morgen umdrängten Hunderte das Gebäude; die umliegenden Straßen, der Michaelsplatz, der Kohlmarkt und Graben wimmelten von Menschen und waren von Militär besetzt. Die Studenten hatten sich zunächst in der Aula versammelt und waren von da um acht Uhr Morgens größtentheils nach dem Ständehaus, zum Theil aber auch nach dem Palais des Fürsten Metternich gezogen, wofelbst Einer von ihnen, Namens Burian, auf dem Ballplaze eine Ansprache hielt.

Inzwischen war das Gedränge um das Ständehaus immer größer geworden und die Aufregung im Wachsen. Von einem Brunnen herab hielten eine Anzahl junger Männer, Dr. Fischhof, Ritter von Böhm und Andere, Ansprachen, die im wesentlichen auf dasselbe hinausliefen. Außer den schon bekannten Forderungen verlangte man jetzt Errichtung einer Nationalgarde, Volksvertretung beim Bundestag, Ministerverantwortlichkeit, Ausweisung der Jesuiten und Fernhaltung der Russen, Gleichheit der Konfessionen und Stände und vieles Andere, das alles zusammen der weite Begriff „Konstitution“ umschloß. Bereits wurde hier und dort der Ruf nach Metternichs Abdankung laut, von dem Brunnen herab verlas der Jurist Puz die Kossuth'sche Rede und erntete stürmischen Beifall.

Dazwischen war bereits eine Bekanntmachung, daß die Regierung einen Finanzausweis vorlegen und einen Ständeausschuß berufen wolle, verbreitet, aber sofort von den erregten

Studenten zerrissen worden. Das gleiche Schicksal ereilte eine Adresse an den Kaiser, welche von den innen im Hause beratenden Ständen verfaßt war und den außen Harrenden zu gemäßiget erschien.

Während dieser Scene war eine Deputation des Volkes und später eine aus Bürgern und Studenten bestehende Abordnung in das Innere des Gebäudes gelassen worden und begann im Saale mit den Ständemitgliedern zu unterhandeln. Die Unruhe der draußen harrenden Menge war inzwischen immer größer geworden. Vergeblich hatte der Graf Colloredo vom Balkon aus die Versammelten zu beschwichtigen versucht. Plötzlich ertönte aus dem ersten Stocke der Ruf: „wir sind eingesperrt, zu Hülfe!“ und nun war kein Halten mehr. Bürger, Studenten, die vereinzelt darunter befindlichen Arbeiter, Alles stürzte sich unaufhaltsam gegen das Ständehaus, um die vermeintlich gefangen gehaltene Deputation zu befreien. Die Thüren wurden eingetreten, die Fenster zertrümmert, tobend und schreiend wälzte sich die Menge durch die Gänge und Säle des Gebäudes; Stühle und Tische wurden in den Hof geworfen, die Lüftung zertrümmert und andere Exzeße verübt.

Ehe diese zügellosen Scenen sich ereigneten, hatte im Ständesaal eine aus zwölf Personen bestehende Deputation, welche von Dr. Rapper geführt wurde, ihre Forderungen entwickelt. Der Präsident Graf Montecuculi und Graf Colloredo hatten, vielfach durch den allgemeinen Lärm gestört, erwidert, daß sie bereit seien, auf dieselben einzugehen, Dr. Brühl alsdann nochmals begonnen, die einzelnen Volkswünsche aufzuzählen, als, durch ein Mißverständnis veranlaßt, der Einbruch der Menge in das Gebäude erfolgte. An eine Fortsetzung der Berathung war voreerst nicht zu denken, Graf Montecuculi eilte an der Spitze einer Deputation in die Hofburg, um dem Kaiser die Petitionen zu unterbreiten.

Nach den ersten tumultuarischen Auftritten war es gelungen, im Ständesaale eine gewisse Ordnung herzustellen. Es konstituirte sich ein Comité, an dessen Spitze der Jurist Stöber trat, und man entwarf eine Adresse an den Magistrat, in welcher die Mobilmachung eines Theiles der Bürgerschaft

zur Verhinderung militärischen Einschreitens gefordert wurde. Eine Abordnung begab sich sofort zu dem Bürgermeister Scapta; allein dieser, ein unentschlossener ängstlicher Mann, der sich Anfangs sogar vor seinen unwillkommenen Besuchern verleugnen ließ, konnte sich nicht zu entscheidenden Maßregeln entschließen.

Während im Ständehause jetzt eine ziemlich Ordnung herrschte und zahlreiche Redner die Ungeduld der auf die Rückkehr der Deputation harrenden Menge zu beschwichtigen versuchten, griff auf den Straßen die Bewegung immer mehr um sich. Schon um 9 Uhr Morgens war Generalmarsch<sup>1</sup> geschlagen worden, um 10 Uhr hatte das Militär — im Ganzen 8 Regimenter Infanterie, je ein Regiment Kürassiere, Husaren und Dragoner nebst Artillerie, Jägern und Pionieren, zusammen 22000 Mann — mit scharfgeladenen Gewehren zahlreiche Punkte der Stadt, außer dem Ständehaus auch die Hofburg, das Rathhaus, den Ballplatz, — wo Metternichs Palais stand — den Hof, die Nationalbank und sämtliche Stadthore besetzt.

Noch war jedoch kein Blut geflossen, als auf die Nachricht von der Erstürmung des Ständehauses der Erzherzog Albrecht, welcher auf dem Hofplatze kommandirte, eine Abtheilung Grenadiere und Pioniere zum Schutze des Gebäudes vorgehen ließ. Der Anblick der Truppen reizte die Menge aufs Höchste, Holzstücke und andere Wurfgeschosse flogen nach den Offizieren, der Erzherzog selbst, der hinter den Soldaten ritt, wurde von einem solchen getroffen. In diesem Augenblick ertönte das Kommando „Feuer“, eine Salve ertrachte und fünf Menschen stürzten todt zu Boden, darunter ein Greis und ein 18jähriger Techniker.

Es war ein Uhr Mittags, als diese ersten Opfer der Revolution fielen. Rasch veränderte sich jetzt das Aussehen der Stadt, die Läden wurden geschlossen, die Thore gesperrt, an verschiedenen Punkten Kanonen aufgeföhren. Da und dort, auf dem Judenplatze, an dem bürgerlichen Zeughause, am Schottenthor kam es zu heftigen Zusammenstößen, die Pariser Gasse wurde durch Wagen verbarrikadirt. Aus dem Polizeigebäude fiel ein Schuß, welcher zwei Bürger todt zu Boden streckte<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Ein Soldat des Regiments Grabowshy soll diesen Schuß abgefeuert haben.

Das Volk, unter welchem bereits vereinzelt Pöbelrotten erschienen, hielt jedoch nirgends Stand, sondern flüchtete meist schon nach den ersten Schüssen. Andererseits zeigte das österreichische Militär durchaus keine Kampflust, sondern that nur gezwungen seine Pflicht. Es kam vor, daß Grenadiere freiwillig die Bajonette von den Gewehren nahmen, ja ein Oberfeuerwerker stellte sich in der Schauflergasse selbst vor eine Kanone, um deren Losbrennen zu verhindern. Die Verluste des Straßenkampfes waren, mit den gleichzeitigen in Paris und Berlin verglichen, sehr gering zu nennen.

Gegen vier Uhr Nachmittags endlich vereinigte sich eine Anzahl angesehenen Bürger, um durch Vermittelung des Bürgermeisters die Zurückziehung des Militärs zu erlangen. Es dauerte lange Zeit, bis sich Capta bereit finden ließ, sich zu dem Erzherzog Albrecht zu verfügen und demselben die Bitte der Deputation vorzutragen. Wider Erwarten zeigte sich der Erzherzog sofort dazu bereit; im Verlaufe der späteren Nachmittagsstunden verließ das Militär die Stadt und zog sich auf das Glacis zurück. Gleichzeitig war eine Abordnung von Bürgeroffizieren, von Oberlieutenant Scherzer geführt, in der Hofburg erschienen und hatte dort offen die Absetzung Metternichs gefordert. Ein anderer Bürger, Dr. Engel, hatte sich bei dem Erzherzoge Wilhelm um Erhaltung des Friedens verwendet.

Ein gegen fünf Uhr Nachmittags erlassenes Manifest des Regierungspräsidenten Johann Salakfo Freiherrn von Gesticitz verkündete zur selben Zeit, daß der Kaiser „die Stände gnädigst zu empfangen geruht, und ihnen die Zusicherung allerhuldreichst ertheilt, daß dasjenige, was den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entspricht, durch ein eigens hierzu aufgestelltes Comité sogleich geprüft, und der allerhöchsten Entscheidung unterzogen werde, worüber Allerhöchstdieselben das zum allgemeinen Wohle der Gesammtheit Ihrer geliebten Unterthanen Dienliche mit Beschleunigung entschließen werden.“

Alein derartige Versprechungen machten jetzt bei dem Wiener Volke keinen Eindruck mehr. Die Studenten waren inzwischen vom Ständehause nach der Universität gezogen und hatten sich hier im juristischen Hörsaale versammelt. Professor Ege hielt

abermals eine Ansprache, als die Nachricht von den blutigen Auftritten in der Herrengasse eintraf. Ungestim schrie Alles nach Waffen, bis der Mediziner Dr. Köck durch einen gewandten Vorschlag die Erregung beschwichtigte. Der Rektor der Universität sollte von seinem seit 500 Jahren bestehenden Vorrechte Gebrauch machen, welches ihm, wenn er mit den Insignien seiner Würde geschmückt in der Hofburg erschien, zu jeder Zeit freien Zutritt zu dem Monarchen gestattete. Der Rektor Hofrath Jenuß erschien und erklärte sich zu dem Gange bereit; die Professoren Hye und Endlicher schlossen sich ihm an. Von einer großen Menge Studenten begleitet ging die Deputation über den Stephansplatz, wo ihr auf ihren Wunsch ein Offizier als Eskorte zugetheilt wurde, nach der Hofburg und erhielt hier erst bei dem Erzherzoge Franz Karl, welcher „als ehrlicher Mann“ versicherte, daß Reformen im Werk seien, dann bei dem Erzherzog Ludwig Audienz. Der Letztere, von Abordnungen aller Art umlagert, versprach ebenfalls Concessionen und beauftragte den Staatsrath Pilgram, die Gewährung derselben der Deputation schriftlich mitzugeben. Irgend eine bestimmte Auskunft vermochten die Professoren nicht zu erlangen, und mußten schließlich mit leeren Händen in die Aula zurückkehren.

Hier hatten sich nach ihrem Weggange die Studenten zu formiren begonnen; nach ihren vier Fakultäten stellten sich Juristen, Mediziner, Philosophen und Techniker an den vier Wänden des Saales in Rotten auf und wählten die Doktoren Giska und Strich sowie den Studirenden Oberreich zu Anführern. Nachdem man einige Zeit auf die Rückkehr der Deputation gewartet, steigerte sich die Unruhe und Erregung, vermehrt durch die zahllosen umlaufenden Gerüchte, immer mehr. Eine zweite Deputation, aus dem Dekan der medizinischen Fakultät, dem Notar derselben, Dr. Schilling, und Dr. Engel bestehend, machte sich auf den Weg nach der Hofburg, erhielt ebenfalls auf dem Stephansplatze zwei Offiziere und einige Gemeine als Eskorte und langte um dieselbe Zeit an, als die Professoren Hye und Endlicher ihren Rückweg antraten.

Die Deputation wurde zunächst von dem Erzherzog Franz Karl empfangen und alsdann in das Vorzimmer der Gemächer

des Erzherzogs Ludwig geführt, wo bereits eine große Anzahl Menschen der Entwicklung der Dinge harrten, darunter auch die Abordnung der Bürgerwehroffiziere.

Die erste Unterredung mit dem Erzherzog führte trotz der dringenden Bitten der Abgesandten zu keinem Resultate. Man bat dieselben, sich wieder in das Vorzimmer zurückzuziehen; es war bereits ein Viertel nach acht Uhr Abends und bis neun Uhr spätestens hatten die in der Aula wartenden Studenten sich ruhig zu verhalten versprochen. Um wenigstens einen Versuch der Beruhigung zu machen, eilte Dr. Schilling nach der Aula zurück, die anderen blieben wartend stehen. „Dr. Engel“, schildert Ditscheinner den nun folgenden denkwürdigen Moment<sup>1</sup>, „sich gestehend, daß die kostbarste Zeit unter den quälendsten Empfindungen hier nutzlos verrinne, wendete sich eben mit der Aeußerung zum Dekan: «Werden wir nicht baldigst hineingelassen, so öffne ich die Thüre; denn Beobachten der Etiquette wäre hier eine Verfündigung an der Weltgeschichte!» — Kaum hatte er jedoch diese Worte gesprochen, so öffneten sich die Flügelthüren. Man betraf die Deputation zum Eintreten; welcher Anblick: Mitten im Saale stand Fürst Metternich, umgeben von Bürgeroffizieren.“

„Meine Herren“, sprach der Fürst zu ihnen, «wenn Sie glauben, daß ich dem Staate einen nützlichen Dienst durch meinen Rücktritt erweise, so bin ich mit Freuden dazu erbötig.»

„Durchlaucht“, erwiderte einer der Bürgeroffiziere, «wir haben durchaus Nichts gegen Ihre Person, aber Alles gegen Ihr System und darum müssen wir Ihren Rücktritt mit Freuden begrüßen.»

„Fürst Metternich sagte hierauf mit einer für einen solchen Moment fast unbegreiflichen Ruhe und Würde: «Ich erkläre Ihnen nochmals, daß, da ich nach Ihrer Meinung dem Staate durch meinen Rücktritt nütze, ich solchen mit Freuden effektuire!»“

So war das vor wenigen Tagen noch unglaublich Erscheinende geschehen. Fürst Metternich, dem man es übrigens zugestehen

<sup>1</sup> a. a. O. S. 41.

muß, daß er seinen jähen Schicksalswechsel mit der Ruhe des vollendeten Weltmannes ertrug, war gestürzt. Ein ungeheurer Jubel erfüllte die Straßen und Plätze, als die herabeilenden Bürger den großen Erfolg verkündeten; die Häuser wurden illuminirt, und während der gefallene Machthaber von dem Palais Vichstenstein aus in einem Gepädwagen der Prager Bahn seine Flucht nach England antrat, demolirte das Volk sein prächtiges am Rennweg gelegenes Landhaus.

Es giebt keinen schlagenderen Beweis für die Hohlheit und Gedankenleere des Metternich'schen Systems, welches so viele Jahre hindurch als der Inbegriff der Staatskunst gegolten hatte, als diese Thatsache, daß es bei dem ersten Hauch der Revolution kraftlos in sich zusammenstürzte. Die Wirkung, welche die Nachricht vom Sturze des Kanzlers in Deutschland erregte, stand nur wenig der nach, welche zuvor die Kunde von der Februar-Revolution hervorgerufen. Auch der mächtigste, bisher unerschütterliche Staat des deutschen Bundes, das Königreich Preußen, beugte sich wenige Tage darauf unter dem Eindrucke dieses Ereignisses der Revolution, welche jetzt erst ihr eigentliches Ziel gefunden zu haben schien.

Zunächst allerdings war zwar Metternich selbst gestürzt, sein System aber noch in Kraft. Kein Wunder, daß daher die Wiener sich noch nicht zufrieden gestellt zeigten und die Revolution — wenn man diese planlose Bewegung so nennen kann — ihren Fortgang nahm.

Die Deputation der medizinischen Fakultät hatte im letzten Augenblicke noch die Erlaubniß zur sofortigen Bewaffnung der Studentenschaft erhalten und eilte mit ihren frohen Nachrichten zur Aula zurück, wo eben wieder die Ungebuld der Studenten auf's Neue auszubrechen drohte. Die Thore des bürgerlichen Zeughauses wurden geöffnet und bei Fackelschein mit der Vertheilung der Waffen begonnen<sup>1</sup>.

Es war die höchste Zeit, daß aus der Mitte der Nation heraus sich eine Sicherheitsbehörde formirte, denn bereits traten die drohendsten Anzeichen der Anarchie in der fieberhaft erregten

<sup>1</sup> Um Unberufene fernzuhalten, redete Dr. Engel, welcher die Vertheilung leitete, Jeden, der ihn um Waffen anging, lateinisch, die Techniker in der Sprache höherer Bildung an.

Hauptstadt zu Tage. Große Pöbelhaufen durchzogen unter wildem Geschrei die Straßen, zerschmetterten die Laternen und die Fenster Scheiben der Regierungsgebäude und schlugen die Schilderhäuser in Stücke. In den Vorstädten hausten die Schaaren noch schlimmer; die Gasandelaber wurden umgerissen, so daß das brennende Gas armdick aus den Röhren strömte, die Mauthhäuser verbrannt, wobei, wie man erzählte, einer der Beamten in das Feuer geworfen wurde, eine Reihe von Fabriken ging in Flammen auf. Welches die Zusammensetzung dieser Banden war, zeigten die wiederholten Angriffe auf das Arbeits- und Zuchthaus und das Kriminalgebäude. Es war die Gefe des Volkes, die hier, Dank der herrschenden Verwirrung, beinahe ungehindert ihr Wesen trieb. Unter diesen Auftritten ging der 13. März, Oesterreichs Befreiungstag, zu Ende. Er hatte 44 Menschen, darunter 4 Frauen, das Leben gekostet.

Troßdem am Abend ein beruhigendes kaiserliches Manifest erschienen war, herrschte eine ziemlich gedrückte Stimmung, als der Morgen des 14. März anbrach. Man hoffte und erwartete die Aufhebung der Censur, von welcher thatsächlich schon Tags vorher die Rede gewesen war, allein es erschien vorerst Nichts als eine offizielle Mittheilung der Abdankung Metternichs, dann eine Bekanntmachung, welche die Bürger zum Eintritt in die Bürgercorps aufforderte. Bald darauf wurde einer Deputation, die bei Hofe erschien, die Errichtung einer Nationalgarde gestattet, welche um drei Uhr Nachmittags ihren Anfang nahm. Waffen jeder Art, namentlich aus der napoleonischen Zeit und selbst aus den Türkenkriegen, kamen zum Vorschein, Fahnen und Trommeln wurden requirirt und Alles schien, zumal da auch die Studenten mit ihrer Bewaffnung fertig waren, für diesen Tag ruhig zu verlaufen. Da plötzlich erschien eine Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Gesticic, welche folgenden inhaltschweren Satz enthielt:

„Fest entschlossen, die Würde Ihres Thrones nicht zu gefährden, haben Se. Majestät die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung Sr. Durchlaucht dem Feldmarschalllieutenant Fürsten von Windischgrätz zu übertragen und demselben alle Civil- und Militärbehörden unterzuordnen geruht,

mit gleichzeitiger Uebertragung aller zu diesem Zwecke notwendigen Vollmachten."

In der That hatte man am Hofe, wo jetzt die Erzherzogin Sophie den Ausschlag gab, sich einigermaßen von dem Schrecken des verfloffenen Tages erholt und den Versuch gewagt, es noch einmal mit der gewohnten patriarchalischen Strenge zu versuchen. Zweierlei aber war es, was die konsequente Durchführung dieser Absicht hinderte, einmal der Wille des schwachen und kranken, aber gutmüthigen Kaisers, welcher erklärt hatte, er wolle nicht schießen lassen, und dann die eigene Unentschlossenheit, die nicht die Kraft des Handelns in sich fand. So kam es, daß das Militär zwar nirgends einschritt, das Volk aber, welches ohnedies noch mißtrauisch war und namentlich die Gewährung der Nationalgarde bezweifelte, durch die Ernennung des Fürsten Windischgrätz unnöthig aufs Neue gereizt wurde.

In der Reitschule lagen die Listen zum Einschreiben in die Bürgerwehr aus; von hier wurde eine Deputation von 12 Personen in die Hofburg entsandt, von der jedoch nur fünf Mitglieder, und zwar bei dem Fürsten Windischgrätz, vorgelassen wurden. Es herrschte bereits wieder beträchtliche Aufregung, als gegen fünf Uhr Abends die Abordnung zurückkam und der sie begleitende, in Wien außerordentlich beliebte Graf Hoyos mittheilte, daß die Censur aufgehoben sei und den Bürgern am nächsten Morgen Waffen aus dem kaiserlichen Zeughause verabfolgt werden sollten. Zwei gegen Abend erschienene Proklamationen bestätigten die Aufhebung der Censur und Einführung eines Preßgesetzes, sowie die Errichtung einer Nationalgarde, zu deren Kommandanten Graf Hoyos bestimmt war.

Trotz des nach diesen Verkündigungen aufs Neue losbrechenden Jubels blieb die Erregung ungeschwächt bestehen. Nachdem schon im Laufe des Nachmittages die Studenten vor der Burg tumultuirt hatten, sammelten sich gegen fünf Uhr Abends große Massen von Menschen auf dem Kohlmarkt und Michaelsplatz; man war noch lange nicht zufrieden, immer neue Wünsche und Forderungen tauchten auf, bis plötzlich das alte, stets bewährte Schlagwort Konstitution erscholl. Das war es, was die Menge brauchte, ein Begriff, unter dem sich zwar nichts Klares

denken, wohl aber Alles, was man hoffte und wollte, vereinigen ließ, und stürmisch scholl der Ruf nach Konstitution zu den Fenstern der Burg empor.

Eine neue Deputation, aus von Arthaber und Dr. Engel bestehend, begab sich in das Schloß, um einen der Erzherzöge oder wenn möglich den Kaiser selbst zu bewegen, sich dem Volke zu zeigen und durch sein Erscheinen demselben die Gewährleistung einer konstitutionellen Reform zu bieten. Es gelang ihnen zwar nicht, dies zu erreichen, allein Fürst Windischgrätz, der sie empfing, gab ihnen die Versicherung, daß Kaiser Ferdinand morgen ihrem Wunsche willfahren würde.

Die Nacht war längst hereingebrochen und die versammelte Menge, nachdem sie den Erfolg der Sendung erfahren, eben im Begriffe, ruhig auseinander zu gehen, als plötzlich kurz vor zehn Uhr Abends Windischgrätz eine neue Proklamation erließ:

„Ich bin von Sr. Majestät beauftragt, in der in Belagerungszustand erklärten k. k. Residenz Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.“

Mit einem Schlage war durch diesen ebenso nutzlosen als unbedachten Schritt, Wien in diesem Augenblick in Belagerungszustand zu erklären, das Mißtrauen wieder hervorgerufen. Ein finsterner Groll bemächtigte sich der Volkcs, die Nacht verstrich unter dumpfem Brüten.

In den Vorstädten hatten sich während des ganzen Tages die Erzeffe des 13. wiederholt, obgleich sowohl die Bürger und Studenten als auch die auf dem Exercierplatz zusammengezogene Truppenmacht ihr Möglichstes aufboten, um des Pöbels Herr zu werden. Namentlich an der Mariahilfer Linie, zu Fünf- und Sechshaus kam es zu blutigen Auftritten<sup>1</sup>. Es

<sup>1</sup> „Ein Hauptmann“, erzählt Ditscheiner S. 71, „wurde mit seiner Kompagnie nach Fünfhaus beordert, um dort einen Keller zu erstürmen, in dem sich über 100 Menschen, Männer und Weiber, von jenen Räuberhorden befanden. Dort angekommen, wurde vorerst ein Feldwebel mit 9 Mann in den Keller kommandirt, um das Terrain zu rekonosziren, aber welche Scene stellte sich diesem hier vor Augen; die Mehrzahl der im Keller Befindlichen lag im Zustand größter Betrunktheit herum; der Branntwein floß wie in einem Bade, wurde von den noch Halbträgen

war hauptsächlich das Verdienst Engels, welcher hier mit einer Schaar Studenten wirkte, daß nicht sämtliche Fabriken und Maschinen den tobenden Arbeitermassen zum Opfer fielen.

Eine trübe Stimmung herrschte am Morgen des 15. Windischgrätz hatte sich veranlaßt gesehen, ein neues Manifest zu erlassen, in welchem er namentlich jede Beleidigung der Truppen untersagte, ein Manifest, dessen üblen Eindruck auch nicht eine schon zuvor erschienene Kundgebung des Kaisers zu verwischen vermochte, in welchem aufs Neue die Absicht ausgesprochen war, einen Ständeauschuß auf den 3. Juli nach Wien zu berufen. Zudem verbreiteten sich Gerüchte von Krankheit, von heimlicher Entfernung des Kaisers, Gerüchte, die, wenn sie sich bewahrheiteten, den Bürgerkrieg, wie jeder wußte, ankündigten. Auch verschiedene Manifeste der niederösterreichischen Stände und des Magistrats hatten unter diesen Umständen wenig Erfolg. Inzwischen aber war in der Hofburg, hauptsächlich durch die Bemühungen der Grafen Cernin und Brenner, sowie zweier der bekanntesten Oesterreicher jener Zeit, Bauernfelds und Anastasius Grüns (Graf Auersperg), die Stimmung wieder umgeschlagen, man hatte sich zur Nachgiebigkeit entschlossen. Vom Jubel des Volkes umringt, erschien der Kaiser in einem offenen, im Schritt fahrenden Wagen auf den Straßen, neben ihm sein Bruder Franz Karl, gegenüber sein Neffe Franz Joseph. Die Fahrt

mit irdenen Gefäßen aufgeschöpft und gierig getrunken. Beim Eintritt der Soldaten ernüchterten sich die vom Rausch noch nicht ganz Bewußtlosen, setzten sich zur Wehr und schlugen mit eisernen Stangen zu. Gewiß würden die Braven der Wuth jener Kannibalen bald erlegen sein, hätte nicht der Hauptmann, besorgt über ihr langes Ausbleiben, Befehl zum Sturm mit dem Bajonett gegeben; denn eben, als die Soldaten, den Lieutenant an der Spitze, in den Keller eindringen, war ein halb-betrunkener Kerl im Begriff, dem Feldwebel mit einer Eisenstange den Kopf zu zerschmettern, der zwar den Streich durch sein Gewehr auffing und den Kerl mit einem Kolbenschlag todt zu Boden streckte, aber im nächsten Augenblicke schon wieder von einem Andern in gleicher Weise bedroht wurde. Wie nun dieser eben ausholte, um den tödtlichen Stieb zu führen, durchbohrte ihn der Lieutenant mit dem Säbel. Nun wurde die Horde aufgefordert, sich zu ergeben, und da dieses nicht geschah, die Gewalt der Waffen angewendet. An Fünzig sollen todt geblieben (?), die Uebrigen aber gefangen abgeführt worden sein.“

ging über den Kohlmarkt, Graben, Stephansplatz, den hohen Markt und die Herrngasse nach der Burg zurück und glich einem wahren Triumphzuge. Der Kaiser selbst weinte, als er sah, wie sich die jubelnden Massen um seinen Wagen drängten, um die Hand zu ergreifen. Die Menge er-

G 441

fo  
er-  
gte  
alb  
des  
ob.  
on  
ns  
als  
ich  
ng  
en,  
des  
ten  
ide  
jen  
ter  
der  
ns  
ige  
her  
ng  
be-  
lnä  
Die

Revolution 1848/49 -

Stratz, R. Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 in Europa. 2 Bde. Heidelberg. 1888/91. Hldr. d. Zt. m. 2farb. Rschild. II, Stat.

40.-

Dahlm.-Waltz (S.A.) 11734. - Tl. 1: Die Februar-Revolution u. ihre nächsten Folgen; Tl. 2: Die Revolutionsergebnisse des Sommers 1848.

Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habt, Euch noch jetzt wie von jeher befeulet.“

„Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfzehnten März, im Eintausend achthundert und achtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre.“

„Ferdinand.“

Den Jubelsturm, welchen diese Nachricht erzeugte, zu schildern, ist nicht möglich. „Man umarmte sich mit Thränen in den Augen im höchsten Lustgefühl. Menschen, die sich vielleicht früher feindlich gegenüberstanden, wurden Brüder; aller Nationalhaß war weggezaubert; es gab keine Böhmen, Ungarn, Italiener, Polen, Deutsche, nur Oesterreicher, ein Herz und ein Sinn.“ Vor der Universität knieten die Studenten auf offenem Plage zu einem Dankgebete nieder, als die Nachricht eintraf, eine wahre Fluth von Dankadressen und Dankdeputationen ergoß sich in die Hofburg. Inzwischen war, von erneutem Jubel begrüßt, die ungarische Reichsdeputation, welche, wie erinnerlich, die Adresse der Magnaten- und Ständetafel überbringen sollte, angelangt, im Ganzen gegen 150 Männer in der kleidsamen magyarischn Tracht. Nach einem kurzen Aufenthalte auf der Universität ritt die Deputation vor die Burg, und mit ihr zog eine endlose Colonne, aus den Universitätsprofessoren, den Wiener Schriftstellern, den italienischen Studenten, den Juristen und den sämtlichen Bürgercorps bestehend, dorthin. Es war bereits gegen 6 Uhr, als man die Hofburg erreichte und zu allgemeiner Ueberraschung der Kaiser, von den Prinzen umringt, sich am Fenster zeigte. „Es leben meine treuen Wiener!“ das waren die einzigen Worte, welche er sprach, allein sie genügten, um den Enthusiasmus auf das Höchste zu entflammen. „Stürmischer Jubelruf“, erzählt Ditscheiner, „nicht enden wollender Vivatruf ertönte wie aus einer Kehle. Den angebeteten Monarchen heute nochmal zu sehen, ein Vivat von ihm zu hören, das hatte Keiner auch nur zu hoffen gewagt. Die Volkshymne wurde angestimmt, deren Töne und Weise wohl nie eine so schöne Feier verherrlicht hatten, Freude strahlte aus jedem Gesichte, Freudenthränen neigten manches Auge, das lange nicht geweint; solche Wonne hatten

von den Tausenden, die da versammelt waren, gewiß nur Wenige empfunden. Das goldene Zeitalter war auf Erden zurückgekehrt, und ein Freudenbecher tränkte eine halbe Million glückliche Menschen.“

Am Abend schwamm die Stadt in einem wahren Feuermeere, ein glänzender Fackelzug bewegte sich durch die Straßen, während draußen an den Linien immer noch der Flammenschein der brennenden Fabriken den Himmel röthete. Auch in der weiteren Umgegend, zu Bruck an der Leitha, zu Baden und Heiligenkreuz, kam es in den nächsten Tagen zu Brandlegung und Raubanfällen.

Nach den aufregenden Ereignissen des 15. verstrich der 16. März ziemlich ruhig. Der Kaiser zeigte sich abermals dem Volke und empfing alsdann die ungarische Reichsdeputation, deren Wünsche er genehmigte. Schon am nächsten Tage ernannte er den Palatin Erzherzog Stephan zu seinem Stellvertreter in Ungarn und bewilligte ein verantwortliches Ministerium, an dessen Spitze Graf Batthyany trat. An Stelle des unfähigen Bürgermeisters Csapka, welcher sich aus Wien entfernt hatte, trat der Vizebürgermeister Bergmüller; der wegen seiner Censurstrenge verhaßte Graf Sedlnitzky, Präsident der Polizeihofstelle, und der Polizeidirektor von Muth legten ihr Amt nieder.

Am 17. März erfolgte, nachdem ein Hochamt vorhergegangen, der Schlußakt der Revolution: die Bestattung der Gefallenen. In 15 Särgen, welche sich auf sieben Wagen vertheilten, lagen die Todten, bekränzt und mit Blumen geschmückt. Um halb drei Uhr Nachmittags setzte sich von dem allgemeinen Krankenhause aus der unabsehbare, aus 37 verschiedenen Abtheilungen bestehende Leichenzug in Bewegung nach dem Schmelzer Friedhofe, wo sämmtliche Säрге in ein gemeinschaftliches Grab versenkt wurden.

Mit dieser Lobtenfeier war die Wiener März-Revolution beendet. Zweierlei hatte die Bewegung gezeigt, einmal die innere Morschheit und Schwäche des bisherigen Regierungssystems, welches bei dem ersten Anstoß von außen zusammengebrochen war, dann aber nicht minder die politische Unreife

des Wiener Volkes, das, in seinen Zielen und Bestrebungen unklar und von den jugendlichen Hitzköpfen der Aula geliebt, nicht in sich die Kraft besaß, auf dem eingeschlagenen Wege besonnen fortzuschreiten. Noch war es zu keiner eigentlichen Revolution, zu keinem wirklichen Kampfe zwischen Regierern und Volk gekommen; allein durch die Concessionen war der entscheidende Waffengang nicht aufgehoben, sondern nur in weitere Ferne gerückt.





## V. Abschnitt:

# Der 18. März in Berlin.

### 1.

#### Der Vereinigte Landtag.

**W**as Preußen bis 1806 als Staat gewesen, verdankte es den Hohenzollern, und nur ihnen allein; während Umfang, Bedeutung, Einwohnerzahl, selbst das Verhältniß der Nationalitäten im Staate oftmals wechselten, bildeten die einstigen Burggrafen von Nürnberg den eigentlichen Kern und Mittelpunkt des von keinen natürlichen Grenzen umschlossenen Reiches; ihr Geist war es, der aus den sandigen Fluren der Mark, aus den öden Sümpfen und Wäldern Preußens den vielgefürchteten und vielbewunderten, für unüberwindlich geltenden Militärstaat erschuf; ihr Geist war es, der eine so vielfach nach Sprache, Religion und Sitte verschiedene Bevölkerung, den verkommenen polnischen Kossäthen und den lebensfrohen rheinischen Winzer, den dürftigen schlesischen Leineweber und den kräftigen pommerschen Ackermann, mit einem gemeinsamen Band umfing. Das Volk hatte wenig oder Nichts dazu gethan.

In dieser Voraussetzung eines schöpferischen Geistes als Lenkers des preußischen Staates war das Unheil enthalten, das am 14. Oktober 1806 das Werk Friedrichs des Großen zusammenbrechen ließ.

Jetzt erst, nach dem Unglückstage von Jena und Auerstädt, begann die Theilnahme des Volkes am Staatsleben, die, mit den Stein'schen Reformen beginnend, durch die Freiheitskriege ihren schönsten und überwältigendsten Ausdruck fand. Unzweifelhaft hatte das Volk von 1815 ab, da seine eigene Kraft das errungen, was die Regierung allein mit ihren Soldtruppen nicht vermocht, ein volles Recht, fernerhin einen Einfluß auf die Staatsleitung zu fordern; aber es war andererseits nicht minder naheliegend, wenn ein Hohenzollernfürst den drei Jahren der Befreiungskriege die Jahrhunderte entgegenstellte, in denen sein Stamm allein das stumpf und theilnahmslos dahinlebende Volk vor der Unterjochung und dem Untergange bewahrt, wenn er nach wie vor an dem Glauben festhielt, daß der Staat Preußen mit der preußischen Armee steht und fällt, für eine Armee aber die Einheit der Führung und des leitenden Willens, nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen und finanziellen Fragen, die erste Lebensbedingung ist. So war auch in Preußen die in allen Staaten klaffende Kluft zwischen Volk und Regierung entstanden, und mit größerer Berechtigung als anderswo glaubten gerade hier beide Theile ihren Standpunkt behaupten zu müssen.

So lange Friedrich Wilhelm III. lebte, waren die Dinge nicht bis zu solcher Schärfe gediehen. Stand auch der alternde König den konstitutionellen Wünschen seiner Unterthanen ablehnend gegenüber, so wagte man doch nicht, gerade an ihn mit bestimmten Forderungen heranzutreten, der so Vieles und Schweres gemeinsam mit seinem Volke durchgekämpft hatte und diesem, wenn auch kein genialer, so doch stets ein wohlwollender und rechtlicher Herrscher gewesen war; man vertröstete sich mit Hoffnungen auf die Zukunft und bis auf Weiteres ging Alles seinen altgewohnten Gang.

Als aber der König am 7. Juni 1840 gestorben und sein ältester Sohn ihm als Friedrich Wilhelm IV. auf dem Throne der Hohenzollern gefolgt war, da erwachten die lange zurückgehaltenen Erwartungen zu neuem Leben. Man wußte von dem neuen Herrscher, daß er ein Feind der preußischen, seelenlosen Bureaucratie sei; man kannte ihn als einen geistvollen, kenntnißreichen Mann, der ein reges Interesse für Kunst und

Wissenschaft verrieth, alles Eigenschaften, die ihm schon als Kronprinzen die Unterstellung einer „liberalen“ Gesinnung zugezogen hatten und nun von ihm eine durchgreifende, freisinnige Reformirung des preußischen Staatslebens erwarten ließen.

Allein wer von Friedrich Wilhelm IV. konstitutionelle und andere liberale Neuerungen erwartet, fand sich in seinen Hoffnungen getäuscht. Der König war kein absoluter Militärrherrscher im Hohenzoller'schen Sinn, er war mehr als das; er betrachtete sein Königthum als eine höhere Fügung, sich selbst als den von Gott zum Leiter des preußischen Staates Ausgewählten — und wie sollte er in die Erfüllung einer solchen Mission sich mit einem anderen sterblichen Menschen theilen? Er war der Herrscher von Gottes Gnaden, der einen Widerspruch oder Widerstand nicht dulden durfte.

Gegen die verschwommenen fortschrittlichen Bestrebungen der Zeit mußte also der König von vornherein die tiefste Abneigung hegen. Diesen sie doch schließlich auf nichts Anderes heraus als auf eine Beschränkung seiner Herrschergewalt. Der christlich germanische Staat mit strenger Gliederung der Stände und der von Gott eingesetzten Obrigkeit an der Spitze, welcher sein Ideal war, war mit den modernen Konstitutionsbegriffen unvereinbar. Wohl suchte Friedrich Wilhelm IV. mit diesen seinen Anschauungen die Bestrebungen der Neuzeit, deren Berechtigung sein scharfer Geist wohl erkannte, zu verschmelzen; allein seine unruhigen, ziellosen Reformen brachten nichts Gutes hervor, sie entfremdeten ihm die altpreußischen konservativen Elemente und waren doch weit entfernt, den Wünschen der liberalen Kreise zu genügen. Binnen wenigen Jahren stand der König trotz seines besten redlichsten Willens fast ganz vereinsamt und verlassen in seinem Volke da. „Friedrich Wilhelm wurde irre an seiner Zeit“, sagt Stahl in seiner treffenden Charakteristik<sup>1</sup>, „an seinem Volke, an seinen Freunden und Gegnern, nur an sich selber nicht, wenigstens nicht auf die Dauer; man hat gesagt, ihm habe schon darum der staatsmännische Blick gefehlt, weil er nie

<sup>1</sup> a. a. O. I, 73.

an sich zweifelte. Man hätte hinzusetzen sollen; ohne darum das echte, unerschütterliche Selbstvertrauen zu besitzen. Diese stets erneuten Versicherungen der Unwandelbarkeit seiner Ueberzeugungen, der Größe seiner gottverliehenen Machtgewalt, dies immer und immer wiederholte: keiner Macht der Erde solle es gelingen, ihn zu diesem oder jenem zu bewegen, dies Alles verrieth dem Kenner des menschlichen Herzens das heimliche Schwanken seines Innern. Er war Hamlet auf dem Throne. Wie Hamlet bald scharfsinniger Grübler, bald dunklem Gefühlsdrang hingegeben, alle seine Umgebungen an Bildung und Geist übersehend, wortreicher glänzender Redner, witziger Humorist, immer heimlich getrieben durch vielfache Motive zu der einen That, welche die Welt von ihm erwartete und immer Gegengründe findend zum zaubernden Verschieben, bis zuletzt ihn wie den Dänenprinzen im fünften Akt ein Zufall fortreißt zu der That, die nun keine That mehr ist.“

„Keine seiner Hoffnungen hatte sich erfüllt; die Popularität, seinem Herzen Bedürfniß, war dahin, seit die Freiheit Nichts mehr von ihm hoffen konnte. Keine seiner Schöpfungen, seiner Gesetze und Institutionen, mit denen er dem Geiste der wahren Humanität zu dienen glaubte, befriedigte die Zeitgenossen. Den einen waren sie ein Wassertropfen für den lechzenden Durst, den andern auch so schon eine unnütze Verschwendung.“

Dieser letzteren altpreussischen Partei, die von keinen Zuständnissen an den Zeitgeist Etwas wissen wollte, hatte sich der König allmählich stark entfremdet; sie setzte ihre ganzen Hoffnungen auf den Bruder und quasi Mitregenten Friedrich Wilhelms, der als präsumtiver Thronfolger den Titel des Prinzen von Preußen führte.

Es kann hier nicht der Ort sein, von der Höhe unserer heutigen nationalen Errungenschaften mitleidig auf die Verblendung jener Zeit herabzublicken, die in dem Prinzen nicht Anderes und Besseres als eine Verkörperung des preussischen Militarismus erblickte. Die Thatfache, daß der Prinz von Preußen, dessen festen und echt männlichen Charakter übrigen auch die erbittertsten politischen Gegner nicht anzutasten wagten, damals außerhalb der Militärfreiheit eine sehr geringe Popul-

rität genoß, ist nur ein neuer Beweis, wie schwach und unzureichend alle menschliche Erkenntniß ist.

Die auf den altpreußischen Traditionen fußende Partei besaß in Folge des Umstandes, daß sie das Heer und den größten Theil der Bureaucratie beherrschte, eine große Macht; doch hatte neben ihr jener von konservativer Frömmigkeit erfüllte Kreis einen bedeutenden Einfluß, welchem der König persönlich nahe stand und schon als Kronprinz nahe gestanden hatte. Seine Mitglieder, wie Radowiz, Thile, Jarcke, Gerlach u. A., gehörten zu den Schützlingen und Vertrauten Friedrich Wilhelms.

In der großen Masse der liberal Gesinnten herrschte im Ganzen dieselbe Unklarheit wie in anderen Staaten.

Die Angriffe derjenigen Mißvergnügten, welche ernstlich an eine Neugestaltung der Dinge in Preußen dachten, fanden ihre Begründung nicht sowohl in besonders drückenden oder ungerichten Maßregeln als in dem Stillstande und der Versumpfung, welche allmählich das ganze Staatsleben beherrschten.

Längst war in der Armee die Begeisterung der Freiheitskriege einem einförmigen Kasernen- und Garnisonsdienst gewichen; an Stelle des nivellirenden Zuges, der das Volkshoer in jenem nationalen Aufschwung beherrschte, trat in kurzem wieder die Bevorzugung einzelner Klassen. Ueberall klaste der Zwiespalt zwischen den Ueberlieferungen eines dem Könige blind ergebenden Söldnerheeres des siebenjährigen Krieges und des für Haus und Heerd kämpfenden Volkshoeres der Befreiungskämpfe.

Die Landwehr hatte sich noch einen stark demokratischen Charakter bewahrt, der jedoch ebenfalls, zumal nachdem man ihre Führerstellen mit Linienoffizieren zu besetzen begonnen, mehr und mehr schwand. Obwohl sie bedeutend stärker war als die eigentliche Armee — sie zählte in zwei Aufgeböten 14 Jahrgänge, das stehende Heer und die Reserve zusammen nur fünf, — bot sie doch der Regierung durchaus keine so zuverlässige Waffe, wie dies späterhin der Fall war und ist. Zeichen von Widersehligkeiten waren 1848 in der Landwehr nicht selten, selbst offener Aufruhr kam vor.

Beim stehenden Heere war dergleichen nicht zu befürchten, wenn auch in den rheinischen Garnisonen der Märzsturm bedenk-

liche Symptome hervorrief; es stand gänzlich unter dem Einfluß der Offiziere, in deren Corps wiederum der Adel dominirte. Unter den 6352 aktiven Offizieren der Jahres 1848 trugen 4347 adelige, 2005 bürgerliche Namen. In einzelnen Regimentern namentlich der Garde befanden sich sämtliche Offiziersstellen im Besiz des Adels.

In manchem Offizierscorps deckten die Ereignisse des Jahres 1848 bedenkliche Schäden auf; schon früher waren vielfach mißliebige Offiziere entlassen, wegen freisinniger Aeußerungen bestraft und verfolgt worden, in diesem einen Jahr aber wurden bei der preußischen Armee — nach Ausweis der amtlichen Rang- und Quartierliste — 3 Offiziere aus dem Offizierstande entfernt, 1 in den Listen gestrichen, 1 als Deserteur in contumaciam verurtheilt und nicht weniger als 22 aus dem Dienste entlassen. Betroffen wurde von diesen Maßregeln fast ausschließlich die Linieninfanterie, daneben in geringem Grade die Feldartillerie und die Pioniere. Einen großen Einfluß übte dabei die Lage der Garnison aus; es ist gewiß kein Zufall, wenn gerade z. B. in einem in Köln garnisontrenden Regimente 3 Lieutenants aus dem Offizierstande entfernt, und außerdem 2 mit schlichtem Abschied entlassen wurden.

Immerhin aber blieben solche Persönlichkeiten eine Ausnahme; im großen Ganzen war die Armee dem König unbedingt ergeben und bildete in seiner Hand eine zwar etwas verrostete, aber immer noch schneidend scharfe Waffe.

War schon das Heer ein Gegenstand heftiger Angriffe<sup>1</sup>, so galt dies in vielfach höherem Maße von der Bureaucratie. Die Regierung durch den lediglich den Befehlen von oben gehorchenden und dem Volksleben fremden Beamtenstaat bildete stets den Hauptpunkt, auf welchen sich alle Klagen und Beschwerden der Mißvergünstigten konzentrirten; es fehlte in der inneren Verwaltung des preußischen Staates, obgleich die einzelnen Diener desselben durchweg reges Pflichtbewußtsein, Ehrgefühl und Dienst-eifer zeigten, jener frische lebendige Zug, der nur durch un-

<sup>1</sup> Die Armee kostete damals jährlich 26 Millionen Thaler, obwohl der Gehalt eines Infanterielieutenants z. B. nur 17 Thaler monatlich betrug.

mittelbare Theilnahme der Bevölkerung am öffentlichen Leben hervorgerufen werden kann. Dazu kam, daß der Geist der Verwaltung der Geschlossenheit ermangelte; denn überall lagen zwischen den altpreussischen Regierungsmaximen die Bruchstücke des Stein-Hardenberg'schen Reformwerkes, theils in ihrer ursprünglichen Fassung, theils nachträglich abgeändert.

Der Mangel eines den Forderungen der Neuzeit entsprechenden Gesetzbuches wurde namentlich schwer empfunden; die Regierung machte zwar wiederholte Versuche zur Abfassung eines solchen, setzte eine Gesetzesrevisionskommission ein und betraute ein Ministerium, worunter der berühmte Rechtslehrer von Savigny, mit der Einbringung von Verbesserungsvorschlägen, konnte aber weder von den einzelnen Provinzialständen noch von der öffentlichen Meinung eine Anerkennung ihrer Bestrebungen erhalten.

Das unabhängige Urtheil des preussischen Richterstandes war, namentlich bei politischen Prozessen, durch die drohenden Maßregelungen, Disciplinarstrafen und das Institut der geheimen Konduitenlisten in hohem Maße beeinflusst, und auch wo dies nicht der Fall war, standen die Richter dem Volksleben zu fremd gegenüber, um dasselbe genügend verstehen und würdigen zu können. Neben dem allgemeinen Begehren nach Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Rechtsverfahrens spielte daher auch der Wunsch nach Geschworenen-, Fabrik-, Dorf- und Schulzengerichten eine Hauptrolle in den Forderungen der Unzufriedenen.

Die Verwaltung wies ebenso alle Mängel des Systems, die Langsamkeit, die Rücksichts- und Theilnahmslosigkeit gegen das Volksleben auf, die schon vor Jahren der geniale Neuerer Stein, die Worte Ancillons erläuternd, in den Worten charakterisirt hatte: „Wir werden von besoldeten, buchgelehrten, interessen- und eigenthumslosen Bureaulisten regiert; das geht, so lange es geht. — Diese vier Worte enthalten den Geist unserer geistlosen Regierungsmaschine. Besoldet — also Streben nach Erhalten und Vermehren der Besoldeten; buchgelehrt — also lebend in der Buchstabenwelt und nicht in der wirklichen; interessenlos — denn sie stehen mit keiner den Staat ausmachenden Bürgerklasse in Verbindung, sie sind eine Kaste für sich, die Schreiberkaste; eigenthumslos — also alle Bewegungen der Eigenthümer treffen

sie nicht; es regne oder scheine die Sonne, die Abgaben steigen oder fallen, man zerstöre althergebrachte Rechte oder lasse sie bestehen; man theoretisire alle Bauern zu Tagelöhnern und substituire an die Stelle der Hörigkeit an die Gutsherrn die Hörigkeit an die Juden und an die Wucherer: Alles das kümmert sie nicht; sie erheben ihren Gehalt aus der Staatskasse und schreiben, schreiben, schreiben im stillen, mit wohlverschlossenen Thüren versehenen Bureau, unbekannt, unbemerkt, unberühmt, und ziehen ihre Kinder zu gleich brauchbaren Schreibmaschinen an.“

Die Polizei und die damit in Verbindung stehende Censur waren in Preußen ebenso verhaßt wie in allen anderen Staaten, und man kann diesen Behörden mit Recht den Vorwurf machen, daß sie durch die unnützeften Placereien mit das Meiste zu den Ereignissen von 1848 beigetragen haben. Die freisinnigen Regungen, welche die Regierung unmittelbar nach Friedrich Wilhelms IV. Thronbesteigung an den Tag gelegt — wie die allgemeine Amnestie, die Wiedereinsetzung Arnolds, die Beilegung der religiösen Wirren —, hatten bald wieder dem reaktionären Verfolgungssysteme Platz gemacht.

Es sei hier nur erwähnt, daß 1841 die Schrift: „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“, und 7 andere bereits censirte Werke und der gesammte Verlag von Hoffmann und Campe in Hamburg sowie des Berliner „Athenäum“ verboten wurden; der Verfasser des erstgenannten Buches, L. Jakoby in Königsberg, wurde vor Gericht gezogen und zu Gefängniß verurtheilt. 1842 wurde dem Dozenten Bruno Bauer die Lehrberechtigung entzogen, 1843 erschien zwar eine mildere Censurinstruktion, nach welcher Bücher über 20 Bogen censurfrei sein sollten, aber doch der Polizei vorgelegt werden mußten; allein schon im nächsten Jahre wurden mehrere Professoren in ihren Vorlesungen behindert, Ruge's „Hallische Jahrbücher“ verboten, Hoffmann von Fallersleben seiner Professur enthoben.

Ähnliches ereignete sich, trotz der Einsetzung eines Obercensurgerichtes, in den folgenden Jahren, zumal nachdem Justizrath Bornemann, der immer noch als Censor zu viel Nachgiebigkeit zu zeigen schien, dem Ministerialdirektor Bode weichen mußte. Namentlich wurde der Publizist Edgar Bauer und der frühere

Offizier Held vor Gericht gezogen und der Erstere wegen seines Werkes „Die Kritik im Streit mit Staat und Kirche“ zu 7 $\frac{1}{2}$  Jahren, Letzterer wegen seiner „Censuriana“<sup>1</sup> zu 3 Jahren Festung verurtheilt. Der Verfasser der „preussischen Agrargesetze“, Buhl, erhielt ein Jahr Festungshaft. Der Dichter Freiligrath mußte wegen seines „Glaubensbekenntnisses“ flüchten, und wie ihm erging es Karl Heinzen, dem Verfasser der „Bürokratie in Preußen“ und vielen Andern.

Der ganze Geist der preussischen Staatsverwaltung wird am besten durch das vom Sprachgebrauch mit treffendem Instincte aufbewahrte, aber stets unrichtig zitierte berühmte Wort des Ministers von Rochow vom „beschränkten Unterthanenverstand“ charakterisirt, welches in seiner richtigen Fassung wie folgt lautet: „Es geziemt dem Unterthan, seinem König und Landesherren schuldigen Gehorjam zu leisten, um sich bei Befolgung der an ihn ergangenen Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit übernimmt, und es geziemt ihm nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes

<sup>1</sup> Dies Werk, welches sofort bei seinem Erscheinen unterdrückt wurde und sich nur in wenigen Exemplaren erhielt, bietet interessante Einzelheiten über die Handhabung der Censur in Preußen. Es stand im Belieben des Censors, nicht nur Worte und Sätze zu streichen, sondern auch durch andere zu ersetzen. So schrieb er für „es ist eine wahre Schande“: „es ist eine Merkwürdigkeit“ (Censuriana 77), machte aus einem „stürmischen Jubel“ eine simple „Theilnahme“, aus „besudeln“: „gefährden“ (101). Der Satz: „wenn man keine Schönheit besitzt, ist man häßlich“, kam vom Censor zurück in der Fassung: „Wenn man keine Schönheit besitzt, so hat man sie nicht!“ Einen „wortbrüchigen Schurken“ bezeichnet die Censur als einen Menschen, den sie „ich weiß nicht gleich wie nennen“ soll (111). In einem Gedichte mußte der Ausdruck „Jesuiten“ in sinnloser Weise durch „Schmuggler“ ersetzt werden (382).

Ein Manuskript wurde wegen censurwidrigen Inhalts verboten, und dies Verbot vor dem Obercensurgericht damit motivirt, daß überhaupt die Schrift nicht lesbar sei. Der Censor konnte also gar Nichts von dem Werke wissen, das er als staatsgefährlich unterdrückt hatte.

Bei Held, der in Folge dieses Buches bis zur Amnestie im März 1848 auf der Festung zu Magdeburg saß, war der Haß gegen die Censur zur Manie geworden. Der mächtige rothe Bart, den er trug, verdankte seine Entstehung dem Schwure seines Besitzers, daß nicht eher ein Scheermesser sein Rinn berühren solle, als bis Deutschland die Pressfreiheit habe.

den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen und sich in dünkelfhaftem Uebermuthe ein Urtheil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.“

1847 gab die Mißernte zu neuen schweren Anklagen gegen die Verwaltung Anlaß. Der Mißwachs dieses Jahres und die sich daran anschließende Theuerung aller Lebensmittel hatte überall Verstimmung erzeugt, an manchen Orten, wie namentlich in Berlin, auch zu Tumulten vor den Brot- und Fleischläden geführt. In den ohnedies armen, von einer stumpfen, dem Trunke ergebenen, meist polnischen Bevölkerung bewohnten Distrikten von Oberschlesien aber war eine völlige Hungersnoth, mit Typhus, Ruhr und anderen Krankheiten verbunden, die Folge der Mißernte. Gegen Ende des Jahres 1847 erreichte der Mangel dort den höchsten Grad und Tausende von Menschen gingen, namentlich in den Kreisen Pleß und Rybnik, zu Grunde. Die Hülfe der Regierung kam bei dem schleppenden Geschäftsgang viel zu spät; ein Bericht des Landrathes von Durant im Kreise Rybnik vom 3. Oktober 1847 hatte zur Folge, daß am 26. Januar 1848, also nach mehr als 3 Monaten, den Hungernden die nöthigen Lebensmittel aus den Militärmagazinen zur Verfügung gestellt wurden. Inzwischen aber waren im Kreise Pleß nach dem amtlichen Bericht bis Ende 1847 7000 Menschen am Typhus gestorben und 961 dem Hunger erlegen; die beiden ersten Monate des Jahres 1848 rafften ebenso, ehe durchgreifende Hülfe kam, nochmals eine große Anzahl Menschen dahin. Es hatte sich zwar ein Hülfscomitè gebildet, dem auch die Spitzen der schlesischen Militär- und Civilbehörden als Privatleute angehörten, doch waren die ihm zu Gebote stehenden Mittel zu gering, um dem Elende zu steuern, das die öffentliche Meinung in übertriebener Weise fast ausschließlich der Schreibstube-herrschaft zur Last legte. Immerhin ist sicher, daß die Regierung nur langsam, ohne Eifer und in pedantischer Weise eingriff.

Eine nicht minder bedenkliche Erscheinung waren schon einige Jahre vorher die Weberunruhen in den schlesischen Manufaktur-distrikten gewesen, die in ihrem Verlaufe lebhaft an gewisse Vorkommnisse der neuesten Zeit erinnern. Schon zu Weihnachten 1843 hatten in den im Kreise Reichenbach gelegenen Fabrik-

dörfern Langenbielau und Peterswalbau Unruhen im Schloßhose des Grafen Stolberg stattgefunden, die sich am 4. und 5. Juni 1844 erneuerten. Eine Anzahl von mehreren Hundert Webern zog fiegend und brennend in den Dörfern umher, plünderte, was sie fand, zerstörte die Fabriken der besonders verhassten Arbeitsgeber, namentlich die eines gewissen Zwanziger und der Gebrüder Dierig, und schlug selbst ein von Schweidnitz anrückendes Truppendetachment zurück. Bald jedoch kehrte das Militär verstärkt wieder und holte im Gebirge die flüchtenden Haufen ein; es kam zum Kampfe, 13 der Proletarier blieben sofort todt, mehrere andere wurden tödtlich, viele schwer verwundet und über hundert in das Gefängniß abgeführt.

War auch auf diese altherkömmliche Weise Ruhe und Ordnung wieder hergestellt, so hatte dies Ereigniß es doch vermocht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die drohenden, dem kapitalistischen Fabrikbetrieb entspringenden sozialen Gefahren zu lenken. Enthielt doch selbst der offizielle Bericht des Regierungsassessors Schneer den Satz, daß das Mißverhältniß zwischen dem Gewinn des „Kapitalisten“ und dem des eigentlichen „Arbeiters“ immer bedeutender hervortrete und „die Krankheit sei, an welcher unsere Gesellschaft leide, der arge Krebschaden, an welchem sie erkrankt, das gefahrdrohendste Element in unserer Zeit“.<sup>1</sup>

Zu diesen sozialen Schäden gesellten sich noch politische Wirren durch die polnischen Umtriebe, welche, im Jahre 1846 in ihrem ganzen Umfang aufgedeckt, im nächsten Jahre zu einem Riesenprozeß in Berlin führten. Auch bei diesem, späterhin

<sup>1</sup> Ueber die materielle Lage der Auführer giebt der Bericht interessante Mittheilungen. Man erfährt, daß ein Spinner, Familienvater und Veteran aus den Freiheitskriegen, mit Frau und Tochter zusammen täglich 1 Sgr. 3 Pfg. verdient, ein anderer Häusler mit seiner Tochter nur 1 Groschen. Eine weitere Familie hatte nach Abzug der Steuern und Abgaben jährlich 37 Thaler zum Leben. Wie man in Rybnit und Pleß Quecken und Gras kochte und sich von Fliegenpilzen nährte, verzehrte man hier das Aas gefallener Pferde.

Die Fabrikbesitzer hatten, mit wenigen Ausnahmen, dem Elend nicht nur ruhig zugeesehen, sondern dasselbe durch Einführung des verwerflichen Trucksystems noch vergrößert.

eingehender zu schildernden Vorfälle kamen mannigfache Uebelstände und Unterlassungsfünden zur Sprache.

Die unter solchen Umständen in stetem Wachsen begriffene Unzufriedenheit fand in der immer wiederkehrenden Forderung einer Verfassung ihren Ausdruck; das Volk trat hier nicht als ein Bittender vor den Königsthron, es hatte ein gewisses Recht, eine Vertretung zu verlangen.

Der Freiherr vom Stein war der Erste, der in der Zeit der tiefsten Noth in einer Verordnung vom 26. Dezember 1808 das Wort Volksrepräsentation gebrauchte; „Männer aus dem praktischen Leben und der Nation selbst“ sollten „mit voller Stimme“ an den Regierungsgeschäften Theil nehmen.

Bald darauf, am 27. Oktober 1810, erließ König Friedrich Wilhelm III. ein Edikt, welches klar und deutlich das Versprechen einer Volksvertretung enthielt. „Ich behalte Mir vor“, heißt es darin, „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben.“ Wirklich versammelte sich darauf am 23. Februar 1811 eine interimistische Volksrepräsentation zu Berlin, deren Sitzung von Hardenberg eröffnet wurde; doch war bei den Kriegstürmen der folgenden Jahre eine Befestigung dieser Einrichtung noch nicht durchführbar.

Am 22. Mai 1815 endlich erschien eine „Verordnung über die zu bildende Repräsentation des Volkes“, welche die Wiederherstellung bezw. Neueinrichtung der Provinzialstände anbefiehlt. „Aus den Provinzialständen“, heißt es dann wörtlich weiter, „wird die Versammlung der Landesrepräsentation gewählt, die in Berlin ihren Sitz haben soll. Die Wirksamkeit der Landesrepräsentation erstreckt sich auf die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen.“

In der Freude über diese königliche Guld überfaß das Volk nur das Eine, daß man ihm zwar das Versprechen einer Konstitution gegeben, aber nicht den Zeitpunkt, an welchem dasselbe in Kraft treten sollte.

Zunächst freilich ließ sich die Verzögerung durch den Krieg der hundert Tage und die nach den Freiheitskriegen nöthige

sonstige Organisirung des Staatslebens erklären; auch schien die am 30. März 1817 erfolgte Einsetzung einer dem Staatsrathe entnommenen Verfassungskommission eine baldige Erfüllung des Verheißenen in Aussicht zu stellen. Allein als am 18. Oktober 1817 die Bewohner des Regierungsbezirks Koblenz sich in einer darauf bezüglichen, von Görres verfaßten Adresse an den König gewandt hatten, erfolgte im nächsten Jahre ein niedererschlagender Bescheid:

„Weber in dem Edikt vom 22. Mai 1815, noch in dem Artikel 18 der Bundesakte ist eine Zeit bestimmt, wann die landständische Verfassung eintreten soll. Nicht jede Zeit ist die rechte, eine Veränderung in die Verfassung einzuführen. Wer den Landesherrn, der diese Zusicherung aus ganz freier Entschliebung gab, daran erinnert, zweifelt freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage und greift seinem Urtheil über die rechte Zeit der Einführung dieser Verfassung vor, das eben so frei sein muß, als sein erster Entschluß es war.“ Und im Weiteren heißt es: „Die Mir vor einigen Tagen zugekommene Vorstellung mehrerer Stadt- und Dorfgemeinden des Regierungsbezirks Koblenz kann also nur Mein gerechtes Mißfallen erregen. Ich werde bestimmen, wann die Zusage einer landständischen Verfassung in Erfüllung gehen soll und Mich durch unzeitige Vorstellungen im richtigen Fortschreiten zu diesem Ziele nicht übereilen lassen.“

Allerdings erfolgte mehrere Jahre später, am 5. Juni 1823, das „Allgemeine Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände“, in welchem nochmals betont wurde, daß betreffs der Zusammenberufung der allgemeinen Landstände die „weiteren Bestimmungen Unserer landesväterlichen Fürsorge vorbehalten“ bleiben sollten, und im Jahre 1826 traten die Provinziallandtage wirklich ins Leben; allein es war nur ein Scheinleben, das sie führten; beschränkte sich doch ihre wesentlichste Theilnahme an der Regierung auf das Recht, Bitten und Beschwerden in provinziellen Angelegenheiten, wenn solche eine Majorität von zwei Dritteln der Stände fanden, vor den König zu bringen; meist blieben die Verhandlungen ganz fruchtlos oder erstreckten sich auf die geringfügigsten Dinge.

Nichts kann besser die allgemeine Unzufriedenheit charakterisiren als die Thatfache, daß alsbald auch in diesen schattenhaften Provinziallandtagen die Verfassungsfrage wieder aufzutauhen begann, so im Jahre 1829 auf dem dritten preußischen Landtage, 1830 auf dem westfälischen; doch zeigte sich der Marschall des letzteren, der Freiherr vom Stein, dem Plane, eine Petition an den König zu richten, abgeneigt und die Sache unterblieb.

Einen erneuten Aufschwung nahmen diese Bestrebungen erst wieder, nachdem Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen. Schon bei Gelegenheit des Hulbigungslandtages richteten im September 1840 die preußischen Stände die Bitte um eine Verfassung an den neuen Herrscher, der in einem längeren Schreiben ihr Verlangen rundweg abschlug. „Das Ergebnis Seiner (des verstorbenen Königs) weiser Fürsorge“, heißt es darin, „ist die allen Theilen der Monarchie verliehene provinzial- und kreisständische Verfassung; sie hat eine auf deutschem Boden wurzelnde, geschichtliche Grundlage; die Grundlage ständischer Gliederung, wie diese durch die überall berücksichtigten Veränderungen der Zeit gestaltet wurde. Sorgfältig ist ein die freie organische Entwicklung hinderndes Abschließen der natürlichen Stände des Volks auf der einen und ein Zusammenwerfen derselben auf der anderen Seite vermieden worden. Uns ist die Ehre zu Theil geworden, an diesem Werke mitzuhelfen, und es hat von seiner Entstehung an bis auf diesen Augenblick Unfern lebendigsten Antheil in Anspruch genommen. Dieses edle Werk immer treu zu pflegen, einer für das geliebte Vaterland und für jeden Landestheil immer ersprißlicheren Entwicklung entgegenzuführen, ist Uns, die Wir entschlossen sind, auch in dieser großen Angelegenheit den von Unserem in Gott ruhenden Herrn Vater betretenen Weg zu verfolgen, eine der wichtigsten und theuersten Pflichten des königlichen Berufs, den Gottes Fügung Uns aufgetragen hat.“ Die Stände gaben sich jedoch mit dieser ablehnenden Antwort nicht zufrieden; schon im nächsten Jahre zogen sich der Posener Landtag, der die Aufrechterhaltung der polnischen Nationalität gewünscht, und die Stände von Preußen und der Rheinprovinz, welche Veröffentlichung der Landtags-

verhandlungen gefordert hatten, das Mißfallen des Königs zu; die Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen wurde dagegen nach wiederholten Anträgen aus Aachen, Königsberg und anderen Orten bedingt gestattet.

Es war klar, daß man mit 8 verschiedenen Landtagen nur dann regieren konnte, wenn dieselben ganz unthätig blieben, daß aber im gegentheiligen Falle eine heillose Verwirrung eintreten mußte, wollte man die oft einander direkt entgegengesetzten Wünsche und Forderungen der einzelnen Stände bewilligen. Man suchte zunächst diesem Uebelstand dadurch abzuhelpen, daß man 1842 Deputationen aus den einzelnen Provinziallandtagen als Vereinigte Ständische Ausschüsse nach Berlin berief, was gewissermaßen als eine Erfüllung des Ediktes vom 22. Mai 1815 gelten sollte, dann aber, indem man die sich häufenden Reformanträge der Landtage kurz abwies. So erhielt 1845 der preußische Landtag auf seine Petition um Befreiung der Presse die scharfe Antwort, daß allerdings die Presse einer Verbesserung bedürfe, da den Versuchen derselben, die gesetzlichen Schranken zu durchbrechen, bis jetzt nicht stets rechtzeitig begegnet worden sei. Die von den rheinischen, schlesischen und westfälischen Ständen vorgebrachten Wünsche um Reformen wurden als „nicht zeitgemäß“ verworfen, dem Posener Landtag eröffnet, daß sein Antrag auf eine Staatsverfassung ein „unmotivirter“ sei<sup>1</sup>.

Sechs Jahre der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. waren bereits unter solchem Hader verfloßen, da schien der Beginn des Jahres 1847 ein scheinbares Eingehen der Regierung auf die Volkswünsche zu bringen. Das vom 3. Februar 1847 datirte „Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend“, bestimmt die Einberufung eines „Vereinigten Landtages“, dessen

<sup>1</sup> Auch an andere Behörden erfolgten scharfe Verweise. Der Breslauer Magistrat, welcher um Reichsstände gebeten hatte, wurde beschieden, daß der König in einem solchen Antrag eine offenbare Opposition erblicke; die Kölner und Düsseldorf'er Advokaten, die sich für das Bestehen der unterdrückten Rheinischen Zeitung verwendet hatten, wurden aufgefordert, sich gereifere Ansichten über die Verhältnisse anzuschaffen. Die Königsberger Stadtvorstände erhielten die Mittheilung, der König werde nicht mehr Gnade, sondern Strenge walten lassen.

erste Kurie aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, den Vertretern des Hochadels und der Stifter, die zweite aus den die Ritterschaft, die Städte und die Landgemeinden repräsentirenden Mitgliedern der 8 Provinziallandtage gebildet werden sollte. Beide Kurien sollten getrennt berathen und nur zur Prüfung und Entscheidung über neue Staatsanleihen und Steuern zu gemeinsamer Verhandlung zusammentreten.

Was die Rechte dieser Repräsentation betrifft, so sollten vor Allem ohne Zustimmung des Vereinigten Landtages keine neuen Steuern eingeführt und die bestehenden nicht erhöht werden. Auch sollte der Hauptfinanzetat jedesmal zur Kenntniß der Ständevertreter gelangen und es stand diesen die Befugniß zu, sich mit Bitten und Beschwerden an den König zu wenden, sobald sich in jeder Kurie  $\frac{2}{3}$  der Stimmen für einen solchen Schritt aussprachen. Im Uebrigen sollten die Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden. Eingaben, Instruktionen u. der Wähler an den Vereinigten Landtag oder an den Vereinigten Ständischen Ausschuß, welcher letzterer von nun an periodisch versammelt werden sollte, waren verboten.

Ein Blick auf die Zusammensetzung dieser Ständevertretung zeigt sofort, daß von einer solchen Körperschaft der Anstoß zu liberalen Reformen nicht erwartet werden konnte. Es zählte die erste Kurie, der Stand der Fürsten, Grafen und Herren, 70 Mitglieder, in der zweiten Kurie besaßen die Ritterschaft 237, die Städte 182, die Landgemeinden 124 Vertreter. Zusammen umfaßte also der Vereinigte Landtag 307 Repräsentanten des hohen und niederen Adels gegenüber 306 Vertretern des eigentlichen Volkes. Es war mithin klar, daß der Adel, wie bisher, so auch in dieser Versammlung die leitende Stelle einnehmen würde, wenn auch in der zweiten Kurie die Ritterschaft von den vereinigten Städten und Landgemeinden überstimmt werden konnte.

Das Patent vom 3. Februar erregte daher auch durchaus keine solche Begeisterung, wie man sie wohl am Hofe ermartet hatte; die Frage: Annehmen oder Ablehnen, ward ernstlich erwogen. Sowohl die Hoch-Reaktionären, wie von Bülow-Summerow, als auch die Liberalen, wie Gerbinus, Simon u. A. tadelten den Schritt der Regierung.

Nichtsdestoweniger sah man in Preußen und den übrigen deutschen Staaten dem Zusammentritt der neuen Versammlung mit begreiflicher Spannung entgegen, und auch im Auslande, namentlich in England und Frankreich, zeigte sich eine lebhaftere Theilnahme.

Am 11. April 1847 erfolgte nach vorhergegangenen Gottesdienst mit großem Pompe die Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags im weißen Saale des Schlosses. Von einem glänzenden Hofstaate umringt bestieg der König, unter Vorantragung des Reichspaniers und der Insignien, den Thron, dem gegenüber sich die Sitze für die Herrenkurie und die 3 Stände, letztere nach den 8 Provinzen getheilt, befanden.

Die lange, formvollendete Ansprache, in welcher Friedrich Wilhelm nunmehr dem Landtage die Grundlage seiner Regierungs- und Anschauungsweise darlegte, gehört zu dem Charakteristischsten, was der König je gesprochen. „Ich weiß“, lauteten seine bedeutungsvollsten Worte, „daß Ich mit diesen Rechten ein kostbares Kleinod der Freiheit Ihren Händen anvertraue, und Sie werden es treu verwalten. Aber Ich weiß auch ebenso gewiß, daß Manche dieses Kleinod verkennen, daß es Vielen nicht genügt. Ein Theil der Presse zum Beispiel fordert von Mir und Meiner Regierung geradezu Revolution in Kirche und Staat, und von Ihnen, meine Herren, Akte zudringlicher Undankbarkeit, der Ungehorsamkeit, ja des Ungehorsams. Es sehen auch Viele, und unter ihnen sehr redliche Männer, unser Heil in der Verwandlung des natürlichen Verhältnisses zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles Wesen, durch Urkunden verbrieft, durch Eide besiegelt.“

„Möge doch das Beispiel des einen glücklichen Landes, dessen Verfassung die Jahrhunderte und eine Erbweisheit ohne Gleichen, aber kein Stück Papier gemacht haben, für uns unverloren sein und die Achtung finden, die es verdient. Finden andere Länder auf anderem Wege als jenes Volk und wir, nämlich auf dem Wege «gemachter und gegebener» Konstitutionen ihr Glück, so müssen und wollen wir ihr Glück aufrichtig und brüderlich mit ihnen preisen. Wir wollen mit gerechtester Bewunderung das erhabene Beispiel betrachten, wenn es einem starken Willen,

eiserner Konsequenz und hoher Weisheit gelingt, Bedenkliches in diesen Zeiten aufzuhalten, zurückzudrängen, zu beschwichtigen, vor Allem dann, wenn es zum Heile Deutschlands und zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gereicht. Preußen aber, meine Herren, kann diese Zustände nicht ertragen. Fragen Sie Mich: warum, so antworte Ich: werfen Sie einen Blick auf die Karte von Europa, auf die Lage unseres Landes, auf unsere Zusammensetzung, folgen Sie den Linien unserer Grenzen, wägen Sie die Macht unserer Nachbarn, vor Allem, thun Sie einen geistigen Blick in unsere Geschichte. Es ist Gottes Wohlgefallen gewesen, Preußen durch das Schwert groß zu machen, durch das Schwert des Krieges nach außen, durch das Schwert des Geistes nach innen. Aber wahrlich nicht des verneinenden Geistes der Zeit, sondern des Geistes der Ordnung und der Zucht. Ich spreche es aus, meine Herren, wie im Feldlager ohne die allerdringendste Gefahr und die größte Thorheit nur ein Wille gebieten darf, so können dieses Landes Geschicke, soll es nicht augenblicklich von seiner Höhe fallen, nur von Einem Willen geleitet werden; und beginge der König von Preußen einen Frevel, wenn er von seinen Unterthanen die Folgsamkeit des Knechts forderte, so würde er nicht das von ihnen fordern wollen, was die Krone des freien Mannes ist, der Gehorsam um Gottes und des Gewissens willen. Wen etwa die Deutung dieser Worte beunruhigt, den verweise Ich nur allein auf die Entwicklung unserer Gesetze seit einem Jahrhundert, auf die ständischen Edikte, endlich auf diese Versammlung und ihre Rechte. Da wird er Beruhigung finden, wenn er will."

"Es drängt Mich zu der feierlichen Erklärung, daß es keiner Macht der Erde je gelingen solle, Mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß Ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unserm Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung einbränge, um Uns mit seinen Paragraphen zu regieren

und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen. Zwischen uns sei Wahrheit. Von einer Schwäche weiß Ich Mich gänzlich frei; Ich strebe nicht nach eitler Volksgunst. Und wer könnte das, der sich-durch die Geschichte hat belehren lassen. Ich strebe allein danach, meine Pflicht nach bestem Wissen und nach Meinem Gewissen zu erfüllen und den Dank Meines Volkes zu verdienen, sollte er Mir auch nimmer zu Theil werden."

Es ist aus diesen Worten klar genug zu entnehmen, daß Friedrich Wilhelm weit entfernt war, die von ihm berufene Versammlung als eine Kammer im modernen Sinn zu betrachten; im Gegentheil, wie im Mittelalter die Vertreter der streng geschiedenen Stände mit Rath und That dem gebietenden Herrscher zur Seite standen, so sollte auch hier durch die Berufung eines Reichstages der Glanz der Krone gemehrt, nicht aber ihre Macht geschwächt werden. Allein es kam anders, als der König erwartet. Binnen kurzem entwickelte sich in der Dreiständekurie eine liberale Opposition, deren Vertreter, zumeist aus Rheinländern bestehend, die Selbständigkeit und die Machtbefugnisse des Landtages eifrig zu erweitern strebten. Die Führer der Opposition, v. Vincke, v. Beckerath, Camphausen, Hansemann, errangen alsbald gefeierte Namen, denen die Konservativen keine ähnlichen entgegenzusetzen vermochten, ja manche der Letzteren erleichterten durch übertriebene Behauptungen und Ansichten geradezu den Liberalen den Angriff<sup>1</sup>.

Wenn sich übrigens diese Parteien konservativ und liberal nannten, so kann nicht der übliche Begriff damit verbunden werden. Liberale Mitglieder des Landtages, wie Vincke, saßen später in der Paulskirche auf dem äußersten rechten Flügel, die

<sup>1</sup> So erklärte sich der Abgeordnete von Thadden-Triglass für „Preßfreiheit mit dem Galgen daneben“, und behauptete, in dem Könige den „Generalissimus der Nation“ zu sehen. Aehnlich forderte Graf Merveldt bei der Berathung der Verleihung der Staatsbürgerrechte an die Juden von dem Marschall die Fragestellung, ob „künftig Heiden, Mohammedaner, Anbeter der Sonne, des Mondes, der Göttin Vernunft in der Ständeversammlung sitzen sollten?“ Später erregte von Thadden allgemeine Heiterkeit, als er das Wesen des Wahlgesetzes darin fand, daß „auf 10 000 Pfund Menschenfleisch ein Wahlmann ernannt“ werden solle.

Konservativen aber waren nicht eigentlich konservativ, sondern reaktionär gesinnt.

Zu diesen Letzteren rechnete die öffentliche Meinung, und damals mit Recht, auch den bedeutendsten Mann, der nicht nur in diesem Vereinigten Landtag, sondern überhaupt je in einem Parlament gesessen hat, den in Vertretung des erkrankten Herrn von Brauchitsch auf Scharteute von der Ritterschaft des Kreises Jerichow in der Altmark berufenen Reichshauptmann Otto von Bismarck-Schönhausen.

In aufgeregten Zeitläuften vermag eine energische und kraftbewusste Natur sich nicht auf dem Gebiete der Vermittelung und Versöhnung zu bewegen, das den rechten Aufenthaltsort für die goldene Mittelmäßigkeit bietet; sie wird, nach Reigung, Erziehung und Charakter sich dem einen oder dem anderen Extrem zuwenden. Es ist nicht mehr als begreiflich, wenn daher der damals 33jährige Abgeordnete von Bismarck mit der vollen Wucht seiner Persönlichkeit sich dem neuen Geist entgegenstellte und als unbedingten Anhänger des alten Systems zu erkennen gab. Er ergriff zu verschiedenen Malen das Wort; zuerst bei Gelegenheit einer Debatte über das Wesen der Freiheitskriege, dann bei der Judenfrage, wo er sich entschieden gegen die Zulassung der Israeliten zu den Staatsämtern aussprach; am schärfsten und treffendsten aber sind die Worte, die Bismarck gegen die Schwärmerei gewisser Abgeordneter für englische und französische Verhältnisse richtete. „Ich möchte“, lautete einer der kernigsten Sätze seiner Ausführungen, „den Herren, die so gerne ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen, doch eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet. Das ist das stolze Gefühl der Rationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergiebt, nachahmungswerthe und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht.“

Damals blieben diese markigen Worte unbestanden und unbeachtet; hatte doch Friedrich Wilhelm IV. selbst Großbritannien als das „Land der Erbweisheit ohne Gleichen“ bezeichnet.

Was die einzelnen Verhandlungen des Vereinigten Land-

tages betrifft, so würde ein näheres Eingehen auf dieselben zu weit führen und, da positive Resultate nicht erreicht wurden, wenig Interesse bieten. Sie drehten sich in der Dreiständekurie, wie bemerkt, meist um die Besugnisse des Landtages selbst, so um die Ausschließung bescholtener Personen aus den ständischen Versammlungen (30. April), wobei die Ansichten der Opposition, daß aus einem ehrengerichtlichen Urtheil, einem politischen Vergehen, oder einer Kriminaluntersuchung der Begriff der Bescholtenheit nicht entnommen werden könne, abgelehnt wurden. Nachdem man dann das Geschäftsreglement und das Petitionsrecht berathen, kam es zu heftigen Erörterungen über die Frage, ob die Landständenschaft von der Gemeinschaft mit einer christlichen Kirche bedingt sei. Vom 29. Mai ab wurden die ständischen Gesetzgebungsrechte debattirt. Die Dreiständekurie richtete hiebei eine Petition an den König, in welcher sie um Periodizität des Landtages und zwar um eine alle zwei Jahre stattfindende Einberufung desselben bat. Am 24. Juni gab Friedrich Wilhelm in einer Botschaft den Bescheid, daß er sich eine Entschließung vorbehalte. Weiterhin behandelte die Dreiständekurie die Mitwirkung der Stände am Steuer- und Staatsschuldenwesen, worauf gleichfalls am 24. Juni die Antwort der Regierung erfolgte, und endlich die Emanzipation der Juden. Dieselben sollten die Berechtigung erhalten, Staats- und Gemeindeämter zu bekleiden, nicht aber die ständischen Rechte besitzen. Die Ehe zwischen Juden und Christen sollte gestattet sein, doch verweigerte der König diesem Beschlusse seine Zustimmung. Nachdem alsdann noch die Wahlen zu dem ständischen Ausschusse erfolgt, schloß am 26. Juni der Minister von Bodelschwingh die Sitzungen des ersten Vereinigten Landtages, welcher nur noch einmal zu kurzem Leben erwachen sollte. Am 26. Juli erschien der Landtagsabschied, welcher deutlich die Unzufriedenheit des Königs mit der Haltung der Dreiständekurie zeigte. Die große Mehrzahl der von ihr gefaßten Beschlüsse war theils unberücksichtigt, theils abgelehnt, nur einzelne, wie die Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, bewilligt.

Die Hoffnungen, welche man auf den Landtag gesetzt, hatte er fast alle enttäuscht. Der erste Versuch, eine Konstitution in

Preußen einzuführen, war weder nach dem Wunsche des Urhebers ausgefallen, noch hatte er den Erwartungen der Parteien entsprochen. Man sah, daß auf diesem Wege keine Besserung zu erhoffen war; ein unbestimmtes Gefühl griff um sich, daß irgend etwas Besonderes sich ereignen und die Lage klären müsse.

## 2.

## Berlin bis zum 18. März.

Berlin befand sich zu Ausgang des Februar in völliger Ruhe, selbst die Verhandlungen des Vereinigten Ständischen Ausschusses, der seit dem 17. Januar sich versammelt hatte und ein neues Strafgesetzbuch berieth, vermochten nur ein sehr bedingtes Interesse zu erwecken, so nothwendig auch die schon mehrmals versuchte Reform der preussischen Rechtsverhältnisse schien.

Die Polizei ließ es indessen an der gewohnten Wachsamkeit nicht fehlen; eben hatte, gleichsam in Voraussicht der Dinge, die da kommen sollten, der Polizeipräsident von Minutoli eine geharnischte Warnung gegen Preßvergehen erlassen, da langte, am 27. Februar gerüchtweise, am 28. aber klar und zweifellos die Nachricht von den Pariser Vorgängen in der preussischen Hauptstadt an.

Unter den gegenwärtigen Umständen mußte dies Ereigniß wie überall, so auch in Preußen die Gemüther auf das Höchste erregen. Das Erste, woran man dachte, war der Krieg mit Frankreich; man sah dort bereits ein neues 1793 — und im Zusammenhang damit einen neuen Kreuzzug gegen die Republik herannahen. Freilich war die Erinnerung an die „Campagne in der Champagne“ keine sonderlich ruhmreiche für die Armee, aber es war doch immerhin für sie auch ein solcher Krieg besser als der nunmehr schon 33 Jahre dauernde Friede. Die Maßregeln der Regierung schienen ganz dazu angethan, diese Kampfes- hoffnungen des Heeres zu bestärken; denn nicht nur, daß der Minister von Bodelschwingh Aeußerungen von „Marschiren-

lassen“ und Aehnlichem fallen ließ, wurden bereits einige Regimenter auf den Kriegsfuß gesetzt, ein starkes Truppendetachment bei Halle zusammengezogen, die Garden beordert, sich marschfertig zu halten, ja bereits eine Brigade des 4. Corps in aller Eile nach dem Rhein geschickt und dem Prinzen von Preußen, bisher Commandeur des Gardecorps, der Oberbefehl über die dort und in Westfalen stehenden Truppen übertragen.

Bald jedoch nahmen die Kriegsvorbereitungen ein langsameres Tempo an und stockten endlich ganz; die durchaus friedfertige Haltung der Lamartine'schen Republik ließ die Nothwendigkeit einer militärischen Intervention immer mehr zurüdtreten, zugleich aber drang mehr und mehr die Befürchtung durch, daß man die Truppen im eigenen Lande nöthiger brauchen werde als im Elsaß oder der Champagne.

Schon die Kunde von Louis Philippe's Sturz hatte die Berliner lebhaft erregt; man diskutirte bereits laut auf offener Straße, man las in den Caféhäusern einander die neuesten Posten vor, und nun kamen Schlag auf Schlag die Nachrichten von der immer wachsenden Gährung in Süddeutschland, es kam sogar — unglaublich, aber wahr — die Kunde, daß der Bundestag in der Eschenheimer Gasse den Willen ausgesprochen habe, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen.

Solche Vorgänge waren nicht geeignet, die Erregung des Berliner Volkes abzukühlen und allgemach begann die preußische Hauptstadt ihr gewohntes Aussehen zu verlieren.

Die ersten Tage des März vergingen noch in völliger Ruhe, doch ließen bereits gewisse Anzeichen auf den von der Ferne nahenden Sturm schließen; dazu gehörte namentlich die am 2. erfolgte Ernennung des Generals von Pfuel zum Gouverneur von Berlin, dann der Befehl, den 3 Tage darauf der Stadtkommandant von Dittfurth an die Truppen „im Falle von Unruhen“ erließ; auch wurden in dieser Zeit wiederholt Maueranschläge gefunden, die das Militär davor warnen sollten, im Falle eines Straßenkampfes auf das Volk zu schießen.

Der 6. März ist der Tag, an welchem die eigentliche Berliner Bewegung beginnt. Von jetzt ab schreitet dieselbe langsam und unaufhaltbar vorwärts, ein so klares Beispiel der noth-

wendigen Entwicklung einer Revolution, wie man es in keinem anderen deutschen Staate wieder findet. Ueberall sonst hatte der Aufruhr gar keine Zeit gehabt, sich vorzubereiten und zu entwickeln, sondern war vielmehr durch die sich überstürzenden Ereignisse und die Nachgiebigkeit der Herrscher aus seiner eignen Bahn gedrängt worden. In Berlin dagegen, wo die Regierung von vornherein entschlossen war, keine Concessionen zu machen und somit der Bewegung schroff gegenüberstand, mußte sich die Letztere schrittweise den Boden erkämpfen und ihr allmähliches Fortschreiten läßt sich an jedem einzelnen der aufeinander folgenden Tage deutlich nachweisen.

Es mag hier der Ort sein, von vornherein auf einen Vorwurf einzugehen, der von fast allen Historikern der preussischen Revolution, ja selbst von Scherr erhoben wird, der Vorwurf nämlich, die Regierung habe es bis zum 13. März in ihrer Hand gehabt, die Dinge friedlich zu gestalten, aber in ihrer starren Unerbittlichkeit von diesem Ausweg, durch Concessionen den Ausbruch des Volkszornes zu hemmen, keinen Gebrauch gemacht. Ein einziger Blick auf die Entwicklung der Dinge in Oesterreich zeigt, wie schief eine solche Behauptung ist. In solchen Zeitlagen erkennt das Volk in jeder Nachgiebigkeit seiner Regierung nichts Anderes als ein Zeichen von Schwäche und fordert, sobald man ihm das Eine bewilligt, sofort das Nächste, bis der Zeitpunkt eintritt, wo die Regierung nicht mehr weiter zurückweichen kann und der bisher vermiedene Kampf nun doch, und mit verzehnfachter Gewalt ausbricht. Das war in großen Zügen der Verlauf der Wiener Revolution vom März bis zum Oktober, und genau ebenso wäre es in Preußen auch gekommen, hätte sich die Regierung dem Volke gebeugt. Daß sie dies nicht that, sondern die Schlacht sofort annahm, hat Berlin vor einem solchen Oktober, wie ihn die österreichische Hauptstadt erlebte, bewahrt, und die Thatsache findet hierdurch ihre Bestätigung, daß, wenn der Ausbruch einer Revolution droht, die Staatsleitung, will sie von ihrem Standpunkt aus richtig handeln, dem Volke Nichts, auch nicht die berechtigten Wünsche gewähren darf.

Am 6. März also wurde die Sitzung des Vereinigten Ständischen Ausschusses durch den König selbst geschlossen, der bei

solchen Anlässen seine Rednergabe zu entfalten liebte. Die wichtigsten Punkte seiner Ausführungen waren einmal das Versprechen, die bisherige Periodizität der ständischen Ausschüsse auf den Vereinigten Landtag selbst zu übertragen, dann aber, am Schlusse der Rede, die Andeutung eines nahenden Krieges. „Doch sollte es Gottes unerforschlicher Rathschluß anders fügen“, lauteten die Worte<sup>1</sup>, „sollten die Verträge gebrochen werden, auf denen Europas politisches Gebäude beruht, sollte ein Feind es wagen, das eigene Gebiet oder das Meiner deutschen Bundesgenossen anzutasten, dann würde Ich, wie es Ehre und Pflicht gebieten, selbst die Gefahren des Krieges einem schmähligen Frieden vorziehen. Ich werde dann Mein wehrhaftes Volk zu den Waffen rufen, es wird sich um Mich schaaren wie vor fünf und dreißig Jahren unter den Fahnen Meines unvergeßlichen — nun in Gott ruhenden Vaters, der auch der Vater seines Volkes war; dann wird — das ist Meine Zuversicht — der Heldemuth der Jahre 1813, 1814 und 1815 nicht fehlen.“

Am selben Tage, an welchem der Vereinigte Ständische Ausschuß für immer seine Sitzungen schloß, fand am Abend eine andere Versammlung statt. Die Teilnehmer dieser Zusammenkunft traten unter freiem Himmel zusammen. Es war eine Schaar von jungen Leuten, Studenten, Handwerker, ein Paar Schauspieler und Literaten, Alles in Allem etwa fünf- bis sechshundert Personen. Und doch bildete diese so unbedeutend scheinende Zusammenkunft, die an „den Zelten“ im Thiergarten stattfand, die erste einer Reihe von Volksversammlungen, die von nun ab dort täglich, immer mehr an Umfang und Bedeutung wachsend, abgehalten wurden und alsbald einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Berliner Bewegung gewannen.

Mittlerweile hatte es sich auch in den Provinzen zu regen begonnen. In Köln fand bereits am 3. März ein großartiger Tumult statt, das Rathhaus wurde vom Volke förmlich gestürmt, und erst gegen 11 Uhr Nachts trat Ruhe ein, nachdem das Militär eingeschritten war und einen der Volksführer, den gewesenen Artillerieoffizier und jetzigen „Zimmerlehrling“ von

<sup>1</sup> Verhandlungen des Ständischen Ausschusses. I. Protokolle. S. 371 f.

Wyllich verhaftet hatte. Ebenso ereignete sich in Breslau ein Auflauf; aus beiden Städten, sowie aus Aachen, Düsseldorf, Elberfeld, Koblenz, Halle, Magdeburg und vielen andern Orten langten Adressen mit den bekannten Forderungen in Berlin an.

Die Kurse begannen rapide zu fallen, eine Börse existirte kaum noch; selbst preussische Kassenscheine wurden mit Mißtrauen angesehen. Diese Stockung der Geschäfte übte auch insofern einen besonders schädlichen Einfluß, daß viele Fabriken ihre Arbeiter entließen und die Unzufriedenheit dadurch immer mehr wuchs.

Am 7. März traten die Berliner Behörden in die Bewegung ein, wie Tags zuvor das Volk. Im Magistrate stellten die Stadträthe Dunder, Schulz und Gärtner den Antrag, an den König eine Petition um schnelle Einberufung des Landtages, Pressfreiheit und Gleichberechtigung der Konfessionen zu richten, doch erklärten sich nach lebhafter Debatte nur 9 Stimmen für, 18 aber gegen ein solches Vorgehen. Die Letzteren waren besonders durch die Haltung des ebenso servilen als unfähigen Oberbürgermeisters Krausnick beeinflusst<sup>1</sup>.

Am Abend fand die zweite Zelten-Versammlung statt. Die Tags zuvor aufgesetzte Adresse der „Wünsche der Jugend“ wurde verworfen, eine neue Adresse des Volks aufgestellt und einer Deputation zur Besorgung übergeben.

Die Wache im königlichen Schlosse erhielt eine Verstärkung von 50 Mann.

Am 9. März thaten die städtischen Behörden den ersten Schritt vorwärts, indem die Stadtverordneten eine von fünfzig Bürgern überreichte Petition an den König annahmen, obwohl der Historiker von Raumer leidenschaftliche Einsprache erhob und der Magistrat beharrlich jede Theilnahme ablehnte.

Die Deputation der Zelten-Versammlung erhielt am Morgen desselben Tages von Minutoli die Mittheilung, daß die Ueber-

<sup>1</sup> Man erzählt, der König habe Krausnick Tags zuvor gefragt, ob er an die Möglichkeit von Unruhen glaube, worauf Jener mit unterthänigem Näckeln an die Revolution von 1830 erinnerte, „welche wegen Krankheit des Polizeipräsidenten abbestellt wurde!“ — „Der König lachte über den Berliner Witz und die Sache war abgethan.“

reichung ihrer Adresse nicht persönlich, sondern durch die Stadtpost geschehen müsse<sup>1</sup>.

Dieser Bescheid hatte zur Folge, daß am 9. März eine abermalige, diesmal aber über tausend Personen starke Versammlung unter den Zelten tagte, an der auch viele Bürger theilnahmen. Es war noch unglaublich bescheiden, was die Redner, meist Studenten, forderten; höher als bis zum Wunsche nach Preßfreiheit, politischer Amnestie und Einberufung des Vereinigten Landtages verstieg man sich nicht. Es wurde beschlossen, die fragliche Adresse nunmehr der Zuschrift der Stadtverordneten beizulegen, aber auch diese wollten Nichts davon wissen, und man mußte sich endlich doch entschließen, das unglückliche Schriftstück der Stadtpost anzuvertrauen, wo es sang- und klanglos verschwand.

Zum ersten Male wurden in diesen Tagen einzelne Punkte, namentlich das Schloß und die Artilleriewerkstätten, militärisch besetzt, in den Zeughäusern die Zündstifte und Bajonette von den Gewehren abgenommen, scharfe Patronen in die Kasernen gebracht. Durch die zahlreichen, in den Regimentern dienenden Einjährig-Freiwilligen gelangten diese Maßregeln alsbald zur Kenntniß des Publikums und vergrößerten die Erregung.

In den beiden folgenden Tagen bildete den Mittelpunkt der Ereignisse die von den Stadtverordneten auf Anregung der Bürgerschaft beschlossene Adresse, welche am 11. in öffentlicher stürmischer Sitzung angenommen wurde. Hatte man am 9. März den Antrag auf Einrichtung einer bewaffneten Bürgerwehr abgelehnt, so beschloß man heute mit der Bildung sog. „Schutzkommissionen“ vorzugehen, denen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe zufallen sollte. Am 16. März trat diese, dem Lande der Erbweisheit entnommene Einrichtung in Kraft, verfehlte aber, wie vorauszusehen, ihre Wirkung gänzlich. Die Schutzmänner, weit entfernt Respekt einzulösen, bildeten lediglich eine Zielscheibe des Berliner Wüthes<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Ein Mitglied der Abordnung trieb die Naivität so weit, daß es den Polizeipräsidenten bat, doch lieber die Adresse gleich selbst mitzunehmen und dem Könige zu geben.

<sup>2</sup> Die Schutzmänner wurden vom Volke als „Reißenbitter“, ihre weißen Stöcke, das Zeichen ihrer Amtswürde, „Ballkellen“ bezeichnet.

Die Volksversammlung unter den Zelten hatte sich am 11. bereits bedeutend vergrößert. Auch die Studenten thaten sich zusammen und schickten die übliche Adresse ab.

Der 12. März verlief in Berlin ruhig, allein aus Köln kam eine folgenschwere Kunde; der Oberpräsident der Rheinprovinz, Eichmann, meldete kurz und unumwunden, daß er nur in dem Falle einer sofortigen Einberufung der Landstände für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Rheinlanden stehen könne. Diese Nachricht wirkte entscheidend; man wußte, daß Eichmann nicht der Mann dazu war, unnötigerweise zu einem solchen Schritte zu treiben, und was man noch gestern der Breslauer Deputation abgeschlagen hatte, die beschleunigte Einberufung des Landtages, wurde jetzt beschlossen, die Veröffentlichung dieser Absicht aber zunächst hintertrieben.

Am selben Tage nahm der Prinz von Preußen Abschied vom Gardecorps, um sich an den Rhein zu begeben, wo seine Anwesenheit dringend nöthig erschien. Seine Worte vom „Wiedersehen auf dem Felde der Ehre“ erweckten die schon sinkenden Kriegshoffnungen der Armee aufs Neue.

Mit dem 12. März schließt das erste vorbereitende Stadium der Berliner Bewegung; die jetzt folgenden sechs Tage führen in rascher Steigerung bis zum Höhepunkt, der Nacht des 18. März, empor.

Am 13. floß das erste Blut. Schon seit dem Morgen waren sämmtliche Wachen verstärkt, von 3 Uhr Nachmittags ab die gesamte Garnison, 6500 Mann Infanterie und beinahe 2000 Reiter, in den Kasernen konsignirt. Bald darauf lief eine Meldung des Polizeipräsidenten ein, welche für den Abend ernste Unruhen in Aussicht stellte. Das Gerücht, die Rheinlande seien in offenem Aufbruch, ging überall in der Stadt um und erhitzte die Gemüther.

Die am Abend stattfindende Volksversammlung an den Zelten zählte mehr als 20 000 Theilnehmer. Zahlreiche Reden wurden gehalten, die Gründung eines „Arbeiterministeriums“ beantragt und was der unverständenen, aus dem Französischen entnommenen Phrasen mehr war; doch kam es hier noch zu keinen tumultuarischen Auftritten.

Auf die Kunde von Menschenansammlungen auf dem Pariser

Platz ließ gegen 8 Uhr Abends der Gouverneur eine Anzahl Truppen nach verschiedenen Punkten ausrücken und zog das gesamte übrige Militär auf dem Schloßplatze zusammen, der durch einige Züge Dragoner gesäubert werden mußte. Die zurückstühenden Haufen versuchten einen Waffenladen in der Jägerstraße zu plündern, ja es wurden sogar in der Niederwall- und der alten Grünstraße Versuche eines Barrikadenbaues entdeckt, doch war binnen kurzem die Ruhe hergestellt. Ebenso erging es an den anderen Punkten, wo Volk und Truppen handgemein geworden waren, namentlich „Unter den Linden“ und am „Unterbaum“. Die von der Volksversammlung zurückkehrenden Schaaren wurden überall mit leichter Mühe zersprengt.

Der 14. März brachte die ersten Barrikaden. Am Morgen des Tages empfing der König die Deputation der Stadtvertreter mit Krausnick an der Spitze. Seine Antwort auf die ihm überreichte Adresse war in höchstem Grade charakteristisch. Er sei nicht im Stande, meinte Friedrich Wilhelm, wie das in anderen Ländern Sitte sei, in wohl stilisirter Rede zu antworten, sondern könne nur im Konversationsston erwidern. Das Berufungspatent des Landtages sei bereits vollzogen, etwas Weiteres aber nicht möglich. Man müsse die alte deutsche Ordnung beachten, und eben die Gliederung der Stände sei echt deutsch, desgleichen der Besitz als Grundlage der Standschaft. Was die in der Adresse erwähnte deutsche Einigung betreffe, so liege Deutschlands Schicksal nicht in seiner Hand.

Mit diesem wenig tröstlichen Bescheid wurde die Abordnung entlassen. Mochte auch ein Mann wie Krausnick „von dem großen, erhabenen, ja heiligen Augenblicke, in welchem das Herz unseres theuren Königs die Herzen der Bürger Seiner treuen Vaterstadt so mächtig bewegt hatte“, sprechen, klarer Denkende sahen deutlich, daß der Riß zwischen König und Volk durch die Antwort Friedrich Wilhelms nur erweitert worden war. Allerdings hatte man die Berufung des Landtages auf den 27. April, eine viel zu entfernte Zeit, erwirkt, und noch am Abend erschien das diesbezügliche Patent, allein die Bewegung war schon über diese erste Forderung hinaus, und die Concession des Königs machte keinen Eindruck mehr, während ihr noch am 12., wo sie

doch schon beschlossen war, selbst am 13. wenigstens ein vorübergehender Erfolg sicher gewesen wäre. Wenn daher auch die „in tiefster Ehrfurcht ersterbenden, allerunterthänigst treuehormsamsten“ Vertreter der Stadt mit Genugthuung auf den Erfolg ihrer Adresse blickten, unter welcher sie sich mit den angeführten Worten unterzeichnet, das Verhängniß ging unaufhaltsam seinen Gang.

Schon im Laufe des Nachmittages lag eine gewitterschwüle Luft über der Hauptstadt. Patrouillen durchzogen die Straßen, eine Bekanntmachung des Gouvernements verbot alle Volksansammlungen.

Nichtsdestoweniger durchwogte am Abend eine gewaltige, in größter Aufregung befindliche Volksmenge die Stadt. Die Truppen wurden beschimpft und verhöhnt, für Offiziere war es bereits gefährlich, sich einzeln öffentlich zu zeigen.

Nach halb acht Uhr Abends rückte der größere Theil der Garnison aus; zunächst wurde wieder der Schloßplatz gesäubert und besetzt, alsdann ritten die Gardékürassiere durch die Breite- und Brüderstraße, rücksichtslos in die dichtgedrängten Menschenmengen einhauend. Zahlreiche Verwundungen fanden statt, auch einzelne der Kürassiere wurden verletzt. Unterdessen aber waren am Spittelmarkt zwei wirkliche Barrikaden, die ersten ihrer Art in Berlin, errichtet worden, zu deren Bewältigung die Reiterei nicht ausreichte. Eine Abtheilung Infanterie rückte, von einem Steinhagel begrüßt, vor und nahm die beiden Verschanzungen ohne sonderlichen Widerstand. Gegen Mitternacht war der Tumult überall beendet und die Truppen marschirten nach ihren Kasernen ab.

Der König weilte während dieser Auftritte nicht in Berlin; er hatte sich bereits Nachmittags nach Potsdam begeben und erhielt erst am nächsten Mittag die darauf bezügliche Meldung. Die Vermuthung liegt nahe, daß die Militärpartei diese Abwesenheit des Monarchen zu einem entschiedenen Einschreiten gegen die Bewegung hatte benutzen wollen. War dem so, so hatte sie durch die am Abend des 14. bewiesene Strenge ihre Absicht nicht erreicht, denn am folgenden Morgen zeigte Berlin eine noch wesentlich aufgeregtere und gefahrdrohendere Physiognomie. Man erwartete bereits allen Ernstes den Ausbruch der Revolution, umsomehr, da am Abend bereits überall das Gerücht vom Sturze des Fürsten Metternich umlief. An allen Straßenecken standen

größere und kleinere Gruppen in eifriger Besprechung, der Hof und besonders der König selbst war durch die Nachricht aus Wien schwer erschüttert; die Thatsache, daß die Seele des ganzen bisherigen Regierungssystems in Preußen und den anderen deutschen Staaten, daß Fürst Metternich, und noch dazu fast ohne Kampf, dem Märzsturm zum Opfer gefallen, mußte auch in Berlin die Dinge auf die Spitze treiben. Die Regierung hatte nur noch die Wahl nachzugeben oder sich zum Kampfe zu rüsten. Zu Beidem fehlte die nöthige Kraft; die gegeneinander kämpfenden Strömungen am Hofe, die die ganze Zeit hindurch ein konsequentes und entschlossenes Benehmen der Regierung verhinderten, veranlaßten an diesem Tage einen Auftritt, in Folge dessen der General von Pfuel um seine Entlassung bat; dieselbe wurde ihm allerdings nicht gewährt, der Gouverneur verblieb, nachdem ihm eine ehrenvolle Genugthuung zu Theil geworden, in seiner Stellung, allein er hatte einen schmeren Stand. Seine wohlwollenden, aber unter den obwaltenden Verhältnissen gänzlich aussichtslosen Bemühungen um Erhaltung des Friedens trugen ihm nur den Zorn der Militärpartei ein, die alle Hebel in Bewegung setzte, um seinen Sturz herbeizuführen.

Die Tags zuvor in der Brüderstraße vorgefallenen Ereignisse hatten inzwischen so aufregend auf die anwohnende Bürgerschaft gewirkt, daß am Vormittage eine Deputation den Bürgermeister und den Polizeipräsidenten um Zurückziehung des Militärs und um die Genehmigung zur Bildung der schon erwähnten Schutzkommissionen anging. Eine andere von Dr. Stieber geführte Abordnung begab sich Mittags nach der Kommandantur und stellte den daselbst anwesenden Ministern von Bodelschwingh und von Rohr, sowie dem Gouverneur von Pfuel die Sachlage dar. Auch sie fand, wie die Deputation aus der Brüderstraße, geneigtes Gehör und erhielt allerhand Zusicherungen, daß das Militär nicht angreifen werde, eine „gemischte Kommission“ die Vorgänge in der Brüderstraße untersuchen solle und dgl. mehr. Aber die Ereignisse waren schon zu weit gediehen, als daß derartige Verhandlungen ihren Lauf hätten hemmen können.

Der Polizeipräsident erwartete schon an diesem Tage den Straßenkampf. „Die Haltung der Masse“, heißt es in seinem

Bericht vom 15., „ist nicht mehr zweifelhaft; es handelt sich nur noch um den Moment des Ausbruchs.“ Der Tag verlief indessen ruhig; bis gegen fünf Uhr Abends die Zusammenrottungen vor dem Schloß einen gefahrdrohenden Charakter annahmen; die Schutzbeamten erwiesen sich bereits bei diesem ihrem ersten Auftreten als gänzlich einflußlos, die nunmehr vorrückenden Truppen, eine Kompagnie des 2. Garde-Regiments, wurden mit einem Steinhagel empfangen, der 2 Offizieren und 19 Mann mehr oder minder erhebliche Beschädigungen zufügte.

Erst nachdem diese Tumulte sich 2 Stunden hindurch wiederholt, wurde der Schloßplatz und die angrenzenden Straßen durch Kavallerie geräumt; allein das Volk floh diesmal nicht kampflös; an verschiedenen Punkten versuchte es sich zu setzen, errichtete Barrikaden an der Ecke der Breiten Straße mit der Neumannsgasse, wo es in der Nähe auch einen Waffenladen zu plündern versuchte, sowie in der Kommandanten- und Leipziger Straße und zog die Jungfern-, die Gertrauden- und Kossstraßenbrücke auf. Mit blanker Waffe vermochte das Militär an diesem Abend bereits nicht mehr durchzubringen; gegen 8 Uhr fielen die ersten Schüsse gegen eine Barrikade in der Spreegasse, denen bald mehrere Salven an der Jungfern- und Gertraudenbrücke folgten. Hier feuerte das Militär, da es nicht weiter vordringen konnte, über den Fluß hinüber, eine Reihe von Personen stürzte nieder, das Uebrige stob in wilder Flucht auseinander; gegen Mitternacht lag tiefe Ruhe über Berlin.

Auch in anderen Städten ging es am 15. stürmisch her. In Trier fand ein großer Auflauf statt, in Magdeburg und Erfurt machte das Militär von den Waffen Gebrauch, so daß mehrere Tumultuanten getödtet und verwundet wurden, in Solingen zerstörten die Arbeiter die Gießerei eines mißliebigen Fabrikherrn.

Die Berliner selbst erfuhren von Alle dem nur das Wenigste; einige Tageblätter, wie namentlich die offiziöse „Preussische Staatszeitung“, hüllten sich überhaupt gänzlich in Stillschweigen, den anderen wurden durch die immer noch straff gehandhabte Censur<sup>1</sup> Schranken aufgelegt.

<sup>1</sup> Am 15. März brachte die Vossische Zeitung folgende Zuschrift, die man wohl als das letzte Lebenszeichen der Censur in Preußen ansehen darf:

Am Morgen des 16. soll der König bereits den Entschluß gefaßt haben, Berlin zu verlassen, aber „wegen widerstrebender Ansichten in seiner nächsten Umgebung davon zurückgekommen“ sein. Es wäre dies unter allen Umständen ein höchst unglücklicher Schritt gewesen, denn die immer drohender sich gestaltende Lage der Dinge forderte dringend die Anwesenheit des Monarchen.

Vor Allem mußten die Vorgänge in Köln die höchste Besorgniß erregen. Am 16. wurde dort eine neue Adresse verfaßt und durch eine Deputation, den Herrn von Wittgenstein an der Spitze, am nächsten Tage nach Berlin geschickt, die mit nichts Geringerem als mit dem Abfall der Rheinlande drohte<sup>1</sup>. Auch in Berlin ließen die nunmehr ausführlicher eintreffenden Meldungen aus Wien und der Zorn über das Einschreiten des Militärs an den vorhergehenden Tagen für den heutigen Abend das Schlimmste befürchten. Telegraphisch wurden aus Stettin und Frankfurt a. O., sowie von dem Detachement bei Halle Verstärkungen herbeibeordert, die am nächsten Tage eintrafen. Zwei Bataillone des ersten Garde-Regiments langten noch am Abend des 16. aus Potsdam an.

#### „Erklärung.

Die Redaktion der «Berliner Zeitungshalle» benachrichtigt in der zweiten Beilage zu Nr. 62 ihres Blattes die Abonnenten, «daß es ihr aller ihrer Anstrengungen ungeachtet jetzt manchmal unmöglich sei, die früh abgehenden Bahnzüge zu bedienen, da sie die Censurbogen nicht zeitig genug erhalten könne, um den Druck zwischen 3 und 3½ Uhr, wie die richtige Expedition es erfordere, zu beginnen». Die verspätete Rückgabe der Censurbogen entsteht, wie ich hier erkläre, dadurch, daß dieselben erst fast täglich über den oben angegebenen spätesten Zeitpunkt hinaus an mich abgegeben werden. Der Herr Redakteur ist von diesen Verspätungen vollständig unterrichtet.

Ich ersuche daher die Abonnenten und Leser der Berliner Zeitungshalle, in jener Nachricht nicht einen Vorwurf oder Dienstversäumniß, sondern den zum Puff der Zeitung üblichen, vierteljährlichen Angstruf zu erkennen.

Piper,

Regierungsassessor und Bezirkscenfor.

<sup>1</sup> „Die Bewegungen in Süddeutschland müssen bei einem fortgesetzten Widerstande gegen die Nationalfreiheit zu einer Auflösung des Bundes führen, als dessen nächste Gefahr wir leider die Isolirung und die Abtrennung der Rheinprovinz bezeichnen müssen.“

Zwei im Laufe des Tages erschienene Proklamationen, die eine von Pfuel und Bodelschwingh, die andere vom Bürgermeister ausgehend, blieben bei der herrschenden Gährung wirkungslos. Einen weiteren Versuch zur Vermittelung machten an diesem Tage die Studenten; sie schickten eine Deputation nach der Kommandantur und erboten sich, als ein bewaffnetes Corps die Ruhe aufrecht erhalten zu wollen. Allein Herr von Dittfurth empfing die akademischen Gesandten kalt, fast höhnisch, und ließ sie unverrichteter Dinge abziehen.

Gegen Abend nahmen wie alltäglich die Unruhen ihren Anfang; ein Volkshaufe mißhandelte einige Mitglieder der Schuttkommission und wich auch dann nicht vom Platz, als eine Kompagnie, von Hauptmann von Cosel geführt, am Prinzeßinnenpalais aufmarschirte. Das Militär schritt diesmal sehr eilig ein; kaum war der dreimalige Trommelwirbel verhallt, so ertrachte eine Salve in die dichtgedrängte Masse, der man, wenigstens nach Berichten demokratischer Schriftsteller, überhaupt nicht Zeit zum Auseinandergehen gelassen hatte. Ein Buchhalter stürzte todt, ein Arbeiter tödtlich verletzt nieder.

In Folge dieses Ereignisses rückte um 6 Uhr Abends der größte Theil der Garnison aus den Kasernen und besetzte Straßen und Plätze; allein es kam, nachdem am Mittag die Salve ihre Wirkung gethan, zu keinem ernstlichen Widerstand mehr; der Versuch, an der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße eine Barrikade zu errichten, wurde im Entstehen vereitelt.

Mit diesem Tage schien für Manchen die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht zu haben; denn am folgenden Morgen, dem 17., zeigte die Hauptstadt das Bild einer nachgerade ganz ungewohnten Ruhe; nirgends die Spur von Tumulten und Exzessen, von Volksversammlungen, Adressen, Petitionen und was sonst der März bisher in Berlin gezeitigt hatte. Auch die Bürgerversammlung, die unter Wönigers Vorßitz im „Remperhof“ den Beschluß faßte, am folgenden Tage eine „Friedensmanifestation der Volkswünsche“ vor dem Schlosse zu veranstalten, verlief in bester Ordnung; — überall herrschte eine fast anheimliche Stille.

Eine solche Wendung der Dinge verursachte selbstredend bei

Gose freudige Ueberraschung; Bodelschwingh namentlich wiegte sich sofort in den kühnsten Träumen; er versicherte dem russischen Gesandten, „er könne getrost nach Petersburg schreiben: in Berlin sei die Sache abgemacht“, ja er schickte sogar um fünf Uhr Nachmittags an den Regierungspräsidenten von Raumer eine Depesche wörtlich folgenden Inhalts: „An drei Abenden zog der Pöbel in Trupps durch die Straßen, die Bürgerchaft wirkte beruhigend; seit gestern ist Alles ruhig und kein Zeichen der Erneuerung vorhanden.“

Der Polizeipräsident Minutoli, der in diesen Tagen eine ganz eigenthümliche Stellung zwischen Volk und Regierung sich geschaffen hatte, war anderer Ansicht. Er prophezeite Bodelschwingh, bisher habe man nur Straßenemeuten gehabt, jetzt aber werde die Revolution ihr Haupt erheben.

Im Schlosse hatte man sich inzwischen zu weiteren Concessionen entschlossen; im Laufe des 17. wurde ein Patent redigirt, gegen Mitternacht genehmigt und nach Verlesung im Ministerrath am Morgen des 18. vollzogen und zur Druckerei gegeben, welches am Schlusse die Einberufung des Landtages auf den 2. April verkündete. Vorher wird darin verlangt: die Umwandlung Deutschlands „aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat“, eine „allgemeine, deutsche Wehrverfassung“, ein „deutsches Bundesgericht“, ein „allgemeines, deutsches Heimathrecht“, ein „deutscher Zollverein“; es wird alsdann sogar Preßfreiheit „mit gleichen Garantien gegen deren Mißbrauch“ vorgeschlagen.

Zu gleicher Zeit wurde ein Preßgesetz genehmigt, dessen erster Paragraph die Censur aufhob.

Das Ministerium hatte zwar ebenso wie der Prinz von Preußen, der seine Reise nach dem Rhein noch nicht angetreten, diese Erlasse gegengezeichnet, doch hielt sich Bodelschwingh für verpflichtet, gleichzeitig um seine Entlassung einzukommen; die übrigen Minister stellten sich dem Könige zur Disposition.

Es war nicht leicht, unter den vorwaltenden Umständen einen passenden Ministerpräsidenten zu finden; nachdem die Unterhandlungen mit dem früheren Finanzminister Grafen Alvensleben sich zerschlagen, fiel, vielleicht auf Bodelschwinghs Vorschlag, die Wahl auf den Staatsminister a. D. Grafen von Arnim-Boitzenburg,

der am 18. Morgens 10 Uhr zur Audienz im Schlosse erschien. Als ein Mann der halben Maßregeln, welcher er überhaupt war, konnte er sich nicht sofort entschließen, sondern erbat und erhielt eine 24 stündige Bedenkzeit. Aus diesem unnützen Zaudern ergab sich der schwerwiegende Umstand, daß die preußische Monarchie gerade in ihren gefahrvollsten Stunden am Nachmittage und in der Nacht des 18. März überhaupt kein Ministerium besaß.

Der Morgen des schicksalsschweren 18. März fand Berlin in lebhafter, aber durchaus friedlicher Bewegung; der Magistrat hatte sich im köllnischen Rathhause versammelt; hier wie an anderen Punkten fanden Bürgerversammlungen zur Berathung der großen Manifestation statt, die um 2 Uhr vor dem Schlosse in Scene gesetzt werden sollte. Die Behörden, die schon in der Nacht Kenntniß von dem Plan erhalten, versuchten Alles, um die Ausführung desselben zu verhindern<sup>1</sup>. Schon am Morgen fand eine Konferenz zwischen Bodelschwingh und Krausnick statt; doch waren beide nicht zu energischen Maßregeln geschaffen und man beschloß sich auf „persönliche Einwirkungen zu beschränken“.

Um 10 Uhr Vormittags gelangte die Tags vorher eingetroffene Kölner Deputation zur Audienz und wurde, was man nach der Sprache und dem Tone ihrer Adresse nicht hatte erwarten können, sehr gnädig empfangen. Der König, in dessen Gefolge sich auch der Oberpräsident Eichmann befand, bewilligte der Abordnung alle ihre Wünsche und versprach ihr die diesbezüglichen Bekanntmachungen, die in wenigen Stunden erscheinen würden, gleich nach Köln mitzugeben. Einen ähnlichen Bescheid erhielt nach 12 Uhr eine Abordnung der Stadtvertretung, welche durch ein Schreiben Bodelschwinghs nach dem Schlosse berufen worden war. Bald darauf, zwischen 1 und 2 Uhr, erschienen das Patent über die beschleunigte Einberufung des Landtages und das neue Preßgesetz.

Die Freude war jetzt allgemein; eine jubelnde Menschenmenge füllte die Straßen, überall rief man sich die Kunde zu — fremde Menschen umarmten sich und weinten vor Entzücken;

<sup>1</sup> Schreiben Bodelschwinghs an den Bürgermeister: „Da (nun) gerade heut, wo sich Vieles bei uns entwickeln durfte, eine solche Demonstration höchst unangenehm wäre, so halte ich es für meine Pflicht, ihr möglichst entgegenzuwirken.“

man sammelte Geld für die Armen, man beschloß, am Abend die ganze Hauptstadt glänzend zu erleuchten, es schien, als sollten alle die Mißhelligkeiten und Gefahren der letzten Wochen in diesem Meer von Jubel versinken und vergehen.

Auf dem Schloßplaze hatte sich allmählich eine mächtige Menschenmenge angesammelt, die den König mit Begeisterung begrüßte, als er zweimal auf dem Balkon sich zeigte und die bei ihm befindlichen Minister Bodelschwingh und Bürgermeister Naunyn mit lauter Stimme den Inhalt des königlichen Patenten verkündeten. „Einer rief dem Andern die frohe Botschaft zu“, erzählt Kellstab, „eine Umarmung, ein Händedruck folgte dem andern. Selbst Fremde reichten sich die Hand zum warmen Druck, umarmten einander herzlich in diesem Alle verbindenden Gefühl höchsten vaterländischen Glückes. Ein Jauchzen und Jubeln schwebte über der bewegten Menge; der König erschien auf dem Balkon des Schlosses und laut begrüßte ihn ein unendlicher Freudenruf, der weithin durch die Lüfte schallte.“

In diesem Augenblicke hatte die preussische Revolution bereits begonnen — die Regierung war den ersten Schritt zurückgewichen. Hätte sich jetzt auch nicht das berühmte „Mißverständniß“ ereignet, der Aufruhr hätte sich doch unaufhaltsam verbreitet. Es ist im höchsten Maße kurzsichtig, wenn die sämtlichen Berichterstatter der Berliner Märztage versichern, es sei nun Alles schön und gut gewesen und wäre auch ohne die beiden Schüsse so geblieben. Schon am nächsten Tage wäre gewiß das Volk mit weiteren und immer weiteren Forderungen hervorgetreten, es hätte der Regierung immer und immer wieder die Wahl zwischen weiterer Nachgiebigkeit und Kampf auferlegt, bis endlich, wie in Wien, doch die entscheidende Schlacht geschlagen werden mußte.

Hier in Berlin kam der Zufall zu Hülfe, er fügte es, daß plötzlich eine Schwadron Dragoner unter dem Rittmeister von Borstell aus dem Portal Nr. 4 hervorritt, um den Schloßplatz zu säubern und gleich darauf eine Kompagnie Grenadiere aus dem Portal Nr. 2 ausrückte. Ueber den Ursprung des Befehls zum Auseinandertreiben der Massen liegt ein kaum zu erhellen- des Dunkel; sicherlich hat der König nicht den Befehl in solcher

Fassung dem neuernannten Gouverneur, General von Brittwig, gegeben, wie die Militärpartei behauptet<sup>1</sup>, ebenso gewiß ist aber auch der Ausfall der Truppen nicht ein selbständiges Werk der absolutistisch gesinnten Hofkreise gewesen. Am zutreffendsten erscheint immer noch die Annahme, daß Friedrich Wilhelm in seinen Gemächern irgend eine Aeußerung, „er wolle nun Ruhe haben“ oder etwas Aehnliches fallen ließ und daß dieser königliche Wunsch dann, nachdem er die Fluren und Treppen des Schlosses passirt und den Schloßhof erreicht, durch das immerwährend thätige Intriguenspiel einen wesentlich anderen Ausdruck gefunden hatte.

Sei dem wie es wolle, jedenfalls erbitterte das Erscheinen der Truppen die Menge in höchstem Grade, zumal schon früher wiederholt der Ruf „Militär fort“ erschollen, aber in Folge der Weigerung des Königs, in einen „unehrenhaften Rückzug“ seiner Truppen zu willigen, erfolglos geblieben war. Es mag sein, daß den Dragonern der Befehl, blank zu ziehen, nicht gegeben worden ist; Thatsache aber bleibt es, daß der größte Theil von ihnen und darunter auch ihr Führer den Säbel schwangen, daß sie auch nicht im Schritt, wie vielleicht ebenfalls zuvor angeordnet, sondern im Trab gegen die Massen anritten. Unter Schreien und Lärmen wich Alles zurück, die Verwirrung und Erbitterung steigerte sich immer mehr durch das Erscheinen der Grenadiere, die Erregung war bis zu dem Punkte gediehen, wo der kleinste Vorfall die schwersten Folgen nach sich zu ziehen vermag, da plötzlich erkrachten fast gleichzeitig auf dem äußersten rechten Flügel der Grenadierlinie zwei Schüsse. Mit gellendem Geschrei stob das Volk auseinander, in wenigen Augenblicken lag der Schloßplatz einsam und verlassen da —.

---

### 3.

### Der Kampf.

Die Schüsse waren gefallen — das verhängnißvolle Mißverständnis geschehen; — zwar flogen die beiden Kugeln, ohne Schaden zu verursachen, über die Köpfe der schreienden Menge

<sup>1</sup> Die Märztage vom militärischen Standpunkt, 33.

hinweg, um in der Ferne auf ein Dach der Königsstraße niederzufallen — — allein das Zeichen zum Ausbruch eines blutigen Straßenkampfes war gegeben.

Bei der großen Bedeutung, die somit dieses an sich so geringfügige Ereigniß gewann, ist es naheliegend, daß vielfach und mit Erbitterung beiderseits die Frage aufgeworfen wurde, wem die Schuld an demselben beizumessen sei. Während einzelne Demokraten behaupteten, es sei in der That absichtlich, vielleicht sogar auf Befehl des Königs, auf das Volk geschossen worden, spricht sich andererseits ein hochreaktionärer Historiker dahin aus, daß der Aufruhr schon vorher geplant gewesen sei und das wahrscheinlich durch Dazwischenstoßen mit den Stöcken verursachte Losgehen der Gewehre nur den willkommenen Unlaß zur Eröffnung des Kampfes geboten habe<sup>1</sup>. Die Unhaltbarkeit der ersteren Ansicht liegt auf der Hand; sicherlich dachte im Schlosse Niemand daran, das Volk niederzuschießen, — und wären jene Schüsse gezielt gewesen, so hätten sie in dem dichten Gedränge unmöglich fehl gehen können. Ebenso aber ist es denkbar, daß eine geheimnißvolle „Rotte von Bösewichtern“ die Volks-erhebung des 18. März gemacht hat — es wird einer einzelnen, wenn auch noch so rührigen und entschlossenen Partei nie gelingen, eine wirkliche Revolution zu erzeugen, denn eine solche ist und bleibt der Ausdruck des eigentlichsten Volkswillens, ein Werk unberechenbar und unlenkbar wie das Volk selbst. Wenn also auch gewiß in Berlin Elemente sich befanden, denen der Aufstand sehr willkommen war, so konnten sie einen solchen doch nicht aus eigener Kraft hervorrufen, sondern mußten sich auf die Schürung der vorhandenen Aufregung und später auf die Leitung des Kampfes beschränken.

Es ist nunmehr mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß sich das vielberufene Ereigniß in folgender Weise abspielte: Aus dem zweiten Portale des Schloßes ließ Major von Falkenstein

<sup>1</sup> „Sofort nach diesen Schüssen war es sichtbar, wie einzelne der vorher so wild auftretenden Haufen in fast geordnet zu nennender Weise davoneilten, wahrscheinlich nach schon vorher bestimmten Sammelplätzen — — — Schrecken bemächtigte sich der in das teuflische Komplot nicht Eingeweihten u. s. w. (Leo.) Signatura temporis. pag. 29.

die 1. Compagnie des Franz-Regiments hervorbringen, um die Massen zurückzutreiben, vielleicht auch, um dem General von Britzow, den er in der Mitte derselben bemerkt, Hilfe zu bringen —. Der Schützenzug der gedachten Compagnie rückte, von Lieutenant Materu von Preuß geführt, von der Ecke der Breiten Straße gegen die Kurfürstenbrücke vor, ringsum vom Volk umgeben, gedrängt, vielleicht auch mit Stöcken bedroht, da plötzlich in dem allgemeinen Wirrwarr entluden sich 2 Gewehre des Trupps, die des Unteroffiziers Hettgen und des Grenadiers Kühn! — die Menge, bereits aufs Höchste erregt und durch das Vordringen der Dragoner an der Stechbahn gereizt, hörte die Schüsse knallen, glaubte sich angegriffen und stürzte voll Angst und Zorn auseinander, um bis in die entferntesten Stadttheile die Kunde vom Ueberfalle des Volkes durch die Soldaten zu bringen.

Es erscheint auf den ersten Blick seltsam, daß das Volk gerade durch diese beiden Schüsse in eine so außerordentliche Erbitterung und Kampfeswuth versetzt wurde, wo doch in den vorhergehenden Tagen das Militär nicht nur wiederholt von der Waffe Gebrauch gemacht, sondern auch eine ganze Anzahl Personen verwundet und getödtet hatte. Offenbar liegt die Erklärung dieses Umstandes in der Stimmung, in der sich die um das Schloß versammelten Massen befanden; der Uebergang von der Freude und Dankbarkeit, die des Königs Bewilligungen hervorgerufen, zu der grenzenlosen Enttäuschung und Angst, die der vermeintliche neue Angriff erzeugte, war ein zu schroffer und unermittelter, als daß er nicht die höchste Erregung hätte im Gefolge haben müssen.

So nur ist es erklärlich, daß fast unmittelbar nach dem Vorfalle auf dem Schloßplatz überall Barrikaden wie mit einem Zauberschlage aus der Erde stiegen. Noch vor wenigen Wochen hätte man einen Jeden für unzurechnungsfähig gehalten, der auch nur auf die Möglichkeit eines Straßenkampfes in Berlin hingewiesen — jetzt war, wie so oft in der Weltgeschichte, das Unerwartete und Unerhörte geschehen! — das Berliner Volk, bisher an einen beinahe soldatischen Gehorsam gewöhnt, rüstete sich zu einem Kampfe, von dem es bisher höchstens einmal

kopfschüttelnd in Pariser Korrespondenzen Etwas gelesen, zu einem Kampfe gegen eine starke, entschlossene, ihrem Könige blind ergebene Truppenmacht, zu einem Kampfe, bei dem es ihm an Allem, an Erfahrung, an Führung, an Waffen und Munition, ja selbst an geeigneten Stellungen gebrach, — — breit und militärisch schnurgerade liefen die meisten Hauptstraßen Berlins, zumal in der Friedrichstadt, ineinander, so daß sie oft vom Angreifer ihrer ganzen Länge nach mit Geschütz- und Kleingewehrfeuer bestrichen werden konnten.

Aber das Alles hielt das Volk nicht ab, mit fieberhafter Hast den Barrikadenbau zu betreiben. Droschken, Omnibus- und Postwagen, Karren und sonstige Fahrzeuge aller Art, Jahrmaktsbuden, Balken und Bretter der Baugerüste, die Bohlen der Kinnsteine, das aufgerissene Straßenpflaster wurden zu Verschanzungen emporgethürmt und mit Betten, Möbeln, Mehlsäcken und Aehnlichem als Kugelfängen überdeckt, während zugleich das Läuten der Sturmglocken von überall her die Kämpfer zusammenrief.

Die ersten Barrikaden errichtete der Maschinenbauer Siegrist, der, vom Schloßplatz durch die Breite Straße stürzend, am köllnischen Rathhaus das Volk um sich scharte; um die von ihm hier in kurzem aufgeworfenen Straßenbollwerke entspann sich später einer der blutigsten Kämpfe der blutigen Nacht. Zu gleicher Zeit leitete der Thierarzt Urban den Bau der Barrikaden in der Königstraße, wo es ebenfalls zu einem erbitterten Gefechte kam, und führte der Drechslergeselle Hesse eine große Volksmenge zum Sturm auf das Landwehrzeughaus. Und wie an diesen Orten, so ging es in fast allen anderen Straßen zu. „Alles das“, schreibt ein demokratisch gesinnter Augenzeuge<sup>1</sup>, „geschah in größter Ordnung mit derselben besonnenen Eile und Todesverachtung. Die Arbeiten geschahen durchaus gemeinsam; fast alle Stände waren dabei vertreten; alle legten Hand ans Werk und theilten brüderlich die Arbeit: der Literat und der Tagelöhner, der Student und der Proletarier, der Beamte und der Handwerker. Es gab im Augenblick nur zwei Parteien:

<sup>1</sup> Steinmann, Geschichte der Revolution in Preußen, S. 304.

„Der Soldat, Volk und Truppen. Die Frauen kochten in den Kuchentöpfen Brote und reichten Lebensmittel nach der Hand aus für die Arbeiter, für die Kämpfer. In den Werkstätten schloß man Kugeln, schmiedete man Lanzenspitzen, in den Schmelzöfen glühte und härtete man das glühende Eisen, die Tischler schnitzten die Schäfte; wo es an Kugeln gebrach, da nahm das Volk andere Gegenstände; so wurden viele aus Werkstätten herbeigebrachte Zinkstangen, Blei u. dgl. in kleine Stücke zerhackt und damit die Büchsenläufe gefüllt. Selbst der Theaterbesucher wurde aus dem Königsstädter Theater herausgeholt und mit den Waffen Melpomene's und Thalia's trieb der Kriegsgott, sein furchtbares, blutiges Handwerk. Der eigene Soldat, der sich sehen ließ, wurde entwaffnet, die Menge gestürzt; die wohlhabenden Bürger sammelten Geld zur Anschaffung von Lebensmitteln. In Zeit von zwei Stunden wurde in Berlin von Barrikaden, wohinter sich das Volk zum letzten Guerillakampf rüstete.“

„Der Stimmung der Bevölkerung entsprach der Kampfesbegeisterung der Militärs. Zu dem preußischen Gehorjam, mit welchem die Truppen auf den Befehl ihres Kriegsherrn zur Niederwerfung des Aufstandes rüsteten, trat noch der lange genährte Haß gegen die „Bummler“ oder die „Kanaille“, wie sie die Offiziere mit Vorliebe zu bezeichnen pflegten. „Die Offiziere schauten mit ihren Augen noch einmal musternd auf und ab“, — rief ein Militär, „und aus jedem Gesicht strahlten freudetrunkene Augen entgegen. Ja, es muß ein erhebendes Gefühl sein, in solchen Augen einen Offizier zu sein. Die Helme wurden noch auf das Gesicht gesetzt, um vor den Steinen mehr geschützt zu werden und dann marschirten wir mit dem stolzen Gange der Brust, für unseren theuren Chef zu sechten, um die Freiheit zu gewinnen.“

„Die Erinnerung an das schon jetzt vorhandenen und durch den Aufbruch des Hornes des Heeres erinnern, um die Erinnerung an die während des Straßengefechtes zu begreifen.“

„Der Kampf zu Fuß während der Märztage, 12.“

Kampfbereit und zum Aeußersten entschlossen standen sich somit gegen 3 Uhr Nachmittags die Parteien gegenüber, aber noch war der Befehl zum Angriff nicht gegeben, noch wurde ein letzter Versuch zur Versöhnung gemacht — ein großes, an zwei Stangen befestigtes Stück Leinwand, auf dem das Wort „Ein Mißverständnis“ geschrieben stand, wurde vom Schlosse bis zur Kurfürstenbrücke getragen, später zu einem Fenster des Schlosses herausgehängt, aber die Demonstration blieb ebenso wirkungslos wie zwei Plakate, die der Minister von Bodelschwingh und der Generaladjutant von Neumann verbreiten ließen. Das Volk blieb drohend auf den Barricaden stehen, von welchen vielfach schon die schwarz-roth-goldene Fahne wehte.

Unter diesen Umständen gelang es der Militärpartei, den König zu energischem Einschreiten zu veranlassen, und dieser Erfolg wurde ihr um so leichter, als Friedrich Wilhelm sich in den Nachmittagsstunden offenbar in voller Unkenntniß über die Ausdehnung und den Charakter der Revolution befand und das Ganze für eine Art Straßenauflauf hielt. So schlug er einer Deputation der städtischen Behörden, die gleich nach Beginn des Kampfes bei ihm erschien, die Bitte, die Truppen zurückzuziehen, ab<sup>1</sup>, — so sprach er zu dem Bischof Neander, der sich gegen Abend mit mehreren, angesehenen Bürgern zu ihm begab, die Worte: „Was wollen Sie? Es ist eine sehr einfache Geschichte. Ich saß bei ernstern und wichtigen Arbeiten, da kamen die Leute vor die Thür und stürzten mich. Das kann ich nicht dulden. Daß ein paar Gewehre losgegangen sind, dafür kann ich nicht, und ohne Plempe wird Keiner verwundet, und die Plempe ist nicht gezogen, ich gebe Ihnen mein Wort darauf. Uebrigens geht mich die Sache Nichts an, ich habe dem Kommandanten meine Befehle gegeben, und der Kommandant thut seine Schuldigkeit. Ich habe nur eine Bombe in die Königstraße werfen lassen und schon gehört die Straße mir; die anderen werde ich auch nehmen.“

<sup>1</sup> Im Verlauf der Unterhaltung der Deputation mit dem Könige ereignete sich der Zwischenfall, daß einer der Abgeordneten, ein höchst loyaler Bürger, eine Aeußerung Friedrich Wilhelms über politische Wühlereien auf sich bezog und sofort vor Schrecken in Ohnmacht fiel.



doch trafen die von außen kommenden Truppentheile meist erst von 6 Uhr Abends ab in Berlin ein.

Die Zahl der Barrikadenkämpfer ist auch nicht annähernd festzustellen, aber jedenfalls sehr bedeutend gewesen, wie schon die große Zahl der Todten auf Seite des Volkes zeigt.

Was den Operationsplan der Truppen betrifft, so war es zunächst das Nöthigste, vom Schlosse aus, wo der größte Theil des Militärs konzentriert war, die Verbindung nach dem Gendarmenmarkt und durch die, ihrer Breite wegen nicht zu verbarrikadirende, Hauptstraße „Unter den Linden“ nach dem Brandenburger Thor zu offen zu erhalten und von diesen Punkten aus gegen die Stellungen der Aufständischen vorzudringen. Ob es wirklich, falls Letzteres nicht gelingen sollte, die Absicht des Generals von Prittwitz gewesen, seine Truppen aus Berlin herauszuziehen und die Stadt zu bombardiren, wie ein militärischer Schriftsteller<sup>1</sup> mit aller Bestimmtheit behauptet, ist doch sehr fraglich; die Zustimmung des Königs zu einem solchen Verfahren hätte er wohl kaum gefunden.

Ehe wir nun zur Schilderung des eigentlichen Barrikadenkampfes übergehen, erscheint es, der Uebersichtlichkeit halber, zweckmäßig, über das Schicksal der einzeln in der Stadt den Angriffen des Volkes preisgegebenen Wachen, Posten und anderen kleinen Abtheilungen zu berichten.

Unangefochten blieben selbstredend die Wachen, die in den von Truppen besetzten Theilen der Stadt lagen, anderen, wie der Wache am Unterbaum, am Anhalter, Gallischen, Rottbuser und Prenzlauer Thor gelang es sich zurückzuziehen, während die Wache am Hamburger Thor vom Volke überfallen und zersprengt, die im Militärarresthaus genöthigt wurde, die Gefangenen freizulassen und Waffen und Munition abzugeben. Ebenso wurde bei einbrechender Dunkelheit die von Lieutenant

Diese Truppenmacht hätte noch durch Heranziehung weiterer Regimenter aus Spandau und Frankfurt a./O. erheblich verstärkt werden können. Aus Potsdam kamen am Morgen des 19. noch die Garde-Gujaren und das 1. Garde-Mann-Regiment.

<sup>1</sup> Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkt aus geschildert, S. 36.

von Kaufmannplatt mit nur zwölf Mann vertheidigte Kaserne der Lehr-Eskadron erstürmt und mit Mühe die Einäscherung des Gebäudes verhindert.

Ernsthafter als alle diese Vorfälle war der Sturm, den gegen 8 Uhr Abends ein zweitausend Mann starker Haufe, an dessen Spitze, wie erwähnt, ein gewisser Hesse stand, gegen das Zeughaus des Berliner Garde-Landwehr-Bataillons unternahm. Es waren kaum 20 Feuergewehre, über die der Commandeur, Major von Schleinitz, zu verfügen vermochte, dazu eine Handvoll Kürassiere, mit denen ihn der in der Kaserne des Garde-Kürassier-Regimentes mit etwa fünfzig Mann zurückgebliebene Lieutenant von Keffenbrinck unterstützte. Muthvoll schlug diese kleine Schar die wiederholten Anstürme des Volkes zurück, wobei es namentlich gegen 11 Uhr Nachts zu starkem Blutvergießen kam, mußte aber gegen Morgen zusammen mit der Lehr-Eskadron der Uebermacht weichen und die Stadt verlassen. Zwei Stunden darauf drang das Volk in das verlassene Zeughaus ein, plünderte es aus und suchte es in Brand zu stecken, was indeß von den umwohnenden Bürgern vereitelt wurde.

Um die Kaserne des Alexander-Regimentes, in welcher Hauptmann von Gottsch mit 65 Mann zurückgeblieben war, entspannen sich schon im Laufe des Nachmittags Kämpfe, denen gegen Abend ein allgemeiner Sturm folgte. Von der Besatzung mit einer mörderischen Salve empfangen, wich das Volk, 4 Todte auf dem Platz lassend, zurück und gab, nachdem auch ein zweiter, gegen Mitternacht unternommener Angriff mit Verlust zurückgewiesen worden war, den Kampf auf. Am andern Tage, als schon überall der Kampf beendet war, wäre es hier beinahe zu neuem Blutvergießen gekommen. Der Thierarzt Urban nämlich überbrachte an der Spitze einer großen Volksmenge ein Schreiben des gefangenen Generals von Möllendorf, auf Grund dessen er die Herausgabe der vierzehn Gefangenen, welche die Besatzung in der Nacht gemacht, forderte. Die Antwort des Hauptmanns von Gottsch lautete dahin, daß er von einem gefangenen General keine Befehle annehme, was von Neuem große Erbitterung erzeugte; doch wurde das Volk durch das Gerücht, in der Kaserne stehe ein ganzes Bataillon verborgen, von weiteren Thätlichkeiten abgehalten.

Das erste Opfer, welches auf Seiten des Militärs der Kampf forderte, war der eine Mann des vor der Bank stehenden Doppelpostens, der Grenadier Thersen vom Kaiser-Franz-Regiment. Ein tobender Haufen von etwa 20 Mann stürzte sich, vom Schlosse kommend, auf die beiden Soldaten, man suchte ihnen die Waffen zu entreißen und in dem Ringen wurde Thersen tödtlich verwundet, während es dem andern glückte, sich, wiewohl stark verletzt, seinen Angreifern zu entziehen<sup>1</sup>.

Der eigentliche Barrikadenkampf, der unabhängig von diesen unter sich vereinzelt Ausbrüchen der Volkswuth geführt wurde, nahm kurz nach drei Uhr seinen Anfang, erreichte, nachdem in den Abendstunden eine längere Pause eingetreten war, in der ersten Hälfte der Nacht seinen Höhepunkt, dauerte aber, wenn auch in geringerem Maße, die ganze Nacht und den Morgen des 19. März hindurch fort.

Die Angriffe der Truppen gingen vom Schlosse aus, wo die Gardes konzentriert standen, in vier Hauptrichtungen gegen die Stadt, nämlich durch die Friedrichstraße einerseits gegen das Oranienburger Thor, andererseits gegen die stark verschanzte Friedrichstadt, dann gegen den kleinen, vom Schlosse und der Spree umgrenzten Stadttheil, dessen Mittelpunkt das köllnische Rathhaus bildete, und endlich in nordöstlicher Richtung durch die Königstraße auf den Alexanderplatz. Während so die in der Stadt stehenden Truppen vom Centrum derselben, dem königlichen Schlosse, aus vordrangen, griffen die von auswärts herbeigezogenen Regimenter Berlin von außen an und drangen

<sup>1</sup> Fast in sämtlichen Schriften wird der Grenadier mit dem Namen Thersen bezeichnet, doch muß man wohl in diesem Falle die Schrift: „Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkt“ als maßgebend betrachten, die ihn wiederholt Thersen nennt. Ueber die Art seines Todes ist nichts Sicheres festgestellt worden, da auch der weitgeschweifige Bericht des entkommenen Grenadiers Scheita, der genug mit seiner eigenen Vertheidigung zu thun hatte, keine bestimmten Angaben darüber beibringt, ob Thersen wirklich vom Volke ermordet oder, wie Andere behaupten, durch das Losgehen seines Gewehres, das ihm ein Mann entreißen wollte, tödtlich verletzt wurde. Jedenfalls gaben beide Grenadiere ein schönes Beispiel soldatischer Pflichttreue.

durch drei Thore, das Potsdamer, Hallesche und Frankfurter Thor, in die Residenz ein.

Die erste Barrikade, um die sich ein Kampf entspann, war die an der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße, zu welcher einige umgeworfene Wagen und das Schilderhaus am Bankgebäude das Material geliefert hatten. Mit zwei Kompagnien des 2. Garde-Regimentes stürmte Major von Herwarth dieses Bollwerk, erreichte die Bank, befreite den dort befindlichen General von Pfuël und besetzte das Gouvernementshaus. Bei diesem Zusammenstoße waren von Seiten des Volkes die ersten Opfer geblieben. In der sogenannten Zeitungshalle, welche den Eckpunkt der Verschanzung bildete, wurde der Konditor Ruprecht durch einen Schuß niedergestreckt, und im dritten Stock desselben Hauses eine Dienstmagd, die mit den Worten: „Seinem Schicksal kann man ja doch nicht entgehen“, ans Fenster trat, erschossen.

Diesem Angriffe folgte unmittelbar ein zweiter, den ebenfalls Abtheilungen des 2. Garde-Regimentes, von Ulanen unterstützt, durch die Friedrichstraße gegen das Oranienburger Thor unternahmen. Dort war bereits Blut geflossen, da das Volk die Abfahrt von Geschützen aus der Artilleriekaserne nach dem Schlosse zu hindern versucht hatte, aber durch einen Kartätschschuß auseinandergesprengt worden war. Zahlreiche Studenten waren von der Aula aus hierher geeilt, um die Maschinenarbeiter der Borfig'schen Werkstätten in den Kampf zu führen, und zu Tausenden waren diese kräftigen Männer, meist allerdings nur mit Eisenstangen und Aehnlichem bewaffnet, ihrem Rufe gefolgt. Unter solchen Umständen hielt es General von Brittnitz nicht für gerathen, weiter vorzugehen; er begnügte sich damit, das Oranienburger Thor zu besetzen und das Feuer, das man daselbst in der Landwehr-Montirungskammer angelegt, zu löschen. Dagegen konnte er es nicht hindern, daß das Volk die ausgedehnten, auf der Straße nach Oranienburg gelegenen „Wagenhäuser der Artillerie“ in Brand steckte. Fast die ganze Nacht hindurch war in ganz Berlin diese mächtige Feuersbrunst zu sehen.

Blutiger und entscheidender als diese einleitenden Kämpfe

war der nunmehr gegen 4<sup>1/2</sup> Uhr erfolgende Sturm der Füsilier des 1. Garde-Regimentes zu Fuß gegen die Königstraße, die, schwarz von Menschen und mit Barrikaden bedeckt, einem wimmelnden Ameisenhaufen gleich. Die Vermittlungsversuche der Schutzkommissionen und des Polizeipräsidenten von Minutoli, der sich in voller Uniform zu den Barrikaden begab, mußten bei der Lage der Dinge fruchtlos bleiben; das Tirailleursfeuer nahm seinen Anfang, und bald darauf erkrachte der erste Kanonenschuß aus einer Haubitze, die Lieutenant von Voigts-Abbeß auf der Kurfürstenbrücke postirt hatte. Der folgende Kartätschschuß aus einem Sechspfünder zerstückte die am Straßeneingange befindliche Barrikade, erschreckt wich das Volk, auf das, wie stets bei Straßenkämpfen, das schwere Geschütz seine Wirkung nicht verfehlte, hinter die nächsten Verschanzungen und in die Häuser zurück, an die Stelle des bisherigen Tumultes trat eine fast völlige, nur durch das Klirren der durch den Geschützdonner zerbrochenen Fensterscheiben unterbrochene Stille, der Augenblick zum Angriff schien gekommen. Aber so leichten Kaufes waren die Vertheidiger der Straße nicht gewillt, sich zu ergeben. Zwar gelang es den von Major von Kessel geführten Füsilieren, die halbzertrümmerte Barrikade zu ersteigen, aber aus allen Fenstern der umliegenden Gebäude, namentlich der Rosch'schen Restauration und des dem Major a. D. Preuß gehörigen Hauses blizten ihnen Schüsse entgegen, flogen Steine, Glasflaschen, Balken, selbst Kommoden und Tische auf die dichtgedrängten Truppen herab. Es war keine Möglichkeit, weiter vorzudringen, ehe man sich nicht in den Besitz der Eckhäuser gesetzt. Durch die eingeschlagenen Thüren drangen einzelne Abtheilungen Soldaten, die Lieutenants von Meyerind und von Schlegell an der Spitze, in das Innere ein, wo sich ein wüthender Kampf mit den Insurgenten entspann<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Ueber die Art und Weise, wie hier die Truppen und das Volk sich schlugen, besitzen wir den Bericht eines Augenzeugen (das 1. Garde-Regiment zu Fuß während der Märztage, S. 16 f.), der in der charakteristischsten Weise die Einzelheiten des blutigen Gefechtes veranschaulicht. Derselbe, angeblich Unteroffizier im 1. Garde-Regiment, zählte zu den zwölf Mann, mit denen Lieutenant von Meyerind das Haus des Gastwirths Rosch

In dieser Weise schritt der Kampf in der Straße langsam fort. Dünne Tirailleurketten gingen zu beiden Seiten an den Häusern entlang und schossen in die Fenster, während nach-

gestürmt hatte. „Der erste Mann, der uns im Hausflur entgegentrat, war ein anständig gekleideter Herr mit langem Haar und Brille, er konnte dem Aussehen nach wohl ein Professor oder Schullehrer sein. Er schimpfte gewaltig, wie wir uns unterstehen könnten, bei friedlichen Bürgern in die Häuser einzubrechen; doch er hatte noch nicht ausgesprochen, so erhielt er vom Lieutenant von Meyerind erst einen flachen und dann einen scharfen Hieb über Gesicht und Kopf, von den Füsiliere einige Kolbenstöße, so daß er zu Boden sank. Später kam er indessen wieder zu sich und wurde gleich den übrigen Arretirten nach der Schloßwache gebracht, wo er, nach Erzählungen, erst am anderen Morgen verschieden sein soll. Während dieses Vorfalles waren einige Offiziere, soviel ich mich entsinne Hauptmann von Puttkammer und Lieutenant von Studnitz, mit einigen Füsiliere der 11. Kompagnie bei uns vorbei nach der ersten Etage in die Restauration von Rosch geeilt und hatten hier die Thür bereits erbrochen, als wir dort anlangten. Beim ersten Eintritt in das Zimmer sah ich den dicken Restaurationsbesitzer mit seinem Kellner, die sich beide weiße Servietten um den Arm als Friedenszeichen gebunden hatten, indessen gewaltig schimpften, daß ihre unschuldigen Gäste todtgeschossen würden. Im zweiten Zimmer lag ein Mann unter dem Billard, der einen Schuß durch den Kopf hatte und, wie ich später (nach Aussage des Pelzhändlers Braß, der oben im Hause wohnte, und des Restaurationsbesizers Rosch) erfuhr, der Doktor Heyne, Schwager des Bankiers Mendelssohn, aus Berlin war. (Heyne war thatsächlich aus Leipzig gebürtig. Anm. d. Verf.) In diesem Augenblick lebte er noch, verschied aber kurze Zeit darauf. In einer Ecke stand ein anderer Mann, der im Gesicht stark blutete und sofort arretirt wurde. Als wir in das dritte Zimmer traten, taumelte uns ein zerlumpter, junger Bursche entgegen. Wir untersuchten seine Hände und erkannten deutlich an dem Kalt und Schmutz, welcher an den Fingern saß, daß er ebenfalls mit Steinen geworfen hatte. Bei dieser Entdeckung schien er nüchtern zu werden, denn er machte einen Sprung von der Seite und entlief, doch ein scharfer Hieb des Lieutenant von Meyerind über den linken Hinterkopf und ein Schlag mit dem Gewehr vom Füsilier Schröder von der 10. Kompagnie streckten ihn zu Boden. Die Wuth der Füsiliere war jetzt bis zur höchsten Höhe gestiegen, und konnten die Offiziere es nur mit großer Mühe verhindern, daß der Restaurationsbesitzer mit seinem Kellner nicht auch in das Jenseits befördert wurden. Da die meisten Rebellen sich in die hinteren Zimmer und in die oberen Stockwerke geflüchtet hatten, so überließ Lieutenant von Meyerind den Offizieren und Füsiliere die weitere Durchsuchung dieser Etage und eilte mit uns, etwa 10 Füsiliere, in den dritten Stock. Hier war die Thüre verschlossen und,

folgende stärkere Trupps die Hausthüren einschlugen und ein Gebäude nach dem andern erstürmten. „Es war eine sonderbare Fekhtart. Waren wir auf der Straße, so wurde nach uns

wie wir durch ein Loch bemerkten, inwendig Alles mit Betten und einer Wiege verbarrikadirt. Das Schloß war bald gesprengt, und kaum hatten wir die Thüre geöffnet, so kramte hastig ein anständig gekleideter Mann, der Pelzhändler Braß, die Betten weg und rief uns entgegen: « Ich bin unschuldig ». Das war überhaupt merkwürdig, daß wir nicht Einen fanden, der schuldig war, und ich glaube, wenn uns Einer mit der Faust ins Gesicht geschlagen hätte, so hätte er doch dabei gerufen: « ich bin unschuldig! » Wir kamen durch zwei verlassene Zimmer, wo an den Fenstern noch einige Haufen Pflastersteine lagen. Als wir die Thüre des dritten Zimmers öffneten, lagen links vier oder fünf Damen und Dienstmädchen mit kleinen Kindern in den Armen auf den Knien und baten weinend um ihr junges Leben. — Doch ein Blick rechts hinter die Thüre sollte uns schnell aus dieser Verlegenheit helfen, denn da standen etwa 8 bis 10 gestückelte Steinpflasterwerfer, wie Heringe eingepöfelt, in der Ecke. Das war ein fetter Fang. Waffen hatten nur noch zwei von ihnen. — Unsere Füsilier fielen wüthend über diese Gesellschaft her und hieben mit den Kolben barbarisch dazwischen, bis Lieutenant von Meyerind befehlt, die Leute zu arretilren und nach dem unteren Flur zu bringen. Ob Einer von ihnen getödtet wurde, weiß ich nicht mit Bestimmtheit anzuführen, doch als ich eine Stunde später wieder in das Haus trat, lag ein zerlumpfter Mensch, im Gesichte vom Blut unkenntlich, als Leiche da.“

Ebenso wie hier ging es auch in dem Preuß'schen Hause zu. „Da Major Preuß sagte“, erzählt uns unser Gewährsmann, „daß sich ca. 30 Mann, zum Theil bewaffnet, im Hause befänden, so wollte Lieutenant von Schlegell, welcher einige Füsilier um sich versammelt hatte, hinein, doch trat ihm in der Thür ein betrunkenen, abgerissenen Mann mit einer Art entgegen und schlug nach ihm. Da Lieutenant von Schlegell auswich, so ging der Hieb daneben, und als er die Art zu einem zweiten Hieb in die Höhe nahm, so schoß Füsilier Herzog, 9. Kompagnie, beim Lieutenant von Schlegell von jenseit der Straße vorbei dem todesmuthigen Trunkenbold durch die Brust, daß er todt zu Boden sank. Major Preuß lief jetzt zu seiner Familie, und Lieutenant von Schlegell eilte mit der abgenommenen Art und einer Laterne in der Hand, die er sich im Hause schnell verschaffte, begleitet von einigen Füsilieren, die Treppe hinauf nach dem Boden. Als sie hinauf kamen, hörten sie viele Menschen in der Dunkelheit laufen und den Ruf: « Schlagt den Offizier todt! Zuerst den Offizier! » Auf der letzten Stufe schlug ein zerlumpfter Mann mit einem Bajonettkarabiner — der aus dem Königstädtischen Theater geraubt worden war — auf den Lieutenant von Schlegell dicht vor der Stirne an. Das Pulver bligte von der Pfanne eines alten

geschossen, mit Steinen, Balken, Flaschen u. s. w. geworfen, und endlich noch mit siedendem Del und Vitriol gegossen; zum Glück warfen sie den Unrath immer zu früh."

Es würde zu weit führen, alle die Kämpfe zu schildern, die sich weiterhin um den Besitz der Straße entspannen. Gegen  $1\frac{1}{2}$  Uhr war die halbe Königstraße von den Truppen genommen und erst bei hereinbrechender Dunkelheit, um  $1\frac{1}{2}$  8 Uhr Abends, gelangten die ersten Füsilier zu der durch Mehlsäcke stark verschanzten Königsbrücke; dieselbe wurde noch mit Unterstützung der Alexander-Grenadiere genommen, doch kam der Kampf hier zum Stehen. Die Barrikadenkämpfer, deren Zahl 500, darunter 100 Büchsenjäger, betragen haben soll, ließen in der Königstraße 30 Leichen zurück, etwa 80 Mann von ihnen waren gefallen. Die Verluste des Militärs waren verhältnißmäßig gering.

Feuerschloßes, und der Allmächtige wollte es, daß der Schuß nicht losging, doch in demselben Augenblick schoß auch schon der Füsilier Bredow, 9. Kompagnie, den Menschen todt. Nun traten sie gänzlich hinauf, wo die Aufständischen einen Bretterverschlag entzwei gerissen hatten und durch diesen in einen anderen Boden entkommen waren. Schnell eilten ihnen die Füsilier nach, indem sie mit der Art sich Bahn brachen, wo die Schlupflöcher zu klein waren. In einem anderen Verschlag fanden sie mehrere Säbel, schlechte Feurgewehre, Patronen, Haufen Steine und auch eine Leiche unter einer Dachlufe, die einen Schuß durch den Kopf hatte, also offenbar durch einen Schuß von der Straße hinauf getödtet worden war. Plötzlich sprang ein anständig gekleideter bärtiger Mann mit einem Säbel in der Hand hinter einem Schornstein vor, trat indessen gleich zurück, als er die fertig gemachten Gewehre sah: «Um Gottes Willen, Sie werden mir doch Nichts thun, Herr Lieutenant, ich habe Frau und Kinder zu Hause und bin ein Badenscher Kaufmann», war sein kläglicher Ausruf. «Um so mehr sollten Sie sich schämen», entgegnete der Lieutenant von Schlegell, «wenn Sie ein Ausländer sind, aber diesmal will ich Ihnen das Leben retten.» Lieutenant von Schlegell drehte sich zu seinen Leuten um und schlug ihnen die Gewehre in die Höhe, da sie noch immer fertig gemacht hatten. Sobald dies der Badenser sah, hieb er heimtückisch nach seinem Lebensretter, schlug aber dicht am Kopf vorbei und traf den Unteroffizier Müller, 9. Kompagnie, in die Lippen. Dieser sowie der Füsilier Lausberg drückten ihre Gewehre sofort ab und der Badenser lag todt zu ihren Füßen. Hinter einer ausgehobenen Thür fanden sie endlich einen Menschen im Verschleiden, der wahrscheinlich durch einen Kopfschuß von der Straße aus verwundet war, so daß es in diesem Hause fünf Leichen gab. Die übrigen dort befindlichen Leute wurden arretirt, und auf Befehl des Lieutenants von Schlegell am Leben gelassen."

Während in der geschilderten Weise das Bataillon des 1. Garde-Regimentes unter Leitung des Generals von Möllendorf die Königstraße eroberte, drangen links von ihm Abtheilungen des Regimentes Alexander unter Major von Schildt vor, besetzten die Spandauer- und die Klosterstraße, wo die Barrikaden durch eine Sechspfünderbatterie zerstört wurden, und der Premierlieutenant von Wulffen den Tod fand, und stellten sich auf dem Breiten Platz auf. Später gelangten auch die Herkules- sowie die neue Friedrichsbrücke nebst dem Monbijouplatz in den Besitz des Militärs, das nunmehr das weitere Vordringen aufgab und sich in den eroberten Stellungen festsetzte. Doch dauerte, namentlich an der Königsbrücke, das Gefecht ununterbrochen fort. Die Insurgenten hatten die sämtlichen, auf den Alexanderplatz mündenden Straßen verbarrikadirt und feuerten über den Platz hinweg nach der Verschanzung auf der Königsbrücke, hinter der das Militär stand. General von Möllendorf, dessen Pferd schon früher verwundet worden war, erhielt hierbei einen leichten Schrottschuß.

Gegen Mitternacht flammte in dieser Gegend das Gefecht noch einmal heftig auf. Das 8. (Reib-) Regiment erstürmte das Frankfurter Thor, schlug sich unter fortwährendem Schnellfeuer durch die Frankfurterstraße bis zum Alexanderplatz durch und vereinigte sich unter großem Jubel mit den an der Königsbrücke stehenden Truppen. Nach diesem Zwischenfalle wurde es stiller; die kämpfenden Theile standen sich den Rest der Nacht hindurch auf kaum 180 Schritt, die Breite des Alexanderplatzes, gegenüber, in dessen Mitte der Brand einer vom Volk angezündeten Holzbude Tageshelle verbreitete und vor Ueberraschungen schützte.

In dem westlichen Stadttheile waren inzwischen die Truppen, die, wie erwähnt, bereits die Barrikaden in der Oberwallstraße genommen hatten, bis zum Hausvoigteiplatz gelangt, besetzten im Laufe der Nacht die Jungfern- und Gertraudenbrücke sowie den Spittelmarkt und nahmen die Barrikade in der Kurstraße, wobei sich namentlich am Gasthof „Zum rothen Adler“ ein heftiger Kampf entspann<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Bei diesen Kämpfen sollen, wie Scherr I, 380 berichtet, die Gefangenen in einem Eckhause des Spittelmarkts auf ausdrücklichen Befehl des Hauptmanns von Pannwitz vom 2. Garde-Regiment niedergeschossen worden sein.

Zugleich mit diesem Vorstoße begann auch der Angriff gegen die Friedrichstadt, die, obgleich mit ihren schnurgraden, breiten, sich rechtwinklig schneidenden Straßen in keiner Weise zum Barrikadenkampf geeignet, dennoch vom Volke überall verschanzt und mit äußerster Hartnäckigkeit vertheidigt wurde. Es war das 2. (Königs-) Regiment, das vom Brandenburger Thor aus durch die Wilhelm- und Friedrichstraße vordrang. Die Barrikaden an dem Kreuzungspunkt der letztgenannten mit der Französischen und Jägerstraße wurden verhältnißmäßig rasch genommen; um die folgende Verschanzung an der Taubenstraßenecke aber entspann sich ein hartnäckiges Gefecht. Die Barrikade war geschickt aus einem mit Oelfässern beladenen Wagen hergestellt und von guten Schützen besetzt, so daß erst nach mehrfachen Versuchen und unter großen Verlusten die Truppen über das Hinderniß hinwegzusteigen vermochten. Hier fiel Lieutenant von Zastrow vom 2. Garde-Mann-Regiment, gegen vierzig Infurgenten wurden gefangen genommen.

Unmittelbar hinter dieser Barrikade erhob sich wiederum — an der Ecke der Mohrenstraße — ein neues Bollwerk, das lange Zeit den Angriffen des Militärs trotzte. Zweimal hintereinander stürmte die Infanterie dagegen an, beidemal wurde sie mit Verlust zurückgeschlagen. Erst als das sechspfündige Geschütz, welches die Barrikade beschuß, ganz dicht, bis an die Ecke der Jägerstraße, heranzuhr, und von hier aus eine Reihe Kartätschlagen abgab, gelang es endlich, sich in den Besitz der Straßenecke zu setzen. Es war eine Sisyphus-Arbeit für die Truppen; kaum hatten sie die Barrikade erstiegen, so sahen sie sich schon wieder einer neuen Verschanzung — an der Kronenstraßenecke — gegenüber, deren Vertheidiger zum Aeußersten entschlossen schienen; die Truppen hatten bereits stark gelitten, der Commandeur des 2. Regiments, Graf von der Schulenburg, und vier Offiziere waren verwundet, die drei Compagnien, welche hier in vorderster Linie fochten, zählten allein 2 Mann todt, und 31 kampfunfähig; es war klar, daß die Kräfte zu weiterem Vordringen nicht reichten. General von Tümping, der hier den Oberbefehl führte, ließ daher die kämpfenden Abtheilungen größtentheils bis zur Französischen Straße zurück-

gehen, ein Schritt, der natürlich bei den Barrikadenkämpfern den größten Jubel hervorrief, ja selbst zu dem Gerücht Anlaß gab, die Truppen weigerten sich, weiter gegen das Volk zu kämpfen.

Das 2. Regiment blieb nicht lange ohne Verstärkung; bald drang zunächst das Füsilierbataillon des 31. Regiments vom Potsdamer Thor aus in die Friedrichstadt ein, wagte aber, da die Mauerstraße stark verschanzt war und man das drohende Geschrei der Volksmenge hörte, nicht weiter als bis zur Wilhelmstraße vorzugehen. Energischer als diese Abtheilung verfuhr das 1. Bataillon des 12. Infanterieregiments, das, durch das Halle'sche Thor in die Stadt gelangt, von General von Thümen durch die Wilhelmstraße zum Angriff gegen den Raum zwischen Mauer- und Friedrichstraße geführt wurde. Nach heißem Kampfe, der sich hauptsächlich um den „Rheinischen Hof“ drehte, blieb das Bataillon hier Sieger; aber es zählte 53 Mann an Kampfunfähigen, der Regimentscommandeur, Oberst von Sommerfeld, und der Oberstlieutenant Graf von Findenstein waren verwundet. Hiermit war fürs Erste in der Friedrichstadt die Kraft des Angriffs erschöpft, und wenn auch das Gefecht unaufhörlich weiter ging, so erfolgte doch erst in den späteren Nachstunden ein neuer, energischer Vorstoß.

Noch war bisher eine der Hauptstellungen des Volkes, vielleicht die stärkste von allen, überhaupt nicht in Angriff genommen, — die 8 Fuß hohe, aus dicken Holzmassen zusammengehäufte Barrikade nämlich, welche schon am Nachmittage der Maschinenbauer Siegrist am kölnischen Rathhause errichtet. An diese Hauptverschanzung, welche die Breite Straße sperrte, reichten sich in allen Nebengassen ähnliche Bollwerke, das Rathhaus selbst und das Gebäude des Konditors d'Heureuse waren zur Vertheidigung eingerichtet.

Es war bereits 9 Uhr Abends geworden, als das 1. Bataillon des Regiments Franz den Befehl erhielt, das kölnische Rathhaus zu nehmen, und nach kurzer Beschießung durch Artillerie zum Sturme vorrückte. Es fand einen unerwarteten Widerstand des Volkes, das, obwohl vom Geschützfeuer bereits hart mitgenommen, — eine einzige Salve hatte 4 Mann getödtet und mehrere verwundet — dennoch mit ungeschwächter Kampfeslust

aus allen Fenstern feuerte und die anrückenden Truppen mit Steinen und heißem Wasser empfing. Dazu erschwerte ein großes, vor der Barrikade angezündetes Feuer die Bewegungen beider Theile, und die Schanze selbst war, ihrer Höhe wegen, schwer zu ersteigen.

Die Grenadiere gingen zurück; ein neues Bombardement folgte; nicht weniger als 21 Granaten flogen — oder rollten vielmehr, da man absichtlich mit schwachen Ladungen feuerte — aus zwei siebenpfündigen Haubitzen gegen die Barrikade, dann folgte, von drei Kompagnien unternommen, der zweite Sturm — doch mit demselben Ausgang wie der erste.

Aufs Höchste erbittert durch diese Mißerfolge, die dadurch noch besonders empfindlich wurden, daß sie im Angesicht des Schlosses geschahen, befahl General von Brittwitz der 5. Kompagnie des 1. Garde-Regimentes unter Hauptmann von Bojanowski die Scharte auszuweihen. Den Potsdamern glückte, was die Grenadiere vom Regiment Franz bisher vergebens versucht, die Barrikade wurde erstiegen und alsbald begann auch wieder das gewohnte mörderische Einzelgefecht in den anstoßenden Häusern. „Die Grenadiere“, erzählt Unteroffizier Wissemann dieser Kompagnie, „waren alle ohne Ausnahme in der heftigsten Aufregung; der Anblick der verwundet bei ihnen vorbeigeführten Kameraden, das Feuer von Seiten der Aufständischen, die Nachricht, daß Dieser oder Jener bei dem Sturme erschossen worden sei, namentlich aber der unaufhörliche Hohn und die Beschimpfungen, welche die Soldaten an diesem Tage schweigend hatten erdulden müssen, Alles das hatte sie in eine solche Stimmung versetzt, daß man sich wundern muß, wie nicht Alles massakrirt wurde, was ihnen in die Hände fiel.“

Raum war die Verschanzung selbst gestürmt und alle die von den Insurgenten zur Hemmung der Passage hergerichteten Gräben, Drahthindernisse u. s. w. überstiegen, als sich die Soldaten, Grenadiere vom Franz- und 1. Garde-Regiment bunt durcheinander, auf das köllnische Rathhaus stürzten, von welchem aus die Aufständischen noch ein lebhaftes Feuer unterhielten. Mit einer Spitzhacke wurde die Thüre eingeschlagen; als erster drang Lieutenant von Kleist in das Gebäude und stieß einen

Auführer, der sich allein den einbrechenden Truppen entgegenwarf, am Eingang nieder.

Wie es im Innern des Hauses nun zuging, davon giebt der Bericht des baselbst wohnenden Direktors des kölnischen Gymnasiums, eines als durchaus loyal und ehrenhaft bekannten Herrn August, ein anschauliches Bild<sup>1</sup>. Mit dem Direktor August zusammen wurden dessen beide Neffen verhaftet. Der Eine wurde noch in der Nacht, nachdem er einen Bajonettstich erhalten, wieder in Freiheit gesetzt, der andere dagegen, der stud. jur. von Holzendorf bereits als Gefangener in der Kofstraße von einem der ihn eskortirenden Gardisten niedergeschossen.

Ähnliche Scenen wie in dieser Wohnung spielten sich in dem ganzen Gebäude ab; in den oberen Stockwerken machte man gegen 30 Barrikadenkämpfer zu Gefangenen, darunter 6 Juden, die sich zusammen in einem Bodenzimmer vertrocken hatten. Im Rathskeller wurde ein Offizier, als man bereits die Festgenommenen wegführte, durch einen Schuß schwer verletzt.

<sup>1</sup> Es war gegen Mitternacht, als eine Abtheilung Potsdamer Grenadiere, einige Offiziere an der Spitze, in meine Dienstwohnung einrang. Ich ergriff schnell das Klingelschild meiner Eingangsthüre, drang den Offizieren zu, daß hier eine Privatwohnung mitten im Rathhause sei, nannte mich, versicherte mit Verpfändung meines Lebens, dies sei die einzige Thüre meiner Wohnung. Man möge sie besetzen; ich würde meine Familie rekognosziren, dann könne man verhaften, aus meinen Fenstern sei nicht geschossen. Verwundete zu pflegen, sei Christenpflicht. Meine Worte wirkten nicht; es zeigte sich hier die grausame Wirkung der Maßregel, fremde Regimenter zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Berlin berufen zu haben. Offiziere hiesiger Garnison hätten mich leichter erkannt oder hätten die Wahrheit meiner Worte schneller begriffen. Hier trat Unkunde zur Wuth, die an sich schon blind war. Ich fühlte den Degen eines Offiziers in meinem Gesicht und sah mein Blut herabrieseln. An Ausrufen der Verwünschung ließen es die Herren auch nicht fehlen. Kolbenstöße, Bajonettstiche, Schüsse bedrohten mein Leben. Ich riß mir die Kriegsmedaille ab und rief den Wüthen entgegen, daß ich für das Vaterland und den König gekämpft, noch ehe sie lebten, daß ich Kriegssitte kenne, daß ihre Grausamkeit und Mordlust ein Schandfleck für das preussische Heer sei. Durch diese meine Rede entging ich dem Tode, aber nicht den Mißhandlungen. — Ich wurde mit allen Verhafteten fortgeschleppt, erhielt auf der Treppe viele Kolbenstöße, zuletzt noch an der Ecke der Scharrenstraße von einem Tambour Schläge auf den Kopf mit dem Trommelstock, ohne daß ihn der Offizier davon zurückhielt.“

Zugleich mit dem kölnischen Rathhause wurde auch das Haus des Konditors d'Heureuse genommen<sup>1</sup> und die Insurgenten auch hier zurückgeworfen.

Der Vertheidiger dieser Barrikaden, Siegrist, hatte sich mit einer Schaar Genossen in das nahegelegene „Europäische Caffehaus“ zurückgezogen, das er die ganze Nacht vertheidigte und erst am folgenden Morgen, nach Einstellung der Feindseligkeiten, mit den Waffen in der Hand verließ.

Die Erstürmung des kölnischen Rathhauses ist unzweifelhaft die blutigste Episode des ganzen Straßenkampfes gewesen. Die Aufständischen ließen 70 Mann an Todten und Gefangenen zurück, von den 4 ins Feuer gekommenen Infanteriekompagnien (3 vom Regiment Franz, 1 vom 1. Garde-Regiment) waren 2 Offiziere und 71 Mann kampfunfähig.

Nach Mitternacht war hier der Kampf beendet, aber nur, um an einer anderen Stelle, in der Friedrichstadt, von Neuem loszubrechen. Dort waren, wie erinnerlich, die Truppen in der ersten Hälfte der Nacht bis zur Kronenstraße vorgebrungen,

<sup>1</sup> „Während diese Vorfälle in den oberen Räumen des Rathhauses stattfanden“, sagt ein Bericht, „war Unteroffizier Hübsch (des 1. Garde-Regimentes) mit mehreren Grenadieren in den sogenannten Rathskeller eingedrungen. Er ließ sogleich die Fenster ausheben und von hier aus auf die flüchtig vorübereilenden, bewaffneten Aufständischen schießen. Damit beschäftigt, sah Unteroffizier Hübsch, daß aus dem gegenüberliegenden Hause, in welchem sich die Konditorei von d'Heureuse befindet, aus dem 3. und 4. Stock in die Breite Straße hinein geschossen und auf unten vorübereilende Soldaten mit Steinen geworfen wurde. Sofort eilte er mit den Grenadieren hinüber und schlug die Thür ein und suchte nach den Thätern. In der unteren Etage war kein Mensch, in der ersten Etage nur zwei Damen, welche flehentlich um ihr Leben baten, was ihnen kein Mensch nehmen wollte, dabei aber hoch und theuer versicherten, daß in dem ganzen Hause kein Mensch weiter sei. Unteroffizier Hübsch hatte aber gesehen, daß Schüsse aus den Fenstern des Hauses gefallen waren und ließ sich daher von den Bethuerungen des schönen Geschlechtes nicht irre machen. Da ergab denn die weitere Untersuchung auch richtig noch 15 Kerle, von denen mehrere sogar noch bewaffnet waren. Einer von ihnen versicherte, daß er Familienvater und nur durch Zufall in dies Haus gekommen sei, auch gar keinen Antheil am Kampf genommen habe. Wie er aber visitirt wurde, hatte der unschuldige Familienvater 2 Pistolen in der Tasche. Daß alle arretirt und nach dem Schloß geschickt wurden, versteht sich von selbst.“

dann aber wieder zurückgezogen worden. Jetzt gingen Füsilierabtheilungen des 2. Garde-Regimentes von Neuem vor, erstürmten zum zweiten Male die Verschanzungen an der Ecke der Tauben- und Mohrenstraße, hinter denen sich das Volk abermals festgesetzt, und nahmen nach heißem Kampfe die Kronenstraßenbarrikade. Auch hier mußten sämtliche umliegende Häuser, namentlich das Eckhaus Friedrichstraße 190, einzeln genommen werden.

An diesen Erfolg schloß sich ein allgemeiner, zwischen 2 und 3 Uhr Nachts unternommener Vorstoß gegen die Leipzigerstraße an. Ueber dieselbe hinaus drangen die Fusiliere des 2. Garde-Regimentes bis zur Schützenstraße vor, während ein Bataillon des Regimentes Alexander von der Charlotten- und Markgrafenin die Leipzigerstraße einrückte und hier am „Hotel de France“ noch ein heftiges Gefecht bestand. Zugleich stürmten andere Abtheilungen des 2. Garde-Regimentes vom Hausvoigteiplatz aus die Barrikaden, welche sich an den Ecken der Jerusalemer- mit der Mohren- und Kronenstraße und am Gasthof „Zur Stadt London“ befanden.

Damit kam hier, gegen Morgengrauen, der Kampf zum Stehen. Die Truppen hatten die Friedrichstadt von den Linden bis zur Leipzigerstraße, die Ausrüstischen den südlichen Theil bis zum Halle'schen Thor in ihrem Besitze.

Ueberall ließ jetzt die Heftigkeit des Gefechtes nach; um zwei Uhr Morgens bereits waren die sämtlichen Generale, die an der Spitze der verschiedenen Truppentheile standen, in das Schloß beordert und dort von General von Prittwitz benachrichtigt worden, daß ein weiteres Vordringen des Militärs nicht in der Absicht des Königs liege. So blieben von nun an die Truppen auf den Punkten stehen, wo sie sich befanden, und es trat, da auch die Insurgenten keine weiteren Angriffe unternahmen, bei Tagesanbruch fast völlige Ruhe ein.

Nur an einem Punkte wurde auch jetzt noch das Gefecht unverdrossen fortgesetzt, am Alexanderplatz und der Königsbrücke. Das Volk war hier in keiner Weise entmuthigt, sondern forderte vielmehr, sobald es hell wurde, die Truppen durch Schießen und Schreien zum Kampfe heraus und begann von Neuem Sturm

zu läuten. Auf der Barrikade an der Einmündung der neuen Königstraße in den Alexanderplatz waren drei dem Schützenhaus entnommene Böller aufgeschlänzt, die, mit Stücken von Eisenstangen, gehacktem Blei und Kartätschkugeln gefüllt, auf die Soldaten abgebrannt wurden. Auch die Scharfschützen waren in eifriger Thätigkeit. Zwar schossen viele von ihnen, in Ermangelung anderer Munition, mit sog. „Murmeln“, dem bekannten Kinderspielzeug, doch glückte ihnen auch ab und zu ein scharfer Schuß und eines ihrer Geschosse streckte Lieutenant Lüpke vom 35. Infanterie-Regiment tödtlich verwundet zu Boden<sup>1</sup>.

Es war gegen zehn Uhr Vormittags, als auch hier die Proklamation „An meine lieben Berliner“ und der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten bekannt wurde. Während sofort das Feuer schwieg und eine freudig erregte Menschenmenge den Alexanderplatz füllte, über den eben noch die Kugeln hinweggepfiffen, hörte man von der nahegelegenen Kaserne des Alexander-Regimentes, die, wie erwähnt, Hauptmann von Gotsch vertheidigte, immer noch einzelne Schüsse fallen. Auf Bitten einer vom Schlosse eingetroffenen, mit weißen Binden um den Arm versehenen Bürgerdeputation entschloß sich nun General von Möllendorf, nur in Begleitung eines Unteroffiziers Müller, persönlich vor der Kaserne die Waffenruhe zu vermitteln. Bereitwillig machte ihm die Barrikadenmannschaft, Urban an der Spitze, Platz, aber plötzlich scheint der Kampfeszorn oder wahrscheinlicher noch die Angst vor Verrath in der Menge wieder erwacht zu sein. Ein junger Mensch entriß dem General den Degen, von allen Seiten drängte man sich um ihn und erklärte ihn als Gefangenen des Volkes, als Geißel für die festgenommenen Barrikadenkämpfer. Seine Einwände waren fruchtlos, doch gelang es einer Anzahl besonnener Bürger, ihn vor Insulten zu schützen und erst in ein Privathaus, dann nach der Schützengilde in Sicherheit zu bringen. Der Unteroffizier Müller flüchtete sich mit Verlust seines Säbels und Helms zu den Truppen zurück.

In der Gefangenschaft wurde dann der General genöthigt,

<sup>1</sup> Lieutenant Lüpke war als Lehrer zum Kadettencorps kommandirt und hatte sich, als dieses nach Potsdam geschickt wurde, dem Major von Reiffel zur Verfügung gestellt.

einen Befehl zur Einstellung des Feuers zu erlassen, den der Thierarzt Urban, wie berichtet, nach der Alexanderkaserne, wie auch zu den Truppen an der Königsbrücke trug, ohne jedoch einen sonderlichen Erfolg damit zu erzielen.

Man hat vielfach diese ganze Episode als einen Beweis der besonderen Rohheit und Zügellosigkeit des Volkes betrachtet. Die Festnahme des Generals war gewiß nicht gerechtfertigt, so leicht sie sich auch durch die allgemeine Verwirrung und Aufregung, die Angst um das Schicksal der gefangenen Volkskämpfer erklären läßt; was aber die Behandlung Möllendorfs wie der wenigen übrigen, vom Volke gemachten Gefangenen betrifft, so ist dieselbe eine verhältnißmäßig schonende gewesen. Jedenfalls verfuhr das Militär mit seinen Gefangenen weit rücksichtsloser<sup>1</sup>, wie dies eben in der Lage der Dinge begründet war.

Bergegenwärtigen wir uns jetzt, am Ende der militärischen Darstellung angelangt, den Charakter des Straßenkampfes vom 18. März, so ist das Eine zunächst klar, daß es sich hier nicht um eine Meute, wie später der beliebte Ausdruck lautete, nicht um einen von einer Verschwörergruppe in Szene gesetzten Putsch handelte, sondern um eine wirkliche, vom Berliner Volke unternommene Revolution. Auch die Studentenschaft, obwohl überall am Kampfe theilhaftig, spielte bei weitem nicht die leitende und führende Rolle wie etwa in Wien oder in München. Es war die eigentliche Berliner Bevölkerung, welche den Aufstand durchführte. Das Volk schlug sich mit unleugbarer Tapferkeit; die

<sup>1</sup> „Viele der Gefangenen wollten sich nicht arretiren lassen“, erzählt jener Gewährsmann des 1. Garde-Regimentes, dem wir so viele interessante Einzelheiten verdanken, „und warfen sich zur Erde nieder. Alle Prügel und Kolbenstöße halfen Nichts, bis unsere Füßliere ein vortreffliches, anzupfehlendes Mittel erfanden. Es faßten nämlich zwei an den Füßen an und zogen den Arrestanten hinter sich auf dem Steinpflaster her. Nicht 20 Schritt waren sie in dieser Weise gelaufen, so sprangen die Gefangenen immer blitzschnell auf (?) und versprachen gutwillig zu gehen. Die Polen und Franzosen erkannten wir gewöhnlich daran, daß sie bei den entfehltesten Prügeln doch keinen Laut von sich gaben, um sich nicht durch die fremde Sprache zu verrathen, da sie sehr wohl wußten, daß es ihnen dann noch weit schlimmer gehen würde.“

Behauptung, die Barrikaden seien feige vertheidigt worden<sup>1</sup>, ist völlig unhaltbar. Eine einheitliche Leitung des Barrikadenkampfes war nach der Lage der Dinge nicht vorhanden, wenn auch hie und da die Ereignisse um gewisse Persönlichkeiten, einen Siegrist, Urban, Hesse sich gruppiren. Im Allgemeinen schlug sich jeder Stadttheil und jede Straße für sich, ohne auf fremde Hülfe zu rechnen. Was das Verhalten des Militärs betrifft, so muß man sich vor Allem dessen außerordentlich schwierige Situation vergegenwärtigen. Seit 33 Jahren des Krieges ungewohnt, sahen sich die Truppen jetzt plötzlich einer der schwersten Aufgaben, einem nächtlichen Barrikadenkampfe, gegenüber, und das in einer Stadt, die einem Theile der Regimenter, der gesamten Linien-Infanterie, völlig fremd war. Außerdem aber war ein solcher Straßenkampf etwas in den Annalen der preussischen Armee ganz Neues, ganz Unerhörtes und Ungewohntes; die einzelnen kämpfenden Abtheilungen mußten daher nach eigenem Ermessen ihre Aufgabe lösen und lösten sie auch; was an Erfahrung abging — die Barrikaden wurden z. B. stets in der Front angegriffen, statt daß man nach dem Beispiel der Franzosen durch die Häuser vordrang — das ersetzte reichlich die straffe Disciplin und der Eifer der Truppen.

Die Erbitterung, welche das Militär in der Nacht des 18. März an den Tag legte, erklärt sich leicht durch zwei Umstände, durch das Beispiel der Offiziere und durch den Charakter eines solchen Kampfes überhaupt. Daß die Offiziere das Ihrige thaten, um eine Revolution, die nicht nur im vollsten Gegensatz zu ihrer ganzen Denkweise stand, sondern auch eine Gefährdung ihrer materiellen Existenz für sie bedeutete, mit allen Mitteln und schonungslos zu unterdrücken, ist wohl begreiflich; und für den gemeinen Mann trat zu diesem Vorbilde seines Führers und dem schon vorhandenen Zorne noch die keineswegs beneidenswerthe Lage eines Soldaten im Straßenkampf. Eine jede Truppe, und sei sie noch so gut disciplinirt, wird wüthend werden, wenn sie nicht nur vor sich den Feind sieht, sondern zugleich von oben, von rechts und links, womöglich noch im Rücken

<sup>1</sup> Signatura temporis, pag. 30.

von unsichtbaren Gegnern bekämpft wird, und ihre Widersacher nicht nur mit „ehrlichen“ Waffen, mit Pulver und Blei, sondern mit Mitteln jeder Art, mit Steinen und Balken, mit kochendem Wasser und siedendem Oel, mit Vitriol und Schwefelsäure; ihre Vernichtung erstreben. Kein Wunder, daß die Soldaten auch ihrerseits, wo sie konnten, blutige Vergeltung übten.

Aus dem Wesen des Straßengefechtes erklärt sich auch, wenigstens zum Theil, die vielfach gegen das Militär erhobene Anklage, daß es auch an Unschuldigen sich vergriffen habe. Dem Barrikadenkämpfer ist sein Feind durch die Uniform deutlich erkennbar und ein Mißverständniß gänzlich ausgeschlossen, der Soldat dagegen vermag unmöglich einem beliebigen Mann anzusehen, ob er eben noch auf ihn geschossen oder nicht, und ist nur zu leicht in der Erregung des Kampfes geneigt, einen jeden Civilisten als seinen Feind zu betrachten.

Was die Führung anlangt, so wirkte es schon von vornherein nachtheilig, daß der Höchstkommandirende, General von Prittwitz, erst kurz vor dem Kampfe zu dieser Stelle berufen wurde und kaum mehr Zeit hatte, auch nur das Nöthigste mit seinen Unterführern zu besprechen. Meist handelten die letzteren nach eigenem Ermessen —, es blieb ihnen oft keine andere Wahl, da die Verbindung der kämpfenden Truppen untereinander sehr schwierig zu bewerkstelligen war. Die meisten Straßen waren unpassirbar, und wo auch etwa ein Durchgang offen war, wäre jede durchmarschirende Patrouille sicher vom Volke überfallen worden. Zur Ueberbringung der Befehle, Rapporte &c. wurden daher fast ausschließlich Unteroffiziere in Civil, zu wichtigeren Aufträgen auch Offiziere in gleicher Tracht verwandt. Namentlich entfaltete ein Herr von Loos, früher Gardeoffizier, hierin eine große Thätigkeit.

Nachtheiliger als Alles dies aber wirkte die Unsicherheit, welche an höchster Stelle in Bezug auf die Truppenbefehle herrschte. Wie jeder andere Kampf, so verlangt auch ein Straßengefecht eine kalte, besonnene Leitung und eine ruhig abgewogene und geregelte Vertheilung der Kräfte. Eine solche Ruhe aber war bei den gegeneinander kämpfenden Strömungen im Schlosse keineswegs zu finden, eine jede der einflußreichen Persönlichkeiten des

Hofes glaubte in dieser Nacht auf eigene Faust Politik treiben zu müssen, und demzufolge wechselte die Stimmung unaufhörlich. Die fechtenden Truppen erhielten mehrfach Ordres von zwei und drei verschiedenen Seiten, darunter oft Befehle, die sich direkt widersprachen<sup>1</sup>.

Diese Unordnung prägt sich in den Bewegungen der einzelnen Truppentheile auf das Deutlichste aus, in denen ein bestimmter Plan kaum zu erkennen ist. Die unruhigen, vom Schlosse aus zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Richtungen unternommenen Vorstöße waren ohne Zusammenhang untereinander, errungene Vortheile wurden mehrfach nicht benutzt, schon genommene Positionen, wie an der Mohren- und Taubenstraße, wieder geräumt, andere, wie die am köllnischen Rathhaus, mit zu schwachen Kräften angegriffen. Wichtige Gebäude, wie das Landwehrzeughaus, waren fast ohne Besatzung, während sich an andern Punkten die Truppen geradezu gegenseitig beengten. Dazu kam, daß es den fremden Regimentern schwer fiel, sich überhaupt in Berlin zurechtzufinden, wodurch sich z. B. allein die seltsamen Bewegungen des 31. Regiments erklären lassen.

Faßt man alle diese Schwierigkeiten ins Auge, so ist es klar, daß auch das Militär seine Pflicht trotz alledem im vollsten Maße that. Zahlreiche Offiziere zeichneten sich durch persönliche Tapferkeit aus, wie denn auch ihr Verlust unverhältnißmäßig größer als der der Mannschaft war und vier Regimenter ihre Commandeure einbüßten.

Während auf den Straßen der Kampf tobte, herrschte auch im Königsschlosse die größte Aufregung und Verwirrung. „Im Portal“, erzählt ein Augenzeuge<sup>2</sup>, „sah man unordentlich hin

<sup>1</sup> Der (der Militärpartei angehörige) Verfasser der Schrift: „Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkt“ betont ausdrücklich (S. 70), „wie schwer es dem Oberkommando wurde, alle Einwirkungen zu beseitigen, welche der beste, aber nicht immer der erleuchtetste Wille von allen Seiten hervorrief; Einwirkungen, die theilweis von so hochgestellten Personen kamen, daß es den untergeordneten Führern nicht immer gelang, sie abzulehnen.“

<sup>2</sup> Kellstab, Zwei Gespräche, 61.

und wieder verstreutes Stroh; auf den Treppen lagerten einzelne Leute, Offiziere und Gemeine durcheinander. Der Schloßhof glich einem Bivouak, Geschütze standen angespannt, Stroh in größeren Massen zur Lagerstätte für Pferde und Menschen war aufgeschüttet, Kavallerie und Infanterie stand in dicht zusammengezogenen Abtheilungen. Offiziere in Menge, vom General ab, wogten durcheinander, halb im Paradeanzug, halb in Feldbekleidung, Mänteln, Ueberröcken, Feldmützen, wie der Augenblick es gebot oder gestattete.“

Fast bunter noch sah es in den inneren Gemächern aus; die Prinzen des königlichen Hauses, Generale und Minister, Flügeladjutanten und Kammerherrn, dazwischen Deputationen, Ordonnanzen mit Meldungen, Berliner Bürger, die es zum Könige hintrieb, das Alles drängte sich und schob sich auf den Treppen und in den Vorhöfen des Schlosses in vollem Durcheinander umher. Dazwischen richtete man einzelne Zimmer für die verwundeten Soldaten ein, die bald in Menge anlangten, in der königlichen Küche wurde Suppe und Kaffee für die kämpfenden Truppen gekocht, ein großer, nach dem Schloßplaze gelegener Holzfeller zur Aufnahme der Gefangenen bestimmt.

Die Stadt bot, vom Schlosse aus gesehen, einen eigenthümlichen und beinahe schauerlichen Anblick. Die von den Truppen besetzt gehaltenen Theile lagen in völliger Dunkelheit und Stille da, während in den Quartieren, wo die Barrikaden noch standen, Alles hell erleuchtet war und tausendstimmiges Schreien und Lärmen herüberklang. Eine ununterbrochen krachende und flammende Feuerlinie bezeichnete die Grenzen beider Bezirke, die Punkte, um welche sich augenblicklich der Kampf drehte. Ab und zu ließ der dumpfe Donner der Geschütze die Fenster des Schlosses erzittern, ununterbrochen heulten die Sturmglocken von den Thürmen und über den ganzen Himmel strahlte der Brandschein der in Flammen stehenden Gebäude.

Die anfängliche Zuversicht und Siegesgewißheit, die noch in den Abendstunden im Schlosse geherrscht hatte, machte mehr und mehr einem Gefühle der Beklemmung Platz; ja, die Königin Elisabeth soll sogar schon nach den ersten Kanonenschüssen ihren Gemahl zur Flucht gedrängt haben.

Die während des Nachmittags herrschende Annahme, daß das Ganze lediglich das Werk einer aus fremden Aufständern bestehenden Rote sei, erlitt ihren ersten schweren Stoß durch das Erscheinen des Freiherrn von Vincke im königlichen Schlosse. Eben erst von seinen schlesischen Gütern zurückgekehrt, hatte sich derselbe sofort in das Volksgetümmel auf den Straßen gemischt und klar erkannt, was hier auf dem Spiele stehe. Offen und freimüthig sprach es der westfälische Edelmann, in dessen Loyalität und Einsicht auch nicht der geringste Zweifel zu setzen war, aus, daß es sich hier nicht um eine Emute handle, — daß das Volk von Berlin gegen seinen Herrscher aufgestanden sei. Seine kühnen Worte: „Majestät, ich sehe die Krone auf Ihrem Haupte wanken!“, Worte, die nur ein Mann seines Charakters und Ansehens sich ungestraft erlauben konnte, machten auf den König einen tiefen Eindruck. Einige dabeistehende Offiziere, „denen die ganze Art des Vortrages des Herrn von Vincke widerwärtig war“<sup>1</sup>, glaubten den unberufenen Eindringling, der ihre Pläne zu durchkreuzen drohte, durch ein spöttisches Aufschauen zum Schweigen zu bringen; aber ihr Gegner war nicht der Mann, sich durch dergleichen einschüchtern zu lassen; „heute, meine Herren“, meinte er, „lachen Sie; morgen werden Sie vielleicht nicht lachen!“

Dem Könige schien dieser Auftritt unangenehm; er nahm den Rathgeber bei Seite, sprach noch längere Zeit unter vier Augen mit ihm, und lud ihn zum Souper ein. Doch kurz angebunden schlug Vincke die ihm zugedachte Ehre aus und verließ erzürnt das Schloß. Es war übrigens nicht der Einzige, der dem Könige seinen Rath anbot; neben ihm zeichnete sich besonders noch Fürst Felix Sichnowsky in der ihm offenbar höchlichst zusagenden Doppelrolle eines begeisterten Volkstribunen und eines loyalen Berathers bei Hofe aus. Ueber die Wandlung, die nach der Unterredung mit Vincke in Friedrich Wilhelm voring, haben wir keine authentischen Berichte, denn alle die zahlreichen mehr oder minder pikanten Anekdoten und Historien, die über die in der Nacht des 18. März im Schlosse statt-

<sup>1</sup> Die Märztage vom militärischen Standpunkt, S. 78.

gehabten Vorgänge uns überliefert sind, besitzen für die Geschichtschreibung einen sehr zweifelhaften Werth.

Alein für den, der des Königs Charakter kennt, ist es nicht schwer, sich zu vergegenwärtigen, welches die Gefühle und Gedanken Friedrich Wilhelms in diesen Stunden gewesen sind. Der König hatte jedenfalls erwartet, den Putzsch in kurzem durch seine treuen Truppen niedergeworfen, die „Rotte von Bösewichtern“ bezwungen und reuig zu seinen Füßen zu sehen. Auch nachdem ihn Wincke über das Wesen des Aufruhrs aufzuklären versucht, hat er sich nicht ganz dieses Gedankens entschlagen, hat er es nicht für möglich halten können, daß sich wirklich sein eigenes Volk gegen ihn empört habe. Jeden Augenblick erwartet er die Meldung seines Generals, daß die Truppen die Rebellen unterworfen, daß die Hauptstadt zum Gehorsam zurückgekehrt sei. Aber die erhoffte Botschaft trifft nicht ein, immer lauter knattert das Gewehrfeuer, immer rascher hintereinander krachen die Salven der Artillerie dazwischen, immer gellender und widerwärtiger schlägt das Sturmläuten, das wirre Schreien und Loben und Jammern, der ganze verworrene Lärm der Straßenschlacht an sein Ohr und zeugt, statt vom Ende, von einer wachsenden Erbitterung des Kampfes. Schon kehren erst einzeln, dann in Trupps, endlich in langen Zügen die verwundeten Soldaten aus dem Gefechte zurück; zu Hunderten führt man die Gefangenen, blutbedeckt, mit verflörten, trozigen Gesichtern herbei und noch scheint die Kraft des Aufruhrs nicht gebrochen.

Der König vermag die Unruhe nicht länger zu ertragen und läßt — es ist kurz vor Mitternacht — den Oberbefehlshaber in sein Kabinet bescheiden. Was dieser ihm dort mitgetheilt, ist unbekannt, aber tröstlich war es sicher nicht, denn kurz nach dieser Unterredung, während noch überall der Kampf tobte, schrieb Friedrich Wilhelm jenes berühmte Manifest nieder, durch das er sein Volk zum Gehorsam zurückzuführen hoffte.

Diese merkwürdige Proklamation lautete wie folgt:

„An Meine lieben Berliner!

Durch Mein Einberufungspatent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten teutschen Vaterlande empfangen. Noch war

der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufe Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein, und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und Beleidigungen wider Meine tapferen und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Kavallerie im Schritt und mit eingestekter Waffe gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht, und die erhitzten Gemüther von vielen Meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegeanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt, und sind so die Urheber von greulichem Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königstraße dazu gezwungen waren. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon.

An Euch, Einwohner Meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an Mich Männer, voll des echten, alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit, beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergeßet das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die

unter dem Friedenssegel Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebevolle Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darniederliegt, vereint ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen.

Geschrieben in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848.

Friedrich Wilhelm.“

Stil und Inhalt dieses Schriftstückes kennzeichnen auf das Deutlichste den schwankenden, haltlosen Zustand, in dem sich der König befand. Das Volk hat sich empört — er kann es nicht leugnen, aber es that dies nicht aus freiem eigenen Antrieb — eine Rotte geheimnißvoller Bösewichter hat die Bevölkerung einer Hauptstadt unter geschickter Benutzung eines „Mißverständnisses“ verführt!

Man kann gewiß annehmen, daß der König selbst dies glaubte, als er das Manifest niederschrieb, denn Heuchelei war ihm fremd, und das ganze Schriftstück athmet den Geist der Ueberzeugung und der aufrichtigen Trauer. „In diesem Dokumente, in diesen Gedanken, die sich untereinander verklagen und entschuldigend, liegt das Geheimniß Friedrich Wilhelms IV. während jener Schreckensnacht offen vor uns.“<sup>1</sup>

Herr von Bodelschwingh selbst trug gegen 3 Uhr Nachts den Ausruf, von dem er sich viel Erfolg versprach, zur Druckerei, von wo aus derselbe in den ersten Morgenstunden verbreitet wurde. Die Proklamation hatte den einzigen Erfolg, den überhaupt ein Blatt Papier unter solchen Umständen haben konnte, nämlich gar keinen. Die Wenigen, die das Manifest überhaupt zu Gesicht bekamen, zerrissen es und traten mit Füßen darauf. Klang es doch geradezu wie ein — freilich nicht beabsichtigter — Hohn, das Volk aufzufordern, jetzt die Barrikaden zu verlassen und sich dem Militär auf Gnade und Ungnade preiszugeben. Inzwischen hatten in den frühen Morgenstunden wieder verschiedene Deputationen im Schlosse ihr Glück versucht. Zuerst erschien der damals in Berlin sehr bekannte Ritterat Kellstab und wurde alsbald vom König empfangen. Friedrich Wilhelm

<sup>1</sup> Stahr, a. a. O. I, 100.

schien jetzt, wo die Nacht vorüber, wieder etwas gefaßter zu sein, erklärte mit Bestimmtheit, daß die Truppen erst dann zurückgezogen werden würden, wenn das Volk die Barrikaden verlassen und zerstört habe, und beauftragte endlich Kellstab, mit einer Anzahl gutgesinnter Bürger wieder zu kommen. Doch vermochte diese Abordnung von Gutgesinnten, die der Ritterat schleunigst zusammenholte, Nichts weiter vom König zu erreichen.

Es folgte gegen 8 Uhr Morgens der Bürgermeister Krausnick mit einer Anzahl angesehenen Männer. In einer feierlichen Ansprache bat Krausnick, der von Bodelschwingh schon mehrere Stunden früher von dem Manifeste „An Meine lieben Berliner“ benachrichtigt und um Verbreitung desselben ersucht worden war; den Monarchen, dem Wunsche des Volkes nachzugeben und die Truppen zurückzuziehen<sup>1</sup>.

Einen unmittelbaren Erfolg erzielte die Abordnung trotz alledem nicht. Dies war einer dritten Deputation vorbehalten, welche aus dem Bürgermeister Naunyn, dem Advokaten Stieber u. A. bestehend, etwa eine Stunde später im Schlosse erschien, als daselbst gerade eine Art Kriegsrath unter dem Vorsitz des Königs tagte. Die Stimmung war bereits gänzlich umgeschlagen, schon hatte sich die Majorität der Generale und Minister für den Rückzug ausgesprochen, und so gelang es dieser letzten Bürgereschaar, vom Könige Alles zu erwirken. Die Truppen sollten zurückgezogen, die Minister entlassen, sämtliche übrigen Volkswünsche erfüllt werden. Dagegen verpflichteten sich die städtischen Behörden ihrerseits, für die Ruhe und Ordnung in der Stadt einzustehen.

Es konnte nicht fehlen, daß dieser Beschluß des Monarchen, den Kampf abzubrechen, ein Beschluß, den Friedrich Wilhelm nach längerer Berathung mit dem Grafen Arnim und dem Minister von Bodelschwingh gefaßt, den lebhaftesten und unverhohlenen

<sup>1</sup> Durch besonderen Eifer zeichnete sich hier der Bürger Neumann aus, der, als gegenüber dem Vorschlage, eine Bürgerwehr zu organisiren, ein schroffes „Nein“ aus den Reihen des königlichen Gefolges ertönte, laut ausrief: „Wer wagt es hier, Seiner Majestät dem Könige vorgreifen zu wollen“, und der alsdann Friedrich Wilhelm selbst, da dieser mit einem erneuten, siegreichen Angriff seiner Truppen drohte, zu erwidern wagte: „Ein solcher Sieg würde eine Niederlage sein!“

Widerspruch der Militärpartei hervorrief. „Eine hohe Person“, meldet ein Augenzeuge<sup>1</sup>, „unterbrach den Minister mit den Worten: «Schloß, Zeughaus, Schloßplatz, Lustgarten müßten doch besetzt bleiben». Herr von Bodelschwingh aber erwiderte: «Die Ausdrücke seiner Majestät seien bestimmt gewesen: von Straßen und Plätzen!» — Ein Mitglied der Deputation schlug vor, man möge erklären, von den Straßen und öffentlichen Plätzen, unter letzteren wären Schloß und Lustgarten nicht verstanden. Minister von Bodelschwingh rief jedoch in aufgeregtem, heftigem Tone: «An einem königlichen Worte dürfe nicht gedeutelt werden, es sei der letzte Befehl, den er als Beamteter brächte».“

Man fügte sich endlich in das Unvermeidliche; nach allen Richtungen sprengten Offiziere, um den Truppen die Ordre ihres Kriegsherrn zu überbringen, so der Oberst Graf Schlieffen nach dem Dönhofsplatz, Major Graf Ködern nach der Friedrichstadt, Lieutenant von l'Estocq nach der Königsbrücke.

Gegen 12<sup>1/2</sup> Uhr waren sämmtliche Truppen, mit Ausnahme einiger detachirter Abtheilungen, hinter dem Schlosse und am Zeughaus vereinigt und erhielten den Befehl, in ihre Kasernen und Kantonirungen abzumarschiren. Es verließen daher diejenigen Regimenter, welche erst zum Kampfe in Berlin eingerückt waren, die Potsdamer Garden und die Linien-Infanterie, sofort die Stadt; am Schlosse blieben die Füsilierbataillone der Regimenter Franz und Alexander zurück. Die Militärpartei machte jetzt noch einen letzten Versuch, indem sie mit dem Vorschlag hervortrat, der König möge in der Mitte dieser Truppenabtheilung die Stadt verlassen, ein Plan, gegen den sich der neue Ministerpräsident Graf Arnim auf das Entschiedenste, „mit historischen Bezugnahmen“ erklärte.

Die eigentliche Garnison von Berlin blieb vorderhand in ihren Kasernen stehen; erst am Abend des 19. und am Morgen des 20. März erfolgte der Abmarsch des Alexander-Regimentes, am Nachmittage des letzteren Tages rückte der größte Theil der Garde-Kavallerie, und erst in der folgenden Nacht der Rest des Militärs, das 2. Garde-Regiment, das Regiment Franz, die

<sup>1</sup> Die Märztage vom militärischen Standpunkt, S. 104.

Garde-Schützen und Pioniere und die Garde-Artillerie ab. Ursprünglich bestand offenbar die Absicht, diese Truppen überhaupt in Berlin zu lassen — allein die Stimmung der Bevölkerung, wie die des Militärs war eine derartige, daß ein solcher Versuch mit den äußersten Gefahren verbunden schien und fast alle Regimenter freiwillig um die Erlaubniß zum Abmarsch baten<sup>1</sup>.

Die abziehenden Truppen waren auf ihrem Wege durch die Stadt von großen Volksmengen umringt, die theils, noch vom Kampf erbittert, Vermünschungen ausstießen, theils aber auch mit den Soldaten zu fraternisiren versuchten. Das Militär zeigte durchweg eine gedrückte und finstere Stimmung; man sah deutlich, wie schwer es ihm wurde, dem Befehl des Königs gehorjam, von einem Kampfe abzulassen, in dem es der Sieger, nicht der Unterlegene zu sein glaubte.

Die Verluste des beinahe 14 stündigen Straßenkampfes waren auf beiden Seiten bedeutend; Anfangs aufs Ungeheuerlichste übertrieben — sprach man doch von je Tausend Todten auf jeder Seite und von ganzen Schiffsladungen von Soldatenleichen, die nächtllicherweise in die Spree geworfen worden seien —, wurden sie endlich, wie folgt, festgestellt.

Die Truppen zählten 3 Offiziere (Premierlieutenant von Wulffen vom Alexander-, Sekondelieutenant Tüpke vom 35. Infanterie-Regiment und von Zastrow von den 2. Garde-Mannern) und 17 Unteroffiziere und Gemeine todt. Verwundet waren 14 Offiziere und 234 Mann, wobei jedenfalls jedoch die nur leichter — durch Steinwürfe u. dgl. — Verletzten nicht mitgerechnet sind.

Auf Seiten des Volkes blieben 216 Personen sofort todt, darunter mehrere Frauen und Kinder. Die Mehrzahl der Gefallenen gehörte dem Arbeiterstande an, doch befanden sich unter ihnen auch Vertreter anderer Klassen, wie ein Eisenbahninspektor, ein Sekretär, ein Buchhalter, die Studenten von Holzendorff

<sup>1</sup> „Die Lage der Truppen in den Kasernen wurde immer schwieriger und wahrhaft unerträglich, als um Mitternacht Bürgerwehr diese Gebäude von außen umstellte, angeblich um als Schutzwehr zu dienen. Aufregung und Erbitterung der Soldaten steigerten sich auf einen Punkt, welcher alle Schranken zu durchbrechen drohte.“ Berliner Märztage, S. 115.

und Weiß, der Referendarius von Lensky, der Dr. der Philosophie Heyne<sup>1</sup>.

Die Zahl der verwundeten Volkskämpfer ist nie ermittelt worden; wenn man in Betracht zieht, daß einerseits der Kampf stets in der Nähe geführt und meist auf die — allein sichtbaren — Köpfe geschossen wurde, andererseits Pflege und ärztliche Hülfe schnell zur Hand war, so wird man aus der Zahl von ca. 200 Todten etwa auf 800 Verwundete schließen können.

Was war nun der Erfolg dieses blutigen Kampfes? Unzweifelhaft hatte das Volk einen Sieg errungen, es hatte seinen Willen durchgesetzt, den König gezwungen, seinen Forderungen nachzugeben. Aber ebenso gewiß war dieser Sieg mehr moralischer als materieller Natur; denn der andere der kämpfenden Theile, die Truppenmacht, war weit entfernt, sich für den Unterlegenen zu halten.

Militärisch betrachtet standen die Dinge am Morgen des 19. März zwar nicht so günstig für die Regierung, daß das Zurückziehen der Truppen wie ein reiner Gnadenakt erschien, aber auch durchaus nicht so schlimm, daß eine solche Maßregel unabweislich gewesen wäre. Es erschien jedenfalls möglich, den Theil von Berlin, welchen man in der vergangenen Nacht erobert, festzuhalten, und verschiedene andere Quartiere, namentlich den südlichen Theil der Friedrichstadt zu besetzen.

Dagegen war es offenbar, daß die Truppen durch den 14 stündigen Straßenkampf, der für sie ja bedeutend anstrengender als für das Volk war, durch das vorhergegangene halbe Tage lange Stehen und Warten auf der Straße sehr erschöpft waren und auch nicht allzu geringe Verluste, namentlich an Offizieren, erlitten hatten. Dazu sah es mit der Verpflegung schlecht aus. Zwar konnte man Kaffee und Suppe, sowie Branntwein unter die Soldaten vertheilen und auch ein Brottransport langte in der Morgenfrühe aus Potsdam an, aber von einer geordneten Verproviantierung konnte nicht die Rede sein.

Andererseits war das Volk durchaus nicht entmuthigt, —

<sup>1</sup> Ein Student von Bojanowsky, Sohn eines reichen, polnischen Gutseigenthümers, erlag erst am 6. April seinen Wunden.

sondern zeigte sogar an einzelnen Punkten, namentlich am Alexanderplatz, eine bedeutend größere Kampflust. Seine Bewaffnung war durch die Erstürmung des Landwehrzeughauses und mehrerer Kasernen eine viel bessere geworden, und war es auch bisher von den Truppen zurückgedrängt, so hatte es sich doch an den Kampf gewöhnt und Selbstvertrauen gewonnen.

Es war also in keiner Weise zu erwarten, daß die Aufständischen freiwillig die Barrikaden verlassen würden, und ebenso scheint wenig Aussicht vorhanden gewesen zu sein, sich mit der jetzt in Berlin konzentrirten Truppenmacht in den Besitz der ganzen Stadt setzen zu können. Gerade manche der gefährlichsten Quartiere, das sog. Voigtland u. A., waren ja überhaupt noch nicht angegriffen worden. Wenn General von Prittwitz unter solchen Umständen den Aufruhr niederschlagen wollte, so mußte er zu anderen Mitteln greifen, als er bisher gebraucht; er mußte nicht nur Verstärkungen — namentlich aus Spandau — heranziehen, sondern auch von dem schweren Geschütz einen ganz anderen und energischeren Gebrauch machen als bisher; er durfte sich nicht um die Opfer kümmern, die solches Verfahren kosten würde, er durfte es nicht beachten, daß das eine oder das andere Stadtviertel in Flammen aufgehen, daß ein paar Hundert Menschen mehr oder weniger den Tod finden würden, — dann war ihm der Sieg wohl ziemlich gewiß. Und selbst wenn er dieses äußerste Mittel nicht anwenden wollte, so konnte er dem König rathen, mit den Truppen zusammen die Stadt zu verlassen. Vor den Thoren Berlins vermochte man in wenigen Tagen eine Streitmacht durch die Bahn zusammenzuziehen, die hinreichen mußte, um den Aufstand zu unterdrücken. Denn wenn auch die Rheinprovinz, Posen, vielleicht auch Westpreußen und Schlesien nicht wohl von Truppen entblößt werden durften, so konnte man doch ruhig die Garnisonen aus der Mark, aus Pommern und den anderen Provinzen heranziehen. Aber abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten hastete einer derartigen Maßnahme immer noch der eine Umstand an, daß man dadurch nothwendig die Revolution und ihre Macht anerkennen mußte. Und das durfte ja eben nicht geschehen! — es sollte ja keine Revolution sein, sondern die Emeute einer Rotte von Böhewichtern.

Militärische Erwägungen waren es also nicht, die zum Abzug der Truppen zwangen. Wie stand es nun mit der politischen Seite der Frage?

Hier ist die Antwort klar und einfach. Der Abmarsch des Militärs war, staatsmännisch betrachtet, ein schwerer Mißgriff; denn durch ihn wurde der Kampf gegen den Aufstand zu einer halben Maßregel, mithin zu einem ganzen Fehler.

Die Regierung beugte sich vor dem moralischen Eindruck, welchen die Revolution auf sie hervorbrachte, und gab den Kampf auf, noch ehe sie geschlagen war. So blieb der Ausgang des 18. März unentschieden und gab dem ganzen weiteren Verlaufe der Dinge in Preußen das Gepräge der Unklarheit und Verworrenheit.

## 4.

## Berlin nach dem 18. März.

Eine Frühjahrsnacht hatte hingereicht, um eine völlige Aenderung im Aussehen der Hauptstadt hervorzubringen. „Hell und heiter stieg die Morgen Sonne empor; es war der schönste Frühlingmorgen — Sonntag, und alle Glocken läuteten. Die Stadt glich einem Schlachtfelde; sie bot einen Anblick der Zerstörung und des Jammers dar, wie in einem mit Sturm genommenen Plaze. Hier sah man Barrikadenkämpfer hinter ihren Schanzen stehen, sitzen und liegen neben der schwarz-roth-goldenen Fahne auf der Barrikade, dort nicht fern von ihnen in der angrenzenden Straße auf dem Steinpflaster Truppen. Die Straßen waren blutgeröthet; hier und dort, besonders an den Barrikaden und an einzelnen Häusern, wo der Kampf am heftigsten getobt hatte, standen Blutlachen; in den Rinnen floß noch Blut; todte Pferde und blutige Leichen lagen noch um 8 Uhr früh auf den Straßen<sup>1</sup>.“

Eine ungeheure Menschenmenge bedeckte Gassen und Plätze; aber es war nicht das sonstige Straßenleben, in dem die bunten

<sup>1</sup> Steinmann, a. a. O. 319.

Uniformen des Militärs das hervorstechendste Merkmal bildeten. Wo noch Truppen standen, da verschwanden sie fast in dem allgemeinen Gewühl; hier reichten zerlumpte Barrikadenmänner den Gardeoffizieren die Bruderhand, dort umschlichen Andere, die Offiziere abzählend, die Bataillone, wahrscheinlich um die mutmaßliche Anzahl der gefallenen Gegner zu berechnen.

Bald nahm auch dieses Treiben ein Ende; der Befehl zum Rückzug kam; unter klingendem Spiele — die Kapellen ließen theils Choräle, theils heitere Weisen ertönen — verließen die Regimenter die Stadt, die nunmehr ganz der Herrschaft des Volkes preisgegeben war. Es gab Niemand mehr, der auch nur eine nennenswerthe Autorität besessen hätte. Die Polizei war machtlos, die Schuzmänner höchstens ein Gegenstand der Heiterkeit, die Bürgerwehr erst im Entstehen begriffen.

Es muß anerkannt werden, daß das Volk diese ihm so ungewohnte Gewalt im großen Ganzen in keiner Weise mißbrauchte; nur vereinzelt kamen Exzesse gegen mißliebige Personen vor, Diebstahl und Plünderung überhaupt nicht. Dagegen genoß man im Uebrigen die neue Freiheit im vollsten Maße. Man rottete sich in großen Haufen zusammen, das erste censurfreie Schriftstück, das „Extrablatt der Freude“ der Bossischen Zeitung wurde in Tausenden von Exemplaren verbreitet, zahlreiche Volksredner sprachen von den Ecksteinen zu der Menge und der unverwüthliche Berliner Witz machte sich in mehr oder minder gelungener Weise Luft<sup>1</sup>.

Daß die ganze Berliner Revolution lediglich ein durch den Gang der europäischen Ereignisse zum Ausbruch gebrachter Protest des Volkes gegen Beamtenwillkür und Polizeiplacerei gewesen, daß republikanische und ähnliche Tendenzen ihr gänzlich fern lagen, das zeigt sich auf das Deutlichste in dem Verhalten des Volkes nach dem Kampfe. Wiederum ward die Person des Königs der Mittelpunkt der Ereignisse, wiederum strömten, wie in der Lage vorher, wie von einem geheimnißvollen Instinkt geleitet, Tausende und Abertausende an dem Schlosse zusammen,

unter einer Bombe, die, vom königlichen Schlosse aus in die Luft geschossen, an der Wand eines Hauses stecken geblieben war, die Proklamation: „Vom lieben Berliner“ angeheftet.

in dem sich nach dem Abmarsch der Truppen nur mehr wenige Kompagnien Infanterie befanden.

Das Erste, was die Aufmerksamkeit der hier versammelten Menge erregte, war der Anblick der in dem Holzkeller am Schloßplatz eingesperrten Gefangenen. Ungestim scholl der Ruf nach Freilassung zu den Fenstern des Königs empor und fand sofortige Erhörung. Doch war der größte Theil der Verhafteten bereits während des Kampfes nach Spandau verbracht worden, und kehrte von dort in der Nacht des 19., und zwar, auf Anordnung des Festungskommandanten, in Trupps von je 10 Mann in die Hauptstadt zurück. Es war dies eine sehr gerechtfertigte Maßregel; denn ein gleichzeitiges Einrücken der 7—800 Barrikadenkämpfer hätte leicht den Anstoß zu einem neuen Aufbruch geben können<sup>1</sup>.

An diese erste Forderung schloß sich unmittelbar der Ruf nach Bürgerbewaffnung an, den eine Deputation von vier Mann, an deren Spitze Herr von Minutoli selbst stand, dem König übermittelte. Zwei Mitglieder der Abordnung nahmen den ganz gebrochenen Monarchen am Arm und führten ihn auf die Schloßterrasse, von wo aus er dem Volke in kurzer Ansprache Alles bewilligte. Doch gingen seine Worte in dem allgemeinen Lärm gänzlich verloren. Auch die Grafen Arnim und Schwerin, die nach Friedrich Wilhelm kurze, beruhigende Ansprachen hielten, konnten sich nur einem ganz geringen Theile der Menge verständlich machen.

Die neugebildete Bürgerwehr trat noch am selben Tage in

<sup>1</sup> Der Gefangenentransport wurde zuerst von Mannschaften des 31., dann des 2. Regiments eskortirt und es zeichnete sich namentlich das Bepferte durch große Rohheit aus. Wenn man Würth (Album der Geschichte des Jahres 1848. I, 907) glauben darf, so begnügten sich die Soldaten nicht mit Kolbenstößen und Bajonettstichen, sondern schossen sogar zwischen die Gefangenen. In Spandau wurden die Bepferten in die Kasematten des Forts Königin eingesperrt und blieben hier bis 6 Uhr Abends. Den Verwundeten wurde erst Mittags ärztliche Hilfe zu Theil.

Einen charakteristischen Beweis dafür, daß die Berliner Bewegung ganz vereinzelt im Lande stand, bildet das Benehmen der Bürgerwehr in Charlottenburg und Spandau. Die Gefangenen wurden von ihr verhört und die Soldaten mit Jubel empfangen.

Thätigkeit; ihr Kommando hatte, da sich die hierzu ausersehenen Generale von Neumann und von Aschoff beharrlich weigerten, der Polizeipräsident Minutoli übernommen. Es wurden sofort — und zwar unter thätiger Mitwirkung Arnims und Schwerins — aus dem Zeughause Gewehre und andere Waffen an die Bürger vertheilt, und schon in den späteren Nachmittagsstunden zog eine zumeist aus Beamten des Hofstaates bestehende Bürgerwache im Schlosse ein. Die Studenten, die Künstler, später die freigelassenen Polen schlossen sich zu eigenen Corps zusammen.

Nachdem also auch diese Forderung des Volkes erfüllt und der König wieder vom Balkon zurückgetreten war, schien man im Schlosse zu erwarten, daß die Menge nunmehr sich zerstreuen werde. Aber es kam anders; bisher waren nur die Lebenden vor ihrem König erschienen, unter denen heute so Mancher fehlte, der gestern noch auf demselben Schloßplatz unter seinen Genossen gestanden; jetzt sollte auch den Todten ihr Recht werden.

Von den Linden zuerst, dann aus allen Straßen wurden gegen halb drei Uhr Nachmittags hintereinander von Barrikadenmännern die blumengeschmückten Leichen der gefallenen Volkskämpfer herbeigetragen. Immer näher kam der düstere Zug an das Schloß heran, immer lauter und grollender erscholl der Ruf nach dem König. „Eine Szene“, schreibt ein Augenzeuge<sup>1</sup>, „welche an tragischem Pathos Alles überbot, was jemals in Trauerspielen der antiken und romantischen Kunst an den erschütterten Gemüthern vorübergezogen ist. Denn welch ein Schauspiel ward uns bereitet! Von allen Seiten zogen durch die Portale des Schloßes die Barrikadenkämpfer herein, mit wilden, verfürzten Gesichtern, in der Hand noch die mörderische Waffe, auf den Schultern die Bahren mit den Leichen der gefallenen Brüder, deren Wunden zu gräßlicher Schau sie offen gelegt, deren blutige Stirnen im Vorübertragen von Frauenhänden mit Immortellen und Lorbeer geschmückt worden waren. Die Volksmenge, durch welche sie hindurchschritten, stand lautlos, ehrfürchtvoll nahm ein Jeder den Hut ab, die Lippen bebten, in den Augen zitterten Thränen, nur die festen Schritte

<sup>1</sup> Der Bericht u. A. bei Scherr, I, 403.

der Träger hallten in dem Schloßhof wieder und von Zeit zu Zeit der Name eines der Gefallenen, von einem Träger laut ausgerufen mit näherer Angabe, wie: «Familienvater von 5 unerzogenen Kindern! — Auf der Barrikade am Köllner Rathhaus niederfartätzt! — Ohne Pardon niedergestochen, nachdem er sich ergeben hatte! — Eine Wittwe, Mutter von 7 Waisen! — Fünfzehn Jahre alt, an meiner Seite niedergeschossen, mein einziger Sohn!» Es war ein grausamer Instinkt, welcher in den entlegensten Theilen der Stadt das Volk ohne irgend eine Verabredung trieb, die Todten nach dem Schloßhofe zu bringen. Schon hatte sich der innere Hof, in welchem die Wendeltreppen zu den königlichen Gemächern führen, mit Bahren und blutigen Leichen gefüllt, als das Volk nach dem König zu rufen begann. Der Fürst Lichnowsky, welcher, nachdem der Kampf vorüber war, mit einigen der Barrikadenhäupter fraternisirt hatte, versuchte es, seine guten Freunde zu bedeuten, daß Se. Majestät sich zurückgezogen hätte, und daß man ihr einige Ruhe gönnen möge. Allein der Ruf: «der König soll kommen!» erscholl mit verzehnfacher Gewalt, daß die Schloßfenster davon erzitterten. Schon nahmen die Träger die Leichen wieder auf und schickten sich an, dieselben die Wendeltreppe hinauf in die königlichen Gemächer zu tragen, da erschienen oben auf der Galerie die Grafen Arnim und Schwerin, um zu beschwichtigen, vermochten aber nicht, gegen die höher und höher schwellende Fluth aufzukommen. «Der König! Der König soll kommen!» gellte und grollte es immer drohender. Da trat auf die offene Galerie heraus der tiefgebeugte Monarch, an seinem Arme die vor Angst und Entsetzen bleiche Königin. «Gut ab!» Er entblößt das Haupt. Die Träger nahmen die blutigen Leichen wieder auf, sie hoben die Bahren hoch zu dem König hinauf, unter schrecklichem Zuruf der Männer und dem Wehklagen der Frauen: «Gieb uns unsere Brüder! Unsere Väter, unsere Söhne, unsere Männer gieb uns wieder!» Der König und die Königin vermochten nur mit Thränen das tiefgefühlte Weileid des gebrochenen Herzens zu bezeugen. In den blutgetränkten Gewändern der Gefallenen erblickten sie den königlichen Purpur zu ihren Füßen im Staube liegen. Da plötzlich stimmte das Volk den

Choral an: «Jesus, meine Zuversicht» — der König verweilte mit unbedecktem Haupt, bis der feierliche Lobtengesang geendet, und führte dann die kaum sich noch aufrechthaltende Königin in ihre Gemächer zurück.“

Der vorstehende Bericht zeigt deutlich die tiefe Erschütterung, in welche diese Szene alle Anwesenden ohne Ausnahme versetzt hatte; — und in der That, hier und wenige Tage später beim Begräbniß der Märzgefallenen schwang sich die preussische Revolution zu einer Höhe empor, aus welcher sie nur zu bald in den Staub und Schmutz kurzfristigen und kleinlichen Parteigezänktes stürzen sollte. Allerdings war diese Schaustellung der Leichen eine nutzlose Grausamkeit, eine herbe Demüthigung des Königs, aber eine weit größere Demüthigung legte sich dieser ja selbst am übernächsten Tag durch seinen Amritt auf, und es liegt fast etwas Erschütterndes in der Art, wie das Volk trauernd seine Todten vor das Antlitz des Landesvaters brachte. Die altpreussische Partei freilich erblickte in der ganzen Episode nur eine Ausgeburt der pöbelhaftesten Volkswuth<sup>1</sup>. Im Schlosse herrschte nach diesem Auftritte eine leicht begreifliche Panik, die so weit ging, daß der Polizeipräsident selbst zur Flucht rieth. Man fürchtete bereits das Schlimmste, und verschiedene Erzeße des Pöbels, die im Laufe des Tages vorfielen, schienen diese Besorgnisse zu bestätigen.

Das System des preussischen Militarismus, gegen welchen sich der ganze Zorn des revolutionären Volkes wandte, verkörperte sich für dasselbe in der Person des Prinzen von Preußen, der, obgleich er während der Märztage kein Kommando in

<sup>1</sup> „Wir ziehen einen Schleier über diese schreckliche Szene und bemerken nur, daß der edelste Mensch zwar Vieles vergeben, aber Manches niemals vergessen kann.“ (Berliner Märztage, S. 112.) Und ebenso heißt es in der Signatura (34): „Auf das Raffinirteste suchte man durch Herbeischleppen der bei dem Verbrechen des Auftruhrs gefallenen Uebelthäter die Leidenschaften des verblendeten Haufens zügellos zu machen, was so weit gelang, daß die Ungezogenheit der Aeußerung keine Grenze mehr kannte, — ja! die Frechheit der Gotteslästerung sollte sogar zur Ungezogenheit hinzukommen und ein in dieser Umgebung angestimmter Choral die sittliche Zerrissenheit, in welche man blind sich hineingestürzt hatte, in ihrer Spitze markiren.“

Berlin geführt hatte, doch allgemein als das Haupt der Militärpartei galt. Der Prinz hatte, erzürnt über den Gang der Dinge, schon im Laufe des 19. Berlin verlassen und trat bald darauf von Potsdam aus die Reise nach England an.

Gegen das Palais des abwesenden Prinzen wälzte sich ein Haufen, ganz offenbar mit der Absicht, dasselbe zu zerstören. Doch im letzten Augenblicke glückte es der Besonnenheit eines Unbekannten, die Demolirung zu verhindern. Sein lauter Ruf, das Palais zum Nationaleigenthum zu erklären, fand stürmischen Beifall, und die Menge ging, nachdem sie an verschiedenen Punkten des Gebäudes entsprechende Aufschriften angebracht, beruhigt auseinander<sup>1</sup>.

Schlimmeres widerfuhr dem unter den Linden wohnhaften Handschuhmacher Wernicke, der während des Kampfes drei Polen an das Militär verrathen haben sollte. Sein Laden wurde erbrochen und die sämtlichen Handschuhe einzeln in Stückchen gerissen. Am Aergsten jedoch ging es in dem Preuß'schen Hause an der Ecke der Königstraße zu, wo nicht nur sämtliche Möbel und Spiegel vernichtet, sondern auch das Papiergeld und die Kassenscheine des Majors a. D. Preuß auf offener Straße verbrannt wurden. Es geschah demselben damit ein schweres Unrecht; denn nicht nur hatte er keineswegs, wie die Zerstörer glaubten, die Barrikadenkämpfer verrathen, sondern im Gegentheile mehreren derselben zur Rettung verholfen.

Außer diesen Erzessen fanden nennenswerthe nur noch am Abend statt, wo sich das Volk vor den Wohnungen der Erminster von Thiele und Eichmann zum erstenmal in der — später zu einer wahrhaft künstlerischen Höhe gebiehenen — Kazenmusik übte. Im Uebrigen aber war der Jubel allgemein; zumal nach dem am Nachmittage erfolgten Erscheinen einer

<sup>1</sup> Im Inneren des Palais setzten sich später 3 Individuen, ein gewisser von Normann, Karrig und Becker fest, die sich die „Wittschristenkommission“ nannten, für das Volk Gesuche u. an den König ausfertigten und nebenbei eifrigst mit der Untersuchung der vorgefundenen Weinvorräthe beschäftigt waren. Erst nach längerer Zeit machte das Studenten-corps dem Treiben ein Ende und verhaftete den „Direktor“ nebst seinen Genossen.

Kabinettsordre, welche die definitive Zusammenziehung des neuen Ministeriums brachte.

Der Vorsitz und zugleich das Ministerium des Aeußeren wurde dem Grafen Arnim übertragen; doch nahm ihm schon am 21. sein Vetter, Freiherr von Arnim, das letztere Amt ab. Das Innere erhielt der Generallandschaftsrath von Auerwald, die geistlichen Angelegenheiten der Graf Schwerin. Am folgenden Tage übernahm Dr. Bornemann das Justizministerium und wurde der Handelskammerpräsident Camphausen, doch ohne ein Portefeuille, an die Seite des Königs berufen. Der Kriegsminister von Rohr und der Minister des königlichen Hauses, Graf Stolberg, blieben auf ihrem Posten.

Am Abend dieses Tages feierte ganz Berlin die „Märzerrungenschaften“ durch eine große Illumination, von der sich selbst die russische Gesandtschaft nicht ausschloß. In denselben Straßen, wo gestern noch Blut geflossen war und Brandschein den Himmel geröthet hatte, drängten sich jetzt jubelnde Volksmassen und glänzten die Häuser in festlicher Beleuchtung.

Der folgende Tag brachte neue Feierlichkeiten. „Die Physiognomie Berlins“, schreibt Steinmann, „war am 20. März im Vergleich zu den beiden vorhergegangenen Tagen in bedeutendem Maße verwandelt. Friede und Freude strahlten überall; die Barricaden waren weggeräumt; die Truppen waren wie durch Zauber verschwunden, an ihrer Stelle standen Bürger unter dem Gewehr und vor den Schilderhäusern; Bürgerpatrouillen durchzogen die Stadt; an allen Gebäuden und Häusern flatterten Fahnen mit den deutschen Farben; deutsche Kokarden schmückten alle Hüte und Mützen, deutsche Bänder waren der allgemeine Schmuck; die Wände der öffentlichen Gebäude waren mit Proklamationen, Aufrufen und Ansprachen bedeckt; an allen Straßenecken standen Gruppen, mit Lesen der Maueranschläge beschäftigt; Versammlungen zu politischen Zwecken wurden ausgeschrieben und für die Hinterbliebenen der Gefallenen und die im Revolutionskampfe Verwundeten Gelder und Unterstützungen gesammelt. Vor vielen Häusern waren Becken aufgestellt mit der Aufschrift: «Für die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen», und wirklich steuerte Jeder, je nach seinem

Vermögen, bei; denn die ganze Einwohnerschaft erkannte, welchen Tribut des Dankes sie den tapferen Freiheitskämpfern verschulde.“

„Das Volk wogte durch die Straßen; ein großer Theil desselben ging seiner gewöhnlichen Beschäftigung nach. Deputationen in großer Zahl begaben sich nach dem Schlosse, um sich an den König und die Minister zu wenden; die Bewaffnung der Studenten erfolgte, und die Organisirung der Bürgerwehr geschah schnell und kräftig. Fast alle waffenfähigen und waffenberechtigten Männer traten zusammen, um für die Sicherheit des Staates einzustehen; Freischaaren verschiedener Art bildeten sich; Rottenführer und Offiziere wurden gewählt, und eine Kabinetsordre, die kurz vor Mittag erschien, verkündete: «Vergebung allen Denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen oder Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden.»“

In Folge dieser Amnestie war das Hauptereigniß des 20. die Freilassung der 254 Polen, die, wegen des im Jahre 1846 in Posen geplanten Aufstandversuchs in einem Monstreprozesse zu Freiheitsstrafen verschiedener Dauer verurtheilt, im Staatsgefängniß am „Neuen Thor“ saßen.

Dank der im Jahre 1848 überall herrschenden geradezu krankhaften Polenschwärmerei, die sogar die nüchternen Berliner ergriffen hatte, gestaltete sich der Austritt der Sarmaten aus dem Gefängniß zu einem förmlichen Feste. Unter Vortritt einer Bürgerehrenwache, von bewaffneten Studenten eskortirt fuhren die Polen in offenen Wagen, Mieroslawski und Siebelt voran, durch die Straßen, selbstverständlich zuerst nach dem Schlosse, wo der König heraustreten mußte und dreimal die Begnadigten grüßte, dann nach der Univerſität, wo in der Aula die entsprechenden Begeisterungsreden gehalten wurden. Auf dem ganzen Wege wurde der Zug von unendlichem Jubel begrüßt, ja, die Begeisterung der Deutschen ging so weit, daß sie die Droschkengäule ausspannten und eigenhändig die Wagen der Männer zogen, in denen eine ruhige Betrachtung nichts Anderes als die Todfeinde deutschen Geistes und deutscher Sitte erkennen mußte.

Die Polen hüteten sich freilich, jetzt bereits solche Gedanken

zu verrathen, aber was sie im Sinne hatten, zeigte schon deutlich die von ihnen im Laufe des Nachmittags verbreitete Dankadresse an das Berliner Volk<sup>1</sup>. Lange dauerte übrigens der Aufenthalt der Polen in Berlin nicht. Nachdem sie sich Anfangs zu einer Polengarde zusammengethan und einen gewissen Szuman (Schuhmann) zu ihrem Führer gewählt hatten, verließen sie schon in den letzten Tagen des März die Hauptstadt und begaben sich nach Posen, woselbst wir sie in der Folge im erbittertsten Kampfe gegen das Deutschthum finden werden.

Am Abend war die Stadt wiederum festlich beleuchtet, doch störte ein schriller Mißklang die Feier. Urtplötzlich nämlich verbreitete sich das Gerücht, der Prinz von Preußen stehe mit einer Armee vor den Thoren, und erzeugte die tollste Aufregung. Abermals wurde Sturm geläutet, man eilte zu den Waffen, begann selbst mit dem Barrikadenbau, und ängstliche Seelen sahen bereits eine Wiederholung der Schreckensnacht des 18. herrannahen. Doch da es ringsum still blieb und nirgends ein Angriff erfolgte, beruhigten sich allmählich die erregten Gemüther und es zeigte sich, daß das Ganze ein blinder Lärm gewesen<sup>2</sup>.

Nachdem an diesem Tage der bisherige Gesandte in Paris, Herr von Arnim-Struß, in das Ministerium eingetreten war, scheint in dem letzteren der Entschluß gereift zu sein, daß irgend Etwas geschehen müsse. Mit dem alten System war endgültig

<sup>1</sup> „Der gesunde Sinn des Volkes“, heißt es in dem langathmigen Schriftstück, „sieht die Dinge und beurtheilt sie besser als die Weisheit der Politik. Ihr fühlt es, daß nicht nur die Zeit gekommen ist, in welcher die verhängnißvolle That der Theilung Polens wieder gesühnt werden mußte, sondern daß die Zeit auch gebiete, daß zur Sicherstellung eines freien Deutschlands ein unabhängiges Polen als Vormauer gegen den Drang der Asiaten errichtet werden muß.“

Eine russische Intervention lag damals allerdings durchaus nicht im Bereich der Unmöglichkeit.

<sup>2</sup> Die Veranlassung zur Entstehung dieses Gerüchtes war die, daß ein Reitknecht die Pferde seines Herrn, des Obersten von Dankbahr, nach dessen Sommerwohnung in Tempelhof bringen sollte. Unterwegs rief ein Posten des 12. Regiments den Mann an und gab, da er keine Antwort erhielt, einen Schuß ab. Auf's Höchste erschreckt, galoppirte der Reitknecht in die Stadt zurück und brachte durch die Meldung, die Truppen seien im Anmarsch, Alles in Alarm.

gebrochen, es handelte sich darum, durch irgend eine Maßregel Inhalt und Ziele des neuen der Welt zu offenbaren.

Auf diese Weise erklärt sich die Entstehung des Plakates, das zu allgemeinsten Ueberraschung am frühen Morgen des 21. an allen Straßenecken zu lesen war, und, wiewohl ohne Unterschrift, doch durch die Bezeichnung der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei als des Druckortes deutlich seinen offiziellen Ursprung verrieth.

Folgendes war der Inhalt dieses wichtigen Schriftstückes:

„An die deutsche Nation!

Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an; Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei, mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen deutschen Nation!“

Bestätigt wurde diese befremdende Nachricht durch die Mittheilung, die Vormittags der Kultusminister Graf Schwerin den in der Aula zusammenberufenen Studenten gab und die im wesentlichen eine weitere Ausführung der in der Bekanntmachung enthaltenen Gedanken war. Natürlich war die akademische Jugend in hohem Maße von dem Projekte begeistert und brachte stürmische Hochrufe auf den wahrhaft deutschen König, sowie auf die Ministerverantwortlichkeit aus.

So fand denn gegen 11 Uhr wirklich der Umzug statt; eine gewaltige Menschenmenge umlagerte bereits das Schloß, als der König auf dem Balkon desselben erschien und dem Volke zurief, daß er sich sofort zu Pferde unten zeigen werde. Dies geschah denn auch; alsbald trat Friedrich Wilhelm auf den Schloßhof heraus, in Gardeuniform, ein breites schwarz-roth-goldenes Band um den linken Arm geschlungen und gefolgt von den in Berlin anwesenden Prinzen und Ministern, die gleichfalls Alle die

deutschen Farben trugen<sup>1</sup>. Dort überreichte ihm Dr. Stieber auf seinen Wunsch eine große schwarz-roth-goldene Fahne, die er von einem Fenster herabholte, und von stürmischem Jubel begrüßt, sprach Friedrich Wilhelm die Worte:

„Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle; ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will; aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß gesichert werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung!“

Der Zug setzte sich nunmehr in Bewegung. Voran ritt der Kammergerichtsassessor Friedberg, dann folgte der König mit seinem Hofstaat, rechts neben sich den Dr. Stieber, links den Stadtverordneten Gleich; der Bezirksvorsteher Wolff machte dem Pferde des Herrschers Platz, der Bürgerschütze Krause trug die große Fahne voraus. Auch der Thierarzt Urban fehlte nicht.

Die Begeisterung des Volkes war natürlich unbeschreiblich; aus allen Fenstern wehten weiße Tücher, flatterten die deutschen Fahnen; selbst die Statuen Blüchers und Scharnhorsts waren mit ihnen geschmückt. Unaufhörlich mußte der Monarch die Hände zum Kusse hinreichen, Begnadigungsgesuche anhören und an nicht weniger als fünf Orten zum Volke sprechen, wobei er es sich namentlich auch angelegen sein ließ, die Vertheidigung, beziehungsweise Rechtfertigung seines Bruders zu übernehmen.

Der Zug bewegte sich zunächst über die Schloßfreiheit nach den Linden und machte an der Königswache, wo die Bürgerwehr herausgetreten war, Halt. „Ich sehe Euch hier auf der Wache“, sprach der König, „ich kann es nicht genugsam in Worte kleiden, was ich Euch danke, glaubt's mir!“ Jetzt ließ sich die Begeisterung nicht mehr länger halten. Mit dem der großen Masse eigenen politischen Instinkt hatte das Volk bereits klar erkannt, was einzig und allein der Sinn des Umzugs sein

<sup>1</sup> Noch auf der Treppe soll der preussische Militärbevollmächtigte in St. Petersburg, von Rauch, den König in französischer Sprache gebeten haben, von dem Ritte abzustehen. Doch sei ihm die Antwort zu Theil geworden: «Non, non! c'est décidé nous allons monter à cheval!» (Scherr I, 411.)

konnte, wenn er überhaupt einen solchen besaß, und von mehreren Seiten ertönten die Rufe: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!“ Allein sichtlich unangenehm davon berührt erwiderte Friedrich Wilhelm die Worte: „Nicht doch! das will, das mag ich nicht!“ Hierbei ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall; plötzlich rief ein Mann aus den niederen Ständen, von blassem kränklichem Aussehen, mit lauter Stimme: „Glaubt ihm nicht, Brüder! er lügt, er hat noch immer gelogen!“ Doch wüthend stürzte sich Alles auf den unzeitigen Warner und schleppte ihn unter Mißhandlungen zur Wache. Dem Könige wurde der Mensch als ein Wahnsinniger bezeichnet.

Der Zug setzte sich nunmehr wieder in Bewegung und ging über den Opernplatz die Behrenstraße entlang und über die Linden zurück. Unterwegs sprach Friedrich Wilhelm noch namentlich an der Universität zu den Studenten, die hier unter Führung der Professoren Müller und Feder in Reih und Glied standen und am köllnischen Rathhaus, das noch die Kugelspuren des kaum verfloffenen Kampfes aufwies. „Ich weiß es wohl“, äußerte er hier, „daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und Treue meines Volkes.“

Endlich langte die Kavalkade wieder beim Schlosse an, von dessen Zinnen ebenfalls eine mächtige Fahne mit den Reichsfarben wehte. Noch einmal mischte sich der König, vom Prinzen Albrecht begleitet, unter das Volk, dann zog er sich mit den Bürgern Gleich und Stieber zurück.

Am Abend erschien, wie um jedes Mißverständniß auszuschießen, noch ein längerer, vom Könige selbst verfaßter und von sämtlichen Ministern gegengezeichneter Ausruf „An Mein Volk und die deutsche Nation!“ der im wesentlichen eine klarere und präzisere Ausführung des phrasenhaft-überschwänglichen Armin'schen Machwerkes bildet. „Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr“, lautet der wichtigste Satz des ziemlich langen Schriftstückes. „Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten

deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf!" Im Folgenden verspricht das Manifest dann noch die Aufstellung eines deutschen Bundesheeres, bewaffnete Neutralitätserklärung, Einführung wahrer, konstitutioneller Verfassungen, eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung u. s. w. u. s. w.

Was war nun Zweck und Ziel dieses ganzen so gewagten, fast abenteuerlichen Schrittes? Es war nur Eines möglich; Friedrich Wilhelm mußte sich, mit der deutschen Fahne in der Hand, von seinem jubelnden Volke umgeben, als den neuen Herrscher des geeinigten deutschen Reiches erklären, die seit mehr als vierzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde erneuen, nicht jene Kaiserwürde von Gottes oder vielmehr von Papstes Gnaden, wie sie das verstoffene heilige römische Reich deutscher Nation gekannt, sondern eine solche, die das deutsche Volk ihm anbot.

Das Wagniß war kühn, aber es bot gerade jetzt Aussicht auf Erfolg, wo der ganz Deutschland durchbrausende Märzsturm das Unglaublickste möglich erscheinen ließ. Die deutschen Kleinstaaten waren nicht im Stande zu widerstehen, manche von ihnen, wie ja namentlich Baden, direkt auf preußische Hülfe angewiesen. Oesterreich, durch Bürgerkrieg und Aufruhr zerrüttet, war zur Zeit nicht im Stande, seine gewöhnliche Rolle eines Bleigewichtes an den Füßen der preußischen Politik durchzuführen — die Tage von Olmütz lagen noch in weiter Ferne. Auch Frankreich war viel zu viel mit seinen eigenen Wirren beschäftigt, um sich in fremde Angelegenheiten zu mengen, und so blieb als einziges ernstliches Hinderniß von außen der Widerspruch des Zaren übrig.

Hätte jetzt unter solchen Umständen Friedrich Wilhelm die Kraft gefunden, sich von der Beeinflussung von Seiten eines halbbarbarischen Staates loszusagen und endgültig mit den Traditionen der heiligen Allianz zu brechen, hätte er mit fester Hand in Süddeutschland die republikanischen Gemeuten niedergeschlagen, Baierns und der anderen Staaten partikularistische Tendenzen nöthigenfalls mit Gewalt unterdrückt, den Dänen Schleswig-Holstein in einem ernstlichen Kriege entrißen, dann

wäre vielleicht sein Entschluß zum Heile und Segen für Deutschland ausgeschlagen; dann wären wir nicht gezwungen, in diesen Blättern so Manches und Vieles zu berichten, was besser ungeschehen geblieben wäre, von dem Scheitern des deutschen Einigungswerkes in Frankfurt, von dem Schicksal der Elbherzogthümer und der deutschen Flotte, von den Tagen von Malmö und Olmütz und Anderem mehr.

Aber zu solchem Werke bedurfte es einer größeren Kraft des Entschlusses und einer größeren Rücksichtslosigkeit in der Durchführung desselben, als sie dem König und seinen Berathern zur Verfügung standen.

So war auch hier wieder das System der halben Maßregel zur Anwendung gebracht. Man hatte die beste Absicht, Etwas zu thun, aber im entscheidenden Augenblicke versagte die Kraft. Dadurch mußte der ganze Umritt die Wirkung aller halben Maßregeln nach sich ziehen, daß sie gerade das Gegentheil dessen hervorrufen, was sie bezweckten. Das Vertrauen des Volkes hatte der König trotz allen Jubels nicht in höherem Maße gewonnen. Mit welchen Gefühlen aber die Potsdamer Militärpartei der Sache gegenüberstand, braucht wohl kaum ausgeführt zu werden.

Im übrigen Deutschland erregte der Schritt des Königs theils Befremden, theils Entrüstung. Die meisten Regierungen waren außer sich, ebenso aber auch das Volk. Die größte Erbitterung herrschte in Wien<sup>1</sup> und in München, wo der Pöbel soweit ging, das Bild Friedrich Wilhelms öffentlich zu verbrennen.

War somit dies Unternehmen gänzlich mißglückt, so brachte der folgende Tag, der 22. März, eine wahrhaft großartige Feier, das Begräbniß der gefallenen Barrikadenkämpfer.

Schon in der Nacht vom Montag zum Dienstag hatte man die sämmtlichen Leichen, die bis dahin in verschiedenen Kirchen der Stadt untergebracht gewesen waren, nach der Kirche am Gendarmenmarkt überführt und daselbst auf einem mächtigen,

<sup>1</sup> Vgl. die Depeschen des Schweizer Gesandten Effinger bei Scherr I, 412, in Wien befürchtete man bereits eine Ueberfiedelung des Bundestages nach Potsdam.

schwarz ausgeflagelten Trauerkatafalk 183 bekränzte Särge neben einander aufgestellt.

Unter allgemeiner Bewegung brach der 22. März, ein schön milder Tag, an. Die Physiognomie der Stadt war völlig verändert; überall hingen neben den deutschen Fahnen lange schwarze Trauerflore aus den Fenstern und von den Zinnen des königlichen Schlosses; sämtliche Zeitungen erschienen schwarzgerändert; eine unabsehbare Menge, die Männer mit Flor an Hut und Arm, die Frauen in schwarzer Kleidung, bedeckte vom frühen Morgen ab die Straßen vom Gendarmenplatz bis zu der Gruft vor dem Landsbergerthor. Es war ein einmüthiges Gefühl, das heute alle diese Tausende, das die ganze Stadt beherrschte, eine weihvolle, über das Alltägliche erhobene Stimmung ernstster Trauer.

Gegen Mittag zogen die verschiedenen Abtheilungen der Bürgerwehr, das Studentencorps, die Handwerker, die Korporationen heran, dann folgte die Schützengilde, der Magistrat und die Stadtverordneten, die gesammte Geistlichkeit unter Führung des Bischofs Neander. Wiederum ertönte der Choral: „Jesus, meine Zuversicht!“ der schon vor drei Tagen erklungen, dann sprachen die Geistlichen aller Konfessionen, der Prediger Sydow, der Kaplan Kuland und der Rabbiner Sachs einige kurze Worte. Unter dem Geläute aller Glocken setzte sich sodann der Zug in Bewegung, an dem mehr als 100 000 Menschen Theil genommen haben sollen. Eröffnet wurde das Ganze von einer Schaar Bewaffneter unter Urbans Führung, dann folgten die Schützengilden, Mädchen mit Atlasstiften, und hierauf die Särge, von je 6 Männern getragen und nach den einzelnen Gewerken gesondert. Dahinter kam die Geistlichkeit Berlins mit den Hinterbliebenen der Gefallenen, die Universität in vollem Ornat, die Akademie, die Künstlervereine, der Magistrat, Deputationen der Bürgerschaft, darunter ein Zug Italiener mit roth-weiß-grüner Fahne, die polnische Legion, die Berliner Kaufmannschaft, die bewaffneten Studenten mit dem Reichsbanner, Abordnungen der preussischen Städte und Vertreter Hamburgs und Braunschweigs, dann die Fabrikarbeiter, von Hesse geführt. Eine große Abtheilung Bürgerwehr beschloß den Zug.

Langsam bewegten sich die Schaaren durch die Charlotten-

straße und die Linden bis zum Schloßplatz. Hier stand der König, von Ministern und Generalen umgeben, auf dem Balkon; vor jeder der einzelnen Abtheilungen, in denen die Särge vorbeigetragen wurden, nahm er den Helm ab, während zugleich die großen Trauerfahnen des Schloßes sich grüßend senkten.

Die Sonne war bereits am Untergehen, als der 4 Stunden lange Zug den Friedrichshain erreichte. Keine bezahlte Hand hatte an den Gräbern hier gearbeitet; eigenhändig hatten die Barrikadenkämpfer die Gruft für ihre gefallenen Genossen gegraben. In der Mitte der vier langen Reihen, welche die Särge aufnehmen sollten, erhob sich ein Mast mit dem schwarzverfleckten deutschen Adler und dem Wappen der Stadt Berlin. Der Prediger Sydow hielt hier die Gedächtnisrede, der Bischof Neander sprach den Segen, eine Rede des Assessors Jung beendete die Feier, die erst bei völliger Dunkelheit ihren Abschluß erreichte.

Die gefallenen Offiziere und Soldaten sollten Anfangs mit den Barrikadenkämpfern zusammen begraben werden, doch scheiterte dies Vorhaben an dem Widerstand des Volkes, das darin eine „Entweihung“ sah. Sie wurden später für sich allein ebenfalls mit großem Gepränge bestattet. Mit diesem wahrhaft großartigen Trauerfest hatte die preußische Revolution ihren höchsten und reinsten Aufschwung genommen. Schon damals war allgemein die Ansicht verbreitet, daß ein solcher Augenblick nicht wiederkehren würde, und die Ereignisse gaben ihr nur zu bald Recht.

Die geschilderten Begebenheiten beherrschten diese Tage so vollständig, daß die sonstigen Vorfälle daneben keine Beachtung fanden. Der Rücktritt des unfähigen Bürgermeisters Krausnick, der durch Naunyn ersetzt wurde, erschien fast selbstverständlich. Ebenso erweckte der Befehl zur Rückgabe der kleineren, in den königlichen Leihhäusern verlehnten Pfänder, sowie zur Entlassung der in der Stadtvoigtei Arretirten zwar Freude, aber kein besonderes Aufsehen.

Wichtiger dagegen war die an den Kriegsminister gerichtete, vom 21. datirte Kabinettsordre, daß die Armee neben der preussischen auch die deutsche Kokarde anzustechen habe. Wie das

preussische Heer diesen Befehl aufnahm, zeigt die beglaubigte Thatsache, daß ein Offizier in Naumburg sich erschoss, um nicht das verhaßte Zeichen tragen zu müssen.

Die Vorfälle in Berlin hatten auch in anderen preussischen Städten große Aufregung erzeugt, besonders in der seit lange gährenden Rheinprovinz. In Köln wurde mit Genehmigung des Erzbischofs von Geißel die deutsche Flagge auf dem Dom aufgezogen, und wiederum Abordnungen von dieser und anderen rheinischen Städten nach Berlin geschickt; die von der Hauptstadt aus unternommenen Beschwichtigungsversuche halfen nicht viel<sup>1</sup>, ja es kam sogar dazu, daß die Kölner Garnison eine völlig aufrührerische Adresse an den Divisionsgeneral Graf Canitz richtete<sup>2</sup>.

In Breslau, von wo wie gleichfalls von Liegnitz Deputationen nach Berlin gingen, herrschte völlige Unordnung. Eine „Volksdeputation“, aus dem Grafen Reichenbach, den Herren

<sup>1</sup> Am 22. März telegraphirte Arnim an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Wichmann:

„Berlin, den 22. März 1848, um 1/2 12 Uhr Mittags. Gestern hat Seine Majestät der König die Nationalfarben Deutschlands angenommen, in einer Proklamation wie mündlich sich ausgesprochen, daß er sich ohne Ufurpation an Deutschlands Spitze stellen werde, um dem deutschen Volk Einheit und Unabhängigkeit zu bewahren, Seine Majestät der König ritten durch die Stadt unter lautem Jubel und unbeschreiblichem Enthusiasmus des Volkes.“

Die Bewegung ist hiernach als beseitigt zu betrachten!

von Arnim.“

<sup>2</sup> Man glaubt sich in die babilonischen Zustände versetzt, wenn man in dieser Adresse folgende Forderungen und Meinungen der Soldaten, die „noch in den Fesseln eines absoluten Militärstaates schmachten“, findet: „Die preussischen Kriegsartikel sind eines der schändlichsten Denkmale der Willkürherrschaft!“ — „Abhängigkeit der des Soldaten, als Staatsbürger, so unwürdigen Behandlung von Seiten der Vorgesetzten.“ — „Aufhören des bloß zu Paraden dienenden Exercirens.“ — „Nicht mehr willenslose Drahtpuppen zum Amüsement hoher Herrschaften können heute noch die Vertheidiger Deutschlands sein.“

Auch von „den ruhmvollen Kämpfern der Barrikaden zu Berlin“ ist die Rede.

Die Adresse wurde natürlich nicht angenommen, doch setzten die Soldaten eine ihrer Forderungen durch, die Anrede mit „Du“ wurde, wenigstens offiziell, abgeschafft.

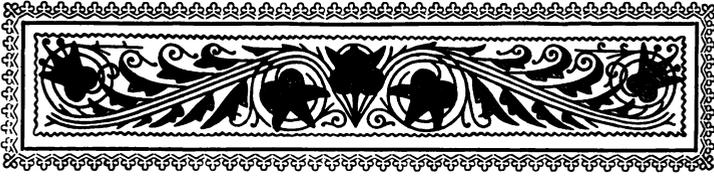
Semrau und May und dem „Arbeiter“ Pelz bestehend, führte hier das große Wort und terrorisirte den Bürgermeister Binder.

In Aachen zogen die Blusenmänner in Haufen durch die Stadt; nur mit Blutvergießen stellten Militär und Polizei die Ruhe her; ernstliche Bauernunruhen fanden im Münsterlande, Arbeitertumulte zu Elberfeld statt. In Rochem riß das Volk von der nahe gelegenen Metternich'schen Winneburg im Triumph das fürstliche Wappen herunter.

In allgemeinem Durcheinander und freudiger Aufregung gingen die Märztage in Preußen zu Ende, und auf den ersten Blick mochte es wirklich scheinen, als habe eine neue, verheißungsreiche Zukunft für das Land begonnen. Allein bei einer schärferen Betrachtung gestalten sich die Dinge ganz anders; es hatte freilich eine Revolution stattgefunden, aber keine solche, die einen dauernden Umschwung der Machtverhältnisse im Staate hervorgerufen hätte. Die Armee war so zahlreich und brauchbar wie je zuvor; daß sie dennoch am 18. März dem Volk das Feld räumte, geschah nicht, weil sie sich besiegt fühlte, sondern auf Befehl des Königs.

Alle diese „März=Errungenschaften“, über die das Volk jubelte, lagen in der Hand eines Mannes, im Belieben des Königs, der plötzlich und unerwartet sich der Revolution angeschlossen hatte. Er brauchte nur mit der Hand zu winken und von Neuem setzten sich von Potsdam seine getreuen Truppen in Bewegung, um zum zweiten Male, und mit doppelter Kraft und doppeltem Zorn den Vernichtungskampf gegen den Aufruhr zu beginnen. Und es war klar, daß dies kommen mußte; denn unmöglich konnte Friedrich Wilhelm bei seinem ganzen Charakter und seiner Denkart, wenn auch jetzt durch die Ereignisse betäubt und fortgerissen, sich dauernd der Volksbewegung anschließen. Schon im März vermochte ein Sehender in Preußen zu erkennen, daß nicht dem Volke, dem augenblicklichen Sieger, der endgültige Sieg zufallen würde, sondern jener, jetzt scheinbar geschlagenen und unterlegenen Partei, die in Potsdam mit verbissenem Ingrimme wartete, bis ihre Zeit gekommen sei.





## VI. Abschnitt: Das Vorparlament.

---

Der Gedanke einer einheitlichen deutschen Volksvertretung, ein Ausdruck des nationalen Selbstbewußtseins, welches die Freiheitskriege von Neuem erweckt hatten, war in den Jahrzehnten der Reaktion niemals ganz unterdrückt, sondern stets, einerseits durch die Mißwirthschaft des Bundestags, andererseits durch die Bemühungen der liberalen Vorkämpfer namentlich in Baden wach gehalten worden. In letzterem Staate hatte noch wenige Tage vor dem Ausbruche der Revolution der Abgeordnete Baffermann in der Kammer seine berühmte, bereits erwähnte Motion gestellt.

Die Forderung eines deutschen Parlamentes war daher einer der ersten Wünsche, die das Volk erhob, als der Märzsturm die deutschen Lande durchzog. Die einzelnen Regierungen vermochten von sich aus begreiflicher Weise diesem Verlangen nicht nachzukommen, sondern mußten sich, wenn sie besonders guten Willen zeigen wollten, mit darauf bezüglichen Wünschen an den Bundestag wenden. Daß die Versammlung der Eschenheimer Gasse aus freien Stücken aber einen solchen Entschluß fassen und ein Volkshaus an ihre Seite berufen, wie dies die Gemäßigteren verlangten, oder gar, worauf der Wunsch der Radikalen zielte, ihre ganze Machtbefugniß einem solchen übertragen würde, war nicht zu erwarten. Der Anstoß zur Bildung eines deutschen Parlamentes mußte vom Volke selbst ausgehen.

Am 5. März fanden sich zu Heidelberg 51 fortschrittlich gesinnte Männer, fast sämmtlich Mitglieder der einzelnen Ständeversammlungen, zu einer Besprechung zusammen; ein großer Theil von ihnen, Bassermann, Brentano, Gerbinus, Häusser, v. Sviron, v. Jhstein, Mathy, v. Struve, Welcker, Hecker, stammten aus dem Großherzogthum Baden, andere, wie von Gagern und Wernher, aus Hessen-Darmstadt. Aus Württemberg war Römer, aus der preussischen Rheinprovinz Hansemann, aus Oesterreich Wiesner erschienen. Das Resultat ihrer Besprechungen war eine Bekanntmachung, welche den ersten Schritt zum Zusammentritte des Frankfurter Parlamentes bildet und folgenden Wortlaut besaß:

„Heute waren hier 51 Männer versammelt aus Preußen, Baiern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt, fast alle Mitglieder von Ständekammern, um in diesem Augenblick der Entscheidung über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland sich zu besprechen.“

„Einmüthig entschlossen in der Hingebung für Freiheit, Einheit, Selbstständigkeit und Ehre der deutschen Nation, sprachen Alle die Ueberzeugung aus, daß die Herstellung und Vertheidigung dieser höchsten Güter im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — solange auf diesem Wege Rettung noch möglich ist — erstrebt werden müssen.“

„Einmüthig nicht minder war der tiefe Ausdruck des Schmerzes, daß die traurigsten Erfahrungen über die Wirksamkeit der deutschen Behörde das Vertrauen zu derselben so erschüttert haben, daß eine Ansprache der Bürger an sie die schlimmsten Mißklänge hervorrufen würde. Tief betrübend in einem Augenblick, wo diese Behörde sich auf die traurigen Erfahrungen der Geschichte beruft und mit schönen Worten von der hohen Stellung spricht, welche die Nation unter den Völkern einzunehmen berufen ist, wo sie jeden Deutschen zu vertrauensvollem Mitwirken auffordert, — tief betrübend in diesem Augenblick ist die Erinnerung, daß sie selbst den Deutschen verboten hat, Vorstellungen an sie zu richten.“

„Die Versammelten sprachen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus“:

„Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung

der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.“

„Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern und zu rauben.“

„Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuth der Nation, nie in einem russischen Bündniß gesucht werden.“

„Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten deutschen Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren wie zur Entwicklung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens.“

„Um zur schleunigen und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen“:

„Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzu- gehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalde zu umgeben.“

„Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterland wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten.“

„Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen.“

„Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und die Vertretung nach außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Besonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bewahrt bleibt.“

Bei besonnenem, treuem und mannhaftem Zusammenwirken

... Darin das Vaterland hoffen, auch in der schwie-

rigsten Lage Freiheit, Einheit und Ordnung zu erringen und zu bewahren und die Zeit einer kaum geahnten Blüthe und Macht freudig zu begrüßen!"

Als dieses Manifest am 5. März erschien, war die Bewegung in Deutschland erst im Entstehen begriffen. Je schneller und unaufhaltbarer sie in den nächsten Wochen, alle Schranken niederwerfend, das Reich durchzog, desto höher wuchs die Macht des „Siebenerausschusses“, der aus Römer, Welcker, Gagern, Binding I, Jhstein, Stebtman und Willich bestand. Auch die Blicke der Fürsten lenkten sich auf diese Männer; Gagern wurde in das Darmstädter, Römer in das württembergische Ministerium berufen, Welcker badischer Bundestagsgesandter in Frankfurt.

In seiner Eigenschaft als Vertreter der deutschen Einheitsbewegung schrieb der Ausschuß auf den 31. März eine zweite, größere Zusammenkunft der Volksführer aus, jene Versammlung, die in der Folge den Namen des „Vorparlaments“ erhielt, eigentlich aber, um mit Scherr zu reden, eine „Volksversammlung im Cylinder“ war. Als Ort wurde Frankfurt am Main ausersehen, welches sich durch seine zentrale Lage, die Gesinnung seiner Einwohner, sowie als Sitz des Bundestages und als freie Stadt besonders dazu eignete.

Der März neigte sich seinem Ende zu und von allen Seiten strömten die Vorkämpfer des Liberalismus, die sich berufen fühlten, an der Neugestaltung der Dinge mitzuwirken, in der alten Reichsstadt am Main zusammen. Ein buntes Leben herrschte in den Straßen Frankfurts, dessen Ansehen der ereignisreiche Märzmond gänzlich verändert hatte. „Es zog wie warmer Regenschauer über uns hin“, schreibt Laube, „wenn die Schaaren neuer Jugend, wenn die Kolonnen von Turnern, die Kolonnen von Arbeitern halb lustig, halb drohend aus den Quergassen hervorquollen und neue Lieder singend die Beil entlang zogen, trotzigem Schrittes; wenn die Flüchtlinge aus aller Herren Länder auftauchten an den Straßenecken oder in offenen Fiakern, die angehalten wurden vom Andrängen und Zuruf einstiger Kameraden von Hambach und von der Konstablerwache. Werden es noch Kameraden sein, wenn der Firniß des Wiedersehens abfällt? Sie kommen aus

England, aus Frankreich, aus der Schweiz, sie sind unter den verschiedenartigsten Eindrücken Männer geworden; wird das aber ohne große Noth ein Ganzes werden, was jetzt so bunt und hoffnungsvoll auf dem Frankfurter Boulevard, auf der Zeil, hin- und wiederwogt. Die Frühlingssonne schien lustig darein, es war ein glückseliger Anblick um die Mittagsstunde, denn Alles liebte sich in dem Getümmel, die Losungsworte waren noch allgemein, also gemeinschaftlich, die Stich- und Scheideworte waren noch nicht entdeckt, wenigstens noch nicht ausgesprochen, des Vaterlandes große Zukunft umschlang noch alle.“

Schon mehrere Tage vor der Eröffnung der Versammlung hatten Zusammenkünfte privaten Charakters namentlich im Saale des „Weidenbusches“ stattgefunden und waren die Geister heftig aneinander gerathen. Eine große Anzahl der bekanntesten Männer, Uhland, Dahlmann, Beseler, Wippermann, Eisenmann, Jhstlein, Secker, Strube, Welcker, Mittermaier, Hergenhahn, Vogt, Römer, Gagern, waren mit ihrem Anhange bereits in der festlich geschmückten Stadt eingetroffen, allein noch schien es zweifelhaft, welche der hier vertretenen Richtungen den Sieg davontragen würde. Nur Eines war von vornherein sicher: das südliche Deutschland besaß, was die Zahl seiner Vertreter betraf, eine unbestrittene Majorität über die aus anderen Gauen herbeigeeilten Abgeordneten. Von den 5—600 Männern, die sich in Frankfurt zusammengefunden, waren aus Hessen-Darmstadt allein 84, meist Trabanten des neuernannten Ministers von Gagern, erschienen, aus Baden 72, aus Württemberg 52, aus Baiern 44, aus Sachsen, Nassau und Kurhessen je 26, dagegen aus Oesterreich-Ungarn 2<sup>1</sup>. Aus Preußen waren allerdings 141 Vertreter gekommen, doch stammten dieselben mit Ausnahme von etwa 30, sämmtlich aus der Rheinprovinz; außerdem hatte sich, da eben der Landtag in Berlin zusammengerufen war, kein einziges hervorragendes Mitglied der preussischen Opposition eingefunden; die nach Frankfurt kamen, waren meist Stadtverordnete und sonst in der Oeffentlichkeit wenig bekannte Persönlichkeiten. Aus Hannover waren 9, aus den sächsischen

<sup>1</sup> Graf Bissingen und Dr. Wiesner.

Herzogthümern 21, aus Mecklenburg und Lippe 19, aus den freien Städten 26, aus Anhalt, Reuß und Hohenzollern 8, aus Schleswig-Holstein 7, aus Braunschweig 5, aus Oldenburg 4, aus Hessen-Homburg 2 Abgeordnete erschienen. Schon ein Blick auf diese Zahlenverhältnisse zeigt, daß die Frankfurter Versammlung auf den Begriff eines Parlamentes keinen Anspruch machen konnte, und noch klarer wird dies, wenn man die Legitimation der einzelnen Mitglieder prüft. „Wer jemals Landstand gewesen“, schreibt Laube, „hatte Sitz und Stimme; wer von irgend einer Volksversammlung erwählt war, desgleichen; und wer das Alles nicht aufweisen konnte, der Siebenerkommission aber als Patriot empfohlen schien, der konnte von dieser, die doch ebenfalls eine revolutionäre Macht war, den Zutritt erwirken.“ Manche hielten auch das für unnöthig und führten sich selber in die Versammlung ein.

Dieser zu Frankfurt zusammengetretene Kongreß konnte mithin eigentlich auf den Rang einer deutschen Volksvertretung keinen Anspruch machen; allerdings waren seine Mitglieder die Hauptrepräsentanten des fortschrittlichen Geistes, allein seine Bestimmungen konnte man logischer Weise nicht als maßgebend für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse betrachten, da sie durch die unverhältnißmäßige Zahl der süddeutschen Abgeordneten kein richtiges Bild von der Stimmung des gesammten Deutschlands gaben. Da diese Süddeutschen zum großen Theil radikal und revolutionär gesinnt waren, da der Ort der Zusammenkunft selbst in der Nähe der Hauptländer der Bewegung lag, da die Bevölkerung Frankfurts durchaus demokratische Neigungen besaß, so war die Hoffnung derjenigen Männer, die einen gewaltsamen und gründlichen Umsturz herbeizuführen trachteten, eines Strube, Vogt, Schaffrath und Genossen, nicht unbegründet, die Hoffnung, daß es gelingen werde, dem Kongreß einen revolutionären Charakter aufzuprägen und ihm die Diktatur, in Art des französischen Konventes, zu verleihen.

Der 31. März brach unter allgemeiner Erwartung an; Morgens um halb neun Uhr vereinigten sich die Vertreter des deutschen Freiheitsgedankens im Kaisersaale des Römers, um zunächst die Präsidentenwahl zu vollziehen. Man hatte sich

schon in vorberathenden Versammlungen über diese Frage ausgesprochen und löste sie jetzt in der Weise, daß der frühere Präsident der badischen Kammer und Heidelberger Professor Mittermaier zum Vorsitzenden, Dahlmann, Tschtein, Jordan und Robert Blum zu Vizepräsidenten gewählt wurden. Die Wahl des Präsidenten war, — darüber sind später fast Alle einig gewesen — die denkbar ungünstigste. Mittermaier war ein wohlwollender, unentschlossener, etwas ängstlicher Mann von unbestimmt liberalen Anschauungen, dem es gänzlich an der Kraft gebrach, um eine so stürmisch bewegte, die schroffsten Gegensätze in sich bergende Versammlung auf den Weg einer geordneten Debatte zu leiten.

Gegen zehn Uhr setzte sich, nachdem diese Formalitäten beendet waren, das „Vorparlament“ unter Glockengeläute, Kanonendonner und stürmischem Jubel der Bevölkerung in einem feierlichen Zuge nach der Paulskirche in Bewegung. Im Inneren dieses Domes, welches in aller Eile zu einem Parlamentsaal umgewandelt war, und auf dessen Galerien bereits Hunderte von Zuhörern den Anfang der Sitzung erwarteten, sollte die Berathung vor sich gehen.

Den Anfang des Redeturniers machte, wie billig, der Präsident Mittermaier; er sprach längere Zeit vom „Erwachen des tiefen Volksgeist“ und Aehnlichem, erzielte aber mit seinen unbestimmten Worten und Wendungen keinen sonderlichen Erfolg.

Es war klar, daß die nun folgende Debatte sich um das von der Siebenerkommission entworfene Programm drehen mußte, welches folgende Forderungen enthielt:

„I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.  
 II. Ein Senat der Einzelstaaten. III. Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70000.  
 IV. Kompetenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Zentralgewalt: 1) Ein Heerwesen. 2) Eine Vertretung gegenüber dem Ausland. 3) Ein System des Handels, der Schifffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maße, Gewichte, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen. 4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht. 5) Verbürgung der

nationalen Freiheitsrechte. V. Der Beschluß der Einberufung der Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Gliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb vier Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen."

Ein derartiges Programm konnte die Radikaleren unter den Versammelten nicht befriedigen. Raam hatte Mittermaier seine Rede geschlossen, als Struve, der Mannheimer Demokrat, seine eigenen Wünsche in fünfzehn Paragraphen darlegte, deren letzter kurz und bündig die „Aufhebung der erblichen Monarchie“ enthielt. Das „Parlament“ sollte bis auf Weiteres in Frankfurt zusammenbleiben und „durch einen freigewählten Vollziehungsausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten“.

Der Antrag ließ kein Mißverständnis zu; die entscheidende Frage war aufgeworfen, die Versammlung stand vor der Wahl zwischen Monarchie und Republik, zwischen Reform und Revolution.

Ehe man sich darüber noch klar werden konnte, führte ein sächsischer Gesinnungsgenosse Struve's, Schaffrath, die Sache der Radikalen weiter. Er empfahl die Einsetzung eines Ausschusses, um die Anträge, namentlich aber das Siebenerprogramm, zu prüfen. Eine heftige Debatte entspann sich; mit dem ihm eigenen unschönen Eifer und rechthaberischer Verbissenheit trat Welcker für sein Programm ein, der Heidelberger Professor Servinus trug auf Abstimmung über den Schaffrath'schen Antrag an, ein Vorschlag, dem sein Kollege auf dem Präsidentenstuhle nicht Statt gab, Robert Blum erging sich gegen die Siebenerkommission, Eisenmann, der vielverfolgte bairische Kämpfer, ein Mann von stärkerem Charakter als Geiste, sprach allerhand rebliche Wünsche, „zum Ziele zu führen, zur Gestaltung zu bringen“, ohne daß etwas Positives herauskam, nochmals er-

schien Welcker und nach ihm der Darmstädter Jaup auf der Tribüne, da zeigte die plötzliche Bewegung, die durch die Versammlung ging, daß der Führer und Mittelpunkt des Ganzen in die Verhandlung eingetreten sei. Heinrich von Gagern ergriff das Wort.

Es kam viel zusammen, um dem hessischen Freiherrn zu der leitenden Stelle in Frankfurt zu verhelfen: seine imponirende, männliche Erscheinung, seine wohl lautende Beredsamkeit, seine unzweifelhafte Begeisterung für die deutsche Sache, daneben aber auch gewiß nicht minder sein Adelstitel, der bekannte Namen seines Hauses und seine eigene Stellung als hessen-darmstädtischer Märzminister. Lebhafter Beifall folgte seiner Rede, in der er entschieden für das Siebenerprogramm eintrat; die Sache der Gemäßigten schien gewonnen, allein Mittermaier hatte die Leitung der Versammlung verloren und versäumte es, sofort abstimmen zu lassen. Verwirrung griff um sich; Hecker lärmte unter dem Jubel der Galerie gegen solch eine galoppirende Beschlußfassung, Baffermann und Welcker traten ihm entgegen, während der Präsident selbst in dem allgemeinen Lärm Etwas von dem Eisenmann'schen Vorschlag sprach.

So weit waren die Dinge gediehen, Welcker hatte soeben geendet, da bestieg Einer der Radikalsten und Rücksichtslosesten, Karl Vogt aus Gießen, die Tribüne. „Der Herr Abgeordnete“, begann er, „oder vielmehr der Herr Bundestagsgesandte Welcker —“. Er kam nicht weiter, die Paulskirche erdröhnte unter einem Entrüstungssturm, wie er, nach allen Zeugnissen, nicht wieder gehört wurde, Alles schrie und tobte durcheinander, der Redner mußte die Tribüne verlassen, der Präsident war gänzlich fassungslos, die Verhandlung löste sich in einem allgemeinen Tumulte auf. „Die Jungfräulichkeit der Versammlung ist dahin“, heißt es in Laube's Erinnerungen — „die Unbefangenheit vernichtet, eine Debatte ist nicht mehr möglich, die Sitzung muß aufgehoben werden; aufgereggt, zum Theil voll Verzweiflung, drängt man sich aus der Kirche heraus.“

Als man sich nach einer Stunde wieder zusammenfand, herrschte merkliche Niedergeschlagenheit, und die Debatte nahm einen ruhigeren Verlauf. Schulz-Darmstadt brachte eine Reihe

richtig gewählter Fragen vor, die die Vertretung der Bundesgebiete an der neuen Verfassung, das Verhältniß der Zahl der Volksvertreter zur Bevölkerung, die Art der Wahl, Ort und Zeit des Zusammentritts des Parlaments und die Betheiligung der Regierungen an dem Letzteren zur Diskussion stellten.

Was zunächst den ersten Punkt betraf, so wurde unter stürmischem Beifall beschlossen, Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen. Ueber Posen konnte man sich nicht recht einigen und begnügte sich mit einer Resolution Blums, die die Wiederherstellung Polens als „die heilige Pflicht des deutschen Volkes“ erklärte.

Raum war man zu der zweiten Frage, auf wieviel Seelen ein Vertreter kommen solle, übergegangen, als der Präsident durch eine ziemlich unnütze Alarmmeldung, es seien Bewaffnete im Anmarsch gegen die Kirche, Alles in größte Aufregung brachte. Die Galerien lärmten, im Saale haderten die Abgeordneten miteinander, bis endlich die beruhigende Meldung eintraf, daß der ganze Aufruhr sich auf eine Schlägerei beschränkt habe, die in der Gegend des „Deutschen Hofes“ zwischen Mainzer Turnern unter Führung des Republikaners Metternich und konstitutionell gesinnten Frankfurtern stattgehabt. Nachdem sich die Aufregung gelegt, einigte man sich nach kurzer Debatte, daß ein Abgeordneter je 50,000 Seelen vertreten solle, und schloß damit die erste Sitzung des Vorparlaments.

Am zweiten Sitzungstage, dem 1. April, stand zunächst die Art der Wahlen auf der Tagesordnung; man beschloß, alles Nähere hierin den Regierungen zu überlassen, wobei jedoch die unmittelbare Wahl im Prinzip empfohlen wurde. Wahlberechtigt sollte jeder Deutsche, gleichviel welches Standes und Glaubensbekenntnisses, sein, als Altersgrenze zur Ausübung der Wahlfunktion wurde die Volljährigkeit festgesetzt, nachdem der zunächst vorgelegte Antrag, die Altersstufe auf 25 Jahre zu normiren, vielfachen Widerspruch, namentlich von Seiten Karl Vogts, erfahren hatte.

Eine kurze Pause trat ein; dann ging man zu dem Hauptgegenstande über, dem Antrag auf Permanenz der Versammlung. Es war dies der letzte Versuch der Radikalen, das Vorparlament

in den Strom der Revolution zu lenken, denn sie wußten wohl, daß die jetzt noch kräftige republikanische Bewegung, wenn sie nicht von einer entschlossenen Oberleitung weitergeführt wurde, in den vier Wochen bis zum Zusammentritt der Parlamentes ihren Schwung bereits eingebüßt haben mußte. Ein allgemeiner Tumult brach daher aus, als Welcker in seiner heftigen Weise gegen solche Pläne loszog, „Ordnung und Einheit“ lobte und auf gutes Einvernehmen mit dem Bundestage drang. Die Galerien lärmten, Vogt und Genossen hielten im Saale mit Aeußerungen der Entrüstung nicht zurück, Hecker stürmte auf die Tribüne und bot seine ganze Beredsamkeit auf, um die Versammelten für den Vortheil der Permanenz zu begeistern.

Aber die Mehrzahl derselben blieb unerschütterlich bei dem Gedanken eines Ausschusses von etwa fünfzig Mitgliedern stehen; der Flüchtling Benedey, der spätere Reichsminister Heckscher sprach in diesem Sinne, während der Königsberger Demokrat Jakob, der Verfasser der „Vier Fragen“, in der ihm eigenen, trocken-grüblerischen Weise sich „ohne Anführung von Gründen“ für Permanenz erklärte.

Es war hohe Zeit, daß in all dem Wirrwarr endlich wieder der einzige Mann auftrat, der die Versammlung zu beherrschen vermochte. Heinrich von Gagern bestieg die Tribüne und erklärte sich gegen die Permanenz der Versammlung und für die Einsetzung eines Ausschusses. Damit war das Schicksal des Tages entschieden. Umsonst boten Hecker und Blum noch einmal alle Kraft auf, um etwa Wankende auf ihre Seite zu ziehen; mit überwältigender Mehrheit, 368 gegen 148 Stimmen, verwarf das Haus die Permanenzerklärung.

Die Niederlage der Demokratie war vollständig; die zwei Sitzungstage hatten, trotz aller Verwirrung, doch die Sachlage insoweit geklärt, daß von einer revolutionären Majorität in dem Vorparlamente, wie sie Hecker, Struve, Vogt, Robert Blum, Schaffrath und Genossen erhofft hatten, nicht die Rede sein konnte. Man beschloß am Abend des 1. April, am folgenden Tage einen letzten Hauptschlag gegen das Vorparlament auszuführen.

Die ersten Stunden der dritten Sitzung verliefen jedoch

ziemlich ruhig; man stritt sich wieder über die Wahlart, vermittels welcher der Fünfzigerausschuß gemäß dem gestern angenommenen Gagern'schen Antrage ins Leben gerufen werden sollte, da stellte plötzlich der Mainzer Demokrat Bix einen Antrag folgender Fassung:

„Die Versammlung soll erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer konstituierenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmeschlüssen lossagen, und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“

Dieser Antrag, obwohl durchaus nicht revolutionär, sondern auch einer gemäßigt liberalen Gesinnung entsprechend, wurde nichtsdestoweniger sofort von dem badischen Abgeordneten Wassermann bekämpft. Der Letztere war zu der Erkenntniß gelangt, daß die Demokraten durch diesen anscheinend so gemäßigten Vorschlag hauptsächlich ihren gestrigen Antrag, die Permanenz der Versammlung, in anderer Form durchsetzen wollten, und brach dem ganzen Unternehmen die Spitze ab, indem er vorschlug, an Stelle des Wortes „bevor“ „indem“ zu setzen. Es war klar, daß dadurch der Sinn des ganzen Satzes eine völlige Aenderung erlitt, und die Erregung der Radikalen über das geschickte parlamentarische Manöver begreiflich. Ein allgemeiner Sturm erhob sich auf der Linken; der Volksmann Rapp aus Heidelberg tobte auf der Tribüne<sup>1</sup>, von Jhstein aus Baden vermehrte die Verwirrung, indem er, obwohl selbst radikal gesinnt, sich gegen die Fassung „bevor“ aussprach, Strube endlich

<sup>1</sup> „Er (Rapp)“, erzählt Laube (I, 95), „that seine Schuldigkeit dergestalt, daß Freiherr von Andlaw ihm zwischen die Rede rief: «Schimpfen Sie nicht so!» — «Lernen Sie erst die deutsche Sprache», erwiderte grimmig der bleiche Herr Rapp, «ehe Sie sich erdreisten, deutsche Worte zu unterbrechen, und befeizigen Sie sich der Ihnen gebührenden Bescheidenheit! — und damit Still! — kein Wort mehr! — Herr Präsident, schaffen Sie Ruhe und Ordnung in diesem Saal! — Still!» — Präsident (nicht ohne Schüchternheit, da ihm wohl des speziellen Landsmanns parlamentarische Bildung bekannt ist): «Es hat ja Niemand gegen den Antrag gesprochen.» — Herr Rapp: «Ich dulde aber keinen Schimpf!» — u. s. w.

spielte den letzten Haupttrumpf aus, indem er rundweg erklärte, dieses „bevor“, welches selbst gegen den Willen von Parteigenossen, wie Jzstein u. A., in den Antrag gekommen war, sei „der letzte Versuch, welcher von ihrer Seite gemacht werde, ob sie noch weiter fort mit dieser Versammlung wirken und zusammenbleiben könnten“.

Struve hat es später durch die That bewiesen, daß es ihm Ernst mit dieser Drohung war; vorläufig aber gelang es ihm fowenig wie Hecker, Blum und Schaffrath die Versammlung mit sich fortzureißen; das Wort „bevor“ wurde in der Abstimmung über den Antrag Jiz verworfen.

Damit war das Signal zur Ausführung einer bereits vorher beschlossenen Demonstration der Linken gegeben. Raun war das negative Resultat verkündet, so erhoben sich gemeinschaftlich die gesammten Heckerianer und verließen unter dem Lärm der Zuhörerschaft ostentativ den Saal. Allgemeine Bestürzung bemächtigte sich der Zurückgebliebenen, der ganz fassunglose Präsident mußte in diesem Augenblicke, der über die Lebensfähigkeit und Geschicke des deutschen Parlamentes entscheiden mußte, nichts Besseres vorzuschlagen, als eine halbstündige Pause.

In diesem kritischen Momente bemächtigte sich ein selbst radikal Gesinnter, Kaveaux aus Köln, der Situation. Sein in den Tumult hineingerufenes Wort: „Der sei der freisinnigste Mann, welcher seine individuelle Ansicht der Mehrheit unterwerfe“, schlug durch; und es trat allmählich wieder eine gewisse Ruhe ein; es zeigte sich, daß durchaus nicht alle Demokraten dem Rufe Heckers, die „geschändete“ Versammlung zu verlassen, gefolgt waren, sondern deren Zahl sich nur auf einige vierzig belief; später, nach Annahme des Antrages Baffermann, verließen nochmals ein Duzend Mißvergnügte den Saal, meist Anhänger Heckers und Struve's; eine ganze Reihe der hervorragendsten demokratischen Führer jedoch, namentlich Karl Vogt, waren ruhig sitzen geblieben. Robert Blum hatte lange geschwankt, was er thun solle. Endlich entschloß er sich zu einem Mittelweg; er ging ebenfalls heraus, unterhandelte draußen mit den Ausgetretenen, und kehrte dann wieder in den

Saal zurück, um eine gewundene Erklärung abzugeben, aus der Jeder, was er wollte, zu entnehmen vermochte.

Im Schoße der Versammlung herrschte, nachdem es gelungen war, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, eine unbehagliche Stimmung, zumal sich auch Gerüchte vom Eintreffen bewaffneter Schaaren aus Hanau verbreiteten. Man wußte nicht recht, was man anfangen sollte, debattirte über Volksbewaffnung und trieb endlich die Lächerlichkeit so weit, auf die Aufforderung des Präsidenten hin „die Sympathie für die Lage der arbeitenden Klassen durch Aufstehen zu erkennen zu geben“. Eine einfachere und raschere Lösung der sozialen Frage als diese am 2. April in der Paulskirche entdeckte ist wohl nie gefunden worden.

Das Merkwürdigste an der ganzen Verhandlung aber war, daß alles dieses Schreien und Lärmen über den Antrag Bix und die dadurch erfolgte Spaltung der Versammlung vollständig unnöthig gewesen. Denn während man sich in der Paulskirche über die Ausnahmegesetze herumstritt, war im Thurn und Taxis'schen Palais in der Eichenheimer Gasse der Bundestag zusammengetreten und hatte aus freien Stücken alle seit 1819 erlassenen verfassungswidrigen Bundesverfügungen für aufgehoben erklärt.

Im Lager der ausgetretenen Demokraten herrschte inzwischen zunehmende Verwirrung; denn Niemand wußte, da wider Erwarten die Sprengung der Versammlung nicht erreicht war, was nun thun. Es hätten sich logischerweise nur zwei Wege dargeboten; entweder mußte Hecker und die Seinigen, wie sie es erst später thaten, zu offener Schilderhebung schreiten, oder aber sich zum Gegenparlamente als eine revolutionäre Regierung aufwerfen. Jedenfalls war in beiden Fällen keine Zeit zu verlieren, man mußte rasch und entschlossen handeln, und eben an der Kraft hierzu fehlte es den Meisten.

Als am 3. April die vierte und letzte Sitzung des „wilden“ Parlamentes begann, erregte die Kunde von den Beschlüssen in der Eichenheimer Gasse allgemeine Befriedigung; man fühlte sich versöhnlich gestimmt, und der zwischen Radikalen und Liberalen vermittelnde badische Abgeordnete von Isstein erachtete

den Augenblick für günstig, um eine Versöhnung anzubahnen. Zwar fanden seine Ausführungen, daß durch die Maßnahme des Bundestages jeder Grund aufgehoben sei, der Feeder und Genossen veranlaßt habe, aus der Mitte der Versammlung zu scheiden, eine sehr getheilte Aufnahme, allein Thstein ließ sich nicht entmuthigen; er eilte hinweg, sprach, unterhandelte und führte endlich im Triumph die Mißvergnügten wieder in die Paulskirche hinein.

Die Majorität hatte beschlossen, bis 1 Uhr Mittags auf diesen großen Augenblick zu warten und die Wahllisten zum Fünzigerausschuß bis dahin nicht abzuschließen. Vorläufig trat sie, nachdem von Thstein seine Mission begonnen hatte, in eine Diskussion ein, die vollkommen zu dem zerfahrenen, verworrenen Charakter der ganzen Versammlung paßte, in die Berathung der „Volksrechte“, einer „magna charta“ und anderer „Grundsätze“.

Nachdem ein darauf bezüglicher Antrag des Leipziger Biedermann abgelehnt worden war, weil derselbe unter die Befugnisse der Nationalversammlung selbst falle, erschien der badische Liberale von Soiron mit dem Wunsche, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu erwählenden Nationalversammlung zu überlassen sei. Dieser Antrag, dessen revolutionärer Charakter nicht verkannt werden konnte, öffnete sofort auf allen Seiten die Schleusen der Beredsamkeit. „Im Ganzen“, erzählt Laube, „entwickelte sich eine Doppeldebatte, ungefähr wie in einer musikalischen Komposition, welche zweierlei Thema neben einander durchführt, etwa die Marseillaise und Rule Britannia in ein und demselben Musikstück. Volkssouveränität und namentliche Aufzählung der Volksrechte in ein und demselben Kanon. Es fehlte nur leider der Taktstock, denn unser Präsident war kein Maestro!“

Zunächst vertheidigten der Hannoveraner Siemens und der Braunschweiger Ahmann das Prinzip der Vereinbarung mit den Fürsten gegenüber der von Soiron vorgeschlagenen Souveränität der Volksvertretung, Welcker erklärte, das seien Dinge, um die sich nur Gelehrte stritten, Jaup aus Darmstadt brachte in Fortsetzung des Biedermann'schen Antrages einen ganzen Bogen voll Volksrechte mit den Unterschriften von 68 Abge-

ordneten zum Vorschein, Benedek vermehrte die Verwirrung, indem er plötzlich wieder vom Arbeiterschutz und der sozialen Frage zu sprechen anfang, das Durcheinander wurde immer größer, bis endlich Soiron sich bewogen fand, nochmals auf seinen Antrag zurückzukommen. „Ich bitte Sie“, erklärte er, „übersehen Sie nicht, daß es in meinem Antrag heißt, der Nationalversammlung sei die Berathung und Beschlußfassung einzig und allein zu überlassen, und denken Sie sich das Wort überlassen mit ganz großer Schrift gedruckt. Sie werden dann finden, daß dieser Antrag keinen Zwang gegen die Nationalversammlung üben will, sondern ihr durchaus überläßt, nachdem sie mit ihrem Geschäfte fertig geworden ist, darüber Verträge mit den Fürsten abzuschließen oder nicht!“ Diese Haarspalterei mit dem Begriffe des Wortes „überlassen“ war in ihrer vieldeutigen Unbestimmtheit ganz nach dem Herzen der Versammelten; der Antrag Soirons wurde angenommen.

Während dessen war Ißstein zurückgekommen, um dem Hause die frohe Kunde zu überbringen, daß die Republikaner in Kurzem wieder in der Paulskirche erscheinen würden. Ehe dies jedoch erfolgte, gelang es einem Herrn Pittschafft aus Mainz, allerdings unfreiwilliger Weise, die gedrückte und erregte Stimmung der Versammelten in allgemeine Heiterkeit zu verwandeln<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> In einer Anwandlung trockenen Humors, die nur zu selten die Rede seines weiterschweifigen Wertes unterbricht, schildert Raube (I, 110 f.) Pittschaffts Auftreten wie folgt: „In diesem Augenblicke (als v. Ißstein endete) wurde die Aufmerksamkeit abgelenkt durch einen pantomimisch erschütterlichen Kampf, welchen der Präsident mit Herrn Pittschafft aus Mainz focht und welcher in das tragische Geständniß des Präsidenten ausbrach, Herr Pittschafft gebe durchaus keine Ruhe und wolle mit einem Antrage hervor! Unbeschreiblicher Lärm. Die Natur will ihr Recht.“ — Ein unerwartetes Ende fand Pittschaffts Rede, als er zu folgender kühner Wendung gelangte: „Ich sage also 25 Jahre zur Wahlfähigkeit — jeder rheinheffische Jurist weiß auch, daß man sich vor 25 Jahren auch noch nicht einmal ohne die ausdrückliche Einwilligung der Eltern vermählen darf und ist das nicht eine große politische Vermählung, die man mit dem Staate eingeht, wenn man eines seiner berathenden Mitglieder ist? Was endlich Herr Bogt vor mir gesagt hat, so stimme ich in der Hinsicht ganz mit ihm überein, daß die Wahl ganz aus dem Marke des Volkes hervorgehen muß, aber ich stimme nicht für 21 Jahre, weil da die Blüthe

Inmitten dieser fruchtlosen Verhandlungen kamen wirklich die abtrünnigen Heckerianer wieder in den Saal. Wie sie ihre Zurückkunft auffaßten, sprach Hecker, der sofort die Tribüne bestieg, mit den Worten aus: „Es ist uns heute früh durch Herrn von Iystein mitgetheilt worden, daß die hier Versammelten den Beschluß gefaßt haben, uns einzuladen, an der Versammlung wieder Theil zu nehmen.“ —

Von einer Einladung war nun allerdings nicht die Rede gewesen und die Majorität fühlte sich durch diese selbstbewußten Worte des Demokratenführers unangenehm berührt; doch hatte der ganze Zwischenfall wenigstens das eine Gute, daß man sich bemühte, ein etwas rascheres Tempo in die Verhandlungen zu bringen. Nach abermaligem nutzlosen Hin- und Herreden ließ man endlich von der Berathung einer «magna charta» ab, ohne daß es zu irgend einem bestimmten Beschlusse gekommen wäre. Immerhin war jedoch dadurch, daß man alle diese Fragen der künftigen Nationalversammlung zur „Prüfung und geeigneten Berücksichtigung“ empfahl, der Boden zu der über ein halbes Jahr dauernden Berathung der Grundrechte geebnet, mit welcher in der Folge das Parlament der Paulskirche seine kostbarste Zeit vergeudete.

Eine kurze Pause trat ein, dann wurde die wichtigste Aufgabe, die noch übrig war, die Wahl des Ausschusses, beendet, den die erbosten Radikalen als die „permanente Nichtpermanenz“ bezeichneten. Sei es aus Unmuth über das eigenmächtige Auftreten der Heckerianer, sei es aus politischer Unbulsamkeit, jedenfalls wurde keiner der radikalen Führer, die am vorhergehenden Tage die Kirche verlassen, in den Ausschuß gewählt. Die meisten Stimmen, 457, erhielt Wiesner aus Oesterreich,

noch zu frisch ist! — Sie werfen sich auf die Höhe platonischer Politik, und Sie wissen doch, daß diese so wenig realisiert werden kann als die platonische Liebe, indem alsdann der Staat ohne Nachkommenschaft bleiben würde —.“

„An dieser Stelle“, berichtet Saube (I, 112), „entschied sich Pittschasts Schicksal. Sogar der Stenograph hat sich gemüßigt gefunden, die Situation mit dem Ausdruck «ungeheure Heiterkeit» zu bezeichnen, und seitdem hatte man Pittschast wohl noch einigemal auf den Stufen der Rednerbühne, ja auf der Rednerbühne selbst gesehen, aber nie wieder gehört.“

dann folgte von Hstlein mit 443, Blum mit 435, Jakoby mit 396 Stimmen, während ein tüchtiger Zufall es wollte, daß Hecker, gerade als beabsichtigte man ihn zu verhöhnern, mit 171 Stimmen als 51., Strube mit 100 als 62. bei der Wahl zum Fünzigerausschuße durchfielen. Daß dies geschah, zeigte von großer politischer Unflugheit der liberalen Majorität; indem man gewissermaßen ostentativ Hecker und seine Freunde bei der Wahl übergang, sie absichtlich ihre Minorität fühlen ließ, riß man den nothdürftig überbedekten Zwiespalt von Neuem auf und trieb die badischen Radikalen dazu, vom Bereich der Neben zu dem der Thaten überzugehen. Es ist anzunehmen, daß Hecker, hätte er damals Sitz im Ausschusse gefunden, nicht zu dem Entschlusse gekommen wäre, im Seckreis das Banner der Republik zu entrollen, und andererseits hätte eine geringe Anzahl entschlossener Männer, wie es die Heckerianer trotz ihrer geringen politischen Einsicht waren, nur belebend und fördernd, also vortheilhaft auf die Verhandlungen des Ausschusses wirken können.

Mit der Wahl dieser Kommission, welche sich alsbald konstituirte und Soiron zum Vorsitzenden ernannte, war die Thätigkeit des Vorparlamentes zu Ende. Man hatte bei dieser Gelegenheit sich noch einigermaßen über die Lage der Deutschen in Posen und in den russischen Ostseeprovinzen ereifert, dann schloß der Präsidant Mittermaier gegen vier Uhr Nachmittags die Sitzung.

Was war der Erfolg der ganzen Versammlung gewesen? Man muß sich hierzu klar machen, was sie bezweckte. Offenbar sollte sie zunächst eine Einigung und Verständigung der gesammten liberalen Strömungen in Deutschland bewirken. Schon der erste Tag hatte gezeigt, daß dies nicht möglich war, daß sich zwei Parteien gegenüberstanden, die ihre Bestrebungen unmöglich in einem Programm zusammenfassen konnten.

Was die Republikaner wollten und dachten, war klar. Sie betrachteten das Vorparlament als die Zentralleitung der Revolution, als einen auf deutsche Verhältnisse übertragenen Wohlfahrtsausschuß, der sobald als thunlich einen vollständigen Umsturz des Bestehenden proklamiren sollte. Nur über die Wahl des Zeitpunktes gingen hier die Meinungen auseinander;

die Ungebildigen und Schwärmer, Hecker und Genossen, hielten die Gelegenheit bereits für gekommen, die nüchternen Blickenden, ein Karl Vogt und Andere, erkannten, daß jetzt noch keine Aussicht auf Gelingen eines solchen Planes sei. Man muß zugeben, daß Hecker von seinem Standpunkte aus Recht hatte, wenn er sagt<sup>1</sup>: „Die Lehre der Geschichte, daß, wer die Bahn der Revolution betritt und zögert, unterhandelt, statt sie zu vollenden, der Reaktion die wichtigsten Dienste leistet, war spurlos an jener revolutionären Versammlung, die sich bemühte, konservativ zu sein, vorübergegangen“, allein sein eigenes Verhalten ist dadurch nicht entschuldigt; denn auch er zögerte und unterhandelte und wußte so wenig als seine Freunde, was er eigentlich wollte. Sein Austritt aus dem Parlament war unter diesen Umständen unbesonnen, sein Wiedereintritt stellte den ganzen Schritt als einen Akt kindischer Empfindlichkeit dar; er zeigte, daß ein Mann, der sich so leicht durch wechselnde Eindrücke beeinflussen ließ, in keiner Weise das Zeug dazu besaß, eine Versammlung von 5—600 aufgeregten Menschen zu terrorisiren, wie es sein Plan war<sup>2</sup>.

Immerhin lag jedoch in der Auffassung der Radikalen, die in Folge der Revolution eigenmächtig zusammengetretene Versammlung als eine revolutionäre aufzufassen, eine unbestreitbare Logik; was aber die milder Gesinnten von der Thätigkeit des Parlaments dachten, war, kurz gesagt, ein Nonsens. Folgerichtigerweise hätten sie, indem sie den Antrag der Linken, sich für souverän zu erklären, bekämpften und ablehnten, für ihre eigene Person das Gegentheil thun, d. h. die gesetzliche Macht der Fürsten anerkennen und sich denselben als eine beratthende, lediglich geduldete Behörde an die Seite stellen müssen, allein wo wären dann die „März-Errungenschaften“ geblieben?

Statt dessen griff man zu dem beliebtesten Hülfsmittel inferiorer Geister, zu der halben Maßregel. Man erklärte die

<sup>1</sup> Die Erhebung des Volkes in Baden, S. 24.

<sup>2</sup> Man muß hier Scherr beistimmen, der in seiner, Mißverständnisse ausschließenden, Schreibung (II. 1, 25) meint: „Wenn Hecker und Struve Alles, was von Terrorismus in ihnen, zusammengethan hätten, es würde nicht ausgereicht haben, auch nur einen Flos zu terrorisiren!“

Versammlung für souverän und die Fürsten gleichfalls für souverän und stellte das Prinzip der „Vereinbarung“ zwischen beiden auf, was im wesentlichen auf die Frage hinauslief, wer schließlich der Stärkere sein werde, die deutschen Fürsten mit ihren Hunderttausenden von Soldaten, ihren Geld- und sonstigen Machtmitteln, oder eine Versammlung von einigen Hundert Rednern. Das ist nicht nur die Geschichte des Vorparlamentes, sondern auch der Frankfurter Nationalversammlung und der deutschen Einheitsbewegung von 1848 überhaupt; denn es gehörte mehr als Naivetät dazu anzunehmen, die Fürsten würden aus reiner Freiheitsbegeisterung eine solche Nebenregierung dulden, sobald sie die Macht besäßen, sie zu entfernen.

Erklärlich wird dieses ganze konfuse Verfahren des Vorparlamentes, welches später die maßlosesten Angriffe erfuhr<sup>1</sup>, durch den einen Umstand, daß sich in demselben keiner jener überlegenen, unwiderstehlich mit sich fortziehenden Geister fand, wie sie sonst die Weltgeschichte in solchen Lagen bereit zu halten pflegt. Deutschland hat in dieser kritischen Zeit keinen Mirabeau gefunden; die bedeutendsten seiner damaligen Führer, ein Heinrich von Gagern und Andere, waren ehrenwerthe und kluge Männer, aber nicht im entferntesten einer solchen Aufgabe gewachsen<sup>2</sup>.

Damals freilich gab man sich solchen trüben Gedanken nicht hin, sondern war höchlichst zufrieden. „Dreißigspaltig und ungeübt“, meint Laube, „kam frei und formlos mit der Windsbraut ein erstes deutsches Parlament zusammen und bildete sich und gestaltete sich dergestalt, daß binnen vier Tagen seine Aufgabe gelöst war. Wir können ohne Unbescheidenheit behaupten: das war tüchtig und gereicht dem deutschen Volk zur Ehre.“

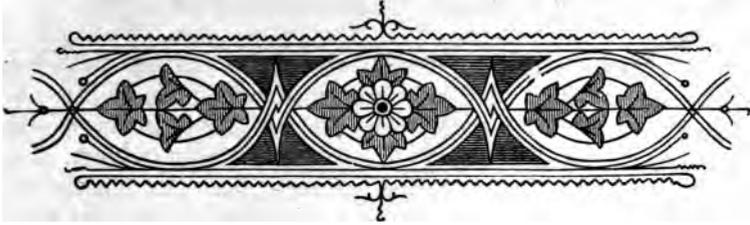
<sup>1</sup> Scherr (II, 1, 45): „Kurz, eine solche Verlogenheit und Unredlichkeit, wie der Liberalismus sie im Vorparlament und später entwickelte, eine solche aus Unverstand und Anmaßung zusammengemanschte Monstruosität, ein solcher Rattenkönig von Dunkel und Ohnmacht, von Prahlhanserei und Feigheit hat fürwahr selten die Augen denkender Menschen beleidigt!“ —

<sup>2</sup> „Welche Zeiten! Welche Armuth, daß ein so mittelmäßiger Kopf wie ich zu solcher Rolle kommt!“ rief Gagern selbst aus. (Das Leben des Generals F. von Gagern, von Heinrich von Gagern. Bd. II, S. 668.)

Was sollten solch naiver Zuversicht gegenüber die schon damals laut werdenden Mahnungen der Schwarzseher nutzen?

Mit ihren Gästen feierte die alte Reichsstadt die Gründung des deutschen Parlamentes. „So festlich und jungfräulich froh ist Frankfurt nie wieder gesehen worden als jenen Abend, da der Frühling durch die Lüfte und der Fackelzug, der Gesang aus tausend Kehlen durch die Straßen ging, vor jedem Zugwind geschützt durch die hundert und aber hundert schwarz-roth-goldenen Fahnen, das wiedergefundene, damals noch unentweihete Sammelzeichen des neuen deutschen Reiches. Es waren die Tage der Jugend, die Stunden der ersten schwärmerischen Liebe. Sie können nicht bei uns bleiben; es schreitet die Zeit, und die Mühen und sauren Stunden werden keinem Lebenden erlassen. Bis zum nächsten März sollte sich ein Menschenalter, ein ganzes, entfalten mit all seinen Wechselln, seinen Enttäuschungen und Erfahrungen.“





## VII. Abschnitt: Die Wirren im Großherzogthum Posen.

---

**D**er Freiheitssturm des Jahres 1848 kam zu spät für das polnische Volk; denn schon zuvor hatte es in vergeblichen Aufstandsversuchen den Rest seiner durch den jahrzehntelangen Kampf mit den Theilungsmächten fast gebrochenen Kräfte in einem aussichtslosen Unternehmen vergeudet.

In Russisch-Polen war nach dem Aufstande von 1830 die Ruhe des Friedhofes eingetreten, in den österreichischen und preussischen Theilen des Landes aber, und namentlich in dem letzten Reste des einstigen Königreiches, in dem Freistaat Krakau, entspann sich in den dreißiger und vierziger Jahren eine thätige und unermüdlige Agitation. Während früher der Adel der Hauptträger des Freiheitsgedankens gewesen war und in dem Warschauer Aufstand von 1830 die leitende Rolle gespielt hatte, zeigte jetzt die Bewegung vorwiegend einen demokratischen Charakter, gegen welchen eine weitere, von den Jesuiten beeinflusste Strömung nicht aufzukommen vermochte. Der Hauptsitz der Propaganda war Paris; auch die deutschen Universitäten dienten als Versammlungspunkt, während die Agitation in Krakau selbst seit der 1836 erfolgten Besetzung durch die Oesterreicher ziemlich lahm gelegt war. Unter den Führern ragten vor Allem Mieroslawski und Sibelt hervor.

•

Ehe noch das Unternehmen zu einer Reise gediehen war, die einige Aussicht auf Erfolg versprach, entschloß man sich, im Beginn des Jahres 1846, loszuschlagen. In der That gelang es in Krakau, wo sich der Arzt Tyssowski zum Diktator erklärte, die schwachen österreichischen Kräfte zu vertreiben und die Unabhängigkeit zu proklamiren; allein der Freiheitstraum war von kurzer Dauer. Nach zwei Wochen bereits besetzten Truppen der Theilmächte die Stadt, die nunmehr endgültig unter österreichische Herrschaft fiel. Tyssowski wurde nach Amerika entlassen.

In den übrigen österreichisch-polnischen Landestheilen nahm die Bewegung eine für die Verschworenen höchst unerwartete Wendung; die von ihren Grundherren schwer gedrückten und mißhandelten ruthenischen Bauern machten, statt sich dem Aufbruch anzuschließen, gemeinsame Sache mit der Anfangs ganz fassungslosen Regierung, und eröffneten ihrerseits einen an Gräueln aller Art reichen Vernichtungskrieg gegen die polnischen Edelleute. Den kaiserlichen Beamten fehlte die Kraft wie der Wille, diesen Szenen, die namentlich im Tarnower Bezirke sich abspielten, energisch entgegenzutreten. Sie sahen es ruhig mit an, wie zu Hunderten die galizischen Herrenhöfe in Flammen aufgingen, die Grundbesitzer, auch wenn sie gar nicht am Aufbruch theilhaftig waren, ermordet wurden und völlige Anarchie im Lande herrschte. Erst als der Graf Stadion die Leitung der Dinge übernahm und das Standrecht verkündet wurde, trat eine gewisse Ruhe ein, doch geschah auch jetzt Nichts, was in durchgreifender Weise die durch den Aufbruch aufgedeckten sozialen Schäden hätte auszulösen können.

In Preußen hatte die ganze Insurrektion ihren Anfang nehmen sollen; es lag im Plane der Verschworenen, sich hier mittels eines kühnen Handstreiches der Festungen Posen und Thorn zu bemächtigen, und dann, nach einem von Mieroslawski ausgearbeiteten Feldzugsplan nicht nur die Unabhängigkeit von Preußen zu erzwingen, sondern auch von hier aus den Aufbruch nach Rußisch-Polen zu tragen. Auch hier mißglückte das Vorhaben völlig; die preußischen Behörden waren auf ihrer Hut und nahmen, ehe noch die Revolution zu eigentlichem Ausbruch kommen konnte, den größten Theil der Verschwörer fest.

Im Sommer 1847 begann in Berlin die Verhandlung gegen die Verhafteten, unter denen sich auch Mieroslawski und Sibelt befanden, ein Monstreprozeß mit Hunderten von Angeklagten und Zeugen, wie ihn die preussische Hauptstadt noch nicht gesehen hatte. Die Sitzungen des Gerichtshofes waren öffentlich, und nicht nur in Preußen, sondern auch in den anderen deutschen Staaten und dem Ausland folgte man mit gespanntem Interesse den Verhandlungen und dem Ausgang des Prozesses.

Der Gerichtshof verurtheilte Mieroslawski und sieben seiner Genossen zur Todesstrafe, die jedoch vom König Friedrich Wilhelm in Gefängnißhaft umgewandelt wurde, und erkannte gegen etwa fünfzig der übrigen Angeklagten auf Freiheitsentziehung verschiedener Dauer, während weitere 135 Polen freigesprochen wurden. Die Gefängnißhaft der Insurgenten dauerte nicht lange; wie berichtet, brachte ihnen schon der März des nächsten Jahres die Begnadigung, die ihnen übrigens nach der allgemeinen Erwartung auch ohnedies in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu Theil geworden wäre.

Auch die österreichische Regierung stellte im Laufe des Jahres 1847 durch mehrfache Hinrichtungen in Lemberg und ähnliche Maßregeln die Ruhe wieder her.

Die Zerspaltung der Kräfte, die durch den verfrühten Aufstand von 1846 hervorgerufen war, macht es begreiflich, daß gerade in den polnischen Ländern die Bewegung sich erst bilden und ordnen, daher auch später eintreten mußte. Von allen Seiten, namentlich aus Frankreich, eilten die Emigranten nach ihrer Heimat; sie fanden bei ihren Reiseplänen meist das bereitwilligste Entgegenkommen der Regierungen, die weniger von der Freiheit Polens begeistert als von dem Wunsche erfüllt waren, die gefährlichen Gäste auf gute Art los zu werden. Die deutschen Demokraten jauchzten selbstredend überall den „polnischen Brüdern“ zu und schwärmten für Polens Wiederherstellung.

Im Großherzogthum Posen nahm die Bewegung zunächst einen durchaus legalen Charakter an. Am 20. März, also fast unmittelbar nach Beendigung des Kampfes in Berlin, begab sich eine Deputation, aus dem Grafen Mielski, dem Buchhändler Stefanski und dem Landschaftsdirektor von Brodowski bestehend,

zu dem Oberpräsidenten von Beurmann und erwirkte von ihm die Erlaubniß, dem Könige eine Petition zu unterbreiten, welche eine nationale Reorganisation des Großherzogthums in ruhiger gesetzlicher Entwicklung und unter dem Schirme Seiner Majestät befürwortete. Eine Abordnung, an deren Spitze der Erzbischof von Przyluski stand, überbrachte die Bittschrift nach Berlin, wo sie gerade zu dem für ihre Pläne günstigsten Zeitpunkte, in dem allgemeinen Freudentaumel über die „März-Erregenschaften“, eintraf. Die Regierung war in diesen Tagen zu allen Bewilligungen bereit; schon am 24. erschien ein königlicher Erlaß, der, zwei Tage später durch ein Ministerialschreiben ergänzt, die Wünsche der Polen zu erfüllen versprach, jedoch Ruhe und Gesetzlichkeit zur Vorbedingung machte; eine Reorganisationskommission, aus Deutschen und Polen gemischt, sollte die Verhältnisse in Gemeinschaft mit dem Oberpräsidenten ordnen.

Inzwischen aber hatten die Polen bereits auf eigene Faust mit der Umänderung des Bestehenden begonnen; an demselben Tage, an welchem die Petition an den König gestattet wurde, trat in Posen ein „Nationalcomité“ zusammen, das alsbald ganz offenkundig die Herrschaft im Lande an sich zu reißen trachtete. Dasselbe bestand aus zehn Personen, die man wohl absichtlich, um den alten Zwist zwischen der polnischen Aristokratie und Demokratie zu vermeiden, aus allen Ständen gewählt hatte. Unter Anderem gehörten drei Geistliche, ein Schlosser, ein Literat dem Comité an, in dem sich auch ein deutscher Advokat befand; seines ehrlichen Namens „Krauthofer“ sich in dieser slawischen Gesellschaft schämend, nannte sich der Letztere Krotowski. Er zählte bald zu den Hauptführern der polnischen Partei und den thätigsten Feinden der deutschen Kultur.

Die Hauptstadt der Provinz befand sich am 20. März, an welchem diese eigenmächtig zusammengesetzte Behörde ihre erste Proklamation erließ, in einem sehr erregten Zustand; das Militär war konfignirt, Volksmassen durchzogen die Straßen und sammelten sich namentlich an dem Bazar an, welcher am folgenden Tage von den Truppen besetzt wurde. Am Abend des 21. war die ganze Stadt aus Anlaß der politischen Amnestie illuminiert, am 22. langte bereits ein Theil der befreiten Polen an und wurde

vom Volke unter Jubelgeschrei durch die Straßen geführt. Ebenso ging es in den folgenden Tagen zu; ohne daß es zu eigentlichen Exzessen kam, herrschte eine fortbauernde Aufregung; am 27. wurde eine Todtenfeier für die gebliebenen Berliner Barrikadenkämpfer abgehalten und der Pole Dr. Libelt traf, von Berlin kommend, ein; am 28. endlich erschien der Hauptheld der polnischen Bewegung, Ludwig Mieroslawski, in der Stadt; eine unabsehbare Menschenmenge war ihm entgegengezogen und eskortirte ihn zum Rathhaus, von dessen Teraffe aus er eine Ansprache an das Volk hielt.

Es hatte bisher noch ein ziemliches Einvernehmen zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung geherrscht; als aber jetzt durch das Eintreffen der bisher inhaftirt gewesenen Parteihäupter die Bewegung eine thätige und bewußte Leitung erhielt, steigerte sich die Spannung von Tag zu Tag.

An vielen Orten waren die Behörden bereits machtlos; die Proklamationen des Posener Comités wurden im ganzen Lande vertheilt, herumreisende polnische Gutsbesitzer verbreiteten Gerüchte, die preußische Regierung in Posen sei zurückgetreten, das Land frei, der Kampf gegen Rußland stehe vor der Thüre. Es bildeten sich Kreiscomités, die das Posener Nationalcomité als Behörde anerkannten, die Thätigkeit der Landrätthe wurde gehindert, sogenannte Kreisdeputirte oder Bezirkskommissäre traten an ihre Stelle, vielfach wurden die preußischen Ablerschilder herabgerissen, die Kassenbestände versiegelt, Bekanntmachungen und Rundschreiben der preußischen Regierung unterdrückt oder für gefälscht erklärt. Ganz besonders aber wurden überall, sogar in Posen selbst, Werbungen und Aushebungen behufs Bildung einer polnischen Nationalarmee betrieben, die Mannschaft einexerzirt, Waffen herbeigeschafft, Alles in der ausgesprochenen Absicht, gegen Rußland zu Felde zu ziehen. Die Bewegung beschränkte sich nicht auf Posen, sie griff auch nach der Provinz Preußen hinüber, wo die Polen in einer Versammlung zu Briesen erklärten, ganz Westpreußen mit Danzig und Elbing dem neu zu errichtenden Königreich Polen einverleiben zu wollen.

Angesichts dieser polnischen Bestrebungen machte sich eine heftige Reaction der Deutschen gegen die in dem königlichen

Erlasse vom 24. in Aussicht gestellte nationale, d. h. polnische Reorganisation geltend. Eine Reihe von Monstrepetitionen aus den deutschen Theilen des Landes erhob Einsprache gegen eine Maßregel, in Folge deren künftig die deutsche Bevölkerung in einer preußischen Provinz höchstens mehr als gebuldet betrachtet wurde.

Der Ausbruch eines Bürgerkrieges rückte immer näher, ohne daß die Regierung die Kraft zu entschlossenem Vorgehen fand. „Beide Theile verlangten mit gleichem Ungefüg von der Regierung entscheidende Maßregeln gegen das Treiben ihrer Gegner. Entgegengesetzte Anträge kreuzten sich. Die Polen forderten die Abberufung derjenigen höheren Militär- und Civilbeamten, in welchen die deutsche Bevölkerung ihren Anhalt und eine Bürgerschaft erblickte, ihre Interessen von der Regierung nicht preisgegeben zu sehen. Die Polen verlangten Entfernung des preußischen Militärs, während sie selbst aller Orten Aushebungen vornahmen und zum Theil erzwangen, während sie in der Stadt Posen militärische Exercitien anstellten und im Namen einer „Polnischen Republik“ preußische vorrückende Truppen aufforderten, zurückzweichen<sup>1</sup>“. Sehr gefördert wurde die Sache der Polen noch außerdem durch die Bemühungen einer Anzahl kurzfristiger, deutscher Demokraten des Großherzogthums, die in Angriffen gegen die preußische Säbeldiktatur und Beamtenherrschaft die Slawen überboten<sup>2</sup>.

Die deutschen Behörden erkannten die Nothwendigkeit eines militärischen Einschreitens; in dem letzten Drittel des März wurden aus den Truppen des 2., 5. und 6. Armeecorps starke Detachements bei Posen, Bromberg, Gnesen zusammengezogen,

<sup>1</sup> Denkschrift, S. 14.

<sup>2</sup> In der Schrift von Senft, der sich selbst einen „Deutschen des Großherzogthums Posen“ auf dem Titelblatt nennt, finden sich Stellen, wie: „Die Deutschen in Posen haben nur das Recht der Uebermacht für sich, solange Deutschland, insbesondere Preußen, ihren unverschämten Anforderungen keine Bajonette leiht“ (6. 7), oder: „Wir möchten dem deutschen Adel deshalb auch den polnischen zum Vorbild empfehlen, denn der sucht den Adel wenigstens nicht im «von», in der geschnürten Taille und dem gewichsten Schnurrbart.“ Solche Erscheinungen wie dieser „Deutsche“ waren nicht vereinzelt.

Posen selbst am 3. April in Belagerungszustand erklärt. Den Oberbefehl führte der kommandirende General des 5. Corps, Generallieutenant von Colomb. Andererseits hatten auch die Polen ihre Rüstungen eifrig betrieben; in einer Reihe von Lagern, namentlich bei Trzemeszno, Breschen, Pleschen, Schroda, Kions und Welna, waren zu Anfang April nahe an 10 000 Mann, größtentheils allerdings nur mit Lanzen und Säbren bewaffnet, vereinigt.

Es war noch nicht zum Kampfe gekommen, sondern die Preußen beobachteten noch eine von den Polen — wie stets in solchen Fällen — als Schwäche ausgelegte zurückgezogene Haltung, als man sich in Berlin entschloß, den Weg der Vermittelung und Versöhnung einzuschlagen.

Schon am 25. März hatten die Polen um die Entsendung des Generalmajors von Willisen nach Posen gebeten, eines Offiziers, der sich bei Gelegenheit seiner früheren Dienstthätigkeit als Generalstabschef des 5. Armeecorps durch seine Sympathien für die Polen in hohem Grade die Zuneigung der Bektreren erworben hatte. Ihre Bitte hatte damals keine Erhörnung gefunden; allein in einem 5 Tage darauf stattgefundenen Ministerrath wurde die Sache nochmals in Erwägung gezogen und beschlossen, den General mit ausgedehnter Vollmacht nach dem Großherzogthum zu entsenden. Am 3. April erhielt Willisen seine Instruktionen; er wurde zum königlichen Kommissarius und, an Stelle des Oberpräsidenten, zum Vorsitzenden der Reorganisationskommission ernannt und bevollmächtigt, in folgenden Punkten den Wünschen der Polen entgegenzukommen. Es durfte ein Eingeborener polnischer Nationalität an die Spitze der Verwaltung treten, im Uebrigen aber sollte Jedem in seiner Muttersprache Recht und Gesetz zu Theil werden. Weiterhin sollte Willisen die Landräthe durch Neuwahlen mit Betheiligung der Stadt- und Landgemeinden durch andere ersetzen, die Polizei den Wünschen der Gemeinden gemäß organisiren, endlich auch Anträge auf etwaige Abänderungen der Militäreinrichtungen entgegennehmen, stets aber — und dies war besonders betont — die deutsche Nationalität in jeder Weise berücksichtigen.

Noch am 3. April reiste der General ab; seine Aufträge

waren, wie man sieht, so gefaßt, daß er eigentlich in der Erfüllung seiner Mission freie Hand hatte. Wie er sich die Ausführung seines Vorhabens dachte, hat er der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten. „Ich habe mich nie von der Ansicht losmachen können“, schreibt Willisen, „daß unsere Herrschaft über Polen auf nichts Anderem beruhe als auf der Gewalt, und daß sie mithin unermessliche Pflichten auferlege, vor Allem aber die der ewigen Milde, des beständigen Vergebens und Vergeffens. Das Unrecht des Rechtes der Gewalt kann nur so auf eine endliche Vergebung hoffen und so zuletzt zum Rechte werden<sup>1</sup>“.

Selten wohl ist aus einer an sich richtigen Erkenntniß ein widersinnigerer Schluß gezogen worden. Daß der General von einem imaginären „Rechte“ spricht, zu welchem das „Unrecht des Rechtes der Gewalt“ durch Milde emporgehoben werden soll, ist bei der völligen Verwirrung der Begriffe über Macht und Recht, die damals in allen Köpfen herrschte, wohl erklärlich, weniger aber der Umstand, daß Willisen den alten und ewig wahren Grundsatz leugnet, daß Jeder, Mensch oder Staat, die Konsequenzen seiner eigenen Handlungen tragen muß. Polen war mit dem Schwerte erobert; es konnte und kann, solange es Polen bleibt und nicht von Deutschland und Rußland aufgesogen wird, nur durch das Schwert behauptet werden.

Daß man jetzt einen ganz verkehrten Weg einschlug, und ein Land, das man durch Jahrzehnte vergewaltigt und unterdrückt, durch neue Beweise der Milde und Gnade zu versöhnen hoffte, daran trug allerdings nicht Willisen, sondern die schwankende preußische Regierung die Schuld. Wohl aber muß man es dem General zum Vorwurf machen, daß er von vornherein mit einer besonderen Vorliebe für die Polen und Mißachtung seiner Landsleute nach Posen kam. Sein Gegner von Voigts trifft das Richtige, wenn er meint, daß Willisen „eingenommen durch die bestechenden Eigenschaften, welche die Polen in den geselligen Beziehungen zu entwickeln vermögen, sich zu geneigt zeigte, diese Eigenschaften des Umgangs mit den Eigenschaften zu verwechseln, welche eine Tüchtigkeit im Staats- und Kriegswesen begründen“.

<sup>1</sup> Willisen, Akten, 13.

Eine weitere Schwierigkeit lag darin, daß Willifen den Rang eines Generalmajors besaß, also militärisch unter dem Commandeur in der Provinz, dem Generallieutenant von Colomb, stand und sein Verhältniß zu dem Oberpräsidenten kein ganz geregeltes war, wenn auch das Ministerium die Militär- und Civilbehörden der Provinz angewiesen hatte, den Anforderungen des Generals nachzukommen.

War so von vornherein die Stellung Willifens eine unklare, seine Aufgabe schwer und undankbar, so war er selbst auch nicht der Mann, solcher verwickelter Verhältnisse Herr zu werden. Er war, wie ihn seine Thaten und seine Schriften zeigen, ein zu Phrasen geneigter Theoretiker, der sich stets durch Worte und äußeren Schein bestechen ließ und von den Polen völlig hinter das Licht geführt wurde.

Ueber Breslau reiste der General nach Posen und zwar absichtlich durch die von den Insurgenten besetzten Gebiete. „Als ich auf meiner Reise am 5. gegen Mittag in Rawicz ankam“, erzählt er, „sagte man mir, es sei unmöglich, den kürzeren Weg über Gostyn und Schrimm zu fahren, weil Kröben und Gostyn von den Insurgenten besetzt seien. Gerade das aber wurde für mich die Veranlassung, diesen Weg zu nehmen; ich wollte gleich die erste Gelegenheit benutzen, mit eigenen Augen zu sehen. Bald fühlte ich, daß die Miene des Landes sich verändere, es war wie im Krieg zwischen den Vorposten beider Armeen, unheimlich, still und öde; man sah nur einzelne ängstliche Gesichter, die sich wunderten, eine preussische Uniform so allein fahren zu sehen. Kröben schien wie ausgestorben. Während des Pferdewechsels, der sehr lange dauerte, ließ sich plötzlich unter dem Titel eines Obersten der Anführer der polnischen Truppen des Ortes, wie er sich nannte, melden. Er mochte von dem Posthalter meinen Namen erfahren haben, war sehr höflich und bat mich, eine Schildwacht anzunehmen. Als ich es ablehnte, bat er, seine Truppen vorführen zu dürfen; ich konnte das noch weniger annehmen, obschon ich sehr begierig war, sie zu sehen. Ich wußte nicht recht, wollte man mich als Gefangenen zurückhalten oder mir eine Ehre erzeigen, als ich bemerkte, daß sich Bewaffnete auf dem Platze sammelten und man mir zwei Schild-

wachen vor die Thüre setzte. Auf meine Frage, was denn diese Bewaffnung zu bedeuten habe, erhielt ich nur sehr ungenügende Antworten, und auf meine Ermahnung, die Leute in ihre Heimat zu schicken, da mir das ganze Unternehmen wenig vernünftig erschiene, gaben die Führer das zwar gerne zu, behaupteten aber, ohne Befehl des Nationalcomités es nicht zu können."

"Unterdessen waren endlich die Pferde gekommen, und man ließ mich ungehindert, unter Höflichkeitsbezeugungen und Versicherungen, daß man meinen Befehlen gewiß überall Folge leisten würde, weil man mir vertraue, ungehindert weiter fahren. Bis Schrimm dieselbe Dede, dieselbe unheimliche Stille und Einsamkeit. Nur einzelne Leute im Felde, die Straße vollkommen verlassen. In Schrimm wurde das Landwehrbataillon eingekleidet, die Leute waren größtentheils gekommen, viele hatte die Ordre nicht mehr erreichen können. Hier waren zwei Tage vorher schon Erzeffe wegen der polnischen Farben und Fahnen vorgefallen. Ich zog von dem Truppenbefehlshaber und dem Landrath so viele Nachrichten ein, als ich konnte, und fuhr weiter nach Posen. Bis dahin und bis dicht vor Posen dieselbe Erscheinung, dieselbe unheimliche Stille, wie Gewitterschwüle lag es über dem unglücklichen Lande."

Nach diesen Zwischenfällen, auf die sich der General viel zu Gute that — „das Unternehmen hatte seine Gefahren und ich rechne es mir heute noch als ein Verdienst an“ —, langte derselbe in der Nacht des 5. April in Posen an. Er traf die Dinge, wie er berichtet, in voller Anarchie und den General von Colomb entschlossen, in den nächsten Tagen mit seinen verfügbaren Truppen, die sich auf etwa 9—10,000 Mann belaufen mochten, loszuschlagen. Der Angriff wurde nunmehr bis zum 10. April vertagt, die sämtlichen Comités von Willisen für aufgelöst erklärt — worum sich dieselben nicht im Geringsten kümmerten — und ein Ausschuß von 5 Polen und 4 Deutschen zusammenberufen. Zugleich erließ Willisen am 6. eine Proclamation, durch die er es völlig mit den Deutschen verdarb. Dieselbe stellte sich völlig auf die Seite der Polen, versprach diesen nationale Regierung und nationales Gerichtsverfahren, während sie den Deutschen nur die Rechte der Sprache ließ; ja, der

General ging noch weiter und befürwortete dringend bei der Regierung die Errichtung eines polnischen Freicorps als „Ab-leiter aller bösen Säfte, welche hier herumspuken“, ein Vorschlag, den das Ministerium „äußerst bedenklich“ fand.

Die folgenden Tage vergingen, bei steigender Erbitterung der deutschen Bevölkerung, unter Verhandlungen mit den Führern des Aufstandes, die am 9. zum Abschluß geziehen und am 11. zu der Kapitulation von Jaroslawice führten. Der auf den 10. angesetzte Angriff war in Folge der Vorstellungen des Generals von Willisen wieder um einen Tag verschoben worden, doch hatte der Oberst von Herrmann, der am 10. mit Abtheilungen des 14. Infanterie- und des 3. Dragoner-Regimentes auf Trzemesno marschirte, keine Kenntniß von dem Befehl erhalten. Er fand den Ort stark verbarrikadirt, griff an und warf die Polen in die Stadt zurück, wurde aber, ehe er noch den etwa 1500 Mann starken Feind gänzlich geschlagen hatte, durch die während des Kampfes eintreffende Nachricht von der Verschiebung des Angriffes zum Rückzug veranlaßt. Kaum war dies geschehen, als sich die Polen auf die deutschen und jüdischen Bewohner des Städtchens stürzten und Raub- und Mordthaten aller Art vollführten.

Die am folgenden Tage abgeschlossene Kapitulation von Jaroslawice, die von größter Bedeutung für die Geschichte Posen's war, lautete wie folgt:

„Uebereinkunft.“

„Zur Ausführung der verabredeten Uebereinkunft wird festgesetzt: die Leute der Klasse I, d. h. die zum Dienst Untauglichen, werden schon heute den 11. in Schroda nach Kreisen gesammelt und durch die geeigneten, aus ihrer Mitte gewählten Personen in ihre Heimat geführt. Sensen und Waffen werden von ihnen gefahren und ihnen in ihre Heimat mitgegeben.“

„Die Landwehrleute werden den folgenden Tag gesammelt und ebenso wie ad I in ihre Stabsquartiere geführt, wenn Se. Excellenz der kommandirende General nicht etwa gestattet, daß sie gleich nach Hause gehen können.“

„Die Klasse III, d. h. die zum Dienst tauglichen Volontäre,

bleiben zusammen, bis über die Art und Weise ihrer Einstellung in die Truppen der Posenschen Division entschieden wird. Jedoch darf dies nur an den 4 folgenden Orten stattfinden: Breschen, Xions, Pleschen, Miloslaw."

"An keinem Ort darf die Zahl eines Bataillons 500 bis 600 Mann und die einer Eskadron 120 Pferde übersteigen. Bis zur Entscheidung über die Art und Weise ihrer Vereinigung mit der Posener Division werden sie von den Ihrigen verpflegt, wobei keine Requisitionen ausgeschrieben werden dürfen. Sie sollen unter die Oberaufsicht eines höheren preussischen Offiziers gestellt werden, andere Waffen als Gewehre, Säbel und Senfen zc., d. h. Böller u. dergl., werden dem Offizier zur Disposition gestellt."

"Die bewaffneten Abtheilungen an anderen Orten räumen diese Orte binnen 3 Tagen und ziehen sich auf die 4 angeführten Hauptplätze zurück. Schroda wird in 3 Tagen geräumt und zwar geht die Anzeige davon am 13. Abends durch den Herrn General von Willisen an den kommandirenden General. Die Volontäre ziehen sich nach Miloslaw zurück. Kein Militär noch Landwehrmann soll als solcher zur Verantwortung gezogen werden. Den Ausländern wird garantirt, daß sie nicht ausgeliefert werden."

"Diese Maßregeln hindern nicht, daß die Behörden nach der Anordnung der Reorganisationskommission sofort wieder eingesetzt werden und daß der ganze Regierungsmechanismus sofort in seinen freien Lauf trete."

"Alles Privateigenthum, welches nicht freiwillig gegeben worden, wird in natura zurückgegeben oder ersetzt."

"Sobald diese Maßregeln in der angegebenen Art ausgeführt worden, werden sofort alle militärischen Maßregeln sistirt."

"Der Zeitpunkt für Ausführung dieser Maßregel fängt an für Schroda heute den 11."

"für Breschen den 12."

"für Xions den 13."

"für Pleschen den 14."

"Der Ausführung selbst wird eine Frist von 3 Tagen gegönnt."

"Jaroslawice, den 11. April 1848."

„gez. Libelt. W. Stefanski. von Willisen. Anastazy Radonsky."

Die Kunde von dieser Kapitulation, durch welche Willisen mit den Aufzählern paktirte, ihnen sogar ihre Waffen und den militärischen Verband ließ, ja die Gefahr durch Entlassung der Bewaffneten in ihre Heimat und das Anerkennen der vier Insurgentenlager noch vergrößerte, rief unter den Deutschen eine stürmische Entrüstung hervor. Ein schlesisches Landwehrbataillon, welchem der General bei Schroda begegnete, empfing ihn mit Zeichen völliger Mißachtung, am Abend des 11. fanden vor der Wohnung Willisens in Posen Tumulte statt, die nur mit Mühe durch das Einwirken der Posen'schen Generale beigelegt werden konnten; am nächsten Tage berichtete der Oberpräsident, der schon früher um seine Abberufung gebeten, seine Bedenken nach Berlin, der kommandirende General gerieth in offenen Konflikt mit dem königlichen Kommissär und erklärte, die Konvention nicht anerkennen zu wollen. Eine deutsche Volksversammlung ließ Willisen sagen, sie werde seine Abberufung in Berlin beantragen.

Der General selbst jedoch war voll Hoffnung und überzeugt, dem drohenden Bürgerkrieg in der glücklichsten Weise vorgebeugt zu haben. „In meiner nächsten Depesche“, schreibt er dem Minister des Innern am 12., „hoffe ich Ew. Excellenz die Mittheilung zu machen, daß die ganze Provinz beruhigt ist, 12- bis 15 000 Menschen in ihre Heimat zurückgekehrt, und nur noch vier Kadres dastehen, die ebenfalls ihrer Auflösung entgegensehen.“ Seine Zuversichtlichkeit verfehlte ihre Wirkung nicht; am 14. April erhielt er die Genehmigung der Konvention mit einigen unbedeutenden Abänderungen, sowie die Aufforderung, so bald wie möglich persönlich in Berlin zu erscheinen. Man war jetzt völlig zu einer national-polnischen Reorganisation entschlossen, von der die deutschen Distrikte ausgeschlossen bleiben sollten. Diese letzteren, die sich auf das Aeußerste der Reorganisation widersetzen, sollten dem deutschen Bunde beitreten und Abgeordnete zum Parlament entsenden, während sich früher die Majorität des Posen'schen Landtages gegen die Wahl ausgesprochen hatte. Es bezog sich dies namentlich auf den Nehebdistrikt und die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst und Frauastadt. Eine Kabinettsordre vom 14., die diese Absicht andeutete,

trug viel zur Beruhigung der Deutschen bei. In den polnischen Bezirken glaubte General von Willisen ein vortreffliches Mittel zur Beschwichtigung darin gefunden zu haben, daß er den Landrathen am 10. April Kreiscommissäre zur Seite stellte, oder, mit anderen Worten, eine, wie berichtet, durch den Aufruhr geschaffene Einrichtung legalisirte. In den Kreisen gemischter Bevölkerung, namentlich in Inowraclaw, fand diese Maßregel selbstredend lebhaften Widerstand.

Immerhin hätte sich, nach der Scheidung des deutschen von dem polnischen Elemente, ein freilich auf die Dauer unhaltbarer Zustand relativer Ruhe durch die Convention von Jaroslawice herstellen lassen, wäre dieselbe auf polnischer Seite überhaupt gehalten worden. Es war vorauszusehen, daß in einem so fieberhaft erregten Lande ein bloßes Dekret ohne tiefere Wirkung bleiben mußte.

Die Polen thaten nicht mehr als nothwendig war, um dem im Lande herumreisenden General von Willisen die Ueberzeugung vom Wiedereintreten der Ordnung beizubringen. Allerdings wurden die Lager geräumt, allein theils zogen die entlassenen Senfenträger in ihre nahegelegene Heimat, von wo sie auf das erste Zeichen der Sturmglocke wieder zur Stelle sein konnten, theils quartierten sich die Trupps einfach in den Nachbarorten ein. Die Lager selbst, in denen weit stärkere Kadres als ausgemacht zurückblieben, zeigten einen vollständig feindlichen Geist, es kam hier, namentlich als bei der Räumung des Lagers von Breschen die Nachricht vom Nahen preussischer Kavallerie eintraf, zu Gräueltzügen gegen die Juden, die überall Schrecken und Erbitterung hervorriefen. Ue hnlich ging es in Miloslaw zu; von einer Rückkehr der Gesezlichkeit war keine Rede; die auseinandergegangenen Bänden sammelten sich an anderen Orten wieder, die Behörden waren nach wie vor machtlos, die Truppen, deren Thätigkeit durch die Bestätigung der Convention gelähmt war, mußten sich auf Gnesen und Posen zurückziehen und gerade die Brennpunkte des Aufruhrs, die bewaffneten Lager verlassen. Gemehrt wurde die Aufregung namentlich durch die fortgesetzten Hekereien der katholischen Geistlichkeit. Dieselbe benutzte einen bei der niederen polnischen Bevölkerung herkömmlischen Sprach-

gebrauch, wonach deutsch mit protestantisch, polnisch mit katholisch gleichbedeutend war, um mit dem politischen zugleich auch den religiösen Fanatismus der Slawen zu erregen. Sehr zu Statten kam ihr dabei eine alte Prophezeiung, daß Polen frei sein werde, wenn der Tag des h. Adalbert — wie es gerade in diesem Jahre der Fall war — auf Ostern falle. Alle Vorstellungen, die die Spitzen der preußischen Behörden an den Erzbischof von Pręszlusk wiederholt richteten, waren umsonst; der fromme Seelenhirt stand an der Spitze der ganzen Bewegung und schrieb am 22. an den Minister des Inneren, er könne die Polen unmöglich zur Ruhe ermahnen, da ja die Provokationen von den Deutschen und vom Militär ausgingen, sondern höchstens zur Duldung der ihnen gewordenen Schmach und Gewaltthätigkeiten aller Art auffordern.

Es kennzeichnet die politische Einsicht des Generals von Willisens, daß er sich völlig der Erkenntniß dieser ganzen unhaltbaren Lage verschloß und sich von den Polen in jeder Weise täuschen ließ. „Die Leute führen mich wie einen Friedensboten im Lande herum“, schreibt er am 17. nach Berlin, „nur meine Landsleute zürnen.“

Die Landsleute zürnten allerdings; das mußte v. Willisens erfahren, als er von seiner Rundreise nach Posen zurückkehrte. „Als ich am 19. spät Abends an das Festungsthor komme“, schildert er selbst seine Erlebnisse, „finde ich Todtenstille, nur oben auf der Rinne des starken Eingangsthores zwei einsame Schildwachen. Nach langem Blasen des Postillons eine späte Frage durch das verschlossene Thor, wer wir seien. Ich dachte, nur meinen Namen nennen zu dürfen, um das Thor sich schnell öffnen zu sehen. Das volle Gegentheil, und auf meine Frage, warum nicht gleich geöffnet werde, die Antwort, man dürfe nicht, es werde aber sofort zum Kommandanten geschickt werden, der im Fort sei. Meine Verwunderung war nicht gering; es blieb mir aber freilich Nichts übrig, als die Aufklärung dieser wunderbaren Erscheinung ruhig abzuwarten. Nach einiger Zeit erscheint der Kommandant des Forts, hinter dem das Thor sofort wieder sorgsam geschlossen wird, und auf meine Frage, was diese Anstalten zu bedeuten haben, entschuldigt er sich sehr, daß er mich,

den königlichen Kommissarius, auf ausdrücklichen Befehl des ersten Kommandanten nicht in die Stadt lassen dürfe, welcher mich vielmehr ersuchen lasse, zu ihm auf das Fort Winiary zu kommen, um dort, wenn ich wolle, die Nacht zuzubringen. Ich wollte ihm das durchaus Anfangs nicht glauben, fragte, ob die Stadt in Aufruhr wäre; als er das verneinte und es fast Mitternacht war, trug ich wiederholt darauf an, in die Stadt gelassen zu werden. Zulezt aber mußte ich mich wohl oder übel in das Unermeidliche fügen, ob schon es mir ganz unerhört vorkam, und der Offizier fuhr mit mir unter militärischer Bedeckung den weiten Weg um die Stadt nach dem Fort Winiary. Ich hatte Zeit genug, mir die wunderliche Szene zu überdenken, ohne aber nur zu einer möglichen Erklärung kommen zu können. Oben angekommen, erfuhr ich denn zuerst durch den ersten Festungskommandanten, daß es eine Sicherheitsmaßregel sei, es fände noch immer eine solche Aufregung unter der deutschen Bevölkerung gegen mich statt, daß die Ruhe bedroht sei, wenn ich die Stadt beträte. Da ich die deutschen Elemente der Einwohner sehr gut kannte und wußte, welche Mittel der Ordnung einem in Belagerungszustand erklärten Orte zu Gebote stehen, so glaubte ich an keine Störung der Ruhe, da jeder Versuch dazu mit einem ernstern Wort des unter der deutschen Bevölkerung das höchste Ansehen genießenden Kommandanten gewiß leicht zurückgewiesen werden könne. Mein Antrag, die Nacht in der Stadt zuzubringen, da ich des andern Morgens nach Berlin wollte, wurde dennoch standhaft zurückgewiesen, so sehr ich auch darauf hinwies, wie unglaublich es erscheine, mir, dem königl. Kommissarius, dem man jeden Schutz schuldig sei, einen solchen Antrag abzuschlagen. Ich erfuhr aber bald, daß die Maßregel mit dem kommandirenden General verabredet war, der dann auch selbst spät in der Nacht auf dem Fort ankam, mit ihm zugleich der Oberpräsident und der Oberst Stavenhagen. Nachdem hier nun der von dem Oberpräsidenten lebhaft unterstützte Antrag, mich die Nacht in der Stadt in der Wohnung des Oberpräsidenten im königl. Schlosse zubringen zu lassen, wiederholt abgelehnt wurde, beschloß ich dann freilich, sofort nach Berlin zu eilen, da ich unter den Umständen alle Hoffnung aufgeben

mußte, mir das zu meiner Aufgabe durchaus nöthige Ansehen erhalten zu sehen. Wenn ich von einer imposanten Militärmacht nicht Schutz gegen einige künstlich aufgeregte Haufen finden konnte, so mußte ich mir sagen, der Grund des Widerstandes liege ganz wo anders und wohin ich nicht reichen konnte.“

„Nicht in der besten Stimmung“ reiste der General nach Berlin weiter, wo er am 21. in einer Ministerkonferenz Bericht über seine Sendung erstattete. Es wurde in dieser Verathung die Demarkationslinie zwischen den deutschen und polnischen Theilen des Großherzogthums festgesetzt und Näheres über die Reorganisation des Letzteren in Verathung genommen. Als Ergebniß erschien am 26. eine königliche Kabinettsordre, welche den polnischen Theilen Posens eine eigene konstitutionelle Verfassung, nationale Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Schulunterricht zusicherte, das Polnische zur Geschäftssprache erhob und die Landrathswahlen neu ordnete. Als Präsident des polnischen Bezirkes war, nach einem Schreiben des Ministers vom 28., der Abgeordnete von Kraszewski, mit dem Sitz in Gnesen, anzuersuchen. Ausgeschlossen von allen diesen Maßregeln sollten bleiben: der Nehedistrikt, mit Ausnahme eines Theiles von Inowraclaw, die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Samter, Butz, Theile der Kreise Obornik, Posen (einschließlich Stadt und Festung), Kröben, Krotoschin und die Stadt Kempen. Für diese Kreise, namentlich die Stadt Posen, sollte die Aufnahme in den deutschen Bund nachgesucht werden, soweit sie demselben nicht schon durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 22. April angehörten.

Zugleich wurde General von Colomb angewiesen nachzuforschen, inwieweit die Konvention von Jaroslawice von den Polen gehalten sei, und im Falle eines Vertragsbruches militärisch einzuschreiten.

Allein ehe noch dieses Schreiben vom 28. den Kommandirenden erreichte, war es bereits zu Kämpfen und Blutvergießen gekommen.

Während der Anwesenheit des Kommissärs von Willisen hatten die Truppen den Polen gegenüber eine zurückgezogene Haltung bewahrt. Was ihre Gedanken über die Thätigkeit des Generals dabei waren, spricht der Generalstabsmajor von Boigts-

Rheez unumwunden mit den Worten aus: „Der Herr General von Willisen erklärte bei jeder Plünderung, bei jedem Aufruhr der Polen gegen ihre Führer, daß diese Exzesse allein den wahren Grund in der Besorgniß erregenden Nähe der preussischen Truppen hätten, und er forderte nicht allein ihre Zurückziehung in die Garnisonen, sondern sogar die Entsendung der aus der Ferne herangezogenen Bataillone in ihre Heimat. Ein ähnlicher Antrag unter ähnlichen Verhältnissen ist wohl noch kaum gestellt worden, seitdem politische Maßregeln in militärische Operationen hemmend eingegriffen haben.“

Die ganze Thätigkeit Willisens hatte, wie dies stets das Schicksal solcher Vermittlungsversuche ist, nur den einen Erfolg gehabt, den Ausbruch der Krisis hinauszuschieben und dadurch blutiger zu gestalten. An demselben Tage bereits, an welchem der Kommandant von Posen dem königlichen Kommissär die Thore der Stadt verschloß, war es zum Kampfe gekommen. Ein Detachement, das von Schrimm abmarschirte, um den unbefugten Requisitionen der Polen zu steuern, wurde in Gostyn mit Gewehrfeuer empfangen und mußte die verbarrikadirte Stadt mit Sturm nehmen.

Drei Tage darauf zeigten die Aufrührer in unzweifelhafter Weise, wie sie die versöhnliche Haltung des Militärs auffaßten. Als am 22. die Quartiermacher einer unter dem Befehle des Majors von Johnston von Schrimm entsandten Abtheilung, den Truppen vorausziehend, in Közmin erschienen, stürzte sich ein Haufen Bewaffneter auf die nichts Böses Ahnenden und ermordete einen Sergeanten und einen Füsilier des 7. Regiments durch Arthiebe und Sensenstiche. Mit dem nachrückenden Bataillon entspann sich ein blutiges Gefecht; 2 Grenadiere blieben todt, 4 schwer verwundet auf dem Platze, ehe es gelang, die Stadt zu nehmen. Kurz darauf stießen nochmals Abtheilungen des 1. Ulanen-Regimentes bei Borek mit den Insurgenten zusammen.

Zu gleicher Zeit kam es bei dem Städtchen Adelnau zu Gefechten, welches die Polen Tags zuvor besetzt hatten. Der Jägerlieutenant Graf zu Dohna wurde hier mit seiner nur 100 Jäger und 10 Kürassiere starken Abtheilung von weit überlegenen Frei-

corps angegriffen, schlug sich aber mit Verlust einiger Leute durch, während der Feind 150 Mann verloren haben soll. Eine andere, etwas stärkere Colonne, welche später Adelnau besetzte, bestand bei Topola ein Gefecht.

Wiederum drei Tage später, am 26. April, rückte das gesammte Bonin'sche Detachement, 4 Bataillone Infanterie und 4 Geschütze mit Jäger-, Kürassier- und Husaren-Abtheilungen, gegen den Flecken Kaszkow vor und sprengte die daselbst stehenden Polen in einem heftigen Gefechte auseinander.

Es war bisher noch ein eigentlicher Zusammenstoß mit den sogenannten Kadres, die sich laut der Willisen'schen Kapitulation in den vier Lagern aufhalten durften, vermieden worden, wiewohl es keinem Zweifel unterlag, daß man in jenen die Brennpunkte des Aufruhrs erblicken mußte. Die Polen begannen jedoch nunmehr, namentlich in dem Lager von Kions, in einer Weise zu haufen, die die Geduld der preussischen Behörden erschöpfen mußte. Sie vertrieben und beraubten die in der Umgegend wohnhaften Deutschen und Juden, meuterten gegen ihren eigenen Kommandanten von Budziszewski, dem sie bereits die Sensen an den Hals legten, um ihn niederzumachen, ferteten dann, als von Dabrowski den Oberbefehl übernommen, drei angesehenere Bürger ein und schossen später einen derselben hinterücks nieder; da auf eine Aufforderung des in Schrimm kantonirenden Oberst von Brandt, die Gefangenen freizulassen, von Dabrowski dem als Unterhändler benutzten Kreiskommissär von Raczynski eine abschlägige Antwort erteilte, schien die Anwendung der Waffengewalt geboten. Am Morgen des 29. April setzte sich eine starke Abtheilung, aus 4 Bataillonen, 7 Eskadrons, 6 Geschützen, einem Jäger- und einem Pionierdetachement bestehend, gegen Kions in Bewegung, beschloß die Stadt und stürmte sie in einem heftigen 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>stündigen Straßenkampf. Ein großer Theil des Ortes ging in Flammen auf, die Verluste waren beiderseits beträchtlich.

In diesem Gefechte war eine unter dem Befehle eines gewissen von Mittelstädt stehende polnische Streifschaar gefangen genommen und gegen das Ehrenwort, nicht weiter gegen Preußen zu kämpfen, entlassen worden. Nichtsdestoweniger nahm dieselbe

schon am nächsten Tage an einem bei Miloslaw entbrannten Treffen thätigen Antheil.

Hier lieferte am 30. April der General von Blumen dem polnischen Obergeneral Mieroslawski selbst ein Gefecht, welches nicht eben günstig für die preußischen Waffen ausfiel. Bereits hatte das über 2000 Mann mit 4 Geschützen und 360 Pferden starke Corps des Generals nach einer erfolglos gebliebenen Besprechung der beiden Führer die Stadt Miloslaw zum größten Theile genommen, als plötzlich, wie es scheint durch das Zurückgehen einer Kürassierschwadron, „eine Wendung“ eintrat und die errungenen Vortheile verloren gingen. Nach vierstündigem Kampfe mußten die Preußen den Rückzug nach Breschen und Schroda antreten. Es hatten ihnen etwa 5000 Polen gegenübergestanden.

Ähnlich ungünstig sollte auch das nächste Gefecht verlaufen; die Polen hatten den Vortheil für sich, daß sie stets leicht im Stande waren, ihre Kräfte zu concentriren, während die einzelnen preußischen Streifcolonnen, die das Land durchzogen, sich meist auf sich selbst angewiesen sahen. In richtiger Erkenntniß dieses Umstandes warf sich Mieroslawski, der wußte, daß für den 3. Mai ein allgemeiner Angriff der Preußen auf die Stellung der Aufständischen beabsichtigt war, am Tag vorher bei Breschen auf die 2 Bataillone, 2 Schwadronen, 4 Geschütze starke Colonne des Generals von Hirschfeld, bei der sich auch der Divisionscommandeur von Wedell befand. Der Kampf drehte sich namentlich um das Dorf Sukolowo, welches am Abend von den Preußen geräumt werden mußte; bei dem Flecken Gulzewko, welcher niederbrannte, fand noch ein heftiges Rückzugsgefecht statt. Die Polen behaupteten das Feld, hatten jedoch ihren Erfolg mit schweren Opfern erkauft.

Der Widerstand der Polen wurde nach diesem Kampfe ein merklich schwächerer; sie begannen zu unterhandeln; nur einer ihrer Führer, der Renegat Krauthofer = Krotowski setzte sich im Schlosse Rogalin bei Posen mit einem Streifcorps fest, wurde aber in der Nacht vom 7. zum 8. Mai überfallen, seine Schaar zersprengt, er selbst am 11. gefangen genommen.

Die übrigen Häupter der Bewegung schlossen schon am 9. mit

dem General von Wedell bei Bardo eine Uebereinkunft ab, deren Grundlage von dem inzwischen auf Willifens Vorschlag zum königlichen Kommissär ernannten General von Pful vorgezeichnet war. Die Insurgenten sollten danach am 10. bei Biatkowocaren das Gewehr strecken, doch hatten die Führer selbst, an deren Spitze nach Mieroslawski's Abdankung der Emigrant Oborski stand, nicht mehr die Autorität, die Durchführung des Vertrages bei ihren zuchtlosen Schaaren zu erzwingen. Die Letzteren zerstreuten sich vielmehr nach allen Seiten und mußten von den Truppen, besonders einer von v. Hirschfeld geführten mobilen Colonne aufgesucht, gefangen genommen und entwaffnet werden. In wenigen Tagen war dies geglückt; ein Widerstand fand fast nirgends mehr statt; Mieroslawski selbst und andere Revolutionshäupter fielen in die Hände der Regierung. Nur einer kleinen Streiffchaar gelang es, über die Warthe zu entkommen, wobei mehrere der Insurgenten in dem Flusse ertranken.

Um die Mitte des Mai konnte der polnische Aufstand als völlig niedergeschlagen betrachtet werden und der Kommissär von Pful mit der Reorganisation beginnen. Von Seiten der Polen fand er wenig Unterstützung, obwohl er zwei ihrer angesehensten Häupter, v. Kraszewski und von Potworowski, an seine Seite berief. Die Polen betrachteten sämtliche einst polnisch gewesenen Länder, also auch Westpreußen, als der nationalen Reorganisation unterworfen, was im wesentlichen auf eine Wiederherstellung eines polnischen Königreiches geführt hätte, und wollten von der Sprachscheide als Demarkationslinie Nichts wissen.

Ueber die Thätigkeit des Generals von Willifens hatte der Gang der Ereignisse ein schärferes Urtheil gefällt als die Angriffe seiner Gegner. Es hatte sich unwiderleglich gezeigt, welche schweren Fehler der General begangen, als er den Beginn der militärischen Operationen hinauschoß, als er die Polen mit ihren Waffen in die Heimat entließ und das Fortbestehen der Insurgentenlager duldete, als er den Landrathen die revolutionäre Behörde der Kreiskommissäre zur Seite setzte. Die eigentlich keinen Beweis erfordernde Thatsache, daß im Kampfe der Völker um das Dasein Milde und Schonung mit poli-

tischem Selbstmord gleichbedeutend sind, hatte eine neue Bestätigung erhalten.

Vergebens beantragte Willisen, um sich gegen diese Anschuldigungen zu vertheidigen, sein Verfahren einer Untersuchung durch das Staatsministerium zu unterwerfen. Sein Gesuch wurde in einem verbindlichen Schreiben abgelehnt, und ebenso eröffnete ihm, als er nunmehr sich vor einer Kommission von Generälen rechtfertigen wollte, der Kriegsminister, es „ließe sich die gänzliche Beseitigung ungünstiger Deutungen und leidenschaftlicher Angriffe auch auf dem Wege der speziellsten Auseinandersetzung kaum vollständig erreichen“.

Das war deutlich genug; der General verließ Preußen und ging in diplomatischer Sendung nach Oesterreich.





## VIII. Abschnitt:

# Die Erhebung Schleswig-Holsteins.

Die seit langer Zeit bestehende Verbindung der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit Dänemark, dessen König zugleich den Titel eines Herzogs der beiden deutschen Provinzen trug, war von den ersteren immer mehr als eine drückende Last empfunden worden, zumal nachdem durch den Zusammenbruch der Reichsverfassung 1806 jeder äußerliche Zusammenhang mit den deutschen Staaten geschwunden war. Allerdings nahm 1815 der Wiener Kongreß Holstein und Lauenburg — aber nicht Schleswig — in den deutschen Bund auf, allein andererseits zeigten die Dänen das eifrigste Bemühen, durch Mittel jeder Art die deutschen Provinzen von Deutschland zu isoliren und untrennbar mit ihrem eigentlichen Reiche zu verbinden. Der Anfang hierzu war schon am 9. September 1806 geschehen, indem der König an diesem Tage die endgültige Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark ausgesprochen hatte.

Der hierdurch veranlaßte Zustand der Dinge, die Habsucht und Bedrückung der Dänen, welche in den Herzogthümern nicht sowohl einen Theil des Staates als ein Ausbeutungsobjekt erblickten, erregte im Verlaufe der folgenden Jahrzehnte eine lebhaft bewegte Bewegung der Bewohner von Holstein und Schleswig, eine Bewegung, an welcher die Deutschen sämmtlicher Bundesstaaten einen regen Antheil nahmen.

Als im Jahre 1839 König Friedrich VI. starb, waren die Gemüther, hauptsächlich durch die unablässigen patriotischen Bemühungen des Friesen Jens Vornsen, die Selbständigkeit seiner Heimatländer zu erhalten, in hohem Maße erregt. Die Aussicht auf eine baldige Trennung beider Staatstheile rückte immer näher und wurde mit Freude begrüßt.

Friedrich VI. hatte keine Nachkommenschaft hinterlassen und daher sein Bruder als Christian VIII. den Thron bestiegen, dessen Sohn Friedrich der letzte männliche Sproß des regierenden Hauses war. Eine Nachkommenschaft war von letzterem nicht mehr zu erwarten, und es mußte daher in absehbarer Zeit in Dänemark der weiblichen Linie die Erbfolge zufallen. Das deutsche Recht aber kannte eine weibliche Succession nicht; die Herzogthümer mußten in einem solchen Falle aus dem dänischen Staatsverbande ausscheiden und unter die Herrschaft der zunächst berechtigten Linie Holstein-Sonderburg-Augustenburg kommen; nach dieser war das Haus Sonderburg-Glücksburg, dann das russische Kaiserhaus Holstein-Gottorp-Romanow, die ehemalige schwedische Königsfamilie Holstein-Gottorp-Wasa, endlich der Großherzog von Oldenburg erberechtigt.

Da, wie gesagt, das Aussterben des dänischen Mannesstammes unabwendbar erschien, so hatte sich schon lange, ehe das erhoffte und gefürchtete Ereigniß eintrat, eine lebhaftere Agitation sowohl unter den Deutschen wie den Dänen entsponnen. Die Letzteren waren, wie dies von ihrem Standpunkte aus ja wohl begreiflich war, nicht gewillt, ohne Weiteres die beiden reichsten und blühendsten Provinzen des Königreiches, welche zusammen einen Flächeninhalt von 320 □-Meilen mit etwa 875 000 Einwohnern umfaßten, preiszugeben. 1844, zu einer Zeit, als die Deutschen ohnedies durch das ränkevolle Benehmen der Kopenhagener Regierung in der schleswig-holsteinischen Bankfrage in hohem Maße erbittert waren, brachte der Bürgermeister Ugreen Ussing bei den zu Roeskilde versammelten dänischen Ständen den Antrag ein, den König um die Erklärung zu bitten, daß die dänische Monarchie einschließlich Schleswig, Holstein und Lauenburg ein unzertrennliches Reich bilden und als solches vererbt werden solle. In den Erbherzogthümern rief jedoch

diese Petition, die zum ersten Male die Absichten der dänischen Partei klar enthüllte, eine so drohende Aufregung hervor, daß man es in Kopenhagen nicht gerathen fand, weiter auf die Sache einzugehen. Nach wie vor blieb die Successionsfrage ungelöst.

Zwei Jahre später aber schien die Regierung den Zeitpunkt für günstig zu halten, um ohne Umschweife und entschlossen hervorzutreten; am 8. Juli 1846 erließ ganz unerwartet König Christian einen Brief, in welchem er die Erbberechtigungsfrage vom Standpunkte der dänischen Staatsleitung darlegte. Dieses Schriftstück, welches den Grund zu den gesammten Verwickelungen und Kämpfen der folgenden Jahre legte, lautet, aus dem dänischen Texte übersetzt, wie folgt:

„Offener Brief Seiner Majestät des Königs von Dänemark vom 8. Juli 1846 an Seine getreuen

Untertanen.“

„Wir Christian VIII., von Gottes Gnaden König von Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stomarn, den Dithmarschen, zu Lauenburg, sowie zu Oldenburg zc. thun kund hiermit:

„Durch vielfache Thatfachen ist es zu Unserer Kenntniß gelangt, daß bei Manchen Unserer Untertanen unklare und irrige Vorstellungen über die Successionsverhältnisse in der Monarchie herrschen und daß diese Vorstellungen dazu benutzt werden, um Unruhe und Bekümmerniß über die Zukunft des gemeinsamen Vaterlands für den Fall hervorzurufen, daß einst nach dem Rathschluß der Vorsehung Unseres Königlichen Hauses Mannesstamm erlöschen sollte, wodurch zugleich eine bittere Stimmung unter den Bewohnern in den verschiedenen Landestheilen erzeugt und genährt wird. Wir haben es daher für Unsere Landesväterliche Pflicht erkannt, durch eine zu dem Ende von Uns Allerhöchst ernannte Kommission alle diese Erbverhältnisse betreffenden Akten und Dokumente, soweit dieselben haben zuwege gebracht werden können, prüfen und zugleich eine genaue und gründliche Untersuchung aller darauf bezüglichen Verhältnisse vornehmen zu lassen.“

„Nachdem das Ergebnis dieser Untersuchung Uns in Unserem geheimen Staatsrath allerunterthänigst vorgetragen und von Uns

ermogen worden ist, haben Wir darin die volle Bekräftigung gefunden, daß, gleicherweise wie über die Erbfolge in Unserm dem Königreich Dänemark erworbenen Herzogthum Lauenburg kein Zweifel obwaltet, so auch die gleiche Erbfolge des Königsgesezes im Herzogthum Schleswig in Gemäßheit des Patents vom 22. August 1721 und der darauf geleisteten Erbhuldigung<sup>1</sup>, sowie endlich der von England und Frankreich ausgestellten Garantieakte vom 14. Junius und 23. Julius 1827 und der mit Rußland geschlossenen Verträge vom 22. April 1767<sup>2</sup> in voller Kraft und Gültigkeit besteht.“

„In der festen Ueberzeugung, daß dies auf Recht und Wahrheit begründet ist, und in der Ueberzeugung ferner, daß Wir es nicht länger hinaussetzen dürfen, den schädlichen Folgen entgegenzuwirken, welche die fortwährend selbst innerhalb der Grenzen der Monarchie verbreiteten irrigen und falschen Ansichten über diese Verhältnisse hervorbringen, haben Wir Uns Allerhöchst bewogen gefunden, durch diesen Unsern offenen Brief Unsern sämtlichen getreuen Unterthanen gegenüber die Ueberzeugung von dem Allen Unsern Königlichen Erbsuccessoren zuständigen Erbfolgerecht in das Herzogthum Schleswig auszusprechen, ein Recht, welches Wir und Unser Nachfolger auf dem dänischen Throne aufrecht zu erhalten für Unsere Pflicht und Unseren Beruf erachten werden.“

„Dagegen hat die angestellte Untersuchung ergeben, daß mit Rücksicht auf einzelne Theile des Herzogthums Holstein Verhältnisse obwalten, welche Uns verhindern, Uns mit gleicher Bestimmtheit über das Erbrecht Unserer sämtlichen Königlichen Erbsuccessoren an diesem Her-

<sup>1</sup> Diese Huldigung war von den Dänen nach der Vertreibung des Herzogs Karl Friedrich von Holstein erzwungen worden; nur die Ritterschaft und die Prälaten hatten, und auch diese unter Vorbehalt, dieselbe geleistet, die Landstände dagegen nicht.

<sup>2</sup> In diesem Vertrage hatte der Großfürst (spätere Kaiser) Paul von Rußland, Herzog von Holstein-Gottorp, seinen Antheil an Holstein dem dänischen Königshause gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst abgetreten, welche letzteren alsdann die jüngere Linie Gottorp als das Herzogthum Oldenburg beherrschte.

zogthum auszusprechen. Während Wir indessen allen Unseren getreuen Unterthanen und namentlich denen im Herzogthum Holstein die allergnädigste Versicherung ertheilen, daß Unsere unablässigen Bestrebungen auch fernerhin darauf gerichtet sein werden, die zur Zeit vorhandenen Hindernisse zu beseitigen und die vollständige Anerkennung der Integrität des dänischen Gesamtstaates zuwege zu bringen, so daß die unter Unserm Szepter vereinigten Landestheile niemals von einander getrennt werden, vielmehr für immer in ihren gegenwärtigen Verhältnissen und mit den einem jeden von ihnen zuständigen Rechten zusammenbleiben, so wollen Wir namentlich Unseren getreuen Unterthanen im Herzogthum Schleswig hierdurch eröffnet haben, daß es nicht von Uns beabsichtigt wird, durch diesen Unsern offenen Brief der Selbständigkeit dieses Herzogthums, wie dasselbe bisher von Uns anerkannt worden ist, in irgend einer Weise zu nahe zu treten, oder irgend eine Veränderung in den sonstigen Verhältnissen vorzunehmen, welche gegenwärtig dasselbe mit dem Herzogthum Holstein verbinden, und wollen Wir vielmehr Unsere Zusage hiermit ausdrücklich wiederholen, daß Wir Unser Herzogthum Schleswig wie bisher, so auch ferner im Besitz der ihm als einem zwar mit Unserer Monarchie unzertrennlich verbundenen, aber zugleich selbständigen Landestheile zuständigen Rechte schützen werden.“

„Urkundlich unter Unserem Königlichem Handzeichen und vorgedrucktem Insignel.“

„Gegeben in Unserem geheimen Staatsrathe auf Unserem Schlosse Sorgenfrei, den 8. Juli 1846.“

„Christian R.“

„Frederik R. P. Frederik Ferdinand. Stemann. St. W. Moltke. Derstedt. Reventlow=Criminel.“

So war das lange Gefürchtete geschehen; die dänische Regierung hatte sich entschlossen, den Weg der Gewalt zu betreten; denn die verschiedenen Thatsachen, auf welche sie sich, um den Schein des Rechtes zu wahren, berief, wie die erzwungene Huldigung von 1721, der vor dreiviertel Jahrhunderten abgeschlossene Vertrag mit einem Prinzen einer holsteinischen Nebenlinie, die Einmischung Frankreichs und Englands in diese Wirren, waren

der Lage der Dinge gegenüber völlig haltlos. Etwas anders allerdings stand es mit dem an sich sehr geschickten Manöver der dänischen Regierung, einen Unterschied in der Stellung der beiden Herzogthümer herbeizuführen, ein Unterschied, der thatsächlich jetzt schon darin zu Tage trat, daß nur eines derselben dem deutschen Bunde angehörte. Allein der König und sein Ministerium machten sich, als sie diese Trennung Schleswigs von Holstein aussprachen, eines wissentlichen Vertragsbruches schuldig. Nachdem am 4. Dezember 1459 mit Adolph VIII. der Mannesstamm der Herzöge von Schleswig-Holstein in den beiden schon seit 1386 vereinigten Ländern ausgestorben war, hatten die Stände an Stelle des legitimen Erben, des Grafen von Schauenburg-Pinneberg, den Dänenkönig Christian zu ihrem Herrscher erwählt. Am Wahltag selbst war zu Riche eine Urkunde ausgemittelt worden, welche als „der Lande Privilegien“ Folgendes enthielt: „Da der König aus freiem Willen der Landeseinwohner und aus Günst gegen seine Person zum Herrn der schleswig-holsteinischen Lande erkoren ist, so haben seine Kinder und Verwandten dadurch kein Erbrecht erhalten, vielmehr soll es den Einwohnern und ihren Nachkommen freistehen, aus des Königs Kindern oder, falls er keine hinterlasse, aus seinen anderweitigen Erben sich einen Herrn nach Gutdünken zu erwählen. Der König schwört den vorbenannten Landen, nach allem seinem Vermögen sie in gutem Frieden zu erhalten, und daß Schleswig und Holstein ewig zusammen und unzertheilt bleiben sollen.“

Durch diesen Satz war auf das Klarste ausgesprochen, daß, wenn, wie der „offene Brief“ selbst anerkannte, die weibliche Succession in Holstein fraglich war, auch Schleswig nicht bei Dänemark bleiben konnte.

Somit lief das ganze Vorgehen der Dänen auf das Recht hinaus, welches überhaupt die meisten Weltbegebenheiten zu beherrschen pflegt, das Recht des Stärkeren.

Wenn man allerdings die Kraftverhältnisse allein erwog, so schien ein Krieg des kleinen Inselstaates gegen die an sich schon beinahe ebenso starken Erbherzogthümer, deren einem der gesammte deutsche Bund als Rückhalt diente, eine sehr ungleiche

Partie. Allein die Dänen kannten die Versammlung in der Eschenheimer Gasse; sie wußten, daß man vom Bundestage alles Andere, nur kein entschlossenes und thatkräftiges Handeln erwarten konnte; sie wußten ferner, daß ihnen die moralische Unterstützung der Großmächte, namentlich Englands und Rußlands, in deren Interesse eine möglichste Zerrüttung der deutschen Verhältnisse lag, gewiß war.

Der offene Brief erzeugte in Schleswig-Holstein und weit über die Grenzen der Herzogthümer hinaus in ganz Deutschland eine tiefgehende Erregung. Das Land begann zu gähren, Volksversammlungen wurden abgehalten, in Wort und Schrift die Grundprinzipien vertheidigt, daß Schleswig und Holstein selbständige, untrennbar mit einander verbundene Staaten seien, in denen nur der Mannesstamm des Herrscherhauses erberechtigt sein könne.

Dies war der wesentliche Inhalt einer mit 7000 Unterschriften bedeckten, von dem Kieler Professor Lorenzen entworfenen Adresse, welche den zu Ikehoe seit dem 15. Juli versammelten schleswig-holsteinischen Ständen als die Petition einer Volksversammlung zu Neumünster übergeben wurde. Diese Landesstände, welche im Jahre 1806 ganz willkürlich aufgehoben worden waren, hatte der König am 9. Mai 1834 von Neuem ins Leben gerufen, jedoch mit einer solchen Beschränkung ihrer Funktionen, daß von einer Theilnahme derselben an der Staatsverwaltung nicht die Rede sein konnte. Ihr Verhältniß zu der Kopenhagener Regierung war stets ein gespanntes gewesen; jetzt kam der Konflikt zu offenem Ausbruch. Eine Protestadresse wurde beschlossen und angenommen, jedoch von dem königlichen Landtagskommisär zurückgewiesen. Nach diesem Schritte der Regierung erklärten die Stände ein ferneres Zagen für unmöglich; sie trennten sich, nachdem sie zuvor eine Petition an den Bundestag gerichtet. Allein wer konnte dieser Versammlung ein Eintreten für Deutschlands Ehre und Würde zumuthen? Am 17. September erließ der Bundestag eine Antwort, in welcher er sich ganz auf Seite der dänischen Regierung stellte und sich selbst den Hohn der Dänen ob seines unwürdigen Benehmens zuzog.

Inzwischen setzte sich der Streit zwischen der Regierung und den Herzogthümern weiter fort. Ein Versuch des Königs, die freiwillig auseinandergegangene Ständeversammlung durch Einberufung der Stellvertreter wieder herzustellen, mißglückte; der unermüdlche Agitator Olshausen wurde gefangen nach Rendsburg gebracht, in der Gerichtsverhandlung aber freigesprochen, die große Volksversammlung zu Nottorf am 14. September durch Truppen auseinandergesprengt.

Als der König im Herbst des Jahres 1846 seine deutschen Lande bereiste, empfing ihn, im Gegensatz zu der früher üblichen Begrüßung, überall dumpfes Schweigen. Er schien zu fühlen, daß er zu weit gegangen und erließ am 18. September ein zweites Manifest, in welchem er — jedoch ohne Erfolg — den üblen Eindruck des ersten abzuschwächen suchte. Schon in den nächsten Monaten kam es zu einem neuen Konflikt; die am 21. Oktober zusammengetretenen Stände verwahrten sich aufs Neue gegen die Absichten der dänischen Regierung und gingen, als ihnen am 3. Dezember ihre Erklärung wieder zurückgegeben wurde, abermals auseinander; 34 Abgeordnete traten aus der Versammlung aus, die Regierung sah sich genöthigt, den Landtag aufzulösen. Unter gegenseitiger Mißstimmung neigte sich das ereignißreiche Jahr 1846 zu Ende.

Eine Besserung der Zustände trat auch im folgenden Jahre nicht ein; die Neuwahlen zur Ständeversammlung fielen trotz aller Untriebe der Regierung ganz im Sinne der Opposition aus, ohne daß sich weiterhin etwas Besonderes ereignete.

So lagen die Dinge, als am 20. Januar 1848 König Christian VIII. starb und sein Sohn — voraussichtlich der letzte König aus dem dänischen Hause — als Friedrich VII. den Thron bestieg.

Der neue Herrscher befand sich in einer schwierigen Lage; außer den holsteinischen Wirren hatte sich in den letzten Regierungsjahren eine starke Bewegung in Dänemark selbst erhoben, deren politischer Theil die liberalen Forderungen der Zeit, Verleihung einer Verfassung u. s. w. umschloß, während zugleich eine mehr nationale Bestrebung auf die Verbindung mit Schweden und Norwegen, die Vereinigung der skandinavischen Staaten

hinarbeitete, eine Bestrebung, deren nationaler Charakter eigentlich in vollem Widerspruch zu den Bemühungen des „jungen Dänemark“ stand, die deutschen Herzogthümer dem dänischen Staate zu erhalten.

König Friedrich war offenbar schon vor seiner Thronbesteigung über seine künftigen Schritte schlüssig geworden; schon am 28. Januar erließ er ein Reskript, durch welches er seine sämtlichen Unterthanen zufrieden zu stellen hoffte. Nach einigen einleitenden Sätzen heißt es in diesem wichtigen Aktstücke: „Zu diesem Ende (um die Rechte aller Staatsangehörigen zu sichern) beabsichtigen Wir gemeinschaftliche Stände für Unser Königreich Dänemark und Unsere Herzogthümer Schleswig und Holstein, welche sich regelmäßig zu gewissen Zeiten in bestimmten Zwischenräumen aus Unserm Königreiche und Unsern vorbenannten Herzogthümern, und abwechselnd in Unserm Königreich und in den Herzogthümern, in näher zu bestimmenden Städten versammeln sollen. Die Rechte, welche Wir über mehrere, im Verfassungsgesetz festzustellende Bestimmungen diesen Ständen beilegen, sollen bestehen in einer beschließenden Mitwirkung an der Veränderung der Steuern, und an der Ertheilung von Gesetzen, welche gemeinsame Angelegenheiten des Königreiches und der Herzogthümer betreffen. Daneben wollen Wir den besagten Ständen gestatten, Uns allerunterthänigst Anträge einzureichen betreffend solche Gegenstände für ihre Wirksamkeit, welche die gemeinsamen Interessen des Königreiches und der Herzogthümer berühren. Durch diese ständische Verfassung, welche Wir aus freier Königlichcr Machtvollkommenheit einführen, soll Nichts verändert werden in der allgemeinen Anordnung vom 28. Mai 1831<sup>1</sup>, oder in der Verordnung vom 15. Mai 1834<sup>2</sup>,

<sup>1</sup> Diese Verordnung stellte eine Konstitution für ganz Dänemark in Aussicht und berief berathende Provinzialstände ein.

<sup>2</sup> Dieses Dekret enthielt die definitive Regelung des provinzialständischen Wesens, wonach die Ständeversammlung der dänischen Inseln, 70 Mitglieder stark, in Koeskilde, die für Jütland (55) in Viborg, die für Holstein (48) in Tjeboe, für Schleswig (44) in Schleswig tagen sollten.

Inzwischen  
den Herzogthümern  
freiwillig angethan  
berufung der  
unermüdlischen  
burg gebracht  
die große  
durch Truppen

Als d

Lande b

Begrüß

daß e

zweite

übler

nächst

21.

Mer

als

w

2

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

:

den Herzogthümern  
freiwillig angethan  
berufung der  
unermüdlischen  
burg gebracht  
die große  
durch Truppen

den Herzogthümern  
freiwillig angethan  
berufung der  
unermüdlischen  
burg gebracht  
die große  
durch Truppen

den Herzogthümern  
freiwillig angethan  
berufung der  
unermüdlischen  
burg gebracht  
die große  
durch Truppen

den Herzogthümern  
freiwillig angethan  
berufung der  
unermüdlischen  
burg gebracht  
die große  
durch Truppen

beschlossen, zugleich jedoch den Gewählten aufgegeben, die Verleihung einer schleswig-holsteinischen Verfassung zu beantragen.

Die friedlichere Richtung hatte somit gesiegt und es schien nochmals Hoffnung auf einen gütlichen Ausgleich des schwebenden Streites vorhanden, als wenige Tage nach dem Beschluß der Stände jenes Ereigniß eintrat, dessen Kunde überall in Europa die Unzufriedenheit zum Aufruhr entflammte. Kaum war die Nachricht von der Februar-Revolution eingetroffen, so bemächtigte sich eine stürmische, tiefgehende Erregung des Volkes; die ersten Symptome der nahenden Revolution, die Volksversammlungen, Adressen, Demonstrationen mehrten sich mit jedem Tage.

Nach dem Vorgange des Bundestages ergriff König Friedrich das Mittel, durch eine einzelne Concession die Gemüther zu beruhigen. Am 10. März erließ er ein Preßgesetz für Holstein, welches die Censur aufhob, im Uebrigen aber der Polizeiwilfür vollen Spielraum ließ und weit davon entfernt war, die Deutschen zu befriedigen. Auf beiden Seiten gingen die Dinge unaufhaltsam dem Zusammenstoß entgegen, die nationalen Leidenschaften wuchsen von Tag zu Tag. Am 11. März fand im Kasino zu Kopenhagen eine mehrere Tausend Personen umfassende Versammlung unter dem Voritze des Etatsraths Hvidt statt, welche Schleswig als eine dänische Provinz erklärte, ohne sich um die Einsprachen einiger besonnener Männer, des Lehrers Sörensen und des Journalisten Goldschmidt, zu kümmern. Eine neue Volksversammlung tagte am 12. im Hippodrom; dieselbe hatte einen stark demokratischen Anstrich und setzte ein Comité zur Betreibung der Wahlreform ein.

Ebenso entschlossen traten andererseits die Deutschen für ihre Rechte ein; eine Versammlung zu Altona verlangte am 8. März in einer Adresse an den König eine gemeinsame schleswig-holsteinische Verfassung und Eintritt Schlesiws in den deutschen Bund; daneben die sonstigen Forderungen der Zeit, Ministerverantwortlichkeit, Preßfreiheit, Geschworenengerichte, Volksbewaffnung u. s. w. Nicht weniger offen sprach sich die Bürgerschaft von Kiel aus; am 15. März entsandte der Bürgerverein der Universitätsstadt ein Schreiben, in welchem es u. A. hieß: „Für unser deutsches Vaterland sind wir bereit, alle Opfer zu

bringen, aber nicht in einem ungerechten Kampfe gegen die Freiheit Frankreichs, nicht in einem verhassten Bündniß mit den Russen. Kein Russe und kein Däne setze bewaffnet seinen Fuß auf deutsches Gebiet. Wir dulden keine Verletzungen der deutschen Grenzen und bieten unserm Herzoge zur Wahrung derselben alle unsere Kräfte, unseren ganzen, begeisterten Willen an."

Bis zu dieser Höhe war die Bewegung bereits gediehen, als an dem denkwürdigen 18. März die schleswig-holsteinischen Stände abermals in der festlich geschmückten Stadt Rendsburg zusammentraten. Unter dem Vorsitze des Advokaten Bessler berieth die siebenzig Männer zählende Versammlung 9 Stunden lang über die Lage der Dinge, bis sie endlich kurz vor Mitternacht, zur selben Zeit, in welcher in Berlin und Mailand der Straßenkampf tobte, zu einem Beschlusse gelangten, welcher auf alle Fälle eine Entscheidung, sei es auf friedliche oder, was weit wahrscheinlicher, auf blutige Weise herbeiführen mußte. Eine Deputation von fünf Männern, Gülich, Engel, von Neergard, Olshausen und Claussen, wurde unverzüglich nach Kopenhagen entsandt, um dem Könige ein Ultimatum der Deutschen zu überbringen. Dasselbe enthielt die Forderung, die holsteinischen und schleswig'schen Stände zusammenzuberufen und ihnen ein Verfassungsgesetz vorzulegen, die Aufnahme Schlesiens in den deutschen Bund in Frankfurt zu beantragen, allgemeine Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Versammlungsrecht zu gestatten und den Regierungspräsidenten von Scheel sofort seines Dienstes zu entlassen.

Als die Abordnung am 22. in Kopenhagen eintraf, war ihr die Kunde von den Rendsburger Vorgängen bereits vorausgeeilte und hatte in der dänischen Hauptstadt Ereignisse hervorgerufen, denen gegenüber der Versuch einer Verständigung aussichtslos erscheinen mußte. Eine aus mehr als Zehntausend Menschen bestehende Volksversammlung, in welcher neben Hvidt der redegabte Demokratenführer Orla Behmann das große Wort führte, hatte dem Könige in einer Massendemonstration eine Adresse übergeben, welche eine volksthümliche Verfassung für Schleswig und Dänemark forderte. In tiefster Stille harrten die Menschenmassen vor dem Schlosse, bis der Statsrath Hvidt

heraustretend die mit Jubel aufgenommene Nachricht brachte, daß das bisherige Ministerium entlassen sei.

Von der Wahl der neuen Rathgeber des Herrschers hing die Zukunft ab; der Abend und die Nacht des 21. verging unter Verhandlungen mit den Gemäßigteren, Graf Sponneck, Franke, Bang u. A., ohne daß die Neubildung eines versöhnlich gestimmten Cabinets gelang. Die Radikalen ließen nicht nach; ihre Führer nahmen eine drohende Haltung an und gingen so weit, daß einer derselben, der Magister Monrad, dem Könige die Einführung der Republik in Aussicht gestellt haben soll. Auf diese Weise gelang es ihnen, am Morgen des 22. einen völligen Sieg zu erringen; das neue Ministerium, welches der König an diesem Tage ernannte, setzte sich zusammen aus dem Grafen Moltke (Ministerpräsident), Bardenfleth (Justiz), Tschering (Krieg), Graf Knuth (Aeußeres), Monrad (Kultus), Bluhme (Handel), Hvidt und Orla Lehmann (ohne Portefeuilles), sämmtlich Männern, die der ultra-dänischen Partei angehörten.

Unter diesen ungünstigen Auspizien traf um dieselbe Zeit die schleswig-holsteinische Abordnung in der Hauptstadt ein und wurde bereits an dem Landungsplatz von den erbitterten Volksmassen umringt und bedroht. Ihrem Ansuchen um eine Audienz wurde nach einigen Verhandlungen entsprochen; in Gegenwart des Statsraths Franke und des Barons von Plessen überreichte von Neergard dem Könige die Petition, indem er zugleich in seiner Ansprache die Gefahren darlegte, die aus einer Verweigerung der schleswig-holsteinischen Forderungen entspringen mußten. Der König antwortete ausweichend, aber nicht unfreundlich; der Präsident von Scheel sei bereits entlassen, auf die übrigen Anträge könne er jetzt nicht eingehen, sondern werde durch den Kanzleipräsidenten Bescheid ertheilen lassen.

Damit war die Audienz zu Ende, die Deputation sah ein, daß unter den obwaltenden Umständen ihre Thätigkeit in Kopenhagen fruchtlos bleiben müsse und beschloß, zumal da die Haltung der Bevölkerung immer feindseliger wurde, und die dänischen Behörden selbst dringend die Abreise wünschten, die Stadt zu verlassen. Bereits hatten sich die fünf Abgeordneten am folgenden Tage, dem 24., auf dem Dampfboot „Hekla“ eingeschifft, als

ihnen der Minister Orla Lehmann ein Schreiben des Königs überbrachte und selbst mündlich als das letzte Wort des Herrschers bezeichnete.

Die Antwort Friedrichs VII. zerfiel in zwei Theile; in dem ersteren, der sich auf Holstein bezog, waren alle Forderungen zugesagt, sogar eigene Regierung, Militärverfassung und Finanzen in Aussicht gestellt, dann aber fuhr das Schreiben, auf Schleswig übergehend, fort, der König müsse in Hinsicht dieses Staates der Deputation eröffnen: „Daß Wir Unser Herzogthum Schleswig dem deutschen Bund einzuverleiben weder das Recht noch die Macht noch den Willen haben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame freie Verfassung kräftigen wollen; daneben aber Schleswigs Selbständigkeit durch ausgedehnte provinzielle Institutionen, namentlich einen eigenen Landtag und besondere Verwaltung kräftig zu schirmen entschlossen sind.“

„Daneben wollen wir Ihnen bedeuten, daß es Unser ernstest Wunsch ist, in aufrichtigem Einverständniß mit Unsern lieben und getreuen Unterthanen Frieden und Freiheit in Unsern Landen zu gründen.“

„Daß Wir daneben es als die heiligste Pflicht des legitimen Fürsten erkennen, die Herrschaft des Gesetzes und die Aufrechterhaltung des Landfriedens mit aller Macht zu schützen.“

„Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansburg.“

„1848, den 24. März.“

„Frederik R.“

„A. W. Moltke, Conseilpräsident.“

Zugleich mit diesem Bescheid erschien eine Bekanntmachung des Königs an die Einwohner Kopenhagens, welche die der deutschen Abordnung ertheilte Antwort enthielt und die Sicherheit der Abgesandten der Ehre des dänischen Volkes anvertraute.

Als am 24. der König von Dänemark dieses drohende Manifest erließ, dessen Schlußworte deutlich genug auf die Möglichkeit eines Aufruhrs hinwiesen, ahnte noch Niemand in Kopenhagen, daß die Revolution in Schleswig-Holstein bereits ausgebrochen sei, und doch war schon Tags zuvor das lang erwartete Ereigniß eingetreten.

Die Nachricht von dem am 22. in der dänischen Residenz vollzogenen Ministerwechsel, vom Siege der ultradänisch-demokratischen Partei, hatte in den Erbherzogthümern die Entscheidung herbeigeführt. Der Advokat Beseler, der anerkannte Führer der Bewegung, war am 23. in Kiel eingetroffen und hatte durch Eskafette den Prinzen von Sonderburg und den Grafen Reventlow-Preß ebendorthin berufen, welche Beide noch am selben Abend anlangten. Zugleich erklärte eine um sechs Uhr Abends zusammengetretene Versammlung die Einführung der Bürgerwehr und begann mit dem Stadtkommandanten, Oberst von Högh, zu unterhandeln. Durch die Verhältnisse gezwungen, bewilligte der Kommandant, was man verlangte; eine Nationalgarde wurde konstituiert und bewaffnet und bezog schon am selben Abend gemeinschaftlich mit dem Militär die Wachen; die Besatzung Kiels, die aus einem Jägercorps bestand, schloß sich vollständig der Bewegung an, so daß Oberst von Högh, dem die Truppen den Gehorsam verweigerten, seinen Posten niederlegte.

Auf dem Rathhause zu Kiel vereinigten sich am selben Abend noch eine Anzahl der angesehensten Bürger zu einer Besprechung, während welcher um 11 Uhr Nachts Beseler erschien. Die Ansichten über die zunächst erforderlichen Maßnahmen waren sehr getheilt, doch einigte man sich dahin, vor allem eine provisorische Regierung von fünf Männern einzusetzen und wählte hierzu den Prinzen von Augustenburg, den Klosterpropst Graf Reventlow, die Advokaten Beseler und Brenner und den Kaufmann Schmidt.

Mit Blitzesschnelle verbreitete sich in den nächsten Tagen der Aufruhr durch das ganze Land; in der wichtigen Festung Rendsburg rückten schon am Morgen des 24. die mit der Eisenbahn von Kiel angelangten Jäger ein, denen bald die bewaffneten Turner und Studenten der Universität folgten. Gegen Nachmittag erschien der größte Theil des 17. Linienbataillons aus Glückstadt, dessen Rest sich am 25. anschloß, und am Abend das schleswig'sche Dragonerregiment, dessen Commandeur Oberst von Holstein mit mehreren Offizieren sich für die Sache der Herzogthümer erklärt hatte, in Rendsburg. Bald zeigte es sich, daß fast sämmtliche in Schleswig-Holstein befindliche Truppen

## 2. Die Erhebung Schleswig-Holsteins.

Die Erhebung wurde durch eine Ausnahme machte: nur der Kreis Schleswig und die in der Stadt Schleswig verweilenden Soldaten erklärte, der dänischen Regierung treu zu bleiben und Kiendsburg abmarschirte. Die übrigen schlossen sich sämmtlich ohne Zögern der provisorischen Regierung an. Die provisorische Regierung erkannte schon am Mittag des 23. d. Graf Reventlow und der Magistrat die Unabhängigkeit der Stadt Schleswig wurde der Graf von Hartenstjöld gefangen genommen und die übrigen bis auf Weiteres mit der Regierung in Kiendsburg. Am andern Tage war überall im Bereich der Provinz von Dänemark ausgesprochen. Die provisorische Regierung, welche ihren Sitz nach Kiendsburg verlegte, hing an dem Ziel des schwierigen und gefährlichen Unternehmens ihre Auffassung der Sachlage war. Am 23. d. Nacht vom 23. zum 24. entworfenen

Die Erhebung ist durch eine Volksbewegung hervorgerufen worden. Seine bisherigen Rathgeber haben eine unangenehme Stellung gegen die Herzogthümer angenommen. Die Stellung des Landesherrn ist nicht mehr frei und unabhängig.

Wir wollen, daß deutsches Land nicht verloren gehen werde. Große Gefahren drohen. Zur Vertheidigung der Grenzen, zur Ordnung bedarf es einer leitenden Regierung.

Die Nothwendigkeit und gestärkt durch die Nothwendigkeit haben wir, dem ergangenen Beschlusse der Regierung übernommen. Die Nothwendigkeit der Rechte des Landes und der Nothwendigkeit des Volkes in seinem Namen führen

Die Nothwendigkeit Ständerversammlung beauftragt, die Nothwendigkeit zurückgeben, sobald der Nothwendigkeit wird oder von der Stände-

versammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten beauftragt werden.“

„Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen. Wir fordern alle wohlgefinnten Einwohner des Landes auf, sich mit uns zu vereinigen.“

„Laßt uns durch Festigkeit und Ordnung dem deutschen Vaterlande ein würdiges Zeugniß des patriotischen Geistes geben, der die Einwohner Schleswig-Holsteins erfüllt.“

Man sieht aus diesem Manifeste, daß die provisorische Regierung mit großer Mäßigung vorging, indem sie sich nur gegen die Bestrebungen des dänischen Volkes wandte, nicht aber die Absetzung des dänischen Königs als Herzogs von Schleswig und Holstein aussprach. Ein Ueberblick über die Lage der Dinge ergiebt, daß dieses Verfahren unter den obwaltenden Verhältnissen das einzige war, durch welches die Einheitlichkeit der Freiheitsbewegung gewahrt werden konnte. Es herrschten in der letzteren schon jetzt zwei verschiedene Strömungen, eine rein nationale als Reaktion gegen die dänischen Uebergriffe, daneben aber auch, wie es im März 1848 nicht anders sein konnte, ein freiheitlicher demokratischer Zug, der sich in der Bürgerbewaffnung, den Freicorps der Turner und Studenten äußerte. Hätte man König Friedrich für abgesetzt erklärt, so mußte die Krone seinen Verwandten, den Augustenburgern, zufallen, die schon lange mit dem dänischen Hof zerfallen waren. Eine solche Veränderung in der Herrschaft konnte nur von den übelsten Folgen für Schwung und Kraft der freiheitlichen Bewegung sein und mußte unabsehbare Wirren herbeiführen. Ließ man dagegen dem demokratischen Elemente freies Spiel, schritt man wohl gar zur Errichtung einer nordalbingischen Republik, so stieß man den einflußreichen, loyal gefinnten Adel vor den Kopf und konnte auf Hilfe der deutschen Fürsten nicht rechnen. Es war mithin ebenso richtig wie naheliegend, wenn die provisorische Regierung den König gewissermaßen als einen willenlosen Gefangenen des dänischen Volkes hinstellte, mochten die Bestrebungen des letzteren auch noch so sehr nach dem Sinne des Herrschers selbst sein.

Diese Anschauung war der Grundgedanke eines offenen Schreibens, welches die provisorische Regierung am 25. an den König richtete. Es war vorauszusehen, daß diese Denkschrift, so gemäßigt und unterthänig auch ihre Fassung sein mochte, ihre Wirkung verfehlen würde. Schon zwei Tage darauf erließ der König je ein Manifest an die Holsten und Schleswiger; der Schluß des letzteren Briefes: „Mit der ganzen Macht Dänemarks werde ich bald Euch beistehen und Euch von Angesicht zu Angesicht sehen“, sowie der Passus in dem ersteren Manifeste: „Verleitet seid Ihr von treulosen Führern, die nicht an Euer Wohl denken, sondern nur an ihre eigenen ehrgeizigen Pläne“ —, der ganze Ton dieser Schriftstücke ließ keinen Zweifel über die Gesinnungen des Königs aufkommen.

Noch deutlicher zeigten sich dieselben in einem am 29. erlassenen, gegen die provisorische Regierung selbst gerichteten Dekret: „Nachdem Wir mit allem höchsten und gerechten Unwillen erfahren haben“, lautet der Anfang desselben, „daß einige Unserer Unterthanen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein sich erdreistet haben, unter dem Namen einer provisorischen Regierung und unter dem Vorgeben, in Unserm eigenen Namen zu handeln, Handlungen zu unternehmen, welche allein Uns selbst und den von Uns eingesetzten Organen der Staatsgewalt zukommen, so haben Wir sofort diesen Unsern aufrührerischen Unterthanen befohlen, von der Stellung, welche sie sich angemacht haben, zurückzutreten und sie zugleich zur Verantwortung gezogen wegen allen von ihnen ausgehenden aufrührerischen Handlungen und Bestrebungen.“

Die provisorische Regierung kümmerte sich jedoch wenig um den Zorn des Königs; während dieser als Gegenregierung den Grafen Sponneck und den Konferenzrath Kirstein unter dem Namen einer „provisorischen Regierungskommission“ ernannt hatte, herrschte sie mit vollkommener Autorität in den Landen; ihre ersten Verfügungen betrafen die vollständige Freigebung der Presse und Aufhebung der Censur, Einführung des freien Versammlungsrechtes und eine Proklamation an das Heer. Sie hatte sich in die Erledigung der Geschäfte in der Weise getheilt, daß Befeler das Präsidium

ohne Portefeuille, Reventlow das Aeußere und Innere, der Prinz die Kriegsangelegenheiten, Brenner die Justiz, Schmidt die Finanzen übernahmen. Am 29. trat als sechstes Mitglied noch der Eisenbahndirektor Olshausen ein und erhielt das Departement der Polizei.

Alle diese Anordnungen waren provisorischer Natur und erhielten erst dann eine Art von Geseflichkeit, als der auf den 3. April berufene Landtag zusammentrat. Von 92 Abgeordneten waren 76 auf demselben erschienen; einstimmig beschloß die Ständeversammlung, welche den Advokaten Bargum zu ihrem Präsidenten, v. Neergard zum Vizepräsidenten wählte, der provisorischen Regierung den Dank des Landes auszusprechen und bat dieselbe, die ihr Amt in die Hände der Volksvertreter niedergelegt hatte, die Geschäfte weiter zu führen.

Die Würfel waren jetzt gefallen, auf beiden Seiten rüstete man sich zum Waffengang. Dänemark schien entschlossen, den Kampf mit äußerster Kraftanstrengung zu führen; eine gewaltige Aufregung hatte sich des zähen Inselvolkes bemächtigt; in anerkennenswerther Opferwilligkeit suchten sich alle Stände zu überbieten.

Nicht minder groß war die Anspannung in den Herzogthümern; auch hier war man mit fieberhafter Hast damit beschäftigt, Truppen zu sammeln und auszurüsten, Freicorps zu organisiren und Häfen und Festungen in Vertheidigungszustand zu setzen. Zugleich jedoch richteten sich alle Blicke nach Deutschland, um nach Hülfe in dem ungleichen Kampfe zu spähen. Der Advokat Claussen war nach Berlin, der Justizrath Schleyden nach Frankfurt a. M. gereist, woselbst Letzterer, wie schon berichtet, im Vorparlamente mit Jubel begrüßt wurde und die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund erlangte. Bald sollten sich die Dinge noch günstiger wenden; am Tage nach dem Schlusse des Vorparlamentes, dem 4. April, faßte der Bundestag den Beschluß, Preußen zu ersuchen, es möge eine gütliche Einigung zwischen dem Bundesstaate Holstein und Dänemark, und wenn möglich eine staatsrechtliche Verbindung Schleswigs mit Holstein vermitteln.

Neht Tage darauf, am 12., wurde der Bundestag über eine

noch viel weiter gehende Maßregel schlüssig; er erkannte die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins an und beschloß, auch Schleswigs Räumung von dänischen Truppen, nöthigenfalls mit Gewalt, zu veranlassen, und zugleich die Aufnahme des Herzogthums in den deutschen Bund — welche bisher nur von Seiten des Vorparlamentes geschehen war — zu betreiben.

Es hätte allerdings nun immer noch zweifelhaft bleiben können, ob Preußen auch geneigt sein würde, diesen Bundesbeschlüssen nachzukommen, allein in diesem Punkte hatte die provisorische Regierung schon lange eine beruhigende Gewißheit durch einen Brief Friedrich Wilhelms IV. an den Herzog von Augustenburg.

Folgendes waren die denkwürdigen Zeilen, in welchen der König von Preußen seine Ansichten und Bestrebungen in der schleswig-holsteinischen Frage ausgesprochen hatte:

„Durchlauchtigster Herzog!“

„Auf Euer Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage in Betreff des bedrohlichen Zustandes der Herzogthümer Schleswig und Holstein eröffne Ich Ihnen hiermit Folgendes“:

„Ich habe Mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Inneren nach Kräften zu erhalten.“

„Zu diesen bestehenden Rechten rechne Ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig und Holstein, welches in diesen die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Säken ausgesprochen sein wird“,

„1. daß die Herzogthümer selbständige Staaten sind“,

„2. daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind“,

„3. daß der Mannesstamm in den Herzogthümern herrscht.“

„In diesem Sinne habe Ich Mich bereits beim Bundestage erklärt und bei diesem Rechtsverhältnisse bin Ich bereit, in Betracht des Bundestagsbeschlusses vom 17. September 1846<sup>1</sup> die Herzogthümer gegen etwaige Ueber-

<sup>1</sup> Es war dies die schon erwähnte, nichts sagende Antwort des Bundestags auf die Beschwerde der schleswig-holsteinischen Stände wegen des offenen Würfes vom 8. Juli 1846.

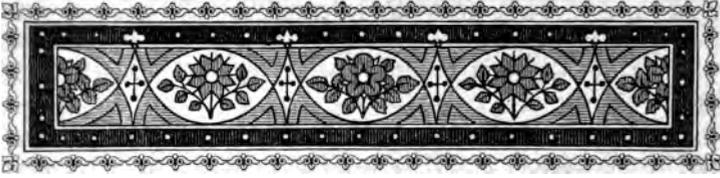
griffe und Angriffe mit den geeigneten Mitteln zu schützen.“

„Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht und bin entgegenesetzten Falles der festen Zuversicht, daß Meine deutschen Bundesgenossen gleich Mir zum Schutze herbeieilen werden.“

„Berlin, den 21. März 1848.“

„F. W.“





## IX. Abschnitt: Die Erhebung Italiens gegen Oesterreich.

---

Die italienische Einheits- und Freiheitsbewegung ist untrennbar mit dem Namen desjenigen Mannes verbunden, welchen am 17. Juni 1846 die Wahl der Kardinäle zu der höchsten Würde der christlichen Kirche erhoben hatte. Seit dem Tage, an welchem vom Balkone des Quirinal der Cardinal Miaro der harrenden Menge die Worte zugerufen: *Annuncio vobis gaudium magnum: Papam habemus Eminentissimum ac Reverendissimum Dominum Mastaium-Ferrettium, qui sibi imposuit nomen Pii Noni!* — seit diesem Tage schien ein frischer Hauch die schwüle, über der Halbinsel lagernde Atmosphäre zu durchziehen. Seit Menschengedenken waren die Nachfolger Petri — und so auch der jetzt verstorbene Gregor XVI.

müde und abgelebte Greise gewesen; mit dem einem alten Adelsbause entsprossenen Grafen Mastai Ferretti aber bestieg ein Mann in der Vollkraft seiner Jahre — er war 1792 zu Sinigaglia geboren — den heiligen Stuhl. Ein unermesslicher Adel hatte die Wahl des bisherigen Cardinals di San Pietro Marcelino begrüßt; man wußte, daß Mastai ein energischer, entschlossener und wenn man das viel gebrauchte Wort auch anwenden darf — liberal gesinnter Mann war, von

welchem sich eine Besserung der bisherigen Zustände erhoffen ließ. In der That bedurfte der verfallene und vermorschte Kirchenstaat dringend einer Reform. Eine Unzahl geistlicher Würdenträger lebte in einem anstößigen Luxus auf Kosten des in jeder Weise unterdrückten und ausgefogenen Volkes. Alle Staats- und Beamtenstellen waren mit Geistlichen besetzt, welche selbst nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienste ihren vollen Gehalt bezogen, der päpstliche Hofhalt, vor Allem die Erhaltung der kostspieligen Schweizergarden, verschlang ungeheure Summen, während Handel und Gewerbe, durch maßlose Steuern gedrückt, völlig darniederlagen. Im engsten Zusammenhange damit stand der Krebsfaden des Kirchenstaates, der Nepotismus, der Verfall der Rechtspflege, der Polizei- und Censurdruck und als Folge dieser Uebelstände das überhandnehmende Räuberwesen im Gebirge, welches im Jahre 1845 sogar zur Einnahme und Ausplünderung der Stadt Rimini durch eine Freibeuterjchaar führte. Die Unzufriedenheit war allgemein und machte sich in Verschwörungen jeder Art Luft, welche wiederum der Polizei die Handhabe zu immer strengeren Maßnahmen boten. Viele Hunderte von Römern waren eingekerkert oder hatten sich durch die Flucht in das Ausland der Verfolgung entzogen.

Es war mithin genug und übergenug für Pius IX. zu thun, wenn er seine Aufgabe, den Augiasstall des Kirchenstaates zu reinigen, ernst nahm. Und in der That schien dies sein Wille zu sein. Schon am 17. Juli erschien ein Dekret, welches sämtlichen politisch Verfolgten gegen Unterschreibung eines ehrenwörtlich zu Gehorsam verpflichtenden Kartellformulars Amnestie gewährte. Ausgeschlossen von der Begnadigung blieben nur die in politische Umtriebe verwickelten päpstlichen Beamten und Geistlichen. Nach diesem ersten Schritte, welcher den größten Jubel hervorrief, ging der Papst zu weiteren Reformen über. Er berief den beliebten Kardinal Gizzi zum Staatssekretär, er vereinfachte seinen Hofstaat, er begann selbst mit der Verbesserung des Justiz- und Finanzwesens sich zu befassen. Das Jahr 1847 brachte die Abschaffung des Pantoffelkusses, eine Milderung der Censur, die Emanzipation der Juden und endlich die Errichtung einer Bürgergarde. So groß der Jubel auch war,

welche diese letztere, am 5. Juli von dem bald darauf in Ruhestand getretenen Cardinal Gizzi veröffentlichte Verfügung erregte, so schienen doch für die Unzufriedenen die Reformen zu langsam zu gehen, und auch unter dem Krummstabe Pius' IX. nahmen die Verschwörungen und Attentate kein Ende. Wie groß schon jetzt die nationale Erregung war, zeigte die Aufregung, welche der Zwischenfall von Ferrara erzeugte. Oesterreich hatte durch den Wiener Kongreß das Recht, die Citadelle der Stadt zu besetzen, und glaubte sich befugt, dasselbe auf den ganzen Ort in Anwendung zu bringen, eine Anschauung, welcher der päpstliche Legat Ferrara's entschieden entgegentrat. Erst im Dezember wurde dieser Handel beigelegt. Das Ende des Jahres hatte noch zwei bedeutende Ereignisse gebracht, einmal den Abschluß eines Zollvereins zwischen dem Kirchenstaate, dem Großherzogthum Toskana und dem Königreich Sardinien, ein Werk, in welchem man, ähnlich wie bei dem Zustandekommen des preussischen Zollvereins in Deutschland, den ersten Schritt zu einer Einigung des Vaterlandes erblickte, und die Berufung einer Art Ständeversammlung, welche mit der päpstlichen Regierung die Einführung von Reformen berathen sollte.

Die ersten Monate des Jahres 1848, welche noch verhältnißmäßig ruhig verliefen, zeitigten noch eine schwerwiegende Maßregel des Papstes: das bisherige System, nach welchem nur die Cardinäle die Minister- und sonstigen hohen Staatsstellen in Händen hielten, wurde beseitigt, zwei Weltliche in das Ministerium berufen. Der Graf Feretti erhielt das Finanzwesen, der Fürst Teano das Ministerium der Polizei.

Hatte Pius IX. in seinen Reformen auch nicht allen Wünschen entsprochen, war er auch nicht so rasch vorgeschritten, als es die Stürmer und Dränger des jungen Italiens verlangten, so hatte er es doch verstanden, den überschwänglichen Hoffnungen und Erwartungen, welche man schon bei seiner Wahl auf ihn gesetzt hatte, nachzukommen. Nicht wenig trug seine persönliche Liebenswürdigkeit zu seiner Popularität bei. „Ein Papst, der zu Fuß durch die Straßen von Rom ging, der freudig Jedem seinen Segen gab, und alle Wochen am Donnerstag jeden Römer zu sich ließ, der ein Anliegen bei ihm hatte, war bisher etwas

Unerhörtes, und die Begeisterung des Volkes für ihn grenzte fast an abgöttische Verehrung. Oft kam es vor, daß Leute die Steine küßten, über die Pius IX. kurz zuvor weggegangen war.“

Winnen Kurzem hatte es somit Pius IX. erreicht, daß er als der Träger der Reformbestrebungen, der freiheitlichen und nationalen Entwicklung nicht nur im Kirchenstaate, sondern in ganz Italien dastand. Der Wiener Kongreß hatte die Halbinsel so ziemlich in denselben Zustand hinabgestoßen, in welchem sie sich vor Ausbruch der französischen Revolution befunden hatte. Zerstückelt wie ehemals war das Land theils der Herrschaft Oesterreichs, theils der Despotie seiner Fürsten überantwortet, welche Letztere wieder die Regeln der Metternich'schen Staatsweisheit zu den ihrigen machten. Bald hatte sich die Unzufriedenheit über das ganze Land verbreitet, die dem Italiener angeborene Neigung zu geheimnißvollen Verschwörungen griff immer mehr um sich, die Carbonaria, später das „junge Italien“ und andere geheime Gesellschaften entfalteten ihre Thätigkeit, unausgesetzt hielten Aufstandsversuche und Attentate, welche alle des Näheren hier aufzuzählen zu weit führen würde, die Polizei in Athem und überzeugten die Machthaber, daß der Boden ihrer Herrschaft nicht allzusehr gegründet sei.

Die große Schwierigkeit für die italienischen Patrioten lag darin, daß sie nicht nur mit der Despotie der angestammten Fürsten und der Indolenz der Massen, sondern auch mit der Herrschaft eines fremden Staates zu kämpfen hatten. Oesterreich wußte den Werth seiner lombardischen und venetianischen Besitzungen wohl zu schätzen. Es unterhielt eine starke, zum größten Theile aus Nichtitalienern bestehende Truppenmacht, seine Magazine waren wohl gefüllt, die Festungen gut armirt und der Höchstkommandirende, Graf Radetzky, war nicht der Mann dazu, sich vor einem Volksaufstande zu beugen. An den Spitzen der österreichischen Bajonette hörte die Macht Pius' IX. und der nationalen Erregung auf; um die „weißröckigen Barbaren“ aus Italien zu vertreiben, bedurfte man eines zahlreichen und gut geschulten Heeres, wie es nur ein mächtiger Staat in das Feld zu stellen vermochte.

An größeren selbständigen Mächten gab es, vom Kirchen-

staaten abgesehen, zwei, die Königreiche Neapel und Sardinien; die kleineren Staaten, Toskana, Modena, Parma, waren machtlos und standen unter österreichischem Einfluß. Von jenen beiden mußte die Befreiung kommen. Von Neapel ein solches Eintreten für Italiens Größe zu erhoffen, wäre Wahnsinn gewesen. Die dortigen Zustände ließen, wie später zu erörtern, alles Andere, nur nicht eine solche That erwarten. Es blieb somit nur ein Staat übrig, das Königreich Sardinien, an dessen Spitze der König Karl Albert stand.

Die Vergangenheit des 1798 geborenen Herrschers war allerdings nicht dazu angethan, ihm das Vertrauen der Patrioten zu erwerben. Als 1821 der Aufstand in Piemont wie in anderen Theilen der Halbinsel ausgebrochen war, hatten die Verschworenen nach der erzwungenen Abdankung des Königs Viktor Emanuel den damaligen Prinzen von Carignan, den Sprößling einer Nebenlinie des Regentenhauses und General in der piemontesischen Armee, zu ihrem Führer ausersehen, während zugleich der König ihm die Regentschaft bis zum Eintreffen seines Bruders Karl Felix, zu dessen Gunsten er der Krone entsagt, übertrug. In diesen schweren Zwiespalt verwickelt benahm sich der Prinz ebenso unentschlossen wie später als König; doch als der neue Herrscher energisch ihn und das Land zur Pflicht zurückrief, siegte in ihm der Diplomat über den Patrioten. Er verrieth die Sache der Aufständischen, flüchtete heimlich aus Turin und legte die Regentschaft nieder, ein Schritt, welcher ihm Straflosigkeit und nach einiger Zeit auch die Gunst seiner königlichen Verwandten wieder erwarb. Als Karl Felix 1831 kinderlos starb, bestieg Karl Albert den Thron Sardiniens. Schon 8 Jahre vorher hatte er, um seine politische Umkehr zu beweisen, den Feldzug des royalistischen Frankreichs gegen das konstitutionelle Spanien im Heere des Herzogs von Angoulême als Freiwilliger mitgemacht; zur Regierung gelangt, suchte er jetzt durch ein streng absolutistisches System die liberalen Verirrungen seiner Jugend zu sühnen. Erst als um die Mitte der vierziger Jahre die nationale Bewegung sich immer gewaltiger zu regen begann und bald darauf in Pius IX. ihren Mittelpunkt fand, entschloß sich der ehrgeizige und einsichtige, wenn

auch charakter schwache Herrscher, auch seinerseits dem Zuge der Zeit zu folgen. Er betraute den Grafen Cäsar Balbo mit dem Vorſiße eines freisinnigen Ministeriums, führte im Justiz- und Verwaltungswesen Reformen ein und gab zu Anfang des Jahres 1848 dem Lande eine liberale Verfassung. In einer Unterredung, welche er schon zu Ende des Jahres 1845 mit dem bekannten Patrioten und Führer der geheimen Gesellschaft der „Trafilatori“ (Drahtzieher), Graf Massimo d'Azeglio, pflog, enthüllte er seine geheimen Absichten. Italien, so lauteten seine Worte, könne auf ihn zählen. Bei der ersten günstigen Gelegenheit werde er mit seiner gesammten Macht für die Sache des Vaterlandes eintreten. Dies war im Munde des Sardenkönigs ein schwerwiegender Ausspruch; denn das piemontesische Heer, von Karl Albert mit Sorgfalt vermehrt und ausgebildet, war eine stattliche und zahlreiche Streitmacht, und auch die Flotte war der österreichischen zum Mindesten ebenbürtig. Auf diese seine Truppen baute Karl Albert seine Hoffnungen, mit ihrer Hülfe wollte er die Oesterreicher schlagen und sich, wenn Alles gut ging, die Königskrone Oberitaliens auf das Haupt drücken und gegen die Feinde vertheidigen. Denn er wußte wohl, daß die zahlreiche republikanische Partei, an deren Spitze der rastlose Agitator Mazzini stand, ihn nur als Werkzeug zur Vertreibung der Oesterreicher gebrauchen wollte, und daß die italienischen Fürsten sich ihm nicht willig unterordnen würden.

Es waren somit von den drei größeren Mächten Italiens zwei, der Kirchenstaat und Piemont, der nationalen Bewegung zugethan, die dritte, das Königreich Neapel, durch innere Wirren geschwächt und nicht im Stande, sich allein der italienischen Sache zu entziehen. Auch von Toskana, wo Großherzog Leopold milde und gerecht herrschte, ließ sich ein Anschluß erwarten, und alledem gegenüber wollte es wenig sagen, daß die Herzöge von Parma und Modena in gewohntem Despotismus fortregierten.

Aller Augen wendeten sich jetzt nach den Ländern, welche unmittelbar den Druck der Fremdherrschaft empfanden, nach der Lombardei und Venedig. Mit jener kurzfristigen und finsternen Strenge, welche das gesammte vormärzliche System Oesterreichs kennzeichnet, waltete auch hier die Regierung ihres Amtes. Zu

Hundertern wurden die Patrioten verfolgt, verbannt, in den Kerker des Spielberg begraben, dessen Schrecken Silvio Pellico in seinen bekannten Memoiren schildert. So lange sich nur die Elite des Volkes, der Adel, die Universitätskreise, die Gebildeten aller Stände an dem geheimen Kampfe gegen die österreichische Herrschaft beteiligten, gelang es dieser noch, sich durch schonungslose Strenge zu behaupten. Allmählich aber begann auch in den breiten Schichten der Bevölkerung, welche bisher, seit Jahrhunderten der politischen Selbständigkeit entwöhnt, wenig Interesse an den Geschicken ihres Vaterlandes gezeigt hatten, das Gefühl der nationalen Ehre und Würde sich zu regen. Die Stimmung gegen die Oesterreicher wurde von Tag zu Tag feindlicher, sie stieg zu blutigen Zusammenstößen und Meibereien aller Art, Spottlieder auf die Deutschen, Beschimpfungen und Bedrohungen der „Barbaren“ waren an der Tagesordnung. Es kam soweit, daß vom 1. Januar 1848 ab sich die gesamte Bevölkerung des Raichens enthielt, um auf diese Weise die österreichische Regierung, welche bekanntlich das Tabakmonopol besaß, zu schädigen. Aus dem gleichen Grunde verzichteten die Italiener sogar auf das Lottospiel, welchem sie sonst so leidenschaftlich ergeben waren. Im Theater, auf den öffentlichen Promenaden kam es zu stummen und scheinbar unverfänglichen Demonstrationen, welche doch in ihrer Bedeutung wohl erkannt und gewürdigt wurden. In der Luft lag jene unheimliche Schwüle, welche den bevorstehenden Ausbruch des Gewitters anzeigt.

Die österreichischen Behörden vermochten sich dieser Wahrnehmung nicht zu verschließen. Das herrschende Prinzip Metternichs: „nach uns die Sündfluth“, war freilich den Vorsichtsmaßregeln, welche sie für erforderlich hielten, nicht günstig; doch gelang es ihnen, die Wiener Regierung wenigstens einigermaßen aus ihrer Vassigkeit aufzurütteln. Die Truppenmacht wurde verstärkt, die Polizeiaufsicht verschärft und am 22. Februar 1848 der Belagerungszustand über das Land verhängt, an demselben Tage, an welchem in Paris der Kampf gegen Louis Philippe begann.

Dieser strengen Maßregel konnte es die Regierung verdanken,

daß die Kunde von der Februar-Revolution nicht den gefürchteten Aufruhr erregte. Erst als die Revolution auf ihrem Zuge durch Europa die Hauptstadt des Kaiserstaates selbst ergriff und den allmächtigen Staatsmann stürzte, war auch für die Italiener der „große Augenblick“ gekommen, welchen so viele Patrioten seit Jahren ersehnt.

Am 17. März langten die ersten Nachrichten von der Wiener Revolution in Mailand an und unmittelbar darauf brach überall der Sturm los. In allen Städten erhob sich das Volk gegen die Regierung und ihre Truppen.

Die gesammte in den italienischen Provinzen befindliche Heeresmacht der Oesterreicher war im März 1848 in zwei Armee-corps eingetheilt, deren erstes unter dem Grafen Bratslaw in Mailand und anderen Punkten der Lombardei, das zweite unter dem Baron d'Aspre in Padua, Mantua, Benedig, Verona und einigen kleineren Städten stand. Die Stärke des 1. Corps belief sich auf 35 Bataillone, 20 Escadrons, 7 Batterien; die des 2. auf 27 Bataillone, 16 Escadrons, 7 Batterien, zusammen etwa 75 000 Mann mit 5500 Pferden und 108 Geschützen<sup>1</sup>.

Es war dies allerdings eine ansehnliche Kriegsmacht, allein nahezu ein Drittel der Truppen bestand aus Italienern und ging bei Ausbruch der Revolution zum größten Theile zur Sache der Landsleute über; die wenigen eingeborenen Bataillone, die ihrem Fahneneide treu blieben, konnten zum offenen Kampfe gegen ihre Kameraden billigerweise nicht verwandt werden. Der übrige Theil des buntschwedigen k. k. Heeres, — Kaiserjäger, Grenadiere, deutsche, böhmische, ungarische, galizische, steyrische Regimenter, Kärnthner, Kroaten, Slavonier und Mähren, hatte zwar keine Veranlassung, dem Beispiele der italienischen Genossen zu folgen, allein andererseits konnte ein dergleichen, aus den verschiedensten deutschen, slawischen und ungarischen Elementen zusammengesetzter Truppen-Körper, wie es das österreichische Heer war und ist, ein Heereskörper, in welchem oft genug in dem Verkehr zwischen Offizieren und Gemeinen selbst das Bindeglied der gemeinsamen Sprache fehlte,

<sup>1</sup> „Ereignisse in Italien“, S. 343 f. Etwas abweichende Angaben bei Willisen, 128 f.

er magt in der Weise als ein untrennbares und fest empfundenes Ganzes, als ein Volk in Waffen fühlen, wie dies bei den Gegnern, den nach nationaler Einheit strebenden Italienern und später den Ungarn der Fall war. Es war unter diesen Umständen ein Bedürfnis, daß die Armee in dieser kritischen Zeit einen Mittelpunkt der Person eines Führers besaß, zu welchem sämmtliche Truppen mit Vertrauen und Begeisterung emporblickten.

Der greise Feldmarschall Graf Joseph Radetzky war einer der wenigen Männer, vielleicht der einzige wirkliche Mann, welchen der morische Kaiserstaat in der Stunde der Gefahr besaß. Braucht man auch nicht nach dem Vorgange Scherr's den alten Kriegsmann als die bedeutendste historische Figur des Jahres 1848 zu betrachten<sup>1</sup>, so ist doch das Eine sicher, daß die Errettung Oesterreichs aus den Stürmen der Revolution im wesentlichen das Werk des 82jährigen Greises und seiner Siege in der Lombardei gewesen ist. Die Thatkraft und Umsicht, welche der alte, in den Jahren von 1789 bis 1815 in Kriegsjahren jeder Art erprobte General hier unter den schwierigsten Umständen bewies, steht in einem ebenso grellen Gegensatz zu der Unfähigkeit eines Windischgrätz und anderer Hof-Generale, als zu dem rein milden und humanen Verfahren gegen die Unterworfenen über einen Hagnau und Genoffen erhebt.

Am folgenden 18. März war auch für Mailand der Tag der Befreiung. Während in den Straßen von Berlin der Aufstand seinen Anfang nahm und die Elbherzogthümer sich von der Hand Danemarks losrissen, war der Stadtrath von Mailand von dem Bürgermeister Grafen Casati an der Spitze, bei dem sich auch Grafen O'Donnell erschienen, und hatte ihm, als er am 17. März mit der ungetroffenen Nachricht, daß Kaiser Ferdinand II. die neue Verfassung verliehen habe, seine Forderungen an die Regierung vorlegte, der die Tragweite der Ereignisse nicht zu begreifen vermochte, die folgenden Punkte vor den Italienern umringt, was man wollte. Die Nationalgarde sollte aufgelöst, mit den Nationalen sollte die Nationalgarde ausgerüstet werden. Allein es war nicht möglich, diese Forderungen durch Concessionen zu verhindern.

Schon war es vor dem Regierungsgebäude zu einem erbitterten Kampfe zwischen der Wache und den Volksmassen gekommen, in welchem die erstere nach tapferer Gegenwehr unterlag. Das unausbleibliche „Mißverständnis“ durfte auch hier nicht fehlen; beide Theile beschuldigten sich gegenseitig, zuerst die Waffen gebraucht zu haben, ohne daß der Sachverhalt aufgeklärt werden konnte. O'Donnell selbst wurde von einer großen Volksmenge, an deren Spitze sich ein gewisser Cernucchi befand, umringt, nach dem Hauptquartier der Insurgenten, dem Hause Vidiserti, geführt und dort bewacht.

Der lange befürchtete Aufstand, gegen den sich noch jetzt die Vorkämpfer der italienischen Einheit in Mailand, Cattaneo an der Spitze, ausgesprochen hatten<sup>1</sup>, war somit halb durch die Aufregung des Volkes, halb durch das Einschreiten des Grafen Casati, eines im Uebrigen unentschlossenen und schwachen Mannes, herbeigeführt und griff mit reißender Schnelligkeit um sich. Das Volk strömte bewaffnet auf die Straßen, Barricaden wuchsen aus dem Boden, von allen Thürmen ertönten die Sturmglocken.

An Waffen besaßen die Mailänder nur wenige, zum Theil unbrauchbare Gewehre; es mangelte an Pulver und Blei, selbst die Lebensmittel waren nur für einige Tage ausreichend, allein alle diese Nachtheile wurden durch die Begeisterung des kämpfenden Volkes aufgewogen, welches in den engen, krummen Straßen der inneren Stadt, theils durch die geschickt errichteten Barricaden, theils durch die hohen, steinernen Häuser gedeckt, den angreifenden Truppen einen verzweifelten Widerstand entgegensetzte.

Der hauptsächlichste Stützpunkt der Oesterreicher, deren Truppenmacht sich auf die drei Brigaden Wohlgemuth, Clam und Rath, zusammen etwa 10000 Mann belief, war das auf der Westseite der Stadt befindliche Kastell, der Festsitz der von Napoleon geschleiften Citadelle. Von hier aus stürmte zunächst General Wohlgemuth mit einem ungarischen Grenadierbataillon das inmitten der Stadt gelegene Regierungsgebäude, welches vom Volke zu Beginn des Aufruhrs überrumpelt worden war. Die

<sup>1</sup> Soria, I, 230.

Hoffnung, den Grafen O'Donnell hier noch vorzufinden und zu befreien, erwies sich als trügerisch. Der Gouverneur war, wie berichtet, bereits weggeführt worden. In allen Straßen und Gassen begann nach diesen einleitenden Kämpfen ein blutiges, von beiden Seiten erbittert geführtes Gefecht, das sich stundenlang ohne einen entscheidenden Erfolg hinzog. Mit Geschick vermochten die Oesterreicher in den engen Straßen wenig auszurichten, die Reiterei war, miewohl verschiedene Male Husaren gegen die Barrikaden anritten, hier unbrauchbar, das Fußvolk vermochte, von Schüssen und Wurfgeschossen aller Art, von siedendem Wasser und Del empfangen, nur langsam in Reihen längs der Häuser vorzubringen.

Sechs Stunden hatte der Kampf bereits gedauert und der Abend brach herein, als Radežky einen Hauptschlag auszuführen beschloß. Er befahl, das am Broletto gelegene Stadthaus, in welchem er das Hauptquartier der Aufständischen vermuthete, zu nehmen. Wiederum verstrichen vier Stunden, ehe es den zum Angriff beorderten Truppen des Generals Wohlgemuth gelungen war, das zum Broletto führende Straßengewirr zu durchschreiten. Um das Gebäude selbst entspann sich ein neuer, erbitterter Kampf. Die Versuche, mit Beilen das Thor einzuschlagen, mußten, da in kurzer Zeit fast sämtliche Zimmerleute der angreifenden Kompagnien unter dem unausgesetzten Feuer der Insurgenten blieben, aufgegeben werden; man riß eine Holzhube nieder und gewann so Raum zur Aufstellung eines Zwölfpfünders, dessen Feuer die Besatzung nicht zu widerstehen vermochte. Das Stadthaus wurde genommen, und mehrere Hundert Mailänder, die zum Theil den ersten Familien der Stadt angehörten, fielen in die Hände der Oesterreicher.

Nach diesen Vorfällen trat für den Rest der Nacht ziemlich Ruhe ein, da die tiefe Dunkelheit und der strömende Regen keine größeren Truppenbewegungen gestatteten. Radežky hielt nunmehr die gesammte Umwallung der Stadt und sämtliche Thore, sowie die wichtigsten Punkte im Inneren, namentlich das Kastell, das Broletto, das Regierungsgebäude und den Dom besetzt. Weitere Vortheile jedoch gelang es, als am Morgen des 19. der Kampf aufs Neue begann, nicht zu erringen. Der

Tag verstrich in fruchtlosem Geplänkel gegen den in den Seitenstraßen und Nebengäßchen verchanzten Feind. Die Verbindung zwischen den einzelnen Truppentheilen war fast gänzlich unterbrochen, die kleineren und isolirt stehenden Abtheilungen wurden hier und dort abgeschnitten und zu Gefangenen gemacht, mit jeder Stunde schien die Kampfeslust und Siegeszuversicht des Volkes zu wachsen.

Unter diesen Umständen faßte Feldmarschall Radetzky einen kurzen Entschluß; in der Nacht vom 19. zum 20. März zog er seine Truppen aus der Stadt auf die Wälle zurück, um von hier aus die Aufständischen umschlossen zu halten und mit einem Bombardement zu bedrohen. Unter heftigen Kämpfen wurde diese Bewegung ausgeführt; im Inneren Mailands setzten nur noch die Polizeicorps, die man im österreichischen Lager vergessen zu haben scheint, den Kampf fort. Der Dom, von dessen Galerien bisher die Kaiserjäger auf das Volk gefeuert hatten, das Stadthaus und die übrigen wichtigen Punkte innerhalb der Stadt fielen im Laufe des 20. in die Hände der Aufständischen, welche nunmehr den ganzen inneren Theil Mailands bis zu dem die Stadt umgebenden Kanale behaupteten. Die Oesterreicher hielten die Bastionen, das Kastell und einige Kasernen fest. Daß es bei dem nächtlichen Rückzuge der Truppen nicht ohne Erzeße aller Art abging, geben die Oesterreicher selbst zu. Die Kroaten und ähnlichen Bestandtheile des k. k. Heeres thaten ihr Möglichstes, um den Abzug der „Barbaren“ an den Italienern zu rächen, und es mögen sich genug Gräueltzenen in der Nacht ereignet haben.

Der Rückzug der Truppen war ein ungeheurer Gewinn für den Aufstand, nicht weniger durch die Siegeszuversicht, welche er den einzelnen Barrikadenkämpfern einflößte, als dadurch, daß nunmehr eine gemeinsame Leitung des bisher ziemlich planlos betriebenen Straßengefechtes möglich war. Von dem Bürgermeister Casati allerdings war ein solches Eingreifen nicht zu erwarten. Er war ein unentschlossen hin und herschwankender Charakter, der am liebsten die Einigung Italiens mit den Unterthanenpflichten gegen Oesterreich vereinigt hätte, dabei ein Mitglied der städtischen Aristokratie und als solches der Ausrufung

einer Mailändischen Republik, welche bereits von einigen Heißspornen geplant wurde, durchaus abhold. Während er noch zögerte und durch die Ernennung einiger Weisiger des Stadtrathes die stürmische Forderung nach einer provisorischen Regierung zu bannen hoffte, setzten sich die eigentlichen Führer der Bewegung durch einen Handstreich in den Besitz der Macht. Cattaneo und drei seiner Genossen, Cernucchi, Tercaghi und Clerici, konstituirten sich als „Kriegsrath“ und erließen sofort Proklamationen, welche die Bürger zum Kampfe aufriefen und verkündeten, daß das österreichische Heer bereits in völliger Zerrüttung sei. Unterzeichnet waren die Dekrete mit: „Italia libera“, um auf diese Weise jeden Streit über die Form der künftigen Verfassung zu vermeiden. Die Stadtbehörde ihrerseits antwortete auf diesen eigenmächtigen Schritt, indem sie einen „Vertheidigungsausschuß“ einsetzte, welcher übrigens alsbald mit Cattaneo und seinen Genossen fraternisirte und erklärte, bis zur Wiederherstellung der Ordnung als oberste Behörde wirken zu wollen.

Unbeeinflusst durch diese Zwistigkeiten ging indessen der Kampf weiter. Sämmtliche männliche Einwohner vom 20. bis 60. Jahre waren unter die Waffen gerufen, der greise General Vecchi, ein Kriegsmann aus der Napoleon'schen Zeit, hatte den Oberbefehl übernommen. Man hatte einige Waffen- und Munitionsvorräthe der Oesterreicher erbeutet, selbst eine Art Mörser war aus eisenbeschlagenen Holzröhren hergestellt worden, welche allerdings nach wenigen Schüssen zerprangen. Und schon kämpften die Mailänder nicht mehr allein. Der Kanonendonner hatte weithin der Landbevölkerung Kunde von dem Aufstande gegeben, durch einzelne Flüchtlinge aus der Stadt, denen es gelungen, sich durch die österreichischen Linien zu schleichen, durch kleine, in Mailand aufgelaßene Luftballons, welche Proklamationen trugen, war rasch im Lande das Nähere bekannt geworden. Schon war die ganze Gegend in Aufruhr; bewaffnete Banden zogen nach der Stadt und griffen die Oesterreicher an, Wege und Brücken wurden zerstört, Armeedorräthe vernichtet, kleinere Truppenabtheilungen gefangen genommen, alle Verbindungen zwischen den einzelnen österreichischen Garnisonen abge schnitten.

Für die im Inneren der Stadt Befindlichen kam jetzt Alles darauf an, sich einen Ausgang in das Freie zu bahnen. An verschiedenen Punkten der Umwallung, namentlich in dem Quartier Ticinese, wurde heftig gestritten, doch gelang es hier dem Grafen Lam, sich zu behaupten. Dagegen glückte es einer von Manara geführten Schaar, sich der Porta Tosa zu bemächtigen; die Kaserne S. Francesco und das Geniegebäude wurde den Oesterreichern gleichfalls entzogen.

Schon hatte es sich gezeigt, daß der Widerstand der Stadt nicht zu brechen war; ein Waffenstillstand, den die Konsuln der fremden Mächte zu vermitteln versucht hatten, war sowohl von den Oesterreichern als von dem Volke zurückgewiesen worden. Unmittelbar darauf hatte eine neue Nachricht die Kampfeslust der Mailänder aufs Höchste entflammt. Der Graf Martini war aus Turin eingetroffen, er berichtete von der kriegerischen Begeisterung, die in dem Heere und Volke Sardiniens herrsche, vor Allem aber von dem Entschlusse Karl Alberts, die Lombarden im Kampfe gegen Oesterreich zu unterstützen. Die von dem Könige gestellten Bedingungen, welche im wesentlichen auf eine Vereinigung der Lombardei mit seinem Reiche hinausliefen, erzeugten in der Bürgerschaft einen neuen heftigen Streit; doch war es diesmal Cattaneo und seine Partei, welche in Folge ihres Zauderns unterlag; am Abend des 21. setzten Casati und die Patrizien eine provisorische Regierung ein, welcher sich am nächsten Tage der „Kriegsrath“ unterwarf.

Während somit auf Seite der Italiener die Bewegung unaufhörlich wuchs und an Heftigkeit gewann, befanden sich die Oesterreicher in einer Lage, welche einen minder energischen Charakter, als es Radetzky war, hätte zur Verzweiflung bringen müssen. Schon am 21. konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die ganze Lombardei im Aufruhr sei. Die Kriegserklärung Piemonts schien unausbleiblich, dazu kam die Nachricht, daß auch die Schweiz Truppen aufgeboden habe; die Soldaten gingen, soweit sie geborene Italiener waren, zum Feinde über, die treu gebliebenen waren durch den viertägigen Straßenkampf auf das Aeußerste erschöpft und litten Mangel an Lebensmitteln und Munition.

Unter diesen Umständen beschloß Radetzky, die Hauptstadt preiszugeben, um das Heer zu retten. „Es war ein furchtbarer Entschluß“, berichtet er, „aber Mailand mußte verlassen werden.“ Die am Tessin stehenden Brigaden der Generale Graf Strassoldo und Maurer trafen, von dem Feldmarschall herbeibeordert, glücklich am Abend des 22. vor Mailand ein, — nur ein Bataillon Grenzer war in Como, eine einzelne Compagnie in Varese gefangen genommen worden, so daß nunmehr in der Hauptstadt der größte Theil des 1. Corps vereinigt war. In der Nacht des 22. zum 23. setzte sich gegen 11 Uhr die Armee in fünf Colonnen in Bewegung. Die einzelnen Brigaden und mit ihnen der endlose Troß der Verwundeten und Kranken, der flüchtenden Deutschen, die Munitions- und Proviant-Fuhrwerke, ein Troß, der Alles in Allem über fünf Stunden Wegs einnahm, bewegte sich, durch Plänkler in der Flanke gedeckt, über den Wall auf die Straße nach Melegnano. An einigen Punkten, wo das Volk bereits bis zu den Bastionen vorgeedrungen war, hatten die Truppen die nächstgelegenen Häuser und Gärten stürmen müssen; der Flammenschein zahlreicher Gebäude beleuchtete den Zug. Nach Mitternacht räumten die letzten Truppen, die Brigaden Clam und Wohlgemuth, das Kastell und folgten als Arrieregarde dem Heere. Eine Menge Kriegsgeräth, das man nicht mitzunehmen vermochte, wurde hier den Flammen übergeben<sup>1</sup>. Als der Morgen des 23. März graute, war Mailand von den Feinden befreit, jubelnd stürzte sich die Bevölkerung auf die noch verrammelten Thore und die Citadelle, die so lange ihre Zwingburg gewesen war. Der Sieg war theuer erkauft; 350 Männer, Frauen und Kinder waren in der viertägigen Straßenschlacht geblieben und eine große Anzahl starb noch in den nächsten Tagen. Die Oesterreicher geben, wohl zu niedrig, ihren Verlust auf 181 Tödt, 231 Verwundete und 180 Gefangene an<sup>2</sup>.

Mailand war in Wien verloren gegangen; Radetzky und seine Generale trug keine Schuld an dem Verluste der Stadt. Anders

<sup>1</sup> Soria berichtet (I. 252) allen Ernstes, in dieses Feuer habe Radetzky unter Anderem auch sämmtliche Verwundete und die Gefangenen werfen lassen, ein Beweis, weisen man die Oesterreicher für fähig hielt.

<sup>2</sup> „Kriegerische Ereignisse in Italien“, S. 65.

aber lagen die Dinge bei einem zweiten schweren Schläge, der um dieselbe Zeit die österreichische Herrschaft erschütterte, bei dem Falle Venedigs. Abgesehen von ihrer politischen Bedeutung war der Besitz der Lagunenstadt insofern von äußerster Wichtigkeit, als dieselbe den Stützpunkt der Verteidigungslinie an der Etsch darstellte und den direkten Verkehr zwischen der Lombardei und Illyrien vermittelte. Weiterhin war Venedig ein Haupthafenplatz der kaiserlichen Marine und endlich bildete die Wiedereroberung der Stadt, wenn man sie einmal preisgegeben hatte, ein äußerst schwieriges Unternehmen.

Alle diese Erwägungen hätten wohl hinreichen können, um die österreichischen Behörden, den Festungskommandanten Grafen Richy und den Civilgouverneur Grafen Palffy, zu unerschütterlicher Strenge und Entschlossenheit gegenüber der aufgeregten Bevölkerung zu veranlassen; allein es scheint, als ob den genannten Beamten die nöthige Energie und selbst die Erkenntniß der auf ihnen lastenden Verantwortlichkeit abgegangen ist. Zudem war auch in der Sicherung des wichtigen Platzes die nöthige Vorsicht verabsäumt. Von der gesammten Besatzung waren nur zwei steyrische Bataillone und ein Bataillon Peterwardeiner Grenzer zuverlässig, der Rest bestand aus italienischen Truppen.

Bereits seit geraumer Zeit hatte eine heftige Gährung in Venedig geherrscht, so daß schon am 18. Januar die Behörden sich veranlaßt gesehen hatten, die beiden hervorragenden Führer der Bewegung, Manin und Tommaseo, zu verhaften. Dadurch war die Erbitterung des Volkes noch gestiegen, vielfach zeigte man sich in Trauerkleidern auf der Straße, rottete man sich vor dem Gefängnisse, welches die beiden Führer barg, zusammen, erzählte man die im ganzen Lande verbreiteten Gerüchte von dem Wachsen des Aufstandes in Palermo und Neapel, und von dem bevorstehenden Befreiungszuge des Sardenkönigs.

Unter diesen Umständen rief die Nachricht von den Ereignissen in Wien sofort eine große Erregung hervor. Das Volk scharte sich drohend zusammen und errang, obgleich die ersten Zusammenrottungen mit Leichtigkeit von den deutschen Truppen zersprengt wurden, von Palffy die Freilassung Manins und

Lommasèo's, welche unter Triumphgeschrei durch die Straßen getragen wurden.

Bald ging der Gouverneur noch weiter, indem er die Bildung einer Bürgerwehr gestattete. Eigentlich sollte diese Civica nur einige Hundert Mitglieder zählen, allein da eine Kontrolle dieser Bestimmung sich nicht durchführen ließ, belief sich in Kürze die Zahl der bewaffneten Venetianer auf Tausende. Noch war, obwohl einige Menschen bei den Straßentumulten den Tod gefunden hatten, das gute Einvernehmen zwischen Regierung und Volk nicht gestört, sondern sogar des Abends die Stadt festlich beleuchtet worden. Allein als nunmehr die Nachrichten von den Vorgängen in Mailand eintrafen, als die Schwäche des Gouverneurs Palffy, welcher bereits der Civica die Bewachung des Regierungspalastes überlassen hatte, immer offenkundiger wurde, nahm die Revolution ihren unausbleiblichen Fortgang.

Eine gräuelvolle Mordthat sollte die Erregung des Volkes offenbaren. Der Arsenal-Kommandant Oberst Marinovich hatte sich den Arbeitern durch seine Strenge sehr verhaßt gemacht, daß er bei dem Ausbruch der Unruhen an Bord eines Kriegsschiffes flüchten mußte. Unglücklicherweise ließ er sich verleiten, noch einmal seinen sicheren Zufluchtsort zu verlassen und sich auf das Land zu begeben. Bei seinem Anblicke entbrannte die Wuth des Volkes aufs Neue; ein Haufen Arbeiter stürzte sich auf ihn, erbrach das Thor eines Thurmes, in dem man ihn zu verbergen suchte, und machte ihn nieder.

Anstatt diesen Mord mit einer durch die Umstände gebotenen Strenge zu sühnen, verloren die österreichischen Behörden völlig ihren Halt. Bereits hatte Manin auf dem Markusplatze unter dem stürmischen Jubel des Volkes die Republik proklamirt, unter dem Vorbehalte, späterhin die dem geeinigten Italien passende Regierungsform anzunehmen, bereits wälzten sich die Volksmassen unter dem Geschrei: es lebe die Republik, — es lebe die Freiheit! — durch die Straßen und noch war von Seiten der Militärbehörde kein ernstlicher Versuch geschehen, den Aufruhr mit bewaffneter Hand niederzuschlagen. Es scheint, daß der alte General Zichy, in dessen Hände der Gouverneur Palffy seine ganze Macht gelegt hatte, durch die unerhörten Vorgänge in

Wien, namentlich durch den Sturz des ihm verwandten Fürsten Metternich, völlig betäubt war. Außerdem hatte Zichy bereits 25 Jahre in Venedig gelebt und betrachtete dasselbe beinahe als eine zweite Vaterstadt; er mochte sich daher scheuen, die ehrwürdige Lagunenstadt den Verheerungen eines Bombardements auszusetzen. Endlich war der General zwar in den Befreiungskriegen ein tüchtiger Husarenoberst gewesen, jetzt aber alt und schwach geworden.

Alles dieses vermag den Entschluß zwar zu erklären, aber niemals zu entschuldigen, welchen Zichy am 22., von dem Advokaten Abesani und anderen Patrioten bedrängt, faßte, einen Entschluß, welcher der österreichischen Macht einen nahezu tödtlichen Schlag versetzte. Er ließ sich dazu verleiten, mit den deutschen Truppen Venedig zu verlassen; das gesammte italienische Militär, die kaiserliche Marine, die ungeheuren Kriegsvorräthe und Proviantdepots und die Kassen gab er der bereits eingesetzten provisorischen Regierung preis, ein Schritt, der den Italienern selbst kaum glaublich schien. In Wien wurde der General alsbald gefangen gesetzt und die kriegsgerichtliche Untersuchung gegen ihn eröffnet.

Neben diesen beiden schweren Schlägen wurden die sonstigen Verluste, welche der nunmehr in der ganzen Lombardei ausgebrochene Aufstand den Oesterreichern zufügte, kaum mehr empfunden. Und doch waren diese Einbußen empfindlich genug; so trat die drei Bataillone starke Garnison von Cremona über; der Commandeur, General Schönhals, und die Offiziere wurden zwar von den Meuterern entlassen, allein auf dem Wege zu der Armee von Brescianern gefangen genommen. Die Besatzungen der Städte Este, Treviso und Bergamo schlossen sich ebenfalls dem Aufstand an, auch Brescia ging, da der größte Theil des hier liegenden Regimentes Haugwitz sich empörte und auf die treu gebliebenen Soldaten feuerte, verloren. In Novigo fiel ein Jägerbataillon ab, desgleichen in Osopo und Palmanova einzelne Kompagnien, wobei in letzterem Orte allein an Kriegsvorräthen 30 Geschütze und 15 000 Gewehre verloren gingen. Bis zu dem italienischen Tirol erstreckte sich der Aufstand; hierdurch, sowie durch den Umstand, daß die auf dem

Garba-See befindlichen Dampfboote in die Hände der Italiener gefallen waren und beide Ufer bedrohten, war die letzte Verbindungslinie mit Wien, die nach dem Falle Venedigs den Oesterreichern noch geblieben, ernstlich bedroht.

Alles kam jetzt für Radetzky darauf an, daß es ihm gelang, wenigstens die wichtigsten festen Plätze, Verona und Mantua, zu behaupten. An ersterem Orte hatte bereits die Bewegung stark um sich gegriffen, da der Commandant General Gerhardi die Errichtung einer Civica gestattet hatte, allein durch die Entschlossenheit des Kommandeurs des 2. Corps, Baron d'Aspre, der sein Hauptquartier Padua dem Feinde preisgab und alle seine Kräfte bei Verona vereinte, blieb dieser feste Punkt den Oesterreichern erhalten. Nach Mantua hatte Radetzky sofort die durchaus zuverlässige Brigade Wohlgemuth geschickt und so auch diese Festung gesichert.

Der Feldmarschall hatte sich, nachdem er Mailand verlassen, zunächst nach Melegnano gewandt. Die kleine Stadt, die trotzig dem Heere den Durchzug verweigerte, war bombardirt und geplündert worden. Von hier ging der Marsch alsdann nach Lodi, woselbst die Nachricht von dem Falle Venedigs eintraf. Unter diesen Umständen war ein weiteres Verweilen an der Adda nicht möglich; am 25. brach das Corps auf und zog in kleinen Märschen über Crema und Monte-Chiari hinter die Giese, überschritt am 31. den Mincio und traf in den ersten Tagen des April in Verona ein, woselbst nunmehr also das Heer oder vielmehr die Reste des Heeres vereinigt waren.

Obwohl mit Ausnahme des Straßenkampfes in Mailand größere Gefechte nicht vorgefallen waren, mochte das, was dem Feldmarschall hier in Verona zur Verfügung stand, kaum mehr als die Hälfte der Armee betragen. Nahezu ein Viertel der Truppen waren abgefallen, theils durch Meuterei ganzer Regimenter und Bataillone, theils durch Desertionen einzelner italienischer Soldaten, die, namentlich wenn sie auf dem Marsche in die Nähe ihrer Heimat kamen, die Gelegenheit benutzten, um sich dem Kriegsdienste zu entziehen. Von den treugebliebenen Truppentheilen waren manche gefangen, viele andere zersplittert und von dem Hauptheere durch insurgirte Strecken getrennt.

Die bei Verona versammelte Armee selbst befand sich in solcher Verfassung, daß die Behauptung der italienischen Patrioten, die österreichischen Streitkräfte seien bereits gänzlich zerrüttet, auf Wahrheit zu beruhen schien. Die Truppen waren in keiner Weise auf einen Feldzug vorbereitet gewesen; es mangelte an Lebensmitteln und sonstigem Kriegsbedarf, dabei waren die Wege grundlos, die Witterung fortgesetzt schlecht. Es ist begreiflich, daß diese Umstände, verbunden mit dem niederschlagenden Eindruck eines Rückzuges vor einer aufständischen Bevölkerung die Truppen entmuthigt hatten. Radeky's erstes Bemühen ging denn auch dahin, vor Allem den Soldaten neues Selbstvertrauen einzuflößen. In einem am 3. April erlassenen Tagesbefehl erklärte er, daß er, der General, aus höheren Rücksichten der Kriegskunst gewichen, nicht aber die Soldaten besiegt seien.

Das Festungsviereck Peschiera-Verona-Begnago-Mantua war der einzige Stützpunkt, welcher nach den Ereignissen des März den Oesterreichern noch geblieben war. In dieser Stellung, deren Gefilde schon oft mit Blut getränkt worden waren, erwartete der Feldmarschall den Angriff seiner Gegner.

Es war eine unermessliche Begeisterung, welche die Siege der Venetianer und Lombarden in sämmtlichen Staaten und Städten der Halbinsel hervorgerufen hatten. Ein jörnlicher Rausch des Entzückens hatte sich der heißblütigen Bevölkerung bemächtigt; wie zu einem Kreuzzuge strömten von allen Seiten die Freischaaren nach dem Po, um an dem Befreiungskampfe wider die Oesterreicher Theil zu nehmen. Die Fürsten, deren Despotie und Eigennutz schon so oft das Werk der Einigung verhindert, sahen sich außer Stande, einer Bewegung zu widerstehen, an welcher nicht wie sonst die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, die politischen Schwärmer, sondern die große Masse des Volkes theilnahmen. Sie mußten sich wohl oder übel dem Sturme beugen, soweit sie es nicht vorzogen, in dem österreichischen Lager Schutz und Hülfe zu suchen.

Zunächst war in Piemont die Bewegung zum Ausbruch gelangt, woselbst die Nachrichten von den Aufständen in Wien und Mailand gleichzeitig eingetroffen waren. Für Karl Albert war damit die Stunde der Entscheidung gekommen; er mußte

wählen, ob er der Rolle des „Degens von Italien“, die er in Anspruch genommen und seine Anhänger ihm übertragen hatten, entsagen und die Hoffnungen aller der Patrioten täuschen sollte, welche in ihm trotz allem Vorgefallenen den Retter und Einiger des Vaterlandes erblickten, oder ob er den kühnen Schritt wagen und den Kampf gegen das übermächtige Oesterreich beginnen sollte. Es war eine schwere Wahl: hier winkte die Königskrone Italiens, dort drohte der Verlust des eigenen Thrones, — und Karl Albert gehörte zu jenen unglücklichen Menschen, denen zwar Einsicht und Scharfblick genug, um Großes zu wagen, aber nicht zugleich die Kraft des Willens gegeben ist.

Das Volk machte den Zweifeln seines Herrschers ein Ende. Während ein am 20. zusammengetretener Ministerrath noch keinen weiteren Entschluß gefaßt hatte als den, einige Truppen an die Grenze zu schicken, während noch am 22. der österreichische Gesandte die friedlichsten Versicherungen empfing, scharte sich das Volk zusammen, zogen bereits bewaffnete Freicorps nach dem Kriegsschauplatz, bestürmten die Führer der Nationalpartei das Ministerium, den Kampf zu beginnen.

Am 23. hatte die Erregung einen bedrohlichen Grad erreicht. Die Straßen hallten von Kriegsgeschrei, die Truppen murrten, einzelne Offiziere erklärten bereits, ohne Befehl mit ihren Compagnien nach Mailand ziehen zu wollen, und um den Bohn des Volkes noch zu steigern, gab der österreichische Gesandte an diesem Tage ein glänzendes Fest, welchem der größte Theil der piemontesischen Aristokratie beiwohnte. Während große Massen drohend das Gesandtschaftshotel umringten, und andere Haufen in einem Gasthose nach dem angeblich daselbst verborgenen, flüchtigen Herzog von Parma suchten, waren aus Mailand, wie erwähnt, der Graf Martini und Vimercati eingetroffen, um im Namen ihrer Vaterstadt die Hülfe Piemonts in Anspruch zu nehmen. Die Vorstellungen der beiden Sendboten brachten den Entschluß des Königs zur Reife. Am Abend des 23. wurde der Kampf beschlossen und jubelnd vernahm das Volk die Worte Martini's, welcher neben Karl Albert auf dem Balkon des Schlosses erschienen war: „Wir haben eine große Revolution gemacht, ihr werdet einen großen Krieg führen!“

Am folgenden Tage verkündete ein Manifest den Entschluß des Königs<sup>1</sup>, das Heer wurde in aller Eile marschfertig gemacht und mit den ersten rasch zusammengerafften Truppen überschritt Karl Albert die Grenzen seines Landes.

Nicht geringer als in Piemont war die Erregung in Rom. Die österreichischen Wappen wurden abgerissen und zertreten, an das Gebäude der österreichischen Gesandtschaft die Worte: „Italienischer Reichstag“ geschrieben; auch hier bildeten sich mit Genehmigung der Regierung zahlreiche Freischaaren, deren Oberbefehl der General Ferrari erhielt. Auch das stehende Heer wurde zusammengezogen und marschbereit gehalten; die Führung der gesammten Streitmacht war dem piemontesischen General Durando übertragen.

Pius IX. befand sich inmitten der stürmischen Ereignisse in einer sehr schwierigen Lage. Er fühlte, daß man von ihm, mit dessen Namen die liberale Bewegung der letzten Jahre untrennbar verbunden war, ein unbedingtes Eintreten für die Sache Italiens erwarte, andererseits gingen alle diese nationalen Bestrebungen weit über das Ziel hinaus, das ihm vor Augen stand. In Rom selbst begann es unruhig zu werden. Zwar hatte das neuernannte Ministerium sich durch mancherlei Reformen das Volk günstig gestimmt; allein man forderte mehr, man verlangte bereits die Einberufung eines italienischen Parlamentes, man vertrieb sogar nach dem Vorgange Neapels die verhaßten Jesuiten, in welchen man mit Recht die Hauptgegner der nationalen Bestrebungen erkannte. Am 1. April mußte sich das Ministerium zur Einführung umfassender Reformen und einer Art von Konstitution entschließen.

Die brennendste Frage aber blieb das Verhältniß zu Oesterreich. Den Kaiserstaat, diese festeste Stütze der katholischen Kirche, zu bekriegen, war für den Papst ein Ding der Unmöglichkeit. Hielt er sich dagegen von dem Befreiungskampfe fern, so war seine ganze bisherige Popularität, sein Einfluß auf die Geschichte Italiens verloren.

<sup>1</sup> Hier findet sich zum ersten Male das vielgebrauchte Wort, Italien müsse „sich durch sich selbst schaffen“ (di fare da se).

Die Truppen des Kirchenstaates hatten bereits um den 25. März Rom verlassen; Freischaaren aus der Romagna und Ravenna, eine Abtheilung Bologneser und ein aus Sicilien gekommenes Streifcorps standen bereits in Ferrara, woselbst sich die Oesterreicher in die Citabelle zurückgezogen hatten, und drängten den General Durando, sie zum Kampfe zu führen. Es war vergebliches Bemühen; der Papst glaubte einen Ausweg aus den Schwierigkeiten gefunden zu haben, indem er zwar seine Truppen bis zum Po vorrücken und mit dem Heere Karl Alberts gemeinsam operiren ließ, zugleich aber Durando die Weisung erteilte, sich, solange päpstliches Gebiet nicht bedroht sei, unter allen Umständen defensiv zu verhalten. Völlig scheint übrigens Durando die Absichten seines Gebieters nicht verstanden zu haben, er entschlug sich zwar des Kampfes, beleidigte aber das österreichische Kaiserhaus auf das Schwerste, indem er in einem am 5. April erlassenen Manifeste sich dahin aussprach, der Papst habe erkannt, „daß Waffengewalt das einzige gerechte und mögliche Mittel gegen einen Feind sei, welcher alles Recht und alle göttlichen und menschlichen Gesetze mit Füßen trete“, — eine Aeußerung, durch die er sich in hohem Maße die Ungnade Pius IX. zuzog.

In dem Großherzogthum Toskana gelang es Leopold II. durch Concessionen aller Art einem Aufstande vorzubeugen. Er berief den volksbeliebten Meri Corfini in das Ministerium und erließ am 21. eine Proklamation, in welcher er die Stunde des Befreiungskampfes für gekommen erklärte. Schon am nächsten Tage brachen zwei Freiwilligenlegionen auf, das Militär folgte ihnen. An einen ernstlichen Kampf mit Oesterreich, in welchem er die letzte Stütze seines bereits wankenden Thrones sah, dachte der Großherzog so wenig wie der Papst.

Wesentlich stürmischer gestalteten sich die Ereignisse in den Herzogthümern Modena und Parma. In ersterem Staate wurde der tyrannische Franz V. zunächst zur Gewährung einer Verfassung genöthigt und dann veranlaßt, sein Land zu verlassen und sich unter Oesterreichs Schutz zu stellen. Ebenso handelte der seinem Volke verhaßte Herzog Karl von Parma. Nachdem er Anfangs sich zu einigen Zugeständnissen bequemt

und fogar seinen Sohn Ferdinand mit Truppen auf den Kriegsschauplatz entsandt hatte, flüchtete er nach Bologna und vertraute sein Geschick den Oesterreichern an.

Im Königreiche Neapel, neben Sardinien der bedeutendsten Militärmacht der Halbinsel, ging inmitten des allgemeinen Freiheitskampfes der Bürgerkrieg weiter. Nichtsdestoweniger sandte der König im Laufe des April und Mai eine Truppenmacht von 10 000 bis 15 000 Mann nach Oberitalien; der Kern seines Heeres, die Gardien und die Schweizer, blieben allerdings um seine Person in der Hauptstadt zurück. Selbst das aufständische Sicilien schiffte einige Streifcorps ein, so daß in der Bombardei Neapolitaner und Sicilianer neben einander gegen Oesterreich stritten, während zwischen ihren Heimatländern ein blutiger Bürgerkrieg wüthete.





## X. Abschnitt: Die Ereignisse in den übrigen europäischen Staaten.

---

**A**m 25. Februar war die Kunde von der Februar-Revolution über den Kanal nach England gelangt. Der Regierung Großbritanniens, welche in den vorhergegangenen Jahren oft genug, zumal bei Gelegenheit der spanischen Heiraten, mit Louis Philippe und seiner Politik in Konflikt gerathen war, schien das Ereigniß nicht ungelegen zu kommen. Schon am 28. erklärte im Hause der Gemeinen auf eine Anfrage des Abgeordneten Hume hin Lord John Russell, er könne versichern, daß sich England in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Frankreichs mischen werde. In der That ließ das Königreich am 2. März durch seinen Gesandten Lord Normanby die französische Republik anerkennen. Andererseits fanden jedoch Louis Philippe und seine Familie, welche nach mancherlei Fährlichkeiten und Abenteuern glücklich den Boden des Inselfandes erreichten, sowohl bei der Königin als bei dem Volke eine gastfreundliche Aufnahme.

Der gewaltige Sturm, welcher den Kontinent erschütterte, konnte auch Großbritannien nicht unberührt lassen. In England selbst waren es die Chartisten, in Irland die Nationalpartei, die gemäßigten Anhänger des „alten“ und die Radikalen des

„jungen“ Irland, welche die Zeit zur Erreichung ihrer Wünsche für gekommen hielten. Die ersten Symptome erschienen bedrohlich genug. Nachdem am 2. März bereits eine Versammlung abgehalten und ein Centralcomité der Londoner Chartisten gewählt worden war, folgte am 6. ein großes Meeting auf dem Trafalgar-Square und am 13. ein eben solches zu Kennington-Common, deren jedem Tausende von Menschen beiwohnten. Die Polizei hatte die erste dieser Versammlungen zerstreut, die zweite, welche ruhig verlief, unbelästigt gelassen. Weit bedenklicher als diese politischen Agitationen aber waren die Anzeichen sozialer Uebelstände, welche sich in zahlreichen Fabrikstädten durch Tumulte, Arbeitseinstellungen und Aehnliches äußerten. Am gefährlichsten war die Lage in Glasgow, wo 40 000 Spinner feierten. Nur durch Aufbietung einer großen Menge Spezialkonstabler und einer bedeutenden Truppenmacht gelang es hier, einem Aufstande vorzubeugen.

Der Monat März verstrich unter den eifrigen Vorbereitungen der Chartisten zu einem Hauptschlage, welchen sie in der ersten Hälfte des April zu führen gedachten. Eine gewaltige, mit Millionen von Unterschriften bedeckte Petition, welche die von ihnen erstrebten Reformen, — namentlich das gleiche und allgemeine Stimmrecht, jährliche Wahlen, Befolgung der Abgeordneten und Sonstiges — enthielt, sollte in einer Massendemonstration der Regierung überreicht werden. Als Tag der Ausführung wurde von dem „Konvent der Neunundvierzig“ der 10. April festgesetzt. Allein kaum war am 6. ein darauf bezüglicher Aufruf erlassen, als noch am selben Tage die Polizei die Demonstration unter Hinweis auf die Tumult- und Aufruhrakte verbot. Die Chartisten blieben bei ihrem Vorhaben, indem sie gegen die Anordnung der Regierung am 8. April eine große Volksversammlung bei Kennington abhielten, von beiden Seiten sah man einem Zusammenstoße entgegen. Die Königin verließ am 8. London und begab sich nach Wight; die Regierung traf die umfassendsten und — wie sich später ergab — unnötigsten Vorsichtsmaßregeln. Tausende von Bürgern ließen sich als Spezialkonstabler einschreiben — unter ihnen auch kein Anderer als der in England als Flüchtling lebende Prinz Louis Napo-

leon Bonaparte, der nachmalige Kaiser der Franzosen — und wurden bewaffnet und in Sektionen eingetheilt. Truppen wurden herbeigezogen und die gesammte Garnison Londons bereit gehalten. Die Angst ging so weit, daß, als der Morgen des 10. April anbrach, fast sämtliche Läden geschlossen blieben; die Bank von England hatte ihre Räumlichkeiten wie zu einer Belagerung verschanzt.

Bald zeigte es sich, wie sehr man die Kräfte des Gegners überschätzt hatte. Kaum zwanzigtausend Menschen, anstatt der erwarteten Hunderttausende, hatten sich eingefunden, um die Petition zu begleiten, welche auf einem von sechs Pferden gezogenen Wagen lag, und als bei Kennington-Common ein Polizeikommissär der Colonne entgegentrat mit dem Verbot, die Brücken zu überschreiten, löste sich der ganze Zug auf. Von einigen Genossen begleitet, begab sich der Agitator Feargus O'Connor nach dem Hause der Gemeinen und übergab daselbst Lord Morpeth, dem Stellvertreter des abwesenden Staatssekretärs des Inneren, die Petition. Morpeth gab eine höfliche, nichts-sagende Antwort und damit war die Sache erledigt. Die zahlreichen Zuhörer auf den Gallerieen, unter welchen sich auch der Exminister Guizot befunden haben soll, waren in ihrer Erwartung eines stürmischen Auftrittes enttäuscht.

Bald darauf ergab es sich, daß die Chartisten mit der Petition selbst Mißbrauch getrieben hatten. Statt der 5 700 000 Unterschriften, mit welchen jene sich gerühmt, fanden sich nach genauer Zählung noch nicht zwei Millionen, und zudem waren ganze Seiten von ein- und derselben Hand geschrieben; es fanden sich die Namen der Königin, der Minister, des Herzogs von Wellington, Robert Peels u. A., dazwischen triviale und beleidigende Inschriften aller Art, so daß der moralische Eindruck, welchen man mit der Petition hervorzubringen beabsichtigte, kein großer sein konnte.

Rasch begann jetzt die chartistische Bewegung wieder zurückzugehen. Ihr Konvent, in welchem schon früher vielfacher Zwiespalt geherrscht, löste sich am 13. Mai auf; die mehrfachen Demonstrationsversuche, welche sie noch unternahmen, fielen immer schwächer aus und die Sache endete damit, daß am 10. Juli

die Gerichte sechs der hervorragendsten Führer — jedoch nicht O'Connor, das Haupt des Ganzen — zu je zwei Jahren Gefängniß wegen Aufruhrs verurtheilte.

In Irland, der ewig eiternden Wunde des englischen Staatskörpers, hatte man die Nachricht von den Pariser Vorgängen mit Begeisterung vernommen. In Dublin, Limerick und anderen Städten fanden Festlichkeiten statt, am 17. März, dem Tage des heiligen Patrick, wurden im ganzen Lande Versammlungen abgehalten, und die Erregung auf der in steter Gährung befindlichen Insel erreichte einen solchen Grad, daß die Regierung die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln traf, Truppen und Schiffe herbeizog und vom Parlamente die Erlaubniß zur Anwendung eines Hochverrathsgesetzes erlangte, welches bis dahin nur in England und Schottland benützt worden war.

Es war ein Unglück für die irische Bewegung, daß einmal sich ihr die einflußreiche katholische Geistlichkeit größtentheils fern hielt, und andererseits in ihrem eigenen Lager Zwiespalt herrschte. Der „Repealverein“, die Anhänger des im Jahr vorher verstorbenen genialen Agitators O'Connor, mahnte, wiewohl vergeblich, zur Mäßigung, die Führer des „jungen“ Irland, Smith O'Brien, Mitchell, der Herausgeber des „United Irishman“ und Meagher, hielten jedes Mittel für recht, um die ersehnte Unabhängigkeit der grünen Insel zu erlangen. Der Zwist ging so weit, daß einmal in Limerick die Anhänger O'Connells und diejenigen Mitchells gegen einander zu Thätlichkeiten übergingen und es zahlreiche Verwundungen gab.

Unter diesen Umständen konnte man nicht an einen offenen Kampf gegen die Regierung denken. Nachdem Frankreich das Ansuchen der Iren, ihnen zu Hülfe zu kommen, abgeschlagen hatte und die charitistische Bewegung in London mißglückt war, spann sich ein Netz von geheimen Vereinen über die Insel, welche die Regierung durch ein am 25. April erlassenes Dekret verbot und eifrig verfolgte. Die Agitatoren versuchten vergeblich Widerstand zu leisten. Zwar gelang es den Behörden nicht, die Bestrafung Smith O'Briens und Meaghers von den Gerichten zu erlangen, dagegen wurde Mitchell am 14. Mai verhaftet und zur Deportation auf 14 Jahre nach den Bermudas-Inseln ver-

urtheilt. Vor seinem Gefängnisse fanden noch einige Zeit große Demonstrationen statt, dann aber begann die Bewegung zu erschlaffen; die Regierung hob mit Bewilligung des Parlamentes die Habeas-Corpus-Akte auf und verhängte über Dublin, Cork und mehrere Grafschaften den Belagerungszustand. Noch setzte O'Brien den Widerstand beharrlich fort; in der Grafschaft Tipperary suchte er einen Aufstand zu organisiren, fiel aber zu Ende Juli bei Thurles in die Hände der Regierung, welche einen Preis von 500 Pfund St. auf seine Ergreifung gesetzt hatte, und wurde deportirt. Mit seinem Falle war der Ausgang der irischen Bewegung entschieden.

In der Hauptstadt Belgiens hatten sich am Abend des 25. Februar große Menschenmassen versammelt, um auf die neuesten Pariser Nachrichten zu warten. Um Mitternacht brachten aus Frankreich eintreffende Reisende die erste Kunde von der Republik, eine Kunde, welche auch hier ihre Wirkung nicht verfehlte. Eine große Aufregung bemächtigte sich Brüssels; Gerüchte aller Art liefen um, es bildeten sich vor dem Stadthause und an anderen Punkten Zusammenrottungen, welche einen ernstern Charakter anzunehmen drohten. Allein der König Leopold und sein durch die vorjährigen Wahlen zur Herrschaft gelangtes Ministerium Rogier verstanden es durch Mäßigung und Klugheit die Gefahren zu bannen, welche namentlich aus der in Folge einer Mißernte herrschenden Theuerung und dem Parteihader zwischen Liberalen und Alerikalen erwuchsen. Am 26. rief der König der Belgier einen Ministerrath zusammen und erklärte, er habe nicht aus Ehrgeiz nach der Krone gestrebt und sei bereit, auf dieselbe zu verzichten, falls seine Person ein Hinderniß für das Glück und die Ruhe des Landes sei. Daß dies Letztere nicht der Fall war, wußte ein Jeder, und einstimmig erwiderte das Ministerium, daß das Volk kein Verlangen nach Einführung der Republik trage und kein Grund zu einer durchgreifenden Veränderung der Verfassung vorhanden sei. Zwei Tage darauf wurde der Kammer ein Gesekentwurf vorgelegt, welcher den Wahlzensus auf zwanzig Gulden herabsetzte. Weitere Reformen folgten, durch welche der Zeitungsstempel aufgehoben und die Nichtwählbarkeit der Beamten zu Parlamentsmitgliedern aus-

gesprochen wurde. Dies befriedigte die Wünsche der Nation vollkommen und binnen Kurzem herrschte völlige Ruhe im Lande. Ein von Frankreich nach Belgien unternommener Freischaarenzug deutscher, französischer und belgischer Arbeiter, welcher zu Ende März gleichzeitig mit dem Einfall der Corbin'schen Legion in Baden stattfand, mißglückte in einer kläglichen Weise, indem die Theilnehmer der Expedition sofort bei ihrer Ankunft von den belgischen Truppen gefangen genommen wurden.

Die Regierung der **Niederlande** zeigte nicht denselben staatsmännischen Takt, welchen der König der Belgier bewiesen hatte. Obwohl schon die Thronrede des Jahres 1847 die dringend nothwendigen Reformen auf zahlreichen Gebieten des Staatslebens in Aussicht gestellt hatte, zögerte man doch auch jetzt noch, da schon die Februar-Revolution das Land in Gährung versetzt hatte, mit der Einführung derselben und legte erst am 9. März den Kammern Gesetzentwürfe vor, welche zwar an Zahl bedeutend — es waren ihrer 27 — allein an Tragweite in keiner Weise den Wünschen der Nation entsprechend waren. Namentlich blieb die bisherige, völlig veraltete Bestimmung über Wahl und Zusammensetzung der zweiten Kammer unverändert bestehen. Die Aufregung wurde nunmehr so allgemein, die Verhältnisse gestalteten sich so drohend, daß König Wilhelm nachzugeben beschloß. Er eröffnete am 14. dem Präsidenten der zweiten Kammer, daß er bereit sei, die gewünschten Veränderungen des Staatsgrundgesetzes eintreten zu lassen, und bewilligte das Entlassungsgesuch seines Ministeriums, an dessen Stelle am 22. ein liberaleres Cabinet unter dem Voritze des nicht eben beliebten Grafen Schimmelpenninck trat. Die übrigen Mitglieder des Ministeriums, Curtius, Luzac und Kempenaer, waren als Anhänger der Reform bekannt. Um 16. entwarf das Unterhaus ein neues Staatsgrundgesetz, welches wesentliche Reformen, namentlich in Bezug auf die zweite Kammer, enthielt. Dieses Projekt wurde einer Kommission zur Berathung übergeben, in welcher sich die hervorragendsten Anhänger der Reform, namentlich auch Vorbecke als Vorsitzender, befanden.

Bis in das entfernte **Skandinavien** zog das weltererschütternde Pariser Ereigniß seine Kreise. Hier herrschte, da der

1844 zur Regierung gelangte König Oskar dem dringenden Rufe nach Reformen nur in sehr beschränktem Umfange stattgab und große Summen auf die Hofhaltung und namentlich das Heerwesen verwandte, bereits eine starke Mißstimmung, welche am 10., 11. und 12. März zu bedeutenden Unruhen in Christiania führten. Auch zu Upsala kam es zu Tumulten, in Stockholm selbst bildete sich ein „Reformklub“, durch dessen Bemühungen bald eine lebhaftere Bewegung für Abänderung der Verfassung entstand. Nachdem am 18. ein großes Bankett der Reformfreunde stattgefunden hatte, kam es am Abend in der Hauptstadt zu blutigen Ausritten. Volksmassen, welche offenbar selbst nicht recht wußten, was sie vorhatten, rotteten sich in den Straßen zusammen und mußten im Laufe der Nacht durch das Militär zerstreut werden. Am nächsten Tage wiederholten sich die Tumulte; die Truppen machten schließlich von den Waffen Gebrauch und säuberten unter heftigem Widerstande des Volkes die Straßen, wobei gegen fünfzig Menschen getödtet und verwundet worden sein sollen. Auch von der Garnison wurden einige Offiziere und eine Anzahl Soldaten verletzt. Auf den König hatte indessen die Reformbewegung ihre Wirkung nicht verfehlt. Er überreichte kurz darauf dem Reichstage ein neues, freisinniges Wahlgesetz, welches übrigens späterhin nach jahrelangen Verhandlungen wieder verworfen wurde.

Die Schweiz, obwohl rings von insurgirten Staaten umringt und ein Asyl für politische Flüchtlinge aller Länder, bewahrte die Ruhe. Die in der Eidgenossenschaft herrschenden Fehler und Mängel hatte schon im vorhergegangenen Jahre der Sonderbundskrieg beseitigt, so daß für die Mehrzahl der Bevölkerung kein Grund zur Unzufriedenheit vorhanden war. In der preußischen Besizung Neuenburg dagegen, welche zugleich als 21. Kanton der Eidgenossenschaft angehörte und sich mitten in derselben Lage befand wie Schleswig-Holstein zwischen Frankreich und dem deutschen Bunde, brachte die Februarrevolution einen völligen Umschwung der Dinge hervor. Zuerst brach an einzelnen Punkten des Landbezirkes Neuenburg, zu Chaux-de-Fonds, Yverdon und im Val-de-Travers die Bewegung aus. Am 28. und 29. Februar wurden hier die preußischen

Abzeichen abgerissen, die Behörden vertrieben und zur Abdankung gezwungen und die Republik proklamirt. In der Stadt selbst herrschte große Verwirrung; die Regierung fand weder bei den Municipalbehörden noch bei dem Volke Unterstützung und mußte es geschehen lassen, daß am 1. März um 4 Uhr Nachmittags 12—1400 bewaffnete Landleute unter Führung des Kapitäns Courvoisier ohne Widerstand in Neuenburg einrückten und das Schloß besetzten. Die Regierung dankte nunmehr formell ab, ein provisorisches Gouvernement unter dem Vorfige Piagets trat an ihre Stelle und erließ Proklamationen, durch welche die Herrschaft Preußens für null und nichtig erklärt und die Republik mit dem Wahlspruche: „Alles für das Volk und durch das Volk“ — eingeführt wurde. Der Kanton Neuenburg war damit Preußen für immer entrißen. Allerdings legte der König sofort Protest ein, allein nach fast zehn Jahren entsagte er durch einen Vergleich seinen Rechten auf den Kanton, nachdem der mißlungene royalistische Staatsstreich vom 2. September 1856 beinahe zu einem Kriege zwischen der Eidgenossenschaft und Preußen geführt hatte.

Daß an dem von Parteiverschwörungen durchwühlten und von Bürgerkriegen zerrütteten Königreiche Spanien, dessen Herrscherhaus zudem durch die bereits erwähnten Heiraten eng mit Louis Philippe verbunden war, die Februar-Revolution nicht spurlos vorübergehen würde, war vorauszusehen. Der Herzog Narvaez von Valencia, welcher zur Zeit als allmächtiger Ministerpräsident im Bunde mit der Erbkönigin Marie Christine die Regierung für die junge Königin Isabella II. führte, traf mit seiner gewohnten Energie und Umsicht die erforderlichen Maßregeln. Am 1. März theilte er den Cortes selbst den Sturz Louis Philippe's und die Errichtung der Republik mit und knüpfte daran die Forderung, ihm durch zeitweilige Aufhebung der Artikel 7 und 8 der Verfassung eine Art Diktatur zu übertragen. Außerdem sollte die Summe von 200 Millionen Realen beschafft und nach Ermessen der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe verwendet werden. Die Kammer der Deputirten sowie der Senat billigten diese Forderungen und wurden daraufhin am 21. März von Narvaez vertagt.

Die Oppositionspartei der „Progressisten“ gerieth über diese Strenge der Regierung in höchste Erregung und beschloß, als sie erkannte, daß sie durch heftige Zeitungsartikel und Petitionen Nichts zu erreichen vermochte, das Glück der Waffen zu versuchen. Am Abend des 26. März versammelten sich mehrere Hundert Auführer auf dem Platze de la Cebada, feuerten auf die Polizei, verschanzten sich in mehreren Straßen und forderten unter dem Rufe: „es lebe die konstitutionelle Königin! — Tod den Tyrannen!“ — vereinzelt auch: „es lebe die Republik“ — das Volk zum Kampfe auf.

Narvaez befand sich eben auf dem Prado, welcher um diese Zeit den Versammlungsort der vornehmen Welt Madrids zu bilden pflegte, als der Aufruhr losbrach. Der General, gleich erfahren im Machen wie im Bekämpfen der Revolutionen, zögerte nicht einen Augenblick. Er warf sich auf das Pferd, ließ die Garnison unter Waffen treten, vertheilte die Truppen, bezeichnete die Angriffspunkte und handelte mit solcher Schnelligkeit, daß das Militär, auf dessen Abfall die Verschworenen ihre Hoffnung gesetzt hatten, überhaupt keine Zeit zum Ueberlegen fand. Bald war auf allen von den Aufständischen besetzt gehaltenen Punkten der Kampf entbrannt und der Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein. Als die Mitternacht heranrückte, waren die Insurgenten trotz heftigen Widerstandes überall vertrieben und zersprengt, nur eine kleine Schaar hatte sich im Theater del Principe festgesetzt und führte hier den Kampf fort. Allein auch diese mußte sich bald ergeben. Um zwei Uhr Nachts herrschte Ruhe in Madrid.

Das Ministerium benutzte seinen Sieg, indem es die Hauptstadt in Belagerungszustand versetzte, eine allgemeine Entwaffnung vornahm, alle Menschenansammlungen verbot, dreihundert Insurgenten vor das Kriegsgericht brachte und die hervorragendsten Mitglieder der Oppositionspartei theils gefangen nahm, theils verbannte. Im Uebrigen verfuhr die Regierung jedoch mit verhältnißmäßiger Milde, indem sie kein einziges Todesurtheil vollstrecken ließ.

Die Niederwerfung des Aufstandes war so rasch geschehen, daß die Provinzen keine Zeit hatten, sich demselben anzuschließen.

Wo es noch in einzelnen Städten Tumulte und Emeuten gab, wurden dieselben mit leichter Mühe unterdrückt. Die Stellung Narvaez' war jetzt die eines Diktators geworden, allerdings auf kurze Zeit, da ihm schon im nächsten Jahre die Königin Christine ihre Gunst entzog. Die englische Regierung glaubte gegen eine derartige Befestigung des Absolutismus in Spanien einschreiten zu müssen; durch den englischen Gesandten in Madrid, G. Bulwer, ließ Lord Palmerston darauf bezügliche Vorstellungen machen, erhielt aber den Bescheid, daß die inneren Angelegenheiten Spaniens eine Einmischung fremder Staaten nicht erforderten. In Folge dieses Vorgehens Englands griff eine tiefe Verstimmung zwischen den beiden Reichen um sich, welche so weit ging, daß im Mai sogar die beiderseitigen Gesandten ihre Posten verließen.

In dem durch Bürgerkriege verheerten Königreiche **Portugal** war das einzige wesentliche Ereigniß dieser Zeit ein am 29. März vollzogener Kabinettswechsel, durch welchen der Marschall Saldanha den Vorsitz des Ministeriums erhielt.

In **Konstantinopel** trafen am 14. März Depeschen des Gesandten der Pforte zu Paris, Suleyman Pascha, und französische Zeitungen ein, welche die Nachricht von den Vorgängen des Februar brachten. Der Sultan Abdul-Medschid hatte sich damals mit einem Ministerium umgeben, welches sowohl Anhänger der alttürkischen, dem fränkischen Wesen durchaus feindlichen Partei als auch Vertreter der Reform- und Civilisationsbestrebungen enthielt. Das Haupt der Ersteren war der Seraskier Saïd-Pascha, der Führer der Letzteren der Großbezier Reschid-Pascha. Die Wirkung, welche die Nachricht von den Pariser Ereignissen an der hohen Pforte hervorbrachte, war eine andere, als man hätte erwarten können. Während Reschid seine Stellung zu befestigen suchte und noch am 27. April vom Sultan die Absetzung des ihm feindlichen Großadmirals erlangte, verstand es Saïd Pascha an demselben Tage, Abdul-Medschid durch seine Schilderung der revolutionären und fürstenfeindlichen Gesinnungen des Abendlandes einen derartigen Abscheu vor dem weiteren Eindringen der fränkischen Kultur einzufößen, daß Reschid-Pascha unverzüglich seines Amtes enthoben wurde und der übrigen

... in den übrigen europäischen Staaten.

... setzte Sarim-Paſcha an ſeine Stelle  
... doch Keſchid-Paſcha bereits wieder  
... rat als Miniſter ohne Portefeuille  
... Beguer Saib war ſchon am 12. Mai

... wendete ſich um die Mitte März die  
... Revolution, rief aber, obwohl das  
... Staaten von Bürgerkriegen zerrüttet  
... hervor. Das biſherige Kabinet  
... es folgte ihm am 20. März das  
... Rhodios. Eine allgemeine Amneſtie,  
... die Anhänger der auſtändiſchen Generale  
... wurde, hatte den einzigen Erfolg,  
... Bandenkrieg im Gebirge einen neuen  
... der Regierung,  
... theils zu zerſprengen, theils an die

... Die Revolution einen Widerhall her-  
... der Art wie in den anderen Staaten.  
... des Weſtens bei Einzelnen  
... geheimen Geſellſchaften, welche wahr-  
... ermunthigt haben, wie aber die  
... vor Allen der Zar Nikolaus ſelbſt die  
... ein am 14. 26. März erlaſſener Ukas,  
... der Revolution durch ganz Europa  
... und der feſte Wille des Zaren aus-  
... dem Weſtande Gottes und mit Hülfe  
... Bewegung von den Grenzen Rußlands

... anderer Ukas die Aufſtellung von  
... „Bande der Freundschaft“, hieß es  
... welche Rußland mit den Nachbar-  
... Die heilige Pflicht auf, bei Zeiten  
... einen Theil Unſerer Armee auf  
... wenn die Ereigniſſe es erheiſchen,  
... der Anarchie einen hartnäckigen  
... vermögen.“

Wir sind am Ende unserer Darstellung angelangt. Noch nie, soweit die Erinnerung der Weltgeschichte zurückreicht, hat ein Ereigniß so gleichmäßig und überraschend schnell die sämtlichen europäischen Staaten erschüttert als jener Frühlingssturm, der von den Pariser Barrikaden aus den ganzen Kontinent durchzog, überall die Schranken der alten Ordnung niederwerfend und zertrümmernd. Es ist das Bild eines wilden Chaos, welches das Europa des Frühjahrs 1848 uns bietet, und fast scheint es unmöglich, daß sich aus diesem sinnverwirrenden Durcheinander je wieder geordnete Zustände zu entwickeln vermögen. Nur das Eine ist jetzt schon gewiß, daß mit dem Frühjahr 1848 ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des Volkslebens beginnt. Möchten die Einzelereignisse der sturmbewegten Zeit noch so unklar und verworren, die Einzelbestrebungen noch so maß- und ziellos sein, der Geist, welcher aus dieser gemeinsamen Bewegung der europäischen Völker spricht, der Drang nach Einheit und Freiheit, ist nicht zu verkennen und drückt der neuen mit den Revolutionsstürmen von 1848 beginnenden Geschichtsepoche seinen Stempel auf.



- Darstellung der Ereignisse am 9., 10. und 11. Februar in München, München, 1848.
- Pfaff, Das Trauerspiel in Kurhessen, Braunschweig, 1851.
- Preißel, Die letzten politischen Ereignisse in der Stadt Hanau, Hanau, 1848.
- Beff, Die Bewegung in Baden, Mannheim, 1850.
- v. Andlaw, Der Aufruhr und Umsturz in Baden, 4 Abtheil., Freiburg, 1850.
- Häußer, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution, Heidelberg, 1851.
- Das Gefecht bei Kandern. Nach officiellen Aktenstücken, Karlsruhe, 1848.
- Heder, Die Erhebung des Volkes in Baden, mit Berichten von Mögling, Sigel und Kaiser, Basel, 1848.
- Strube, Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden, Bern, 1849.
- v. Corvin, Die erste Expedition der deutschen republikanischen Legion, Arnstadt, 1849.
- Die Jahrgänge 1848 der:  
 Kölnischen Zeitung,  
 Augsburger Allgemeinen Zeitung,  
 Wosischen Zeitung,  
 des Frankfurter Journals,  
 der Heidelberger deutschen Zeitung.
- Ditschneider, Der Wiener Freiheitskampf, 2. Auflage, Leipzig, 1848.
- Violand, Soziale Geschichte der Revolution in Oesterreich, Leipzig, 1850.
- v. Radowiß, Gespräche aus der Gegenwart, 4. Aufl., Stuttgart, 1851.
- Neue Gespräche aus der Gegenwart, 2. Aufl., Erfurt und Leipzig, 1851.
- Signatura temporis, Berlin, 1848.
- Wider die signatura temporis, Berlin, 1849.
- Stahr, Die preußische Revolution, 2 Bände, Oldenburg, 1850.
- Steinmann, Geschichte der Revolution in Preußen, Berlin, 1849.
- Servinus, Die preußische Verfassung, Mannheim, 1847.
- Sitzungsprotokolle des I. Vereinigten Landtags, Berlin, 1847.
- Rang- und Quartierliste der kgl. preußischen Armee für das Jahr 1849.
- Feld, Censuriana, Kassel, 1844.
- v. Corvin, Aus dem Leben eines Volkskämpfers, 4 Theile, Amsterdam, 1861.
- Mysterien der Berliner Demokratie, Leipzig, 1849.
- Verhandlungen des Vereinigten ständischen Ausschusses, zusammengestellt von Bleich, 4 Bände, Berlin, 1848.
- Reden u. Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV., Berlin, 1851.
- Kellstab, Zwei Gespräche mit Sr. Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV., Berlin, 1849.
- Die Berliner Märztage, vom militärischen Standpunkte aus geschildert, Berlin, 1850.
- Bemerkungen des Grafen Arnim-Bohlenburg zu der Schrift: Die Berliner Märztage, Berlin, 1850.

- Graf Lüttichau, Erinnerungen aus dem Straßenkampfe, 2. Auflage, Berlin, 1849.
- Das 1. Garde-Regiment zu Fuß während der Märztage des Jahres 1848. 11. Heft des „Soldatenfreundes“ von 1850.
- Die Berliner März-Revolution, 4. Auflage, Berlin, 1848.
- Forsberg, Die neuesten Ereignisse Berlins, Berlin, 1848.
- Laube, Das erste deutsche Parlament, 3 Bände, Leipzig, 1849.
- Reichensperger, Erinnerungen eines alten Parlamentariers, Berlin, 1882.
- Meyer, Deutsche Parlamentschronik, I. Theil, Hildburghausen, 1848.
- Walter (Kogge), Parlamentarische Größen, 2 Bände, Berlin, 1851.
- Denkschrift über die Ereignisse im Großherzogthum Posen. Aus den Akten des Ministeriums des Innern, 3.
- v. Olberg, Beleuchtung der von dem polnischen Insurgentenführer L. von Mierostawski eingereichten Denkschrift, Posen, 1848.
- Die Verhältnisse der Polen im Großherzogthum Posen im Jahr 1848, Berlin, 1848.
- L. v. J., Die polnische Insurrektion in Posen im Jahre 1848, Glogau, 1849.
- v. Voigts-Rheek, Denkschrift über die politische Stellung der Provinz Posen zur preussischen Monarchie, Berlin, 1849.
- v. Willisen, Akten und Bemerkungen über meine Sendung nach dem Großherzogthum Posen, Berlin, 1849.
- v. Voigts-Rheek, Aktenmäßige Darstellung der polnischen Insurrektion im Jahre 1848, Posen, 1848.
- v. Willisen, Offener Brief an den Major von Voigts-Rheek, Berlin, 1848.
- v. Voigts-Rheek, Antwort auf den offenen Brief des Herrn Generalmajor von Willisen, Berlin, 1848.
- Senft, Der Generalstabsmajor von Voigts-Rheek über den polnischen Aufstand im Jahre 1848.
- Croufaz, Kurze Darstellung der preuß. Kriegsoperationen, Breslau, 1852.
- Stredfuß, Die Feldzüge in Schleswig-Holstein, Berlin, 1850.
- Bunge, Die Erhebung Schleswig-Holsteins am 24. März 1848, Altona, 1873.
- Fock, Schleswig-holsteinische Erinnerungen, Leipzig, 1863.
- Die kriegerischen Ereignisse in Italien in den Jahren 1848 und 1849, Zürich, 1850.
- v. Willisen, Der italienische Feldzug des Jahres 1848, Berlin, 1849.
- Soria, Histoire générale de l'Italie de 1846 à 1850, 2 vol., Paris, 1859.
- Herzen, Briefe aus Italien und Frankreich, Hamburg, 1850.
- Bericht des k. k. österreichischen Generalstabes über den Feldzug von 1848, Wien, 1850.

Außer den vorstehenden Werken liefern die Flugschriften, Plakate, Tageblätter und Aehnliches ein reiches Material. Doch ist die Anzahl dieser Publikationen eine zu große und ihr Gehalt ein zu verschiedener, als daß es möglich erscheint, dieselben sämmtlich einzeln anzuführen.







D  
B87  
S78  
V.1



D 387 .S78  
Die Revolutionen der Jahre 184  
Stanford University Libraries



3 6105 041 360 202

**Stanford University Libraries**  
**Stanford, California**

**Return this book on or before date due.**

--	--	--

